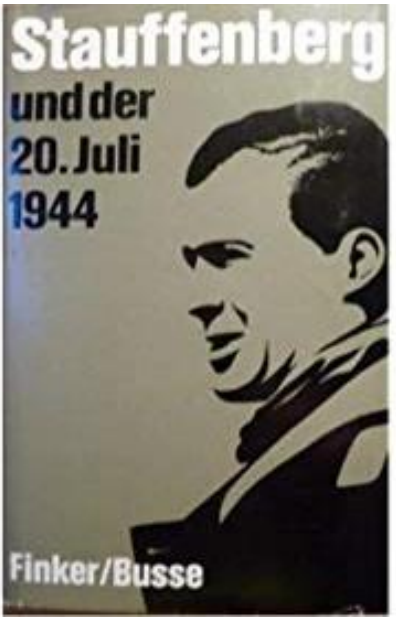

Stauffenberg
und der
20. Juli
1944
Finker/Busse

Der 20. Juli 1944: Militärputsch oder Revolution?
Finker, Kurt
Note: This is no the actual book cover

Prof. Dr. habil. Kurt Finker, Jahrgang 1928, arbeitete von Oktober 1945 bis 1949 als »Neulehrer«, studierte extern Geschichte und war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Pädagogischen Hochschule »Karl Liebknecht« Potsdam. 1958 Promotion mit einer Arbeit über den Roten Frontkämpferbund, 1964 Habilitation mit einer Arbeit über die militaristischen »Wehrverbände« in der Weimarer Republik. Von 1962 bis 1967 Dozent, von 1967 bis 1992 Ordentlicher Professor für deutsche Geschichte an der PH Potsdam (seit 1991 Universität Potsdam). Er veröffentlichte 1967 die erste Stauffenberg-Biographie in der DDR, die zunächst auf starke parteioffizielle Kritik stieß, dann aber bis 1990 sieben Auflagen erlebte und in Übersetzungen bzw. als Lizenzausgabe auch in der Tschechoslowakei, in Polen, der BRD und in der Sowjetunion erschien. Darauf folgte 1978 die erste größere Darstellung der Geschichte des Kreisauer Kreises in der DDR, 1993 in überarbeiteter Fassung neu erschienen. Weitere Publikationen zur Geschichte des Widerstandskampfes, zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zur Regionalgeschichte und zur Widerstandsgeschichtsschreibung. 1984 Nationalpreis der DDR für Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des Widerstandes.

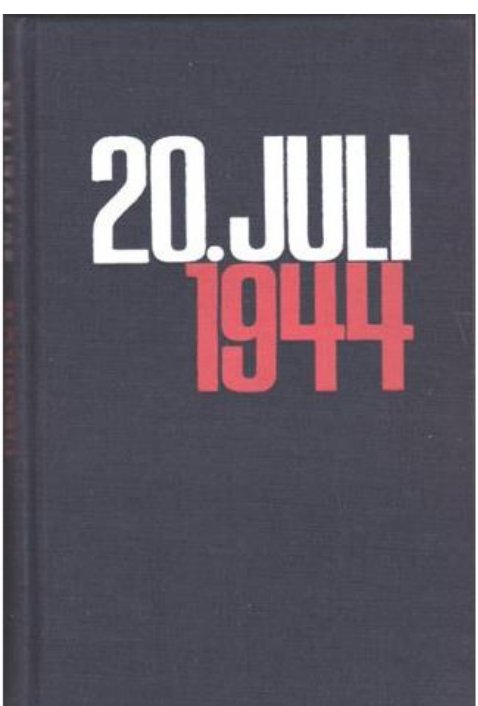
Am 20. Juli 1994 jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, gestützt auf eine Gruppe von Offizieren sowie bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern, ein Sprengstoffattentat auf Hitler ausübte, das nicht nur den Diktator töten, sondern zugleich den Auftakt für einen politischen Umsturz in Deutschland bilden sollte. Das Buch gibt eine übersichtliche Gesamtdarstellung der Triebkräfte, der Vorgeschichte und des Verlaufs des Ereignisses. Ein organisch eingeordneter biographischer Teil bietet informative Kurzbiographien der bedeutendsten Beteiligten unterschiedlicher Provenienz wie Stauffenberg, Carl Goerdeler, Ludwig Beck, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Hans Oster, Friedrich Olbricht, Henning von Tresckow, Adam von Trott zu Solz, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Johannes Popitz, Ulrich von Hassell u. a. Durch die Auswertung der in den letzten Jahren zahlreich erschienenen autobiographischen und biographischen Literatur sowie einiger neuer archivalischer Quellen gelingt es, ein differenzierteres Bild der Vorgänge zu zeichnen. Dabei werden der individuellen Motivation der Beteiligten, dem Ausmaß des konspirativen Netzes der Aufständischen sowie der Frage nach dem historischen Charakter des Umsturzversuches besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

ISBN 3-320-01836-1

Kurt Finker

Der 20. Juli 1944

Militärputsch
oder Revolution?



Dietz Verlag Berlin

Finker, Kurt: Der 20. Juli 1944: Militärputsch oder Revolution?/Kurt Finker. –
Dietz Verl. GmbH, 1994. – 318 S„ 26 Abb.

ISBN 3-320-01836-1

Mit 26 Abbildungen: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin (25),
Privatarchiv des Autors (1)

© Dietz Verlag Berlin GmbH 1994
Gestaltung: Brigitte Bachmann
Printed in Germany
Satz: Tastomat GmbH, Eggersdorf
Druck und Bindearbeit: Freiburger Graphische Betriebe, Freiburg

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen 7

Anmerkungen 14

I. Zur Vorgeschichte
(1933 – 1942) 15

1. Konservative Opposition im faschistischen Deutschland 15
2. Widerstand aus christlichem Glauben 25
3. Wehrmacht und NS-Staat – Symbiose und Opposition 32

Anmerkungen 43

II. Offiziere und Generäle gegen Hitler 48

1. Ludwig Beck 48
2. Friedrich Olbricht 53
3. Hans Oster 58
4. Claus Schenk Graf von Stauffenberg 62
5. Henning von Tresckow 77
6. Erwin von Witzleben 82

Anmerkungen 87

III. Politiker und Beamte im Widerstand 92

1. Carl Goerdeler 92
2. Ulrich von Hassell 109
3. Helmuth James Graf von Moltke 118
4. Johannes Popitz 141

5. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg 148
6. Adam von Trott zu Solz 157
7. Josef Wirmer 166
Anmerkungen 169

IV. Theologen gegen Krieg und Verbrechen 175
1. Dietrich Bonhoeffer 175
2. Alfred Delp 181
3. Harald Poelchau 186
Anmerkungen 192

V. Für einen demokratischen Sozialismus 194
1. Julius Leber 194
2. Wilhelm Leuschner 200
3. Hermann Maass 210
4. Carlo Mierendorff 215
Anmerkungen 220

VI. Zusammenfassung: Motivation undZukunftsvorstellungen 223
1. Motive und Anstösse für den Wegin den Widerstand 223
2. Zukunftsvorstellungen 229
Anmerkungen 234

VII. Der 20. Juli 1944 235
1. Pläne und Versuche 1942-1944 235
2. Operation «Walküre» 262
3. Verfolgung und Terror 275
4. Widerhall 280
Anmerkungen 287

Schlussbetrachtung: Militärputsch oder Revolution? 291
Anmerkungen 298

Quellen- und Literaturverzeichnis 299
Archivalische Quellen 299
Literaturauswahl 299

Personenverzeichnis 304

Vorbemerkungen

«Der 20. Juli war eine Revolution, und es wäre neu in der Geschichte, eine Revolution deshalb keine Revolution zu nennen, weil sie nicht zum Erfolge führte. Der 20. Juli bedeutete in diesem Gestapo- und Mörderreiche ebensoviel wie die Aufstandsbewegungen gegen die deutsche Armee in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei, als die Befreiungsarmeen in Sicht waren.»[1] Dieses Urteil fällte Otto Grotewohl, Vorsitzender der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone und 1949 erster Ministerpräsident der DDR, bei einer Kundgebung der Berliner Sozialdemokraten am 14. September 1945.

Doch die These des Politikers blieb nicht unwidersprochen und blieb nicht die einzige Meinung über das Ereignis. Bald gab es im Osten andere Stimmen, die nun das Bild des 2o. Juli 1944 prägten. Im Juli 1947 erschien in der Zeitschrift «Weltbühne» ein Artikel von Albert Norden, Mitglied des Parteivorstandes der KPD und dann der SED, in dem es hiess: «Man verstehe uns recht: wir verneigen uns mit dem schuldigen Respekt vor den Opfern Hitlers, auch wenn sie vorher Marschallstäbe von ihm entgegennahmen und erst dann von ihm abfielen, als Deutschlands militärische Niederlage besiegelt war. Aber das enthebt uns nicht der Pflicht, zu untersuchen, warum die Männer des 20. Juli scheiterten, deren Chancen wahrhaftig grösser waren als die irgendeiner anderen Antinazi-Bewegung zuvor...

Die wichtigste Ursache des Versagens der Generale lag darin, dass sie gar nicht für ein neues Deutschland eintraten, sondern nur für eine andere Spielart des deutschen Imperialismus. Sie warfen Hitler nicht so sehr vor, dass er Krieg führte, als dass er ihn falsch führte und zuviel Feinde angenommen hatte...Es ist demnach klar, dass die rebellieren-

den Generale Fleisch vom Fleisch des deutschen Imperialismus waren, seine alte Taktik des Ausspielens des Westens gegen den Osten fortsetzen wollten... Einstellung des Widerstandes im Westen und Fortsetzung des Krieges im Osten – das war aber nicht nur die Lieblingsidee der Generale. Auch Goerdeler, ein konservativer Freund der monarchischen Staatsform und leitender Kopf bürgerlicher antinazistischer Oppositionskreise, bekannte sich zu dieser Plattform und – es muss gesagt werden – eine sozialdemokratische Gruppe, die zu dem oppositionellen Kreisau-Zirkel des Grafen Moltke gehörte.»[2] Walter Ulbricht, damals Erster Sekretär des ZK der SED, bekräftigte 1955 dieses Verdikt: «Das Attentat auf Hitler wurde in einer Situation vorbereitet, als die Katastrophe Hitlerdeutschlands bereits sichtbar war... Die gleichen Kräfte der Bourgeoisie, die Hitler mit zur Macht gebracht und die Politik des faschistischen deutschen Imperialismus unterstützt hatten, solange er militärische Erfolge hatte, versuchten beim Herannahen der Niederlage einen Absprung aus dem Zuge, der dem Abgrund zueilte, um die Grundlage der monopolkapitalistischen Herrschaft zu sichern.» Zugleich würdigte er aber auch «die deutschen Patrioten aus Offizierskreisen und aus dem Bürgertum, die sich ehrlich für die Interessen des deutschen Volkes einsetzten und dabei persönliche Tapferkeit bis zu ihrem Tode bewiesen.»[3] Im Jahre 1959 gestand Oberst Wolf Stern, Leiter des Instituts für Deutsche Militärgeschichte in Potsdam, den Aufständischen keine moralische Qualität mehr zu: «Handlanger des deutschen Imperialismus, Spione des USA-Finanzkapitals, Denunzianten ihrer Kameraden – das ist das wahre politisch-moralische Antlitz jener führenden Teilnehmer der Verschwörung des 20. Juli 1944, die sich um Goerdeler, Beck, Schacht und Canaris gruppierten.»[4]

Im Westen Deutschlands dagegen wurde – nach anfänglichem Schweigen über die Geschichte des Widerstandskampfes – bald der 20. Juli 1944 zu seinem höchsten und nahezu einzigen Ausdruck deklariert. So verkündete Ernst Reuter, Regierender Bürgermeister von Berlin (West), bei der Einweihung des Ehrenhofes in der Stauffenbergstrasse im Juli 1953: «Der 20. Juli 1944 war das erste sichtbare, weithin wirkende Fanal, das der Welt zeigte, dass in Deutschland der Wille zur Freiheit und der Wille zum eigenen Leben nicht untergegangen waren.»[5] Der Historiker Gerhard Ritter veröffentlichte 1954 in Stuttgart sein Buch «Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung», das lange Zeit einen massgebenden Einfluss auf Widerstandsgeschichtsschreibung und Geschichtsbild in Westdeutschland ausübte. Darin ging er davon aus, dass «die Gestalt des Oberbürgermeisters Dr.

Carl Goerdeler ganz von selbst in den Mittelpunkt der Betrachtung» rücke, denn «die moralische Empörung als Kern der Opposition, der leidenschaftliche Wille zum Aufbau einer neuen, echten, von sittlichen Grundsätzen getragenen Volksgemeinschaft und schliesslich zur Begründung einer neuen, von gegenseitiger Achtung getragenen Gemeinschaft der Völker wird hier als Leitmotiv alles politischen Handelns besonders deutlich erkennbar...

Carl Goerdeler stand lange Zeit mehr als irgendein anderer im Mittelpunkt der Verschwörung gegen die Tyrannei... Von seiner Biographie her lässt sich das Ganze der Bewegung besonders gut überblicken.»[6]

Diese Einseitigkeiten standen im Dienste der in Ost und West verstärkt betriebenen Instrumentalisierung der Geschichte und Tradition des 20. Juli im Zeichen der «Systemauseinandersetzung». In seiner schon zitierten Ansprache vom Juli 1953 führte E. Reuter weiter aus: «Der Bogen vom 20. Juli 1944 spannt sich heute, ob wir wollen oder nicht, zu dem grossen Tage des 17. Juni 1953, zu jenem Tag, an dem sich ein gepeinigtes und gemartertes Volk in Aufruhr gegen seine Unterdrücker und gegen seine Bedränger erhob... Wir wissen, dass dieser 17. Juni wie einst der 20. Juli nur ein Anfang war. Aber ich glaube, es ist gut, es ist richtig, wenn wir auch an diesem Tage den Bogen vom 20. Juli zu den Ereignissen schlagen, die uns heute innerlich bewegen.»[7]

Politik und Geschichtsschreibung im Osten sahen dagegen im 20. Juli eine antisowjetische imperialistische Verschwörung, deren Grundanliegen auch in der Gegenwart fortgesetzt würde. So äusserte sich die sowjetische Historikerin G.N. Goroschkowa während einer deutsch-sowjetischen Historikerkonferenz im November 1957 so: «Goerdeler und seine Anhänger arbeiteten Pläne aus, die auf die Rettung des deutschen Imperialismus in der Periode seiner grössten Katastrophe, des Zusammenbruchs des Hitlerregimes, gerichtet waren. Diese Pläne waren auch auf die Festigung und Ausweitung der Positionen des deutschen Imperialismus in der Zukunft gerichtet. Die Umgestaltung Europas im Interesse der deutschen Monopole, deren Beteiligung an der Ausraubung der Kolonien und schliesslich die Errichtung der Hegemonie des imperialistischen Deutschland in einem unter seiner Ägide «vereinigten Europa'- das alles ist doch offensichtlich auch heute Gegenstand der Begierden des deutschen Imperialismus.»[8]

Die Frage nach dem historischen Charakter der Ereignisse vor dem und am 20. Juli 1944 fand immer wieder unterschiedliche Antworten,

so dass man wohl dem Historiker Kurt Gossweiler recht geben muss, wenn er feststellte: «Es gibt nur wenige andere Gedenktage der deutschen Geschichte, an denen so auffällig abzulesen ist, wie sehr aktuelle Bedürfnisse dazu führen, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt jeweils neue Fragen an die Geschichte zu stellen und jeweils andere Seiten desselben Ereignisses stärker als früher zu beleuchten.»[9] Die oben zitierten Beispiele jedoch zeigen, dass zu den hier apostrophierten «aktuellen Bedürfnissen» vor allem handfeste Legitimationsbedürfnisse gehören, denen gerade die Geschichtsschreibung in besonderem Masse unterworfen war und ist. Während in Ostdeutschland die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes, insbesondere der KPD, zur «Vorgeschichte» der DDR deklariert wurde, herrschte im Westen eine Situation, die Martin Broszat, ehemals Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München, so charakterisierte: «Als einziges positives Erbe aus der Hitlerzeit musste man mit dem Widerstand historisch wuchern. Das diente nicht nur der Augenauswischerei, nicht nur der Erhöhung des Selbstgefühls gegenüber den Besatzungsmächten, die in Nürnberg 1945/46 über die Hitler-Zeit Gericht gehalten hatten. Es war damals auch elementare demokratische Notwendigkeit insofern, als es darum ging, mit der Berufung auf den Widerstand das neue Gemeinwesen Bundesrepublik wenigstens normativ an die Traditionslinie des «anderen Deutschland» zu binden. In den Anfangsjahren der Adenauer-Zeit hatte die Durchsetzung solcher Normativität umso grössere Bedeutung, als man in der Praxis der Politik, Administration und Justiz von einer entschiedenen Abkehr von der Nazi-Vergangenheit weit entfernt war. Und es war in manchen Bereichen, z.B. in der neugegründeten Bundeswehr, die noch von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren geleitet wurde, keineswegs einfach, sondern eher mühsam, das offizielle Bekenntnis zum Widerstand und die ehrenvolle Nennung und Erinnerung von Personen des militärischen Widerstandes durchzusetzen... Während die Berufung auf den kommunistischen Widerstand ein essentielles Element der Staatsidee der DDR als einer deutschen Republik antifaschistischer Provenienz wurde, pflegte man in der Bundesrepublik im Zeichen der Ost-West-Konfrontation in den fünfziger Jahren fast ausschliesslich das Andenken der der bürgerlich-konservativen Adenauer-Regierung und ihren westlichen Verbündeten am meisten gefälligen Personen und Gruppen des konservativen und christlichen Widerstandes, während der sozialistische Widerstand und seine massive Verfolgung fast ganz ausgeklammert blieben.»[10]

Die Vereinnahmung der Tradition zur Legitimierung der eigenen Posi-

tionen betraf auch den Haupthelden, den Obersten Claus Schenk Graf von Stauffenberg, «am systematischsten im Osten», wie der Sohn Franz Ludwig Graf von Stauffenberg in einem Interview feststellte, «mittels eines komplexen, kunstvollen Geschichtsbilds, in nicht so systematischer Weise auch im Westen».[11]

Im Verlauf der achtziger Jahre vollzog sich in der Einschätzung des 20. Juli eine gewisse Annäherung der in Ost und West vertretenen Standpunkte. Offen aber bleibt nach wie vor die Frage – die auch kein Ost-West-Problem, sondern ein übergreifendes und komplexes darstellt –, ob der 20. Juli der Versuch einer revolutionären Umgestaltung war oder sich als Militärputsch, Palastrevolte, Pronunziamento südamerikanischer Prägung usw., wie es zuweilen im Osten hiess, präsentiert. Der sowjetische Historiker L. I. Gincberg traf in seinem 1987 erschienenen Buch «Der Kampf deutscher Patrioten gegen den Faschismus 1939 – 1945» eine Feststellung, die sich wesentlich von den bis dahin in der Sowjetunion und lange Zeit auch in der DDR vertretenen Auffassungen unterschied: «Wenn Marxisten die Verschwörung vom 20. Juli 1944 beurteilen, sehen sie nicht nur ihre Schwäche. Man darf nicht verkennen, dass es sich hier um einen Versuch gehandelt hat, dem Lauf der Ereignisse in Deutschland und im internationalen Massstab eine Wende zu geben.»[12]

Zu der Frage, ob im Sommer 1944 überhaupt die Möglichkeit einer Revolution bestand, äusserte sich Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart, der als Jugendlicher mit angesehen hatte, wie die Nazis seinen Vater, den Generalfeldmarschall Erwin Rommel, in den Selbstmord getrieben hatten: «Ich glaube nicht, dass eine Revolution gegen Hitler irgendwann eine sogenannte Massenbasis gehabt hätte. Auch die Angehörigen der Widerstandsbewegung glaubten dies nicht. Umso mehr ehrt es sie, dass sie trotz der tödlichen Gefahren sich zusammenfanden und nach Auswegen suchten... Gewiss war es nicht chancenlos, den Versuch eines Umsturzes im Juli 1944 zu wagen. Wäre er gelungen, hätte er Millionen das Leben gerettet.»[13] Theodor Steltzer, Angehöriger des Kreisauer Kreises, später Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, erinnerte sich in einem Brief an den Verfasser vom 18.10.1966: «Die militärische Katastrophe hielten wir allerdings für unabwendbar. Aber wir haben versucht, den Alliierten klar zu machen, dass wir vorher eine politische Verständigung herbeiführen sollten, da niemand der Feldmarschälle mitmachen würde, wenn wir auch politisch bedingungslos kapitulierten. Dieses hat sich denn ja auch als richtig erwiesen. Ich glaube auch heute noch, dass bei der damaligen Zer-

setzung der militärischen Führung nicht eine Gruppe von Generalen mit der Aufgabe fertig werden würde. Und ebenso stand es mit den Aussichten einer Revolution. Wir wussten nur, dass Leuschner, d.h. die Gewerkschaften, bei einem Handeln der Generale sich zu einem späteren Einsatz bereit erklärt hatten.»[14]

Diese Zweifel scheinen bestätigt zu werden durch die Tatsache, dass die Popularitätskurve des durch ein «Wunder» geretteten Hitler, wie Goebbels lauthals verkündete, nach dem 20. Juli vorübergehend eine schon lange nicht mehr gehabte Höhe erreichte.

Da die Hauptakteure des Ereignisses vor 50 Jahren Militärs waren, impliziert die Erkundung seines Charakters eine weitere Frage, die der Historiker Peter Steinbach so formulierte und die auf den Kern des Problems zielt: «Ging es der ‚Militäropposition', die sich zum «letzten» und «entscheidenden Wurf» des Anschlages auf Hitler durchrang, um die Verfolgung spezifisch militärischer Ziele angesichts der drohenden Katastrophe, oder handelten die Widerstandskämpfer stellvertretend für alle Gegner des Nationalsozialismus, weil sie sich ihrer allein erfolgversprechenden Möglichkeiten bewusst waren?»[15] Die Beantwortung dieser Frage dürfte der Lösung des Problems am nächsten kommen.

Noch eine Anmerkung ist notwendig, um den historischen Zusammenhang in grossen Zügen zu vervollständigen. Wenn wir heute der Frage nachgehen, ob der 20. Juli 1944 der Versuch einer Revolution, also einer grundlegenden Umgestaltung der deutschen Gesellschaft, gewesen sei, können wir sie kaum beantworten, ohne den Blick auf die zwar unterdrückte und dezimierte, aber nach wie vor vorhandene deutsche Arbeiterbewegung zu richten, die am 20. Juli zunächst nur peripher beteiligt war, von deren Haltung aber mit Sicherheit das Schicksal der Umwälzung wesentlich bestimmt worden wäre. Es ist gerade bei diesem Thema nützlich, sich an die Worte Heinz Oskar Vetters, von 1969 bis 1982 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus dem Jahre 1971 zu erinnern, als im Westen der Kult um den 20. Juli blühte: «Zu denen, die von Anfang an und aus allen Lagern sich im Widerstand gegen die Diktatur sammelten, und die ihr zum Opfer fielen, gehören auch und vor allem die Frauen und Männer der Deutschen Arbeiterbewegung.

So ist die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu einem historisch bedeutsamen, politisch entscheidenden und menschlich unvergesslichen Abschnitt in der Geschichte der Deutschen und Europäischen Arbeiterbewegung geworden.

Keine Schicht unseres Volkes hat im Kampf gegen Hitler so viele

Opfer gebracht wie die Arbeiterschaft. Das sollte gerade an diesem Tage unauslöschlich bleiben, an dem wir der Männer des 20. Juli gedenken.»[16]

Diese zum Teil kontroversen Aussagen zeigen doch wohl, dass der Charakter des 20. Juli 1944 – zumindest in der Sicht der Politiker und Historiker – durch Widersprüchlichkeit und Vielschichtigkeit geprägt ist.

Man wird ihn nicht erfassen können, ohne seine Vorgeschichte gründlich zu kennen. Die unmittelbare Vorgeschichte beginnt 1942, als unter dem Eindruck entscheidender militärischer Niederlagen eine Gruppe entschlossener Offiziere, von denen viele aber nicht erst jetzt Nazigegner waren, einen konkreten Aktionsplan entwarf, um Hitler durch ein Attentat zu töten, das den Auftakt für die Konstituierung einer neuen Regierung, für die Beendigung des Krieges und die Beseitigung der Nazidiktatur bilden sollte. Doch die Personen, die hier handelten, und die, die hinter ihnen standen, kamen nicht aus dem Dunkel der Anonymität, im Gegenteil, sie hatten eine Vita, die in besonderem Masse durch die historischen Ereignisse geprägt worden war und die sie darum nicht zufällig zu diesem entscheidenden Tag im Juli 1944 führte. Deshalb muss zunächst einmal der Blick auf die Vorgeschichte im weitesten Sinne, bis in die dreissiger Jahre hinein, geworfen werden. Dabei kann es nicht um eine chronologische Abhandlung der deutschen Geschichte dieser Zeit gehen, sondern um eine Hervorhebung jener Ereignisse, Strömungen und Geisteshaltungen, die die Vorgänge des Jahres 1944 vorbereiten halfen und für den heutigen Leser besser erklärbar machen.

Danach sollen Biographien der Hauptbeteiligten sowie der Blick auf deren Umgebung Aufschluss über die entscheidenden Motive für ihre Widerstandshaltung sowie über ihre politischen Zukunftsvorstellungen geben. Aussagen zu diesen Komplexen fanden in der Darstellung darum besondere Beachtung, was zwangsläufig auf Kosten biographischer Details geschehen musste. Abschliessend wird versucht, durch eine Zusammenfassung und durch die Wiedergabe der Ereignisse um den 20. Juli 1944, eine Antwort auf die im Titel der Arbeit gestellte Frage zu finden.

Anmerkungen

1 Otto Grotewohl: Im Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze, 1. Band, Berlin 1948, S. 21/22.
2 Albert Norden: Die Bedeutung des 20. Juli, in: Weltbühne, 1947, Nr. 13, S.554,555,556.
3 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Band 1, 1. Halbband, Berlin 1955, S.39, 45.
4 Wolf Stern: Die Auslandsbeziehungen der Verschwörer des 20. Juli 1944 im Lichte der Konferenz von Casablanca im Januar 1943, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Band 4, Beiträge zum Thema "Die Innenpolitik und die Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus und die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland und in den besetzten Gebieten», Berlin 1961, S. 636.
5 Ernst Reuter: Der 20. Juli 1944 – Das erste Fanal, in: Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, Band 1, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1984, S.40.
6 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 4. Aufl., Stuttgart 1984, S.16/17.
7 Ernst Reuter: Der 20. Juli 1944 – Das erste Fanal, S. 42.
8 G.N. Goroschkowa: Die aussenpolitischen Pläne der Verschwörer des 20. Juli 1944 im Lichte der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957 in zwei Bänden, Band II, Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, Berlin 1958, S. 402.
9 Kurt Gossweiler: Der 20. Juli und die Faschismustheorie, in: Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte, Berlin 1986, S.296.
10 Martin Broszat: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, S. 315/316.
11 Franz Ludwig Graf von Stauffenberg: Rechtsextremismus heute – wenig, zu wenig stellen sich der Mühe, «entgegenzubauen». Interview über Erlebnisse, Erinnerungen und heutige Gedanken. In: Neues Deutschland, 19. Juli 1993, S.3.
12 L.l. Gincberg: Bor'ba nemeckich patriotov protiv fasizma 1939 – 1945, Moskva 1987, S.300.
13 Manfred Rommel: Demokratie als Gegenbild zur Diktatur, in: Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, Band 2, Berlin 1984, S. 198.
14 Brief vom 18.10.1966, im Besitz des Verfassers.
15 Peter Steinbach: Der militärische Widerstand und seine Beziehungen zu den zivilen Gruppierungen des Widerstandes, in: Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Hrsg, vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford und Bonn o.J. (1984), S. 219.
16 Heinz Oskar Vetter: Arbeiterbewegung als Feind des Nationalsozialismus, in: Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, Band 2, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin 1986, S.113.

I. Zur Vorgeschichte
(1933-1942)

1. Konservative Opposition im faschistischen Deutschland

In der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1944 standen im Innenhof des Bendlerblocks in Berlin, dem Sitz des Oberkommandos des Heeres, in der Nähe des Tiergartens, vier Offiziere zur standrechtlichen Erschiessung vor einem Sandhaufen: General der Infanterie Friedrich Olbricht, Oberst im Generalstab Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Oberst im Generalstab Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant d.R., im Zivilberuf Syndikus, Werner von Haeften. Scheinwerfer eines Wehrmacht-LKW beleuchteten die Richtstätte, als um 0.10 Uhr die tödlichen Schüsse krachten. Kurz zuvor war im Hause der Selbstmordversuch des Generalobersten Ludwig Beck, ehemals Chef des Generalstabes des Heeres, gescheitert, so dass auf Befehl des Generalobersten Fritz Fromm, Befehlshaber des Ersatzheeres, ein Feldwebel das Todeswerk vollenden musste. Die fünf Leichen wurden eilig, noch in Uniform und mit allen Orden, auf dem Matthäus-Friedhof begraben, nach zehn Tagen jedoch wieder ausgegraben und verbrannt. Die Asche verstreute man an unbekannten Orten, wie Reichsführer SS und nunmehriger Befehlshaber des Ersatzheeres Heinrich Himmler, der den Befehl dazu gegeben hatte, später ausführte, damit «von diesen Leuten, auch von denen, die jetzt hingerichtet werden, nicht die geringste Erinnerung in irgendeinem Grabe oder an einer sonstigen Stätte» bleibe.[1]

Die Ermordeten und die in den folgenden Monaten Verhafteten und Verurteilten gehörten, abgesehen von einigen Geistlichen beider christlichen Kirchen und einigen sozialdemokratischen Politikern, zum grössten Teil zu den deutschen «Eliten», zu den führenden Gruppen in Militär, Verwaltung, Diplomatie, Wirtschaft. Sie hatten einen langen «Weg von der Kooperation zur Opposition»[2], von Systemträgern zu Systemgeg-

nern, von loyalen, gar begeisterten Anhängern des Dritten Reiches zu erbitterten Gegnern und Widerstandskämpfern bis zur letzten Konsequenz durchlaufen. Dieser Weg war, wie der Historiker Klaus-Jürgen Müller treffend feststellt, «typisch für viele der Männer und Frauen, die das repräsentierten, was wir mit einer Art Annäherungsbegriff «nationalkonservativen Widerstand» nennen, und in dem Militärs mit Diplomaten, hohen Verwaltungsbeamten und anderen Angehörigen von traditionellen Elitegruppen sich gegen das Regime zusammengefunden hatten. Das war eine Gruppierung von fraglos sehr ausgeprägten Individuen, die nur mit Vorbehalten unter einer gemeinsamen Etikettierung zusammengefasst werden können. Ein Spezifikum dieses sehr komplexen nationalkonservativen Widerstandes lag eben darin, dass hier nicht von Anfang an sogleich Front gegen das NS-System gemacht wurde, sondern dass er sich aus der Anpassung an das System, gar aus einer Kooperation mit ihm und in ihm entwickelte.»[3] Alle waren längere Zeit, manche sogar bis zum Ende, in das militärische oder bürokratische System des nationalsozialistischen Regimes eingebunden, einige wären vielleicht sogar strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden.[4] Die Wechselwirkung zwischen bestimmten Umständen, auf die noch zu verweisen sein wird, und eigener geistiger Reflexion führten auf den Weg von der Kooperation zur Konfrontation und zum Widerstand, der demzufolge durch einen ständigen und nicht selten schmerzhaften Lernprozess bestimmt war.

Heute ist in der Geschichtsschreibung allgemein anerkannt, dass aus den Reihen der Arbeiterbewegung dem Naziregime von Anfang an hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wurde, dass aus den Arbeiterparteien und Gewerkschaften die grösste Zahl von Widerstandskämpfern und Verfolgten kam.[5] Hier wiederum war es die KPD, die die meisten aktiven Nazigegner stellte und die meisten Opfer brachte, wenngleich korrigierend bemerkt werden muss, dass die These von der «führenden Rolle der KPD», wie sie lange in der DDR verbreitet wurde, nicht der historischen Realität entspricht. Die zweitgrösste Gruppe innerhalb des deutschen Widerstandes stellte die SPD, deren Vorstand sich anfangs noch Illusionen über die Möglichkeit einer eventuellen legalen Weiterexistenz hingegeben hatte, dann aber nach dem Parteiverbot vollständig in das Exil gehen musste. In Deutschland nahmen viele Sozialdemokraten am Widerstandskampf teil und setzten dabei ihr Leben ein. Im Jahre 1936 z.B. wurden 11 687 Kommunisten und 1 374 Sozialdemokraten wegen illegaler Tätigkeit verhaftet, 1937 waren

es 8'068 und 733.[6] Mehrere führende Sozialdemokraten fanden den Weg in die Bewegung, die zum 20. Juli 1944 führte.

Für die übergrosse Mehrzahl der bürgerlich-konservativen Wirtschaftsführer, Politiker, Beamten und Offiziere war die Verfolgung der Arbeiterbewegung zunächst kein Grund grosser Besorgnis, für viele zunächst sogar Befriedigung, lag sie doch durchaus in ihrem Klasseninteresse. Aufschlussreich ist z.B. eine Versammlung von etwa 15 brandenburgischen Grossgrundbesitzern am 21. Januar 1931 im Hause Bechstein in Berlin, zu der Wilhelm von Oppen-Tornow eingeladen hatte, um einen Vortrag Hitlers anzuhören. Dietlof Graf von Arnim-Boitzenburg, einer der Teilnehmer, schilderte in einem Bericht seinen Eindruck und seine Einstellung, die typisch für die Mehrheit gewesen sein dürfte: «Ich kann nur sagen, dass der Vortrag, den er [Hitler] hielt, ganz ausgezeichnet war und zu irgendeiner Beanstandung keinen Anlass bot...

Auch das Ziel, das Hitler sich gesteckt hat, nämlich die Zertrümmerung der Sozialdemokratie, muss man durchaus billigen, denn es ist eine Voraussetzung für eine Wiedergesundung Deutschlands... Auf die Dauer gesehen, würde ich mich aber doch nur ungern von einer Partei trennen, die auch noch einige andere Gesichtspunkte für sich hat. Welche sie erreichen will, vor allen Dingen das christliche Moment, das bei Hitler zwar auch nicht ausgeschlossen, aber nicht als eine Hauptsache in den Vordergrund gerückt wird. Ich sehe in diesem Punkt eine Lebensfrage für unser Volk...Ob es ihm [Hitler] gelingt, die nötigen Persönlichkeiten zu finden, kann ich nicht sagen. Bisher hat er sie wohl zweifellos noch nicht. Es mag sein, dass sich unter unseren Standesgenossen Männer finden, die diesen zukunftsentscheidenden Halt für die Hitlerbewegung geben... Ich verspreche mir auf die Dauer mehr von einer konservativen Parteirichtung und werde daher dieser treu bleiben.»[7]

Man blieb christlich-konservativ, gab sich vielleicht etwas mehr «sozial», begrüsste die jetzt propagierte «Volksgemeinschaft» und die «Abschaffung» des Klassen kam pfes. Die Mehrheit der «Eliten» war mit Verbot und Unterdrückung der Kommunisten und Sozialdemokraten einverstanden, man nahm höchstens Anstoss an den rabiaten «Methoden» der SA. Der spätere General Hans Speidel schrieb in seinen Memoiren über die Lage im Jahre 1933: «Äusserlich ging das Leben in Berlin zunächst seinen gewohnten Gang, von einem polizeilichen Druck war wenig zu spüren, das Rowdytum der SA war nur sporadisch.»[8] Und dies zu einer Zeit, von Januar bis Juni 1933 –, da allein aus

dem Regierungsbezirk Potsdam ca 5'000 Nazigegner verhaftet wurden.[9]

Ein Höhepunkt in dem Bemühen, das Bündnis zwischen dem deutschen Faschismus und den alten Eliten, die zum grossen Teil mit und in preussischen Traditionen lebten, öffentlich zu demonstrieren und damit auch die noch skeptischen konservativen und teilweise auch liberalen Kräfte zu beeindrucken, war der «Tag von Potsdam» am 21. März 1933.[10]

Zu seiner «Vorbereitung» und Absicherung wurden zunächst einmal in Potsdam etwa 50 und im benachbarten Kreis Zauch-Belzig etwa 30 KPD-Funktionäre festgenommen.[11] Unter dem von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels intonierten Dreiklang «Preussentum, Nationalsozialismus, Christentum» rollte hier eine Propagandaschau ab, die durchaus ihre Wirkung ausübte. Bewusst war der 21. März gewählt worden, war es doch der Frühlingsanfang und der Jahrestag der Eröffnung des ersten Reichstages des Deutschen Reiches am 21. März 1871.

Höhepunkt war der Staatsakt in der Garnisonkirche, der mit einem Choral und einer Ansprache Hindenburgs zur offiziellen Eröffnung des Reichstages begann. Hitler prangerte in seiner Regierungserklärung den «Verfall der Nation» an und rühmte den Aufstieg seiner Bewegung und – nahezu unterwürfig – die Verdienste Hindenburgs: «Dem jungen Deutschland haben Sie, Herr Generalfeldmarschall, am 30. Januar 1933 durch grossherzigen Entschluss die Führung des Reiches anvertraut... Am 5. März hat sich das Volk entschieden und in seiner Mehrheit die nationale Regierung bestätigt, in einer einzigartigen Bewegung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt und dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Symbolen der alten Grösse und der jungen Kraft.» Unmissverständlich war die mit nationalen Phrasen bemäntelte Ankündigung der rigorosen Unterwerfung aller politischen Kräfte unter die absolute Diktatur: «Im Bewusstsein, im Sinne des Willens der Nation zu handeln, erwartet die nationale Regierung von den Parteien der Volksvertretung, dass sie nach 15jähriger deutscher Not sich emporheben mögen über die Beengtheit eines doktrinären, parteimässigen Denkens, um sich dem eisernen Zwang unterzuordnen, den die Not und ihre drohenden Folgen uns allen auferlegen... Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation!»[12]

Nach dem symbolischen Händedruck Hindenburg-Hitler begaben sich der Reichspräsident und sein Sohn Oskar in Begleitung der bei-

den Pfarrer der Garnisonkirche in die Gruft zur Kranzniederlegung. Das Niederländische Dankgebet «Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten» beendete den Akt. Hindenburg vergass nicht, mit erhobenem Marschallstab den leeren Kaisersessel in der Kirche zu grüssen. Goebbels resümierte, mit sich und seiner Inszenierung zufrieden, in seinem Tagebuch: «Am Schluss sind alle auf das Tiefste erschüttert.»[13]

Die Naziführer stellten sich schon in der Weimarer Republik und erst recht während ihrer Herrschaft als die Fortsetzer und Vollender des Werkes von Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Bismarck dar. Die Zeremonie in der Garnisonkirche und auf den Strassen Potsdams sollte nicht nur die Einheit von Preussentum und Nationalsozialismus demonstrieren, sondern sollte damit vor allem jenen Teil der deutschen Bevölkerung – besonders Beamtenschaft, Grossgrundbesitz, Bauern, Kleinbürgertum und Offizierkorps –, der aus bürgerlich-konservativer Position und preussischer Tradition heraus noch gewisse Abneigung gegen die Nazibewegung hegte, in das Regime einbinden.»Preussen sollte den Nationalsozialismus hoffähig machen!», schrieb treffend der Historiker Manfred Schlenke.[14] Unter denen, die damals von dem Spektakel angetan waren, gab es allerdings mehrere, die später den Weg in den Widerstand fanden.[15]

Manche Persönlichkeiten aus dem konservativ-bürgerlichen Lager, die geglaubt hatten, die Zeit der Unruhe bald überwinden und einen konservativen Rechtsstaat errichten zu können, mussten bald spüren, dass sie nur zeitweilig als Werkzeuge gebraucht und bald beiseite geschoben wurden, weil es das Ziel der Nazis war, alle führenden Positionen mit ihren Anhängern zu besetzen. Zur Stabilisierung der faschistischen Diktatur gehörte nicht nur die terroristische Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiterbewegung, sondern auch die schrittweise Ausschaltung konservativer, bürgerlich-liberaler, aller nicht bedingungslos ergebenen Kräfte aus dem öffentlichen Leben. So waren schon bis zum 19. Februar 1933 in Preussen neun Regierungspräsidenten, 13 Polizeipräsidenten, ein Polizeivizepräsident, vier Ministerialdirektoren und ein Landrat abgesetzt bzw. beurlaubt worden. Am 13. März 1933 wurde, um nur einige namentliche Beispiele zu nennen, Dr. Konrad Adenauer (Zentrum) als Oberbürgermeister von Köln beurlaubt, am 14. März erfolgte die Zwangspensionierung des Dresdner Oberbürgermeisters Dr. Wilhelm Külz (Deutsche Staatspartei), am 14. April verhaftete man Dr. Robert Lehr (DNVP), Oberbürgermeister von Düsseldorf. Im Hause Lehrs in Düsseldorf trafen sich in den folgenden Jahren regelmässig Regimegegner, um Fragen der politischen Neuord-

nung zu erörtern. Am 1. April 1933 musste der Potsdamer Polizeipräsident Henry von Zitzewitz, der noch die polizeiliche Absicherung des Tages von Potsdam vorbereitet hatte, dem SA-Führer Wolf-Heinrich Graf von Helldorf weichen. Ebenfalls im April 1933 wurde der Zentrumspolitiker Cuno Raabe, Oberbürgermeister von Hagen, aus seinem Amt entlassen. Am 1. April 1934 wurde der deutschnationale Oberbürgermeister von Potsdam, Arno Rauscher, der am Tag von Potsdam aktiv teilgenommen hatte, durch den Kreisleiter der NSDAP Generalmajor a. D. Hans Friedrichs ersetzt. Es traf auch viele Konservative, als am 11. Februar 1934 der Preussische Ministerpräsident und Chef der Gestapo, Hermann Göring, die Auflösung und das Verbot aller monarchistischen Organisationen verfügte, u.a. mit folgender Begründung: «Die monarchistischen Verbände haben sich nicht damit begnügt, geschichtliche Erinnerungen an die unbestrittenen Verdienste deutscher Fürsten und preussischer Könige zu pflegen, sondern sie sind immer mehr dazu übergegangen, auch in der Öffentlichkeit für die Wiederherstellung der monarchistischen Staatsform einzutreten und Anhänger für die monarchistische Bewegung zu werben. Es liegt die Gefahr nahe..., dass dunkle Elemente die monarchistische Bewegung für ihre staatsfeindlichen Zwecke ausnutzen.»[16]

Einzelne Konservative machten aus ihrer Abneigung gegen das Regime kein Hehl und traten mehr oder weniger offen dagegen auf. Sogar General a. D. Erich Ludendorff, Anfang der zwanziger Jahre ein Förderer der völkisch-faschistischen Bewegung, später aber mit Hitler zerstritten, protestierte 1933/34 in Telegrammen und Briefen an Hindenburg gegen den Terror der Nazis und warnte den Reichspräsidenten vor Hitlers Katastrophenpolitik.[17] Monarchistisch eingestellt und sich oft öffentlich abfällig über die Nazibehörden äussernd, blieb der Gutsbesitzer und ehemalige Stahlhelmführer Rittmeister a. D. Hans von Ribbeck im brandenburgischen Kreis Westhavelland, der Ende Juni/Anfang Juli 1934 im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre, gemeinsam mit den Gutsbesitzern Wolf von Bredow und Wilhelm von Bredow sowie weiteren Personen, kurzzeitig inhaftiert wurde[18]. «Bei feierlichen Anlässen», so berichtet ein Zeitgenosse, «wie dem Jagdessen im grossen Saal erhob Hans von Ribbeck selbstverständlich sein Glas zuerst zum Wohle des Königs von Preussen, was ihm in dieser unruhigen Zeit, die auch vor dem Hoftor des Rittergutes nicht Halt gemacht hatte, manchen Feind eingebracht und ihm im Dritten Reich letztlich auch das Leben gekostet hat.»[19] Er wurde von der Gestapo observiert, im April 1944 verhaftet und in das KZ Sachsenhausen eingeliefert, aus

dem er nicht zurückkehrte. Zu den Konservativen, die von Anfang an aktiv gegen das Nazisystem auftraten, gehörte der pommersche Gutsbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin, der noch kurz vor dem 30. Januar 1933 Hindenburg und Papen aufsuchte, um sie vor der Bildung einer Hitlerregierung zu warnen.[20] Im Sommer 1938 reiste er im Einvernehmen mit Generaloberst Ludwig Beck und Admiral Wilhelm Canaris nach London, um Vertreter der britischen Regierung zur Aufgabe der Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler zu bewegen und um über die Existenz einer deutschen Opposition zu informieren. Er wurde nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und am 9. April 1945 in Plötzensee ermordet.

Im Prinzip stand der nationalsozialistische Staat anfangs den «nationalkonservativen» Eliten näher als die parlamentarische, vom Parteienstreit zerklüftete Weimarer Republik. Die meisten rechneten damit, die Phase der «nationalen Revolution», d.h. des SA-Rowdytums, bald überwinden und den Staat in einen bürgerlich-konservativen Rechtsstaat mit eingeschränkten parlamentarischen Befugnissen umwandeln zu können. Jedoch wuchs die Furcht, dass Hitlers Politik zu neuen innenpolitischen Spannungen, zu einem neuen Anschwellen des kommunistischen Einflusses führen könne. Der Münchener Professor Kurt Huber, Mitglied der Widerstandsgruppe «Weisse Rose», früher Bayerische Volkspartei, seit 1940 NSDAP, beklagte die Angriffe gegen die Kirche und den christlichen Glauben und meinte, dass die Politik des Hitlerstaates zur «Bolschewisierung» führe[21]. Man wollte in der Tat kein neues «1918», und der Historiker Hans Mommsen hat sicher recht, wenn er von den führenden konservativen Hitlergegnern sagt, dass sie «die antikommunistische Zielsetzung des Regimes ausdrücklich bejaht» hatten. «Sie gelangten indessen in zunehmendem Masse dazu, das NS-Regime auf eine Stufe mit dem Bolschewismus zu stellen; der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939 bestätigte sie noch darin.»[22] Dazu kamen die wachsende Korruption, Parteibuchbeamtentum anstelle von Fachkompetenz, Prunksucht, Vetternwirtschaft, moralischer Verfall – Erscheinungen, die in den Augen der alten Eliten preussischer Traditionen und konservativer Geisteshaltung widersprachen. Massgebende Führer der deutschen Wirtschaft, die über den grössten Teil des deutschen Finanzkapitals – des Kapitals der Industrie- und Bankmonopole – verfügten, hatten die Errichtung der faschistischen Dikatur in Deutschland nicht nur gebilligt, sondern hatten sie tatkräftig gefördert und profitierten am meisten von der Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung. «Das Verhältnis der deutschen Grossindustrie

zum Zweiten Weltkrieg», stellte der Historiker Ludolf Herbst fest, «scheint einer Klärung nicht mehr zu bedürfen: Sie bereitete ihn rüstungswirtschaftlich vor, schaltete sich nach den ersten Siegen in die Ausbeutung Europas ein, brachte die Speersche Rüstungsmaschinerie zur Maximalleistung und verstrickte sich schliesslich tief in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Ohne die aktive Mitwirkung der deutschen Grossindustrie hätte der Zweite Weltkrieg weder vorbereitet noch geführt werden können... Mitwirkung an einem Verbrechen begründet zwar in jedem Fall Mitschuld, lässt aber in der Schuldzuweisung Abstufungen zu.»[23]

Sicher wäre letzterem zuzustimmen. Ersteres bedarf aber der Ergänzung: Es waren nicht nur die Grossindustriellen, sondern auch die Grossbanken Vorbereiter und Nutzniesser des Krieges. Sie wurden nicht erst im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung politisch aktiv, sie hatten auch wesentlichen Anteil – direkt oder über politische Mittelsmänner – an der Errichtung der Nazidiktatur. Ohne die eigenständige Rolle Hitlers ignorieren zu wollen, kommt doch wohl bestimmten Kreisen des Industrie- und Bankkapitals nicht eine Mit-, sondern die Hauptschuld an faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg zu. Man hatte Hitler gebraucht als den «Trommler», der es verstand, grosskapitalistischer Politik wieder einen Massenanhang zu verschaffen, nachdem die traditionellen Parteien wie DNVP, DVP und Demokratische Partei nahezu zu Splitterparteien herabgesunken waren. Sicher hatten manche geglaubt, Hitler durch die noch relativ zahlreichen konservativen Kabinettsmitglieder Franz von Papen (Vizekanzler), Konstantin Freiherr von Neurath (Auswärtiges), Ludwig Johann Graf Schwerin von Krosigk (Finanzen), Franz Seldte (Arbeit), Paul Freiherr von Eltz-Rübenach (Verkehr und Post), Werner von Blomberg (Reichswehr), Hjalmar Schacht (Reichsbank, seit August 1934 Wirtschaft), Alfred Hugenberg (bis Juni 1933 Wirtschaft, Ernährung) «eingerahmt» und damit ungefährlich gemacht zu haben. Die Ernüchterung setzte sich erst allmählich durch.

Dem Tag von Potsdam sollten bald andere Propagandaaktionen mit ähnlicher Zielsetzung folgen. Bereits die nächsten Reichstagswahlen am 12. November 1933 erfolgten auf der Grundlage der NSDAP-Einheitsliste. Doch waren sie geschickt verbunden mit einer gleichzeitigen «Volksabstimmung» über den am 14. Oktober verkündeten und am 20. Oktober offiziell vollzogenen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wegen der «Nichtgleichberechtigung» in der Abrüstungsfrage. Die Regierung erliess dazu einen «Aufruf an das deutsche Volk», der an

Demagogie kaum noch zu überbieten war und in dem es hiess: «Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben, als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns...

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen, mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschliessen...

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.»[24]

Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, begrüsste in einem Telegramm an Hitler diesen Schritt: «Auf dem vorgezeichneten Weg folgt Ihnen in unbeugsamer Entschlossenheit inmitten der einigen Nation die deutsche Industrie.»[25]

Die Vorbereitung der «Volksabstimmung» machte ferner deutlich, dass neben der nationalen Demagogie vor allem die Beschwörung der «kommunistischen Gefahr» zur Manipulierung der Massen herhalten musste, worin sich wiederum die NSDAP mit den Konservativen und den unter ihrem Einfluss stehenden Kleinbürgern traf. In einer zu diesem Zweck verbreiteten Propagandabroschüre wurde u.a. Folgendes verkündet: «Anfang Februar 1933 waren alle Vorbereitungen getroffen, um beim verabredeten Signal losschlagen zu können. Die rote Front schritt zum Angriff auf der ganzen Linie, selbstverständlich unter verantwortlicher Führung der KPD...

Die rote Revolution war im Rollen. Es handelte sich nur noch um Stunden, bis die ganze bis an die Zähne bewaffnete kommunistische Masse losschlug.

Am Abend des 27. Februar ging das Reichstagsgebäude in Flammen auf als ein weithin sichtbares Fanal des roten Umsturzes. Diese verbrecherische Tat sollte den Auftakt bilden für den Massenterror und den roten Bürgerkrieg. Am Tage darauf ergingen von der geheimen Aufstandsleitung der KPD zentrale Kampfanweisungen an die bewaffneten Streitkräfte des Kommunismus. Noch am selben Tage wurde der Befehl für die höchste Alarmstufe erteilt. Das Schicksal des Deutschen

Reiches stand auf des Messers Schneide. Das blutige Phantom eines Sowjet-Deutschland schien grauenhafte Wirklichkeit zu werden – als die Männer der nationalen Bewegung durch rücksichtsloses Zupacken den Aufruhr im Keim erstickten.»

Der Zweck dieser Darstellung war offenkundig, denn auf der letzten Seite dieser Broschüre hiess es: «Bei der Volksabstimmung wird mit ‚ja' abgestimmt. Der Wähler hat in den Kreis unter dem vorgedruckten Worte «ja' das Kreuz hineinzusetzen. Bei dem Stimmzettel für die NSDAP hat er in den hinter dem Namen der Partei befindlichen Kreis ein Kreuz zu setzen.»[26]

Von den 45'178'401 Wahlberechtigten stimmten 40'633'852 = 89,94% mit Ja, während bei der zur gleichen Zeit stattfindenden Reichstagswahl 39'655'224 Wähler = 87,77% für die NSDAP-Einheitsliste stimmten.[27] Wenn auch die wirklichen Ergebnisse infolge des Terrors und der Fälschungen niedriger gelegen haben dürften, so bleibt doch festzustellen, dass die grosse Mehrheit des deutschen Volkes die Nazipolitik billigte. Vor allem fällt aber auf, dass fast eine Million Wähler dem Austritt aus dem Völkerbund und der demagogischen Parole der «Gleichberechtigung» zustimmte, aber gleichzeitig der NSDAP-Liste ihre Stimme verweigerte. Vizekanzler von Papen, 1932/Anfang 33 noch die grosse Hoffnung der nichtfaschistischen Konservativen, dankte Hitler vor dem Reichskabinett am 14. November: «In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen. Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, dass es ihr grosser Wunsch war, alle Volksgenossen – gleich wo sie früher standen – unter Ihrer Führung zu vereinen. Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden.» Papen schloss seine emphatische Rede vor den stehenden Regierungsmitgliedern mit dem Hinweis auf das Glück, «in einer solchen Stunde unter des Feldmarschalls und Ihrer Führung für Deutschland arbeiten zu dürfen»[28].

Von den Grossindustriellen sind Robert Bosch (Elektroindustrie) und - mit Abstufungen – Paul Reusch (Eisen- und Stahlindustrie) zu nennen, die dem Naziregime mit wachsender Distanz gegenüberstanden und andererseits bürgerliche Oppositionelle unterstützten. Der britische Elektroindustrie-Manager Arthur Primrose Young berichtete über eine Begegnung mit Robert Bosch in Stuttgart am 5. Februar 1938: «Am Morgen dieses Tages hatte die deutsche Presse die Entlassung

des Generals von Fritsch, des Oberbefehlshabers des deutschen Heeres, gemeldet – eine Trennung, die Hitler persönlich schon einige Tage zuvor vollzogen hatte. Bosch zeigte sich über die Nachricht aufs Tiefste bestürzt. Nie kann ich den Ton in seiner Stimme vergessen, als er, mit Tränen in den Augen, ganz erregt sagte. «Das bedeutet Krieg! Und alles, was ich in den letzten fünfzig Jahren hier aufgebaut habe, wird von Bomben zerstört werden.»«[29]

Der «Stahlkönig» Fritz Thyssen, einst einer der Hauptfinanziers der NSDAP, protestierte nach 1933 gegen wirtschaftspolitische Massnahmen, gegen die Priester- und Judenverfolgungen sowie gegen den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939 und emigrierte in die Schweiz.

Mehrere Persönlichkeiten aus dem konservativen Lager wandten sich in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre an die Regierungen Frankreichs, Grossbritanniens und der USA mit Warnungen vor der Kriegspolitik Hitlers und mit der Aufforderung, die Appeasement-Politik, die Politik der Beschwichtigung und der Zugeständnisse gegenüber der deutschen Regierung, aufzugeben und den deutschen Aggressionen mit entschlossener Haltung zu begegnen. Diese Warnungen und Aufforderungen lösten aber keine Reaktionen aus. Im Gegenteil, das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 und die danach unterzeichneten Nichtangriffserklärungen zwischen Deutschland einerseits und Grossbritannien und Frankreich andererseits enttäuschten die deutschen Oppositionellen und nährten die allgemeine Illusion, dass nunmehr der Frieden auf lange Zeit gesichert sei.

2. Widerstand aus christlichem Glauben

Wenn hier dem christlichen Widerstand grösserer Raum gegeben wird, dann nicht nur, um den Hintergrund des Wirkens von Theologen im Widerstand zu kennzeichnen, sondern mehr noch deshalb, weil auch die konservativen Nazigegner aus dem Militär und dem zivilen Leben zum grössten Teil gläubige Christen waren und unter dem Einfluss der Vorgänge in den Kirchen standen.

Einen Widerstand der Kirchen insgesamt hat es nicht gegeben, wohl aber einen Widerstand aus den Kirchengemeinden heraus. Die Kir-

chenführungen passten sich dem Regime an und leisteten keinen Widerstand; sie beschränkten sich auf Eingaben und Proteste, wenn es um Verletzung kirchlicher Prärogative ging.[30]

Die Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung vermied zunächst eine Konfrontation mit den beiden grossen Kirchen, im Gegenteil: In seiner Regierungserklärung am 21.3.33 versicherte Hitler, dass «die nationale Regierung im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes» erblicke.[31]

Die Mehrzahl der evangelischen Pfarrer war konservativ und stand politisch der DNVP nahe. Die Zentrumspartei wurde abgelehnt, nicht nur weil sie katholisch, sondern auch weil sie republikanisch war und zur «Weimarer Koalition» gehörte. Die evangelische Kirche berief sich in besonderem Masse auf Kapitel 13 aus dem Brief des Paulus an die Römer: «Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ausser von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet.»

Dieses Gebot aus dem Römerbrief spielte bei der Geistlichkeit vergleichsweise eine ähnliche Rolle wie der Eid beim Militär. Für die einen war es Anlass für tiefe innere Auseinandersetzungen, für die Mehrheit aber willkommene Ausrede zur Begründung der eigenen Unentschlossenheit, gegen das System zu handeln, selbst wenn man es als verbrecherisch erkannt hatte. Für den Theologen Dietrich Bonhoeffer und einige andere dagegen war Römer 13 kein Hinderungsgrund, Attentat und Aufstand gegen Hitler nach Kräften zu unterstützen. Das lag nicht an mangelnder Frömmigkeit, sondern daran, dass Bonhoeffer und seine Gesinnungsgenossen das Hitlerregime nicht als «von Gott angeordnete» Obrigkeit anerkannten, weil diese Obrigkeit den Geboten Gottes zuwiderhandelte.

Viele Kirchenführer gingen aber noch über die Gehorsamspflicht hinaus und begrüssten die neue Regierung der «nationalen Erhebung». «Als der Nationalsozialismus in der ersten Hälfte des Jahres 1933 schrittweise die Macht übernahm», konstatierte der Kirchenhistoriker Günther van Norden, «waren weder die Evangelische noch die Katholische Kirche zu einem Widerstand bereit und fähig; im Gegenteil: beide Institutionen begleiteten die allmähliche Umwandlung des Staates von einer (immerhin noch) parlamentarischen Demokratie in ein zunächst als autoritär verstandenes Einpartei-System – zumindest seit März 1933 – mit wachsender Sympathie.»[32]

Auch für die Stellung der Kirchen spielte der Tag von Potsdam eine bedeutende Rolle. Die evangelische Kirchenleitung hatte zwar das

Ansinnen zurückgewiesen, die Potsdamer Garnisonkirche, in der sich die Sarkophage Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. befanden, zum Sitz des Reichstages machen zu lassen, stellte die Kirche aber für die Eröffnungsfeier des am 5. März «gewählten» Reichstages zur Verfügung. Zur preussischen Tradition gehörte auch die «Allianz von Thron und Altar», die starke Bindung der protestantischen Kirche an den Staat. Indem es Goebbels und seine Mithelfer an der kirchlichen Weihe nicht fehlen liessen und die angeblich christlichen Grundlagen des Nationalsozialismus verkündeten, rechnete man mit entsprechender Wirkung auf die christlich-konservative Bevölkerung.

In der evangelischen Kirche hatten sich bereits 1932 die Mitglieder und Sympathisanten der NSDAP zum Verband der «Deutschen Christen» zusammengeschlossen und sich mit eigenen Listen an den Kirchenwahlen beteiligt. Nach dem Januar 1933 forderten sie die Eingliederung der Kirchen in das NS-System, den Zusammenschluss der Landeskirchen zu einer Reichskirche, organisiert nach dem Führerprinzip, die Entlassung von Pfarrern und Kirchenangestellten jüdischer Herkunft. Hitler ernannte den ostpreussischen Wehrkreispfarrer Ludwig Müller zu seinem Vertrauensmann und Bevollmächtigten für Fragen der evangelischen Kirche und liess ihn später zum «Reichsbischof» wählen. Die faschistische Führung erstrebte eine zentralisierte, in das NS-System integrierte evangelische Reichskirche unter Führung der Deutschen Christen mit konsequenter Durchsetzung des «Arierparagraphen», wofür es zeitweilig sogar eine Mehrheit gab. Aber gleichzeitig entwickelte sich eine starke Opposition dagegen. Ihre Führer wurden der Studentenpfarrer und Dozent Dietrich Bonhoeffer in Berlin, der Pfarrer Martin Niemöller in Berlin-Dahlem (im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant, lange Zeit deutschnational eingestellt), und der in Deutschland wirkende Schweizer Theologe Prof. Karl Barth. Es waren zunächst zwei Fragen, in denen Nazistaat und Kirche aufeinanderstiessen: die gegensätzlichen Totalitätsansprüche und die Behandlung der Judenchristen. Für Juli 1933 ordneten die staatlichen Behörden Kirchenwahlen an, bei denen die Nazis wiederholen wollten, was sie am 5. März im staatlichen Bereich besassen: eine durch Wahlen legitimierte Mehrheit. Dabei erhielten die Deutschen Christen – im Gegensatz zur Opposition – grosse Möglichkeiten für ihre Propaganda, sie gewannen auch 70-80% der Stimmen. Als im September 1933 in Berlin die Altpreussische Generalsynode zusammentrat, erschien die Mehrzahl der Synodalen in Uniform, was dieser Veranstaltung die Bezeichnung «Braune Synode» eintrug. Sie verlangte gegen die oppositionelle Min-

derheit die Dienstentlassung oder Pensionierung «nichtarischer» Geistlicher und Kirchenbeamten. Daraufhin veröffentlichte Niemöller seinen Aufruf zur Bildung des «Pfarrernotbundes», dessen Grundlage ausschliesslich die Bibel und die reformatorischen Bekenntnisschriften darstellen sollten. Der Pfarrernotbund machte innerhalb der Kirche keinen Unterschied zwischen Juden und Christen als Glaubensbrüder. Der Aufruf fand grossen Widerhall, innerhalb einer Woche stimmten 1'300 Pfarrer Niemöllers Aufruf zu, Ende 1933 waren es ca 6'000 = ein Drittel aller Pfarrer. Später ging die Zahl etwas zurück, aber bis Kriegsende blieb sie bei etwa 5'000. Dennoch wurde Müller auf der Reichssynode in Wittenberg zum «Reichsbischof» (Spottbezeichnung «Reibi») gewählt. Niemöller predigte trotz seiner Suspendierung weiter in der Dahlemer Dorfkirche und besass grosse Autorität in seiner Gemeinde und darüber hinaus. Inzwischen bildeten sich immer mehr «Freie Synoden» als Gegengewicht gegen die Reichssynode. Die im Mai 1934 in Barmen durchgeführte, von der Reichskirche unabhängige Synode bekannte sich in ihrer von Barth entworfenen Erklärung zu Jesus Christus als der höchsten Autorität aller Christen, wehrte sich gegen die Einmischung des Staates in die kirchlichen Angelegenheiten, lehnte Verhandlungen mit der hitlertreuen Reichskirchenführung ab, bekannte sich zur Offenbarung Gottes in Jesus Christus und wies jede andere «Offenbarung» zurück: «Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung ausser und neben diesem einen Worte Gottes (Jesus Christus) auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen».

«Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären... «[33]. Die Barmer Bekenntnissynode war ein erster Höhepunkt des «Kirchenkampfes», war die Geburtsstunde der Bekennenden Kirche (BK), ein Kampf für die Erhaltung des kirchlichen Freiraumes gegen die Eingriffe des «totalen» Staates.

Reichsbischof und Behörden reagierten darauf mit Entlassungen und Verhängung von Hausarrest für Geistliche, so z.B. gegen den württembergischen Landesbischof Theophil Wurm. Die 2. Bekenntnissynode im Oktober 1934 in Berlin-Dahlem verkündete das kirchliche Notrecht, brach mit der Reichskirche und rief alle Gemeinden zum Ungehorsam gegenüber der Reichskirchenführung auf. «Wir übergeben diese unsere Erklärung der Reichsregierung, bitten sie, von der damit vollzogenen Entscheidung Kenntnis zu nehmen, und fordern von

ihr die Anerkennung, dass in Sachen der Kirche, ihrer Lehre und Ordnung, die Kirche, unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes, allein zu beurteilen und zu entscheiden berufen ist.»[34]. Die BK stellte sich also der staatshörigen Reichskirche entgegen, trat jedoch durchaus nicht in allen Fragen konsequent gegen das Regime auf. So gab es durchaus auch nationalistische Züge; man begrüsste die Eingliederung der «Ausländsdeutschen» (Österreich, Sudetenland), unterstützte den Kampf gegen den «atheistischen Bolschewismus» und war zu manchen Kompromissen bereit, während der Staat nach wie vor repressiv gegen Bekenntnispfarrer vorging. In einer Denkschrift an die Reichskanzlei vom Mai 1935 prangerte die BK erstmals Ideologie und Praxis des Nazistaates an, z.B. die Konzentrationslager und die Rechtlosigkeit des Bürgers gegenüber der Gestapo. Ferner hiess es: «Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhass verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.»[35] Es war heftige Kritik, aber keine Kampfansage, hatte man doch auch in der Einleitung der Schrift Ehrerbietung und Verbundenheit «mit dem Führer und seinen Ratgebern» verkündet.

Als nach der Verhaftung Niemöllers 1937 Proteste und sogar Demonstrationen einsetzten, verschärften die Behörden ihre Massnahmen gegen die BK. Umfasste die Fürbittliste der BK 1937 etwa ein Dutzend Namen, so stieg deren Zahl 1938 auf über 800. Auf Befehl Himmlers wurden alle Seminare der BK geschlossen, auch das von Bonhoeffer geleitete Predigerseminar in Finkenwalde bei Stettin. Der Prozess gegen Niemöller im Februar 1938, der sich auf wenig Belastungsmaterial stützen konnte, endete mit der Verhängung von sieben Monaten Festungshaft. Da die Strafe durch die Untersuchungshaft bereits verbüsst war, wurde Niemöller als «Schutzhäftling» von der Gestapo in das KZ Sachsenhausen überführt, als Hitlers «persönlicher Gefangener», wie dieser sich ausliess.

Als die faschistischen Behörden von allen Pfarrern den Beamteneid auf den Führer verlangten, löste dies zunächst eine Diskussion aus. Doch etwa 90% der Pfarrer legten den verlangten Eid ab, darunter auch viele Pfarrer der BK mit der Entschuldigung, dass es Bibelgebot sei, der Obrigkeit zu gehorchen. Man lehne, so wurde argumentiert, die Nazi-Ideologie ab, man wolle aber die Chancen wahren, um gegen neue Eingriffe des Staates protestieren zu können.

Einzelne Pfarrer verurteilten die Judenpogrome vom November 1938, unter ihnen Helmut Gollwitzer, der verfolgte Juden unterstützte.

In Berlin war es vor allem Pfarrer Heinrich Grüber, der im Auftrag der BK die Hilfstätigkeit für Juden, insbesondere für Deportierte und solche, die vor der Deportierung standen, organisierte. Das «Büro Grüber» wurde bald bekannte Anlaufstelle für die Bedrohten, bis Grüber 1941 selbst verhaftet und bis 1943 in den KZ Sachsenhausen und Dachau festgehalten wurde. Auch von der St. Annenkirche in Berlin (Dahlemer Dorfkiche) gingen Hilfsaktionen für verfolgte Juden aus.

Bei Kriegsbeginn gab es von allen Seiten Burgfriedenserklärungen, auch aus der BK, was die Gestapo aber nicht hinderte, ihren Druck in Form von Überwachungen und vereinzelten Verhaftungen fortzusetzen. Allein im September 1939 kam es in 360 Fällen bei BK-Pfarrern zu polizeilichen Behinderungen und zu 14 Verhaftungen; nur wenige wurden amnestiert.[36]

Im Gegensatz zur evangelischen Kirche besass der katholische Klerus – aus den spezifischen Verhältnissen Preussen-Deutschlands im 19. Jahrhundert resultierend – in der Zentrumspartei ein politisch-parlamentarisches Instrument. Das Zentrum, 1918/1919 Mitgestalter und danach Mitträger der Weimarer Republik, hatte sich aber 1933, wie andere bürgerliche Parteien auch, selbst aufgelöst. Der Klerus war um friedlichen Ausgleich bemüht; der Beschluss der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1932 über die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und der Mitgliedschaft in der NSDAP wurde 1933 aufgehoben. Das im Juli 1933 zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan vereinbarte Konkordat sicherte der Hitlerregierung ihre Anerkennung durch die katholische Kirche und die Nichteinmischung in staatliche Angelegenheiten, während der Staat die innerkirchliche Freiheit garantierte, einschliesslich der Betätigung katholischer Jugendorganisationen und des Erscheinens katholischer Zeitungen. Die gegenseitige Anerkennung und Abgrenzung bedeutete vor allem einen Prestigegewinn für die Naziregierung. Noch eine Besonderheit wies das Verhältnis der katholischen Kirche zum Regime auf: Es gab in ihr keine organisierte Bewegung ähnlich der BK, es gab aber auch keine offen profaschistische wie die Bewegung der Deutschen Christen.

Im Laufe der Zeit wurde der Druck des Regimes auch auf die katholische Kirche immer stärker. Obwohl die Regierung die katholische Presse einschränkte, katholische Arbeiter- und Jugendorganisationen unterdrückte, katholische Schulen schloss, trat der Episkopat ihr nicht offen und entschieden entgegen, sondern hielt am Konkordat fest und bemühte sich – mit wenigen Ausnahmen – um Verständigung. In einem Hirtenbrief zum 1. Advent 1936 erklärten die Bischöfe: «Es liegt uns

nichts ferner als eine feindliche oder auch nur ablehnende Haltung gegen die Staatsform und Staatsregierung unseres Vaterlandes. Für uns sind die Achtung der Autorität, die Liebe zum Vaterland, die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten gegen den Staat ein göttliches Gebot. An dieses Gebot werden wir auch unsere Diözesanen immer mit allem Nachdruck erinnern.» Die Bischöfe versprachen Hitler, «ihn in seinem weltanschaulichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mit moralischen Mitteln in jeder Weise [zu] unterstützen.»[37] Am 14. März 1937 erliess Papst Pius XI. das – auf einem Entwurf des Münchener Kardinals Michael von Faulhaber beruhende – «Rundschreiben über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich», das am 21. März 1937 von den Kanzeln verlesen und in dem die nationalsozialistische Kirchenpolitik kritisiert wurde: «Mit brennender Sorge und steigendem Befremden beobachten Wir seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kirche, die wachsende Bedrängnis der ihr in Gesinnung und Tat treubleibenden Bekenner und Bekennerinnen inmitten des Landes und des Volkes, dem St. Bonifatius einst die Licht- und Frohbotschaft von Christus und dem Reiche Gottes gebracht hat...

Der Anschauungsunterricht der vergangenen Jahre klärt die Verantwortlichkeiten. Er enthüllt Machenschaften, die von Anfang an kein anderes Ziel kannten als den Vernichtungskampf.» Die päpstliche Enzyklika wandte sich auch gegen die faschistische Rassenlehre und die Vergottung des Staates.[38]

Die Behörden verboten Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung der Enzyklika, da sie angeblich gegen das Konkordat verstosse, die Autorität der Reichsregierung herabsetze und den inneren Frieden der Volksgemeinschaft störe. Einzelne katholische Geistliche leisteten mutigen Widerstand gegen die Willkür der faschistischen Behörden. Die Enzyklika wurde illegal verbreitet, es kam zu Verhaftungen von Geistlichen, zur Schliessung von Druckereien. Der Kampf um die Enzyklika im Zusammenhang mit dem wachsenden Druck des Regimes führte zu einer zunehmenden Politisierung des katholischen Widerstandes. Verschiedentlich verwandelten sich Wallfahrten in politische Demonstrationen für die Rechte der Kirche, gegen Willkürakte des Staates.

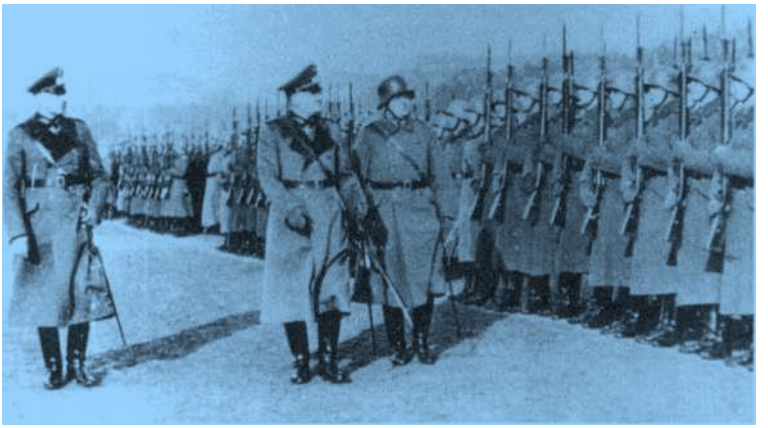
Im Jahre 1937 fand ein Prozess gegen katholische Jugendführer wegen illegaler antifaschistischer Tätigkeit statt, bei der die nachgewiesene Zusammenarbeit mit kommunistischen Jugendlichen strafverschärfend wirkte. Der Düsseldorfer Kaplan Josef Rossaint erhielt dafür 11 Jahre Zuchthaus.

Der Bischof von Berlin Konrad Graf von Preysing protestierte gegen die Euthanasie und richtete mit Unterstützung von Frau Dr. Margarethe Sommer in Berlin ebenfalls eine Hilfsstelle für verfolgte Juden ein. Eine ähnliche Stelle existierte auch in Freiburg. Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster, klagte in seinen Predigten, die auch im Ausland verbreitet wurden, die Euthanasiemorde und die Einschränkung der kirchlichen Rechte an. Die Gestapo überwachte ihn, wagte aber nicht, ihn zu verhaften. Der Dompropst Bernhard Lichtenberg von der St.Hedwigskirche Berlin wurde 1941 angeklagt, weil er seit 1938 öffentlich für KZ-Gefangene und Juden gebetet hatte. Zwei Jahre sass er in Tegel in Haft, 1943 starb er auf dem Transport in das KZ Dachau. Im Jahre 1942 erhob die Nazijustiz Anklage gegen 555 katholische und 96 protestantische Geistliche und verurteilte 157 bzw. 35 von ihnen.[39] Aber die Mehrheit der Bischöfe billigte das Regime und verschloss die Augen vor seinen Verbrechen.

3. Wehrmacht und NS-Staat – Symbiose und Opposition

Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Diktatur in den Jahren 1933/34 wäre ohne den wohlwollenden Beistand der militärischen Führung nicht möglich gewesen.[40] Bereits vor dem Januar 1933 hatten Angehörige der Reichswehrführung massgeblichen Anteil am Abbau der Weimarer Demokratie und am Zustandekommen der Hitler-Hugenberg-Papen-Seldte-Regierung.[41] Nicht mit dem neuen Regime einverstandene Generale traten zurück oder wurden ausgeschaltet: Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein reichte – entgegen den Wünschen seiner Freunde – im Oktober 1933 seinen Rücktritt ein und schied zum 1. Februar 1934 als Chef der Heeresleitung aus dem Dienst, an seine Stelle trat der General Werner Freiherr von Fritsch; General Kurt von Schleicher, Reichskanzler und Reichswehrminister a. D., wurde am 30. Juni 1934 ermordet.

Das Offizierskorps billigte in seiner grossen Mehrheit, was General Walter von Reichenau bei der Übernahme des Ministeramtes im Reichswehrministerium im Februar 1933 erklärte: «Niemals war die Wehrmacht identischer mit dem Staat als heute.»[42] Dementsprechend demonstrierte die Reichswehrführung durch ihre Teilnahme am Tag von



Verabschiedung des Generalobersten Kurt von Hammerstein
am 1. Februar 1934

Potsdam am 21. März 1933, insbesondere durch die dem Staatsakt folgende Parade, ihr Zusammengehen mit den Nazis. Der Parade wohnten viele Generale der alten Armee bei, darunter Generalfeldmarschall August von Mackensen und Generaloberst Hans von Seeckt. Unter denen, die damals von dem Spektakel angetan waren, gab es mehrere, die später den Weg in den Widerstand fanden. Wir wissen, dass auch andere spätere Hitlergegner zunächst einmal vom Nationalsozialismus und vom Tag von Potsdam ergriffen waren: Claus Graf Schenk von Stauffenberg, damals Leutnant im Reiterregiment 17 in Bamberg; Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, höherer Verwaltungsbeamter, später Reserveoffizier im Potsdamer Infanterie-Regiment (I. R.) 9. Dazu gehörte auch Oberleutnant Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Sohn des Generalleutnants Hermann Ritter Mertz von Quirnheim, der 1920 Präsident des Reichsarchivs in Potsdam geworden war. Albrecht hatte 1923 im Potsdamer Victoria-Gymnasium sein Abitur gemacht, bevor er im 19. Infanterieregiment in Landshut seine Laufbahn als Berufssoldat begann. Sein Schwager General Dr. Otto Kodes, 1943-1945 führend im Nationalkomitee «Freies Deutschland» und im Bund Deutscher Offiziere tätig, schrieb 1944 über ihn: «Im Jahre 1933 hatte Albrecht von Mertz sich zur SA kommandieren lassen. Seine anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus wich schnell einer tiefen Enttäu-

schung, als er die Hohlheit und Unaufrichtigkeit, den tiefen Widerspruch zwischen Wort und Tat durchschaut hatte.»[43]

Es sei hier zur Verdeutlichung der Problematik auf das Beispiel des Potsdamer I. R. 9 verwiesen, dass als besonders konservativ und «preussisch» galt.[44] Dies nicht nur wegen des hohen Anteils adliger Offiziere, sondern auch wegen der besonderen Traditionsverpflichtungen, die es zu tragen hatte. Jede Kompanie stand in der Tradition einer Formation der alten kaiserlichen Armee: des Ersten Garde-Regiments zu Fuss, in dem die meisten Hohenzollern-Prinzen gedient hatten, des 3. Garde-Regiments zu Fuss, der Prinz-Heinrich-Füsiliere Nr. 35, der preussischen Fliegertruppe, des Garde-Schützen-Bataillons, des Garde-Jäger-Bataillons, des Infanterie-Regiments Nr. 65, des lothringischen Infanterie-Regiments Nr. 130 (Metz I) und der Schutztruppe von Deutsch-Ostafrika.

Wenn festgestellt ist, dass die militärische Führung in Deutschland die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unterstützte, dass das Offizierskorps zu den wichtigsten Stützen des Naziregimes gehörte, dann machte das I.R.9 dabei keine Ausnahme. Im Sommer 1933 stellte das Regiment das Personal für eine dreimonatige militärische Ausbildung von 1 200 SA- und Stahlhelmleuten auf dem Truppenübungsplatz Döberitz, im August 1934 leistete es den Eid auf Hitler. Generaloberst Freiherr von Fritsch, Oberbefehlshaber des Heeres, bat ihn im März 1936 sogar, Chef dieses Regiments zu werden, wie auch der Kaiser Chef des Ersten Garde-Regiments zu Fuss gewesen war; Hitler lehnte aber ab (weil er nicht reiten konnte, wie Spötter meinten). Man machte sich zuweilen über die neuen «Herren» lustig, jedoch genoss der «Führer» im Offizierskorps ungleich mehr Autorität als etwa seinerzeit der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert. Selbst ein Henning von Tresckow, der ab 1942 sein Leben im Kampf gegen Hitler einsetzte, brauchte «noch längere Zeit, sich von Hitlers Faszination zu befreien, als ungezählte namenlose Arbeiter, Liberale und Christen längst schon ihre Haut im Widerstand riskiert hatten», bemerkte der Historiker Ekkehard Klausa.[45] Von den 29 Stabsoffizieren und Hauptleuten, die es Anfang 1933 im I. R. 9 gab, brachten es 27 in der faschistischen Wehrmacht zum General, darunter die Generalfeldmarschälle Ewald von Kleist und Ernst Busch sowie Generaloberst Kurt Zeitzler, 1942 – 1944 Chef des Generalstabes des Heeres. Von den Offizieren und Soldaten, die bis 1935 dem Regiment angehörten, erhielten während des Krieges über 60 das Ritterkreuz und teilweise noch höhere Auszeichnungen. Die Masse der Offiziere und Soldaten hat also den

Faschismus nicht nur angenommen, sondern hat ihn tatkräftig gestützt und den Versuch seiner Ausbreitung über Europa mit grosser Energie befördert. Auf der anderen Seite wissen wir von 20 Regimentsangehörigen (aktive und ehemalige), die zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 gehörten, von denen etwa die Hälfte in diesem Kampf das Leben gab. Diese 20 bildeten zwar nur 2 Prozent der etwa 1'000 Offiziere, die das Regiment durchlaufen hatten, jedoch zählte keine Einheit der Wehrmacht so viele Hitlergegner und vom Naziterror bis zum Tode Verfolgte in ihren Reihen wie dieses Regiment, zumal wenn man bedenkt, dass insgesamt der Anteil der Widerstandskämpfer unter den Offizieren etwa mit 0,05 Prozent anzusetzen ist.[46] Damit verkörperte es wohl wie kaum ein anderes die Widersprüchlichkeit preussisch-deutscher Geschichte, verkörpert es auch die Widersprüchlichkeit der nationalkonservativen Oppositionsproblematik. Trotz aller Beschränkung und Uniformität herrschte im I. R. 9 doch ein Geist, der sich in manchem von dem anderer Formationen unterschied. Viele Offiziere – wie auch Beamte und Politiker – stammten aus dem preussischen Adel, der in sich aber keineswegs homogen war. Hatte doch schon Theodor Fontane auf die Differenzierungen innerhalb dieser Schicht aufmerksam gemacht, als er in seinem «Stechlin» eine seiner Romanfiguren über den alten Grafen Barby und über Dubslav von Stechlin sagen liess: «Der alte Graf ist lange nicht so liberal und der alte Dubslav lange nicht so junkerlich, wie's aussieht. Dieser Barby..., dem steckt noch so was von ‚Gottesgnadenschaft' in den Knochen, und das gibt dann die bekannte Sorte von Vornehmheit, die sich den Liberalismus glaubt gönnen zu können. Und der alte Dubslav, nun, der hat dafür das im Leibe, was die richtigen Junker alle haben: ein Stück Sozialdemokratie.»[47]

Fontanes literarischen Exkurs darf man wohl nicht wörtlich nehmen, aber ein Körnchen Wahrheit ist schon enthalten: das Streben nach einem gewissen sozialen Ausgleich als eine existentielle Frage – ohne wesentliche Änderung der Besitzverhältnisse und ohne einschneidende demokratische Mitbestimmung, aber Milderung der Klassengegensätze auf patriarchalischer Basis, eine Art patriarchalischer preussischer Sozialismus von oben, später politisiert von Oswald Spengler und Artur Moeller van den Bruck. Natürlich gab es hier auch den von Fontane charakterisierten «vornehmen» Liberalismus. Die Dikussionen im eigenen Kreise waren durchaus offen, hier wurden auch oppositionelle Reden gehalten und kritische Ansichten geäussert – aber nur im Kameradenkreis, geschützt durch eine Art von «Korpsgeist». Es war kein kämpferischer politischer Liberalismus, der auf Staat und Gesell-

schaft wirken wollte, sondern ein hauseigener, ein introvertierter Liberalismus. In diesem also durchaus nicht unpreussischen Rahmen eines introvertierten Liberalismus entwickelte sich bei einem Teil der Offiziere aber auch eine grössere geistige Aufgeschlossenheit für politische und andere, über den dienstlichen Bereich hinausreichende Probleme. Hinzu kam die nahe Hauptstadt mit ihren vielfältigen Informationsmöglichkeiten. Persönliche Beziehungen bestanden zu den pensionierten Generalobersten von Hammerstein und Beck, zum Amt Ausland/Abwehr am Tirpitzufer in Berlin, zum Oberkommando des Heeres in der Bendlerstrasse und zu Truppenteilen, in denen ehemalige «Neuner» dienten. Verbindungen gab es auch zu gleichgesinnten Beamten und Politikern in Potsdam. Die Wohnungen des Legationsrates Dr. Eduard Brücklmeier in der Markgrafenstrasse (heute Leibistrasse) und des Regierungspräsidenten Gottfried von Bismarck in der Spandauer Strasse (heute Friedrich-Ebert-Str., Stadthaus) waren – neben anderen – Stätten der Begegnung zwischen Angehörigen des zivilen und des militärischen Widerstandes.[48]

Zweifellos bestimmte elitäres Denken die Geisteshaltung, doch dies musste sich nicht immer in Arroganz und Lebensfremdheit äussern. Humanistische Bildung, konservativ-rechtsstaatliches Denken, Religiosität und der Zwang, im Interesse der eigenen Existenz nach sozialem Ausgleich zu suchen, führte manche adligen Offiziere zu einer besonderen Art Elitedenken, das sich vor allem durch höheres Verantwortungsbewusstsein für Volk und Staat sowie durch den schärferen Blick für die sozialen Fragen auszeichnete, deren weitere Zuspitzung das gesamte gesellschaftliche Gefüge gefährden musste. Dabei spielte vielfach auch die Atmosphäre des Elternhauses eine grosse Rolle. Leutnant Georg-Sigismund von Oppen, dessen Familie in engen Beziehungen zum Haus Hohenzollern stand, dessen Vater in den 30er Jahren Direktor bei der Siemens-Schuckert AG Berlin war, erinnerte sich: «In meinem Elternhaus bestanden überdies so eindeutig rechtsstaatliche Vorstellungen, dass der Konflikt mit dem Nationalsozialismus allein aus diesem Grunde gegeben war.»[49]

Der Leutnant Heinrich von Kleist war ein Sohn des pommerschen Gutsbesitzers Ewald von Kleist-Schmenzin, der noch Ende Januar 1933 Hindenburg und Papen beschworen hatte, Hitler nicht zum Reichskanzler zu berufen.

Oberleutnant Ludwig von Hammerstein war ein Sohn des ehemaligen Chefs der Heeresleitung der Reichswehr, Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, der 1934 seinen Abschied genommen

hatte und ein entschiedener Feind Hitlers war. Als Ludwig von Hammerstein von Schulenburg aufgefordert wurde, sich an der Aktion gegen das Regime zu beteiligen, war er ohne zu zögern bereit: «Und für mich war das überhaupt keine Frage, ich habe sofort ja gesagt; denn ich kannte ja die Lage. Ich war von Hause aus auf derselben Linie erzogen worden...»[50] Gleiches galt für seinen Bruder Oberleutnant Kunrat von Hammerstein.

Die Ermordung der Generale von Schleicher und Ferdinand von Bredow im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre 1934 fand ein zwiespältiges Echo. Empörung mischte sich mit der gleichzeitigen Befriedigung über die nun erfolgte Entmachtung der SA, besass doch der nicht besonders angesehene Stabschef der SA Ernst Röhm Ambitionen auf einen Generalsrang und auf eine Verschmelzung der SA mit dem Heer. Anders schon sah es bei der unehrenhaften Behandlung des Oberbefehlshabers des Heeres von Fritsch Anfang 1938 aus, hier waren Empörung und Ablehnung eindeutig. Die Gefahr eines europäischen Krieges durch die aggressive Politik gegenüber der Tschechoslowakei 1938, die Judenverfolgungen seit 1935, besonders die Pogrome vom November 1938, die Provozierung der Kriegserklärung Englands und Frankreichs im September 1939 und vor allem die während des Krieges immer brutaler werdenden deutschen Verbrechen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten liessen die oppositionelle Haltung anwachsen. Es traf für die meisten der Beteiligten zu, was Oppen später über seine damalige Erkenntnis und Haltung schrieb: «Sicherlich waren die Überlegungen und die Gründe [...] unterschiedlich. Ein Ziel war jedoch vorrangig und gleich: die Beseitigung eines Systems, das die politische Existenz der Nation in Gefahr gebracht, die in Deutschland sehr ausgeprägten rechtsstaatlichen Vorstellungen weitgehend ausser Kraft gesetzt und mit einer unmenschlichen Brutalität die Durchsetzung von Zielen angestrebt hatte, die nicht mehr den allgemein gültigen moralischen Prinzipien und dem Wohl unseres Vaterlandes entsprachen. Für mich stand bei der Mitwirkung an dem Umsturzversuch die Beseitigung der NS-Führungsspitze im Vordergrund, notwendig für eine politische Lösung des Krieges, für die Erhaltung des Reiches und einen staatlichen Neuaufbau.»[51]

Besonders die Judenvernichtung sowie die Verbrechen an der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten und an Kriegsgefangenen trafen tief jene Offiziere, deren Ehrgefühl noch nicht von der das «Recht» auf Raub und Mord implizierenden Herrenmenschenideologie erstickt war. Was sie bewegte, hatte der Generalstabsoffizier (1944 General-

major) Helmuth Stieff am 21. November 1939, nach einem Besuch in Warschau, in einem Brief an seine Frau ausgedrückt: «Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen [...]. Oder dies Gesindel geht gegen uns Anständige eines Tages ebenso vor und terrorisiert mit seinen pathologischen Leidenschaften auch das eigene Volk.»[52] In einem Brief vom 19. November 1941 von der Front vor Moskau kommt noch einmal die widersprüchliche Lage Stieffs zum Ausdruck, die in ihrem Zusammenhang von Mittäter- und Gegnerschaft typisch für den nationalkonservativen Widerstand war: «Aber wir greifen jetzt einfach zur Selbsthilfe und nehmen den Panjes für unsere Leute die hier üblichen Filzstiefel und wattierten Bekleidungsstücke fort. Es ist schon besser, die Bevölkerung verhungert und erfriert als wir. Man wird entsetzlich roh, denn gut 95% der Bevölkerung ist anständig und vertrauensselig. Aber es geht für uns hier um die nackte Existenz ... Aber dafür reicht die Bahn noch aus, jeden 2. Tag einen Zug mit Juden aus dem Reich nach Minsk zu fahren und sie dann dort ihrem Schicksal preiszugeben... Es muss sich das alles mal an uns rächen – und mit Recht! Es ist schamlos, dass um einiger Halunken willen ein so braves Volk ins Unglück gestürzt wird. Es ist ja alles noch viel schlimmer geworden als vor 2 Jahren in Polen.»[53]

Schulenburg sprach mit Offizieren, wie Hammerstein berichtete, «zwar immer einzeln, aber doch sehr offen, und er hat mir dann hinterher gesagt, es sei doch ganz bemerkenswert gewesen, welche Antworten er bekommen habe; aber dieses Regiment hielt eben doch zusammen, es wurde keiner denunziert, sondern auch Leute, die sich weigerten, mitzumachen, haben nicht etwa Schulenburg angezeigt.»[54] Hauptmann Hans Fritzsche erinnerte sich an einen Kasinoabend in Potsdam, auf dem über die Lage an der Front gesprochen wurde und Generalmajor Hans-Günther von Rost, Chef des Stabes beim Befehlshaber des stellvertretenden Generalkommandos in Berlin, erklärte: «Meine Herren! Es nützt nichts, wenn wir die Lage mit einer rosaroten Brille betrachten, dieser Krieg ist verloren. Aber darauf kommt es schon gar nicht mehr an. Es kommt darauf an, dass diese braunen Verbrecher am Laternenpfahl aufgehängt werden, damit der Ehrenschild des deutschen Soldatentums und unseres tapferen Volkes vom Schmutz die-

ser Leute gereinigt werde.»[55] Es fand sich keiner, der Rost verriet, oder die Gestapo wagte es nicht, in die engere Sphäre des Regiments einzugreifen. Allerdings wurde er Anfang Mai 1944 als Divisionskommandeur an die Italienfront geschickt, wo er den Tod fand. Aber auch Ludwig von Hammerstein bestätigte, dass es trotz politischer Gegensätze keinen Fall von Denunziation gab. Als er selbst 1943 im Auftrage Schulenburgs mit dem Leutnant Hans von Schroetter über die mögliche Mitwirkung an den Umsturzvorbereitungen sprach, lehnte dieser ab mit den Worten: «Wir müssen kämpfen, wir werden siegen, und eigentlich müsste ich Dich ja anzeigen.»[56] Er hat ihn nicht angezeigt.

Es war eine widerspruchsvolle Entwicklung, die diese Offiziere durchliefen. Erst dienten sie dem NS-Regime, im guten Glauben und natürlich auch im Interesse der eigenen Karriere, allmählich – die einen schneller, andere langsamer – erkannten sie seinen verbrecherischen Charakter, der auch ihre eigenen Existenzgrundlagen bedrohte, und schliesslich setzten sie für seinen Sturz und für die Beendigung des Krieges ihr Leben ein. Das hebt diese 2 Prozent heraus aus der «Elite», die bis zum Ende willfähriger Diener des Naziregimes blieb. Als Vergleich bietet sich nur das Kavallerie-Regiment 17 in Bamberg an, aus dem fünf Widerstandskämpfer hervorgingen: Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Hauptmann Max Ulrich Graf von Drechsel-Deuffenstetten, Major Ludwig Freiherr von Leonrod, Major Roland-Richard von Hösslin, Oberst Peter Sauerbruch. Das geistige Bild ist ähnlich. Sauerbruch, einziger Überlebender, Sohn des berühmten Chirurgen Prof. Dr. Ferdinand Sauerbruch, berichtete nach dem Kriege über seine Entwicklung und Motivation: «Wir nahmen zur Kenntnis, dass die Weimarer Demokratie wenig funktionstüchtig war, ohne dabei zu berücksichtigen, von welch ungünstigen Voraussetzungen her sie angetreten war... Die Verlagerung des Schwerpunktes der Machtverhältnisse zugunsten der Nationalsozialisten begrüssten wir jungen Menschen nach allem, was wir vordergründig sehen konnten:

- die Beseitigung der Arbeitslosigkeit
- der Wiedergewinn der Selbstachtung unserer Nation
- die Absage an die Endgültigkeit der Vertragsbestimmungen von Versailles
- ein eindeutiges Halt gegen die zunehmende Aktivität der kommunistischen Partei.

Das waren Ziele, mit denen wir uns bereitwillig identifizierten. Die Bedeutung nationalsozialistischer Rassentheorien haben wir damals nicht ernst genug bewertet. Wir sahen in ihnen eher einen Angriff gegen

Korruption, Skandale, Degenerationserscheinungen in Gesellschaft und Kulturleben. Nie wäre es uns aber in den Sinn gekommen, das Viertel jüdischer Mitschüler in unserer Gymnasialklasse diskriminieren zu wollen. Die zielstrebige Brutalität habe ich erst in den Jahren kurz vor dem Kriege erfasst.»[57] Sauerbruch trat am 1. April 1932 in das 17. bayerische Reiterregiment (später Kavallerie-Regiment 17) ein und traf dort als Fahnenjunker mit dem Leutnant Stauffenberg zusammen, mit dem er sich anfreundete. «Die Leutnantsjahre waren voll ausgefüllt. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht mit den daraus resultierenden Ausbildungsprogrammen schöpfte den Tag voll aus. Die Abende und Wochenenden gehörten der Ausbildung der Pferde für die reiterlichen Wettbewerbe... Das Jahr 1938 ist in meiner Erinnerung als das Jahr einer entscheidenden Wende festgeschrieben. Die Verbrennung der Synagoge der Stadt Bamberg erschreckte mich heftig. Aus der Stadt in die Kaserne zurückkehrende Soldaten hatten mich darüber informiert. Auf mein telefonisches Angebot an den Bürgermeister und Kreisleiter, die Feuerwehren durch militärische Löschtrupps zu verstärken, erhielt ich die Antwort: «Alles ist unter Kontrolle». Wie harmlos war ich damals, dass ich diese Antwort von einer Stelle hinnahm, die, wie ich heute annehmen muss, alles genau so unter Kontrolle hatte, wie es nach Weisung ihrer Oberen laufen sollte.

Die Fritschkrise ist das weitere Ereignis, das diesem Jahr eine schicksalsschwere Bedeutung gab... Ich schwieg und hielt mich heraus. Aber meine Unruhe war geweckt. Von 1938 an sind die Zweifel an der Rechtschaffenheit des neuen Staates in mir nicht mehr verstummt.»[58]

Grundsätzlich bestand in der Frage der Aufrüstung und der Militarisierung eine Identität der Interessen von NS-Regierung und Wehrmacht, die sich als ein wichtiges Stabilisierungselement des Herrschaftssystems erwies.[59] Die aufgekommenen Differenzen in der Führungsschicht betrafen Fragen wie Zeitpunkt, Formen und Methoden der Kriegführung, Stossrichtungen und Ausmasse des Krieges, Einsatz und Rolle der verschiedenen Waffengattungen.

Nach der Entlassung Blombergs, Fritschs und einer Anzahl anderer Generale erfolgte eine grundsätzliche Änderung der Wehrmachtführung. Das Reichskriegsministerium wurde im Februar 1938 aufgelöst und das neugeschaffene «Oberkommando der Wehrmacht» (OKW) als militärischer Stab Hitler direkt unterstellt. Hitler übernahm den Oberbefehl über die Wehrmacht und ernannte den Generaloberst Walther von Brauchitsch zum Oberbefehlshaber des Heeres und den

Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 5. Februar 1938 (Sonnabend Morgen) • 77. Jahrgang 5. 2. m. Nr. 59 10 Pfennig

Verlag und Schriftleitung Berlin SW 68, Ritterstraße 50/51. Fernsprecher: 17 4841. Drahtanschrift: Nordzeit. Postscheck-Konto Berlin Nr. 107941. Bank-Konto Dresdner Bank, Depositenkasse 50, Berlin SW 68, Friedrichstr. 204. Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal mit den Beilagen Unterhaltungsblatt — Frau u. Welt — Bauen u. Wohnen — Reisen u. Wandern — Juristische Rundschau — Literarische Beilage — Kraft u. Stoff — Weltverkehr — Musik u. Musiker — Film-Rundschau. Bezugspreis in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg monatlich 4.35 RM durch eigene Boten. Durch die Post 4.35 RM monatlich einschließlich 60 Rpf. Postzeitungsgebühren, im Reiche 5.35 RM einschl. Zustellgeld. Anzeigenpreis Gesamtausgabe 30 Rpf., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 20 Rpf. (Groß-Berliner Ausgabe 20 Rpf., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 15 Rpf.) die 22 mm breite Millimeterzeile. Sonstige Preise siehe Preisliste Nr. 5. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung.

DAZ

Filialen in Berlin: Charlottenburg, Holtzendorffstraße 19, Fernsprecher: 30 2674, Friedenau, Brünnhildestraße 8, Fernsprecher: 83 5140, Steglitz, Schloßstraße 63/4, Fernsprecher: 76 4960, W 35, Bülowstraße 104, Fernsprecher: 21 3859, NW 40, Alt-Moabit 13, Fernsprecher: 35 7072, SW 68, Ritterstraße 50, Fernsprecher: 17 4841. — Auswärtige Geschäftsstellen: Bremen, Ansgaritorstr. 9, Breslau 5, Gartenstr. 34, Chemnitz, Lohstr. 12, Danzig, IV. Damm Nr. 3, Dresden, Marienstr. 13, Erfurt, Adolf-Hitler-Str. 43/44 (Phönixhaus), Essen, Rellinghauser Str. 50, Frankfurt Main, Junghofstraße 12, Halle, Moritzzwinger 18, Hamburg 36, Große Bleichen 16/18, Hannover, Breitestraße 28, Kassel, Obere Königstr. 5 (Eingang Fünffensterstr.), Köln, Mohrenstr. 5, Fernspr. Köln 22 7483, Königsberg i. Pr., Schloßstr. 6, I. Leipzig C 1, Königstraße 1, Magdeburg, Breiter Weg 71/72, Mannheim E. 2. 17., München, Luisenstraße 19, Nürnberg, Humboldtstr. 105, Stettin, Lindenstr. 30/II (Eing. Grüne Schanze), Stuttgart, Rotebühlstr. 35, Wien VI, Gumpendorfer Str. 55.

Stärkste Konzentration in der Hand der Obersten Führung

Zusammenfassung aller politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte

Der Führer übernimmt den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht — Wehrmachtamt wird Oberkommando der Wehrmacht — Göring Generalfeldmarschall — Generaloberst v. Brauchitsch Oberbefehlshaber des Heeres — Blomberg und Frhr. v. Fritsch auf ihren Antrag aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten — Organisatorische und personelle Veränderungen in Heer und Luftwaffe — Ribbentrop Außenminister — Neurath als Reichsminister Präsident des neugebildeten Geheimen Kabinettsrates — Keine „Reichsminister ohne Geschäftsbereich" mehr — Die Botschafter in Rom, Tokio, Wien abberufen — Amtsübernahme Funks im reorganisierten Wirtschaftsministerium

Reichstag am 20. Februar

Führerstaat

Zwar liefen bereits seit einigen Tagen im In- und Auslande Gerüchte über personelle und politische Veränderungen um, aber das ganze Ausmaß und die ganze Bedeutung dieser vom Führer befohlenen Umformung, wie sie sich heute als geschlossenes Ganzes darstellt, hat weder draußen noch drinnen jemand außerhalb des engsten Kreises geahnt. Es ist weit mehr als ein Revirement in verschiedenen Ressorts, es ist auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet eine stärkste Konzentration der Kräfte in der Hand der obersten Führung.

Zunächst die wichtigsten Tatsachen: Der Führer übernimmt selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht, indem das bisherige Wehrmachtsamt zu einem Oberkommando der Wehrmacht ausgestaltet und ihm unmittelbar, d. h. ohne Zwischenschaltung eines Reichskriegsministers und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unterstellt wird. Generalfeldmarschall v. Blomberg und Generaloberst Frhr. v. Fritsch scheiden auf ihren Antrag aus gesundheitlichen Gründen aus. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Ministerpräsident Göring, wird zum Generalfeldmarschall ernannt. Den Oberbefehl über das Heer übernimmt unter Beförderung zum Generaloberst General v. Brauchitsch, der bisherige Gruppenkommandeur in Leipzig. In hohen Stellen des Heeres und der Luftwaffe treten entscheidende weitere Personalveränderungen ein.

Reichsaußenminister wird Botschafter v. Ribbentrop. Frhr. v. Neurath tritt als Präsident an die Spitze eines neu gebildeten Geheimen Kabinettsrates, der dem Führer für die Außenpolitik zur Verfügung steht und in den eine Reihe anderer Minister sowie hohe Offiziere berufen werden. Neurath bleibt Reichsminister. Ein diplomatisches Revirement beruft die Botschafter in Tokio, Rom und Wien ab; auch London ist durch die Berufung v. Ribbentrops einbezogen. Ebenso wird jetzt der Neubau des sogenannten „Großen Wirtschaftsministeriums" bekanntgegeben, dessen Führung mit dem heutigen Tage Reichswirtschaftsminister Funk übernimmt, nachdem Generalfeldmarschall Göring die Ueberleitung der Organisationen des Vierjahresplanes in diese vergrößerte und mit erweiterten Kompetenzen versehene Zentralbehörde durchgeführt hat.

Wir müssen uns vorbehalten, auf die Personalveränderungen und die damit zusammenhängenden sachlichen Probleme noch weiter einzugehen. Die Neubesetzung der frei gewordenen Botschafterposten beispielsweise kann natürlich erst bekanntgegeben werden, wenn das einzuholende Agreement der betreffenden Staaten vorliegt.

Die politische Bedeutung des 4. Februar 1938 liegt auf der Hand. Es handelt sich bei der großen Konzentration um ein Weitergehen auf dem Wege, den der Nationalsozialismus folgerichtig seit der Machtergreifung beschritten hat.

An entscheidenden Posten bringt die personelle Erneuerung zugleich eine Verjüngung. Der Nationalsozialismus fühlt sich als eine junge Bewegung, und wenn bei gewissen Persönlichkeiten der Wunsch besteht, von der aktiven Bühne abzutreten, stehen heute noch mehr als vielleicht 1933 eingearbeitete und geschulte jüngere Kräfte zur Verfügung, die die verantwortungsvollen Aufgaben ihrer Vorgänger, mit denen sie zum Teil jahrelang zusammengearbeitet haben, wie z. B. Ribbentrop mit Neurath, ohne Schwierigkeiten übernehmen können.

Ganz besonderes Interesse werden natürlich die Neuregelungen in der Wehrmacht hervorrufen. Es handelt sich hier um die planmäßige und voraussehbare Beschleunigung des Verschmelzungsprozesses zwischen Partei und Wehrmacht; sie findet darin ihren sinnfälligen Ausdruck, daß der Führer selbst nunmehr unmittelbar durch das Oberkommando der Wehrmacht, das ihm jetzt mit der Person des Generals Keitel direkt unterstellt ist, mit der Wehrmacht ebenso verbunden ist wie bisher schon mit der Partei. Seit Beginn des Dritten Reiches, vor allem seitdem Adolf Hitler nach dem Tode Hindenburgs auch den obersten Befehl über die Wehrmacht übernahm, ist ja öfters gesagt worden, daß der heutige Staat von zwei Säulen getragen werde: von der Partei als dem politischen Willensträger und der politischen Erziehungsschule der Nation, und von der Wehrmacht als dem Waffenträger und der soldatischen Erziehungsschule des deutschen Volkes, wie das im Wehrgesetz festgelegt ist. Diese Verschmelzung zwischen staatlichen und militärischen Aufgaben wird ferner auch darin besonders sichtbar, daß mehrere Generale zu verantwortlichen Aufgaben im Wirtschaftsministerium berufen worden sind.

Man sieht also, wie abwegig die Kombinationen ausländischer Blätter waren, die vielleicht von irgendeinem Detail dieser geplanten Neuordnungen gehört hatten. Wie schon oben bemerkt, ist das Werk des 4. Februar ein geschlossenes Ganzes, in dem alle Teile aufeinander abgestimmt und alle unter einen gemeinsamen Grundgedanken, eben den Gedanken der Konzentration, gestellt sind. Die „DAZ" darf schließlich ihre Leser darauf hinweisen, daß wir gerade im gestrigen Morgenblatt einen Bericht unseres Londoner Berichterstatters veröffentlicht haben, wonach ein autoritäres „Schattenengland" im Aufbau begriffen ist, das ebenfalls die Zusammenfassung der wirtschaftlichen und militärischen Kräfte sich zum Ziel gesetzt hat, wenn die Dinge im übrigen auch dort in vielen Punkten anders liegen.

Am 20. Februar wird der Reichstag zusammentreten und eine Regierungserklärung entgegennehmen, die, wie verlautet, einen Rechenschaftsbericht über die verflossenen fünf Jahre geben soll.

An den Generalfeldmarschall v. Blomberg, den bisherigen Reichsaußenminister v. Neurath und den Generaloberst Frhr. v. Fritsch hat der Führer und Reichskanzler Dankschreiben gerichtet.

Das Werk des 4. Februar kennzeichnet ein Datum der deutschen Geschichte, das an Wichtigkeit höchstens vom 30. Januar 1933 übertroffen wird. Brachte dieser Tag die nationalsozialistische Machtergreifung, so bedeutet der 4. Februar 1938 die entscheidendste Machtverstärkung des Nationalsozialismus, die wir bisher gesehen haben. Das Ziel dieser Politik hat der Führer in seinem Neujahrsaufruf proklamiert: Stärkung der Nation auf allen Gebieten ihres Lebens.

Best

Der Erlaß über die Führung der Wehrmacht

dnb. Berlin, 4. 2.

Der Führer und Reichskanzler hat folgenden Erlaß über die Führung der Wehrmacht herausgegeben:

„Die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht übe ich von jetzt an unmittelbar persönlich aus.

Das bisherige Wehrmachtamt im Reichskriegsministerium tritt mit seinen Aufgaben als „Oberkommando der Wehrmacht" und als mein militärischer Stab unmittelbar unter meinen Befehl.

An der Spitze des Stabes des Oberkommandos der Wehrmacht steht der bisherige Chef des Wehrmachtamts als „Chef des Oberkommandos der Wehrmacht". Er ist im Range den Reichsministern gleichgestellt.

Das Oberkommando der Wehrmacht nimmt zugleich die Geschäfte des Reichskriegsministeriums wahr, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht übt in meinem Auftrage die bisher dem Reichskriegsminister zustehenden Befugnisse aus.

Dem Oberkommando der Wehrmacht obliegt im Frieden nach meinen Weisungen die einheitliche Vorbereitung der Reichsverteidigung auf allen Gebieten.

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler.

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel."

Berlin, den 4. Februar 1938.

Der Erlaß über den Geheimen Kabinettsrat

dnb. Berlin, 4. 2.

Der Führer hat folgenden Erlaß über die Errichtung eines Geheimen Kabinettsrats herausgegeben:

„Zu meiner Beratung in der Führung der Außenpolitik setze ich einen

Geheimen Kabinettsrat

ein.

Ich ernenne zum Präsidenten des Geheimen Kabinettsrats den Reichsminister Freiherrn von Neurath.

Ich berufe als Mitglieder in den Geheimen Kabinettsrat:

den Reichsminister des Auswärtigen Joachim von Ribbentrop,

den Preußischen Ministerpräsidenten, Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generalfeldmarschall Hermann Göring,

den Stellvertreter des Führers Reichsminister Rudolf Heß,

den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Joseph Goebbels,

den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Hans-Heinrich Lammers,

den Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Walther von Brauchitsch,

den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Erich Raeder,

den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht General der Artillerie Wilhelm Keitel.

Die laufenden Geschäfte des Geheimen Kabinettsrats führt der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei.

Berlin, den 4. Februar 1938.

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers."

Göring Generalfeldmarschall

dnb. Berlin, 4. 2.

Der Führer und Reichskanzler hat den Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, zum Generalfeldmarschall ernannt.

Generaloberst v. Brauchitsch Oberbefehlshaber des Heeres

dnb. Berlin, 4. 2.

Der Führer und Reichskanzler hat General der Artillerie v. Brauchitsch, Oberbefehlshaber der Gruppe 4, zum Oberbefehlshaber des Heeres unter gleichzeitiger Beförderung zum Generaloberst ernannt.

General Keitel Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

dnb. Berlin, 4. 2.

Der Führer und Reichskanzler hat den bisherigen Chef des Wehrmachtsamtes General der Artillerie Keitel zum „Chef des Oberkommandos der Wehrmacht" ernannt.

v. Blomberg und v. Fritsch ausgeschieden

Auf ihren Antrag aus gesundheitlichen Gründen

dnb. Berlin, 4. 2.

Der Führer und Reichskanzler hat an Generalfeldmarschall v. Blomberg folgendes Schreiben gerichtet:

„Seit der im Jahre 1936 vollzogenen Wiederher-

Auf dem Weg in den Krieg

Generaloberst Wilhelm Keitel zum Chef des OKW. Der seit Juni 1932 im Amt befindliche Aussenminister Konstantin Freiherr von Neurath, der nur zögernd Hitlers Intentionen folgte, wurde entlassen. An seine Stelle trat Joachim von Ribbentrop, zwar erst seit 1932 Mitglied der NSDAR aber in Übereinstimmung mit Hitler das Ziel verfolgend, das aggressive Bündnis mit Italien und Japan zu festigen und auf dieser Grundlage den Krieg auch mit diplomatischen Mitteln vorzubereiten.

Die entehrende Entlassung Fritschs sowie die im Sommer 1938 infolge der Drohungen Hitlers gegenüber der CSR sich verschärfende Kriegsgefahr – bekannt als «Sudetenkrise» – förderte die Formierung einer oppositionellen Gruppe von Militärs und Politikern, die erstmalig einen Plan entwickelte, durch einen militärischen Staatsstreich Hitler von der Macht zu entfernen, eine provisorische Regierung einzusetzen und die Kriegsvorbereitungen einzustellen.[60] Repräsentanten dieser Oppositionsgruppe waren Generaloberst a. D. Beck, sein Nachfolger als Generalstabschef General Franz Halder[61], der Kommandeur des Wehrkreises III (Berlin-Potsdam) General Erwin von Witzleben, der Kommandeur der 23. Infanteriedivision (Potsdam) Generalmajor Walter Graf von Brockdorff-Ahlefeldt, der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister und Reichspreiskommissar Dr. Carl Goerdeler, Botschafter a. D. Ulrich von Hassell, die Diplomaten Erich Kordt und Theo Kordt, Regierungsrat Hans-Bernd Gisevius, der Chef des Amtes Ausland/Abwehr im OKW Admiral Wilhelm Canaris, der Oberst in diesem Amt Hans Oster, später auch dessen Mitarbeiter Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi und andere. Dabei ging es durchaus nicht gegen das System als Ganzes, sondern nur gegen Hitler und seine nächste Umgebung, um die Gefahr des Krieges und damit der Niederlage zu bannen. Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 mit dem nachfolgenden allgemeinen Stimmungsumschwung liess diesen Plan vorerst illusorisch werden.

Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Deutschland war der Kriegsschuldige, daran bestand kein Zweifel. Doch hatten sowohl die Beschwichtigungspolitik Grossbritanniens und Frankreichs mit dem Münchener Abkommen und den Nichtangriffserklärungen vom September und Dezember 1938 als auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom August 1939 mit den geheimen Zusatzverträgen über die Aufteilung Osteuropas dazu beigetragen, dass der deutsche Imperialismus den Weg des Krieges, der nicht nur ein Eroberungs-, sondern auch ein Ausrottungskrieg werden sollte, beschreiten konnte. Die schnellen Siege in den ersten beiden

«Peace for our time!» Premierminister Chamberlain nach seiner Rückkehr aus München am 30. September 1938. Rechts Theodor Kordt

Kriegsjahren verstärkten den faschistischen Einfluss. Sie förderten Rassismus, Herrenmenschenideologie und erzeugten bei grossen Teilen des deutschen Volkes die Vorstellung von einer Auserwähltheit der Deutschen und der Unbesiegbarkeit ihrer Wehrmacht.

Anmerkungen

1 Eberhard Zeller: Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli. München 1965, 5. Aufl., S. 532, Anm. 31.

2 Klaus-Jürgen Müller: Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand

gegen Hitler. Hrsg, von Jürgen Schmädeke und Peter Steinbach, München 1985, S. 24.
3. Ebenda, S. 24

4 Vgl. auch Peter Steinbach: Opposition und Kooperation im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Sozialwissenschaftliche Information, Heft 2, April/Mai/Juni 1991, S. 125 f.
5 Hermann Weber: Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933-1939, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1988: Beatrix Herlemann: Der deutsche kommunistische Widerstand während des Krieges, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1989; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 5, Berlin 1966; Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945. Grundlagen und Materialien, Bonn 1982; Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1983, 6. Aufl., Bonn 1988; Klaus Mammach: Widerstand 1933-1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Berlin 1984; Ders.: Widerstand 1939-1945.
Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Berlin 1987; Heinz Kühnrich: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933 bis 1945, Berlin 1987; Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933-1945. 240 Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen, zusammengestellt und eingeführt von Margot Pikarski und Günter Uebel, Berlin 1978; Detlef Peukert: Der deutsche Arbeitenwiderstand gegen das Dritte Reich, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 3. Aufl., 1981; Richard Löwenthal: Die Widerstandsgruppe ‚Neu Beginnen», Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 2. Aufl., 1985.
6 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 142.
7 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Potsdam, Rep. 37, Bd. 2170, BI. 41 f.; in: Klaus Gerbet: Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891-1958. Ein preussischer Konservativer in Deutschland, S. 63.
8 Hans Speidel: Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin/Frankfurt/Wien 1977, S. 52.
9 Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933-1939, Teil I, Potsdam 1978, S. 118. Zusammengestellt von Hans Wendler nach den Akten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam.
10 Siehe dazu Werner Freitag: Martin Luther, Friedrich II. und Adolf Hitler – der Tag von Potsdam im neuen Licht, in: Preussen und der Nationalsozialismus. Potsdamer Gespräche 5.-7. November 1992. Tagungsreferate. Hrsg, von der Volkshochschule «Albert Einstein» Potsdam mit Förderung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, S. 15 f.; Kurt Finker/Werner Bethge: Der Tag von Potsdam – Geschichte oder Gegenwart? Hrsg, vom Brandenburger Verein für politische Bildung «Rosa Luxemburg», Potsdam 1993.
11 BLHA Potsdam, Rep 2 A Nr. 627/2, BI 89.
12 Reichstags-Eröffnungsfeier in Potsdam. Das Erlebnis des 21. März in Wort und Bild. Hrsg, von Hans Hupfeld, Potsdam 1933, S. 48.
13 Zit. in: Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1989, S. 271.
14 Manfred Schlenke: Vom Ende und vom Fortleben Preussens. In: Preussen-Ploetz. Eine historische Bilanz in Daten und Deutungen, hrsg. von Manfred Schlenke, Freiburg-Würzburg 1983, S. 263 f.
15 Ines Reich/Kurt Finker: Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente. Hrsg, von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel, Berlin 1993, S. 325/326.
16 BLHA Potsdam, Rep. 2 AI Pol Nr. 1162, BI. 171.
17 Bundesarchiv, Potsdamer Abteilungen, Reichsministerium des Innern, Tannenbergbund, 25673/4, BI. 27 f.; Präsidialkanzlei, General Erich Ludendorff, 39/3.
18 BLHA Potsdam, Rep. 2 AI Pol Nr. 1173, BI. 327.
19 Wend Graf zu Eulenburg-Hertefeld: Ein Schloss in der Mark Brandenburg. Erinnerungen an Liebenberg. Hrg. von Dirk Klose, Engelhorn Verlag Stuttgart 1990, S. 127.

Alexander Stahlberg: Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Frankfurt
M. – Berlin 1990, S. 29 f.

21 Wir schweigen nicht! Eine Dokumentation über den antifaschistischen Kampf Münchner Studenten 1942/43. Hrsg, und mit einer biographischen Skizze der Geschwister Scholl eingeleitet von Klaus Drobisch, 3. Aufl., Berlin 1977, S. 18 f.; Richard Hanser: Deutschland zuliebe. Leben und Sterben der Geschwister Scholl. Die Geschichte der Weissen Rose, München 1980, S. 171 f.

22 Hans Mommsen: Politische Perspektiven des aktiven Widerstands gegen Hitler, in: Der zwanzigste Juli – Alternative zu Hitler?, hrsg. von Hans Jürgen Schultz, Stuttgart 1974, S. 29.

23 Ludolf Herbst: Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Martin Broszat und Klaus Schwabe in Verbindung mit Ludolf Herbst, Heinz Hürten, Peter Krüger, Klaus-Jürgen Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1989, S. 72.

Stimmzettel mit Aufruf vom 14.Oktober 1933, Original im Besitz des Verfassers.

25 Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 121, Dok. 33.

26 Ein Kampf um Deutschland. 1933. Hrsg, vom Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen e.V. Berlin, S. 6, 32.

27 Overesch/Saal: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik-Wirtschaft «Kultur, Augsburg 1991, S. 99.

Ebenda, S.98.

29 A.P. Young: Die ‚X'-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939. Hrsg, von Sidney Aster. Betreuung der deutschen Ausgabe und Nachwort: Helmut Krausnick. Aus dem Englischen von Dieter Vogel, Zürich/München 1974, S. 33.

30 Ger van Roon: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, 4. Aufl., München 1987, S. 79. Weiter zur Stellung der Kirchen im faschistischen Deutschland: Ulrich von Hehl: Katholischer Widerstand im Dritten Reich, in: Deutscher Widerstand-Demokratie heute. Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, hrsg. von Huberta Engel im Auftrag der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V, Bonn/Berlin 1992; Gerhard Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, in: Ebenda; Kurt Meier: Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Halle 1976; Christlicher Widerstand gegen den Faschismus, Berlin 1955; Christen im Nationalkomitee «Freies Deutschland». Eine Dokumentation, hrsg. und eingel. von Klaus Drobisch, Berlin 1973; Werner Koch: Der Kampf der Bekennenden Kirche im Dritten Reich, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin 1983; Erich Klausener: Zum Widerstand der Katholiken im Dritten Reich, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin 1985; Heinz Hürten: Die katholische Kirche zwischen Nationalsozialismus und Widerstand, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin 1989; Christen im Widerstand, in: Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Bonn 1982, S. 111 f. (Mit Beiträgen von Günther van Norden, Helmut Gollwitzer, Walter Dirks).

31 Werner Koch: Der Kampf der Bekennenden Kirche im Dritten Reich, S. 5.

32 Günther van Norden: Christen im Widerstand, in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland, S. 11.

33 Koch: Bekennende Kirche, S. 13.

34 Ebenda, S. 14/15.

35 Günther van Norden: Widerstand in den Kirchen, in: Löwenthal/von zur Mühlen: Widerstand und Verweigerung, S. 120.

36 Eberhard Bethge: Dietrich Bonhoeffer. Theologe. Christ. Zeitgenosse, München 1986, б. Aufl. (I. Auflage 1967),S. 746.

37 Zeugnis und Kampf des deutschen Episkopats. Gemeinsame Hirtenbriefe und Denkschriften, Freiburg im Breisgau 1946, S. 56; zit. in: Christen im Nationalkomitee «Freies Deutsch-

land», S. 22. Vgl. auch: Guenter Lewy: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965, S. 113 f.

38 Enzyklika «Mit brennender Sorge» von Papst Pius XI. vom 14. März 1937 an die deutschen Bischöfe und an die Weltkirche. Material der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, S. 1, 3.

39 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 21827, BI. 5863.

40 Zur Entwicklung des militärischen Widerstandes siehe «Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn o.J. (1984). Insbesondere die Beiträge von Peter Steinbach, Klaus-Jürgen Müller, Helmut Krausnick, Gerd R. Ueberschär, Peter Hoffmann, Peter Sauerbruch.

41 Kurt Schützte: Reichswehr wider die Nation. Zur Rolle der Reichswehr bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1929-1933), Berlin 1963; Karl Nuss: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977.

42 «Völkischer Beobachter» vom 6. Februar 1933, in: Förster/Helmert/Otto/Schnitter: Der preussisch-deutsche Generalstab 1640-1945, Berlin 1966, S. 226. «Freies Deutschland» vom 20.8.1944, S. 3.

43 Kurt Finker: Das Potsdamer Infanterieregiment 9 und der konservative militärische Widerstand, in: Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preussisch-deutschen Militärgeschichte. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrg. von Bernhard R. Kroener unter Mitarbeit von Heiger Ostertag, Frankfurt am Main – Berlin 1993, S. 451 f.

44 Ekkehard Klausa: Preussische Soldatentradition und Widerstand. Das Potsdamer Infanterieregiment 9 zwischen dem «Tag von Potsdam» und dem 20. Juli 1944, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmädeke und Peter Steinbach, München 1985, S. 545.

45 Olaf Groehler: Hitlerwehrmacht und Offiziersopposition, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, 1985, H. I-Il, S. 87.

46 Fontanes Werke in fünf Bänden, Fünfter Band. Der Stechlin, Berlin - Weimar, 1986, S. 222.

47 Detlef Graf von Schwerin: «Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt». Die junge Generation im deutschen Widerstand, München 1991; Ursula von Kardorff: Berliner Aufzeichnungen 1942-1945, München, 1992; Die Berliner Tagebücher der «Missie» Wassiltschikow 1940-1945, Berlin 1987; Ines Reich/Kurt Anker: Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente. Hrsg, von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel, Berlin 1993, S. 322.

48 Lebensskizzen aus der Familie von Oppen vornehmlich im 20. Jahrhundert. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch. Unter Mitwirkung von zahlreichen Verwandten zusammengest. und bearb. von Dietrich von Oppen, Freiburg i. Br. 1985, S. 186; vgl. auch Ines Reich: Offizier im Widerstand. Der Potsdamer Georg-Sigismund von Oppen und der 20. Juli 1944. In: Potsdamer Neueste Nachrichten, 24. 7 .1991.

49 Persönliche Mitteilung von Ludwig von Hammerstein an den Verfasser vom 16. September 1993. Vgl. auch Fernsehdokumentation, gesendet am 24.6.1984, 3. Programm, NDR.

50 Lebensskizzen, S.185. Vgl. auch Ines Reich: Georg-Sigismund von Oppen und der 20. Juli 1944. Eine biographische Skizze zum Widerstand traditioneller Eliten gegen das NS-Regime, Potsdam 1963, Sonderdruck.

51 Hellmuth Stieff, Briefe, hrsg. und eingel. von Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 108.

52 Ebenda, S. 135,137.

53 Persönliche Mitteilung von Ludwig von Hammerstein an den Verfasser vom 16. September 1993. Vgl. auch Fernsehdokumentation, gesendet am 24. 6.1984, 3. Programm, NDR.

54 Hans Karl Fritzsche: Ein Leben im Schatten des Verrates. Erinnerungen eines Überlebenden an den 20. Juli 1944, Freiburg i.Br. 1984, S. 66.
55 siehe Anm. 54.
56 Peter Sauerbruch: Bericht eines ehemaligen Generalstabsoffiziers über seine Motive zur Beteiligung am militärischen Widerstand, in: Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945, S. 423.
57 Ebenda, S. 424/425.
58 Wolfram Wette: Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1989, S. 144.
59 Peter Hoffmann: Widerstand.Staatsstreich.Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1979; Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition, Berlin 1982.
60 Zur Rolle Halders vgl. Gerd R. Ueberschär: Generaloberst Franz Halder. Generalstabschef, Gegner und Gefangener Hitlers, Göttingen/Zürich 1991.

Ist das eine CO_2-Aufnahme von „Friday for Futures“…?

II. Offiziere und Generäle gegen Hitler

1. Ludwig Beck

Ludwig August Theodor Beck wurde am 29. Juni 1880 als Sohn einer Industriellenfamilie in Biebrich am Rhein geboren, erhielt mit 19 Jahren sein Artillerieleutnantspatent, besuchte von 1908 bis 1910 die Kriegsakademie und wurde 1912 in den Grossen Generalstab kommandiert; 1918 war er Major.[1] Danach in die Reichswehr übernommen, übte er im Wechsel Stabs- und Truppenfunktionen aus, nahm an der illegalen Ausbildung von Generalstabsoffizieren teil, wurde am 1. Oktober 1933 als Generalmajor zum Chef des Truppenamtes, des Vorläufers des Generalstabes, ernannt und am 1. Oktober 1935 zum General der Artillerie befördert. Beck begrüsste die Beseitigung des Versailler Vertrages, die Aufrüstung und die Wiedergewinnung der deutschen «Weltgeltung». «Es konnte also keine Rede davon sein», schreibt der Historiker Klaus-Jürgen Müller, «dass Beck und die anderen führenden Persönlichkeiten in der Heeresleitung die Verkündigung der Wehrpflicht weder generell noch zu ungefähr jenem Zeitpunkt noch hinsichtlich der Grössenordnung der vorgesehenen Wehrpflichtarmee irgenwie missbilligt hätten. Genau das Gegenteil war der Fall. Sie war ihnen schon vorher erwünscht gewesen als eine notwendige und aus der Logik der militärischen Planung resultierende Massnahme.»[2]

Nach der Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht 1935 erhielt er die Amtsbezeichnung Chef des Generalstabes. Beck fürchtete jedoch auf Grund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges einen neuen Mehrfrontenkrieg und plädierte für ein langsameres, weniger risikovolles Vorgehen bei der Wiedererrichtung der deutschen Grossmachtstellung. Insbesondere machten ihn Hitlers Ausführungen vom 5. November 1937 betroffen. An diesem Tage entwickelte Hitler vor dem Reichs-

Ludwig Beck

kriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg, dem Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Freiherr von Fritsch, dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Raeder, dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generaloberst Göring und dem Aussenminister Freiherr von Neurath seinen Plan, dass die «deutsche Frage» eine Frage der «Raumnot» sei, die durch «Raumerweiterung», durch «Brechen von Widerstand und unter Risiko» gelöst werden müsse. «Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser (könne) niemals risikolos sein», vermerkt das Protokoll über Hitlers Ausführungen.[3] Hitler wies alle Bedenken, die Neurath und Fritsch ihm vortrugen, brüsk zurück und liess Anfang 1938, wie schon dargestellt, Fritschs Entlassung inszenieren. Während fast alle massgebenden militärischen Führer sich auf den Boden der aggressiven Konzeption stellten, wuchsen bei Beck die Vorbehalte. In mehreren Denkschriften und Vorträgen vor Brauchitsch legte er 1938 dar, dass er zwar auch für «grösseren Lebensraum» Deutschlands in Europa und Übersee und für die Ausschaltung der «Tschechei» als «Gefahrenherd» sei, dass aber dem Erreichen dieses Ziels zurzeit grosse Hindernisse im Weg stünden: die zu erwartende militärische Koalition der Tschechoslowakei mit Frankreich, England und den USA, die unfertige deutsche Wehrmacht, die Gefahr aus der Luft, der «Tiefstand der Finanz-, Ernährungs- und Rohstofflage» Deutschlands.[4] In einer Denkschrift vom 16. Juli 1938

erklärte er: «Wir stehen also der Tatsache gegenüber, dass ein militärisches Vorgehen Deutschlands gegen die Tschechoslowakei automatisch zu einem europäischen oder einem Weltkrieg führen wird. Dass ein solcher nach menschlicher Voraussicht mit einer nicht nur militärischen, sondern auch allgemeinen Katastrophe für Deutschland endigen wird, bedarf von meiner Seite aus wohl keiner weiteren Aufführung mehr...

Aus Vorstehendem und auf Grund meiner vorausgegangenen Darlegungen halte ich mich heute für verpflichtet – im Bewusstsein der Tragweite eines derartigen Schrittes, aber auch unter Berufung auf die mir nach meiner Dienstanweisung für die Vorbereitung und Führung eines Krieges erwachsende Verantwortung – die dringende Bitte auszusprechen, *den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht* der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage so lange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zurzeit halte ich sie für aussichtslos...»[5]

Beck, der zu dieser Zeit also nicht grundsätzlich gegen die Annexion tschechoslowakischen Gebietes war, schlug Brauchitsch vor, dass die höchsten militärischen Führer von Hitler die Einstellung der Kriegsvorbereitungen verlangen und im Weigerungsfalle geschlossen ihren Rücktritt erklären sollten. Doch der hitlerhörige Brauchitsch lehnte Becks Forderung ab. Beck zog daraus die Konsequenz und erklärte im August 1938 seinen Rücktritt als Generalstabschef, der von Hitler angenommen und zum 31. Oktober – unter Beförderung zum Generaloberst – vollzogen wurde. Dadurch, dass Beck sich nicht auf die unverbindliche Erörterung von Bedenken beschränkte, sondern persönliche Konsequenzen nicht scheute, unterschied er sich von der grossen Mehrheit des Offizierskorps, die mit Eifer an der Ausgestaltung der faschistischen Kriegsmaschine wirkte. Um Beck sammelte sich eine Gruppe von Offizieren, die in ähnlicher Weise an Aufrüstung und damit Kriegsvorbereitung mitgewirkt, sich aber den Blick für das reale Kräfteverhältnis und elementare moralische Prinzipien bewahrt hatte. Diese Offiziere erkannten die schweren Gefahren für Nation und Staat und entwickelten Pläne für einen Staatsstreich, um Hitler und seine Clique von der Macht zu entfernen.

Mit Sorge und wachsender Empörung nahm Beck die Nachrichten von den deutschen Verbrechen in den besetzten Gebieten zur Kenntnis. Goerdeler berichtete Hassell, dass er am 9. Oktober 1939 zusammen mit Beck eine Sendung des britischen Rundfunks gehört habe.

Darin erzählte ein englischer General, «dass er vor dem Weltkriege zu einem deutschen Garderegiment kommandiert gewesen und begeistert von dessen Geist, von der Vornehmheit und Ritterlichkeit der Offiziere gewesen sei; auch im Weltkriege sei das noch der Fall gewesen. Wo nun jetzt *diese* deutschen Offiziere und Soldaten seien, nachdem in Polen diese grauenhafte Kriegführung stattgefunden habe? Dann sei der General auf Fritsch gekommen, habe ihn hoch anerkannt und ausgedrückt, dass er (was stimmt) den Tod gesucht habe.[6] Nun wolle er ihn nach deutscher Sitte ehren, worauf die Musik drei Verse von ‚Ich hatt' einen Kameraden» gespielt habe. [Beck] habe dabei die Fassung verloren.»[7]

Enge persönliche Beziehungen verbanden Beck mit dem pensionierten Generaloberst von Hammerstein, der bei Kriegsausbruch 1939 erklärte, dass Deutschland den Krieg verlieren müsse, weil es nur so die Nazis loswerden könne.[8] Den Überfall auf die Sowjetunion bezeichneten Beck und Hammerstein als «das Schlimmste, was er [Hitler] machen kann, und das wird zu dem totalen Verlust des Krieges beitragen»[9]. Hammerstein starb jedoch bereits im April 1943. Beziehungen bestanden ferner zu seinem Nachfolger General Franz Halder, der sich allerdings später dem Widerstand verweigerte, zu Oberst Hans Oster, Abteilungsleiter in dem von Admiral Wilhelm Canaris geleiteten Amt Ausland/Abwehr, zu Carl Goerdeler, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig, zu Johannes Popitz, dem preussischen Finanzminister, zu Ulrich von Hassell, dem ehemaligen Botschafter in Rom und zu dem Professor der Staatswissenschaften Jens Peter Jessen, der als Hauptmann d. R. beim Generalquartiermeister dienstverpflichtet war. Verbindungen gab es auch mit dem von Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg geführten Kreisauer Kreis. Am 27. September 1941 fand im Hause Yorck in Berlin eine Unterredung zwischen Beck, Yorck und Moltke statt, über die Moltke seiner Frau am nächsten Tage schrieb: «Zuerst hatte ich etwa eine halbe Stunde mit Y allein zu sprechen und dann kam der Gast des Abends [Beck] und war sehr erfreulich. Es war ein gelungener Abend, und man kann nur hoffen, dass er zum Schmieden des Eisens beiträgt.»[10]

Während des Krieges wurde Beck zu einer Art Zentrum der aus Offizieren und Politikern bestehenden Widerstandsgruppe, zu der jetzt auch noch General Friedrich Olbricht, Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, General Henning von Tresckow, Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Jakob Kaiser und andere gehörten. Am 24. März 1942 notierte Hassell in seinem Tagebuch: «Abendbesprechung vorgestern bei

Geibel [Beck], mit B[ürger] d[er] Barcel[oneser] Hand[els]k[amme]r [Olbricht]. Einig darüber, dass alle Faden bei ihm [Beck] zusammenlaufen müssen.[11] Am 28. März hiess es in dem Tagebuch: «In den letzten Tagen in Berlin eingehende Besprechung bei Nordmann [Jessen] mit Geibel [Beck], Geissler [Popitz] und Pfaff [Goerdeler], Wenig Aussichten. Geibel als Zentrale konstituiert. Es sieht so aus, als wenn Scherz [Witzleben] seine Stellung verliert.»[12] Die letztere Bemerkung bezog sich darauf, dass zu dieser Zeit die Hoffnungen der Verschwörer auf Generalfeldmarschall von Witzleben ruhten, der als Oberbefehlshaber West seine Entschlossenheit bekundet hatte, gegen Hitler vorzugehen. Doch Witzleben musste sich einer Magenoperation unterziehen und wurde im März 1942 in die Führerreserve versetzt.

Beck war Mitglied der Mittwochsgesellschaft, einem Kreis von 16 Intellektuellen verschiedener Fachgebiete, zu dem u.a. auch Hassen, Popitz, Jessen, der Chirurg Prof. Ferdinand Sauerbruch, der Physiker Prof. Werner Heisenberg und der Philosoph und Pädagoge Prof. Eduard Spranger gehörten.[13] Am 17. Juni 1942 hielt Beck hier einen Vortrag über die «Lehre vom totalen Krieg», in dem er, der noch einige Jahre zuvor die deutsche Aufrüstung gefördert hatte, das reale Bild des modernen totalen Krieges, wie es damals in Deutschland durchaus noch nicht sichtbar war, zeichnete: «Kein Problemkreis, kein Gebiet menschlicher Betätigung, kein natürlicher Reichtum des Landes, kein vorhandener oder erarbeiteter Besitz, die nicht für den Kriegsfall erfasst und ausgenutzt werden. Damit aber wird die Kriegsvorbereitung zu einem unersättlichen Moloch – denn wo liegt für den, der sich zur Ausschliesslichkeit des totalen Krieges bekennt, die Grenze der Sättigung? So muss mit der Zeit Raubbau mit Menschen und Dingen, mit Geist und Seele zugunsten eines Zieles getrieben werden; so werden nach und nach andere Lebensäusserungen immer mehr verkümmern oder zum Erliegen gebracht. Statt des unermesslichen Reichtums und der Mannigfaltigkeit des Lebens, statt freier verantwortungsfreudiger Betätigung in ihm, werden zweckgebundene Einseitigkeit und eine Uniformierung des Lebens und seiner Träger zum Gesetz erhoben, werden der Freiheit und der Selbständigkeit des Geistes und der Seele und der schöpferischen Unbeschränktheit Schranken errichtet, die nichts mehr zu tun haben mit dem Staat als Form des politischen Lebens...»[14]

Angesichts der Lage 1944 erhob er die Forderung, «zu einem Frieden zu gelangen, damit das Hinschlachten von Deutschen und die Zerstörung der Heimat ein Ende nimmt, sonst hören wir überhaupt auf zu bestehen»[15]. In einem Gespräch mit dem Historiker Prof. Friedrich

Meinecke im Mai 1944 vertrat Beck die Ansicht, dass man nach der Endkatastrophe «eine antinazistische Einheitspartei gründen müsse, die von der äussersten Rechten bis zu den Kommunisten reiche, denn auf die Zuverlässigkeit der Kommunisten in nationalen Grundfragen könne man sich, wie er in Oberschlesien erlebt habe, verlassen»[16].

Seine angegriffene Gesundheit liess es nicht immer zu, sich aktiv an den Umsturzvorbereitungen zu beteiligen, dennoch besass er nach wie vor grosse Autorität. Als im Sommer 1944 Goerdeler sich bei ihm darüber beschwerte, dass Stauffenberg und andere «das Recht äusserster Selbständigkeit» für sich beanspruchten, meinte Beck, «man solle diesen jungen Heisssspornen nicht zuviel Zügel auflegen»[17]. Auch Beck stand unter Beobachtung. Im Juni 1944 sagte Himmler zu Canaris, er wisse wohl, «dass es namhafte Kreise im Heere gebe, die mit Umsturzplänen spielten. Aber es werde nicht so weit kommen. Er werde rechtzeitig vorher zugreifen. Er habe sich die Sache nur so lange angesehen, um herauszubekommen, wer denn eigentlich dahinterstecke. Nun wisse er es. Und er werde Leuten wie Beck und Goerdeler rechtzeitig das Handwerk legen.»[18]

2. Friedrich Olbricht

Friedrich Olbricht wurde am 4. Oktober 1888 in Leisnig (Sachsen) als Sohn eines Gymnasiallehrers geboren.[19] Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums in Bautzen trat er 1907 als Fahnenjunker in das Königlich Sächsische 7. Infanterieregiment in Leipzig ein, wo er 1908 Leutnant wurde. Im Ersten Weltkrieg erhielt er hohe Tapferkeitsauszeichnungen, war jedoch zugleich tief beeindruckt von der Härte des Kampfes, den Opfern und den Verwüstungen in der Schlacht um Verdun.

Im Dezember 1918 heiratete er die aus der Provinz Posen stammende Eva Koeppel, Tochter eines schon 1904 verstorbenen Domänen-Pächters.

Ab 1920 diente er in der Reichswehr als Generalstabsoffizier im Stab der 4. Infanteriedivision in Dresden, als Chef der 9. Kompanie des Infanterieregiments 10 in Dresden, von 1926 bis 1931 als Hauptmann und Major in der Abteilung Fremde Heere (T 3) im Truppenamt des Reichswehrministeriums in Berlin (das die Aufgaben des verbotenen Generalstabes wahrnahm), von 1931 bis 1933 als Bataillonskomman-

Friedrich Olbricht

deur im Infanterieregiment 10 in Dresden. 1933 wurde er Chef des Stabes der 4.1. D., 1934 zugleich Chef des Generalstabes des Wehrkreiskommandos IV in Dresden, des zweitgrössten Wehrkreises in Deutschland mit den Bereichen Dresden, Leipzig und Chemnitz. Beförderung zum Generalmajor 1937, Ernennung zum Kommandeur der Chemnitzer 24.1.D. 1938 waren die weiteren Stationen seiner militärischen Karriere.[20]

Nähere Beziehungen verbanden ihn mit Hans Oster, dem er 1920 im Stab der 4. I. D. begegnet war, mit General Kurt von Schleicher, mit Beck, den er ebenfalls schon aus dessen Dienstzeit als Artillerieführer der 4. I.D. kannte, mit Witzleben und Carl-Heinrich von Stülpnagel sowie – auch bereits dienstlich 1933-1937 – mit dem Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler[21], später auch mit Popitz und Hassell.

Ein Wesenszug Olbrichts waren seine vielseitigen geistigen Interessen. Oberst Bernhard Watzdorf, dessen Kompaniechef Olbricht war, berichtete, dass dieser ihn Mitte der zwanziger Jahre auf die Schriften von Ernst Niekisch, vor allem auf die Zeitschrift «Widerstand», die als «nationalbolschewistisch» galt und für freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion eintrat, aufmerksam gemacht hatte.[22] Olbricht sei – etwa im Sinne des Generals Hans von Seeckt – für gute Beziehungen und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihrer Armee eingetreten. Als Mitarbeiter der Abteilung Fremde Heere führten ihn Dienstreisen auch ins Ausland, darunter nach Frankreich und 1930 in die

Sowjetunion. Er besuchte Moskau, Tula, Charkow, Sotschi und andere Orte. «Was wir sahen, ist hochinteressant» – «Man wird mit einer Gastfreundschaft aufgenommen, die fabelhaft ist», so stand es auf den Postkarten, die er seiner Frau schrieb.[23]

Der General zeichnete sich auch durch künstlerische Interessen aus und fühlte sich eigentlich in Dresden zu Hause. Dazu seine Tochter Rosemarie Georgi: «Ich kann es nur daran erklären, dass er sagte, also wenn später mal dieser scheussliche Krieg zu Ende ist und ich meinen Abschied habe, dann ziehen wir nach Dresden... Die baulichen Schönheiten Dresdens zeigte er uns Kindern des Öfteren, und er besuchte mit uns auch die zahlreichen Galerien... und die geistigen Möglichkeiten, die man dort hatte, die nutzte er, soweit er konnte. Er war ein begeisterter Operngänger, ohne musikalisch zu sein. Aber es gab keine Opernpremiere ohne ihn.»[24]

Sein Schwiegersohn, der spätere Major i.G. der Luftwaffe Friedrich Georgi, der unter seinem Einfluss ebenfalls den Weg in den Widerstand fand, charakterisierte ihn so: «Die Persönlichkeit Friedrich Olbrichts war geprägt durch ein liebenswürdiges, gewinnendes Wesen, eine ausgeprägte, immer wieder zutage tretende Hilfsbereitschaft gegenüber jedermann und eine tief in ihm wurzelnde Bindung an moralische Grundwerte menschlichen Lebens und Zusammenlebens. Sein verbindliches, freundliches Auftreten sicherte ihm oft von der ersten Begegnung an das Vertrauen und die Zuwendung seiner Gesprächspartner...

Dabei war er von aussergewöhnlicher Bescheidenheit – ja Zurückhaltung – und trat als Generalstabsoffizier immer hinter die Sache zurück. Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein, Treue zu seinen Freunden und tiefe Vaterlandsliebe bestimmten sein Handeln in jeder Lebenslage. Seine besonderen militärischen Fähigkeiten als Generalstabsoffizier und Truppenführer, sein politisches Denken und sein diplomatisches Geschick kennzeichneten seinen soldatischen Weg.

Im geselligen Umgang zeigte er andere Seiten seines Wesens, wie Fröhlichkeit, Humor – jedenfalls in jüngeren Jahren – sowie Gastfreundschaft, bestrickende Liebenswürdigkeit als Gastgeber und Hausherr und weltmännische Gewandheit im Umgang mit ausländischen Diplomaten und Offizieren. Er trank gern einen guten Tropfen Wein, rauchte auch gern eine gute Zigarre und genoss die von seiner Frau gepflegte gastliche Atmosphäre seines Hauses, die ihm Gelegenheit zu zwanglosen und vertrauten Gesprächen mit Gleichgesinnten bot, in denen er Bereitschaft und Entschlossenheit seiner Gesprächs-

partner zu gemeinsamem Handeln ausloten konnte.»[25] Hauptmann d.R. Hermann Kaiser, im Zivilberuf Studienrat, Kriegstagebuchführer im
Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres, notierte am 1. Dezember 1941: «Ernster, kluger, sehr sympathischer Mann. Er gibt zu erkennen, dass er noch auf christlicher Grundlage steht, diese sei aber in Gefahr, zerstört zu werden, und er meint, sie ist uns bereits verlorengegangen.»[26] Der Nazibewegung und Hitler stand er von Anfang an mit starker Abneigung gegenüber, die vor allem ethisch-religiös motiviert war. Er selber sagte 1938, angesichts der Erfolge Hitlers, die auch ihn beeindruckten: «Ich habe diesen Mann gehasst, vom ersten Augenblick an, als er in meinen Gesichtskreis trat. Ich werde meine Ansicht auch nicht ändern!»[27] Die Ereignisse während der Röhm-Affäre um den 30. Juni 1934 verstärkten seine Abneigung. Während der «Sudetenkrise» 1938 stand Olbricht auf der Seite Becks, der Brauchitsch – vergeblich – bedrängte, bei Hitler die sofortige Einstellung der Kriegsvorbereitungen zu erwirken. «Das Verhalten Brauchitschs und anderer führender Generale des Heeres», so Georgi, «brachte Olbricht zu der Erkenntnis, dass mit einem geschlossenen Auftreten der Generalität gegen die nationalsozialistische Staatsführung und Kriegspolitik auch in der Zukunft nicht mehr gerechnet werden konnte... Die Periode, während derer es möglich erschien, in Form von Denkschriften auf die Politik einzuwirken, um Schlimmes zu verhindern, war auch aus seiner Sicht mit dem negativen Ausgang dieses Versuches abgeschlossen. Aus beiden Erkenntnissen zog er für sich die Konsequenzen. Während Beck jedoch äusserlich resignierte und sich in den Ruhestand zurückzog und zur zentralen Figur des deutschen militärischen Widerstandes wurde, war Olbricht der Ansicht, dass der militärische Widerstand zu sehr geschwächt würde, wenn alle so handeln würden. Ihm erschien es richtiger, Männer des Widerstandes in Positionen innerhalb der Machtstrukturen der Wehrmacht zu bringen, aus denen heraus ein gewaltsames Vorgehen gegen den Nationalsozialismus mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte.»[28]

Olbricht nahm am Krieg in Polen als Kommandeur der 24. I. D. teil und erhielt als einer der ersten das neugeschaffene Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Wie im Ersten Weltkrieg die Verwüstungen vor Verdun, so bewegten ihn jetzt die Zerstörungen in Warschau. In sein privates Tagebuch schrieb er: «Der Eindruck der Stadt (Warschau) war auf mich erschütternd. Es gibt tatsächlich kein Haus, das nicht einen Treffer hat. Eine Fülle von Häusern ist ausgebrannt, der Schutt hereingestürzt; sicher befinden sich unter dem Schutt in den Kellern noch

erstickte Menschen... Wenn jemand einen Eindruck haben will, welche Schrecken der Krieg hat, dann muss er nach Warschau fahren.»[29]

Seit dem 15. Februar 1940 leitete er das Allgemeine Heeresamt in der Bendlerstrasse in Berlin, am 1. Juni 1940 wurde er zum General der Infanterie befördert. Den Überfall auf die Sowjetunion verurteilte er und wertete ihn als den Beginn der deutschen Niederlage. «Und er hat seinen Sohn ganz schweren Herzens nach Russland ziehen lassen», berichtete seine Tochter, «und mit dem Tod von Klaus... am 12. Oktober 1941 hasste er Hitler noch mehr als vorher schon, und also arbeitete er noch intensiver auf seine Vernichtung hin.»[30]

Major Bernhard Bechler schrieb später über ihn: «Als Angehöriger des I. R. 10, später als Regimentsadjutant in der 24. I. D. und schliesslich während meiner Tätigkeit im OKH kannte ich General Olbricht sehr gut. Er war bei Offizieren und Soldaten besonders beliebt und wegen seines grossen Könnens und wegen seiner grossen Geschicklichkeit in der Führung von Verhandlungen in allen Kreisen geachtet... Seine Umgebung hielt ihn damals für zu pessimistisch.»[31]

Sein Büro im Bendlerblock und noch mehr seine Wohnung Am Wildpfad 24 in Berlin-Grunewald wurden zu Treffpunkten der sich entwickelnden aktiven Widerstandsgruppe. Zu seinen Besuchern gehörten Beck, der in Berlin-Dahlem wohnende Generaloberst Erich Hoepner, der von Hitler aus dem Heer ausgestossen worden war, weil er entgegen dem Befehl ihm unterstellte Verbände in der Schlacht vor Moskau zurückgenommen hatte, um sie vor der Vernichtung zu bewahren, General Georg Thomas, der Chef des WehrwirtSchafts- und Rüstungsamtes, den Olbricht auch schon aus Dresden kannte, Generalstabsrichter Dr. Karl Sack, der aktiv an dem Reichskriegsgerichtsprozess zur Rehabilitierung von Fritsch beteiligt gewesen war,[32] Stauffenberg, Tresckow, der Berliner Polizeipräsident Wolf Graf von Helldorff, Staatssekretär a.D. Erwin Planck, Popitz, Goerdeler und Hans Bernd Gisevius, der als Agent des Amtes Ausland/Abwehr in Zürich eingesetzt war und zugleich Verbindung zu Allen Welsh Dulles, dem US-Geheimdienstchef in der Schweiz, hatte. 1944 traf er sich in seiner Wohnung auch mit Julius Leber, dem führenden Sozialdemokraten in der Verschwörung.

Eine besonders enge Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen Olbricht und Tresckow, dem la der Heeresgruppe Mitte. Während eines Treffens mit Goerdeler und Tresckow Ende 1942 in Berlin übernahm Olbricht die Aufgabe, die nach der Ausschaltung Hitlers notwendige Schaffung eines neuen Machtapparates vorzubereiten, der sich vor

allem auf Formationen des Ersatzheeres (besonders in Berlin, Wien, Köln und München) stützen sollte. Am 10. August 1943 traf Olbricht in Berlin mit Stauffenberg zusammen, der nun sein engster Partner bei der Vorbereitung des Umsturzes wurde. Olbrichts Plan, so berichtet Georgi, gliederte sich in drei Phasen, bei denen die zweite und die dritte Phase jeweils das Gelingen der vorangegangenen Phase voraussetzten:

«*Phase I* – Ausschaltung Hitlers – möglichst gleichzeitig auch Himmlers und Görings – durch ein Attentat und Unterbrechung aller Nachrichtenverbindungen des ‚Führerhauptquartiers'.

Phase II – Übernahme der vollziehenden Gewalt in Deutschland und den besetzten Gebieten durch die Wehrmacht unter Führung von antinationalsozialistischen Befehlshabern.

Phase III – Bildung einer für die Feindmächte akzeptablen neuen nichtnationalsozialistischen Reichsregierung, die zum Abschluss eines Waffenstillstandes, zur Räumung der besetzten Gebiete und Vereinbarung eines die Existenz des Deutschen Reiches erhaltenden Friedensvertrages befugt und in der Lage war.»[33]

Später vermerkte ein SD-Bericht: «Immerhin ist Olbricht derjenige gewesen, der neben Stauffenberg und Mertz am 20. Juli 1944 in der Durchsetzung der Absichten der Verschwörerclique mit Konsequenz vorgegangen» ist.[34]

3. Hans Oster

Hans Oster wurde am 9. August 1888 in Dresden als Sohn eines Pastors der reformierten französischen Gemeinde geboren.[35] Nach dem Besuch des Gymnasiums zum Heiligen Kreuz in Dresden trat er im März 1907 in das Feldartillerieregiment Nr. 48 ein, wo er im August 1908 Leutnant wurde. 1912 heiratete er Gertrud Knoop, Tochter eines Patentanwalts und Studentin der Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule Dresden.

Den Ersten Weltkrieg erlebte Oster bis 1916 in den Materialschlachten an der Westfront, dann wurde er zur Ausbildung und zum Einsatz als Generalstabsoffizier abkommandiert, nahm aber bis zum Ende am Kriege teil. In der Gestapohaft gab er 1944 eine Erklärung ab, in der er den Zusammenbruch 1918 als einen Schlag mit dem Hammer beurteilte. Er habe sich nach schwersten inneren Kämpfen entschlossen, auch in der Republik schweren Herzens unter einer neuen Fahne wei-

ter zu dienen, getragen von der Hoffnung, damit dem Volk über diese Durststrecke hinüber zu helfen.

Bis 1924 diente Oster als Hauptmann im Stab der 4. Infanteriedivision in Dresden, zeitweilig in gleicher Funktion wie der Hauptmann Olbricht.[36] Weitere freundschaftliche Beziehungen gab es zu dem Hauptmann Georg Thomas und dem Major Erwin von Witzleben. Alle fanden sich später im Widerstand gegen das NS-Regime. Ab 1924 drei Jahre Batteriechef im Artillerieregiment 2 in Güstrow, danach bis 1929 Dienst im Regimentsstab in Schwerin unter dem von ihm verehrten Regimentskommandeur Oberst Werner Freiherr von Fritsch, im Februar 1929 Beförderung zum Major und Versetzung in den Stab der 6. Division nach Münster, wo er auch Wilhelm Canaris, damals Kapitän zur See und Chef des Stabes der Marinestation Nordsee, kennenlernte, waren die weiteren Stationen seiner militärischen Karriere. In der 6. Division waren nacheinander die Obersten von Brauchitsch, von Witzleben und Franz Halder Chefs des Stabes.

Eine Liebesaffäre, die ihm seine Frau verzieh, führte aber 1932 zu seiner Entlassung aus dem Heer. Auf der Suche nach neuer Tätigkeit erlebte er am 21. März 1933 das Spektakel des «Tages von Potsdam». Überliefert ist sein Ausspruch: «Ein Jammer, dass der arme Alte [Hindenburg] das noch mitmachen musste.»[37] Am 1. Oktober 1933 wurde er als Zivilangestellter in die Abwehrabteilung III des Reichswehrministeriums übernommen und hatte sich zunächst mit militärischem Geheimhaltungsschutz und Abwehrschutz bei Staatsbehörden zu befassen. Dabei wurden ihm viele interne Vorgänge aus dem politischen Leben bekannt. Der Gestapo-Regierungsassessor Hans Bernd Gisevius versorgte ihn mit Informationen über Verbrechen, die von SA und Gestapo in den Jahren 1933/34 begangen wurden. «Wie manches Mal trafen wir uns», berichtete später Gisevius, «im nächtlichen Dunkel der Bendlerstrasse, wo ich ihm meine dicke Mappe übergab, deren delikateste Stücke alsdann zum Chef des Wehrmachtsamtes, General von Reichenau, oder zum Kriegsminister von Blomberg wanderten! Wie manches dieser Papiere hat überhaupt nicht mehr ‚den Weg zurück* gefunden, sondern ist vorsorglich bei Oster in Schutzhaft geblieben!... Als Oster in die Abwehr eintrat, war er noch ein kleiner Major. Die über ragende Stellung, die er zuletzt innehatte, hat er sich erst mit den Jahren geschaffen, und das war nicht immer einfach. Jedoch schon 1933 und 1934, als wir Freundschaft schlossen, zeichnete sich, wenn auch nur in unklaren Konturen, jene alarmierende Entwicklung ab, die schliesslich mit der Unterjochung unserer Generalität unter die Diktatur

Hans Oster

der SS enden sollte. Ich trete Oster nicht zu nahe, wenn ich sage, zunächst folgte er nur zögernd solchen düsteren Prognosen. Er war viel zu sehr Soldat alter Schule... Mag sein, dass sogar erst die Schüsse des 30. Juni [1934] ihn vollends aufschreckten, es könnte das Gefüge der Wehrmacht tödlich getroffen sein. Seine unvergängliche Leistung bleibt, dass er – nicht als Politiker, sondern als Soldat – den Entschluss zur höchsten Aktivität fasste, wenn er seine Vorgesetzten mit der ihm eigenen verhaltenen Leidenschaft gegen den von Jahr zu Jahr zunehmenden Gestapoterror aufrüttelte, weil es für ihn in den Fragen der nationalen Ehre keinen Kompromiss mit dem Bösen gab.»[38] Auch vor der Gestapo sagte Oster später aus, dass die Ereignisse des 30.6. 1934 «bei einem Teil des Offizierskorps und des Generalstabs zu oppositionellen Gefühlen vor allem gegen den Reichsführer-SS und die Gestapo geführt [hätten]». «Der 30. 6.1934 war die erste Gelegenheit, um *die Methoden einer Räuberbande* im Keim zu ersticken. In diesem Kampf zwischen Wehrmacht und SS seien aber Himmler und Heydrich als Sieger hervorgegangen.»[39] Was Oster am meisten bewegte, war die ausbleibende Reaktion der Reichswehrführung, obwohl sich unter den Erschossenen auch General Schleicher mit seiner Frau und General Ferdinand von Bredow sowie konservative Politiker und Beamte befanden. Nachdem im Januar 1935 Canaris die Leitung der Abwehr übernommen hatte, wurde Oster im März reaktiviert und im Dezember 1935 zum Oberstleutnant befördert. «Canaris hat Oster offensichtlich geschätzt», schreibt sein Biograph Thun-Hohenstein, «und diese Wertschätzung sollte es Oster ermöglichen, innerhalb der Abwehr sehr bald einen entscheidenden Einfluss auszuüben.»[40]

Im Jahre 1938 gehörte er zu dem Kreis, der die Intrigen gegen Generaloberst Fritsch verurteilte und sich im Sommer und Herbst mit Staatsstreichvorbereitungen zur Absetzung Hitlers beschäftigte. Ihm war bewusst, dass der von Hitler ins Auge gefasste Krieg mit der Niederlage Deutschlands und mit schweren Erschütterungen enden würde. Als nach dem Münchener Abkommen die Generäle keine Möglichkeit mehr für eine erfolgreiche Aktion sahen, lehnte Oster das Angebot des Legationsrates Erich Kordt ab, Hitler durch einen Sprengstoffanschlag zu töten, weil er wusste, dass ein Attentat ohne politischen Umsturz das System nicht beseitigen würde.

Während der Auseinandersetzungen um Fritsch lernte Oster den Heeresrichter Dr. Karl Sack kennen, der ebenfalls zum Widerstand fand. Sack machte ihn mit dem Juristen Hans von Dohnanyi, persönlicher Referent des Reichsjustizministers Dr. Franz Gürtner, bekannt. Oster sorgte dafür, dass Dohnanyi am 25. August 1939 als Sonderführer zur Abwehr einberufen wurde. Im September 1939 beschlossen Beck, Dohnanyi und Oster, den bayerischen Rechtsanwalt Dr. Josef Müller, der von der Abwehrstelle VII München empfohlen war und auch Papst Pius XII. kannte, in den Vatikan zu entsenden. Müller sollte versuchen, über den Vatikan bei der britischen Regierung zu erkunden, zu welchen Bedingungen Grossbritannien und Frankreich bereit wären, mit einem Deutschland ohne Hitler Frieden zu schliessen. Bei den Verhandlungen mit dem britischen Botschafter am Vatikan,[41] in die sich auch der Papst einschaltete, hielt sich die britische Seite zurück, da sie hinter Müller keine reale Kraft erkennen konnte.

Weitere Nazigegner unter den Mitarbeitern Osters in der Abwehr waren Dr. Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg, Hauptmann Hans Gehre, der Kaufmann Justus Delbrück, Sohn des Militärhistorikers Hans Delbrück, und mit Beginn des Krieges der Theologe Dietrich Bonhoeffer.

Als der Angriff im Westen vorbereitet wurde, der den Überfall auf die neutralen Benelux-Staaten einschloss, und in Deutschland kein General bereit war, den Umsturz auszulösen, übermittelte Oster dem niederländischen Militârattaché Major Gijsbertus Jacobus Sas in Berlin, den er seit den Olympischen Spielen von 1936 gut kannte, den Angriffstermin. Allerdings verschob Hitler diesen Termin mehrmals, so dass Osters letzte Information kurz vor dem Überfall am 10. Mai 1940 in Den Haag keinen Glauben mehr fand. Verschiedene deutsche Historiker haben diese Handlung Landesverrat genannt, Thun-Hohenstein meinte, Oster habe sich damit «aus dem Rahmen der Widerstandsbe-

wegung entfernt»[42]. Eine solche Feststellung bedeutet eine nachträglich Rechtfertigung des Naziregimes, eine Verunglimpfung des deutschen Widerstandes. Oster liess sich von echtem patriotischem Streben leiten, von der Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, dem in dieser Lage nur die militärische Niederlage der Naziregierung helfen konnte, da der Umsturz bisher ausgeblieben war. Thun-Hohenstein zitiert selbst die Bemerkung Osters zu Sas: «Man kann nun sagen, dass ich Landesverräter bin, aber das bin ich in Wirklichkeit nicht, ich halte mich für einen besseren Deutschen als alle, die hinter Hitler herlaufen. Mein Plan und meine Pflicht ist es, Deutschland und die Welt von dieser Pest zu befreien.»[43]

Im Verlauf des Jahres 1942 bereitete Oberst Henning von Tresckow mit seinen Gefährten im Stab der Heeresgruppe Mitte ein Attentat auf Hitler mit anschliessendem militärischem Staatsstreich vor. Olbricht und Oster – seit 1. Dezember 1942 Generalmajor – oblag dabei die Organisierung der Machtübernahme durch das Ersatzheer. Der Anschlag auf Hitler am 15. März 1943 misslang jedoch.

Oster wurde am 1. April 1943 wegen Devisenvergehen eines Mitarbeiters vom Dienst suspendiert. Er zog nach Schnaditz (bei Leipzig) zu seiner Schwester und wurde fortan überwacht.

4. Claus Schenk Graf von Stauffenberg

Claus Philipp Schenk Graf von Stauffenberg wurde am 15. November 1907 als Sohn des königlich-württembergischen Oberhofmarschalls Graf Alfred Schenk von Stauffenberg in Jettingen (Bayern) geboren.[44] Seine Mutter, Gräfin Caroline, geb. von Uexküll-Gyllenband, war die Tochter eines österreichischen Offiziers und eine Urenkelin Neidhardt von Gneisenaus. Claus von Stauffenberg war zwei Jahre jünger als seine Zwillingsbrüder Berthold und Alexander. Alle drei besuchten das Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium; Claus und Berthold schlossen sich den Neupfadfindern an.

Im Jahre 1923 wurden die Brüder Stauffenberg mit dem Dichter Stefan George bekannt gemacht und von diesem in seinen Kreis, der sich zuweilen auch das «geheime Deutschland» nannte, aufgenommen. Sie haben dem «Meister» bis zu ihrem Tode grosse Verehrung entgegenge-

Claus Schenk Graf von Stauffenberg und
Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim

bracht. Im sprachkünstlerischen Gewand bildete er Mythen, in denen den Krisen der gefährdeten Welt entgegengetreten werden sollte. Eine ausgewählte Elite, so seine Weltanschauung, muss sich zusammenschliessen, um sich grossen und edlen Gegenständen und Aufgaben zu widmen. Verachtung der Massendemokratie – «der seichte Sumpf erlogener Brüderei» , Herrenkult, Prophetie und Sendungsbewusstsein waren gepaart mit der visionären, in antiken und mittelalterlichen Leitbildern wurzelnden Konzipierung einer «anderen volkheit», eines «neuen Reiches», in der einer Elite, einem neuen Adel die Herrschaft vorbehalten sein sollte.

Claus von Stauffenberg und seine Brüder waren keine Freunde der parlamentarischen Weimarer Republik. Andererseits wünschten sie keine Restauration der gestürzten Monarchie, hatten die gekrönten Häupter doch in ihren Augen versagt. Stauffenberg glaubte an einen neuen, anderen Staat in einer noch unbestimmten Zukunft.

Im Jahre 1926 trat Stauffenberg als Fahnenjunker in das Reiterregiment 17 der Reichswehr in Bamberg ein. Nach seinen Vorstellungen war das Heer eine Einrichtung, in der der Dienst an der ganzen Nation am augenfälligsten zum Ausdruck kam, wenngleich der monarchistische Vater 1919 die neue Regierung für ein Lumpenpack erklärt hatte, der kein anständiger Mensch dienen könne.

Ein Jahr Truppendienst als Rekrut, danach Infanterieschule Dresden, die von allen Offiziersanwärtern absolviert werden musste, bevor sie an die speziellen Waffenschulen kommandiert wurden, dann Kavallerieschule Hannover – das waren die ersten Stationen seiner militärischen Laufbahn. Nach dem Lehrgang kehrte er zu seinem Regiment zurück, wo er am 1. Januar 1930 Leutnant wurde. Nach Absolvierung eines Minenwerfer-Lehrgangs von November 1930 bis Februar 1931 übertrug man ihm die Führung des Minenwerferzuges der 1. Eskadron des 17. Reiterregiments. Die Beförderung zum Oberleutnant erfolgte am 1. Mai 1933.

Am 26. September 1933 heiratete er Nina Freiin von Lerchenfeld, die Tochter eines königlich-bayerischen Kämmerers und kaiserlichen Generalkonsuls.

Stauffenbergs Einstellung zu seinem Offiziersberuf änderte sich 1933 nicht, im Gegenteil, die nationale und soziale Demagogie der deutschen Faschisten erfasste auch ihn. So hielt er – wie viele andere auch – die Forderungen nach internationaler Gleichberechtigung Deutschlands und nach Revision des Versailler Vertrages für gerecht. Berthold sagte später in Gestapohaft, dass sie auf innerpolitischem

Gebiet die Grundideen zum grössten Teil durchaus bejaht hätten, insbesondere den Gedanken der «selbstverantwortlichen und sachverständigen Führung, verbunden mit dem einer gesunden Rangordnung und dem der Volksgemeinschaft», den Grundsatz «Gemeinnutz geht vor Eigennutz», den «Kampf gegen die Korruption», «die Betonung des Bäuerlichen» wie auch den «Rassengedanken» und den Willen zu «einer neuen, deutsch bestimmten Rechtsordnung». «Die Grundideen des Nationalsozialismus» seien aber «in der Durchführung durch das Regime fast alle in ihr Gegenteil verkehrt worden.»[45]

Stauffenberg besuchte 1934 ein zweites Mal die Kavallerieschule in Hannover und legte die Wehrkreis- und die englische Militärdolmetscherprüfung ab. Die Wehrkreisprüfung war eine in der Weimarer Zeit geschaffene Form der getarnten Ausbildung von Generalstabsoffizieren, die unter der Bezeichnung «Führergehilfenschulung» lief. Zum 1. Oktober 1936 gehörte er zu den 100 Offizieren – von etwa 1'000 Absolventen der Wehrkreisprüfungen –, die an die Kriegsakademie nach Berlin kommandiert wurden. Die Lehrgänge waren in «Hörsäle» gegliedert, die jeweils etwa 20 Offiziere umfassten. Zu Stauffenbergs Hörsaal gehörten u.a. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Eberhard Finckh, mit denen ihn bald eine enge Freundschaft verband. Beide nahmen später an dem Umsturzversuch teil und opferten ihr Leben. Von Oberst Finckh stammt folgende Charakteristik aus dieser Zeit: «Er übertraf mit seinen geistigen Fähigkeiten sämtliche Teilnehmer und riss dadurch wie durch sein Temperament und seine Redegewandheit den ganzen Kursus fort.»[46] Er zeigte grosse Aufgeschlossenheit für wirtschaftspolitische und soziale Probleme und begrüsste nach wie vor die Massnahmen der Regierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ohne ihre Hintergründe und ihr Wesen zu erfassen. Er erhoffte sich davon zunächst vor allem eine Milderung der sozialen Gegensätze, was wiederum, wie er meinte, die militärische Leistungsfähigkeit Deutschlands steigern würde.

Nach Absolvierung der Kriegsakademie im Sommer 1938 wurde Stauffenberg, der zum 1. Januar 1937 Rittmeister geworden war, als I b in den Stab der 1. Leichten Division, die unter dem Befehl des Generalleutnants Erich Hoepner stand, nach Wuppertal kommandiert. Er widmete sich mit ganzem Einsatz seinen Aufgaben: Versorgung, innenpolitische Angelegenheiten, Aufbau, Gliederung, Ausrüstung, Unterkunft, Friedensstandorte, Spionageabwehr, Presse, Mobilmachung. Die vier Leichten Divisionen waren im Zuge der schnellen Heeresvermehrung seit 1935 als Provisorium entstanden. Im Herbst 1939 wur-

den sie in Panzerdivisionen umgewandelt. Seine Division nahm an der Besetzung des «Sudetenlandes» teil, rückte in den Raum Mies (Stribo) ein und wurde, wie Berichte besagen, von der deutschen Bevölkerung stürmisch begrüsst.

Stauffenberg wusste nichts von den Staatsstreichplänen und von der Aufgabe seiner Division, die im Thüringer Raum, wenn notwendig, der SS-Leibstandarte den Weg von München nach Berlin verlegen sollte. Er erfuhr erst später durch Schulenburg davon; er hätte sich damals sicherlich auch nicht angeschlossen. Zwar kritisierte er zuweilen missliebige Einzelerscheinungen der faschistischen Herrschaft, insbesondere das abstossende Verhalten mancher Parteigrössen, aber es bestand in seinen Augen kein Grund für eine prinzipielle Opposition.

Allerdings empörten ihn die antijüdischen Pogrome vom 9. und 10. November 1938, zumal von den wachsenden Bedrückungen auch einige Freunde jüdischer Abstammung aus dem George-Kreis betroffen waren. Dabei muss man feststellen, dass Stauffenberg, wie überhaupt viele der späteren konservativen Hitlergegner, zunächst nicht grundsätzlich gegen die Zurückdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben waren, sondern erst spät gegen die Pogrome und den Terror Stellung bezogen, und dies vor allem auch deshalb, weil sie dem deutschen Ansehen in der Welt schadeten. Im Verhör bemerkte Berthold Stauffenberg 1944, dass er und sein Bruder die «Rassengrundsätze des Nationalsozialismus an sich bejaht», sie «aber für überspitzt und übersteigert gehalten» hätten.[47]

Stauffenberg nahm mit seiner Division am Überfall auf Polen teil. Er war von den schnellen und erfolgreichen Operationen der Wehrmacht in Polen sehr angetan; der militärische Blitzsieg beeindruckte auch ihn. Am 13. und 14. September schrieb er seiner Frau aus Kozienice (bei Radom) durchaus in deutscher Herrenmenschenmentalität, dass der Krieg entschieden und das Land trostlos sei. «Die Bevölkerung ist ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk. Ein Volk, welches sich sicher nur unter der Knute wohlfühlt. Die Tausende von Gefangenen werden unserer Landwirtschaft recht gut tun. In Deutschland sind sie sicher gut zu gebrauchen, arbeitssam, willig und genügsam.»[48] Stauffenberg war durchaus ein von seiner Aufgabe durchdrungener Offizier der Hitlerwehrmacht, einschliesslich der gewünschten nationalistischen Herrenmenschenallüren. Wie viele andere junge Offiziere, war auch er vom Sieg berauscht und äusserte sich gegenüber Freunden und Bekannten auch in diesem Sinne.[49] Von einer Gegnerschaft gegen das Naziregime konnte noch keine Rede sein. Nach sei-

ner Rückkehr aus Polen empfing er den Besuch seines Onkels Nikolaus Graf Uexküll und des stellvertretenden Oberpräsidenten von Schlesien Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Sie schilderten ihm die Lage und forderten ihn auf, sich der Opposition anzuschliessen. Er war zwar von ihren Schilderungen betroffen, lehnte aber eine Auflehnung gegen den «Führer» ab.

Als am 10. Mai 1940 die deutsche Offensive im Westen begann, befand er sich nach wie vor als I b bei der 6. Panzerdivision, die aus der 1. Leichten Division hervorgangen war. Wie stark er wiederum vom Kriegsgeschehen gepackt und vom allgemeinen Siegesrausch erfasst war, zeigt ein Brief an seine Frau vom 27. Mai 1940: «Der Vormarsch unserer Division gehört zu den unwahrscheinlichsten Erlebnissen, die man haben kann... Meine eigene Tätigkeit war von grossem Glück begleitet, und die Division war trotz der unvorstellbaren Geschwindigkeiten immer aufs Beste versorgt. Mehr als zweimal waren wir nie am gleichen Ort, und auch das nur selten...

Persönlich geht es uns ausgezeichnet; die Vorräte des Landes geniessen wir in vollen Zügen und gleichen so etwas den mangelnden Schlaf aus. Kaffee, Eier zum Frühstück, herrlichen Bordeaux, Burgunder und Heidsieck, so dass sich das Sprichwort ‚Leben wie der Herrgott in Frankreich» durchaus bewahrheitet.»[50]

Anfang Juni begann er seine neue Tätigkeit in der Organisationsabteilung des Generalstabes, der sich zu dieser Zeit in Chimay in Belgien befand; zum 1. Januar 1941 wurde er zum Major befördert.

Seine Hinwendung zum Widerstand, zum Anschluss an die Bewegung der Hitlergegner, erfolgte nicht gradlinig, erstreckte sich über eine längere Zeit, war ein Prozess wachsender Erkenntnis. Widerspruch regte sich in ihm angesichts der nach seiner Meinung unwürdigen Behandlung des besiegten Frankreich durch die deutschen Machthaber. Aus einer solchen Politik konnten weder Versöhnung noch fruchtbare Zusammenarbeit entstehen; darum nannte er 1940 Hitler einen «Sieger ohne Gefühl und Augenmass.[51]» Empört wandte er sich gegen die entwürdigende Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Als er Kenntnis von einem Befehl erhielt, nach dem alle sowjetischen Gefangenen ein Erkennungszeichen auf das Gesäss tätowiert bekommen sollten, protestierte er bei dem zuständigen General. Sein Mitarbeiter Hans von Herwarth berichtete: «Stauffenberg schrie in das Telefon, dass diese Behandlung ebenso menschenunwürdig wie sinnlos sei, und ich hörte mit einer Mischung aus Begeisterung und Erstaunen diesem Gespräch zu, das folgendermassen endete: «Wenn ich Herrn

General Unter den Linden treffe, werde ich Herrn General bitten, die Hosen herunterzulassen und mir zu beweisen, dass Herr General kein russischer Kriegsgefangner sind.» Stauffenberg hatte Erfolg, der Befehl wurde zurückgenommen...»[52]

Trotz der Niederlage vor Moskau glaubte er noch einige Zeit, dass die Lage an der Ostfront stabilisiert werden könne. Doch diese Hoffnung währte nicht lange. Seit der Winterschlacht 1941 /42 konnten die Verluste des Heeres nicht mehr ausgeglichen werden. Dies blieb Stauffenberg selbstverständlich nicht verborgen und beeinflusste seine Einstellung zu Hitler und zum Krieg.

Als im Sommer 1942 die Aufstellung antisowjetischer Einheiten in Bataillonsstärke aus armenischen, tatarischen, kaukasischen und kosakischen «Freiwilligen» unter den Kriegsgefangenen und Einwohnern der besetzten Gebiete begann, um sie gegen die Rote Armee und gegen Partisanen einzusetzen, wurde in der Organisationsabteilung des Generalstabes zunächst Stauffenberg mit dieser Angelegenheit betraut; später übernahm sie der General Ernst Köstring, ehemaliger deutscher Militârattaché in Moskau.

Stauffenberg empörte sich über die deutsche Besatzungswillkür im Hinterland und glaubte, durch eine bessere Behandlung die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu Bundesgenossen Deutschlands gegen Stalin machen zu können. Wie Herwarth berichtete, hörte er im Mai 1942 zum erstenmal den Bericht eines Frontoffiziers, der die Massenerschiessung von Juden durch SS-Leute in einem ukrainischen Ort mitangesehen hatte. Er «musste bald seine optimistische Auffassung begraben, dass nur die verbrecherischen Mitarbeiter Hitlers der Politik im Wege standen, die er, Stauffenberg, für richtig hielt. Ein langer Weg führte zu Stauffenbergs Entschluss, Hitler selbst als die Ursache allen Übels zu beseitigen, und jeder Schritt auf diesem Wege war die Folge eines der schrecklichen Ereignisse in Deutschland oder den besetzten Gebieten.»[53]

In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 reifte in ihm der Wille, aktiv gegen Hitler und das System vorzugehen. Es waren vor allem die Kenntnisse von den Verbrechen an der Zivilbevölkerung und an den Kriegsgefangenen, die Meldungen über die schweren, nicht mehr auszugleichenden Verluste im Zusammenhang mit dem wachsenden sowjetischen Widerstand, die Nachrichten vom Steckenbleiben der deutschitalienischen Offensive vor der El-Alamein-Stellung in Nordafrika und schliesslich das immer häufigere Eingreifen Hitlers in den Kampfverlauf und seine Beschimpfung von Generalen und Offizieren.

Während eines Morgenrittes bei Winniza im August 1942 äusserte er erregt: «Findet sich denn da drüben im Führerhauptquartier kein Offizier, der das Schwein mit der Pistole umlegt?»[54] Offenbar schwebte auch ihm vor, Hitler durch eine geschlossene Aktion der höchsten militärischen Führer, vor allem der Befehlshaber der Heeresgruppen, von der Macht zu entfernen. Die Feldmarschälle und Generäle, mit denen er sprach, verhielten sich jedoch als «Nur-Soldaten» abweisend, so dass er für sie die Worte fand: «Bürger, Pfründner, Teppichleger im Generalsrang.»[55]

Nachdem er zum 1. Januar 1943 seine Beförderung zum Oberstleutnant erhalten hatte, kam er kurze Zeit später zu einem Divisionsstab nach Nordafrika, wo während des Rückzuges seiner Division sein Wagen am 7. April von britischen Tieffliegern angegriffen und er selbst schwer verwundet wurde. Man brachte ihn in ein Lazarett in Karthago. Er hatte das linke Auge, zwei Finger der linken Hand und die ganze rechte Hand verloren. Ein Vierteljahr verbrachte er danach in einem Münchner Lararett.

Angesichts seiner schweren Verwundung hätte er die Möglichkeit gehabt, seinen Abschied aus der Wehrmacht zu erwirken. Er tat es nicht, in der vollen Entschlossenheit, sich jetzt an der Beseitigung Hitlers zu beteiligen.

Anfang September führte er in Lautlingen Gespräche mit Berthold und dem befreundeten Germanistik-Professor Rudolf Fahrner, die sich mit der Ilias-Übertragung durch Frank Mehnert, Alexander Stauffenberg und Fahrner beschäftigten, in denen aber auch die Frage aufgeworfen wurde, was nach dem Sturz Hitlers kommen solle. Nach dem Bericht Fahrners – teilweise wiedergegeben in der ihm eigenen, etwas umständlichen Diktion – waren die Gesprächsteilnehmer der Auffassung, dass im neuen Staat Gewissensfreiheit herrschen müsse, dass Einigung und Zusammenarbeit unter den Völkern zu fördern seien und dass «geeignete Kräfte aus allen Schichten zu Regierenden» gewonnen werden müssten. Es wurde erörtert, «eine Volksvertretung in Deutschland vielleicht auf eine ganz andere Weise als durch politische Parteien bisheriger Art zu begründen, etwa aus den politischen Realitäten von Gemeinden, Berufsgruppen und Interessengemeinschaften, die dann im Parlament öffentlich für sich selbst einstünden und nicht durch Behandlung von Parteien mit Eigeninteressen oder durch Handel mit solchen Parteien ihre Ziele umwegig verfolgten». Ferner ging das Gespräch darum, «dass das Verhältnis von Unternehmern und Ausführenden in ihrer gemeinsamen Arbeit, in ihrer gemeinsamen Verant-

wortung gegenüber dem Ganzen und gegenüber der Menschlichkeit des Menschen zu begründen sei». Technik, Industrie und Wirtschaft müssten eine dienende und nicht eine die Menschen beherrschende Rolle spielen.[56]

Waren diese Meinungen doch noch recht allgemein und deutet ihre begriffliche Prägung auf ihre Herkunft aus dem George-Kreis und aus ständischem Denken hin, so wird doch ziemlich klar, dass Stauffenberg durchaus die Beseitigung der politischen Willkür und die Wiederherstellung der Würde und der Rechte des Menschen erstrebte. Von dem Charakter und dem Funktionieren einer Volksvertretung hatte er keine ausgereifte Vorstellung, was auch angesichts der Erfahrungen mit den Parlamenten der Weimarer Republik und dem Nazireichstag verständlich war. In den Zusammenkünften wurde auch «über die Kraft, die von freiwilligen Verzichten ausgeht» gesprochen, «wie eine freiwillige Teilung des Grossgrundbesitzes, die von den Besitzenden ausginge (dazu zeigten sich Ansätze), ein wirkungsreiches Beispiel geben und zu neuen sozialen Wirtschaftsformen führen könne.»[57] Wenn auch stark utopisch-sozialromantischen Vorstellungen verhaftet, deutete sich in diesen Gesprächen doch eine neue Qualität im politisch-sozialen Denken Stauffenbergs an. Politische Zukunftsüberlegungen traten stärker in Erscheinung, ohne ausgeprägte Konturen zwar, aber doch deutlicher erkennbar. Dabei sollte die Klarheit der Stauffenbergschen Zukunftsorientierung keineswegs überschätzt werden, sagte er doch selbst zu einem Freund über die Zeit nach dem Sturz Hitlers: «Wir beginnen dann eben eine grosse Fahrt, die wird teilweise rasendes Tempo annehmen und wieder mit anderen Perioden wechseln. Was dann alles wird, kann niemand wissen, und es kommt alles darauf an, dass dann die richtigen Persönlichkeiten von Können und Charakter an der richtigen Stelle stehen.»[58]

Mit Wirkung vom 15. September 1943 war Claus von Stauffenberg Chef des Stabes im Allgemeinen Heeresamt unter General Olbricht. Er wohnte bei seinem Bruder Berthold in Berlin-Wannsee, Tristanstrasse 8. Bald wurde er Motor und führender Kopf der Berliner Widerstandsgruppe, zu der Olbricht, Schulenburg, Peter Graf Yorck von Wartenburg, Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, Julius Leber, Mertz von Quirnheim gehörten. Sein Freund Mertz, 1920 nach Potsdam gekommen, wo sein Vater seit 1919 Präsident des Reichsarchivs war, hatte zunächst auch den Machtantritt der Nationalsozialisten begrüsst und sich für die militärische Ausbildung von Hitlerjungen und SA-Leuten abkommandieren lassen. Seit 1943 aber teilte er die Auf-

fassung Stauffenbergs, dass der Krieg verloren sei und das Hitlerregime beseitigt werden müsse. Er billigte auch die Haltung seines Schwagers General Otto Kodes, der in Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft geraten war, 1943 zu den Mitbegründern des Bundes Deutscher Offiziere gehörte und in der Sowjetunion aktiv im Nationalkomitee «Freies Deutschland» für die Beendigung des Krieges wirkte.[59] Zu den Mitkämpfern gehörte jetzt auch General der Artillerie Fritz Lindemann, 1894 in Berlin Charlottenburg als Sohn eines Offiziers geboren, 1913 zum Leutnant im 4. Gardefeldartillerieregiment in Potsdam ernannt, im Ersten Weltkrieg mehrfach ausgezeichnet, Artillerieoffizier in der Reichswehr, Ende 1943 Waffengeneral der Artillerie beim Chef des Generalstabes des Heeres. Lindemann trat für Aufnahme von Kontakten zum Nationalkomitee «Freies Deutschland» ein.[60]

Im November 1943 wurde dem Allgemeinen Heeresamt der im Osten schwer verwundete Oberleutnant Werner von Haeften (geb. 1909) zugeteilt. Seine Mutter war eine Schwester Brauchitschs, sein Vater Direktor der Forschungsabteilung im Reichsarchiv in Potsdam, von 1931 bis 1937 dessen Präsident. Haeften war kein Berufsoffizier, sondern vor dem Kriege Syndikus in Berlin. Sein Bruder Dr. Hans-Bernd von Haeften, an dem er sich politisch orientierte, gehörte als Legationsrat zum Auswärtigen Amt. Werner von Haeften wurde Ordonnanzoffizier Stauffenbergs und sein treuer Helfer, der seine Gedanken und sein Schicksal teilte. Beziehungen hatte Stauffenberg auch zu seinem Vetter Oberstleutnant d. R. Caesar von Hofacker, im Zivilberuf Jurist und Prokurist bei den Vereinigten Stahlwerken, jetzt Offizier im Stab des Militärbefehlshabers West, der später von der Gestapo als «fanatischer Treiber und Verfechter des Putschgedankens und der gewaltsamen Lösung» bezeichnet wurde.[61] Schliesslich muss zu dem Kreis um Claus von Stauffenberg vor allem sein Bruder Berthold gezählt werden. Berthold hatte nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften von 1931 bis 1943 als Sekretär am Internationalen Gerichtshof in Den Haag gearbeitet. Danach war er am Institut für Völkerrecht in Berlin tätig, mit Kriegsbeginn wurde er als Sachverständiger in Fragen des Völkerrechts zur Seekriegsleitung nach Berlin einberufen, wo er zuletzt das Amt eines Marineoberstabsrichters innehatte. Aus seiner Tätigkeit kannte er Helmuth von Moltke. Claus hatte ihn in seine Pläne eingeweiht und beriet sich oft mit ihm. Zum weiteren Kreis um Stauffenberg gehörten der Oberstleutnant i. G. Bernhard Klamroth, der im OKH Dienst tat, der Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis, ein Österreicher, der nach Erkrankung im Fronteinsatz jetzt im

Allgemeinen Heeresamt tätig war, der Legationsrat Dr. Eduard Brücklmeier, in dessen Wohnung in der Potsdamer Markgrafenstrasse 5 (heute Leibistrasse) oft konspirative Treffen, getarnt als «Herrenabende» oder andere Gesellschaften, stattfanden, in der Stauffenberg auch am 15. November 1943, zusammen mit Schwerin, seinen – letzten – Geburtstag feierte, der Major i. G. Hans-Ulrich von Oertzen, der an den Umsturzplanungen beteiligt war, der ehemalige Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, der ehemalige sozialdemokratische Jugendpolitiker Hermann Maass, in dessen Haus in Potsdam-Babelsberg, Heimdalstrasse (heute H.-Maass-Strasse) Stauffenberg mehrmals zu Gesprächen weilte. Keine vordergründige, aber auch keine unbedeutende Rolle spielte Oberstleutnant d. R. Fritz von der Lancken, Adjutant von Olbricht, in dessen Haus in Potsdam, Marienstrasse (heute GregorMendel-Strasse), mehrfach Besprechungen mit Stauffenberg stattfanden und in dem auch vor dem 20. Juli 1944 der Sprengstoff verborgen war.

Auf Schloss Neuhardenberg, dem Besitz Hardenbergs, östlich von Berlin, am Rande des Oderbruchs gelegen, trafen sich mehrmals Stauffenberg, Schulenburg, Hauptmann Axel von dem Bussche, Werner v. Haeften, Ludwig und Kunrat v. Hammerstein, Hassell und andere Oppositionelle. Beziehungen bestanden auch zu Prof. Dr. Jens Peter Jessen, der als Hauptmann d. R. beim Generalquartiermeister dienstverpflichtet war. Im Hause Jessen trafen sich im November 1943 Stauffenberg und Hassell. Freunde und Verbündete fand Stauffenberg auch in dem «Kreisauer Kreis», mit dessen Vertretern er ab Herbst 1943 in Verbindung kam. Im Herbst 1943 und im folgenden Jahr traf er nicht nur oft seinen Vetter Yorck, sondern auch andere Angehörige und Sympathisanten des Kreies. Er schloss sich der Auffassung an, mit den Alliierten nach Möglichkeit Fühlung aufzunehmen und nach dem Umsturz sofort Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten.

Nach seinem Dienstantritt in Berlin wurde Stauffenberg auch mit Goerdeler bekannt, der als der führende Kopf der bürgerlichen Opposition galt, dessen politisches Konzept aber bei Moltke, Yorck und anderen Kreisauern und bald auch bei Stauffenberg auf Kritik stiess. Im November 1944, während der Haft, gab Goerdeler seinerseits von Stauffenberg folgendes Bild: «Tresckow machte mich im Herbst 1943 mit dem Oberstleutnant Graf Stauffenberg bekannt, einem hochgesinnten, in Afrika schwer verwundeten Generalstabsoffizier, der sich später als Querkopf erwies, der auch Politik machen wollte. Ich schätzte ihn hoch und hatte doch manchen Zusammenstoss mit ihm. Er woll-

te einen unklaren politischen Kurs mit Anlehnung an Linkssozialisten und Kommunisten...»[62]

Die von Olbricht, Tresckow und Stauffenberg vorgenommenen Planungsarbeiten waren sehr gründlich. Der erste Schlag sollte ausschliesslich von Militärs geführt werden, was wohl angesichts der realen Lage nicht anders zu bewältigen war, aber zugleich Gefahren in sich barg. Im September 1943 war es zu einem Gespräch zwischen Oberst i. G. Ulrich Bürker, dem Chef der Organisationsabteilung im Wehrmachtführungstab, und Stauffenberg im Büro Bürkers Am Tirpitzufer in Berlin gekommen, bei dem Bürker Zweifel am Erfolg äusserte und meinte, es ergebe «nur einen ganz gewöhnlichen Offiziersputsch». Stauffenberg antwortete: «Das glaube ich manchmal auch."[63] Auch Hammerstein warnte noch vor seinem Tode seine Freunde vor der Wiederholung eines Kapp-Putsches. Er war der Meinung, man müsse Hitler verhaften und vor Gericht stellen, damit sich die grosse Zahl der Mitläufer vom wahren Charakter dieses Mannes überzeugen könne und damit einer neuen Dolchstosslegende vorgebeugt würde.[64] Stauffenberg war sich offensichtlich der schmalen Basis des Unternehmens bewusst, darum auch seine Bemühungen um Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer, das freundschaftliche Verhältnis zu Leber und seine Zustimmung zu der Kontaktaufnahme mit den Kommunisten im Juni 1944.[65]

In den Kreisen der bürgerlichen Opposition galt es seit langem als ausgemacht, dass Goerdeler neuer Reichskanzler nach dem Sturz Hitlers werden sollte. In den Diskussionen, die auch in der Berliner Wohnung der Brüder Stauffenberg stattfanden, wandten sich Stauffenberg und ein Teil der Kreisauer gegen die Konzeption und gegen die Kanzlerkandidatur Goerdelers, sie wollten Leber als zukünftigen Reichskanzler sehen.

Im Frühjahr und Sommer 1944 beschäftigte sich Stauffenberg in bisher noch nie dagewesener Intensität mit innenpolitischen und sozialen Problemen. Grosse Bedeutung für die Ausformung seiner Ansichten hatte Julius Leber, mit dem ihn Schulenburg bekanntgemacht hatte. Gemeinsam mit Leber trat Stauffenberg gegen die Konzeption der Goerdeler-Gruppe auf, die er als «Revolution der Greise» abtat.[66] Leber warf Goerdeler vor, er «sei in der Aussenpolitik ‚Illusionist', in seinen wirtschaftlichen Auffassungen überlebt und insgesamt an die Grossindustrie gebunden»[67]. Er erhob mit Unterstützung Stauffenbergs in den Programmdiskussionen die Forderung nach tiefgreifenden sozialen Reformen. Im April und Mai 1944 versuchte der Rechtsanwalt Joseph

Wirmer, zwischen Stauffenberg/Leber und Goerdeler zu vermitteln, und arrangierte zu diesem Zweck mehrere Aussprachen: «Dabei führte Graf von Stauffenberg aus, dass es keinesfalls zu dem von Dr. Goerdeler geplanten Restaurationsversuch der Republik von 1919 kommen dürfe. Als Dr. Leber unter Verwerfung der Auffassungen Dr. Goerdelers ein radikales sozialistisches Programm vorlegte und bekannt wurde, dass Graf von Stauffenberg dies zu billigen schien, schaltete sich Wirmer wiederum auf Bitten Dr. Goerdelers zur Bereinigung dieser Schwierigkeit ein.»[68] Stauffenberg soll sich dann mit einem Kompromissentwurf Wirmers einverstanden erklärt haben, was durchaus möglich ist, denn für Stauffenberg standen zunächst die Beseitigung Hitlers und die Beendigung des Krieges im Vordergrund.

Im Frühjahr 1944 traf Stauffenberg mit Wilhelm Leuschner zusammen. Der Legationsrat Brücklmeier, der die Begegnung vermittelte, schilderte Stauffenberg als einen Mann, «der Interesse für Arbeiterfragen habe».[69] Stauffenberg fragte Leuschner, ob es nicht besser sei, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft im neuen Deutschland die Führung übernähme. Leuschner jedoch wollte nicht, dass sich die Sozialdemokratie – wie 1918/19 – mit der Liquidierung eines verlorenen Krieges, für den sie nicht die Verantwortung trug, belasten müsse. Darum war er zunächst mit der Kanzlerschaft Goerdelers einverstanden, sah darin aber nur eine Übergangslösung. Auch er wollte später einen Sozialdemokraten an der Spitze des Staates sehen. Stauffenberg, Schulenburg und andere sahen in Leber für die Zukunft den geeigneten Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers. Leuschner und Maass empfanden die Kreisauer Auffassungen über die Teilnahme der Arbeiterschaft an der künftigen Entwicklung als unzureichend. Sie sahen in einer starken, zentralisierten Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Garantie für eine demokratische Entwicklung. Es ist bemerkenswert, dass sich auch Stauffenberg – nach anfänglichem Zögern und mit einigen Vorbehalten – dieser Auffassung anschloss. Er traf sich im Laufe des Jahres 1944 mehrmals mit Leuschner und Maass, um die Probleme zu erörtern, die sich aus dem militärischen Umsturz und der Rolle, die die Gewerkschaften bei der Neugestaltung spielen sollten, ergaben. Der ehemalige Jugendsekretär im ADGB Walter Maschke, der mit Leuschner und Maass persönlich bekannt war, berichtet, dass beide, in Übereinstimmung mit Stauffenberg, die schnellstmögliche Wiederherstellung eines allgemeinen freien Gewerkschaftsbundes betrieben, der nach erfolgreichem Umsturz wichtige Aufgaben in Staat und Wirtschaft übernehmen sollte. Nach den Aus-

sagen Brücklmeiers habe Stauffenberg zunächst der Errichtung von Gewerkschaften widersprochen, dann aber seine Bedenken fallen lassen, «weil er glaubte, auf diesem Wege die Arbeiterschaft «leichter gewinnen zu können» und dadurch einer kommunistischen Gefahr zu begegnen»[70].

Einen weiteren Einblick in die politische Vorstellungswelt Stauffenbergs vom Frühjahr 1944 geben die Aussagen des Majors Dr. Heinz Meinicke-Kleint, der von Januar bis Juni 1944 in das Heeresamt abkommandiert war und eine Zeitlang unter unmittelbarer Leitung Stauffenbergs arbeitete. Dieser äusserte sich ihm gegenüber sehr offen über die allgemeine Lage und über die Zukunft, obwohl Meinicke-Kleint nicht in die Verschwörung einbezogen war. Er erinnerte sich an die wörtliche Äusserung Stauffenbergs: «Das deutsche Volk besteht nicht nur aus adligen Offizieren und Krautjunkern.» Es müsse eine vaterländische Front geschaffen werden, und nach dem Sturz Hitlers sei der Kampf gegen das geistige Erbe Hitlers besonders vordringlich. Der Krieg sei verloren, und Deutschland müsse ihn verlieren, weil es ein Verbrechen war, ihn zu beginnen. Dieses Verbrechen habe 1933 begonnen. Über die Konzentrationslager sagte er, dass in den KZ überwiegend anständige Menschen sässen.[71]

Franz Sperr, ehemaliger Gesandter Bayerns in Berlin, besuchte Stauffenberg am 6. Juni 1944 in seiner Wohnung in Bamberg. Im Verhör sagte er später aus: Stauffenberg entwickelte «ein düsteres Bild der Gesamtlage... Man müsse weitere unnütze Opfer sparen. Notwendig sei eine innerpolitische Änderung, und zwar durch Ausschaltung des Führers, um die Möglichkeit herbeizuführen, Frieden zu machen. Das Ziel sei ein *Bundesstaat mit weitgehender Selbständigkeit der Gliedstaaten,* starker Selbsttätigkeit in der Verwaltung, mit sozialen Reformen, der Mitbeteiligung der Arbeiter an Lohn, Arbeitszeit- und Urlaubsfestsetzung und ähnliches.»[72]

Die Quellen bestätigen, dass unter dem Eindruck der militärischen und politischen Ereignisse die Verständigung mit Ost und West die grundsätzliche aussenpolitische Linie des Kreises um Stauffenberg wurde, wobei natürlich eine Besetzung Deutschlands durch die Engländer und Amerikaner der Besetzung durch die Sowjetarmee vorgezogen wurde.

Einige Zeit vor dem 20. Juli 1944 entwarf Stauffenberg einen Eid, den alle Teilnehmer der Aktion schwören sollten. Darin hiess es: «Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt; verachten aber die

Gleichheitslüge und beugen uns vor den naturgegebenen Rängen. Wir wollen ein Volk, das, in der Erde der Heimat verwurzelt, den natürlichen Mächten nahebleibt, das im Wirken in den gegebenen Lebenskreisen sein Glück und sein Genüge findet und in freiem Stolze die niederen Triebe des Neides und der Missgunst überwindet. Wir wollen Führende, die, aus allen Schichten des Volkes wachsend, verbunden den göttlichen Mächten, durch grossen Sinn, Zucht und Opfer den anderen vorangehen.»[73]

Dieser Eid, in seiner Diktion die Herkunft aus dem elitären Denken des George-Kreises verratend, – mehr Literatur als politisches Programm – verkündete die moralische «Revolution von oben». Ansatzweise lässt sich durchaus – bei gutem Willen – ein Bekenntnis zur ständischen Demokratie und zum Verzicht auf Expansion und Bedrohung anderer Völker erkennen.

Aussagekräftiger, was das politische Konzept Stauffenbergs betrifft, dürfte der Entwurf eines Aufrufes des neuen Staatsoberhauptes an das deutsche Volk sein, an dem Stauffenberg massgeblich mitgearbeitet hat und von dem an anderer Stelle noch die Rede sein wird.

Die Ergebnisse der Verhöre liessen bei den Justiz- und Gestapobeamten den Eindruck entstehen, dass die Gruppe um Stauffenberg für eine «sozialistische» Lösung eingetreten sei. In einem Bericht des Reichsjustizministers Dr. Otto Thierack an Bormann über die Hauptverhandlungen gegen Goerdeler und andere vom 8. September 1944 heisst es: «Stauffenberg... sprach über «verkalkte Generalität» und darüber, dass jüngere Offiziere anders dächten und die Dinge zu einer Sozialistischen Republik Vorwärtstreiben würden.»[74] In einem Bericht über die Vernehmung des später in jugoslawische Gefangenschaft geratenen Mitglieds der Gestapo-Sonderkommission «20. Juli», SS-Obersturmbannführer Dr. Georg Kiesel, heisst es über die Gruppe um Stauffen berg-Moltke: «Die Verbindung des Christentums mit dem Sozialismus war ihnen die wesentliche Grundlage zu einem Wiederaufbau des deutschen Reiches.»[75]

Man darf natürlich in diesen hier apostrophierten «Sozialismus» keine Sozialismus-Vorstellungen im Sinne von Marx, Lenin, der Sowjetunion und auch nicht des Heidelberger SPD-Programms hineinprojizieren. Es waren vielmehr Ideen eines sozialen Ausgleichs, einer gesellschaftlichen Ordnung sozialer Gerechtigkeit, diie bei Stauffenberg, Moltke, Trott, Leber und anderen vorherrschten.

Seit März 1944 hatte sich für die Verschwörer keine Möglichkeit mehr für die Durchführung eines Attentats ergeben. Da kam der günstige

Umstand zu Hilfe, dass Claus von Stauffenberg ab 15. Juni interimistisch, ab 1. Juli offiziell zum Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fritz Fromm unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberst berufen wurde. Damit musste er jetzt oft an den Lagebesprechungen im Führerhauptquartier teilnehmen. Sofort entschloss er sich, das Attentat selbst auszuführen. Die Freunde reagierten darauf mit Unbehagen, weil er auch in Berlin gebraucht wurde, denn in seiner neuen Funktion hatte er auch die Möglichkeit – mit oder ohne Fromm - den Befehlsapparat des Heimatheeres in Bewegung zu setzen. Die Verschwörer traten in eine Periode erhöhter Aktivität. Als seinen Nachfolger als Chef des Stabes bei Olbricht holte Stauffenberg seinen Freund Mertz von Quirnheim in den Bendlerblock.

5. Henning von Tresckow

Henning Hermann Robert Karl von Tresckow wurde am 10 Januar 1909 in Magdeburg als Sohn eines Kavalleriegenerals, der als Leutnant die Kaiserkrönung in Versailles erlebt hatte und jetzt das Gut Wartenberg in der Neumark bewirtschaftete, geboren.[76] Nach anfänglicher Unterrichtung durch einen Hauslehrer in Wartenberg besuchte er von 1913 bis 1917 das Gymnasium in Goslar. Nach dem Notabitur wurde er als Sechzehnjähriger noch Fahnenjunker im Ersten Garderegiment zu Fuss in Potsdam, am 5. Juni 1918 Leutnant. Im Sommer und Herbst nahm er an Abwehrschlachten an der Westfront teil. Nach dem Einsatz bei den Kämpfen gegen die Arbeiter im Berliner Zeitungsviertel als Angehöriger des Freikorpsregiments Potsdam im Januar 1919 wurde er in das neugebildete Infanterieregiment 9 übernommen, schied aber im Oktober 1920 aus der Reichswehr aus. Nach dem Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften begann er im Januar 1923 eine erfolgreiche Tätigkeit als Bankkaufmann in Potsdam, die ihm zwar finanzielle Erfolge brachte, jedoch auf die Dauer nicht befriedigte.

Zusammen mit seinem Freund, dem Militärschriftsteller Dr. Kurt Hesse, unternahm er 1924 eine Weltreise. In Frankreich verleugneten sie ihre Nationalität und reisten als britische Globetrotter, das abendliche Treiben in Paris fand Tresckow «eitel, affig und aufgeregt»[77]. Hesse schilderte ihn so: «Versuche ich, den ersten Eindruck festzuhalten, den ich von dem Dreiundzwanzigjährigen gewann, so muss ich sagen, dass mich sowohl sein weltmännisches Benehmen beeindruckte, wie er

Henning von Tresckow

über weltpolitische und weltwirtschaftliche Fragen urteilte. Erwirkte auf Grund seiner Persönlichkeit überzeugend. Ich war mir vom ersten Augenblick unserer Begegnung darüber klar, dass wir nicht immer einer Meinung sein würden. Wenn wir uns trotzdem fanden, so lag der Grund dafür in der übereinstimmenden Auffassung von der Bedeutung Preussens in der deutschen Geschichte, vom Wesen und der Aufgabe des Soldaten und von der Verpflichtung der jungen Generation, das Erbe der Vergangenheit neu zu begreifen...

Von einer starken Berührung durch die fremde, oft grossartige Landschaft Südamerikas konnte bei Tresckow kaum gesprochen werden. Die märkischen Kiefernwälder fand er schöner als die Palmenhaine Brasiliens. Dem Besuch einer herrlich gelegenen Besitzung an der Bucht von Rio de Janeiro zog er ein Gespräch mit einem seit vielen Jahren im Lande lebenden Geistlichen vor.»[78]

Auf staatspolitischem Gebiet waren seine Ideale, so Biograph Bodo Scheurig, eine parlamentarische Monarchie englischen Musters und eine ausgewogene Gesellschaftsstruktur. «Obgleich nicht sozialistisch gesinnt, wünschte er den überfällig gewordenen Ausgleich zwischen den Klassen. Führung wollte er an Bildung und Können gebunden wissen, nicht an Abstammung und Besitz... Er war stolz darauf, einer alten preussischen Adelsfamilie zu entstammen... Jeden

Anspruch ohne Leistung und wirkliche Überlegenheit aber wies er zurück[79].»

Im Januar 1926 heiratete er Erika von Falkenhayn, die Tochter des früheren preussischen Kriegsministers und Chefs der zweiten Obersten Heeresleitung im Weltkrieg. Am 1. Februar 1926 nahm ihn die Reichswehr wieder auf; er wurde Leutnant und Zugführer in der 1. Kompanie des I. R. 9 in Potsdam, wo er auch seinen Wohnsitz hatte.[80] Auch er sprach sich 1933 für Hitler aus, weil «er von ihm den Kampf gegen das Versailler Diktat, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und den sozialen Ausgleich überzeugend vertreten sah. Auch das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm sprach ihn an.»[81] Am «Tag von Potsdam» paradierte er mit seinem Bataillon an Hindenburg und Hitler vorbei. Noch war er der Überzeugung, dass das «Dritte Reich» in der Tradition des Bismarckschen Reiches stehe.[82] Nach dem 30. Juni 1934 bedrückte ihn jedoch das Schweigen, mit der die Reichswehrführung die Erschiessung von zwei Generalen hinnahm, noch aber verdrängte er Zweifel und kritische Fragen.

Nach dem Besuch der Kriegsakademie von 1934 bis 1936 wurde Hauptmann Tresckow als Bester seines Jahrgangs in die Operationsabteilung des Generalstabs kommandiert. Die Blomberg-Fritsch-Affäre 1938 empörte ihn, so dass er seinen Abschied nehmen wollte. Doch General von Witzleben, Befehlshaber des Wehrkreises III und einer der Hauptverschwörer 1938, dem er sich anvertraut hatte, bewog ihn, im Dienst zu bleiben, und deutete ihm an, dass eine Aktion gegen SS und Gestapo vorbereitet würde. In die Staatsstreichpläne von 1938 war er eingeweiht, gehörte aber nicht zum engeren Kern der Verschwörer. Angesichts des drohenden Angriffs auf Polen und damit des Weltkrieges lud er im Sommer 1939 seinen ihm bis dahin unbekannten Vetter, den Juristen Fabian von Schlabrendorff, der aktiver Nazigegner war, nach Wartenberg ein. «Wir hatten ein langes und eingehendes Gespräch», berichtete Schlabrendorff später. «Es endete mit der gemeinsamen Feststellung, dass Pflicht und Ehre von uns forderten, alles zu tun, um Hitler und den Nationalsozialismus bei der ersten sich bietenden Möglichkeit zu Fall zu bringen und damit Deutschland und Europa vor der Gefahr der Barbarei zu retten. Dieses Gespräch sollte für uns in den kommenden Jahren von folgenschwerer Bedeutung werden.»[83] Schlabrendorff charakterisierte ihn wie folgt: «In Tresckow zeigten sich drei Eigenschaften, die man einzeln häufig und vereinigt selten antrifft: er war gut, klug und fleissig und das alles in einem ungewöhnlichen Mass. Seine vornehme Gesin-

nung, die Schärfe seines Geistes und seine unermüdliche Arbeitsamkeit haben alle bewundert, die ihn gekannt haben. Seine Hauptfähigkeit bestand darin, seiner Umwelt seinen Geist aufzuprägen und sie zu sich emporzuziehen. Was ihn zum Gegner Hitlers und des Nazismus gemacht hatte, war nicht eine verstandesmässige Überlegung, sondern sein Widerwille gegen alles, was der Wurzel der Gemeinheit entsprang. Er hat seine ganze Persönlichkeit für den politischen Kampf eingesetzt und gehört zu den Ersten in der Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung.»[84]

Gelegentlich besuchte er auch die Kameraden des I.R.9 in Potsdam. An einen dieser Besuche erinnerte sich Hauptmann Hans Fritzsche: «Nach der französischen Kapitulation war ein ehemaliger 9er, jetzt hoher Generalstabsoffizier, Henning von Tresckow, zu einem kurzen Besuch bei uns. Tresckow versuchte, die Siegesstimmung zu dämpfen. Er liess durchblicken, dass Deutschland weiterhin in grösster Gefahr sei. Die Tageserlebnisse und -aufgaben liessen diese Warnung zunächst vergessen.» [85]

Als die Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion bekannt wurde, bemühte sich Tresckow, im Stab der Heeresgruppe Mitte ein Widerstandszentrum aufzubauen, denn er war überzeugt, dass dieser Angriff mit der deutschen Niederlage enden würde. Mit Hilfe des ihm befreundeten Rudolf Schmundt, der als Adjutant Hitlers für Personalfragen zuständig war, holte er zuerst Leutnant d. R. Schlabrendorff als Ordonnanzoffizier und politischen Berater zu sich. Ihm folgten Oberstleutnant Rudolph-Christoph Freiherr von Gersdorff als I c (verantwortlich für Feindnachrichten und Feindbild), Oberleutnant d. R. Heinrich Graf von Lehndorff und Major d. R. Carl-Hans Graf von Hardenberg (I. R. 9) als Ordonnanzoffiziere bei Generalfeldmarschall Fedor von Bock und Oberst Bernd von Kleist. Später kam noch der Oberstleutnant Alexander von Voss (I. R. 9), ein Schwiegersohn des Generals Carl-Heinrich von Stülpnagel, dazu.

Als im Mai 1941 der «Kommissarbefehl», der beim bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion die sofortige Tötung der Kommissare der Roten Armee anordnete, und der Barbarossa-Gerichtsbarkeitsbefehl, der u.a. die Erschiessung von «verdächtigen» Zivilisten ohne Kriegsgerichtsurteil anwies, bekannt wurden, verlangte Tresckow von seinem Verwandten Fedor von Bock, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, energische Schritte zur Rücknahme der verbrecherischen Befehle. Oberst von Gersdorff berichtete von dem gemeinsamen Gang zu Bock: «Plötzlich blieb Tresckow stehen und sagte zu mir: «Gersdorff,

wenn uns nicht gelingt, den Feldmarschall dazu zu bewegen, umgehend zu Hitler zu fliegen und die Aufhebung dieser Befehle durchzusetzen, dann wird dem deutschen Volk eine Schuld aufgeladen, die die Welt uns in Hunderten von Jahren nicht vergessen wird. Diese Schuld betrifft nicht nur Hitler, Himmler, Göring und Genossen, sondern ebenso Sie und mich, Ihre Frau und meine Frau, Ihre Kinder und meine Kinder...».»[86]. Bock liess lediglich einen Brief im Führerhauptquartier abgeben, aber Tresckow konnte in vielen Fällen die Ausführung der Befehle verhindern. Er nahm im Herbst 1941 mit Hilfe von Schlabrendorff Kontakt zu Angehörigen des Widerstandes in Berlin auf und führte im Herbst 1942 auch ein Gespräch mit Carl Goerdeler, dessen Besuch bei dem Bock-Nachfolger Feldmarschall Günther von Kluge in Smolensk er mit Hilfe seines Mitverschworenen General Hans Oster vom Amt Ausland/Abwehr vorbereitet hatte. Kluge schwankte, aber letztlich schlugen alle Versuche fehl, ihn zum entschiedenen Handeln gegen Hitler zu bewegen. Im März 1943 organisierte Tresckow im Stab der Heeresgruppe Mitte das erste Attentat auf Hitler, während General Friedrich Olbricht zusammen mit Oster in Berlin die Übernahme der Macht durch Verbände des Heeres vorbereitet hatte. Doch die in Hitlers Flugzeug geschmuggelte Sprengladung zündete nicht. Da es sich auch gezeigt hatte, dass die Planungen für den Umsturz unzureichend waren, beantragte Tresckow einen Erholungsurlaub, der ihm im Juli/August 1943 auch gewährt wurde. Statt in einem Kurort wohnte er mehrere Wochen bei seiner Schwester im Arnimschen Haus in Potsdam-Babelsberg, am Ufer des Griebnitzsees, und arbeitete gemeinsam mit Olbricht an den Umsturzplänen. Im August kam Oberstleutnant Claus Graf von Stauffenberg nach Berlin; bald verband die beiden Männer eine enge Freundschaft und Kampfgemeinschaft.

Tresckow widmete sich in den Sommermonaten nicht nur der militärischen Vorbereitung des Staatsstreichs. In ständiger Fühlung mit Beck und Goerdeler beschäftigte er sich auch mit der Frage nach der politischen Zukunft im Falle eines gelungenen militärischen Aufstandes. Sein politischer Vertrauter Schlabrendorff gab die damaligen Überlegungen wie folgt wieder: «Die zivilen Kräfte [des Widerstandes] wollten mit Rücksicht auf ihre unbestreitbare Priorität das Heft nicht aus der Hand geben. Aber auch die militärischen Kräfte wünschten gerade aufgrund ihrer Erfahrung eine Herrschaft des Militärs zu vermeiden. Männer wie Beck, Witzleben, Tresckow und Stauffenberg waren zutiefst davon überzeugt, dass das Militär nichts anderes als das Instrument

sein dürfe, um den Staatsstreich durchzuführen.» Die Militärs hielten jedoch eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der SS für unvermeidlich, wodurch ein Unsicherheitsfaktor bliebe. «Es wurde daher in Aussicht genommen, in der dem Staatsstreich unmittelbar folgenden Zeitspanne mittels einer Militärdiktatur zu regieren. Ebenso einig aber waren sich alle leitenden Personen der deutschen Widerstandsbewegung, dass es darauf ankam, diese Zeit der Militärdiktatur soweit als möglich zu beschränken. Diese sollte keinesfalls länger als ein Vierteljahr andauern. Dann sollte das Militär gänzlich in den Hintergrund treten und die Zivilgewalt die Macht im Staate in vollem Umfange übernehmen. Alle gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Kräfte sollten an der Machtausübung beteiligt werden.»[87]

Am 1. Oktober wurde Tresckow zum Regimentskommandeur ernannt, da für seine vorgesehene Beförderung zum Generalmajor ein Einsatz im Truppendienst vorgeschrieben war. Am 9. November erfolgte die Ernennung zum Chef des Stabes der 2. Armee. Auf der Reise zu seinem neuen Einsatzort unternahm er noch einmal den vergeblichen Versuch, Generalfeldmarschall Erich von Manstein für den Staatsstreich zu gewinnen.

Da Tresckow, seit 1. Juni 1944 Generalmajor, weiterhin im Fronteinsatz blieb, konnte er an den unmittelbaren Vorbereitungen des militärischen Aufstandsversuches nicht ständig teilnehmen.

6. Erwin von Witzleben

Erwin von Witzleben wurde am 4. Dezember 1881 in Breslau als Sohn eines Offiziers geboren und entstammte einem alten thüringischen Adelsgeschlecht.[88] Nach der Absolvierung der Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde trat der junge Leutnant 1901 in das Grenadierregiment 7 in Liegnitz ein. Als Bataillonskommandeur im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, wurde er zur Generalstabsausbildung kommandiert und danach in einem Divisionsstab eingesetzt. In die Reichswehr übernommen, absolvierte er abwechselnd Stabs- und Truppendienst, zuerst als Hauptmann und Kompaniechef im Infanterieregiment 8 in Frankfurt an der Oder, dann im Generalstab der 4. Division in Dresden, wo am 1. April 1923 die Beförderung zum Major erfolgte. Von hier aus kam er 1927 in den Stab des Infanterieführers III nach Berlin. In den

Jahren 1928 und 1929 war er Bataillonskommandeur im Infanterieregiment 6 in Lübeck, wo er 1929 Oberstleutnant wurde. Sein Adjutant war dort der Oberleutnant Helmuth Grosscurth, der später ebenfalls den Weg in den Widerstand fand. In Münster, wo er 1930 Chef des Stabes der 6. Division war, lernte er Hans Oster kennen. Beförderung zum Oberst 1931 und Kommandeur des Infanterieregiments 8 in Frankfurt an der Oder, 1933 Infanterieführer der 6. Division in Hannover, 1934 Generalmajor und Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin-Potsdam-Frankfurt an der Oder), im gleichen Jahr Generalleutnant, 1936 General der Infanterie – das waren die weiteren Stationen seines Weges.

Nach der Ermordung der Generäle Schleicher und Bredow 1934 verlangte Witzleben, wie auch die Generäle Gerd von Rundstedt und Wilhelm Ritter von Leeb, eine kriegsgerichtliche Untersuchung, die aber von Blomberg abgelehnt wurde.

Die unehrenhafte Absetzung des Oberbefehlshabes des Heeres Generaloberst Freiherr von Fritsch im Februar 1938 erregte auch Witzlebens Empörung, allerdings erfuhr er genaueres erst einige Wochen danach, da er sich zurzeit der Vorgänge in einem Sanatorium befand. Er nahm Verbindung auf zum Berliner Vize-Polizeipräsidenten Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, zum Kommandeur des Infanterieregiments 50 in Neuruppin, Paul von Hase, zum Kommandeur der 23. Infanteriedivision in Potsdam, Walter Graf von Brockdorff-Ahlefeldt, zu Reichsminister Hjalmar Schacht und nicht zuletzt zu seinem Bekannten Oster. Absprachen über ein Vorgehen gegen Hitler fanden statt, als im Sommer 1938 die Gefahr eines deutschen Überfalls auf die Tschechoslowakei immer drohender wurde, als Generalstabschef Beck im August aus Protest von seinem Posten zurücktrat, als sein Nachfolger General Franz Halder sich zunächst zögernd verhielt. Regierungsrat Hans-Bernd Gisevius aus dem Reichinnenministerium schilderte Witzleben während eines Gesprächs mit Oster so: «Witzleben war ein Mann von erfrischender Unkompliziertheit. Politische Finessen, wie sie der Bürogeneral Halder erwog, lagen ihm nicht. Er war ein typischer Front – offizer, der das Herz auf dem rechten Fleck hatte. Vielleicht nicht sonderlich belesen, sicherlich nicht den hohen Künsten zugetan, dafür fest in den ritterlichen Traditionen des alten preussischen Offizierskorps verwurzelt, dem Landleben verbunden, ein passionierter Jäger, war er bestimmt keine solche Oberlehrernatur wie der gegenwärtige Generalstabschef [Halder], Oster brauchte unser heikles Thema nur ein wenig anzutippen, schon begriff er und stellte sich grundsätzlich zur

Erwin von Witzleben vor dem Volksgerichtshof

Verfügung. Niemals ist Witzleben von da an in seiner Haltung schwankend geworden.

Freilich stellte er eine unabdingbare Vorbedingung. Der Befehl zu einer Aktion durfte nur dann gegeben werden, wenn diese tatsächlich eine Erfolgschance hatte, vor allem wenn der Truppe nichts Undurchführbares zugemutet wurde.»[89]

Um sich über die politische Lage genauer zu informieren, traf sich Witzleben, in Begleitung von Gisevius und Brockdorff-Ahlefeldt, mit dem inzwischen abgesetzten Wirtschaftsminister Schacht auf dessen Landsitz. «Beide Männer fühlten sich von dem Temperament Schachts mitgerissen», berichtete Gisevius. «Sie begriffen, sie hatten mit allen Mitteln zu verhindern, dass es im Herbst zur Kriegskatastrophe kam. Als wir uns trennten, verpfändete Witzleben sein Wort: Ob mit Halder oder ohne ihn, ob auf Befehl von oben oder gegen die eigenen militärischen Vorgesetzten – diesmal sollte es aufs Ganze gehen.»[90]

Die militärische Aktion sollte von der 23.1.D. unter Brockdorff-Ahlefeldt durchgeführt werden, ein Stosstrupp unter dem ehemaligen Stahlhelmführer Friedrich Wilhelm Heinz sollte Hitler in der Reichskanzlei verhaften. Die im Thüringer Raum liegende 1. Leichte Division unter Generalmajor Erich Hoepner hatte die Aufgabe, der eventuell von München heranrückenden SS-Leibstandarte den Weg nach Berlin zu verlegen. Noch einmal den Bericht von Gisevius über die Haltung Witzlebens:

«Witzleben rüstete sich für beide Fälle, für den Staatsstreich von ‚oben' ebenso, wie für die Meuterei von ‚unten'. Während er Halder beruhigte, seine Vorbereitungen bezögen sich lediglich auf eine vom Oberbefehlshaber des Heeres oder notfalls seinem Vertreter, dem Generalstabschef, auszulösende Aktion, fasste er als zweite Möglichkeit nicht minder ins Auge, beide zu überspielen. Brauchitsch konnte er seine Haltung in der Fritsch-Krise nicht vergessen. Halder war in seinen Augen kein grosser Held. Sie für die entscheidenden Stunden hinter Schloss und Riegel zu setzen, hätte ihm nichts ausgemacht. Manchmal hatte ich sogar den Eindruck, bei dem korrupten Brauchitsch freute er sich im Stillen darauf, zum Gebrauch der Schusswaffe gezwungen zu werden.»[91]

Den grossen politischen Erfolg, den die Westmächte mit dem Münchener Abkommen am 29. September und der deutsch-britischen Nichtangriffserklärung am 30. September 1938 Hitler bescherten, machte die Staatsstreichpläne zunichte. Witzleben war der Meinung, dass man «der Truppe gegenüber einem Triumphator» ein Vorgehen nicht zumuten konnte.[92]

Am 10. November 1938 wurde er Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 2 in Frankfurt am Main, am 1. September 1939 Oberbefehlshaber der 1. Armee an der Westfront. Sein Chef des Stabes war der Oberst i. G. Vincenz Müller, ein Hitlergegner, der als Generalleutnant 1944 im Mittelabschnitt der Ostfront seiner 4. Armee die Einstellung des Kampfes befahl und sich selbst nach seiner Gefangennahme dem Nationalkomitee «Freies Deutschland» anschloss. Er fand für seinen ehemaligen Kommandeur folgende Worte: «Ich hatte die Ehre, vom Herbst 1938 bis zum Beginn des Krieges als Generalstabsoffizier im Stabe der Heeresgruppe 2 Frankfurt a. M. täglich mit dem nun durch Hitler wie ein gemeiner Verbrecher hingemordeten damaligen Generaloberst von Witzleben zusammenzuarbeiten. Er ist mir in dieser Zeit ein väterlicher Freund geworden. Ein Ritter ohne Furcht und Tadel, ein Soldat von klarem Blick und umfassendem Können, ein Vorgesetzter voll warmen Herzens für seine Soldaten, genoss er allgemeine Hochachtung und Verehrung. Ich weiss, welch tiefe Sorgen um das deutsche Volk ihn bewegten, als er sah, wie die Hitlersche Politik immer verwegener dem Kriege zutrieb und im Dünkel der ersten Erfolge auch das letzte Mass von Recht und Menschlichkeit verlor.»[93]

Witzleben hielt auch jetzt weiterhin Verbindung zu Goerdeler, Hassell, Oster und anderen Oppositionellen in Berlin, die nach wie vor mit seiner Aktion rechneten. Es entstand u.a. der Vorschlag, unter dem

Vorwand der legalen Truppenverschiebung unter der Führung Witzlebens einige Divisionen in Berlin zu konzentrieren, die SS auszuschalten und Beck den Oberbefehl zu übergeben. «Hitler solle mit ärztlichem Gutachten für regierungsunfähig erklärt und verwahrt werden», schrieb Hassell in sein Tagebuch. «Dann Aufruf an das Volk: Parole: Vereitelung weiterer Greuel der SS, Wiederherstellung von Anstand und christlicher Sittlichkeit, Fortführung des Krieges, aber Friedensbereitschaft auf vernünftiger Basis.»[94] Doch der Plan scheiterte bereits daran, dass es Witzleben aus seiner Position heraus nicht möglich war, die Truppenzusammenziehung in Berlin zu erreichen. Sein Versuch, die Befehlshaber der drei Heeresgruppen im Westen zu gemeinsamem Vorgehen gegen Hitlers Angriffsabsichten zu bewegen, scheiterte ebenso wie der Plan, Hitler bei einem Truppenbesuch festnehmen zu lassen.

Nach dem Ende des Krieges in Frankreich erhielt Witzleben das Ritterkreuz, am 19. August 1940 gehörte er zu den 12 siegreichen Generälen, die zu Generalfeldmarschällen befördert wurden, am 1. Mai 1941 wurde er Oberbefehlshaber West. Am 24. Januar 1942 notierte Hassell, nachdem er einen Vortrag vor dem Stab der Heeresgruppe Witzleben in Paris gehalten hatte: «Am Montag früh noch einmal bei Witzleben, der viel frischer war (Schwerin [sein persönlicher Ordonnanzoffizier] war wie das erste Mal dabei). Wir verstanden uns sehr gut. Über die Lage im Osten wird er ebenso wie die meisten anderen nicht wirklich unterrichtet. Er will jetzt einen Offizier hinschicken, um sich über alles zu orientieren.

Spielberg [Falkenhausen] und Scherz [Witzleben] halten den Gedanken von Geibel [Beck] und Pfaff [Goerdeler] *isoliert* für Utopie.»[95] Es handelte sich dabei offensichtlich um einen Plan, durch einen separaten Waffenstillstand des Oberbefehlshabers West und der Militärbefehlshaber in Frankreich und in Belgien/Nordfrankreich den Staatsstreich auszulösen.[96] Witzleben musste sich einer Magenoperation unterziehen und wurde am 15. März 1942 in die Führerreserve versetzt. Zurückgezogen lebend, hielt er doch über Oster und seine ihm zugeteilten Ordonnanzoffiziere Major d. R. Friedrich Wilhelm Graf zu Lynar und Hauptmann d. R. UlrichWilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld Verbindung zum Widerstand. Hassell schrieb am 19. September 1943 in sein Tagebuch: «Geissler [Popitz] hat auf der Basis des Zusammenwirkens zwischen Josephs [Generale] und Cielo [Himmler] mit meinem Pariser Freund Scherzo [Witzleben] gesprochen, der zu allem bereit ist. Hase [Oster] erschien beim Reiten, um mit mir darüber zu sprechen, behauptete, Scherzo sei absolut auf der Höhe und tatenlustig.»[97] Im

Herbst 1943 unterzeichnete er bereits den Grundbefehl, der von ihm als künftiger Oberbefehlshaber der Wehrmacht nach dem Attentat auf Hitler verkündet werden sollte und am 20. Juli 1944 auch verkündet wurde. Seinem Verwandten Job von Witzleben gegenüber äusserte er die Befürchtung, dass Heer und damit der deutsche Soldat «nicht nur der Sündenbock für die Niederlage, sondern auch für die Naziverbrechen werden. Hier müssen wir uns für die Truppe und die Opfer mit allen Kräften einsetzen.»[98] Er wandte sich auch gegen die in Verschwörerkreisen diskutierten Pläne, im Westen die Front zu öffnen, um gemeinsam gegen die Sowjetunion weiterzukämpfen: «Wie stellen sich denn diese truppenfremden Leute im Schmollwinkel das Kriegsende vor? Es ist doch pures Wunschdenken, die Hoffnung darauf zu setzen, die Westalliierten würden von heute auf morgen mit unseren Soldaten - ihren Gegnern – gegen die vorstürmenden Russen – ihren Verbündeten – marschieren?»[99]

Vor der Gestapo sagte er später aus, «dass er in den Vorbesprechungen auf die Notwendigkeit hinwies, in erster Linie die Hand auf Berlin zu legen. In Berlin müssten alle wichtigen Regierungsstellen, vor allem der Rundfunk, besetzt werden, um von ihm aus, sowie die Truppen die Reichshauptstadt in der Hand hätten, durch den Chef der neuen Regierung einen Aufruf an das gesamte deutsche Volk zu erlassen. Solange das nicht gelinge, könne von einer Übernahme des Oberbefehls über die Wehrmacht nicht die Rede sein.»[100]

Überliefert ist sein letztes Wort an Freisler: «Sie können uns dem Henker überantworten. In drei Monaten zieht das empörte und gequälte Volk Sie zur Rechenschaft und schleift Sie bei lebendigem Leibe durch den Kot der Strassen.»[101]

Nach seinem Tode schrieb sein ehemaliger Chef des Stabes Müller: «Mit vielen in der russischen Gefangenschaft lebenden Kameraden, die diesen vortrefflichen Offizier und Menschen kannten und hochschätzten, neige ich mich vor seinem Opfer. Er wird weiterwirken für die Zukunft eines neuen Deutschlands.»[102]

Anmerkungen

1 Helmut Krausnick: Ludwig Beck, in: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hrsg.): 20. Juli. Portraits des Widerstandes, Düsseldorf und Wien 1984; Wolfgang Foerster: Generaloberst Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs, München 1953; Klaus-Jürgen Müller: General Ludwig Beck. Studien und

Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard am Rhein 1980.

2 Müller: General Ludwig Beck, S.196.

3 Der Nürnberger Prozess. Ausgewählt und eingeleitet von PA. Steiniger, Berlin 1960, Bd. Il,, S. 94/95.

4 Foerster: Beck, S. 99/100.

5 Müller: General Ludwig Beck, S. 544, 549.

6 Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch war nach seiner unehrenhaften Entlassung am 4. Februar 1938 zwar juristisch rehabilitiert, aber nicht wieder in seine Stellung eingesetzt worden. Als Ehren-Regimentskommandeur fiel er am 22. September 1939 in vorderster Linie beim Kampf um Warschau, so dass die begründete Annahme besteht, dass er den Tod gesucht habe. Am militärischen Widerstand hatte er sich nicht beteiligt.

7 Die Hassell-Tagebücher 1938-1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom anderen Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe, unter Mitarbeit von Klaus Peter Reiss herausgegeben von Friedrich Freiherr von Gaertringen, 3. Aufl., Berlin 1989, S. 306.

8 Kunrat Freiherr von Hammerstein: Spähtrupp, Stuttgart 1953, S. 91.

9 Persönliche Mitteilung von Ludwig von Hammerstein vom 16. 9. 1993; vgl. auch Fernsehdokumentation vom 24. 6. 1984.

10 Helmuth James Graf von Moltke: Briefe an Freya 1939-1945. Hrsg, von Beate Ruhm von Oppen, München 1988, S. 294.

11 Hassell-Tagebücher, S. 306.

12 Ebenda, S.307.

13 Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944. Hrsg, und eingel. von Klaus Scholder, 2. Aufl. Berlin 1982.

14 Ludwig Beck: Studien, hrsg. und eingel. von Hans Speidel, Stuttgart 1955, S.227 f.

15 Olaf Groehler: Hitlerwehrmacht und Offiziersopposition. In: «Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR», 1985/1-II, S.94.

16 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 150.

17 Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hrsg, von Hans-Adolf Jacobsen, Band 1, Stuttgart 1989, S. 148.

18 Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, Frankfurt am Main/Hamburg 1962, S.135.

19 Helena Page: General Friedrich Olbricht. Ein Mann des 20. Juli, Bonn/Beriin 1992; Günter Wollstein: Friedrich Olbricht, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 207 f.; Friedrich Georgi: «Wir haben das Letzte gewagt...» General Olbricht und die Verschwörung gegen Hitler, 1990; Kurt Finker: An der Seite Stauffenbergs. Zum 100. Geburtstag von Friedrich Olbricht, in: «Militärgeschichte», Heft 5, 1988, S. 461 f.

20 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S. 30/31.

21 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1984, 4. Aufl., S. 344.

22 Bernhard Watzdorf: Die getarnte Ausbildung von Generalstabsoffizieren der Reichswehr von 1932 bis 1935, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, H. 1/1963, S. 87.

23 Zitiert aus den noch erhaltenen Postkarten in: «General Friedrich Olbricht – ein Mann des 20. Juli 1944», Dokumentarfilm des Fernsehens der DDR, Juli 1987.

24 Ebenda.

25 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S. 32, 35.

26 Ebenda, S. 34.

27 Wollstein: Olbricht, S. 214.

28 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S. 44/45.

29 Ebenda, S. 36/37.

30 Dokumentarfilm: «General Friedrich Olbricht...».

31 «Freies Deutschland» vom 20. 8.1944.

32 Hermann Bösch: Heeresrichter Dr. Karl Sack im Widerstand. Eine historisch-politische Studie, München 1967.
33 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S.64.
34 Opposition gegen Hitler, Bd. 1, S. 367.
35 Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. Einleitung Golo Mann, Berlin 1982; Romedio Graf von Thun-Hohenstein: Hans Oster, in Liil/Oberreuter: 20. Juli, S. 223 f.
36 Stellenbesetzung für das Reichsheer (100'000-Mann-Stärke) mit Wirkung vom l.Oktober 1920. Mit Angabe der Standorte, Berlin 1920, S. 61.
37 Thun-Hohenstein: Verschwörer, S.42.
38 Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende. Vom Reichstagsbrand bis zum 20. Juli 1944. Vom Verfasser auf den neuesten Stand gebrachte Sonderausgabe, Hamburg 1960, S.119, 120.
39 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 451.
40 Thun-Hohenstein: Verschwörer, S. 50.
41 Josef Müller: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975.
42 Thun-Hohenstein: Oster, in Lill/Oberreuter, S.233.
43 Thun-Hohenstein: Verschwörer, S. 193
44 Das umfangreichste, den neuesten Wissensstand widerspiegelnde, aber weit über das Thema hinausreichende und darum unübersichtliche Verzeichnis der archivalischen Quellen, der einschlägigen Nachlässe und in Privatbesitz befindlichen Briefe und anderen Dokumente sowie der Literatur findet sich in der Biographie von Peter Hoffmann: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder. Stuttgart, 2. Auflage, 1992.
Weitere Biographien in chronologischer Reihenfolge: Bodo Scheurig: Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Berlin (West) 1964; Joachim Kramarz: Claus Graf Stauffenberg. 15. November 1907 – 20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers. Frankfurt am Main 1965; Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. Berlin (Ost) 1967 (7. überarb. Auflage Berlin [Ost] 1989); Christian Müller: Oberst i.G. Stauffenberg. Eine Biographie. Düsseldorf 1970; Wolfgang Venohr: Stauffenberg. Symbol der deutschen Einheit. Eine politische Biographie. Frankfurt am Main/Berlin 1986.
45 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 447/448.
46 Ebenda, S.305.
47 Ebenda, S. 450.
48 Hoffmann. Stauffenberg, S. 189.
49 Persönliche Mitteilung von Charlotte Gräfin von der Schulenburg vom 24.1.1968.
50 Müller: Stauffenberg, S.181/182.
51 Zeller: Geist der Freiheit, S. 244.
52 Hans von Herwarth: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931-1945, Frankfurt/Wien/Berlin 1982, S. 247.
53 Ebenda, S. 251.
54 Kramarz: Stauffenberg, S. 113.
55 Zeller: Geist der Freiheit, S. 247/248.
56 Ebenda, S. 254.
57 Ebenda, S. 254.
58 Müller: Stauffenberg, S. 298.
59 Sigrid Wegner-Korfes: Der 20. Juli 1944 und das Nationalkomitee «Freies Deutschland». Aus persönlichen Unterlagen der Familie von Oberst Ritter Albrecht Mertz von Quirnheim, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 6/1979.
60 Wolfgang Welkerling: Ein Wehrmachtsgeneral auf dem Weg zum Antifaschisten. Zur Biographie des Generals der Artillerie Fritz Lindemann (1894-1944), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Heft 9/1989, S. 796 f.
61 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 368.
62 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 4. Aufl., Stuttgart 1984, S. 540/541, Anm. 367.

63 Hoffmann: Stauffenberg, S.321.
64 Persönliche Mitteilung von Ludwig von Hammerstein vom 16.9.1993.
65 Hoffmann: Stauffenberg, S. 326.
66 Zeller: Geist der Freiheit, S. 297.
67 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 212.
68 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), NJ17548/1.
69 Ebenda.
70 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 500.
71 Protokoll eines Gesprächs zwischen Karl Gass, Richard Ritterbusch und Dr. Hein Meinicke-Kleint. Kopie im Besitz des Verfassers.
72 Opposition gegen Hitler, Band 1, S.331.
73 Zeller: Geist der Freiheit, S. 489/490.
74 SAPMO BArch, NJ – 17 548/2.
75 «Das Attentat vom 20. Juli 1944 und seine Hintergründe» (Ergebnisse der Vernehmung von Dr. Georg Kiesel), hektographiertes Manuskript, Kopie im Besitz des Verfassers, S. 17.
76 Bodo Scheurig: Henning von Tresckow. Ein Preusse gegen Hitler. Biographie, Frankfurt/Main-Berlin 1987; Karl Otmar Freiherr von Aretin: Henning von Tresckow, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 307 f.
77 Scheurig: Tresckow, S.26.
78 Kurt Hesse: Der Geist von Potsdam, Mainz 1967, S. 94,100.
79 Scheurig: Tresckow, S.24.
80 Zur Geschichte des I. R. 9: Wolfgang Paul: Das Potsdamer Infanterieregiment 9. 1918-1945. Preussische Tradition in Krieg und Frieden, 2.Aufl., Osnabrück 1985; Kurt Anker: Das Potsdamer Infanterieregiment 9 und der konservative militärische Widerstand, in: Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preussischen Militärgeschichte, Frankfurt am Main-Berlin 1993, S.451 f.
81 Ebenda, S.96.
82 Aretin: Tresckow, in Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 311.
83 Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchgesehene und erweiterte Ausgabe von Walter Bussmann. Nach der Edition von Gero v. Gaevernitz, Berlin 1984, S.35.
84 Ebenda, S. 41/42.
85 Hans Karl Fritzsche: Ein Leben im Schatten des Verrats. Erinnerungen eines Überlebenden an den 20. Juli 1944, Freiburg i.Br. 1984, S.41.
86 Rudolf-Christoph Frhr.v.Gersdorff: Soldat im Untergang, Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1977, S.87.
87 Schlabrendorff: Offiziere, S. 86, 89.
88 Reiner Pommerin: Erwin von Witzleben, in. Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 349 f.
89 Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende. Vom Reichstagsbrand bis zum 20. Juli 1944, Hamburg 1960, S. 360.
90 Ebenda, S.361.
91 Ebenda, S. 365.
92 Ebenda, S.378.
93 «Freies Deutschland». Organ des Nationalkomitees «Freies Deutschland», Nr. 33, 13. August 1944, S. 3.
94 Hassell-Tagebücher, S. 153.
95 Ebenda, S. 279.
96 Vgl. Hassell-Tagebücher, S.556, Anmerkung 9.
97 Ebenda, S. 390.
98 Persönliche schriftliche Mitteilung von Oberst a.D. Job von Witzleben vom 1. Februar 1994.
99 Ebenda.
100 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 45.
101 Zeller: Geist der Freiheit, S. 463/464.

102 «Freies Deutschland». Organ des Nationalkomitees «Freies Deutschland», Nr. 33,13. August 1944, S. 3. V. Müller kam nach der Gefangenschaft in die DDR, war 1952 Stellvertreter des Ministers des Innern, Generalleutnant, 1956 Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR und Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee.

III. Politiker und Beamte im Widerstand

1. Carl Goerdeler

Carl Friedrich Goerdeler wurde am 31. Juli 1884 in Schneidemühl (Pila, Westpreussen) geboren, lebte aber ab dem siebten Lebensjahr mit den Eltern in Marienwerder. Der Sohn des Amtsrichters und freikonservativen Abgeordneten des preussischen Landtages studierte Jura, leistete Militärdienst und Referendarzeit ab, promovierte mit einer Arbeit über den strafrechtlichen Schuldbegriff und wurde 1912 Verwaltungsbeamter (Beigeordneter) in Solingen. Er heiratete 1911 Anneliese Ulrich, eine Cousine aus Königsberg.[1] Im Jahre 1918 war er als Hauptmann d.R. Leiter der Finanzverwaltung bei der deutschen Besatzungsbehörde für Litauen und Belorussland in Minsk, danach – 1919 – politischer Verbindungsmann im Generalkommando des XVII. Armeekorps in Danzig. Nach seiner Rückkehr vom illegalen «Grenzschutz» übernahm er 1920 das Amt des Zweiten Bürgermeisters von Königsberg (Ostpreussen). Als Konservativer und Monarchist trat er der Deutschnationalen Volkspartei bei und gehörte zeitweilig dem Parteivorstand an, bis er sich 1931 wegen seines Gegensatzes zu dem Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg wieder von der Partei trennte. Die Leipziger Stadtverordneten wählten ihn 1930 mehrheitlich zum Oberbürgermeister; für 1931/32 berief ihn Hindenburg zum Reichskommissar für Preisüberwachung, eine Funktion, die ihm 1934/35 erneut übertragen wurde. Er unterstützte die Notverordnungspolitik Brünings.[2] Er bekannte, dass er «in den ersten Jahren nach 1933 mit der NSDAP vollkommen vertrauensvoll zusammengearbeitet» habe.[3]

Allmählich geriet er jedoch in einen wachsenden Gegensatz zu den Naziführern. Die staatsmonopolistischen Planungs- und Lenkungsmassnahmen, die Autarkiebestrebungen sowie der Zentralismus wider-

strebten seiner liberalen Wirtschaftsauffassung und seinen kommunalpolitischen Vorstellungen.[4] Er wandte sich gegen die überhastete Wiederaufrüstung, erkannte allmählich, dass die Politik der Hitlerregierung bewusst auf einen Aggressionskrieg zusteuerte und fürchtete die daraus folgende wirtschaftliche und politisch-militärische Katastrophe. In einer Rede vor der «Weltwirtschaftlichen Vereinigung» am 22. Mai 1936 betonte er, dass die auftretenden Widersprüche mit friedlichen Mitteln gelöst werden müssen: «Denn Recht wird nicht nur durch Macht allein gestützt, sondern muss von der Vernunft und von der Seele des Menschen als eine vernünftige menschliche und gerechte Ordnung anerkannt und erachtet werden.»[5]

Im Jahre 1937 legte er sein Amt als Oberbürgermeister von Leipzig nieder mit der Begründung, dass er mit der Entfernung des Mendelssohn-Denkmals vor dem Gewandhaus nicht einverstanden sei. Es war auch die Zeit, in der er zu General Beck in nähere Beziehungen trat.

Goerdeler wurde 1937 Berater des Elektro-Konzerns Bosch-AG in Stuttgart und hatte auch gute Beziehungen zu Reusch, dem Leiter der Gutehoffnungshütte, und Carl Wentzel-Teutschenthal, einem der reichsten Grossgrundbesitzer Deutschlands, in dessen Haus mehrmals Treffen der konservativen Oppositionellen stattfanden. Im Auftrage Boschs und Krupps unternahm Goerdeler in den Jahren 1937 bis 1939 ausgedehnte Auslandsreisen, um die Lage in bestimmten Ländern zu sondieren, die Einstellung zu Deutschland zu prüfen, Kontakte zu Politikern und Wirtschaftsführern zu knüpfen und um einflussreiche Vertrauenspersonen, insbesondere in Grossbritannien, vor der aggressiven Politik der deutschen Regierung zu warnen. Er besuchte nacheinander Belgien, Grossbritannien, Holland, Frankreich, die USA, die Schweiz, Italien, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Algerien, Libyen, Ägypten, Palästina, Syrien und die Türkei, davon einige Länder mehrmals. Seine offiziellen Reiseberichte gingen an Bosch, Krupp, Schacht, die Generale Fritsch, Beck, Halder, Georg Thomas (Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes) und an Hauptmann Fritz Wiedemann, den persönlichen Adjutanten Hitlers.

Bereits 1938 in Deutschland und während seiner Reisen begegnete Goerdeler Arthur Primrose Young, Manager in der British Thomson-Huston Company in Rugby (Elektroindustrie), den er vor der aggressiven Politik Hitlers warnte.[6] Am 6. und 7. August 1938 hatte er mit ihm in seinem Haus in Rauschen (Ostpreussen) ein geheimes Treffen, über das Young der britischen Regierung berichtete: «Leidenschaftlich und mit grossem Nachdruck drang er [Goerdeler]... auf eine unzweideutige

Carl Goerdeler

öffentliche Erklärung der britischen Regierung, sie sei, falls die Verhandlungen in der Tschechoslowakei nicht den erhofften Erfolg hätten, entschlossen, wie stets in der Vergangenheit den Frieden zu erhalten, werde aber notfalls vor Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken, um eine Aggression zu verhindern.» Bei der Erörterung der Judenverfolgung «bemerkte X [Goerdeler], nach seiner Meinung sollten wir weit stärker als bisher unserem Abscheu gegen die Nazi-Methoden Ausdruck geben. Er machte sogar den Vorschlag, wir sollten diskret andeuten, es würde uns überaus schwer fallen, über die genannten «Lebensfragen», die einer Lösung harrten, zu verhandeln, falls diese Praktiken nicht eingestellt würden.»[7]

Das Gespräch wurde am 11. September 1938 in Zürich fortgesetzt: «Auf Seiten der Industrie», so Goerdeler, «habe sich die Einsicht durchgesetzt, dass der weitere Vormarsch des Nationalsozialismus unter der diktatorischen Herrschaft Hitlers schnell zum Ruin des Kapitalismus führen werde... Wer auch jetzt noch glaube, Hitler bilde ein Bollwerk gegen den Kommunismus, unterliege einem schweren Irrtum. Das Gegenteil sei der Fall, da das Hitlerregime in den Grundfragen – Verhältnis von Kapital und Arbeit, Freiheit und Gerechtigkeit – in Deutsch-

land sehr rasch Verhältnisse schaffe, die schlimmer seien als die im kommunistischen Russland...»[8]

Goerdeler war der Meinung, dass Hitler zum Überfall entschlossen sei, dass darum das britische Parlament demonstrativ einberufen werden sollte. Er unterbreitete bereits den Vorschlag für eine Erklärung des Premierminister vor dem Parlament, dass Grossbritannien «Gewalt mit Gewalt beantworten» würde.[9] Er meinte, wenn die britische Regierung noch in dieser Woche das Parlament einberufe und eine entsprechende Erklärung abgebe, sei er zuversichtlich, dass es nicht zum Krieg komme. «Zweierlei sei dann denkbar: a) Hitler würde selber sein Vorhaben aufgeben und Frieden halten; b) bleibe Hitler jedoch zum Krieg entschlossen, so würden ihn die Generale an der Durchführung seines Vorhabens hindern.»[10] Er hatte also bereits Verbindung zu den Militärs und rechnete mit dem Staatsstreich gegen Hitler im Falle des Kriegsbeginns. Doch dann kam das Ereignis, das auch der Brite in seinem hier zitierten Buch zu Recht als «Verrat von München» bezeichnet. In der nächsten geheimen Zusammenkunft am 15. Oktober 1938 in der Schweiz erklärte Goerdeler, dass ein Krieg nunmehr unvermeidlich sei. «Bestenfalls könnten wir uns unausgesetzt bemühen, sein Ausmass und seine Dauer zu begrenzen. Es klang ziemlich traurig, als er sagte, unser Premierminister werde nicht als ‚Mann des Friedens» in die Geschichte eingehen, sondern als der Mann, der durch Mangel an Festigkeit im psychologischen Moment den Krieg unvermeidlich gemacht habe.»[11] Zu einer letzten Begegnung kam es am 16. März 1939 in London. Das «Hitler-Mussolini-Problem» müsse rasch, «bestimmt aber bis Jahresende gelöst werden, wenn unsere Zivilisation erhalten bleiben soll», erklärte Goerdeler. Er schlug eine gemeinsame Erklärung der USA, Englands und Frankreichs vor: Nichtanerkenung der Besetzung der Tschechoslowakei, Abberufung der Botschafter, Rückberufung der britischen Industriellendelegation, die zu Verhandlungen in Berlin weilte.[12]

In seinen Reiseberichten, die auch in die Reichskanzlei gelangten, unterbreitete Goerdeler auf der Grundlage von Lageanalysen Vorschläge und Empfehlungen für eine Aussenpolitik, die durchaus wirtschaftliche Expansion und politische Vormachtstellung einschloss, aber unbedingt nur mit friedlichen Mitteln realisiert werden sollte.[13] England und Frankreich können, so sein Urteil, «nachdem sie in München für viele überraschende Konzessionen gemacht haben, einen weiteren Prestigeverlust nicht hinnehmen...Deshalb werden sie, wo und wann immer in Europa und seinen politischen Anhängseln einseitige Gebiets-

veränderungen vorgenommen werden, sofort den Kampf aufnehmen.» Das aber würde den «Grosskrieg» bedeuten, in dem Deutschland faktisch ohne Verbündete dastünde. Deshalb empfahl er, eine friedliche Neuaufteilung der Interessensphären anzustreben: «Die Grenzen von 1914 im Osten, Kolonien, Gold, Zutritt zu Rohstoffen, dürften zu haben sein.»

Im August 1939 bestanden bereits recht feste Verbindungen zwischen Goerdeler, Beck und Ulrich von Hassell. Am 17./18. August 1939 schrieb Hassell, der Goerdeler am 14. in seinem Berliner Quartier im Hospiz am Askanischen Platz aufgesucht hatte, in sein Tagebuch: «Endlich einmal ein Mann. Frisch, klar, aktiv. Vielleicht ein bisschen sanguinisch; auch hört man allgemein, er sei unvorsichtig, werde übrigens ziemlich überwacht. Auf alle Fälle eine Wohltat, einmal mit solchem Mann zu sprechen, der nicht -meckert», sondern handeln will. ... Wir waren einig, dass ein Weltkrieg keine Lösung, sondern die furchtbarste Katastrophe wäre. Was man an Einfluss habe, müsse man dagegen einsetzen.»[14] Goerdeler war bemüht, führende Militärs und Politiker zum Vorgehen gegen Hitler und zur Beendigung des Kriegs zu gewinnen. Dabei war noch keineswegs an ein Attentat gedacht. Eine Zeitlang hegte er die Illusion, in Hermann Göring einen Mann der «Vernunft» sehen zu können, mit dem eine andere Politik möglich sei. Recht konkreten Aufschluss über die Auffassungen Goerdelers zu dieser Zeit erhalten wir aus den Tagebuchnotizen Hassells. Nach einer neuerlichen Begegnung am 10. Oktober 1939 notierte dieser u.a.: «Meiner Grundauffassung stimmte er in jeder Hinsicht zu: auch nach seiner Ansicht ist die Kriegspolitik ein verbrecherischer Leichtsinn und die Politik mit Russland in dieser Form eine ungeheure Gefahr[15]... In der Not des Augenblicks haben sie verbrannt, was sie angebetet und angebetet, was sie verbrannt haben und damit ihr eigenes weltanschauliches, allerdings von jeher hohles Gebäude erschüttert...

Die ganze Lage führt mich zu dem Schlusse, dass es hohe Zeit wird, den hinabrollenden Wagen zu bremsen.

Derselben Ansicht war mein Besucher [Goerdeler]. Er sieht die Dinge noch schwärzer als ich, und er glaubt, dass, wenn es nicht bald gelingt, der Abenteurerpolitik Einhalt zu gebieten, innere und äussere Katastrophen unvermeidlich sind... Trotz Abraten von Brauchitsch und Halder habe der Führer jetzt befohlen, diesen Weg [Angriff durch Belgien und Holland] vorzubereiten.

Wir waren darüber einig, dass alles geschehen sollte, *vorher* eine Wendung herbeizuführen. Ich riet dringend, keine grossen Hoffnungen

auf Brauchitsch zu setzen, und fragte nach anderen Generalen. Er meinte, von den Armeeführern im Westen seien Witzleben und Hammerstein[16] gut. Ferner die meisten stellvertretenden kommandierenden] Generale in der Heimat mit ihren Stäben. Nach Meinung meines Besuchers müsse das Ziel sein, *aussen* eine zum Ausdruck gebrachte Friedensbereitschaft auf massvoller Grundlage (deutsche Teile Polens an uns, unabhängiger Reststaat, Neuordnung der Tschechei) unter Voraussetzung der Herstellung eines Rechtsstaats in Deutschland, Stellung von Garantien, ferner Abrüstung (allgemein), aber mit Garantien für Durchführung in Deutschland (Kontrolle des Flugzeug- und U-Bootbaues) und Wiederherstellung der Weltwirtschaft. Ich warnte vor innerpolitischen Forderungen durch äussere Gegner. Das muss unsere Sache sein. Auch die Kontrollen scheinen mir bedenklich. *Innen,* meinte er, müsse ein Faktor geschaffen werden, der auf solcher Basis Frieden machen könne. Das Volk würde solchen Frieden als ungeheure Erleichterung begrüssen, so dass vorerst keine Gefahr einer Linksbewegung gegen solche Regierung gegeben sei (später natürlich). Er fragte mich, ob nach meiner Ansicht Göring tragbar sei; trotz schwerster Bedenken sei er zu der Ansicht gekommen, dass das der einzige Ausweg sei, natürlich als Übergang. Auch sein militärischer Freund [Beck?] habe sich dazu durchgerungen. Ich trat der Auffassung bei.»[17] Diese Notizen zeigen, dass Goerdeler wohl den Frieden, aber keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen erstrebte, sie zeigen zugleich die sehr starken illusionären Züge, die seinen Ideen und seiner Tätigkeit anhafteten. Bei einem gemeinsamen Spaziergang mit Hassell am 30. Oktober in Berlin legte Goerdeler dar, dass Hitler die Vorbereitung des Angriffs auf Holland und Belgien befohlen habe, dass Deutschland aber in Bezug auf Munition, Rohstoffe und Ernährung höchstens nur noch 18 Monate aushalten könne. «Bei dieser Sachlage müsse alles eingesetzt werden, zum Frieden zu kommen», notierte Hassell, «was aber mit der gegenwärtigen Leitung weder aktiv noch passiv möglich sei. Das Ziel müsse sein, im Augenblick der Erteilung des Befehls zum Durchmarsch zu handeln... Sei der Widerstand gegen den Befehl und entsprechendes Handeln nicht zu erreichen, so müsse der Film zunächst abrollen und der erste Rückschlag zum Handeln benutzt werden... Goerdeler glaubt nicht, dass Brauchitsch zum Handeln zu bewegen sein würde. Allenfalls möglich sei aber, dass es gelinge, mit Hilfe von Halder ihn zum Dulden, also unter eigenem Verschwinden, zu veranlassen. Alles übrige sei leicht zu machen: genügend entschlossene Generale ständen bereit, schnell und energisch

vorzugehen, wenn der Befehl von oben kommt... G. gab zu erkennen, dass er mit Leuten in der Zentrale der Wehrmacht in dauernder Verbindung stände...

Mein Gesamteindruck war, dass G[oerdeler] sehr stark nach dem Morgenstern-Wort handelt, dass «nicht sein kann, was nicht sein darf». Er sieht die Dinge sehr sanguinisch, glaubt besonders auf wirtschaftlichem Gebiet alles Ungünstige und lehnt alles Günstige ab und macht sich auch bezüglich der Generale manche Illusionen. Ich brachte ihm Bedenken dieser Art zum Ausdruck... G[oerdeler] ist zweifellos, trotz der angedeuteten Schwächen, einer der wenigen wirklich Tätigen und Furchtlosen.»[18]

Goerdeler setzte seine Bemühungen um Gewinnung einflussreicher Militärs fort, wobei eine Enttäuschung der anderen folgte,[19] und arbeitete zugleich seine aussen- und innenpolitischen Vorstellungen in mehreren Denkschriften weiter aus. In der Ende 1940 und Anfang 1941 verfassten Denkschrift «Das Ziel» legte er seine Grundposition für die Einschätzung der Lage und für den Blick in die nächste Zukunft wie folgt dar: «Aufgabe jedes Staates ist es, die auf Erhaltung und Verbesserung des Lebens gerichtete, naturgesetzlich gebotene Arbeit seiner Bürger zu schützen, alle dieser Tätigkeit dienenden Kräfte zu stärken, sie vor Entartung zu bewahren und ihnen eine möglichst lange Dauer sicherzustellen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern er hat eine Seele. Daher gelangt er zur höchsten Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten nur, solange es gelingt, die seelischen Bedürfnisse zu befriedigen. Das gilt für sein religiöses Streben und Sinnen, das gilt für seine Ehrliebe, das gilt für sein Nationalbewusstsein, für seinen Hunger nach Wahrhaftigkeit und vieles andere.

... Kein Volk lebt allein auf dieser Welt; Gott hat auch noch andere Völker geschaffen und sich entwickeln lassen.»[20]

Er ging davon aus, dass die technische Entwicklung «zu grossen Wirtschaftsräumen» zwingt, dass eine «vernünftige und glückhafte Entwicklung nur erreicht werden» kann, «wenn es gelingt, den Gedanken der Nationalstaaten mit der Notwendigkeit des Grossraumes zu vereinen.» Der für Deutschland in Betracht kommende Raum wäre Europa. «Aber abgesehen davon, dass er zumindest für die beiden nächsten Jahrzehnte infolge der Rückständigkeit Russlands nicht ausreicht, wäre es schwächlicher Verzicht, wenn wir nicht unsere Leistungsfähigkeit auch in den übrigen Teilen der Welt ausnutzen wollten. Setzen wir sie in diesem Sinne eroberungslustig um den Erdball herum in allen Richtungen ein; nur hüten wir uns vor der Annahme, dass diese Art der

Eroberung irgendetwas mit militärischer Eroberung zu tun hätte! Der *Wirtschaftsraum Europa* kann mit Aussicht auf lange dauernden Bestand nur durch organische Zusammenfassung selbstständiger europäischer Nationalstaaten und nicht durch Zusammenraffung erreicht werden... Die zentrale Lage, die zahlenmässige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit verbürgen *dem deutschen Volk die Führung* des europäischen Blocks, wenn es sie sich nicht durch Unmässigkeit oder durch Machtsuchtmanieren verdirbt. Es ist dumm und anmassend, vom deutschen Herrenmenschen zu sprechen... In die Führung Europas wird diejenige Nation hineinwachsen, die gerade die kleinen Nationen achtet und ihre Geschicke mit weisem Rat und weiser Hand, nicht mit brutaler Gewalt zu leiten versteht... Berechtigte Interessen müssen klug und weitschauend ausgeglichen werden.» Die Zusammenfassung Europas, so Goerdeler, «darf nicht roh und rücksichtslos durch Gleichschaltung erfolgen, sondern kann nur geschehen, wenn sie von der Weisheit getragen wird, die Bismarck bei der Zusammenfassung Deutschlands verkörperte. *Die Nationalstaaten Europas müssen volle Freiheit haben, ihre inneren Verhältnisse so zu gestalten, wie sie es ihren Eigenarten und Bedürfnissen entsprechend tun wollen:* volle Freiheit selbstverständlich auf allen Gebieten des Geistes und der Seele...Es ist nicht zu kühn gesagt, dass bei rechtzeitigem Handeln, d.h. *Abbruch des Krieges zugunsten eines sinnvollen politischen Systems* der europäische Staatenbund unter deutscher Führung in 10 bis 20 Jahren Tatsache sein wird. *Wird der Zeitpunkt verpasst, so ist an die deutsche Führung überhaupt auf lange Zeit gar nicht zu denken.* «

Im Blick auf die Sowjetunion sagte er: «Im Osten kann eine *fruchtbare* wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit einem *bolschewistischen* Russland sich *nicht* entfalten.» Zugleich betonte er: «*Alle Erfahrungen der Geschichte warnen uns vor militärischen Zwangseingriffen. Er kann ungeahnte nationale Kräfte auf den Plan rufen...* Ziel muss sein, Russland allmählich in eine europäische Zusammenfassung einzubeziehen; denn in seinen weiten Räumen liegen die Rohstoffe und Nahrungsmöglichkeiten, die die Lage eines zusammengefassten Europa allen anderen Weltteilen gegenüber erheblich verbessern.»

Weiter forderte er Kolonien, weil sich das deutsche Volk, «nachdem es einmal Kolonialbesitz hatte, immer gedemütigt fühlen» wird, «wenn es vom Kolonialbesitz ausgeschlossen bleibt». Diese «Sorge» um das eigene Volk auf Kosten der unterdrückten Kolonialvölker ist vom heuti-

gen Standpunkt anachronistisch und amoralisch, wurde damals aber mit grosser Selbstverständlichkeit von nahezu allen bürgerlichen Politikern des In- und Auslandes geteilt, so dass Goerdeler hier durchaus keine Sonderrolle spielte. Weiter forderte er freien Handel und eine Verständigung mit den USA und Grossbritannien über die Abgrenzung der Interessensphären. Die besetzten Gebiete sollten «*sofort* ausschliesslich militärischen Generalgouverneuren unterstellt» werden. «Überflüssige Eingriffe in die Verwaltung dieser Gebiete und in das Leben ihrer Bürger werden *sofort* aufgehoben, die von der NSDAP und ihren Gliederungen aufgezogenen Organisationen und Einrichtungen sofort aufgelöst. In der Folgezeit wird die Selbstverwaltung dieser Gebiete so schnell wie möglich und mit den deutschen militärischen Sicherheitsinteressen vereinbar wiederhergestellt.»

Für die Juden forderte die Denkschrift einen eigenen Staat. «Die Zionisten haben schon seit jeher einen eigenen jüdischen Staat verlangt und vorbereitet. Neben der Verfolgung dieses Zieles sollten Sofort – massnahmen ergriffen werden, die aus aussenpolitischen Gründen zur Entgiftung der öffentlichen Meinung notwendig, zur Wiederherstellung der deutschen Selbstachtung unerlässlich und aus klarem und uns vollkommen bewusstem Gerechtigkeitsgefühl geboten sind: Aufhebung der Beschränkungen für Juden, menschenwürdige Gestaltung der Gettos in den besetzten Gebieten.»

Der innenpolitische Teil begann mit der Forderung: «Als erstes sind Recht und Anstand wiederherzustellen. Die dazu erforderlichen Massnahmen sind denkbar einfach. Einzelne müssen in Stunden wirksam und sichtbar werden». Die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten sollten in begrenztem Masse wieder gelten, es war «die Strafverfolgung derjenigen Personen ohne Rücksicht auf ihre Stellung einzuleiten und mit äusserster Beschleunigung durchzuführen, von denen bekannt und anzunehmen ist oder von denen behauptet wird, dass sie öffentliche Gelder veruntreut, insbesondere sich bereichert, ihre Amtsgewalt missbraucht oder sonstige Verbrechen begangen haben.» Die Konzentrationslager sollten nicht aufgelöst, sondern der Wehrmacht überantwortet und die Insassen dem Richter vorgeführt werden. «Sind sie nicht straffällig, so kann der Reichsinnenminister ihre weitere Verwahrung anordnen, soweit diese während des Krieges zur Sicherheit des Reiches unerlässlich ist.» Das bedeutete, dass «missliebige» Personen, z.B. Kommunisten, weiter in Haft gehalten werden konnten. Für das Gebiet der «Wirtschafts-Organisation» hiess es: «Auf allen Gebieten der *Wirtschaft* bleiben die bisherigen Organisationen (Gruppen) einstweilen bestehen... Die Führer werden wieder

unter die unerlässliche Kontrolle von gewählten Organen gestellt... Die Angehörigen der einzelnen Berufe (des Reichsnährstandes, der Industrie, des Handels, des Handwerks usw.) treten also nach gehöriger Vorbereitung *in etwa sechs Wochen* zusammen und wählen Bezirksobmänner, diese Reichsobmänner. Die Vorstände wählen dann endgültig Vorsitzende und deren Stellvertreter. Sie bedürfen der Bestätigung durch den Staat.

Diese Gruppenorganisationen der Wirtschaft werden durch entsprechende *Gruppenorganisationen der Angestellten und Arbeiter* mit Zwangsmitgliedschaft ergänzt. Wahl des Vorstandes und der Vorsitzenden erfolgt wie bei jenen Gruppen. Auch hier bedarf der Vorsitzende und sein Stellvertreter der Bestätigung durch den Staat. Die Aufgaben dieser Angestellten- und Arbeitergruppen entsprechen den Aufgaben der Unternehmergruppen. Ihnen obliegt insbesondere die organische Vertretung und Gestaltung der Interessen der Arbeiter und Angestellten.» Die Führer der Gruppen sollten auf den verschiedenen Ebenen die Wirtschaftskammern bilden. Diese «Gruppen der Gefolgschaftsglieder und Unternehmer» sollten auf der Grundlage der vorliegenden Erfahrungen Arbeitsverträge für den Betrieb, den Ort, den Bezirk, das Reich abschliessen. «Streiks und Aussperrungen bleiben verboten. Sie sind und bleiben ein Missbrauch individueller Freiheit gegenüber dem Wohle des Ganzen. An ihre Stelle tritt letztlich die ausgleichende Entscheidung des Staates.»

Damit war eine Art ständestaatlicher Gliederung programmiert, in der es für Arbeiterparteien und unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung nur geringen Spielraum gab. Später, in der Auseinandersetzung mit Wilhelm Leuschner und anderen Sozialdemokraten, stimmte Goerdeler der Schaffung einer selbständigen Einheitsgewerkschaft mit freiwilliger Mitgliedschaft zu.

In der Wirtschaft sollte der Wettbewerb gelten. Hilfe des Staates für die Wirtschaft «sind Recht, Gerechtigkeit, Ordnung, Anstand und ausgeglichene öffentliche Finanzen als Sicherung stabiler Währung. Die allgemeine Wirtschaftspolitik des Staates muss ferner darauf gerichtet sein, Kartelle, Syndikate, Konzerne, Truste usw. so stark wie möglich zurückzudrängen und wieder in selbständige Unternehmungen zu zerlegen, um der schöpferischen Einzelpersönlichkeit und ihrem Verantwortungsbewusstsein Raum zu gewinnen.

... Der Leistungskampf darf in einem geordneten Staats- und Volkskörper kein ungehemmter sein, sonst könnte er in den Krieg aller gegen

alle ausarten. Er muss durch bestimmte Gebote und Verbote in Grenzen gehalten werden. Die bestehenden Gesetze reichen hierzu aus. Sie sind von einigem Rankenwerk, das in den letzten Jahren beigefügt wurde, zu befreien.»

Die Sozialpolitik, die Goerdeler «Ausgleichspolitik» nannte, war bereits, so seine Meinung, «in brauchbaren Gesetzen festgelegt. An ihnen ist wenig zu ändern, nur dass auch auf allen Gebieten *wieder Selbstverwaltung herzustellen ist.* « Der wichtigste Teil der Ausgleichspolitik «ist die Sorge für gesundes Wohnen», wozu auch die *«Förderung der Kleinsiedlung»* gehöre.

Goerdeler akzeptierte voll den kapitalistischen Standpunkt, dass eine industrielle Reservearmee, d.h. Arbeitslosigkeit, für eine profitable Wirtschaft notwendig sei: «Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für den Staat nur von Belang, wenn sie besonders drückenden Umfang annimmt. In kleinen Grössenordnungen ist sie etwas in einem grossen Volkskörper Unvermeidliches. Gegen die Folgen soll sich der einzelne Mensch durch rechtzeitiges Sparen und gegebenenfalls durch freie Versicherungen selbst schützen.»

Goerdeler verlangte, alle Gesetze abzuschaffen, die der NSDAP den vorherrschenden Einfluss im öffentlichen Leben sichern. Die Partei selbst wollte er aber nicht auflösen: «Im Übrigen bleibt sie bestehen. Die Meinungen müssen und werden sich bald von selbst klären.» Später hat er diese Meinung korrigiert. Erzkonservative Züge in Goerdelers Plänen kamen im Abschnitt über die Verfassung zum Ausdruck. War die Kritik an der Weimarer Verfassungswirklichkeit durchaus nicht ohne Berechtigung, bot doch seine Alternative, die er dazu entwickelte, wenig demokratische Substanz. Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung wollte er das aktive und passive Wahlrecht auf 24 bzw. 28 Jahre festsetzen. Eine direkte Wahl von Abgeordneten sollte es nur in den Gemeinden geben; die Vertretungen der Kreise, der Gaue und des Reiches sollten indirekt gewählt werden. Ein Viertel der Abgeordneten sollten die Wirtschaftskammern benennen. «Bürgermeister, Landrat und Gauhauptmann sind nicht in allen Angelegenheiten an die Beschlüsse der Verordneten gebunden.» Konnte es also in den Gemeinden noch gewisse Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage geben, so wurde diese demokratische Luft immer dünner, je weiter es nach oben ging. Recht mühelos konnte in dem Staat Goerdelerischer Prägung die Demokratie durch «Auslese» nach konservativen Kriterien ersetzt werden.

Die oberste Volksvertretung sollte aus dem «Reichstag» und dem

«Reichsständehaus» bestehen. Die Mitglieder des Reichstages – mindestens 35 Jahre alt – sollten je zur Hälfte durch die Gauverordneten und direkt gewählt werden. «Das Reichsständehaus besteht aus dem Präsidenten und den Gruppenführern der Reichswirtschaftskammern, aus den Präsidenten aller übrigen Reichskammern (Ärzte, Anwälte, Künstler usw.), der gleichen Zahl von Rektoren von Hochschulen, den Landeshauptleuten und bis zu 30 Personen, die der Staatsführer auf Grund ihrer Leistungen für das deutsche Volk auf Lebenszeit berufen muss.» An der Spitze des Reiches sollte ein «Reichsführer» stehen. Goerdeler erklärte die «erbliche Monarchie [als] mit den geringsten Fehlerquellen behaftet». Der Reichsführer sollte Oberbefehlshaber der Armee und «Träger der öffentlichen Gewalt gegenüber den Beamten sein». Für die Übergangszeit empfahl er die Einsetzung eines «Reichsverwesers».

Goerdelers Feindschaft gegenüber dem faschistischen Regime, seine antinazistische Aktivität und sein Streben nach Frieden und Wiederherstellung eines bürgerlichen Rechtsstaates sind unbezweifelbar. Aber seine 1941 niedergeschriebenen Zukunftsvorstellungen waren ausgesprochen konservativ, wenn nicht partiell reaktionär, sie bedeuteten auf vielen Gebieten einen Rückschritt hinter die parlamentarisch-demokratische Republik.

Ähnlich waren die Positionen, die er im Mai 1941 in einem «Friedensplan, zur Übermittlung an die britische Regierung bestimmt», niederlegte.[21]

Goerdeler bemühte sich, seiner politischen Linie für die Zukunft eine Massenbasis zu sichern. Darum nahm er Verbindung auf zu Jakob Kaiser, einem Führer der ehemaligen christlichen Gewerkschaften, zu Max Habermann, dem früheren Sekretär des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, ferner zu ehemaligen Funktionären der SPD und des ADGB, darunter zu Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Theodor Haubach, Emil Henk, Ernst von Harnack und anderen. Er überschätzte die revolutionär-antinazistische Stimmung im Volk und erwartete, dass aus der Arbeiterschaft «ein revolutionärer Impuls» hervorgehen würde.[22] Gleichzeitig aber war er nicht gewillt, einer selbständigen Arbeiterbewegung freien Raum zu geben, sondern wollte die Arbeiter in ein bürgerliches Reformprogramm eingebunden sehen. Der SD-Bericht vom 24. November 1944 über die Vernehmungen Goerdelers und anderer dürfte darum durchaus der Wahrheit sehr nahekommen: «Goerdeler haben die ehemaligen Funktionäre trotz allen Werbens um ihre Mitbeteiligung immer als liberalen Bürger betrachtet. Die Vorstel-

lungen, in denen sich Goerdeler in Bezug auf die Arbeiterschaft bewegte, hat Gerstenmaier einmal sehr treffend charakterisiert: «Goerdeler machte über die Lage der Arbeiterschaft *Andeutungen in der Richtung eines bürgerlich-wohlmeinenden Erziehungsprogramms der Arbeiterschaft.* «... Durch die Vernehmungen Goerdelers ziehen sich immer wieder Erklärungen wie: «Bei den Arbeiterbildungsfragen bestand Einigkeit, dass die wirtschaftlichen Kenntnisse der Arbeiter wesentlich gehoben werden müssten».»[23] Doch selbst diese sehr gemässigte, bürgerlich-reformorientierte Einstellung in Bezug auf die Arbeiterklasse ging einigen Angehörigen der nationalkonservativen Opposition, insbesondere Popitz, schon zu weit.

Kontakte entwickelten sich auch zu dem von Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg geführten Kreisauer Kreis, der der Goerdeler-Beck-Gruppe aber kritisch gegenüberstand. Durch Vermittlung von Fritz-Dietlof von der Schulenburg kam es am 8. Januar 1943 im Hause Yorcks in Berlin zu einem Gespräch zwischen Vertretern beider Gruppen. Teilnehmer waren Moltke, Yorck, der Diplomat Adam von Trott zu Solz, Schulenburg und Gerstenmaier sowie Goerdeler, Beck, der preussische Finanzminister Popitz, Hassell und der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jens Jessen. In diesem Gespräch trat Moltke entschieden gegen die Konzeption des Goerdeler-Kreises auf. Über die Diskussion berichtet Hassell in seinem Tagebuch: «Recht interessant, aber im Grunde wenig befriedigend eine grosse Aussprache der «Jungen» und der «Alten» bei [Yorck von] W[artenburg]. Die «Jungen», die im Gegensatz zu den «Alten» nach aussen als Einheit auftraten, wurden geistig von dem mir wenig sympathischen angelsächsisch-pazifistischen Gen[eralstabs]chef [Moltke] geführt. Am besten gefiel mir wieder Roggenmüller [Gerstenmaier], mit dem Geissler [Popitz] und ich schon vorher eine Aussprache hatten. Geibel [Beck] leitete sehr weich und zurückhaltend. Scharfer, von Pfaff [Goerdeler] bewusst, aber erfolglos verschleierter Gegensatz zwischen diesem und den Jungen, vor alle

m auf sozialem Gebiet. Pf[aff=Goerdeler] ist doch eine Art Reaktionär.»[24]

Unter dem Druck der militärischen Ereignisse 1942/1943 gab Goerdeler einige seiner expansionistischen Forderungen auf, hielt aber grundsätzlich an der Linie fest, die in der Denkschrift «Das Ziel» fixiert war. Im Herbst 1943 fertigte er eine Ausarbeitung an, die die Grundlage der Verständigung mit England und den USA nach der Beseitigung Hitlers bilden sollte.[25]

In dieser Schrift ging er davon aus, dass *Deutschland* «moralisch und

materiell *stark sein muss»,* dass «zwischen England und Russland Interessengegensätze» bestehen, dass *«Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht* braucht», dass es darum «sinnvoll» sei, «die *natürliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland zu verwirklichen»,* «dass diese Verwirklichung nur erfolgen kann, wenn die europäischen Völker in Freiheit und Selbständigkeit sich zu einem *ewigen Friedensbund* zusammenfinden, *in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht.»* Zur Erneuerung Deutschlands erklärte er: «Deutschland muss *Recht und Anstand* bei sich selbst wiederherstellen. Das ist es seiner Ehre und anderen schuldig. Nur wenn es die *Verbrecher gegen das Recht,* auch die Verstösse gegen das Völkerrecht, selbst *bestraft,* kann es seelisch wieder gesunden. Daher muss dringend vor jedem Gedanken gewarnt werden, diese Bestrafung durch Dritte oder durch einen Internationalen Gerichtshof vollziehen zu lassen.»

Der Antibolschewismus diente ihm dazu, grossdeutschen Ambitionen nachzugehen und nach wie vor ein Reich zu fordern, das grösser war als das wilhelminische Kaiserreich: «Dass *Deutschland materiell wieder genügend werden muss, ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Deutsche Reich zumindest gegen einen dauernden Druck der gewaltigen russischen Kraft zu sichern.* Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, den *territorialen Bestand* Deutschlands, wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat, *zu erhalten.»* Darunter verstand er «im *Osten* etwa die Reichsgrenze von 1914», im *Süden* die Grenze einschliesslich Österreich, Sudetenland und Südtirol. «Im *Westen* ist die Elsass-Lothringen-Frage sehr schwer zu lösen...:

a) entweder *Elsass-Lothringen* wird ein autonomes Land etwa in der Stellung der Schweiz, oder

b) durch eine neutrale Kommission wird die Sprachgrenze ermittelt, wie sie 1918 und 1938 war. Zwischen diesen beiden Linien muss die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland liegen...

Im *Norden* muss in ähnlicher Weise wie im Westen die gerechte Grenze gegenüber Dänemark ermittelt werden.»

Was das Verhältnis zu Polen anbetrifft, so muss man sich über seinen nach wie vor vorhandenen deutschen Grossmachtanspruch wundern: «Soweit sich jetzt übersehen lässt, ist der Bestand Polens davon abhängig, dass die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938 hält. *Bricht sie zusammen,* so ist Polen an *Russland verloren.* Wir verstehen Empörung und Hass des polnischen Volkes nach allem, was

geschehen ist, sehr wohl. Wir würden ebenso fühlen. Aber auch hier gebietet die Verantwortung vor der Zukunft, zu verhindern, dass diese Gefühle sich gewalttätig Bahn brechen. Sie müssen sich einer geordneten Bestrafung der Verbrecher und der *Wiedergutmachung* durch Zusammenarbeit unterordnen. Polen kann *Ersatz für Westpreussen und Posen durch eine Staatsunion mit Litauen* erhalten. Dadurch wird beiden Völkern geholfen und *Polen der Zugang zum Meer geschaffen».*

Er meinte, insbesondere England vor der «bolschewistischen Gefahr» warnen zu müssen. *«Wenn das heutige Russland Vorherrschaft über Europa ausübt,* werden die mittel- und westeuropäischen Völker, durch den Krieg geschwächt, durch Leidenschaft bewegt, vor schier unerfüllbaren Aufgaben stehend, zunächst dem radikalen Bolschewismus verfallen. Das wäre der Tod der europäischen Kultur und der Geltung Europas, wäre wohl *auch für England eine grosse Gefahr.* Noch gefährlicher aber wird Russland, wenn es zu den wahren Gesetzen der Wirtschaft und der Politik allmählich zurückfindet. Denn dann wird seine Kraft noch grösser.» Weder Italien, Frankreich oder Zusammenschluss der kleinen Völker könnten Sicherheit gewähren. *«Deutschland kann es eben noch, wenn es rechtzeitig die Verbrecher zum Teufel jagt und bestraft, und wenn ihm England und Amerika die Möglichkeit gewähren, den Krieg ohne Zusammenbruch zu liquidieren. Ein Hemmnis hierzu ist die Forderung der bedingungslosen Kapitulation. «*

Die zukünftige innere Verfassung Deutschlands sollte «das *Hecht und die Freiheit des Individuums* wieder sicherstellen; sie wird die Freiheit des Gewissens, die Freiheit des Geistes, die *Freiheit der Presse* wiederbringen; sie wird sich auf Teilnahme und Kontrolle des Volkes aufbauen... Die *demokratischen Einrichtungen* können nur in dem Schrittmass hergestellt werden, wie es gelingt, die Verbrecher zu bestrafen und das deutsche Volk wieder politisch reif zu machen.» Goerdeler hielt eine «Monarchie in parlamentarischen Grenzen» für am besten geeignet, «Deutschland so schnell wie möglich innere Ruhe» wiederzugeben. An die Stelle des Zentralismus sollte eine «gute, gediegene Selbstverwaltung in den Gemeinden, in den Verwaltungskreisen und in den deutschen Ländern» treten. Bemerkenswert war die Forderung: «Preussen wird im Reich aufgehen... es werden *deutsche Länder gebildet werden,* die sich weitgehend selbst regieren werden ebenso wie die Gemeinden...»

In diesen Darlegungen fehlen die Forderungen nach Kolonien und nach deutscher Vormachtstellung in Europa, aber mit seinen grossdeutschen Träumen zeigte Goerdeler nach wie vor mangelnden Realitätssinn.

Ergänzende Aufschlüsse über Goerdelers Vorstellungen geben die Aussagen des Baurats Albrecht Fischer, der mit ihm 1939 bis 1944 viele Gepräche geführt hatte, vor der Gestapo im August/September 1944. Fischer, bis 1933 Mitglied der DVP, bis 1934 Geschäftsführer des Verbandes Württembergischer Metallindustrieller, seitdem wirtschaftspolitischer Mitarbeiter bei Bosch in Stuttgart, bekannt auch mit Schacht und Bosch-Direktor Hans Walz, sagte aus: «Goerdeler lehnte das Führerprinzip ab, weil auch die Staatsleitung einer Kontrolle bedürfe.»[26] Er habe auch die polizeilichen Freiheitsbeschränkungen und die Konzentrationslager abgelehnt und sei für die Selbstverwaltung eingetreten. Vor zwei Jahren [1942] habe Goerdeler ihn gefragt, ob er bei einer Änderung der politischen Verhältnisse die württembergische Industrie wieder verbandsmässig zusammenfassen könne.[27] Bei Vernehmungen am 29. und am 31. August 1944 sagte Fischer: «Auf Vorhalt gebe ich zu, dass Goerdeler sich mir gegenüber dahingehend ausgelassen hat, dass mit einer Änderung der Regierungsverhältnisse gerechnet werden könne, da immerhin Leute da seien, die sich nicht mehr alles bieten liessen.» Goerdeler habe von einem baldigen Zusammenbruch, etwa 1943, gesprochen. «Bei dieser Gelegenheit habe ich meine Meinung dahingehend geäussert, dass dann unter allen Umständen verhindert werden müsse, dass die Sache nach ganz links abrutsche. Dann müsse eben alles in die Bresche springen, was irgend noch in der Lage ist, den Versuch zu machen, zu retten, was zu retten ist... Wir standen beide auf dem Standpunkt, dass ein Hereinlassen des Bolschewismus mit allen Kräften verhindert werden müsse. Dazu könnte es unter Umständen notwendig werden, der westlichen Gegnerseite ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, weil man auf dieser Seite mehr Verständnis für die ganzen deutschen Interessen erwarten könne.»[28]

Mitte Juni 1944 schrieb der mit Goerdeler in Leipzig in enger Verbindung stehende Oberleutnant Kunrat von Hammerstein dessen Gedanken wie folgt auf: Man dürfe mit dem Sturz Hitlers nicht mehr warten, sonst «wird das Volk mit vollem Recht sagen, dass seine Führungsschicht, die die Katastrophe hätte voraussehen müssen, ganz jämmerlich versagt und jede Führungsbefugnis verloren habe; eine Schicht, die den Stand der Grossindustriellen einschliesst, ohne dessen kurzsichtige Geldgier Hitler nie zur Macht gekommen wäre. Und dennoch würde es für uns insgesamt von Vorteil sein, wenn sich diese im Hauptbestandteil nur durch Generationen aufzubauende Schicht noch finge, denn ihre völlige Neubildung kommt einem Volk furchtbar teuer.»[29] Aussenpolitisch war er der Meinung, durch «sofortige Räu-

mung aller besetzten Gebiete könnten wir den Anglo-Amerikanern immer noch grosse Verluste ersparen. Nur im Osten würden wir am besten an der polnischen Ostgrenze so lange stehenbleiben, bis Polen durch Deutschland wiederhergestellt wäre. England muss daran gelegen sein, dem russischen Einfluss auf Europa ein von ihm gelenktes, gesundendes Deutschland entgegenzusetzen. Deshalbwerden Reparationen nach diesem Krieg nicht in Frage kommen. Die vor allem durch den Bombenkrieg herbeigeführte Verarmung, welche ein Volk bei schlechter Behandlung auf den Kommunismus stossen könnte, wird die Engländer in ihren Friedensbedingungen überhaupt vorsichtig machen... Ungeschickte Härten von anglo-amerikanischer Seite würden die Russen durch entgegenkommende Haltung für sich auszunutzen suchen. Aber da dem Westen das Bestehenbleiben eines starken Gegengewichts gegen Russland von allergrösstem Interesse sein muss, werden wir uns – ohne die Russen vor den Kopf zu stossen – zumindest vorläufig nach Westen orientieren.»[30] Gedanken zur Innenpolitik vermerkte Hammerstein wie folgt: «Deutschland muss wieder Rechtsstaat werden. Alle Kriegs- und NS-Verbrecher sind nach den zurzeit der Verübung ihrer Untaten gültigen Gesetzen abzuurteilen. Vom ganzen Volk wird sehr viel Arbeit verlangt werden müssen, aber bei Beobachtung grösster Sparsamkeit, geordneter Führung des Staatshaushaltes, Wiederherstellung eines in jeder Hinsicht einfachen Verwaltungsapparates bei voller Ausgestaltung des Gedankens der sozialen Gerechtigkeit... werden auch die beiden grössten, auf finanziellem Gebiet und im Wiederaufbau der Städte liegenden Schwierigkeiten zu meistern sein.»[31]

In den Diskussionen mit Leuschner, Kaiser und anderen Verfechtern der Gewerkschaftsideen näherte sich Goerdeler 1944 schliesslich auch der Forderung nach «Sozialisierung» der Bodenschätze, der Elektroenergieerzeugung und einiger Schlüsselindustrien, betonte dabei aber mit Nachdruck, dass wirtschaftliche Höchstleistungen nur im Wettbewerb zu erzielen seien, dass nicht grosse staatliche Wirtschaftsgebilde entstehen dürften. Vor seinen Vernehmern sagte er später: «Auch wir wollten keinen Parteienstaat mehr. Eine Volksbewegung sollte alle Stände, Schichten und Gaue einen.» Die Volksbewegung sollte nach der Bildung der neuen Regierung geschaffen werden und alle Deutschen «von der Sozialdemokratie über das Zentrum bis zu den Deutschnationalen» umfassen.[32]

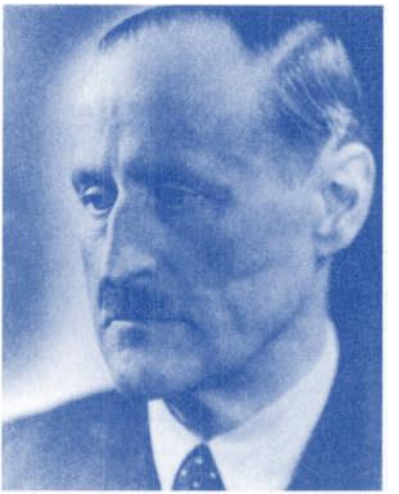
Am 17. Juli wurde seine Verhaftung angeordnet, doch er konnte sich zunächst verborgen halten.

2. Ulrich von Hassell

Christian August Ulrich von Hassell wurde am 12. November 1881 als Sohn eines preussischen Offiziers in Anklam (Vorpommern) geboren.[33] Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, nach Sprachstudien, Militärdienst als Einjahrig-Freiwilliger 1903/1904 und nach einer Referendarzeit am Kaiserlichen Gericht in Kiautschou, dem deutschen Kolonialstützpunkt in China, trat er 1909 als Assessor in das Auswärtige Amt ein, das ihn 1911 als Vizekonsul nach Genua schickte. Im gleichen Jahr heiratete er Ilse von Tirpitz, eine Tochter des Grossadmirals Alfred von Tirpitz. Im Ersten Weltkrieg als Leutnant d. R. schwer verwundet, ging er 1916 zeitweilig in die innere Verwaltung.

Hassell schloss sich 1918 der DNVP an. Seinen «zutiefst konservativ und christlich geprägten Überzeugungen ist Hassell zeit seines Lebens treu geblieben. Sie waren schliesslich auch in hohem Masse dafür mitverantwortlich, dass er sich der Opposition gegen Hitler anschloss.»[34] Unter dem Eindruck der revolutionären Veränderungen verfasste er Ende November 1918 den Aufruf «Wir jungen Konservativen», in dem er seine Stellung zu der gewandelten Situation wie folgt zum Ausdruck brachte: «Wir wollen keine Klassenherrschaft, sei diese Klasse auch die Masse, und wir wollen kein Haus, das nur den stolzen Namen Volksstaat trägt, aber keiner ist... Wir wollen kein Scheinwerk modern umhüllter vergangener Doktrinen, wir wollen den Volksstaat, in dem wirklich das schaffende Volk, Landwirtschaft, Industrie und geistige Arbeit, Arbeiter und Arbeitgeber, die politischen Geschicke mitbestimmen, statt dass mehr oder weniger berufsmässige Volkstribunen, die Ritter von der rollenden Phrase, auf agitatorische Ausnutzung der Masseninstinkte gestützt, den massgebenden Einfluss besitzen. Der Grundsatz des Volksstaates, das ist die Tatsache, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und auf deren Boden wir uns stellen müssen. Wir sind entschlossen, Opfer zu bringen, auch Opfer der Überzeugung! Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass aus der Zerstörung, die den alten Staatsbau betroffen hat, gerettet und hinübergenommen wird, was von Wert ist und bleiben muss.»[35]

Hassell war also bereit, neue Realitäten, d.h. den bürgerlich-parlamentarischen Staat, in bestimmten Grenzen anzuerkennen, vorausgesetzt, dass sich an den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen nichts änderte. Verzicht auf den monarchischen Obrigkeitsstaat, dafür eine durch soziale Ausgleichspolitik zusammengehaltene «Volksgemeinschaft» zwischen Besitzenden und Besitzlosen – in dieser



Ulrich von Hassell

Betrachtungsweise trafen sich viele Konservative unter den veränderten Bedingungen der Weimarer Republik.

Nach dem Kriege setzte er seine diplomatische Karriere fort: 1919 Botschaftsrat in Rom (Quirinal), 1921-1926 Generalkonsul in Barcelona, 1926-1930 Gesandter in Kopenhagen und 1930-1932 in Belgrad, 1932-1938 Botschafter in Rom.

Hassell hielt die ersten Schritte der faschistischen Aussenpolitik durchaus mit seinen Anschauungen für vereinbar. Das galt für die Revision des Versailler Vertrages, für die Bemühungen um eine deutsche Annäherung an Italien und auch für die von Hitler zunächst angestrebte «Verständigung» mit England. Er unterstützte den von Mussolini favorisierten Plan eines Viermächtepaktes zwischen Italien, Deutschland, Frankreich und England.[36] Grundlegende Zweifel an der deutschen Aussenpolitik brachte der Abschluss des Antikominternpaktes zwischen Deutschland und Japan im November 1936, dem ein Jahr später auch Italien beitrat. Nach seiner Meinung richtete sich dieser Pakt nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen Grossbritannien und bedeutete eine Umorientierung der deutschen Aussenpolitik. Er trat für ein freundschaftliches Verhältnis Deutschlands zu Italien ein, lehnte aber ein Militärbündnis ab, weil dieses zwangsläufig gegen England und Frankreich eingestellt sein musste.[37] Am 17. Februar 1938 wurde Hassell – im Zusammenhang mit dem grossen Revirement – in den Wartestand versetzt, dem im Februar 1943 endgültig die Pensionie-

rung folgte. Seitdem war er im Vorstand des «Mitteleuropäischen Wirtschaftstages» und seit März 1943 im «Institut für Wirtschaftsforschung» in Berlin tätig. Seit Ende 1943 bis zu seiner Verhaftung am 28. Juli 1944 wohnte er, ausser in Ebenhausen bei München, auch in Potsdam, Seestrasse 35, bei Karl Otto von Kameke, Senatspräsident am preussischen Oberverwaltungsgericht und im Krieg stellvertretender Chef der Militärverwaltung beim Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich.

Seit 1938/1939 gab es Begegnungen mit Goerdeler, Beck, Popitz und anderen, aus denen der Wille erwuchs, den Sturz des Regimes fördern zu helfen. Auch Hassell hoffte auf eine Aktion der Feldmarschälle und Generäle angesichts des als verbrecherisch erkannten Krieges, der für Deutschland die Katastrophe bringen musste. Mehrere Auslandsreisen – entweder im Auftrage des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages oder zu Vorträgen – nutzte er, um Informationen über die Lage zu sammeln und auf die Militärs im Sinne der Opposition einzuwirken und sie an ihre Verantwortung zu gemahnen. Hassell führte ausführlich Tagebuch, das heute eine wichtige Quelle der deutschen Widerstandsgeschichte darstellt.

Als nach seiner Abberufung eine andere Verwendung für ihn erörtert wurde, vertraute er seinem Tagebuch an, dass er sich «in den letzten Wochen immer häufiger die Frage vorgelegt habe, ob man einem so unmoralischen System überhaupt dienen darf, andererseits die geringe Chance, überhaupt etwas zu machen, vermindert sich noch, wenn man ‚draussen' ist.»[38] Dieses Problem, ob man überhaupt durch Beibehaltung oder Übernahme eines leitenden Postens weiterhin zum Funktionieren dieses Systems beitragen dürfe, beschäftigte viele der konservativen Oppositionellen. Sie gingen aber davon aus, dass ein Umsturz nur aus dem Machtapparat heraus Aussicht auf Erfolg haben konnte.

Die Zerschlagung der Tschechoslowakei sah Hassell als einen weiteren Schritt in den Weltkrieg: «Ein äusserer Erfolg ohnegleichen. Trotzdem wird mir angst und bange dabei. Es ist der erste Fall offenbarer Hybris, das Überschreiten aller Grenzen, zugleich jedes Anstands... Auch wenn unmittelbar alles gut geht, glaube ich nicht, dass diese Sache auf die Dauer anders als unheilvoll ausgehen kann. England reagiert am stärksten und scheint eine feste Abwehrfront gegen uns schmieden zu wollen. Aber da der Wille zum Letzten überall fehlt, worauf eben Hitler baut, wird wohl nichts passieren. Aber der Punkt ist überschritten, an dem Talleyrand Napoleon verliess.»[39]

Wie schon bei Goerdeler erwähnt, lehnten beide den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 aus mehreren

Gründen ab: «Eine äusserste Verschärfung der Lage ist durch unseren Pakt mit den Sowjets eingetreten... Das Zustandebringen des Pakts hat in der ganzen Welt als ein taktischer Meisterzug gewirkt, zugleich als Beweis völliger Skrupel- und Grundsatzlosigkeit der beiden Diktatoren. Die Erwartung, dass die Westmächte nun nachgeben würden und ebenso Polen, hat sich nicht erfüllt. Strategisch ist die Auswirkung vielmehr gewesen, England klar zu machen, dass es ums Ganze geht und dass ein weiterer Prestigeverlust für die Westmächte gradezu eine Katastrophe wäre. Daher sofortiger Abschluss eines fast vorbehaltlosen Bündnisses mit Polen.[40] Ferner sind alle Elemente in Europa, die in uns noch einen Schutzwall oder Angriffsfaktor gegen den Bolschewismus erblickten, von uns innerlich abgeschwenkt, wobei noch offen bleibt, wie weit der Pakt lediglich ein unaufrichtiges Auskunftsmittel beider autoritärer Regime darstellt, wie weit ein endgültiges Zusammenrücken auf der Basis weiterer Nationalisierung der Sowjets und weiterer Bolschewisierung des Nazismus... Natürlich trat zunächst der ausserordentliche taktische Erfolg in Erscheinung, im deutschen Volk als Wiederaufnahme des historischen Drahts nach Russland begrüsst, vor allem aber als Steigerung der Friedensaussicht.»[41]

Hassell pflegte Kontakte zu ausländischen Persönlichkeiten, unter anderem zu dem britischen Botschafter Sir Nevile Henderson, mit dem er sich noch am 31. August 1939 traf, zu dem amerikanischen Geschäftsträger Alexander Kirk, zu dem amerikanischen Geschäftsmann Frederico Stallforth, zu dem ehemaligen Hochkommissar des Völkerbundes für Danzig und späteren Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes Carl Jacob Burckhardt, um internationale Verbindungen zu erhalten und Wege für die Verhinderung bzw. Beendigung des Krieges zu öffnen. Durch Vermittlung seines Schwiegersohnes Detalmo Pirzio Biroli, der mit seiner Tochter Fey verheiratet war, traf er am 22. und 23. Februar 1940 in Arosa (Schweiz) mit dem Briten Lonsdale Bryans, einem Abgesandten des Aussenministers Lord Edward Halifax, zusammen. Sein Ziel war, die Zusicherung zu erhalten, dass eine Regimeänderung in Deutschland nicht von England *ausgenutzt,* sondern im Gegenteil *benutzt* würde, um zu einem dauerhaften Frieden zu kommen. Hassell übergab ein von Bryans gewünschtes schriftliches «Statement» zur Weiterleitung an Halifax, dessen wichtigste Grundsätze lauteten:

«**I.** Es ist äusserst wichtig, diesen irrsinnigen Krieg so schnell als möglich zu beenden.

II. Diese Notwendigkeit besteht, weil die Gefahr immer grösser wird, dass Europa vollkommen zerstört und vor allem bolschewisiert wird.

III. Für uns bedeutet Europa nicht ein Schachbrett oder eine Machtbasis, sondern hat ‚la valeur d'une patrie' [den Wert eines Vaterlandes], in deren Rahmen ein gesundes, lebenskräftiges Deutschland gerade im Hinblick auf das bolschewistische Russland ein unentbehrlicher Faktor ist.

IV. Das Ziel des Friedensschlusses muss eine dauernde Befriedung und Gesundung Europas auf fester Grundlage und eine Sicherheit gegen baldiges Wiederaufflammen kriegerischer Auseinandersetzungen sein.

V. Hierfür ist Bedingung, dass die Vereinigung Österreichs (und des Sudetenlandes) mit dem Reich ausserhalb der Erörterung steht. Ebenso kommt ein Wiederaufrollen von Grenzfragen im Westen Deutschlands nicht in Frage, während die deutsch-polnische Grenze im Wesentlichen mit der deutschen Reichsgrenze im Jahre 1914 übereinstimmen muss.

VI. Der Friedensschluss und der Wiederaufbau Europas muss auf bestimmten, von allen anerkannten Grundsätzen aufgebaut werden.»

Im Abschnitt VII wurden diese Grundsätze genannt: Prinzip der Nationalität mit gewissen historischen Modifikationen, Wiederherstellung eines unabhängigen Polen und einer tschechischen Republik, allgemeine Rüstungsverminderung, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Alle europäischen Staaten sollten als Leitmotive anerkennen: christliche Sittlichkeit, Gerechtigkeit und Gesetz als Grundlage des öffentlichen Lebens, soziale Wohlfahrt, Kontrolle der Staatsgewalt durch das Volk «in einer der betreffenden Nation angemessenen Weise», Freiheit des Gewissens, der Gedanken, der Geistesarbeit.[42]

Für die britische Regierung waren diese Vorschläge unannehmbar, hatte sie doch im August 1939 ein Beistandsabkommen mit Polen abgeschlossen, das auch die Grenzen Polens garantierte. Nach dem deutschen Angriff auf die Benelux-Staaten und auf Frankreich im Mai 1940 hatte sich die Sache ohnehin erledigt.

Hassells Sorge galt dem Sturz des Hitlerregimes, der Beendigung des Krieges, der Schaffung eines christlich-konservativen Rechtsstaates und der Erhaltung und Festigung der deutschen Grossmachtstellung, wobei auch seine Forderung nach deutscher Hegemonie unverkennbar war. Nach seiner Auffassung sollte der Umsturz auf dem Höhepunkt der militärischen Triumphe Deutschlands erfolgen, weil dann die günstigsten Ausgangspositionen für Friedensverhandlungen

bestehen würden. Am 22. September 1940 schrieb er in sein Tagebuch: «In allen Unterhaltungen mit Geibel [Beck], Geissler [Popitz], Pfaff [Goerdeler], Hase [Oster] usw. fragen wir uns vergebens, ob denn nun die Generäle nicht endlich merken, was gespielt wird und welche furchtbare Verantwortung sie sowohl für die innere Entwicklung wie für den Ausgang des Krieges tragen. Wir sind uns alle darüber klar, dass jetzt noch einmal alles getan werden muss, um sie zu überzeugen, dass sie die Dinge nicht weiter laufen lassen dürfen, wenn wir nicht plötzlich *vor* oder *in* einer wirklichen Katastrophe stehen wollen: Katastrophe innerer Zerstörung oder äusserer Niederlage oder beidem.»[43] Am 8. Oktober 1940 hiess es bei ihm: «Die Lage entwickelt sich immer bedrohlicher – nach aussen, indem der Krieg und damit die Zerstörung immer unabsehbarer wird und immer weiter ausgreift, nach innen, indem der moralische Niedergang, die Vernichtung aller wirklichen Werte reissend zunimmt. Die Parteiherrscher fassen klarer und klarer nicht mehr einen Versailles entgegengesetzten, auf *Dauer* angelegten Aufbau Europas ins Auge, sondern eine reine Gewaltherrschaft dessen, was sie die deutsche Herrenkaste nennen, über unterworfene Völker. Diese Leute, die zu nichts ungeeigneter sind als zum wirklichen Herrschen, an der Spitze «Herr Ley», sprechen von sich als einer Herrenschicht, die nur noch Arbeiten höherer Art verrichten und die niedrigeren Dienste den Unterworfenen überlassen würden, womit sie zugleich allem ins Gesicht schlagen, was sie über den Adel jeder Art gepredigt haben. Die Wirkung, die solche Lehren auf den Handarbeiter haben müssen, scheinen sie nicht zu erkennen... Es ist kein Zweifel, dass, wenn dieses System siegt, Deutschland und Europa fürchterlichen Zeiten entgegengehen. Bringt es aber Deutschland in eine Niederlage, so sind die Folgen erst recht nicht auszudenken.»[44] Hassells Verurteilung der Kulturlosigkeit und brutalen Gewaltherrschaft der Nazis hatte, wie zum Schluss angedeutet, auch einen antikommunistischen Aspekt. War die «bolschewistische Gefahr» als machtpolitischer Faktor ohnehin schon für ihn ein Motiv für den Widerstand, so kam dazu noch die Furcht vor der «Bolschewisierung» im Innern. Er fürchtete, dass die «Handarbeiter» die Worte vom Herrenmenschen auch auf sich beziehen, was zu einer allgemeinen Nivellierung führen müsste. Dies kam auch in seinen Niederschriften vom 9. und 23. Dezember 1940 zum Ausdruck: «Im Innern steuern wir immer klarer Kurse, die sich vom Bolschewismus nur noch im Grade unterscheiden... Besonders bedrohlich ist die Tätigkeit Leys, der zielbewusst «sozialisierend» Macht bei sich versammelt». Die politische Entwicklung werde immer bedroh-

licher. «Schamlos demagogische Hitlerrede auf dem niedrigsten Niveau, das wohl je ein führender Staatsmann erreicht hat, ein Zeichen der Angst vor der immer unzufriedeneren Arbeiterschaft und zugleich ein Zeichen des roten Kurses, in den er sich unausweichlich immer mehr hineinsteigert.»[45]

Hassell verurteilte also nicht nur die «sozialistische» Demagogie der Nazis, offenbar fürchtete er noch mehr, dass diese Demagogie Widerhall finden und die «Bolschewisierung» fördern könnte, zumal ja zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch ein Freundschaftsvertrag existierte. Seine antikommunistische, aber widerspruchsvolle Haltung ist auch aus folgenden Tagebuchnotizen ersichtlich. Am 13. Juli 1941 schrieb er: «Das grosse Ereignis des vom Zaune gebrochenen Angriffs auf Russland ist inzwischen eingetreten. Selbst diese Halunken von Bolschewiken sind von uns noch übertölpelt worden... Der gänzlich abrupte Überfall hat sie so überrascht, dass vor allem ihre Luftwaffe die schwersten Verluste erlitten hat... Trotzdem ist der Kampf wesentlich härter, als man angenommen hatte, die Russen stehen mit zäher, stumpfer Tapferkeit... Ein fürchterlicher, sinnloser, unabsehbarer Krieg.»[46]

Am 2. August vermerkte er: «Viele Gespräche... über die Frage, ob es nicht etwa kriegspolitisch für einen Systemwechsel schon zu spät ist, das heisst, ob etwa ein anständiges Regierungssystem auch keinen annehmbaren Frieden mehr bekommt, weil die Gegner die Möglichkeit eines völligen Niederwerfens von Deutschland sehen... In ersterer Hinsicht glaube ich zurzeit noch an die Friedensmöglichkeit bei einem Sturz Hitlers. Aber wie lange noch?»[47]

Anfang Oktober 1941 empfing Hassell den Besuch des Leutnants d. R. Fabian von Schlabrendorff, im Zivilberuf Rechtsanwalt, jetzt Ordonnanzoffizier bei Oberstleutnant Henning von Tresckow im Stab der Heeresgruppe Mitte. Schlabrendorff unternahm in dieser Zeit im Auftrage Tresckows mehrere Reisen nach Berlin und anderen Orten, um die Verbindungen zwischen der Widerstandsgruppe im Stab der Heeresgruppe und den «zivilen» Kräften der Opposition in Deutschland zu knüpfen und zu festigen. Schlabrendorff fragte ihn, ob Garantie «bestände, dass England nach einer Systemänderung alsbald Frieden machen würde». Hassell antwortete, dass es solche Garantie nicht geben kann. «Garantieren könnte ich ihm etwas anderes: 1) dass, wenn England und Amerika nicht geradezu am Boden lägen, Hitler *keinen* Frieden bekommen würde. 2) Dass ein anständiges Deutschland immerhin eine sehr erhebliche Chance hätte, Frieden, und zwar einen

brauchbaren, zu erzielen. – Im Übrigen sei eine Systemänderung *unsere* Sache, eine Frage, die wir allein zu entscheiden hätten, nicht unsere Gegner. Das schien er einzusehen. Ferner meinte er, wir müssten sofort nach dem Umschwung Frieden machen. Auch diese Illusion musste ich ihm nehmen und ihm sagen, dass wir im Gegenteil die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln proklamieren müssten, natürlich unter Betonung unserer Bereitschaft zu einem brauchbaren Frieden...»[48] Sorge um den Erhalt der deutschen Grossmachtstellung spielte hier also nach wie vor eine vorrangige Rolle.

Hassell verurteilte mit aller Entschiedenheit die Verbrechen an Juden, Kriegsgefangenen und an den Menschen in den besetzten Gebieten. Sein Abscheu davor war aufrichtig und bedeutete eine starke zusätzliche Motivation für seine Gegnerschaft zum Regime, doch spielten auch hier antikommunistische Überlegungen eine Rolle. Er befürchtete, dass eine weitere Steigerung des Terrors eine Verschärfung der Gegensätze und eine Kräfteverschiebung im Lager des Widerstandes zur Folge haben kann, wie es in folgender Tagebuchnotiz zum Ausdruck kam: «Auf der anderen Seite bewirken diese schandbaren Taten des offiziellen Deutschland, dass anständige kluge Leute den Kompass verlieren und das Heil in international-pazifistischen, sozialistisch gefärbten Lösungen suchen. So der brave Neffe Hfaeften] Pappenheims [Brauchitschs].»[49] Gemeint war Legationsrat Dr. Hans-Bernd von Haeften aus dem Auswärtigen Amt, Sohn der Schwester des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch, der dem Kreisauer Kreis zugehörte, in dem demokratisch-sozialistische Gesellschaftskonzeptionen erörtert wurden.

Hassel war ebenfalls Monarchist, sah jedoch keinen geeigneten Kandidaten für den Thron: «Was Schmidt juniors Sohn [Louis Ferdinand Prinz von Preussen, Sohn des Kronprinzen Wilhelm] betrifft, so betrachtet er sich offenbar als denjenigen welchen, obwohl ihm sehr viele Eigenschaften fehlen, die man nicht dadurch ersetzen kann, dass man, wie er das getan zu haben scheint, behauptet, sie in Erbpacht zu haben. (Ich traf ihn neulich auf der Strasse und fand ihn klug und nett, aber der Eindruck bleibt kein ganz vertrauenerweckender.)»[50]

Für Hassell bedeutete Stalingrad die «schwerste, bisher erlebte Krise dieses Krieges». «Angesichts eines Ereignisses, das in der deutschen Kriegsgeschichte einzig dasteht, sollten ja nun auch dem Blindesten die Schuppen von den Augen fallen», hiess es in seinen Notizen vom 14. Februar 1943.[51] Scharf kritisierte er General Friedrich Paulus – «dem nun die Russen die ‚Feldmarschallstäbe' übergeben können», wie er

schrieb –, weil Paulus «in diesem Falle Geist vom Geiste Yorcks» hätte beweisen müssen, was nicht anders verstanden werden kann, als sich offen gegen die Befehle Hitlers aufzulehnen und damit ein Signal zu geben. So aber, musste er feststellen, hat die schwere Krise «leider nicht das berühmte und bitter notwendige, sehnlich erhoffte reinigende Gewitter, nämlich den Systemwechsel gebracht, der *allein* uns noch wenigstens eine Möglichkeit eines erträglichen Friedens, eine innere Gesundung und eine Genesung Europas bringen könnte. Alle Bemühungen, den Leuten Eisen ins Blut zu giessen, die mit ihrem Machtinstrument eine halb wahnsinnige, halb verbrecherische Politik stützen, blieben vergeblich... Pfaff [Goerdeler] spielt in der Verzweiflung immer wieder mit dem Gedanken irgendeiner Teilaktion; dann würde das ganze Gebäude wie ein Kartenhaus Zusammenstürzen. Das ist kein Weg. Gewiss ist die Lage «reif», aber nicht derart, dass man ein solches Risiko laufen könnte. Auch heute ist das Prestige Hitlers noch gross genug, um – wenn *er* auf den Beinen bleibt – ihm eine Gegenreaktion zu ermöglichen, die mindestens Chaos oder Bürgerkrieg bedeutet.»[52] Zweifellos eine realistische Einschätzung, wenngleich unübersehbar die Furcht vor revolutionär-demokratischen Veränderungen durchschimmert.

Die militärischen Ereignisse sowie die Gründung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» im Juli 1943 beeinflussten auch seine aussenpolitische Option in der Weise, dass er jetzt auch die Möglichkeit einer Verständigung mit der Sowjetunion in sein Kalkül einschloss. So notierte er am 15. August 1943, nach «lebhaften» Gesprächen mit Popitz, Langbehn, Trott und Goerdeler: «Stalin differenziert sich immer stärker von den Angloamerikanern, deren überwältigenden Erfolg er fürchtet. Sein deutsches Befreiungscomite bedeutet als solches nichts, ist aber als Symptom wichtig. Wenn Hitler sich mit Stalin verständigt, so ist das daraus entstehende Unheil unvorstellbar. Anders ein anständiges staatsbewusstes Deutschland. Dieses *muss* in seiner Lage *alle* Chancen ausnutzen. Es gibt eigentlich nur noch diesen einen Kunstgriff: *entweder* Russland oder den Angloamerikanern begreiflich zu machen, dass ein erhalten bleibendes Deutschland in ihrem Interesse liegt. Ich ziehe bei diesem Mühlespiel das westliche Ziel vor, nehme aber zur Not auch die Verständigung mit Russland in Kauf. Eva [Trott] ganz mit mir einig, die anderen aus theoretisch-moralischen Gesichtspunkten, die ich an sich verstehe, bedenklich, aber langsam sich überzeugend.» Am 4. September 1943 hiess es bei ihm: «Die Lage entwickelt sich folgerichtig weiter; zunehmende Gefahren auf allen Seiten, keine oder sehr

geringe Aussicht auf eine Wendung im Innern, die vielleicht im Mühlespiel zwischen Ost und West noch das Bismarck-Reich retten könnte».[53]

Im Hause Jessen traf Hassell im November 1943 auch mit Claus von Stauffenberg zusammen. Er vermerkte in seinem Tagebuch, dass Stauffenberg ihm «einen ausgezeichneten Eindruck machte». Stauffenberg meinte «man müsse unerhört vorsichtig sein, in Äusserungen und im Verkehr, letzteres besonders auch mit Geissler [Popitz], der scharf beobachtet werde. Gegen mich, glaubte er, liege im Augenblick nichts Besonderes vor.»[54]

Unmittelbaren Anteil an den Attentats- und Umsturzvorbereitungen 1943/1944 hatte Hassell nicht, war aber über die meisten Vorgänge informiert. In mehreren Beratungen, die sich mit der Zusammensetzung der neuen Regierung beschäftigten, wurde er als künftiger Aussenminister genannt. Andere hielten Werner Graf von der Schulenburg für geeigneter, weil er vor dem Kriege angesehener deutscher Botschafter in Moskau war, Stalin und andere führende Politiker der Sowjetunion gut kannte und man ihm darum zutraute, nach dem Umsturz Verbindung zur Sowjetregierung herstellen zu können. Am 13. November 1943 vermerkte Hassell, dass Schulenburg «sich bereit erklärt habe, sich durch die Linie schleusen zu lassen, um mit Stalin über eine Verständigung mit einem neuen System in Deutschland zu sprechen»[55]. Die Frage sollte aber erst zum gegebenen Zeitpunkt entschieden werden.

3. Helmuth James Graf von Moltke

Helmuth James Graf von Moltke wurde am 11. März 1907 in Kreisau (Krzyzowa), Kreis Schweidnitz (Niederschlesien), geboren und gehörte einem weitverzweigten Adelsgeschlecht an.[56] Er war ein Urgrossneffe des preussischen Feldmarschalls Helmuth Carl Bernhard von Moltke, seine Mutter eine Engländerin aus Südafrika.

Helmuth James wuchs als Kind und Jugendlicher in Kreisau in einer Atmosphäre auf, die sich sowohl durch Tradition und Disziplin als auch durch grosse Freiheit im Denken und einen weiten Horizont auszeichnete. Neben einer umfassenden Bildung, über die die meisten Mitglieder der Familie verfügten, machte sich englischer liberaler Einfluss

Helmuth James Graf von Moltke

bemerkbar, der vor allem durch die Mutter gefördert wurde. Nach dem Schulbesuch in Schweidnitz und Potsdam, wo er 1925 sein Abitur bestand, studierte er in Breslau, Berlin und Wien, unterbrach das Studium aber oft durch Reisen und Begegnungen mit Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und Profession. «Das, was ich für mein Examen brauchte, habe ich beim Repetitor in kurzer Zeit eingepaukt», berichtete er später.[57] Er diskutierte mit Wissenschaftlern, Journalisten, Politikern und Künstlern, darunter auch mit Helene Weigel und Bertolt Brecht, und nahm zu politischen Fragen Stellung. Es wird berichtet, dass er die Weimarer Republik bejahte und für die deutsch-französische Verständigung eintrat. «Helmuth ist... ein grosser Verehrer von Stresemann», hatte bereits am 19. Juli 1924 seine Mutter an ihre Eltern geschrieben.[58] Sein Gesamtverhalten und seine spätere Berufswahl waren durchaus «junkeruntypisch».[59] In Kattowitz kritisierte er, dass sich die deutschen Minderheitengruppen in Polen von Berlin aus regieren liessen.[60]

Immer mehr interessierten ihn die sozialen Fragen, die ja gerade in Schlesien besonders sichtbar waren. Auf diese Weise kam er mit der «Arbeitslagerbewegung» in Berührung. Angesichts der sich verschärfenden sozialen Gegensätze und des sich zuspitzenden Klassenkampfes nach dem Ersten Weltkrieg hatten einzelne bürgerliche Studentengruppen schon in den Nachkriegsjahren Arbeitslager durchgeführt, die durch gemeinsame körperliche und geistige Arbeit eine Verbindung zwischen Studenten und werktätiger Jugend herstellen, den Klassenkampf durch Klassenharmonie ersetzen wollten.[61] Das galt vor allem für Studenten und junge Intellektuelle, auf die der Breslauer Professor Eugen Rosenstock-Huessy einen grossen Einfluss ausübte.

Zu ihnen stiess 1927 auch Moltke, der sich bemühte, die Bewegung aktiv zu fördern und dabei in mehr oder weniger enge Berührung mit Personen kam, von denen sich mehrere später im Kreisauer Kreis wiederfanden: der Pädagoge Adolf Reichwein, die Studenten Horst von Einsiedel und Carl Dietrich von Trotha, der Agrarwissenschaftler Fritz Christiansen-Weniger, der Staats- und Rechtswissenschaftler Professor Hans Peters und der Jurastudent Peter Yorck von Wartenburg. In Norddeutschland interessierte sich unter anderen der Landrat Theodor Steltzer, der sich später ebenfalls dem Kreis anschloss, für die Bewegung, die nichts mit dem späteren Nazi-Reichsarbeitsdienst zu tun hatte.

Moltke zog sich jedoch bereits 1928 zurück. Nach dem Referendarexamen wurde er im Herbst 1929 von seinem Vater dringend nach

Kreisau gerufen, weil sich das Gut in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand. Damit entfiel auch sein Plan, der Einladung polnischer Stellen zu folgen, um dort für die deutsch-polnische Verständigung, an der ihm viel lag, zu wirken.

Moltke übernahm im Oktober 1929 die Leitung des Gutes, das damals 486 Hektar umfasste und auf dem ständig etwa 60 Personen arbeiteten. Seinem Einheitswert von 631'200 Reichsmark stand eine Schuldenlast von rund 700'000 Reichsmark gegenüber. Mit Zähigkeit, Härte, grossem Einsatz und auch durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit seinen Gehilfen gelang es ihm, trotz der Wirtschaftskrise in relativ kurzer Zeit das Gut wieder zu sanieren. Dabei musste er sich, wenn er als Grossgrundbesitzer überleben wollte, den Wolfsgesetzen des Kapitalismus anpassen. Am 22. Juni 1930 schrieb er an seine Verlobte: «Jetzt kommen zehn sehr schlimme Tage, denn ich muss über Kündigungen und Entlassungen beraten... Unter den sechzig Verträgen, die wir haben, ist keiner, der nicht geändert wird, und zwar nach unten. Ich bin infolgedessen in der miesesten Laune; denn zum Vollstrecker des kapitalistischen Systems zu werden gegen seine Überzeugung ist wohl unangenehm...»[62]

Am 18. Oktober 1931 heiratete er die 1911 geborene Jurastudentin Freya Deichmann, die Tochter des Kölner Bankiers Carl Theodor Deichmann. Nachdem sich die wirtschaftliche Lage in Kreisau gebessert hatte, begann Moltke seine Tätigkeit als Jurist in Berlin. Das Ende der Referendarausbildung fiel bereits in die Zeit nach Beginn der faschistischen Diktatur. Den Abschluss bildete ein militärisch-weltanschaulicher Kursus auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog vom 9. Dezember 1933 bis zum 5. Februar 1934, über den er Helene Weigel berichtete: «Das Lager war so, wie eben solche Lager sind, nur war der Zug – 58 Mann-, dem ich zugeteilt war, besonders nett, sodass wir in der ganzen Zeit nicht eine einzige Schlägerei hatten und dass niemals eine erhebliche Zahl besoffen war. Das ist ein Unikum für jedes Lager... Was wir eigentlich lernen sollten, ist Dir ja wohl bekannt. Nachmittags hatten wir eine Stunde Sport und dann theoretische Ausbildung, Singen und weltanschaulichen Unterricht... Die theoretische Ausbildung war ganz interessant, weil ich da doch allerhand gelernt habe, was mir sonst meilenfern liegen würde. Die weltanschaulichen Unterrichtsstunden hingegen waren ein Jokus ersten Ranges.»[63]

Nach dem Examen fuhr er 1934 mit seiner Frau nach Südafrika zu den Grosseltern. Aus einem Brief an die dänische Schriftstellerin Karin Michaelis vom 22. September 1934 spricht sein kritischer Blick auf die

politischen und sozialen Zustände in diesem Land. Besonders bemerkenswert seine Sicht auf die sozialen Hintergründe der Rassenfrage: «... das Land schwimmt gerade jetzt im Reichtum, und eine gute Regierung oder eine gute Wirtschaftsführung könnte die grössten und wohltätigsten sozialen Experimente durchführen, ohne dabei etwas zu riskieren. Die Leute haben z.B. einen gewaltigen Überschuss im Haushalt und wissen absolut nicht, was sie damit anfangen sollen; jetzt bauen sie eine Munitionsfabrik und wollen alles verschiessen und kaufen Militärflugzeuge, damit sie Negeraufstände unterdrücken können, und trotzdem haben sie noch 10 Millionen Pfund übrig, mit denen sie – man sollte es nicht für möglich halten – die nicht fällige Kriegsschuld an England abzahlen, das seinerseits das Geld dafür benutzt, seine Rüstung zu finanzieren. Es prickelt einen in den Fingern, die regierenden Leute herauszusetzen und was zu tun. Aber auch ein Genius könnte nicht viel tun, weil es ihm an fähigen Mitarbeitern fehlen würde. So wird wohl auch dieses Land den Leidensweg der Militarisierung und Faschisierung gehen, mit besonderer Betonung von Rassefragen der Ausbeuterschicht gegen die Unterdrückten. Und die Arbeiter machen das fröhlich mit, weil sie meinen, ihr gegenwärtiger Lebensstandard hinge von der Ausbeutung der Farbigen ab; und das ist richtig, die weissen Arbeiter bekommen etwas von der Beute ab, gerade genug, um sie nicht auf die Seite der Farbigen zu treiben.»[64]

Zunächst verbrachte er während der Rückreise mehrere Wochen in Grossbritannien, wo er unter anderem mit Lionel Curtis, einem politisch sehr einflussreichen konservativen Engländer, bekannt wurde.

Ziele und Methoden des Faschismus, der nun immer mehr das gesamte Leben in Deutschland prägte, widersprachen in ihrer Brutalität und Aggressivität nicht nur Moltkes politischem Weltbild, sondern auch seinem ganzen persönlichen Wesen. Gewiss schwebte ihm eine Art Volksgemeinschaft vor, eine Aussöhnung und wechselseitige Annäherung der sozialen Gruppen. Doch die von den Nazis propagierte, mit Terror und Verfolgung praktizierte «Volksgemeinschaft» und Gleichschaltung standen in völligem Gegensatz zu seinen Vorstellungen. Moltke war Nazigegner von Anfang an. Man kann ihn darum nicht der «nationalkonservativen» Opposition zurechnen, die zunächst Mitträger des Systems war. Moltkes Humanismus wurzelte im Christentum; er war ein gläubiger Mensch, wenngleich sich dies nicht in der Zahl seiner Kirchenbesuche widerspiegelte. In seinem letzten Brief an seine Frau schrieb er, dass er vor Freisler, dem Blutrichter, gestanden habe «nicht als Protestant, nicht als Deutscher...sondern als Christ und als gar nichts anderes..»[65]

Er wäre gern Richter geworden, sah im Hitlerreich aber keine Möglichkeit einer wirklichen Rechtsprechung. Zusammen mit dem Rechtsanwalt Karl von Lewinski eröffnete er 1935 in Berlin Unter den Linden ein Anwaltsbüro. Er bearbeitete besonders Fragen des Völkerrechts und des internationalen Privatrechts. Oft war er in Grossbritannien, um Studien zu treiben und neue Verbindungen zu knüpfen, wobei ihn Curtis unterstützte. Hier legte er 1938 seine letzten Examina ab und war damit zugleich auch englischer Rechtsanwalt (Barrister). Die Einrichtung eines eigenen Büros in London verhinderte jedoch der Kriegsausbruch. In England sprach sich Moltke kritisch über die von der britischen Regierung betriebenen Appeasement-Politik aus.[66]

Als Rechtsanwalt half Moltke vielen Opfern des faschistischen Regimes, besonders nach dem Beginn der Judenverfolgungen. Er erteilte Ratschläge, nahm die Interessen der Verfolgten wahr und verhalf manchem Bedrohten zur Flucht ins Ausland. Von den Staatsstreichvorbereitungen einiger Militärs und Politiker im Sommer und Herbst 1938 wusste er offensichtlich wenig, doch begann er um diese Zeit mit der Suche nach einer Alternative. Er nahm zu früheren Freunden wieder Verbindung auf: zu Einsiedel und Reichwein, zu dem Unternehmer Arnold von Borsig, dem 1934 aus dem Reichswirtschaftsministerium ausgeschiedenen Wirtschaftswissenschaftler Otto von der Gablentz und dem Rechtsanwalt Eduard Waetjen. Er machte sich mit dem ehemaligen Reichsbannerführer Theo Haubach, dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff und mit Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg bekannt.

Es gibt Ausarbeitungen von 1939, in denen er Gedanken zur Selbstverwaltung und zu den sogenannten kleinen Gemeinschaften, niedergelegt hatte. In der Ausarbeitung über die «kleinen Gemeinschaften»[67] hiess es: «Gegenüber der grossen Gemeinschaft, dem Staat, oder etwaigen noch grösseren Gemeinschaften, wird nur der das rechte Verantwortungsgefühl haben, der in kleineren Gemeinschaften in irgendeiner Form an der Verantwortung mitträgt, andernfalls entwickelt sich bei denen, die nur regiert werden, das Gefühl, dass sie am Geschehen unbeteiligt sind, und bei denen, die nur regieren, das Gefühl, dass sie niemandem Verantwortung schuldig sind als der Klasse der Regierenden...» Aus dem Bestehen der «kleinen Gemeinschaften» folgerte für ihn das Prinzip der Selbstverwaltung: «Die Grundlage einer Einordnung in die Staatsverwaltung wird stets eine Form der Selbstverwaltung sein müssen; in einer rein bürokratisch organisierten Verwaltung mit Anweisungsbefugnis von der obersten bis zur untersten Stelle würden sich

die kleinen Gemeinschaften wie Fremdkörper ausnehmen.» Neben den kleinen Gemeinschaften existieren die «Gemeinwesen», womit er Landgemeinde, Kreis, Stadt und Provinz meinte. Während der Staat zentral Aussen-, Militär-, Wirtschafts- und Steuerpolitik betreibe, habe er sich gegenüber den Gemeinwesen nur auf die Aufsicht zu beschränken. Dagegen sollte das Verhältnis der Gemeinwesen zu den kleinen Gemeinschaften sehr eng sein.[68]

Kurz nach Kriegsbeginn wurde Moltke, der kriegsdienstuntauglich, aber büroverwendungsfähig geschrieben war, zum Kriegsverwaltungsrat ernannt und als Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht der Abteilung Ausland/Abwehr zugeteilt. Er arbeitete hier bis Januar 1944, wohnte auch in Berlin und fuhr gelegentlich über das Wochenende nach Kreisau. Er benutzte seine Stellung zum individuellen Widerstand gegen das Naziregime, zur Hilfe für Gefangene, Geiseln und andere Opfer des faschistischen Terrors. Er erhielt Kenntnis von geheimen Plänen und Massnahmen der faschistischen Führung, unternahm Dienstreisen in neutrale Länder und in besetzte Gebiete und konnte ständig die «Times» lesen. Pfarrer Harald Poelchau schilderte Moltke so: «Moltke war die hervorragendste Persönlichkeit, der ich in jenen Jahren begegnet bin... Der Besitzer des Gutes Kreisau...entsprach nicht der Vorstellung, die man sich gewöhnlich von einem schlesischen Landjunker macht. Hochgebildet, geistig beweglich, besass er die gesellschaftlichen Formen eines englischen Edelmannes... Er wirkte zunächst kühl, unpersönlich, bestrebt, alles Persönliche dem Sachlichen unterzuordnen.»[69]

Am 16. Januar 1940 schrieb Moltke seiner Frau, dass er «mit Peter Yorck, dem Bruder von Davy», gegessen habe, «oder vielmehr bei ihm». Davida (Davy) Gräfin von Moltke, geborene Yorck, Peter Yorcks Schwester, war mit einem Vetter Helmuths verheiratet, mit dem Diplomaten Hans Adolf von Moltke, der in den dreissiger Jahren deutscher Botschafter in Warschau war. «Ich glaube», so hiess es in dem Brief weiter, «wir haben uns sehr gut verständigt, und ich werde ihn wohl öfters sehen.»[70] Aus dieser Begegnung erwuchs eine enge Gemeinschaft, die die Grundlage des Kreisauer Kreises werden sollte.

Im Juni 1940 kam es zu einem Gespräch zwischen Moltke, Yorck und Schulenburg, bei dem Schulenburg, der als NSDAP-Mitglied noch immer an eine positive Evolution des Nationalsozialismus glaubte, eine Wette einging, dass in zehn Jahren ein Staat bestehen würde, der von allen Beteiligten akzeptiert werden könne. Moltke erinnerte Yorck in einem Brief daran und schrieb: «Wir kamen zur Frage der Definition

eines solchen Staates, und ich schlug als Kriterium die Gerechtigkeit vor, so dass Schulenburg also gewonnen haben sollte, wenn wir innerhalb von zehn Jahren... einen gerechten Staat hätten. Damit blieb übrig die Definition der Gerechtigkeit, und wir einigten uns darauf, dass Gerechtigkeit darin bestünde, dass im Rahmen des Staatsganzen ein jeder sich voll entfalten und entwickeln könne.»

Moltke benutzte diese Gelegenheit, um seine Auffassung vom Staat darzulegen, die er kurze Zeit später auch in den Kreisauer Diskussionen vertrat:

«**1.** Es ist nicht die Bestimmung des Staates, Menschen zu beherrschen und durch Gewalt oder durch Furcht vor Gewaltanwendung zu zügeln, vielmehr ist es die Bestimmung des Staates, die Menschen in eine solche Beziehung zueinander zu bringen und sie darin zu erhalten, dass der Einzelmensch von jeder Furcht befreit in voller Sicherheit und doch ohne Schaden für seinen Nächsten zu leben und zu handeln vermag.

2. Es ist nicht die Bestimmung des Staates, Menschen zu wilden Tieren oder zu Maschinen zu machen, vielmehr ist es die Bestimmung des Staates, dem Einzelmenschen denjenigen Rückhalt zu geben, der es ihm ermöglicht, Körper, Geist und Verstand ungehindert zu betätigen und zu entwickeln.

3. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, unbedingten Gehorsam und blinden Glauben an sich oder an etwas Anderes vom Menschen zu fordern, vielmehr ist es die Bestimmung des Staates, den Einzelmenschen dahin zu führen, dass er nach den Geboten der Vernunft lebt, diese Vernunft bei allen Dingen betätigt... Die letzte Bestimmung des Staates ist es daher, der Hüter der Freiheit des Einzelmenschen zu sein. Dann ist es ein gerechter Staat.»[71]

Nachdem sich Moltke und Yorck im Jahre 1940 über die Grundlagen ihrer gemeinsamen Bemühungen verständigt hatten, fanden im Verlauf des Jahres 1941 Zusammenkünfte in kleineren Gruppen statt. Dabei ging es – je nach dem Teilnehmerkreis, der zumeist von Moltke festgelegt wurde – um die Ausarbeitung programmatischer Vorstellungen für die verschiedensten Gebiete: Verfassung und Staatsaufbau, Recht, Aussen-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik. Moltke war bemüht, zuverlässige Fachleute zu gewinnen, und ersuchte sie, ihre Vorschläge für die einzelnen Bereiche auszuarbeiten.

Im Jahre 1940 waren es zunächst die Freunde aus der Arbeitslagerbewegung, insbesondere Einsiedel, Trotha und Reichwein, mit denen sich Moltke konsultierte. Durch Reichwein knüpfte Moltke Verbindun-

gen zu Mierendorff, Haubach und Gustav Dahrendorf, 1941/42 auch zu Leber, Leuschner und Maass. Da Moltke danach strebte, sich möglichst über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu informieren, nahm er 1940/41 auch Kontakt zu den im Auswärtigen Amt tätigen Trott und Haeften und zu den zur Wehrmacht einberufenen Steltzer und Peters auf. Gleiches gilt für die Herstellung der Verbindung zu Theologen in den Jahren 1941 und 1942: zu den Jesuiten Augustin Rösch, Lothar König und Alfred Delp wie auch zu den Protestanten Harald Poelchau und Eugen Gerstenmaier.

In die Tätigkeit des Kreisauer Kreises wurden auf diese Weise mehr als 50 Personen einbezogen. Die meisten Zusammenkünfte fanden in Kreisau sowie in den Berliner Wohnungen von Moltke (Derfflinger-Strasse) und Yorck (Hortensienstrasse) statt. «Wir waren», so erinnerte sich Theodor Steltzer später, «nur eine kleine Gruppe von Männern und Frauen, die sich in der Sorge um Deutschland trafen. Es ist begreiflich, dass Berlin zum Zentrum unserer Begegnungen wurde, ganz einfach, weil wir dort am unauffälligsten Zusammentreffen konnten. Wir verfügten über ausgezeichnete Informationsmöglichkeiten durch den Nachrichtendienst des Admirals Canaris und des Auswärtigen Amtes, zu dem Moltke durch die Legationsräte von Haeften und von Trott zu Solz Zugang hatte.»[72]

Moltke, Yorck und andere aktive Mitglieder des Kreises befanden sich in leitenden Stellungen in der Wehrmacht oder im Staatsapparat. Wie schon bei Hassell erwähnt, fragten sie sich, ob diese Tätigkeit mit der Gegnerschaft zum Regime zu vereinbaren sei. Dazu noch einmal Steltzer: «Für uns alle war es schwierig zu entscheiden, wieweit wir mit gutem Gewissen Funktionen in Staat und Wehrmacht ausüben konnten, deren Führung wir als verbrecherisch erkannt hatten. Ein starrer Rigorismus schien da keine Lösung zu bieten. Jeder Einzelne von uns befand sich in einer Grenzsituation, in der er sich allein entscheiden musste. Ich entschied mich dafür, in der Wehrmacht zu bleiben, weil ich hoffte, dadurch die Herbeiführung eines Umsturzes fördern zu können. Wir haben auch enge Freunde, wie z.B. Dr. von Haeften, geradezu beschworen, ihre Stellungen beizubehalten, weil sie zu unserer Information unentbehrlich waren.»[73] Diese Einstellung war bestimmend für die Mehrheit der bürgerlich-konservativen Opposition. Man betrachtete die Positionen als wichtige Möglichkeit, sich sonst nicht zugängliche Informationen zu verschaffen, und nutzte sie auch, um Opfern des Regimes zu helfen und zum Zeitpunkt des Umsturzes an Ort und Stelle sein, Hier wird aber auch die Inkonsequenz selbst der fortgeschrit-

tensten Angehörigen der nationalkonservativen Opposition deutlich, vor allem im Vergleich mit einer Widerstandsgruppierung wie etwa der «Roten Kapelle», deren Angehörige nicht warteten, bis das Regime von aussen zerschlagen wurde, sondern die ihre Funktionen in Staat, Wehrmacht und Wirtschaft ausnutzten, um den Faschismus zu schwächen und seine schnellere Niederlage herbeiführen zu helfen.

Der Überfall auf die Sowjetunion brachte für Moltke entscheidende Erkenntnisse. In antikommunistischen Vorurteilen befangen und auch zunächst fast einen deutschen Sieg wünschend,[74] schrieb er am 3. Juli 1941 seiner Frau: «Aber die Kampfmoral und die taktische Führung der Russen sind über alles Erwarten gut, und ich komme zu der Erkenntnis, dass wir über Russland doch offenbar ganz falsch unterrichtet waren; das gilt jedenfalls für mich.»[75] Am 16. Juli formulierte er: «Ich habe, durch Vorurteile verführt, geglaubt, Russland würde von innen zusammenbrechen, und wir könnten dann in dem Gebiet eine Ordnung schaffen, die uns ungefährlich sein würde. Aber davon ist nichts zu spüren; weit hinter der Front kämpfen russische Soldaten weiter, aber auch Bauern und Arbeiter; es ist genau wie in China. Wir haben etwas Schreckliches angerührt.»[76] Auch ihn erschütterten die Verbrechen, die Deutsche an Einwohnern der besetzten Gebiete verübten. In einem Brief vom 26. August 1941 finden wir bereits die Frage nach der Zukunft angesichts eines verlorenen verbrecherischen Krieges: «Wir haben offenbar doch sehr, sehr grosse Verluste. Das wäre aber noch erträglich, wenn nicht Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen... Was wird passieren, wenn das ganze Volk sich klar ist, dass dieser Krieg verloren ist, und zwar ganz anders verloren als der vorige? Das mit einer Blutschuld, die zu unseren Lebzeiten nicht gesühnt und nie vergessen werden kann, mit einer Wirtschaft, die völlig zerrüttet ist? Werden die Männer aufstehen, die imstande sind, aus dieser Strafe die Busse und Reue und damit allmählich die neuen Lebenskräfte zu destillieren?»[77] Auch er war der Meinung, dass der Umsturz in einem noch starken Deutschland erfolgen sollte, um noch günstige Friedensverhandlungen führen zu können.

Die programmatische Arbeit im Kreisauer Kreis fand ihren äusseren Ausdruck in den drei grossen Beratungen, die 1942/43 in Kreisau stattfanden.

Die erste Kreisauer Beratung fand Pfingsten 1942, vom 22. bis 25. Mai, statt. Es nahmen Moltke und Yorck mit ihren Frauen, Irene Gräfin Yorck von Wartenburg (Peters Schwester), Peters, Poelchau, Rösch, Steltzer, Reichwein und zeitweise Hans Lukaschek teil.

In den folgenden Monaten wurde in kleineren Zusammenkünften die zweite Kreisauer Beratung vorbereitet, die vom 16. bis 18. Oktober 1942 stattfand. Teilnehmer waren Moltke und Yorck mit ihren Frauen, Irene von Yorck, Steltzer, Gerstenmaier, Delp, Reichwein, Einsiedel und Hermann Maass.

Die dritte Beratung fand Pfingsten 1943, vom 12. bis 14. Juni, statt. Es waren anwesend: Moltke und Yorck mit ihren Frauen, Irene von Yorck, Trott, Gerstenmaier, Paulus van Husen, Reichwein, Einsiedel, Maass und Delp.

Die Ergebnisse der drei Beratungen wurden im Laufe des Sommers 1943 vor allem von Moltke in einigen programmatischen Dokumenten zusammengefasst: «Grundsätze für die Neuordnung», Richtlinie für die «Bestrafung von Rechtsschändern» und «Erste Weisung an die Landesverweser».

Moltke und weitere Kreisauer, wie Steltzer, Poelchau und einige andere, waren bemüht, möglichst vielen bedrängten Menschen zu helfen. Über diese Tätigkeit Moltkes berichtet Poelchau: «Ich hatte ihn oft um Hilfe gebeten, wenn es sich um Geiselerschiessungen in den besetzten Gebieten oder um Todesurteile nach Deutschland Verschleppter handelte. Und er half, wo er konnte... Wie gut war er stets unterrichtet! Ich war jedesmal überrascht, dass er oft schon vor meinem Vortrag den Sachverhalt kannte und häufig auch bereits die ersten Schritte eingeleitet hatte.»[78]

Moltke versuchte, die Massendeportation der Juden in die Vernichtungslager aufzuhalten, indem er Interessen der Wehrmacht geltend machte. An Freya berichtete er am 13. November 1941 darüber: «Dabei ist es mir tatsächlich gelungen, dem Rad der Judenverfolgung zumindest hemmend ein wenig in die Speichen zu fahren. Meine selbstherrliche Vertretung der Interessen der Wehrmacht ist von Canaris und von [General] Thomas gedeckt worden. Ich habe Briefe diktiert und beide waren sichtlich erfreut, wie eben überhaupt sobald einer steht, erstaunlich viele andere auch stehen. Aber einer muss eben immer erst vorangehen; von alleine wird so etwas nicht. Und ganz abgesehen von der grossen Unannehmlichkeit und Anstrengung des Vorangehens: wie selten habe ich Gelegenheit, es zu tun. Der Erfolg freut einen denn auch.»[79] Als er in den Besitz der drei Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, gegen die Einschränkung der kirchlichen Rechte und gegen die Euthanasie von Juli und August 1941 kam, vervielfältigte und verbreitete er sie, übermittelte sie auch seiner Frau nach Kreisau zur weiteren Verbreitung.[80]

Moltke begnügte sich jedoch nicht damit, in Einzelfällen zu helfen. Seine Dienststellung und seine Beziehungen ausnutzend, versuchte er mutig und zäh, auf den Gebieten der Behandlung von Juden, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie von Zivilpersonal aus feindlichen oder besetzten Ländern verbrecherische Anordnungen der faschistischen Führung zu verhindern oder wenigstens ihre Auswirkungen zu mildern. So war er auch an der Rettung von dänischen und norwegischen Juden beteiligt.

Nach Verhandlungen mit deutschen Militärbehörden in den Niederlanden und in Belgien schrieb Moltke im Juni 1943 aus Paris seiner Frau: «Harster [SD-General in Den Haag] hat mir jedenfalls versprochen, dass er die noch in Haft befindlichen Geiseln allmählich klammheimlich entlassen wird... Um 11 kam Craushaar [Vizechef der Militärverwaltung in Belgien] dran, der über den Erfolg meiner Reise nach Holland sichtlich erfreut und überrascht war. Ich hoffe sehr, dass sich das als ausgesprochene Erleichterung für die Leute in Brüssel auswirken wird. Zu meiner grossen Freude hat sich mein letzter Besuch dahin ausgewirkt, dass seitdem keine Belgier mehr strafweise deportiert worden sind... Ausserdem habe ich mit Craushaar verabredet, dass er die 300 Geiseln, die er noch sitzen hat, aus der Geiselhaft entlässt. Immerhin bedeuten diese Tage, dass ich zusammen mehr als 1'000 Menschen die Freiheit verschafft habe, wenn alle halten, was sie versprochen haben[81]».

Die barbarische Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, insbesondere die Tötung der Kommissare, war so offensichtlich völkerrechtswidrig, dass selbst Moltkes Amtschef Canaris beim OKW intervenierte. Am 15. September 1941 fertigten Moltke und sein Mitarbeiter Günther Jaenicke für Canaris eine Vortragsnotiz zur Vorlage bei Keitel an, in der sie feststellten, dass mit den Vernichtungsbefehlen «die Geltung kriegsrechtlicher Normen im Kampf gegen den Bolschewismus verneint» werde. Darum bestünden «nach Ansicht Amt Ausl./Abw. sowohl vom grundsätzlichen Standpunkt aus als auch wegen der sicherlich eintretenden nachteiligen Folgen in politischer und militärischer Hinsicht schwere Bedenken». Keitel wies die Einwände zurück: «Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Massnahmen und decke sie. K. 23. 9.»[82]

Am 21. Oktober 1941 schrieb Moltke an seine Frau: «Das, was mir augenblicklich am nächsten geht, sind die mangelhaften Reaktionen der Militärs.»[83] Die tiefe Enttäuschung über das Ausbleiben einer sol-

chen Reaktion sprach aus dem Brief vom 8. Februar 1942: «Eine merkwürdige Willenslähmung hat alle Menschen wieder befallen, und an die Stelle des mir vor Weihnachten immer wieder entgegengehaltenen ‚es ist zu früh» ist jetzt getreten ‚es ist zu spät». Es ist traurig zu sehen, wie recht Peter und ich in unserer Diagnose hatten, dass der 18. Dezember 1941 der «richtige Tag» war.»«[84] Der 18. Dezember war der Tag, an dem nach der Niederlage vor Moskau Brauchitsch von Hitler entlassen worden war.

Auch 1942 und 1943 setzte Moltke seine Bemühungen fort, führende Militärs zum Handeln zu bewegen. Doch die Erfolglosigkeit ernüchterte ihn. Die Opposition, so in seinem Brief an Curtis vom 25. März 1943, habe «viele Fehler gemacht. Der Hauptirrtum war, sich auf eine Aktion der Generäle zu verlassen. Diese Hoffnung war von vornherein aussichtslos, aber die meisten konnten nicht rechtzeitig davon überzeugt werden.»«[85]

Zugleich gelangte er zu der Auffassung, dass die Entfernung Hitlers durch Verhaftung oder Attentat in mehrfacher Beziehung zu verwerfen sei, dass die Nazis ihren Krieg selbst und vollständig verlieren müssten. Dies sei, so meinte er, für das deutsche Volk notwendig, damit es die Lage in ihrer Gesamtheit begreife und sowohl die politischen Erkenntnisse als auch die psychologischen Grundlagen für den Neuaufbau zu gewinnen vermöge.

Moltke hatte gegenüber der Goerdeler-Beck-Gruppe prinzipielle Einwände. Er sah in ihren Plänen den Versuch einer Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse, wie sie vor 1933 bestanden. Er und seine nächsten Freunde wollten weder eine Rückkehr zu alten Privilegien noch zum Klassenkampf- und Parteienstaat der Weimarer Republik, sondern die Errichtung eines auf sozialen Ausgleich und Gleichberechtigung aller Menschen orientierten Staatswesens, dessen ökonomische Grundlage in einer nationalisierten Grundstoff- und Schwerindustrie bestehen sollte. Obgleich ihren Vorstellungen viele utopisch-illusionäre Züge anhafteten, stand in ihnen doch der arbeitende Mensch im Mittelpunkt. Das schon erwähnte Treffen zwischen dem Moltke-Kreis und der Goerdeler-Beck-Hassell-Gruppe am 8. Januar 1943 sah Moltke so: «Mein Abend dauerte bis 1 Uhr nachts. Es war merkwürdig, weil wir bis 11 Uhr überhaupt nicht recht zum Konflikt kamen... Nach einigem Vorgeplänkel von uns kam eine wirklich tolle Erklärung heraus: platt, phantasielos u.s.w. Darauf nahm ich die Gelegenheit beim Wickel, erklärte, hierauf zu antworten hätte um 11.35 keinen Sinn mehr, denn nun beginne erst die wirkliche Diskussion. Wir

würden also heute nicht antworten. Ich schoss dann noch einen lange im Köcher behaltenen Giftpfeil ‚Kerenski-Lösung' ab, der auch tüchtig und sichtbar sass – und damit endete die Sache dramatisch und glücklicherweise nicht platt.»[86]

Moltke war dafür, die Arbeiter in die Gestaltung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens einzubeziehen, wenn auch unter bestimmten Vorbehalten, über die noch zu reden sein wird. Um das Goerdeler-Konzept als unflexibel und damit als Übergangsregime zu einer Radikallösung zu charakterisieren, prägte Moltke die Bezeichnung «Kerenski-Lösung». Eine Regierung dieser Art könnte bald von rebellierenden Massen unter Führung der Kommunisten gestürzt werden, so wie Kerenski 1917 in Russland von den Bolschewiki gestürzt worden war.

Schon erwähnt wurde Moltkes Zusammenarbeit mit einer ganzen Gruppe von Sozialdemokraten. Leuschner beauftragte Maass, die Verbindung mit dem Kreisauer Kreis zu halten. Im Juli 1942 gab es den ersten Kontakt zwischen Moltke und Maass. Julius Leber trat 1943 in engere Beziehungen zu Moltke.

Moltke und seine Freunde wollten den sozialen Ausgleich, die Klassenharmonie, eine christliche – nicht die von den Nazis pervertierte – Volksgemeinschaft. Diese Bestrebungen mussten sich zwangsläufig mit dem Reformismus der Sozialdemokraten begegnen, zumal sich unter ihnen auch profilierte christliche Sozialisten befanden. Darum begriff man sich bald gegenseitig als Partner in der Verfolgung eines gemeinsamen Zieles, wenngleich diese Partnerschaft jedoch nicht ohne Probleme blieb. Leuschner war der Überzeugung, dass die Arbeiter eine eigene und einheitliche Organisation brauchen, um ihre Rechte durchzusetzen. Das aber bedeutete im Prinzip die Anerkennung des Klassenkampfgedankens. Moltke sah in Leuschner zuweilen einen Vertreter des alten Klassen- und Parteienstaates, den man schon geistig überwunden zu haben glaubte.

Moltke war ferner bemüht, sich des Beistandes von Vertretern der Kirchen zu versichern, da er im Christentum eine wesentliche Kraft für die sittliche Erneuerung des Volkes sah. Im September 1941 suchte er den katholischen Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing, auf, mit dem er fortan noch öfter und zumeist im vollen Einvernehmen zusammentraf. Im Oktober des gleichen Jahres kam es auch zur ersten Begegnung Moltkes mit dem Jesuitenprovinzial Augustin Rösch. Weitere Verbindungen bestanden zu dem katholischen Bischof von Fulda, Johannes Dietz, zu dem evangelischen Landesbischof von Württemberg, Theophil Wurm, und zu Kardinal Michael von Faulhaber, dem Erz-

bischof von München. Moltke hoffte, die Bischöfe zu einer weniger vorsichtigen öffentlichen Kritik am faschistischen Regime bewegen zu können, wurde aber auch hier enttäuscht.

Im Frühjahr 1943 brachte Delp den Augsburger Dr. Franz Reisert, bis 1933 Mitglied der Bayerischen Volkspartei, mit Moltke zusammen. Nach dem SD-Bericht, der die Verhöre zusammengefasst wiedergab, habe Moltke dargelegt, dass Spannungen in der obersten Führung und die militärische Entwicklung es möglich machen würden, dass eine Militärdiktatur komme. Diese Militärdiktatur könne leicht von Wirtschaftsreaktionären missbraucht werden. Die Entwicklung laufe dann zwangsläufig zum Bolschewismus. Dem müsse durch den Plan einer neuen Ordnung vorgebeugt werden, die eine weitgehende Dezentralisation der Staatsführung und eine Unterteilung Deutschlands auf Grund der stammesmässigen Gegebenheiten vorsehe. Moltke rechnete offenbar damit, dass Deutschland als Einheit nicht bestehen bleiben würde, «‚da Deutschland in seiner jetzigen Form... irgendwie eine Herausforderung für die Welt bedeute» (Aussage Reisert).»[87] Es gab dann noch mehrere Gespräche, zu deren Teilnehmern auch Moltke gehörte. Dabei kam es zu Meinungsgegensätzen, die Reisert später wie folgt kennzeichnete: «Moltke und, wie ich glaube, auch Graf Yorck waren vor allem für die Überwindung aller sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft, für einen Sozialstaat, wobei Moltke soweit ging, dass Grund und Boden Staatseigentum werden sollten, eine Auffassung, die sowohl von Sperr und mir bekämpft wurde.»[88] Fugger, Reisert und Sperr sprachen sich auch gegen Moltkes Verwaltungsreformpläne aus, insbesondere gegen die Aufteilung Bayerns in mehrere Verwaltungseinheiten.

Weitere Kontakte bestanden zur Berlin-Steglitzer Gruppe «Onkel Emil», die sich nicht nur auf kritische Erörterungen der politischen Entwicklung beschränkte, sondern seit 1938 unter persönlichen Opfern jedes Mitglieds auch verfolgten Juden half. In dieser Zeit war das überhaupt ein wesentliches Merkmal der Tätigkeit aktiver bürgerlicher Hitlergegner.[89] Später dehnte die Gruppe ihre Arbeit auf die Hilfe für politisch Verfolgte aller Richtungen aus. Schon vor Kriegsbeginn war Peters oft Gast in dieser Gruppe, diente ihr als wichtiger Informand und brachte auch Moltke in den Steglitzer Kreis.

Zur KPD und ab 1943 zum Nationalkomitee «Freies Deutschland» verhielten sich Moltke und einige Freunde ablehnend, bestand doch eine wesentliche Triebkraft ihres Handelns darin, durch rechtzeitiges und politisch-sozial flexibles Handeln einer kommunistischen Domi-

nanz zuvorkommen zu wollen. Die allgemeinen Ursachen für den Antikommunismus der bürgerlichen Opposition wurden schon angedeutet: ihre soziale und politische Zusammensetzung, das prinzipielle Bekenntnis zum kapitalistischen Privateigentum als ökonomischer und zum Christentum als geistiger Grundlage der Zukunftsgesellschaft, die Ablehnung des stalinistischen Regimes in der Sowjetunion, zu dem sich aber die KPD uneingeschränkt bekannte. Hinzu kam der starke Druck, dem besonders die Kommunisten seitens der faschistischen Terrororgane ausgesetzt waren, wozu auch die Bestrebungen der Gestapo gehörten, durch Einschleusen von Spitzeln die illegalen Widerstandsgruppen aufzudecken. Die Stellung Moltkes zu den Kommunisten wird auch in folgendem Vorgang deutlich. Als seine Versuche erfolglos blieben, während seiner dienstlichen Aufenthalte in der Türkei im Juli und Dezember 1943 Kontakt zu dem amerikanischen Botschafter in Kairo, Alexander Kirk, herzustellen, fassten seine deutschen Mittelsmänner in der Türkei, die zugleich für den Geheimdienst der USA arbeiteten, Dr. Hans Wilbrandt und Prof. Alexander Rüstow, Moltkes vorgetragene Ansichten in einem Exposé – später «Herman-Dossier» genannt – zur Weiterleitung über den US-Geheimdienst zusammen. Darin hiess es u.a.:

«Die Gruppe, der Persönlichkeiten der verschiedensten liberalen und demokratischen Parteien und Schulen angehören, hält eine Bolschewisierung Deutschlands durch die Entstehung eines Nationalkommunismus für eine tödliche Zukunftsgefahr für Deutschland und die europäische Völkerfamilie. Ihr muss mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden, vor allem muss verhindert werden, dass der Krieg durch einen Sieg der Roten Armee entschieden wird und die Russen vor den angelsächischen Armeen Deutschland besetzen. Es muss ferner vermieden werden, dass eine demokratische Regierung in Gegensatz zu den Massen der deutschen Arbeiter gerät. Eine antikommunistische demokratische Innenpolitik wird sich nur ermöglichen lassen auf Grund einer loyalen aussenpolitischen Zusammenarbeit mit Russland, unter Vermeidung jedes Konflikts mit dieser Macht. Es muss versucht werden, möglichst viele prorussisch eingestellte deutsche Kreise nicht abzustossen, sondern zu gewinnen. Und schliesslich muss jede Situation vermieden werden, die es ermöglichen würde, eine demokratische deutsche Regierung als antinational zu bekämpfen und gegen sie eine Einheitsfront der nationalen, kommunistischen und prorussischen Kräfte zu Stande zu bringen.

... Eine solche demokratische Regierung müsste, um gegenüber dem linken Radikalismus nicht in aussichtsloser Lage zu sein, innenpolitisch

mit einem starken linken Flügel operieren und sich mit Nachdruck auf Sozialdemokraten und Gewerkschaftskreise stützen. Sogar die Zusammenarbeit mit persönlich integren unabhängigen Kommunisten sollte, wenn nötig, versucht werden.»[90]

Während Kirk die Entgegennahme von deutschen Vorschlägen ablehnte, wurde das Dokument vom US-Geheimdienst nach Washington geleitet und soll bis zu Präsident Roosevelt gelangt sein. Wie Freya von Moltke schreibt, kann es jedoch «nur mit Vorbehalt» als Darlegung von Moltkes Ansichten betrachtet werden.[91]

Ständige und recht enge Verbindung hatten Moltke und seine Freunde mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Norwegen und Schweden, da Steltzer seit dem 1. August 1940 bevollmächtigter Transportoffizier im Stab des Wehrmachtbefehlshabers Norwegen in Oslo war. Die Norweger waren von Moltkes Persönlichkeit stark beeindruckt. «Sie fanden allerdings», berichtet Steltzer, «dass eine gewisse Melancholie von ihm ausging. Mein Malerfreund Sörensen sagte von ihm: «Ich könnte ihn nur als den heiligen Sebastian malen».»[92]

Verbindungen nach den Niederlanden wurden hauptsächlich durch Trott aufrechterhalten. Aber auch Moltke war einmal bei den deutschen Besatzungsbehörden, um Geiselerschiessungen zu verhindern. Anfang Juni 1943 traf er den niederländischen Diplomaten J. H. van Roijen, einen der Führer des Widerstandes, der nach dem Kriege Aussenminister und Botschafter in London wurde. Für Moltke war die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates selbstverständlich. Nach Bekanntwerden der faschistischen Verbrechen in Polen wurde es ihm immer klarer, dass zu den Wiedergutmachungsleistungen einmal auch die Übergabe deutscher Gebiete an Polen gehören werde. Er rechnete – ohne Bitterkeit und Vorwurf – mit dem Verlust Schlesiens.[93]

Bereits seit Sommer 1943 erwartete er, dass Deutschland ganz oder teilweise militärisch besetzt wird oder dass eine Zentralregierung nicht vorhanden ist. In dieser Situation sollten in den einzelnen deutschen Landesteilen «Landesverweser» eingesetzt werden, die nach einheitlichen Grundsätzen handeln und so die gleichartige Entwicklung in ganz Deutschland gewährleisten sollten. Der Orientierung der Landesverweser, denen die Wehrkreisbefehlshaber unterstellt sein sollten,[94] diente die «Erste Weisung an die Landesverweser», die von Moltke am 9. August 1943, nach der dritten Kreisauer Beratung, fixiert wurde. Der Landesverweser sollte «für die Rechtssicherheit, persönliche Freiheit und echte Mitverantwortung der gesamten Landesbevölkerung Sorge tragen» und sich dabei auf folgende gesellschaftlichen Kräfte stützen:

«Die freiheitlich gesonnene deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die christlichen Kirchen vertreten und führen diejenigen Volkskräfte, aus denen heraus der Aufbau in Angriff genommen werden kann... Auf diese Kräfte gestützt, übertragen wir Ihnen die hohe Verantwortung, in dem Ihnen überwiesenen, in seinen Abgrenzungen aus der anliegenden Karte ersichtlichen Gebiet das Amt des Landesverwesers zu übernehmen und sich in den Besitz der dafür erforderlichen Machtmittel zu setzen.»[95]

Für Moltke und seine Kreisauer Freunde gab es keine Zweifel hinsichtlich der Beseitigung des Naziregimes. Dazu hiess es in der Weisung:

«Bei der Personalbesetzung haben Sie vollständig freie Hand zu allen Massnahmen, die Sie zur Sicherstellung einer geordneten Verwaltung und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für erforderlich halten. Aus wichtigen Stellungen sind alle irgendwie führenden Nationalsozialisten grundsätzlich zu entfernen.

Nach Auswahl ihrer engsten Mitarbeiter sind zunächst die Schlüsselstellungen mit unbedingt zuverlässigen Kräften zu besetzen... Bei den notwendigen Verhaftungen hat der Massstab des persönlichen Verschuldens ... zu gelten, das Verschulden ist möglichst umgehend im ordentlichen Rechtswege zu prüfen und abzuurteilen. Darüber hinaus sind alle Personen zu verhaften, bei denen der Verdacht besteht, dass sie den Staat bei der Durchführung seiner notwendigen Massnahmen hindern könnten.

Die Befreiung der zu Unrecht ihrer Freiheit Beraubten ist sofort in die Wege zu leiten.»

Alle Gesetze und Anordnungen, die Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation, Rasse oder Religion benachteiligten, sollten nicht angewendet werden, darauf beruhende Massnahmen waren aufzuheben. Von besonderem Interesse sind die Richtlinien über die Bestrafung von «Rechtsschändern».[96] Sie gingen von der Erkenntnis aus, dass unter der «nationalsozialistischen Herrschaft zahlreiche Verletzungen des Rechts begangen worden sind», deren Bestrafung «zur Wiederaufrichtung der Herrschaft des Rechts und damit des inneren und äusseren Friedens ein dringendes Gebot» ist. Als «Rechtsschänder» war zu bestrafen, «wer wesentliche Grundsätze des göttlichen oder natürlichen Rechts, des Völkerrechts oder des in der Gemeinschaft der Völker überwiegend übereinstimmenden positiven Rechts in einer Art bricht, die erkennen lässt, dass er die bindende Kraft dieser Rechtssätze freventlich missachtet», aber

auch derjenige, der «den Befehl zu einer rechtsschänderischen Handlung gibt, in verantwortlicher Stellung dazu auffordert oder allgemeine Lehren oder Weisungen rechtsschändericher Art erteilt». Letzteres bedeutete faktisch, dass auch die sogenannten Schreibtischtäter bestraft werden sollten. Ferner wurde sehr deutlich erklärt: «Bei einer auf Befehl ergangenen Rechtsschändung ist der Befehl kein Strafausschliessungsgrund, es sei denn, dass es sich um unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben des Täters handelt oder ein sonstiger Zwang vorliegt, der nach den näheren Umständen die Befolgung des Befehls nicht als offenkundig unsittlich erscheinen lässt.»

Neben den gerichtlichen Schritten gegen die Naziführer und -helfer verlangte das Dokument eine «gesondert zu behandelnde Wiedergutmachung» gegenüber den «durch Gewalt und Willkür an Leib und Leben, Vermögen, Ehre und in ihren öffentlichen Rechten verletzten und unterschiedlich behandelten Personen». Für die Wiedergutmachung war das Vermögen der «Rechtsschänder» heranzuziehen. Die Bestrafung der «Rechtsschänder» sollte durch ein «gemeinsames Völkergericht» unter deutscher Beteiligung erfolgen. Es wurde dafür der Internationale Gerichtshof im Haag vorgeschlagen. Ein internationales Gericht ohne deutsche Beteiligung hielt man für unzweckmässig. Das Strafgericht sollte sich gegen die faschistischen Mörder und ihre Hintermänner richten, nicht aber gegen die irregeführten Werktätigen.

Insgesamt gesehen, boten die grösstenteils von Moltke und auch von Yorck initiierten Kreisauer Vorstellungen bedeutende Möglichkeiten für eine antifaschistische und demokratische Entwicklung in Deutschland. Ihre Realisierung hing natürlich wesentlich von den Siegermächten und von der Kraft der demokratischen Bewegung von unten, insbesondere der Arbeiterbewegung, ab.

Das galt auch für die 1943 beschlossenen und von Moltke formulierten «Grundsätze für die Neuordnung», in denen es hiess: «Die Existenzsicherung der Werktätigen ist um ihrer Menschenwürde willen Aufgabe der Wirtschaftsführung. ... Die Reichsregierung sieht die Grundlage des Wiederaufbaus der Wirtschaft in einem geordneten Leistungswettbewerb, der sich im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung vollzieht und hinsichtlich seiner Methoden ständiger staatlicher Aufsicht unterliegt.»[97] In diesen Aussagen ist wieder der direkte Einfluss Moltkes zu spüren, der schon 1940 den Staat als den «unbeschränkten Herrn der Wirtschaft» bezeichnet und ihm als Aufgabe unter anderem zugewiesen hatte, «allen die Beschaffung der notwendigen Lebensgüter zu ermöglichen», «zu verhindern, dass Einzelne sich einen

ungerechten Anteil an den überschüssigen Lebensgütern verschaffen» und dass die «errungene Unabhängigkeit von der Natur nicht durch eine erhöhte rein wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Menschen erkauft wird.» Ferner soll der Staat Mittel für die «nichtwirtschaftlichen» und «höheren Zwecke», wie Erziehung, Wissenschaft, bereitstellen, «ohne der Wirtschaft Einfluss auf den Inhalt dieser Zwecke zu gestatten.»[98]

Es gelang Moltke nicht, seine Auffassungen voll durchzusetzen.[99] Dennoch enthielt das Wirtschaftsprogramm Forderungen, deren Erfüllung wesentliche Voraussetzungen hätten schaffen können, um das ökonomische Grundanliegen des Kreisauer Zukunfsstaates, die menschenwürdige «Existenzsicherung der Werktätigen», zu erreichen. Diesem Ziel dienten auch folgende Aussagen in den «Grundsätzen»: «Wo die vorhandenen Bindungen und Verflechtungen der Wirtschaft (Monopole, Kartelle, Konzerne) diesen Leistungswettbewerb ausschliessen, ist es Aufgabe der Wirtschaftsführung, die Grundsätze des geordneten Leistungswettbewerbs zur Geltung zu bringen und die Interessen der Gesamtheit zu wahren. Das Gemeinschaftsinteresse der Wirtschaft an den Grossindustrien erfordert in besonderem Masse bei diesen Industriezweigen eine straffe Wirtschaftsführung des Staates. Schlüsselunternehmen des Bergbaues, der eisen- und metallschaffenden Industrie, der Grundchemie und der Energiewirtschaft werden in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden.»[100]

Die «Grundsätze» verkündeten: Der Weg zur inneren Neuordnung «liegt offen in der entschlossenen und tatkräftigen Verwirklichung christlichen Lebensgutes. Die Reichsregierung ist daher entschlossen, folgende nach innen und aussen unverzichtbare Forderungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu verwirklichen:

1. Das zertretene Recht muss wieder aufgerichtet und zur Herrschaft über alle Ordnungen des menschlichen Lebens gebracht werden. Unter dem Schutz gewissenhafter, unabhängiger und von Menschenfurcht freier Richter ist es Grundlage für alle zukünftige Friedensgestaltung.
2. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet...
3. Brechung des totalitären Gewissenszwanges und Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung. Jedermann wirkt in voller Verantwortung an den verschiedenen sozialen, politischen und internationalen Lebensbereichen mit. Das Recht auf Arbeit und Eigentum steht ohne Ansehen der Rassen, Volks- und Glaubenszugehörigkeit unter öffentlichem Schutz.

4. Die Grundeinheit friedlichen Zusammenlebens ist die Familie. Sie steht unter öffentlichem Schutz, der neben der Erziehung auch die äusseren Lebensgüter: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Garten und Gesundheit sichern soll.

5. Die Arbeit muss so gestaltet werden, dass sie die persönliche Verantwortungsfreudigkeit fördert und nicht verkümmern lässt...

6. Die persönliche politische Verantwortung eines Jeden erfordert seine mitbestimmende Beteiligung an der neu zu belebenden Selbstverwaltung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaften. In ihnen verwurzelt und bewährt, muss seine Mitbestimmung im Staat und in der Völkergemeinschaft durch selbstgewählte Vertreter gesichert und ihm so die lebendige Überzeugung der Mitverantwortung für das politische Gesamtgeschehen vermittelt werden.»[101]

Über den staatlichen Aufbau des Deutschen Reiches wurde folgendes gesagt: Das Reich war neu zu gliedern. Jedes Land sollte – um «überschaubar» zu sein – nur drei bis fünf Millionen Einwohner umfassen. Das bedeutete, dass die grossen Länder, wie Preussen und Bayern, aufzulösen waren.

Zur angestrebten Mitverantwortung der «Person» stand es jedoch im Widerspruch, wenn das aktive Wahlrecht den Bürgern erst mit vollendetem 21. Lebensjahr, das passive erst mit dem 27. Lebensjahr gewährt werden sollte, wie die Pläne weiter vorsahen. Hinzu kam, dass Frauen nicht in die Landtage und in den Reichstag gewählt werden konnten; hier ging das Kreisauer Programm bis hinter das Jahr 1918 zurück. Dagegen sollten «Familienoberhäupter» bei den Gemeinde-, Kreis- und Stadtvertretungswahlen für jedes Kind unter 21 Jahren eine zusätzliche Stimme erhalten.

Politische Parteien als Instrumente der politischen Willensbildung waren zunächst nicht vorgesehen. Ihre spätere Bildung schlossen Moltke und andere nicht aus, doch sollte der ihnen zugewiesene Spielraum gering bleiben.

Über die Staatsführung wurde Folgendes gesagt:

«**1.** Der Reichstag wird von den Landtagen gewählt. Wählbar ist jeder männliche Reichsbürger, der das 27. Lebensjahr vollendet hat. Nicht wählbar sind politische Beamte und Waffenträger. Vorläufig ist durch die Wahlordnung sicherzustellen, dass mindestens die Hälfte der Gewählten nicht einer der wählenden Körperschaften angehört.» Dem Reichstag oblagen folgende Aufgaben: Beschluss über den Reichshaushalt, die Reichssteuern und die Reichsgesetze, Fragerecht gegenüber dem Reichskanzler und Resolutionsrecht zu allen Fragen

der Reichspolitik, Wahl des Reichsverwesers auf Vorschlag des Reichsrates.

«**2.** Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Fachministern. Der Reichskanzler wird von dem Reichsverweser mit Zustimmung des Reichstags berufen; die Minister werden vom Reichsverweser auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt...

3. Der Reichsrat besteht aus den Landesverwesern, den Präsidenten des Reichstages und der Reichswirtschaftskammer und aus vom Reichsverweser mit Zustimmung der Reichsregierung auf 8 Jahre berufenen Reichsräten.»

Der Reichsrat soll dem Reichstag Kandidaten für die Wahl des Reichsverwesers vorschlagen, Grundsätze für die Versetzung von Beamten aus dem einen Land in ein anderes Land und aus dem Dienst eines Landes in den Dienst des Reiches festsetzen, Empfehlungen an den Reichstag richten, die Disziplinargerichtsbarkeit über die Reichsregierung und die Landesverweser ausüben.

«**4.** Der Reichsverweser wird auf Vorschlag des Reichsrats vom Reichstag auf 12 Jahre gewählt.» Er hat den Oberbefehl über die Wehrmacht und den Vorsitz im Reichsrat. Mit Gegenzeichnung des Reichskanzlers vertritt er das Reich nach aussen, vollzieht die Reichsgesetze, ernennt und entlässt die Reichsminister und Reichsbeamten.[102]

Etwas seltsam mutet die Forderung an, Waffenträgern das passive Wahlrecht grundsätzlich zu verweigern. Moltke war ein Gegner des Militarismus, ohne allerdings tiefer nach dessen Hintergründen zu fragen. Er wollte aber auf jeden Fall den Einfluss der Militärs im Staate zurückdrängen. So schrieb er an Curtis, «dass wir eine Revolution brauchen, nicht einen Staatsstreich, und eine solche Revolution wird den Generälen niemals denselben Spielraum und dieselbe Stellung geben, wie sie ihnen von den Nazis eingeräumt worden sind und heute noch eingeräumt werden.»[103]

Eine solche Staatskonstruktion war offensichtlich nur begrenzt geeignet, das Prinzip der Volkssouveränität durchgängig zu verwirklichen. Für gesellschaftliche Verantwortung und demokratische Mitbestimmung und Mitwirkung boten sich sicher in den kleinen Gemeinschaften, Gemeinden und auch noch in den Kreisen grosse Möglichkeiten. Aber je weiter es auf der Stufenleiter nach oben ging, desto elitärer musste – angesichts der spezifischen und wiederholten Ausleseverfahren – zwangsläufig die Staatsmacht werden. Die Gründe für eine solche Staatskonstruktion dürften auch in den negativen Erfahrungen mit dem Parlamentarismus der Weimarer Zeit, mit den Erfolgen

der faschistischen Massendemagogie und in der Mystifizierung der «Persönlichkeit» als Gegenpol zur gefürchteten «Vermassung» zu suchen sein. Auch hegte Moltke die Sorge, das Volk würde, da es zu einem grossen Teil von der faschistischen Ideologie vergiftet war – was ja stimmte –, für eine gewisse Zeit noch nicht in der Lage sein, die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen. Darum sollte die Führung in den Händen einer nach Charakterfestigkeit, Erfahrung und Bildung ausgewählten Elite liegen.

Es war vor allem Moltke, der sich 1941 sehr stark mit der Idee einer europäischen Föderation beschäftigte. In einer Denkschrift vom 24. April 1941 entwickelte er folgende Vorstellung: «Der Frieden bringt eine einheitliche europäische Souveränität von Portugal bis zu einem möglichst weit nach Osten vorgeschobenen Punkt, bei Aufteilung des ganzen Festlandes in kleinere nichtsouveräne Staatsgebilde, die unter sich Verflechtungen politischer Art haben. Einheitlich sind mindestens: Zollgrenzen, Währung, Auswärtige Angelegenheiten einschliesslich Wehrmacht, Verfassungsgesetzgebung, möglichst ausserdem Wirtschaftsverwaltung.»[104] Europa sollte in «historisch gewordene Selbstverwaltungskörper unterteilt» werden und eine dezentralisierte Kulturverwaltung und unterschiedliche innerstaatliche Verfassungen, jedoch eine einheitliche oberste Regierungsgewalt besitzen. «Die oberste Regierungsgewalt wird ausgeübt von einem Kabinett von 5 Personen: Ministerpräsident, Aussenminister, Wehrminister, Innenminister, Wirtschaftsminister... Neben dem Kabinett dieser Fachminister gibt es ein Länderkabinett, das aus Vertretern der Landesregierungen gebildet wird und eine ständige, beratende Funktion hat.»[105] Durch die europäische Föderation sollte auch «das absolute Übergewicht der bisherigen grossen Staaten Deutschland und Frankreich gebrochen» werden.[106]

Moltke wandte sich gegen Attentat und Gewaltanwendung, weil er den Neubeginn nicht mit einer Bluttat belastet sehen wollte. Doch Freya ist überzeugt, dass er sich «der Mehrheit nicht widersetzt [hätte], wenn er frei und bei den Gesprächen zur Vorbereitung des Attentats beteiligt gewesen wäre»[107].

Die Tätigkeit des Kreisauer Kreises erfuhr eine jähe Unterbrechung, als Moltke am 18. Januar 1944 plötzlich verhaftet wurde. Der Schlag des Reichssicherheitshauptamtes, das Moltkes Wirken schon länger misstrauisch beobachtet hatte, stand aber zunächst nicht mit dem Kreis in Zusammenhang, da die Gestapo von seiner Existenz noch nichts wusste.

Moltke hatte von der drohenden Verhaftung des ihm bekannten

Gesandten a. D. Otto Karl Kiep Kenntnis erhalten und ihn gewarnt. Die Gestapo erfuhr von dieser Warnung und nahm Moltke in «Schutzhaft». Man hatte aber nicht die Absicht, ihn zu verurteilen, sondern er sollte nur als «pflichtvergessener Beamter» strafversetzt werden.

Seine Rolle als führender Kopf des Kreisauer Kreises wurde erst einige Wochen nach dem 20. Juli 1944 aufgedeckt.

4. Johannes Popitz

Eduard Hermann Johannes Popitz wurde am 2. Dezember 1884 in Leipzig als Sohn eines Apothekers geboren, wuchs aber infolge des frühen Todes seines Vaters im Hause seines Grossvaters, des Dessauer Landgerichtspräsidenten Rudolph, auf, der für eine gute Schulbildung sorgte.[108] Nach dem Besuch des Dessauer Gymnasiums studierte er Jura und Staatswissenschaften in Lausanne, Leipzig, Berlin und Halle. Promotion – mit «summa cum laude» –, 1907 bis 1910 Regierungsreferendar in Köln, 1910 bis 1913 Regierungsassessor in Beuthen (Oberschlesien), 1914 bis 1919 Beamter – seit 1918 Regierungsrat – im preussischen Innenministerium und seit 1917 auch im Reichsschatzamt, seit März 1919 Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Reichsfinanzministerium, 1921 Ernennung zum Ministerialdirektor, 1925 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium – das waren die Stationen seiner erfolgreichen Karriere. Als Staatssekretär arbeitete er zeitweilig unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Rudolf Hilferding, mit dem er gemeinsam 1929 zurücktrat. Seit 1923 war er zugleich Honorarprofessor für Finanz- und Steuerrecht an der Berliner Universität. Möglichkeiten, die ihm die Universitäten Berlin und Kiel für eine Berufung zum Hochschullehrer anboten, lehnte er ab. Er besass vielseitige geistige Interessen, insbesondere auch für klassische Archäologie, und unternahm Reisen nach Griechenland, Italien, Dalmatien, Ägypten und in den Orient. Das Deutsche Archäologische Institut ernannte ihn zu seinem Ehrenmitglied und die Gesellschaft für antike Kultur wählte ihn 1928 zu ihrem Präsidenten. Nachdem er sich von 1929 bis 1932 im einstweiligen Ruhestand befunden hatte, ernannte ihn Reichskanzler Franz von Papen am 31. Oktober 1932 – nach dem «Preussenschlag» vom 20. Juli – zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und beauftragte ihn mit der kommissarischen Leitung des preussischen Finanzministeriums. Die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung ernannte ihn am 21. April 1933 zum preussischen Staats- und

Johannes Popitz

Finanzminister. Bis zu seiner Verhaftung am 21. Juli 1944 stand er an der Spitze dieser Institution, seit 1934 das einzige noch verbliebene preussische Ministerium. Popitz war nicht Mitglied der NSDAP, aber 1937 wurde ihm ehrenhalber das goldene Parteiabzeichen verliehen. Er war ein konservativer Politiker, der zunächst eine leitende Position im Nazireich einnahm, aber allmählich, insbesondere seit 1938, in Widerspruch zu den Herrschenden geriet. In seinem Haus in Berlin-Dahlem trafen sich Goerdeler, Hassell, Beck, General Friedrich Olbricht, General von Falkenhausen, Staatssekretär a.D. Erwin Planck, Prof. Albrecht Haushofer und andere Angehörige der bürgerlichen Opposition.

Reichstagsabgeordneter und Reichsminister a. D. Günther Gereke (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), der mit Popitz schon aus der Weimarer Zeit befreundet war, berichtete in seinen Erinnerungen über eine Begegnung 1938, nach dem «Anschluss» Österreichs: «So kam ich zum erstenmal nach meiner Haft wieder nach Berlin und konnte mich im Hause von Dr. Popitz mit Langbehn [Rechtsanwalt Dr. Karl Langbehn] und Wilhelm Leuschner, den ich aus dem Reichstag und vielen gemeinsamen Besprechungen über die Arbeitsbeschaffung gut kannte, treffen... Eingedenk der mit Schleicher gemachten Erfahrungen, betonte ich wiederholt, dass die Ausschaltung der Nazis nicht allein durch einige Persönlichkeiten aus dem Kreise der Wehrmacht erfolgen dürfe. Ich verwies darauf, dass dies begleitet sein

müsse von einer Unterstützung der sozialdemokratischen und auch der kommunistischen Widerstandsgruppen. Die starken Bedenken von Dr. Popitz und Generaloberst Beck gegen die Zusammenarbeit mit kommunistischen Widerstandsgruppen glaubte ich in unseren späteren Zusammenkünften zwar weitgehend zerstreut zu haben, aber ich behielt den Eindruck, dass hier noch prinzipielle Auseinandersetzungen folgen würden.»[109]

Im Verhör vor der Gestapo sagte später Hassell über Popitz aus: «Bei diesen Unterhaltungen wurde im Laufe der Zeit immer mehr als Selbstverständlichkeit zugrunde gelegt, dass eine Rettung aus dem nach unserer Meinung drohenden Unheil eines verlorengehenden Krieges nur durch eine Umbildung oder Neubildung der Regierung erzielt werden könnte. *Popitz kam zu der Überzeugung, dass ein Sturz der gegenwärtigen Regierung unumgänglich sein würde...* Er hat an vorbereitenden Besprechungen hierüber teilgenommen und war *über die Pläne hinsichtlich eines militärischen Gewaltaktes im Bilde.* «[w]

Popitz lehnte nicht nur die Zusammenarbeit mit Kommunisten ab, auch Forderungen nach Verstaatlichung von Grossbetrieben und entscheidender Mitarbeit der Gewerkschaften stiessen bei ihm, für den sogar Goerdeler in der Frage der Gewerkschaften schon zu weit ging, auf entschiedenen Widerspruch. In einem SD-Bericht an Bormann vom 24. November 1944 über die Vernehmungen der inhaftierten Verschwörer hiess es: «Innerhalb der Verschwörerclique waren einzelne Sondergruppen und Personen mit Goerdelers Bemühungen um die «Arbeiterschaft» in Gestalt der ehemaligen Funktionäre nicht einverstanden. Zu dem Plan der Einheitsgewerkschaft hat vor allem Popitz erklärt: ‚Es war für mich klar, dass mit der Einheitsgewerkschaft ein Machtzentrum ersten Ranges geschaffen würde, vor allem, wenn man diesen Gewerkschaften das Vermögen und die Einrichtung der Arbeitsfront überliess. Ich hatte den Eindruck, dass hier ein Druck ausgeübt wurde, dem Goerdeler glaubte weichen zu müssen.» An einer anderen Stelle heisst es, dass der Plan der Einheitsgewerkschaft ihm und Jessen ganz abwegig und politisch gefährlich erschienen sei. «Wir waren der Auffassung, dass die Wiederentstehung der Gewerkschaften einen Staat im Staate bedeute.»«[111]

Überliefert sind folgende Aussagen Goerdelers über Popitz' Einstellung zur Gewerkschaftsfrage: «Popitz glaubte, man dürfe *der Arbeiterschaft nicht einen grossen Zusammenschluss gestatten. Ein solcher würde sie zur Macht im Staate machen.* Er wollte daher nur sogenannte *Betriebsgewerkschaften* schaffen und übersah, dass viele Fra-

gen der Sozialpolitik nicht vom Standpunkt des einzelnen Betriebes in Angriff genommen werden müssen, sondern vom Standpunkt *grosser, das ganze Reich überziehender Fach- und Berufsorganisationen...*

Auch sei das Misstrauen unerträglich, mit dem er *wieder zu verhindern suchte, dass schliesslich eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende Gewerkschaft zustande käme,* die ja auch allein organische Fortsetzung der ebenfalls allumfassenden Arbeitsfront sein könnte. Der Unterschied zu der Organisation der Arbeitsfront, die sich in der Zusammenfassung aller Schaffenden durchaus bewährt habe, solle und würde also ausgesprochen darin liegen, dass die Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit und zum Tragen der Mitverantwortung nach den Grundsätzen gesunder Selbstverantwortung herangezogen werden sollten. Herr Popitz dagegen strebe eine Zerschlagung dieser Totalorganisation an.»[112]

Die Ansichten von Popitz wurden auch von Jessen und Hassell geteilt. Leuschner und Jakob Kaiser, ehemaliger Geschäftsführer in den Christlichen Gewerkschaften, kamen nach Gesprächen mit Popitz zu der Auffassung, dass in der Frage künftiger Gewerkschaften eine gemeinsame Basis nicht gegeben sei. Leuschner fand, berichtete Elfriede Nebgen, Lebensgefährtin Kaisers, «ebenso wenig wie Kaiser eine Basis der Verständigung. So wurde Goerdeler bei der nächsten Begegnung eröffnet, dass man Popitz schon wegen der grundverschiedenen Auffassung über zukünftige freie Gewerkschaften für spätere politische Zusammenarbeit ablehne. Dabei ist es geblieben. In allen weiteren Überlegungen für den Tag nach Hitler konnte der Name Popitz keine konkrete Rolle mehr spielen.»[113]

Wenn Hassell in seinem Tagebuch zuweilen vom «reaktionären» Goerdeler sprach, so muss man dies im historischen Zeitverständnis sehen. Goerdeler schien Hassell und Popitz zu sehr an die Weimarer Republik gebunden, das bezeichneten sie als «reaktionär», während ihnen selbst in viel stärkerem Masse ein autoritärer Staat vorschwebte, in dem es nicht einmal eine einheitliche, selbständige und starke Gewerkschaftsbewegung geben sollte. Popitz verfolgte darum mit Misstrauen Goerdelers Kontakte zu den Gewerkschaftsvertretern, seine Bestrebungen, den geplanten Umsturz auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Offensichtlich gab es für ihn nur eine «Lösung» der sozialen Frage «von oben». Am 2. Juni 1943 hielt er in der Mittwochsgesellschaft einen Vortrag über die «Arbeiterfrage», in dem er eine soziale Reform forderte – allerdings ohne praktische Vorschläge – , da sonst die «Gefahr, ja die Wahrscheinlichkeit bestehe, dass «jede politische Ord-

nung alsbald nur mit diktatorischen, ja mit terroristischen Mitteln aufrecht erhalten werden kann, sei es, dass es sich um eine Diktatur des Proletariats handelt oder um die Diktatur einer militärisch oder sonst gewaltmässig gestützten bestimmten Gruppe.»[114]

Im Juli 1941 traf sich Popitz mit dem Ex-Kronprinzen Wilhelm, der ihm erklärte, «dass er bereit sei, in die Bresche zu springen und alle Opfer und Gefahren, über die er sich völlig klar sei, in Kauf zu nehmen»[115]. Doch Popitz wie auch Hassell verhielten sich diesen Angeboten gegenüber zurückhaltend.

Popitz hatte enge Beziehungen zu dem Rechtsanwalt Karl Langbehn, der wiederum mit Himmler in Verbindung stand und diesen für eine Mitwirkung bei der Änderung der Verhältnisse in Deutschland zu gewinnen suchte. Durch Vermittlung Langbehns kam es im August 1943 sogar zu einem Treffen Popitz' mit Himmler. Es stellte sich aber heraus, dass Himmler diese Kontakte für die Ausspähung der mit Langbehn in Beziehung stehenden Oppositionellen, d.h. Popitz und dessen Freunde, ausnutzte. Langbehn wurde im September 1943 verhaftet, Popitz einer intensiven Beobachtung unterzogen.

Bei den Diskussionen über die Besetzung von Regierungsstellen nach erfolgreichem Umsturz gab es immer wieder Bedenken gegen Popitz. Hassell notierte am 13. November 1943: «Eine weitere Erschwerung der Arbeit besteht in der offenbar gewachsenen Abneigung erheblicher Kreise gegen Geissler [Popitz], erstens weil er zu lange mitgemacht habe, zweitens wegen seiner intellektuellen, belehrenden Art. Wenigstens behauptet Pfaff [Goerdeler], der mich nach längerer Pause mehrfach aufsuchte, dass sowohl die Arbeitervertreter wie der «junge Kreis' absolut gegen G.[Popitz] seien.»[116]

Um die Jahreswende 1939/40 hatte Popitz ein «Gesetz über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben» (Vorläufiges Staatsgrundgesetz) entworfen, das sich in seinem Nachlass gefunden hat und konkreten Aufschluss über seine Zukunftsvorstellungen gibt.[117] Ausgehend von der Feststellung, dass die «Grundlagen des Zusammenlebens der deutschen Menschen» völlig zerstört, selbst die «einfachsten Gesetze der Menschlichkeit» missachtet worden sind, wurden folgende «Grundsätze» verkündet:

«**1.** In allen Lebensbeziehungen sollen die Regeln des Anstandes und der guten Sitten oberstes Gesetz des Handelns sein.

2. Unverbrüchlichkeit des Rechts, Unabhängigkeit der Rechtsprechung, Sicherung der persönlichen Freiheit, der Familie und des Eigentums sind wiederherzustellen.

3. Christentum und christliche Gesinnung bilden, wie seit Jahrhunderten, eine unersetzbare Grundlage deutschen Lebens. Ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet...

4. Die Verteidigung des deutschen Volkes und seines Reiches gegen Einwirkungen von aussen und gegen innere Zersetzung ist Pflicht jedes Deutschen. Jeder Deutsche hat sich so zu verhalten, dass das Gemeinwohl nicht beeinträchtigt und die Ehre des deutschen Namens nicht verletzt wird.

5. Alle Schichten des Volkes haben nach Massgabe der Leistung Anteil an den materiellen und geistigen Gütern des Lebens. Die Gemeinschaft trägt die Verantwortung für einen menschenwürdigen Lebensstand aller, die ihre Pflichten gegen Volk und Staat erfüllen. Hierzu gehören auch Versorgung im Alter, Hilfe bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie die Bereitstellung von Wohnungen, die ein gesundes Familienleben ermöglichen.

6. In der Wirtschaft ist die Verantwortlichkeit selbständiger Unternehmer wiederherzustellen. Dem Staate liegt es ob, die deutsche Gesamtwirtschaft so zu lenken, dass die Versorgung des Volkes und die Hebung des Wohlstandes aller seiner Schichten gewährleistet sind.

7. In der Landwirtschaft, als der bedeutendsten Kraftquelle des Volkes, ist eine Besitzverteilung anzustreben, die einen möglichst hohen Ertrag an den für die Volkswirtschaft notwendigen Lebensmitteln gewährleistet...»

8. Die Schulen aller Stufen sollten öffentliche Anstalten des Staates sein, der Religionsunterricht «ein unentbehrliches Erziehungsmittel».

«**9.** Forschung, Lehre und Kunstausübung sind in ihrer freien Betätigung nur insoweit beschränkt, als es die Sicherheit nach aussen und innen und die gebotene Ehrfurcht vor den geistigen und sittlichen Gütern des Volkes erfordert.»

10. sollte die «Wehrpflicht» gelten, die Wehrmacht sollte nicht nur «unentbehrliche Friedenssicherung des Reiches» sein, sondern «auch eine Erziehungsanstalt zur geistig-sittlichen Wiedergeburt der Nation».

«**11.** Gemäss der geschichtlichen Entwicklung bedarf der Staat in Ausübung seiner obrigkeitlichen Befugnisse eines für seine Aufgaben vorgebildeten Beamtentums... Nur wer bereit ist, seine volle Arbeitskraft in den Dienst von Staat und Volk zu stellen und sich mit echter Vaterlandsliebe, Uneigennützigkeit und Treue seinen Aufgaben zu widmen, kann Beamter sein...»

In weiteren Artikeln wurde vorgeschlagen: Neugliederung des Rei-

ches in Länder, an deren Spitze ein Statthalter als Kommissar der Reichsregierung steht; Landeshauptmann als oberste Selbstverwaltungsbehörde mit einem Landesrat als beratendes Organ zur Seite; Einsetzung eines Staatsoberhauptes als «Reichsverweser des Deutschen Reiches», der den Oberbefehl über die Wehrmacht hat, den Reichskanzler sowie die Beamten und Offiziere ernennt und entlässt; Erlass der Gesetze durch die Reichsregierung mit Zustimmung des Staatsoberhaupts und mit vorheriger Anhörung des Staatsrates; Bildung eines Staatsrates «aus Männern, die nach ihrer Leistung, ihrem Können und ihrer Persönlichkeit des Vertrauens des Volkes würdig sind. Die Reichsminister und die Statthalter sind von Amts wegen Mitglieder des Staatsrats. Die übrigen Mitglieder werden vom Staatsoberhaupt auf Vorschlag der Reichsregierung auf die Dauer von 5 Jahren ernannt.» «Der Staatsrat vertritt das Volk in seiner Gesamtheit, bis die Festigung der allgemeinen Lebensverhältnisse des deutschen Volkes die Bildung einer Volksvertretung auf breiter Grundlage gestattet.» Weitere Artikel bestimmten Amtsenthebung der Minister und leitenden Beamten des Nazistaates, Auflösung der NSDAP und ihrer Gliederungen, Auflösung der Gestapo, Aufhebung der KZ und Entlassung der «Insassen» zu einem noch gesondert festzulegenden Zeitpunkt, Aussetzung der Sonderanordnungen für Juden.

Abgesehen von den Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Auswüchse des Regimes nehmen sich die Grundsätze für eine Neugestaltung wohl mehr als merkwürdig aus, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass sie für eine Übergangsphase gedacht waren. Wer bestimmte, was «Anstand» und «gute Sitten» sind, was waren die Massstäbe für Erfüllung des Tatbestandes «innere Zersetzung»? Der Staat sollte für Arbeit, Altersversorgung, Wohnung sorgen, aber nur für solche Deutsche, die sich wohlverhalten, die die «Ehre des deutschen Namens» nicht verletzen! Wer bestimmte, was das bedeutete, denn gewählte Volksvertretungen waren nicht vorgesehen? Demokratie, Parteien, Gewerkschaften, Wahlen kamen nicht einmal verbal vor, dafür lautete Artikel 4.1.: «Die Staatsgewalt wird im Namen des Reiches vom Staatsoberhaupt und der Reichsregierung ausgeübt.» Dieser Entwurf stellt wohl das Rückschrittlichste dar, was der deutsche Widerstand an programmatischen Dokumenten hervorgebracht hat.

Dennoch wurde Popitz am 21. Juli 1944 verhaftet.

5. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg wurde am 5. September 1902 als Sohn des deutschen Militârattachés in London geboren?[8] Aus den dort verlebten Kindheitsjahren rührte der Rufname «Fritzi» her. Er entstammte einem über Norddeutschland verbreiteten alten Adelsgeschlecht, dessen Angehörige Gutsbesitzer, Offiziere und höhere Beamte waren. Sein Vater wurde 1913 Kommandeur des Regiments Garde du Corps in Potsdam, wo die Familie im «Kommandeurshaus», Am Kanal 2, eine Zeitlang wohnte. Sein Onkel Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg war von 1934 bis 1941 deutscher Botschafter in Moskau und setzte sich sehr für gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein.

«Fritzi» Schulenburg besuchte Gymnasien in Potsdam und Lübeck und meldete sich – noch als Schüler – im Winter 1918/19 freiwillig zu einem als «Grenzschutz» getarnten Freikorps. Nach dem Abitur studierte er von 1920 bis 1923 in Göttingen und Marburg Rechts- und Staatswissenschaften. Er gehörte dem Korps Saxonia, einer schlagenden Verbindung, an und war bald sowohl durch seine Belesenheit als auch durch seine Streiche und seine Standfestigkeit am Biertisch und auf dem Paukboden bekannt?[9] Während des dritten oberschlesischen Aufstandes 1921 meldete er sich zu einer Zeitfreiwilligeneinheit und nahm an mehreren Gefechten teil.

Nach dem Referendarexamen im Herbst 1923 trat er seinen Dienst als Gerichtsreferendar in Potsdam und später, im September 1925, als Regierungsreferendar im Landratsamt Kyritz (Regierungsbezirk Potsdam) an. Hier lernte er die Unterprimanerin und Tochter eines im Weltkrieg gefallenen Kaufmanns Charlotte Koteimann kennen, die später in Königsberg studierte und die er im März 1933 heiratete. Von August 1926 bis September 1928 war er wieder in Potsdam im Regierungspräsidium, wo er 1928 sein Assessorexamen ablegte. Er zeichnete sich durch Impulsivität, Einfallsreichtum, Interesse für soziale Probleme und Geringschätzung konventioneller Formen aus.

Von Oktober 1928 bis Februar 1932 war er als Assessor im Landratsamt Recklinghausen (Ruhrgebiet) tätig. Er schockierte die Recklinghausener Bürger – so berichtet der Biograph – nicht nur durch seinen Morgenlauf in Turnhose, vielmehr noch dadurch, dass er in seiner Wohnung mit jungen Kommunisten und Sozialdemokraten diskutierte. Man

Frietz-Dietlof von der Schulenburg

teilte dies seinem Vater mit, der deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war und 1931 zur NSDAP übertrat.

Schulenburg wurde im Frühjahr 1932 ebenfalls Mitglied der NSDAP. Er glaubte an «nationale Befreiung», an «deutschen Sozialismus» und gehörte innerhalb der NSDAP zur «antikapitalistischen» Gruppe um Gregor Strasser. Er war von Oswald Spenglers «Preussentum und Sozialismus» angetan und identifizierte den «preussischen Lebensstil» – so wie er ihn verstand – mit Sozialismus. Diese Art von «Sozialismus» wollte er im «Dritten Reich» verwirklicht sehen. Seine subjektive Ehrlichkeit, aber auch seine politischen Illusionen gehen aus einem Brief hervor, den er am 12. Juli 1933 an Erich Koch, den Nazigauleiter von Ostpreussen, wo er zu dieser Zeit schon tätig war, schrieb. Darin hiess es: «Unser ganzes Leben muss sozialistisch sein. Wir haben in der Repräsentation, im gesellschaftlichen Verkehr, kurz in allem, was ausserhalb des unmittelbaren Kampfes und der Arbeit liegt, noch nicht überall die letzten Konsequenzen des Sozialismus gezogen ... Eine unmittelbare Aussprache mit dem Volke, z.B. bei einem Besuch von Arbeitern in Elendswohnungen, haffkranken Fischern, armen Siedlern, Bauern, Grenzgefährdeten, schafft mehr Kontakt, als irgendeine Propaganda könnte, und schafft Ihnen den Einblick in die Seele des Volkes, den Ihnen niemand anders geben kann ...»[120]

Im März 1938 hielt er einen Vortrag «Das preussische Erbe und der

nationalsozialistische Staat», in dem er das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Preussentum, so wie er es als Aristokrat, Beamter und NSDAP-Mitglied sah, darlegte: «Der Führer hat im Buch «Mein Kampf» dem Heer und Beamtentum das schönste Denkmal gesetzt. Dass der 21. März 1933 ein Tag von Potsdam war, ist kein Zufall, sondern ein Symbol. Der Führer huldigte am Schluss seiner Proklamation «in dem für jeden Deutschen geheiligten Raum» der Garnisonkirche dem grössten König...Es sind tatsächlich die alten preussischen Staatsgedanken, nur dass der Staat die Lebensform des ganzen Volkes wird, dass an die Stelle einer traditionellen Schicht, die Auslese der Besten des ganzen Volkes treten soll. Ein ganzes Volk bricht zu den Kräften seines Urwesens auf, um den Staat mit frischem Leben zu erfüllen. Der Nationalsozialismus tritt aber in das unwandelbare Gesetz staatlichen Lebens ein, das im altpreussischen Staat Wirklichkeit wurde und später als stete Forderung an jede Führung bestehen bleibt... Bei der heutigen Lage von Volk und Reich stimmen die Forderungen des altpreussischen Staatsgedankens stärker denn je mit der nationalsozialistischen Aufgabe überein.» Nach diesen allgemeinen, nicht ohne mythische Verklärung gegebenen Grundpositionen wurde er konkreter, was Charakter und Aufgaben des NS-Staates betrifft: «Der Staat kann in der heutigen Zeit nur als ordnende Kraft bestehen, die den Einzelnen und die Gruppen dem Gesetz des Ganzen unterwirft. Wieder fordert das chaotische Durcheinander, das der Nationalsozialismus bei der Machtübernahme vorfand, und die Lage des Reichs klaren Plan und strenge Ordnung, Befehl und Gehorsam. Eigentum kann nur Auftrag sein... Wie das Heer, so hat auch das Beamtentum die Aufgabe, den Nationalsozialismus in die metallisch harte preussische Form zu giessen und die erprobten Grundzüge staatlicher Herrschaft zum Wirken zu bringen... Die Zucht des Dienstes muss zur äussersten Strenge gesteigert werden. Die Leistungsanforderungen müssen nach dem inneren Gesetz, auf dem der nationalsozialistische Staat aufbaut, unerbittlich hart werden. Dieses innere Gesetz befiehlt: Nur Leistung darf den Rang heben, nicht Beziehungen, Reichtum oder Geburt. Wer vor den Anforderungen versagt, muss ohne Rücksicht auf die Person ausgeschieden werden; denn Rücksicht kann nicht Einzelnen, sondern nur dem Ganzen gelten. Der wahrhaft Tüchtige muss dagegen tatsächlich den Marschall-Stab im Tornister tragen. Die Aufgabe des Staates fordert eine Zucht und Strenge des Dienstes, die soldatischen Charakter trägt.»[121] Es ging ihm also nicht darum, dass der Nationalsozialismus das Preussentum für sich vereinnahmt – im Gegenteil, er wollte, dass der Nationalsozialismus

preussisch wird, noch mehr preussisch, als er seiner Meinung nach schon war!

«Fritzi war», so berichtete seine Schwester Elisabeth, «von der sittlichen Idee des preussischen Beamtentums überzeugt: Sparsamkeit, Lauterkeit, selbstloser Dienst am Staat. Gerade diese Idee wurde, wie er feststellen musste, von den Bonzen verraten. So hatte sich sein Widerstand zunächst auf die Missstände in der Partei bezogen, auf das persönliche Auftreten der Parteileute.»[122]

1938 beendete er einen Reserveoffizierslehrgang beim Infanterie-Regiment 9 in Potsdam mit der Ernennung zum Leutnant. Das Regiment wurde seine zweite Heimat, neben dem mecklenburgischen Gut Trebbow, wo die Familie lebte.

Wenn auch allmählich die Illusionen über den «nationalen Sozialismus» verflogen, so hielt sich doch lange eine irrationale Verknüpfung von Antibolschewismus und Antikapitalismus, wie aus einer Eintragung in das Kriegstagebuch von der Ostfront am 28. August 1941 hervorgeht: Der Führung des Reiches ist «vom Schicksal übertragen die Auslöschung des Bolschewismus, die Schaffung des Reiches und [des] Grosswirtschaftsraumes Europa mit östlichen Aufbaugebieten, die Auflösung Russlands und die Ersetzung des parasitären Kapitalismus durch eine neue Gemeinschaftsordnung. Das sind die Ideen unserer Zeit, die durch unsere Führung und durch unser Schwert vollzogen werden. Demgegenüber sind die Ideen, welche die angelsächsischen Mächte zu vertreten vorgeben, nur Feigenblätter des altgewordenen Kapitalismus und Imperialismus.»[123] Der Biograph Ulrich Heinemann stellte zu dieser widerspruchsvollen Entwicklung treffend fest: «Die Lösung des einstmals glühenden Nationalsozialisten Schulenburg vom NS-Regime vollzog sich nicht in einem einzigen ‚Damaskus-Erlebnis', sondern in vielen kleinen Schritten. Schulenburgs Weg in den Widerstand glich streckenweise der Echternacher Springprozession: zwei Schritte nach vorn in Richtung auf eine entschiedene Ablehnung des Dritten Reiches, so kann man sein bereits konspiratives Engagement während der Fritsch-Affäre und der Sudetenkrise bezeichnen; einem Schritt rückwärts glich seine Haltung während der ersten Kriegsjahre.»[124] Im Wesentlichen war das typisch für nahezu alle konservativen Offiziere und Politiker, die sich später im Kampf gegen die Diktatur einsetzten.

Schulenburg, von 1939 bis 1943 zeitweilig als Offizier im Fronteinsatz, zeitweilig als höherer Verwaltungsbeamter tätig, wirkte von August 1939 bis Mai 1940 in Breslau als Regierungspräsident von Nie-

derschlesien bzw. stellvertretender Oberpräsident der Provinz Schlesien und war in dieser Eigenschaft auch an der Vertreibung von Polen aus dem Regierungsbezirk Oppeln beteiligt.[125] Er hatte enge Beziehungen zu Yorck und besuchte auch mehrmals Moltke in Kreisau. Ab Mai 1940 wurde er auf eigenen Wunsch als Offizier eingesetzt, und zwar bis Ende 1941 zum grossen Teil an der Ostfront. Die Jahre 1942 bis 1944 sahen ihn abwechselnd als höheren Beamten oder als Offizier. Am 14. November 1941 schrieb Moltke seiner Frau: «Abends war ich bei Yorcks. Schulenburg war da. Yorck und ich haben ihn für uns geworben, und ich muss mich jetzt bemühen, die Voraussetzungen, die wir besprachen, zu schaffen.»[126] Schulenburg war aber vor allem ein Mann des Handelns, dem die langen Erörterungen und Planungen im Kreisauer Kreis nicht behagten. «Oft wurde er ungeduldig», schrieb Marion Gräfin Dönhoff, «dann nannte er Yorck und Moltke «Flagellanten', die vor lauter Christentum sich nicht entschliessen könnten, das Rechte zu tun.»[127] Oder er nannte die Kreisauer einen «Verein von Literaten und Schöngeistern».[128]

Schulenburgs Äusserungen vor der Gestapo nach dem 20. Juli sagen aus, dass die Zerstörung der preussischen Grundsätze in seiner Sicht Hauptmotiv für seinen Übergang in den Widerstand darstellten. So heisst es in einem Bericht des SS-Obergruppenführers Kaltenbrunner an Martin Bormann: «Die Feindseligkeiten gegen den nationalsozialistischen Staat begründet Schulenburg mit Behauptungen, die sich auch in der oben erwähnten «Regierungserklärung» in geradezu fanatischer Gehässigkeit widerspiegeln:

1. Innerhalb des nationalsozialistischen Systems sei der Machttrieb zum Massstab des Handelns geworden,
2. die Führerschicht habe sich von den Grundsätzen der Einfachheit und Schlichtheit abgekehrt, die sie in der Kampfzeit gepredigt habe,
3. der Kampf der Partei gegen den Staat habe dem Beamtentum das Rückgrat gebrochen,
4. der nationalsozialistische Staat habe die Rechtsbasis verlassen und sich zu einem Polizeistaat mit Eingriffen in alle Lebensbereiche hinentwickelt,
5. der nationalsozialistische Staat habe einem schädlichen Zentralismus gehuldigt (Schulenburgs Steckenpferd),
6. er habe das Volk zur Masse atomisiert, die kollektivistisch mit Gewalt und Propaganda beherrscht würde,
7. der Nationalsozialismus habe mit seinem Kampf gegen das Christentum die religiöse Basis schlechthin verlassen,

8. es sei eine Aussenpolitik betrieben worden, die die ganze Welt gegen Deutschland aufgebracht hat,

9. in den besetzten Gebieten sei eine kurzsichtige Politik der Unterwerfung und Ausbeutung durchgeführt worden, anstatt die beherrschten Völker für die Führung des Reiches zu gewinnen.»[129]

Vor der Gestapo sagte er später offen aus: «Je mehr ich über die Entwicklung nachdachte, desto klarer wurde mir, dass alle ihre Züge im Grunde eine Wurzel hatten: Gewalt ohne Mass, innen und aussen. Anfangs suchte ich noch nach Möglichkeiten, dies Übel im Wege der Reform zu heilen. Allmählich aber kam ich zu der Erkenntnis: Eine Reform hilft nicht mehr, da alles ineinander verkettet ist und in Grundtatsachen beruht, die mit dem Charakter des Systems unwandelbar verbunden sind... Immer schärfer sah ich die Züge eines Systems, dem der uneingeschränkte Machttrieb der einzige Massstab seines Handelns war.»[130]

Diese Gründe dürften für alle konservativen Oppositionellen – sicher mit unterschiedlicher Gewichtung – ausschlaggebend gewesen sein. Schulenburg wies später in den Verhören noch auf einen konkreten Anstoss für das Enstehen der militärischen Opposition hin, obwohl er für ihn selbst seinerzeit noch nicht so bedeutungsvoll war: «Die Wurzel der Entwicklung, die am Ende zu dem Unternehmen vom 20. 7. führte, liegt m. E. ziemlich weit zurück, und zwar sehe ich ihren Anfang am 4.2.1938, verbunden mit dem Ausscheiden von Fritsch aus dem aktiven Heeresdienst. *Hierdurch spaltete sich das Heer.* Auf der einen Seite wurde ein Gruppe von Offizieren hochgezogen, die der nationalsozialistischen Führung bedingungslos folgte, auf der anderen Seite ging eine Gruppe von Offizieren in Opposition, die in den Eingriffen in die Wehrmacht einen Verstoss gegen ihr inneres Gesetz sah... Diese Vorgänge führten ohne Frage zur Bildung einer inneren Opposition innerhalb des Heeres.»[131]

Schulenburg verfügte über zahlreiche persönliche Verbindungen, die er zur Intensivierung und Ausweitung der Widerstandsfront nutzte. Er hatte Verbindung zu Caesar von Hofacker, Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, Nikolaus Graf von Uexküll; er gab dem Hauptmann Fritzsche den Auftrag, im I. R. 9 weitere Mitkämpfer zu gewinnen; im Februar 1943 warb er den Leutnant Ludwig von Hammerstein, der sofort bereit war; er festigte die freundschaftlichen Beziehungen zu Stauffenberg und brachte ihn mit dem Sozialdemokraten Julius Leber in Verbindung. In einem SD-Bericht vom 10. August 1944 über die Verhöre hiess es:

«Die Verbindung zwischen Stauffenberg und den Gewerkschaften hat Schulenburg hergestellt.«[132]

In seinen Erinnerungen berichtete Hauptmann Dr. Hans Fritzsche, zeitweilig Kommandeur des Ersatzbataillons 9 in Potsdam, über den Einfluss, den Schulenburg auf ihn ausübte: «Als ich Fritzi wiedergetroffen hatte, musste ausgesprochen werden, was er mir schon bei kürzeren Begegnungen 1940 und 41 angedeutet hatte: Die Verbrechen waren keine gelegentlichen Ausschreitungen, sie waren System, und dieser angemasste Führer mitsamt seinen Leuten waren Verbrecher. Ihr Anspruch auf Führung des Reiches war illegal und illegitim. Wenn sie nicht zum Verschwinden gebracht würden, dann finis Germaniae! ... Fritzi kam es längst nicht mehr nur auf nächtliches Räsonieren an, wie in Potsdam und Dahlem üblich, sondern auf Aktion ... Ich sollte zunächst meinen Einfluss auf die Soldaten des Bataillons pflegen und erhalten, damit am Tage X eine Truppe zur Verfügung stünde. Als erstes habe zu gelten: Seid klug wie die Schlangen! Niemandem trauen, jeder könnte ein Spitzel sein! Nötigenfalls den gläubigen Nationalsozialisten mimen.»[133]

Auch in der Potsdamer Wohnung des zeitweiligen Kommandeurs des Ersatzbataillons 9, Major d. R. Ferdinand Freiherr von Lüninck, fanden Gespräche statt, an denen ausser Schulenburg auch August Winnig, Kurt Freiherr von Plettenberg und der Schriftsteller Friedrich Hielscher teilnahmen.[134] Winnig, der als Oberpräsident von Ostpreussen im März 1920 zu den Kapp-Putschisten übergegangen, darum aus der SPD ausgeschlossen worden war und jetzt in Potsdam wohnte, war oft Gesprächspartner Schulenburgs, der mit ihm darüber diskutierte, wie man das Proletariat aus seinen kommunistischen und sozialdemokratischen Bindungen lösen und – unter Abschwörung des «fruchtlosen Klassenkampfdenkens» – in die Volksgemeinschaft eingliedern könnte.[135]

Gewissen Aufschluss über Schulenburgs Zukunftvorstellungen gewinnt man aus einem Denkschriftfragment, das etwa 1943 entstanden sein dürfte.[136] Das Fragment begann mit der Definition der «Sozialpolitik» als «Fürsorge für Menschen, die nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft das Leben zu meistern». Er unterschied zwei Gruppen von Menschen, für die Folgendes gelten sollte:

«1) Das Gesindel, das weder Willen noch Können besitzt, das Leben zu meistern, das allen Einrichtungen feindlich gesinnt ist, jede Fürsorge ausnutzt, in der Not meutert und alle Lebensnöte der Allgemeinheit auflastet.

2) Die Lebensschwachen, denen natürliche Anlage oder ungesunde Lebensverhältnisse die Kraft und schliesslich auch den Willen nehmen, für sich selbst zu sorgen. In dieser Lage befinden sich nicht nur die Dauerkranken, Irren und Krüppel, sondern auch der grösste Teil der heutigen Arbeiterschaft, ja selbst des Mittelstandes, vor allem in den Industriegebieten. Ein Eingehen auf die Belange des Gesindels ist nicht erforderlich...

Dagegen ist die Frage nach dem Geschick des grössten Teiles der Arbeiterschaft von ausschlaggebender Bedeutung für den Bestand des Ganzen.»

Er fordert solche Massnahmen, «dass ein jeder mit dem normalen Geschick alleine fertig werden kann; sofern aber eine Fürsorge erforderlich bleibt, ist diese in einer Form zu gewähren, die keinesfalls zu einer Schwächung der Kraft oder gar des Willens zur Selbsthilfe führt, sondern im Gegenteil alle Kräfte zur Selbsthilfe mobilisiert.

Diese Forderungen sind das Kernstück der Sozialpolitik, dem sich jede einzelne Massnahme einzuordnen hat.»

Seine «Gemeindeordnung» beruhte auf dem «Erfordernis, den Menschen in stärkere Bindungen und Herrschaftsverhältnisse hineinzustellen»; die «Gemeinde» definierte er als «engere Schicksalsgemeinschaft der Nachbarschaft». «Der Bürgermeister ordnet die Angelegenheit der Gemeinde, ist Hoheitsträger der Partei, leitet den Beamtenstab und sorgt dafür, dass die Gesetze und Weisungen beachtet werden.» Dem Bürgermeister sollte in beratendener Funktion der «Gemeinderat» zur Seite stehen, der sich wie folgt zusammensetzte: «Im Dorfe der Pfarrer, Hauptlehrer, je ein Unternehmer, Handwerker, Grossbauer, Kleinbauer und zwei (von den Vorgenannten unabhängig) Arbeiter. In der Stadt: der Stadtpfarrer, Studiendirektor, leitende Arzt, Steueramtmann, ein Unternehmer, zwei Handwerker und zwei von den Vorgenannten unabhängige Arbeiter. Die Mitglieder des Gemeinderates werden vom Bürgermeister ernannt, soweit sie nicht kraft ihre Amtes hinzugehören.» Dann sollte es als «Kontrollorgan» noch den «Gemeindetag» geben, der durch folgende merkwürdige «Wahl» zustande kommen und folgende Funktionen haben sollte: «Er setzt sich zusammen aus 60-120 verheirateten Bürgern, die Hausbesitzer oder Inhaber einer Dienst- oder Werkswohnung sind. Die Sitzungen sind öffentlich. Die Mitglieder des Gemeinderates haben Sitz und Stimme. Die Zahl der stimmberechtigten Bürger, z.B. 1'000, wird durch die Zahl der Sitze geteilt, z.B. 100. Ein jeder Teilnehmer muss demnach 10 Vollmachten

vorweisen. Der Besitz von mehr als 10 Vollmachten ist unerheblich, da jeder Teilnehmer nur eine Stimme hat. Auf diese Weise ist es jedem Bürger möglich, nach Einigung mit Gesinnungsfreunden am Gemeindetag teilzunehmen. Der Gemeindetag tritt alljährlich viermal zusammen. Der Bürgermeister hat Bericht zu erstatten. Des Weiteren legt der Bürgermeister nach Beratung mit dem Gemeinderat den Haushalts- und Steuerplan vor. Lehnt ein Drittel der überhaupt Stimmberechtigten seine Annahme ab, so hat die Abstimmung nochmals schriftlich zu erfolgen. Die Ablehnung soll kurz von jedem Einzelnen begründet werden.» Letztlich konnten dann der Bürgermeister oder der Landrat die endgültige Entscheidung fällen.

Über die höheren staatlichen Ebenen liess sich die Denkschrift nicht aus, weitere «Parlamente» waren nicht vorgesehen. Um «Missbrauch der Macht» zu verhüten, sollten in den Ländern «Reichsstatthalter» eingesetzt werden. «Er hat die Dienstaufsicht über die Landräte und Oberbürgermeister, über den Landeshauptmann als Behördenleiter aller überstädtischen und überkreislichen Landesaufgaben... So ist der Reichsstatthalter der Anwalt des Volkes in seiner Heimatlandschaft, der kraft seines hohen Amtes jeden Missbrauch der Gewalt und in Fällen von Notständen auch zur Beurlaubung schreiten kann. Zugleich aber ist er Treuhänder des Reiches, der darauf zu achten hat, dass die Interessen des Reiches allen kleinen Bedenken übergeordnet die grossen Linien der Reichspolitik beachtet und die Gesetze sinngemäss und volksnah gehandhabt werden.»[137]

In diesem Fragment erwies sich Schulenburg als Vertreter einer autoritären Staatskonzeption Spenglerscher Prägung mit faschistoiden Rudimenten, die für demokratische Mitbestimmung und Entscheidungsfindung kaum Raum liess. Das Dokument hat aber in den Diskussionen offensichtlich kaum eine Rolle gespielt. Bedeutsamer waren wohl seine Vorstellungen von einer Verwaltungsvereinfachung, die u.a. die Beseitigung der polyzentristischen Struktur des Staates durch Zusammenlegung von Ministerien und Dienststellen vorsah. Überliefert ist eine Aussage von ihm – die man aber nicht überschätzen sollte –, dass «wieder eine stärkere Beteiligung der Arbeiterschaft in den führenden Stellen nötig [sei]. Es sollten mehrere Handarbeiter zum Beispiel an führende Stellen in der Provinz, etwa als Oberpräsidenten, kommen.»[138]

Anfang 1944 befand sich Schulenburg als Oberleutnant d. R. beim Bataillon in Potsdam, nahm an vielen Beratungen teil und arbeitete aktiv an der Vorbereitung des Umsturzes, nachdem auch er sich mit

grosser Enttäuschung davon überzeugen lassen musste, dass von den Feldmarschällen keine Aktion zu erwarten war. Ostern 1944 verbrachte er zusammen mit Stauffenberg in Trebbow.

6. Adam von Trott zu Solz

Adam von Trott zu Solz wurde am 9.August 1909 als Sohn des damaligen preussischen Kultusministers in Potsdam geboren, verlebte aber Kindheit und Jugend grösstenteils auf dem hessischen Familienbesitz in Imshausen bei Bebra.[139] Nach dem Schulbesuch in Berlin, Kassel und Hannoversch-Münden studierte er ab 1927 in München, Göttingen, Berlin und Oxford Jura, Philosophie und Ökonomie. Er las Hölderlin, Ernst Jünger, Dostojewski, beschäftigte sich intensiv mit Hegel, las auch die Marxsche Hegelkritik und die philosophischen Bemerkungen Lenins zu Hegel. In seinem Arbeitszimmer hing ein Bild des Freiherrn vom Stein, den er als preussischen Reformer verehrte.

Während eines Aufenthalts in Genf 1928 lernte er Willem A. Visser't Hooft, Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, kennen, der von ihm folgendes Bild zeichnete: «Äusserlich war er der vollkommene Aristokrat, gutaussehend, hochgewachsen, mit hoher Stirn. Aber im Gespräch mit ihm spürte man die Demut des jungen Mannes auf der verzweifelten Suche nach einer festen Grundlage für sein Leben. Damals hatte er mir erzählt, er sei in seiner Familie mit Religion derart überfüttert worden, dass er es nicht mehr fertigbringe, die Bibel zu lesen, sondern sich stattdessen von Dostojewski inspirieren lasse... Er war damals schon überzeugt, dass die Zukunft dem Sozialismus gehöre, glaubte aber ebenso an die Notwendigkeit historischer Kontinuität.»[140]

Einfluss übte auf ihn auch sein Bruder Werner aus, der 1919 die Schule verlassen hatte, um Arbeiter zu werden. Werner von Trott schloss sich sogar der KPD an, blieb aber ein grüblerischer Einzelgänger, der nach einer Synthese von Marx und Nietzsche suchte und später wieder die kommunistische Bewegung verliess. Zunächst wirkte sein Einfluss jedoch dahin, dass sich Adam von Trott stärker mit sozialen und politischen Problemen befasste, ohne indes seine aristokratischen Bindungen aufzugeben.

Im Jahre 1929 begegnete er dem Diplomaten Albrecht von Kessel, der ihn so schildert: «Er war damals noch sehr jung... und verbrachte

Adam von Trott zu Solz

seine Tage in einer düsteren Studentenbude, auf deren einzigem wackeligem Tisch das «Kapital» von Marx, die Haarbürste, Hölderlins Gedichte und ein Butterbrot ein malerisches Stilleben bildeten. Er hatte es nicht sehr gern, wenn ich ihn besuchen kam, denn er schämte sich vor den sozialistischen oder kommunistischen Arbeitern, mit denen ich ihn in endlose Diskussionen verwickelt antraf, seiner Bekanntschaft mit mir. Weltschmerz, russische Literatur und extrem links gerichtete Ideen waren die Fahnen, auf die er schwor, doch war er jung und leidenschaftlich genug, um diese Ideale auf Stunden zu vergessen, wenn er, schön wie ein junger Gott, abends die Berliner Salons in Erstaunen versetzte.»[141]

Über sein Verhältnis zu den Menschen seiner Umgebung berichtete seine spätere Frau Clarita: «Adam kannte keine Berührungsängste, im Gegenteil: er suchte Kontakt und knüpfte intensive Beziehungen zu den Dorfleuten ebenso wie zu seinen Korpsbrüdern, zu Kommunisten

oder Sozialisten ebenso wie zu jungen Diplomaten und älteren Politikern, zum Dorfjuden in Solz wie zum chinesischen Gelehrten und vielen anderen. Nicht selten entstanden Freundschaften aus diesen Begegnungen. Er war zwar von der Notwendigkeit überzeugt, sich einer politischen Gruppierung anschliessen zu müssen, im Grunde aber hat er auf Freundschaften gesetzt.»[142] Er vertrat sozialreformerische Ansichten, die er in den «Neuen Blättern für den Sozialismus» publizierte. Trotts sozialistische Ideen waren zum grössten Teil durch die Schriften Gustav Landauers, des 1919 in München ermordeten anarchistischen Intellektuellen, beeinflusst. Deutschland ist, schrieb er, «das Russland am nächsten liegende westliche Land. Die Tatsache, dass unser Proletariat noch nicht in starkem Masse kommunistisch geworden ist, scheint es zum Teil der Intelligenz der gemässigten und sozialdemokratischen Gewerkschaften und zum Teil auch dem grossen Leidensvermögen zu verdanken, das man in unserer Nation erkennen muss, das aber seine Grenzen hat. Was wird geschehen, wenn alle diese Massen sich der Tatsache bewusst werden, dass sie irregeleitet wurden und dass die Dinge immer nur schlimmer werden, ohne absehbares Ende... Was mich interessiert, ist, welche Auswirkung eine Radikalisierung Deutschlands (das heisst, wenn es zu einem kommunistischen Staat würde) auf Europa und die Welt hätte. Wird man nicht zugeben müssen, dass die Lösung eines «Gesellschaftsproblems» in Deutschland, oder der Weg dorthin, für alle seine Nachbarn und ehemaligen Feinde von grösster Bedeutung ist und dass diese Tatsache bestimmte Folgerungen mit sich bringt. Uns Geld zu leihen und unser wirtschaftliches Wiederaufleben (das aber dauerndes Steigen der Arbeitslosigkeit und Not in vielen Industrien nicht verhindert) zu bewundern, ist nichts als eine Stärkung der kapitalistischen und materialistischen Elemente. Alle diese Schwierigkeiten müssen von innen gelöst werden und nicht nur durch rationale Methoden, wie ich unterstrichen habe. Aber hierfür braucht man Bewegungsfreiheit und vielleicht Mitgefühl.»[143]

Trott legte 1930 die Referendarprüfung ab, 1931 promovierte er mit einer Arbeit über Hegels Staatsphilosophie. Von 1931 bis zum Sommer 1933 studierte er auf Grund einer Empfehlung des Diplomaten Albrecht Graf von Bernstorff mit einem Stipendium der englischen Cecil-Rhodes-Stiftung in Oxford. Während dieser Zeit lernte er eine Reihe von Persönlichkeiten kennen, die im britischen öffentlichen Leben eine Rolle spielten, darunter den Labourpolitiker Stafford Cripps und den Konservativen David Astor.

In Oxford begann 1931 auch die Freundschaft mit der damaligen

Studentin und späteren Korrespondentin des «Observer» Shiela Grant Duff, die in ihren Erinnerungen bestätigte, dass er eine «solide Neigung zur politischen Linken ausgebildet» hatte und den Faschismus entschieden ablehnte. Aus Berlin schrieb er ihr im April 1933, dass «eine gemeingefährliche Horde» das Ruder in die Hand bekommen habe, fügte aber zugleich hinzu: «Die westlich-kapitalistischen Staaten werden aus der Unordnung hier viel mehr Wesens machen, als berechtigt ist angesichts der verschleierten Brutalität jedes kapitalistischen Systems.»[144] Zweifellos zeigte diese Äusserung Einsicht in das Wesen des Imperialismus, der sowohl den Faschismus hervorzubringen als auch Demokratie zu heucheln vermag, zeigte aber auch eine Unterschätzung des Hitlerregimes, dessen Menschenfeindlichkeit für Trott vielleicht zu dieser Zeit noch nicht in vollem Masse zu erkennen war. Shiela Grant Duff berichtet, dass Trotts «Patriotismus» aufgefallen sei; er habe die Überwindung des Nazismus als Angelegenheit der Deutschen selbst angesehen, in die sich keine Ausländer – auch seine englischen Freunde nicht – einzumischen hätten, zumal die Westmächte durch ihre Politik gegenüber dem deutschen Volk-Versailles, Reparationen, Verweigerung der Gleichberechtigung usw. – ja selbst das Aufkommen des Nationalsozialismus begünstigt hätten.[145]

Seine Einstellung zum Nationalsozialismus hatte Trott in einem Brief an seinen Vater vom 13. Februar 1933 zum Ausdruck gebracht: «So sehr ich mit Dir in fast allen Fragen verantwortlicher Staatsführung übereinzustimmen glaube – so sind wir, glaube ich, in Bezug auf die positiven Rechte des Einzelnen und der Massen verschiedener Auffassung. Und jene wird eigentlich nur dann diskutabel, wenn diese letzteren heilig gehalten werden – dafür aber besteht weder bei Hitler noch bei Papen die geringste Garantie. Ihre Vernachlässigung aber wird eine schlimme Reaktion heraufführen, und es wird dann schöpferischer Kräfte bedürfen, die den berechtigten Impuls in dauerhafte Ordnungen leiten. Darauf werde ich mich vorbereiten und einstweilen mit dem autoritären Nationalsozialismus keinerlei Bündnisse eingehen.»[146] Seine Haltung entsprach also zunächst der vieler Intellektueller, die das Regime zwar innerlich ablehnten, politisch aber in Abwartestellung lagen.

Nach der Rückkehr aus England war er als Referendar zunächst in Rotenburg (Fulda), dann in Hanau und Kassel tätig. Hier sollte er den zu Gefängnis verurteilten kommunistischen Studenten Hans Siebert, der an der Pädagogischen Akademie Kassel studiert hatte, «umerziehen». Er gab sich ihm gegenüber als Nazigegner zu erkennen, versorgte ihn mit Lebensmitteln und Literatur, führte freundschaftliche

Gespräche mit ihm und versuchte in seinem Bericht, eine Milderung der Strafe zu erreichen. Später half er ihm noch wiederholt und lud ihn auch als Gast nach Imshausen ein. In den langen Diskussionen mit Siebert betonte Trott, dass er ein demokratisches Deutschland ohne Grossgrundbesitz und ohne Klassenschranken wolle, in dem durch die Steuerpolitik eine gerechte Verteilung des Reichtums vorgenommen werden sollte. Er war zugleich aber der Meinung, dass das Land von seiner traditionellen Führungsschicht, die über jahrhundertelange Erfahrungen verfüge, geleitet werden solle. Auf Sieberts Einwände entgegnete er, dass auch die Führer des Kommunismus, Marx, Engels und Lenin, aus privilegierten Klassen stammten, womit bewiesen sei, dass Volksbewegungen einer besonderen Führerschaft bedürfen. Ausserdem würde eine kommunistische Herrschaft Deutschland in die Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen; Ziel der deutschen Aussenpolitik aber müsse es sein, Deutschland zum «Volk in der Mitte» zwischen Russland und Westeuropa zu machen.[147] Siebert wies manche dieser Auffassungen natürlich zurück. Die Meinungsverschiedenheiten hinderten Trott jedoch nicht, mit Hilfe von Freunden dem Kommunisten die Flucht nach Grossbritannien zu ermöglichen.

Von Januar bis März 1936 musste Trott – ähnlich wie zwei Jahre zuvor Moltke – als Voraussetzung für die Zulassung zum Assessorexamen einen zweimonatigen Wehrsport- und Schulungskursus im Lager Jüterbog absolvieren. Nachdem er im Oktober 1936 sein Assessorexamen in Berlin bestanden hatte, führte ihn eine Studienreise 1937 zunächst in die USA, dann bis 1939 nach China, Japan, Korea und Hongkong. Er machte die Bekanntschaft zahlreicher ausländischer Politiker. In einem Brief an Shiela vom 18. Juli 1938 äusserte er, «dass möglicherweise die kapitalistische und imperialistische Demokratie Freiheit auch nur als Deckmantel für eine durchaus auf Mitteln des Zwanges beruhende Politik benutzt, wogegen einige Aspekte autoritärer Systeme eine im Grunde aufrichtigere Sicherung der Menschenrechte in der moderen industriellen Gesellschaft zulassen können»[148].

Im Juni 1939 war er im Auftrag des Auswärtigen Amtes wieder in Grossbritannien. Er glaubte zu dieser Zeit noch an die Möglichkeit eines deutsch-britischen Interessenausgleichs und sprach in seinem Bericht an Ribbentrop von der Verständigungsbereitschaft der britischen Regierung. Gleichzeitig aber warnte er vor der britischen Kampfentschlossenheit bei einem weiteren deutschen Vordringen. Tiefe Religiosität und humanistisches Empfinden liessen in Trott den geistigen

Gegensatz zum nazistischen Terror- und Kriegsregime immer mehr wachsen. Über seine Einstellung und Haltung nach Kriegsbeginn berichtet Visser't Hooft aus persönlicher Kenntnis: «Er zeichnete ein melancholisches Bild. Die Nazis hätten offenkundige Erfolge zu verzeichnen, und nichts habe mehr Erfolg als der Erfolg. Die verschiedenen Gruppen der Opposition seien entsprechend geschwächt. Unter den Umständen sei es absolut notwendig, Hitler Gewalt entgegenzusetzen... Demnach glaubte Adam damals offenbar nicht an die Möglichkeit einer Revolte der deutschen Armee oder wenigstens eines Teils der Armee.»[149]

Im September 1939 reiste Trott mit Billigung des Auswärtigen Amtes in die USA unter dem Vorwand, an einer Konferenz des «Institute of Pacific Relations» teilnehmen zu wollen.[150] Es ging ihm aber darum, Kontakt zu deutschen Emigranten und amerikanischen Nazigegnern aufzunehmen und Präsident Roosevelt seine Sorgen nahezubringen. Er hatte Unterredungen mit Heinrich Brüning, dem Theologen Reinhold Niebuhr, der Trotts «preussischen Idealismus» als unrealistisch bezeichnete, und mit Kurt Riezler, dem einstigen politischen Berater des Reichskanzlers Bethmann Holl weg.

Zusammen mit Paul Scheffer, dem früheren Chefredakteur des «Berliner Tageblattes», arbeitete er eine Denkschrift aus, die auch an das amerikanische Aussenministerium gelangte. In ihr forderte er, einerseits mit der gegenwärtigen oder einer ähnlichen deutschen Regierung keinen vorzeitigen Frieden zu schliessen, andererseits aber keinen Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu proklamieren, weil das den Einfluss des Nationalsozialismus erhöhen würde. Trott hoffte auf gewisse Zusagen der amerikanischen Regierung an die deutsche Opposition über eine Verständigung mit Deutschland nach dem Sturz Hitlers. Solche Zusagen blieben aber aus, da man nicht wusste, welche Kräfte hinter Trott standen. Hinzu kam, dass Trott mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes, also als Vertreter Nazideutschlands, in den USA weilte und hier auffallend viele Kontakte zu amerikanischen Politikern und deutschen Emigranten suchte. Er bekundete auch seine Absicht, wieder nach Deutschland zurückzukehren. Das alles machte die amerikanische Öffentlichkeit misstrauisch, man stellte ihn unter Aufsicht des FBI, das ihn als «verdächtig» registrierte. Trotts Rückkehr nach Deutschland bedeutete keine Kapitulation vor dem Faschismus, sondern das Gegenteil. Er wollte den Kampf gegen das Regime im Lande selbst fortsetzen. Im Frühjahr 1940 nahm er eine Tätigkeit in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes auf, später wurde er Legations-

rat. Sein Vorgesetzter war der Legationsrat Hans-Bernd von Haeften, den er bereits 1932 bei einem britisch-deutschen Treffen in Oxford kennengelernt hatte. Trott und Haeften verband bald eine enge Freundschaft in ihrem gemeinsamen antinazistischen Anliegen und in ihrer Verehrung für den inhaftierten Martin Niemöller.

Mehrfach gelang es Trott, seine Stellung auszunutzen, um verhaftete Juden vor der Ermordung zu retten. Seine Beziehungen nach Grossbritannien, seine bekannt gewordenen kritischen Äusserungen sowie sein Eintreten für Hitlergegner hatten jedoch zur Folge, dass er von Naziführern mit Misstrauen beobachtet wurde. Um sich zu tarnen und Verdächtigungen zu zerstreuen, trat er im Frühjahr 1941 in die NSDAP ein.[151] Die Atmosphäre, in der er lebte und arbeitete, schilderte später seine Frau: «Manchesmal meinte er, die Bürde des Doppelspiels nicht mehr aushalten zu können... ich war dann immer besorgt, das Maskieren könnte doch über seine Kraft gehen.»[152]

Im Frühjahr 1940 heiratete er die 23jährige Clarita Tiefenbacher, Tochter des Rechsanwalts Dr. Max Tiefenbacher aus Hamburg.

Im Laufe des Jahres 1941 gewann Trott wieder engeren Kontakt zu Moltke, dem er schon 1937 in Grossbritannien begegnet war. Später verbanden ihn freundschaftliche Beziehungen auch mit Leber und anderen Mitgliedern der Moltke-Gruppe sowie mit Claus Graf von Stauffenberg. Trott wurde der aussenpolitische Ratgeber des Kreisauer Kreises und 1944 auch Stauffenbergs, er trat für die sofortige Beendigung des Krieges an allen Fronten ein. Vor seinen Auslandsreisen, die er noch 1944 als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes unternehmen konnte, beriet er sich ständig mit Stauffenberg und Leber.

Aufmerksam verfolgte er auch die Tätigkeit des Nationalkomitees «Freies Deutschland», über die er sich Informationen verschaffte.

In seinen Auffassungen über die Gestaltung Deutschlands nach Beseitigung der Naziherrschaft war Adam von Trott liberaler und sozialer als die meisten seiner aristokratisch-bürgerlichen Standesgenossen. Er sei der Meinung gewesen, so berichten Zeitgenossen, «dass es einzig und allein darauf ankäme, den Grossgrundbesitz zu veranlassen, als ein Teil der alten Oberschicht ein grosses und sichtbares Opfer zu bringen. Ein Opfer, mit dem der Arbeiterschaft gezeigt werden sollte, dass diese Schicht bereit sei, mit einer Tugend des Christentums Ernst zu machen, die zu postulieren und zu verteidigen sie sich seit jeher besonders berufen gefühlt hatte: der Nächstenliebe. Ein Opfer, mit dem es aber auch der Arbeiterschaft möglich gemacht werden sollte,

ihrerseits auf eine Forderung zu verzichten und durch diesen Verzicht gleichsam auch einen Beitrag zu leisten, der wie der zweite Stein eines Fundaments für die Zukunft wirken könnte.»[153] Darum habe er es bedauert, so berichtete sein Freund Hans Werner von Oppen, dass von manchen Angehörigen des Kreisauer Kreises und in der Gruppe um Goerdeler-Popitz Gedanken an eine Bodenreform abgelehnt wurden.»Es schmerzte ihn dies, denn gerade die Freunde aus den eigenen Reihen waren ihm lieb und gewohnt und ihr Urteil wertvoll. Ich muss aber an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, dass ich nie an ihm ein so leidenschaftliches Interesse und eine solche Bereitwilligkeit zur Verständigung wahrgenommen habe, wie sie zu Tage trat, wenn er von den Sozialisten sprach, deren einen [Leber] er mir immer wieder als die eigentliche Kraft der Bewegung darstellte.»[154]

Im Frühjahr und Sommer 1944 gehörte er zu dem engsten Führungskreis der Verschwörer um Stauffenberg. In den Diskussionen schlug er Niemöller als Reichskanzler vor, konnte sich aber damit nicht durchsetzen.

Die Aussagen der Kaltenbrunner-Berichte über die aussenpolitischen Diskussionen innerhalb der bürgerlichen Widerstandsgruppen 1943/44 dürften der Wahrheit sehr nahekommen, da sie auch von anderen Seiten bestätigt werden: «Der Hauptvertreter der vermittelnden Lösung war der frühere Legationsrat von Trott zu Solz. Er hatte in einer Schrift «Deutschland zwischen Ost und West» dargelegt, dass Deutschland in der Mitte Europas sich weder ausdrücklich für das Zusammengehen mit Russland noch ausschliesslich für ein Zusammengehen mit den Westmächten entscheiden könne. Vielmehr sei seine Politik durch die geographische Lage dahingehend vorgeschrieben, dass man mit beiden Seiten in ein erträgliches Verhältnis kommen müsse.

Diese Auffassung hat auf die aussenpolitischen Planungen der Verschwörergruppe zeitweise stark eingewirkt. So war beabsichtigt, unmittelbar nach der Übernahme der Macht durch die Putschisten Unterhändler sowohl nach Moskau wie nach London zu entsenden. Innerhalb des Verschwörerkreises hat insbesondere Yorck den Gedanken Trotts eifrig vertreten. Er erklärte es für notwendig, dass keine einseitige Fühlungnahme nach Westen, sondern gleichzeitig Verbindung nach Osten und Westen gesucht werden solle. Für die Verbindung nach dem Osten war wiederum der Botschafter Graf von der Schulenburg, vielleicht auch General Köstring vorgesehen. Die Kommission, die für den Osten bestimmt war, sollte gleichzeitig eine Verbindung mit

dem sogenannten Nationalkomitee «Freies Deutschland» suchen. Für die Fühlungnahme nach Westen wurden zeitweise Falkenhausen und als Begleiter Trott genannt...»[155]

Willy Brandt berichtete in seinen Erinnerungen: «Der Emissär, der an jenem Junivormittag 1944 zu mir kam, war der Legationsrat Adam von Trott zu Solz... Der grosse, selbstsichere Mittdreissiger mit dem fast kahlen Kopf stellte sich vor und sagte: «Ich bringe Ihnen Grüsse von Julius Leber. Er bittet Sie, mir zu vertrauen...» Wie Leber-und anders als Carl Goerdeler, der an die Spitze der Umsturzregierung treten sollte – ging Trott davon aus, dass sich die Besetzung ganz Deutschlands kaum noch werde vermeiden lassen und es nicht mehr sinnvoll sei, den Krieg für einen «gerechten» Frieden weiterzuführen... Warum war Trott zu mir gekommen? Erstens, er fragte, ob ich mich der neuen Regierung zur Verfügung stellen und einstweilen für eine noch näher zu bestimmende Aufgabe in Skandinavien ausharren wolle. Ich durfte sicher sein, dass auch Leber diese Frage an mich richtete, und antwortete ohne Zögern mit Ja. Zweitens, er wünschte, im Einverständnis mit Leber wie mit Stauffenberg, dass ich ihm zu einem Gespräch mit der Gesandtin Alexandra Kollontai verhelfe, das sowjetische Verhalten nach einem Umsturz in Berlin betreffend. Ich traute es mir zu und bejahte...

Leber hatte Trott mit auf den schwedischen Weg gegeben: Er dürfe sich auf nichts einlassen, was aussehe, als sollten die Verbündeten auseinandergebracht werden. Die einzige Chance liege im Sturz des Tyrannen mit einem anschliessenden offenen Waffenstillstandsangebot. Trott selbst ergänzte: Schon weil Deutschland in der Mitte liege, könne es sich nicht ausschliesslich mit dem Westen und gegen Russland verständigen.»[156] Zu der gewünschten Begegnung mit der sowjetischen Gesandtin kam es allerdings nicht. Am 23. Juni 1944 hatte Trott auch ein Gespräch mit dem amerikanischen Korrespondenten und Geheimdienstmitarbeiter John Scott, den er auf die wachsende Bedeutung der Freien Deutschen Komitees in Deutschland und den besetzten Gebieten hinwies. Immer mehr Deutsche würden mit der Freien Deutschen Bewegung sympathisieren und gute Kontakte zu den Russen wünschen. Er sagte eine sowjetische Besetzung Deutschlands voraus und meinte, dass unter diesen Umständen viele deutsche Nazigegner, auch er, eine Wende ihrer Sympathien nach Osten vollziehen würden.[157] William Donovan, Leiter des amerikanischen Geheimdienstes, nahm diese Mitteilung in einen Bericht für Präsident Roosevelt auf, in dem es hiess: «Die Jüngeren, wie von Stauffenberg und Trott zu Solz, sahen in

der amerikanischen Politik, oder in dem Fehlen von Politik, keine Hoffnung für Deutschlands Zukunft, und darum waren sie bereit, ihre Chancen mit der UdSSR wahrzunehmen.»[158]

7. Josef Wirmer

Wenn in diesem Kapitel die Rolle bedeutender Vertreter aus Politik und Beamtenschaft gewürdigt wird, trifft diese Klassifizierung auf Wirmer nicht zu. Er hatte es als mit seiner freiheitlichen Lebensauffassung unvereinbar abgelehnt, nach seinem Jurastudium die Beamtenlaufbahn einzuschlagen, sondern den Beruf des selbständigen Rechtsanwalts gewählt.

Josef Wirmer wurde am 19. März 1901 als Sohn eines Altphilologen und Gymnasiallehrers in Paderborn geboren und lebte infolge Versetzung seines Vaters ab 1909 in Warburg (zwischen Kassel und Paderborn gelegen).[159] Wie sein Biograph Rudol Lill vermerkt, entwickelte sich ein gewisser Gegensatz zu seinem konservativen Vater «aus seiner aktiven Mitarbeit beim Aufbau der Wandervogelbewegung am Warburger Gymnasium; mit ihr begann anscheinend eine konsequente Absetzung vom konservativen Habitus der Generation seines Vaters, die ihn schon als Student zum überzeugten Demokraten werden, den ‚gutbürgerlichen' Kreisen seiner kleinen Vaterstadt freilich zeitweise als den ‚roten Wirmer' erscheinen liess. Dabei ist hinsichtlich der weltanschaulichen und kulturellen Grundlagen nie ein Bruch mit dem Vaterhaus erfolgt; doch gehörte Wirmer zeitlebens zu der katholischen Minderheit, für die Katholizismus keineswegs identisch ist mit Autoritarismus.»[160]

Nach dem 1920 mit Auszeichnung bestandenen Abitur studierte er in Freiburg und Berlin Jura. Schon zu dieser Zeit beschäftigten ihn in wachsendem Masse auch politische Probleme. Nach dem Referendar und Assessorexamen liess er sich 1928 in Berlin als Rechtsanwalt nieder. Er war Anhänger der Weimarer Republik und sah in einer Koalition des Zentrums mit der SPD die beste republikanische Basis; die von einigen Zentrumspolitikern favorisierte Anlehnung an die Deutschnationalen stiess bei ihm auf Widerstand. Er unterhielt gute Kontakte zu evangelischen Kreisen und lehnte konfessionalistische Politik ab.

Im Frühsommer 1936 kam Wirmer in engeren Kontakt zu Jakob Kaiser, ehemaliger Geschäftsführer in den Christlichen Gewerkschaften

Josef Wirmer

und Zentrum-Reichstagsabgeordneter, und besuchte ihn fortan oft in seiner Wohnung in der Wittelsbacher Strasse in Berlin, wo sich zuweilen auch Wilhelm Leuschner und andere Funktionäre der freien und christlichen Gewerkschaften sowie Max Habermann, der ehemalige Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, einfanden. «Unmittelbar darauf wurde Wirmer in den Kreis in der Wittelsbacher Strasse eingeführt», berichtete Elfriede Nebgen, die Lebensgefährtin Kaisers. «Seine temperamentvolle Persönlichkeit wie sein realer Sachverstand sowohl in gewerkschaftlichen Fragen – Josef Wirmer war von sozial-fortschrittlicher Haltung – wie in juristischen und staatspolitischen Dingen gehörten in den kommenden Jahren zum wertvollsten menschlichen wie sachlichen Gewinn dieser an Zahl und Bedeutung ständig wachsenden Widerstandsgruppe.»[161] Von seiner Persönlichkeit und seinen Vorstellungen zeichnete E. Nebgen folgendes Bild: «Wirmer nahm schon in diesen Jahren [1937-1939] meist an den Besprechungen der drei Gewerkschaftsführer teil [Kaiser, Leuschner, Habermann]. Er war ein entschiedener sozialer Demokrat. Ihn beschäftigten nicht zuletzt auch Fragen über das Verhältnis Gewerkschaften und Staat, wobei er wie die Gewerkschaftsführer selbstverständlich von unabhängigen Gewerkschaften ausging als der Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Seine Notizen für Denkschriften, die für Fritsch und für Hammerstein

bestimmt waren, bedeuteten stets Anregung und Bereicherung für die Arbeiterführer.

Nach Verabredung oder auch spontan kam er oft in die Wittelsbacher Strasse zu Jakob Kaiser... Auch für ihn galt es als selbstverständlich, dass nur die Wehrmacht die Möglichkeit hatte, Hitler zu überwinden. So kam er stets mit neuen Hinweisen, die an sie weitergeleitet werden sollten und in den Denkschriften ihren Niederschlag fanden. Meist waren es Hinweise auf Erfahrungen über Konzentrationslager, Brutalitäten von Gau- und Kreisleitern, die Wirmer oft bei Reisen in den Westen gesammelt hatte.»[162]

E. Nebgen übermittelte einen Ausspruch Wirmers vor dem Überfall auf die Sowjetunion: «Hitler wird angreifen, der Krieg wird selbstverständlich verloren und Russland wird eines Tages mitten in Deutschland stehen.»[163] Ende 1941 kam es zur Zusammenarbeit zwischen der Gruppe Kaiser-Leuschner-Habermann-Wirmer mit Carl Goerdeler und seinem Kreis. Man traf sich in der Regel alle zwei Wochen bei Kaiser in der Wittelsbacher Strasse. Die Namen seiner Freunde und Mitarbeiter allerdings, die Goerdeler nannte, stiessen auch bei Wirmer zunächst auf Misstrauen, waren sie doch entweder unbekannt oder solche, die nicht gerade zu den Befürwortern der Gewerkschaftsbewegung gehörten. Allmählich näherte man sich, nur Popitz gegenüber, der als stockkonservativ galt, blieb Ablehnung. Als sich im April und Mai 1944 erhebliche Gegensätze zwischen der Gruppe um Stauffenberg und Julius Leber einerseits und der Gruppe um Goerdeler andererseits zeigten, versuchte Wirmer zu vermitteln, indem er einen Kompromissentwurf vorlegte, den beide Seiten akzeptieren konnten.[164] Dessenungeachtet kritisierte Leber die in seinen Augen «kirchenhörige Politik Goerdelers und Wirmers»[165]. Die Katholiken in den Widerstandsgruppen legten durchaus Wert darauf, ihre Konfession genügend vertreten zu sehen. So schlugen Kaiser und Wirmer den früheren württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz als Innenminister in der künftigen Regierung vor. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen, da der «Katholik» Stauffenberg seine Autorität für Leber als Innenminister in die Wagschale warf.[166]

Wirmer beteiligte sich auch an der Auswahl und der Gewinnung von Politischen Beauftragten für die einzelnen Wehrkreise. Er selbst war in der neuen Regierung als Justizminister vorgesehen. Sein «leidenschaftliches Hauptanliegen», so der Bericht E. Nebgens, bestand darin: «Das deutsche Volk muss unverzüglich nach diesem Tag die Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher selbst in die Hand nehmen. Er hatte unerbittliche Pläne für die Verhaftungen der verantwortlichen Amtsträger ausgearbeitet, die bis ins Einzelne gingen. Sie

waren von der Empörung bestimmt, die vor allem in den letzten Kriegsjahren jeden erfüllte, der auch nur um einen Teil der Morde wusste, die im Zeichen der Euthanasie, der sog. Rassenreinheit geschahen, oder die dazu dienen sollten, den immer unwahrscheinlicher werdenden Sieg doch noch zu ermöglichen. Es ist bedauerlich, dass nichts mehr von diesen Zeugnissen eines so unbedingt aufrechten und rechtlichen Juristen vorhanden ist. Vielleicht hätten sie noch zur Erleichterung der entschlossenen Säuberung unseres Volkes beitragen können, die heute noch immer Sorgen bereitet.

Josef Wirmer hatte in seinem Garten eine kunstvolle Höhle gegraben und dort seine Denkschriften – auch die gewerkschaftlichen – vergraben. Mit Stolz, aber auch mit dem ihm eigenen Humor hat er uns eines Tages dieses Werk der Vorsicht vorgeführt. Einer der ersten Besuche Kaisers nach der Rückkehr aus seinem Versteck galt dieser Höhle. Sie war leer. Ob Josef Wirmer sie selbst noch kurz vor seiner Verhaftung geleert hatte, konnten wir nicht mehr feststellen.»[167] Er wurde am 3. August 1944 verhaftet, vorher hatte er noch Goerdeler bei seiner Flucht unterstützt.

Überliefert ist das kurze scharfe Rededuell mit Freisler während der Verhandlung am 8. September 1944: «Wenn ich hänge, Herr Präsident, habe nicht ich die Angst, sondern Sie»; als der ihn mit den Worten «Bald werden Sie in der Hölle sein...» unterbrach, erwiderte er: «Es wird mir ein Vergnügen sein, wenn Sie bald nachkommen, Herr Präsident.»[168]

Anmerkungen

1 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 4. Aufl., Stuttgart 1984, 1. Aufl. 1954; Erich Kosthorst: Carl Friedrich Goerdeler, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S.111 f.
2 Ritter: Goerdeler, S. 67.
3 Ebenda, S.68.
4 Goerdeler als Kommunalpolitiker und seinen Weg in den Widerstand untersucht zurzeit Ines Reich in Vorbereitung ihrer Dissertation.
5 Marianne Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters, Freiburg im Breisgau 1989, S. 80/81.
6 A. R Young: Die 'X'-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939. Hrsg, von Sidney Aster. Betreuung der deutschen Ausgabe
und Nachwort: Helmut Krausnick. Aus dem Englischen von Dieter Vogel, Zürich/München
1974, S. 26.
7 Ebenda, S.51/52, 61.
8 Ebenda, S. 83.
9 Ebenda, S. 86.

10 Ebenda, S. 88.
11 Ebenda, S. 130/131.
12 Ebenda, 191/192.
13 Bundesarchiv/Potsdamer Abteilungen, Auswärtiges Amt, Nachrichten- und Presseabteilung, Nr. 60634, Bl.1 f. In: Johannes Glasneck: Eine Denkschrift Goerdelers vom Sommer 1939, in: «Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg»«, H. IV/1965, S. 19 f. Die nachfolgenden Zitate sind dieser Veröffentlichung entnommen.
14 Hassell-Tagebücher, S. 109/110.
15 Gemeint ist der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, der von vielen konservativen Oppositionellen abgelehnt wurde.
16 Hammerstein war zu dieser Zeit Oberbefehlshaber der Armeeabteilung A an der Westfront, später hatte er ein Kommando in Schlesien. Er war bereit, Hitler zu einem Besuch einzuladen und ihn dabei festnehmen zu lassen, wurde jedoch bald endgültig in den Ruhestand versetzt.
17 Hassell-Tagebücher, S. 125-128.
18 Ebenda, S.135/136.
19 Vgl. auch Ger van Roon: Hermann Kaiser und der deutsche Widerstand, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 5/1976, S. 259 f.
20 Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941-1944, hrsg. und erläutert von Wilhelm Ritter von Schramm, München 1965, S.84. Auch die folgenden Zitate aus der Denkschrift sind dieser Veröffentlichung entnommen, S. 83-166.
21 Ritter: Goerdeler, S. 585.
22 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 499.
23 Ebenda, S.300.
24 Die Hassell-Tagebücher, S. 347.
25 Diese Ausarbeitung fiel der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 in die Hände und befand sich als Anlage in den «Kaltenbrunner-Berichten». In: Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944, Band 1, S. 149 f.; Schramm: Beck und Goerdeler, S. 255 f. Die folgenden Zitate sind dieser Veröffentlichung entnommen. Siehe auch Ritter: Goerdeler, S. 586 f.
26 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, (SAPMO BArch), NJ12285, BI. 12 (Akte heute wahrscheinlich im Bundesarchiv/ Potsdamer Abteilungen).
27 Ebenda, BI. 14.
28 Ebenda, BI. 23, 24, 27, 28.
29 Kunrat Freiherr von Hammerstein: Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 252.
30 Ebenda, S. 253.
31 Ebenda, S. 212.
32 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 501.
33 Gregor Schöllgen: Ulrich von Hassell 1881-1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990; Ders.: Ulrich von Hassell, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 135 f.; Die Hassell-Tagebücher 1938-1944.
34 Schöllgen: Hassell. Ein Konservativer, S. 34.
35 Ebenda, S. 189/190.
36 Schöllgen: Hassell, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 137.
37 Hassell-Tagebücher, S. 25.
38 Ebenda, S. 49.
39 Ebenda, S. 85. Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, Bischof, von 1797 bis 1807 Aussenminister der französischen Republik und Napoleons, trat 1807 zurück, wandte sich gegen die Machtpolitik des Kaisers, knüpfte Verbindungen zu Russland und Österreich, leitete 1814 das erste Kabinett unter den Bourbonen, vertrat Frankreich auf dem Wiener Kongress.
40 Grossbritannien schloss in Erweiterung der Garantieerklärung vom 31. März am 25. August 1939 einen Beistandspakt für 5 Jahre mit Polen ab, in dem jetzt auch die polnischen Grenzen einschliesslich Danzigs garantiert waren. Vgl. Gerd Wehner: Gross-

britannien und Polen 1938-1939. Die britische Polenpolitik zwischen München und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main/Bern 1983.

41 Hassell-Tagebücher, S. 113.

42 Ebenda, S. 504. Die im gleichen Band enhaltene englische Fassung (S.172) weicht nur geringfügig von der deutschen ab.

43 Hassell-Tagebücher, S. 210.

44 Ebenda, S. 210/211.

45 Ebenda, S. 220. Hitler hatte am 10.12.1940 vor Berliner Rüstungsarbeitern gesprochen und dabei u.a. gesagt: «Ich habe damals meinen ganzen Glauben an das deutsche Volk und seine Zukunft aus meiner Kenntnis des deutschen Soldaten, des kleinen Musketiers, gewonnen. Er ist in meinen Augen der grosse Held gewesen... Dieser kleine Prolet, der früher kaum genug zu essen hatte, sich immer um sein Dasein abrackern musste und der trotzdem wie ein Held da draussen gekämpft hat, auf den habe ich mein Vertrauen gesetzt und an dem habe ich mich wieder aufgerichtet.» Für alle Rüstungsbetriebe war Rundfunk-Gemeinschaftsempfang angeordnet. Ebenda, S. 524, Anmerkung 110.

46 Ebenda, S. 258/259.

47 Ebenda, S. 262/263.

48 Ebenda, S. 278.

49 Ebenda, S. 281.

50 Ebenda, S. 290.

51 Ebenda, S. 347.

52 Ebenda, S. 347/348, 349/350.

53 Ebenda, S. 382, 386.

54 Ebenda, S. 418.

55 Hassell-Tagebücher, S. 400.

56 Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby: Helmuth James von Moltke 1907-1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975; Helmuth James von Moltke: Briefe an Freya 1939-1945. Hrsg, von Beate Ruhm von Oppen, München 1988; Helmuth James Graf von Moltke: Völkerrecht im Dienste der Menschen. Dokumente. Hrsg, und eingel. von Ger van Roon, Berlin 1986; Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967; Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1993.

57 Moltke/Balfour/Frisby: Moltke, S. 28.

58 Ebenda, Moltke, S. 41.

59 Reinhold Brunner: Landadliger Alltag und primäre Sozialisation in Osteibien am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1991, H.10, S.1010.

60 Roon: Neuordnung, S.60 f. Die nationalistische Aufputschung der deutschen Minderheit in Polen gehörte in der Tat zur revanchistischen Politik des deutschen Imperialismus. Vgl. Kurt Oppitz: Die deutsche Stiftung und ihre Tätigkeit bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, Phil. Diss. (MS), Potsdam 1973.

61 Wolfgang Schlicker: Freiwilliger Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht 1919-1933. Die Rolle militaristischer und faschistischer Kräfte in den Arbeitsdienstbestrebungen der Weimarer Zeit, Phil.Diss. (MS), Potsdam 1967, S. 105.

62 Moltke/Balfour/Frisby: Moltke, S. 49.

63 Roon: Dokumente, S. 82/83.

64 Ebenda, S. 87/88.

65 Moltke: Briefe an Freya, S. 610.

66 Roon: Dokumente, S. 91.

67 Dazu bemerkte Ger van Roon: «Vermutlich schrieb Moltke diese Aufzeichnung in der zweiten Hälfte des Jahres 1939, als sich – so die Erinnerungen Furtwänglers – eine Gruppe um Moltke bildete. Sie dürfte daher mit verschiedenen Personen dieser Gruppe wie Adolf Reichwein, Carl Dietrich von Trotha, Horst von Einsiedel, Eduard Wätjen, Franz Josef Furtwängler und vielleicht auch Arnold von Borsig und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg besprochen worden sein. Mit ihnen ist Moltke damals häufiger zusammengetroffen.»
(Roon: Dokumente, S. 154.).

68 Roon: Dokumente, S. 154-158.
69 Harald Poelchau: Die letzten Stunden, Berlin 1987, 3. Auflage, S. 107/108.
70 Moltke: Briefe an Freya, S. 106.
71 Roon: Dokumente, S. 160/161. Vgl. zur Frage Staat und Kirche bei Moltke und im Kreisauer Kreis auch: Gerhard Ringshausen: Die Begründung des Staates und der Stellenwert der Kirchen, in: Deutscher Widerstand. Demokratie heute, hrsg.von Huberta Engel, Bonn-Berlin 1992, S. 203 f.
72 Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966, S.149.
73 Ebenda, S. 152.
74 F.Moltke/Balfour/Frisby: Moltke, S. 150 f.
75 Moltke: Briefe an Freya, S. 260.
76 Ebenda, S. 270.
77 Ebenda, S. 278.
78 Poelchau: Die letzten Stunden, S. 114.
79 Moltke: Briefe an Freya, S. 318.
80 Ebenda, S. 281.
81 Ebenda, S. 485, 488.
82 Roon: Moltke. Völkerrecht. Dokumente, S. 258-260. Ferner: Heinz Höhne: Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976, S. 442 f.; Norbert Müller/Margers Vestermanns: Verbrechen der faschistischen Wehrmacht an sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 bis 1945, in «Militärgeschichte», 1977, H. 1, S. 17 f.; Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978.
83 Moltke: Briefe an Freya, S. 307.
84 Ebenda, S. 354.
85 F.Moltke/Balfour/Frisby: Moltke, S. 217.
86 Moltke: Briefe an Freya, S. 450.
87 Opposition gegen Hitler, Bd. 1, S. 388/399.
88 IfZ ZS/A-18, Bd. 6.
89 Vgl. R. Andreas-Friedrich: Schattenmann, S. 279 f.; (Nachwort von Klaus Drobisch, dem die Angaben über diese Gruppe entnommen sind.)
90 Jürgen Heideking/Christoph Mauch: Das Herman-Dossier. Helmuth James Graf von Moltke, die deutsche Emigration in Istanbul und der amerikanische Geheimdienst Office of Strategie Services (OSS), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1992, H. 4, S. 591.
91 F.Moltke/Balfour/Frisby: Moltke, S. 268.
92 Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgnosse, S. 141.
93 Hans Dress: Die Haltung der einzelnen Gruppen der Verschwörer vom 20. Juli 1944 zur Polenfrage, in: «Staat und Recht», 1974, H. 8, S. 1328.
94 Im Gegensatz dazu übertrug der von Olbricht, Tresckow und Stauffenberg ausgearbeitete Umsturzplan unter dem Decknamen «Walküre» gerade den Wehrkreisbefehlshabern die gesamte vollziehende Gewalt in ihrem Bereich.
95 Roon: Neuordnung, S. 568. Auch die folgenden Auszüge aus dem Dokument enstammen der gleichen Dokumentation.
96 Zitiert nach Roon: Neuordnung, S. 556 f.; enthalten auch bei Steltzer: Von deutscher Politik, S. 165 f.
97 Roon: Neuordnung, S. 566.
98 Denkschrift Moltkes vom 20. 10. 1940 für Yorck, Gablentz, Einsiedel und Trotha, in: Roon: Neuordnung, S. 501 f.
99 IfZ, ZS/A-18, Bd. 7.
100 Roon: Neuordnung, S. 566.
101 Bleistein: Dossier, S. 322-325; Roon: Neuordnung, S. 561/652.
102 Bleistein: Dossier, S. 329/330.
103 Moltke/Balfour/Frisby: Moltke, S. 217.
104 Roon: Neuordnung, S. 511/512.
105 Ebenda, S. 512 f.
106 Ebenda, S. 513.

107 D. v. Meding: Mut des Herzens, S. 130. Weitere Hinweise darauf, dass Moltke mit einem gewaltsamen Umsturz einverstanden war, in: Peter Hoffmann: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992, 2. Aufl., S. 323/324.
108 Gerhard Schulz: Johannes Popitz, in: Lill/Oberreuter: 20 Juli, S. 237 f.
109 Günther Gereke: Ich war königlich-preussischer Landrat, Berlin 1970, S. 281/282.
110 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 289.
111 Ebenda, Bd. 1, S. 499/500.
112 Ebenda, S. 315/316.
113 Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, 2. Aufl., S. 133.
114 Hassell-Tagebücher, S. 369, 591, Anm. 80.
115 Ebenda, S. 261.
116 Ebenda, S. 400.
117 Hassell-Tagebücher, S. 454-461. Die nachfolgenden Zitate entstammen dieser Quelle. Der Text wurde vom Herausgeber nach dem zeitgenössischen Exemplar im Nachlass Popitz im Bundesarchiv Koblenz veröffentlicht.
118 Ulrich Heinemann: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990; Albert Krebs: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat, Hamburg 1964.
119 Krebs: Schulenburg, S. 44.
120 Ebenda, S. 111.
121 Heinemann: Konservativer Rebell, S. 204/205.
122 Tisa Schulenburg: Zeichnungen. Aufzeichnungen, Gütersloh o. J., S. 104.
123 Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 224.
124 Ebenda, S. 92.
125 Karol Jonca: Der «Kreisauer Kreis» um Helmuth James von Moltke und der deutsche Widerstand aus polnischer Sicht, in: Deutscher Widerstand. Demokratie heute. Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften. Hrsg, von Huberta Engel im Auftrag der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V., Bonn-Berlin 1992, S. 276.
126 Moltke: Briefe an Freya, S. 322.
127 Marion Gräfin Dönhoff: Menschen, die wissen, worum es geht, Hamburg 1976, S. 31.
128 Marion Yorck von Wartenburg: Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand, München 1987, S. 47.
129 Opposition gegen Hitler, Band 1, Stuttgart 1989, S. 145/146.
130 Ebenda, S. 453.
131 Ebenda, S. 274.
132 Ebenda, S. 189.
133 Hans Karl Fritzsche: Ein Leben im Schatten des Verrates. Erinnerungen eines Überlebenden an den 20. Juli 1944, Freiburg im Breisgau 1984, S. 63.
134 Vgl. Friedrich Hilscher: Fünfzig Jahre unter Deutschen, Hamburg 1954, S. 333.
135 Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 8.
136 Ebenda, S. 226 f. Die folgenden Zitate entstammen dieser Quelle. Vgl. auch S. 321, Anm.74.
137 Ebenda, S. 234.
138 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 500.
139 Christopher Sykes: Adam von Trott. Eine deutsche Tragödie, Düsseldorf-Köln 1969; Henry O. Malone: Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909-1938, Berlin 1986; Rainer A. Blasius: Adam von Trott zu Solz, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 321.
140 Willem A. Visser't Hooft: Die Welt war meine Gemeinde. Autobiographie, München 1972, S.188.
141 Sykes: Adam von Trott, S. 32; Malone: Trott zu Solz, S. 44.
142 D.v. Meding: Mut des Herzens, S. 176.
143 Trott an Tracy Strong, Berlin, 21. Februar 1930; in: Malone: Trott zu Solz, S. 41/42.
144 Shiela Grant Duff: Fünf Jahre bis zum Krieg (1934-1939). Eine Engländerin im Widerstand gegen Hitler, München 1978, S. 45, 54.

145 Ebenda. Vgl. auch Christabei Bielenberg: Mit einer gewissen Traurigkeit. Eine Engländerin über den Widerstandskämpfer Adam von Trott, in: «Die Zeit» v. 17.11.1978, S. 16.
146 Sykes: Adam v. Trott, S. 60.
147 Ebenda, S. 126.
148 Zit. in: Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien. Hrsg, von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln-Berlin 1966, S. 95.
149 Visser't Hooft: Die Welt, S. 190.
150 Hans Rothfels: Adam von Trott zu Solz und das State Department. Dokumente, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1966, H. 3, S. 318.
151 Eberhard Bethge nennt 1940 als Jahr des Eintritts in die NSDAP. In: E.Bethge: Adam von Trott und der deutsche Widerstand, in: VfZ, 1963, H. 3, S. 215.
152 Clarita von Trott zu Solz: Adam von Trott zu Solz. Eine erste Materialsammlung, Sichtung und Zusammenstellung, Reinbeck 1957, S. 211. Unveröffentlichte Aufzeichnungen, in die mir Clarita von Trott freundlicherweise Einblick gewährte.
153 Clarita von Trott: Adam von Trott, Anlage l/IV.
154 Ebenda.
155 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 492/493.
156 Willy Brandt: Erinnerungen, Berlin-Frankfurt am Main 1990, S. 136 – 138.
157 Ingeborg Fleischhauer: Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941-1945, Berlin 1986, S. 238/239.
158 Ebenda, S. 223/224.
159 Rudol Lill: Josef Wirmer, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 335 f.
160 Ebenda, S. 338/339.
161 Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970. 2. Aufl., S. 61.
162 Ebenda, S. 104/105.
163 Ebenda, S. 119.
164 SAPMO BArch, NJ17548/1.
165 Ebenda.
166 Ritter: Goerdeler, S. 369; Opposition gegen Hitler, Bd. 1, S. 422/423.
167 Nebgen: Jakob Kaiser, S. 168/169.
168 Lill: Wirmer, in Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 335, 337.

IV. Theologen gegen Krieg und Verbrechen

1. Dietrich Bonhoeffer

Dietrich Bonhoeffer wurde am 4. Februar 1906 in Breslau als Sohn eines bekannten Professors für Psychiatrie und Neurologie geboren; 1912 siedelte die Familie nach Berlin über.[1] Er studierte Theologie in Tübingen und Berlin, promovierte 1927, war ein Jahr an der deutschen Gemeinde in Barcelona als Vikar tätig, habilitierte sich an der Berliner Universität 1930 und studierte noch ein Jahr am Union Theological Seminary in New York. Seit 1931 war er in Berlin Dozent an der Universität, Studentenpfarrer und Leiter einer Konfirmandenklasse im Berliner Arbeiterbezirk Wedding. Nach der Einsetzung der Hitlerregierung 1933 bekämpfte er den «Arierparagraphen» und mit ihm die «Deutschen Christen», arbeitete von Oktober 1933 bis 1935 als Pfarrer an einer der deutschen evangelischen Gemeinden in London und übernahm dann im Auftrage der Bekennenden Kirche die Leitung des Predigerseminars in Finkenwalde bei Stettin (Szczecin), das er trotz Behinderung durch die Behörden bis 1940 führte. In dieser Zeit und danach verfasste er eine Reihe bedeutsamer theologischer Schriften.

Dietrichs Bruder Klaus wurde Syndikus der Lufthansa und knüpfte im Widerstand Verbindungen zwischen Militärs, Vertretern der Gewerkschaften und der Kirche. Vor der Gestapo sagte Klaus Bonhoeffer, der Anhänger der DVP gewesen war: *«Ich lehne den nationalsozialistischen Staat ab,* insbesondere mit Rücksicht auf seine Politik in der Kirchen sowie Judenfrage sowie wegen der fehlenden Garantien der Rechtssicherheit. Die politische Zielsetzung, die uns *die ganze Welt zum Feind gemacht hat,* erscheint mir zu hoch und unrichtig.»[2]

Seine Schwester Ursula heiratete den Juristen Rüdiger Schleicher, der als Ministerialrat im Luftfahrtministerium ebenfalls zum antinazisti-

schen Widerstand stiess. Seine zweite Schwester Christine heiratete den späteren Reichsgerichtsrat am Reichsgericht Hans von Dohnanyi, der 1939 zum Amt Ausland/Abwehr kommandiert wurde, wo er zu der von Oberst Oster geleiteten Widerstandsgruppe gehörte. Dietrichs Zwillingsschwester Sabine musste mit ihrem Mann, dem Juristen Gerhard Leibholz, wegen dessen jüdischer Abkunft Deutschland verlassen und lebte seit 1938 in England. Rüdiger Schleichers Tochter Renate heiratete den Theologen Eberhard Bethge, Kampfgefährte und Freund, der nach 1945 auch der Biograph Dietrich Bonhoeffers wurde.

Bonhoeffer gab sich nicht mit der Zurückweisung der staatlichen Einmischung in kirchliche Angelegenheiten zufrieden, sondern war zu mehr entschlossen. «Später hat er einmal seinen politischen Widerstand damit begründet, dass er sich als Pfarrer auch nicht damit begnügen könne, die Opfer eines betrunken daherrasenden Autofahrers zu beerdigen, sondern dass es dann wichtiger sei, dem Wahnsinnigen das Steuer zu entreissen. Dass sich Bonhoeffer der möglichen Konsequenzen einer solchen Einstellung voll bewusst war, ist nicht zu bezweifeln.»[3] Bei Kriegsausbruch befürchtete man Massnahmen gegen die Häftlinge in den KZ und sah Gefahr auch für Niemöller. Bonhoeffer unterstützte ohne zu zögern den Vorschlag, dass der ehemalige U-Boot-Kommandant sich freiwillig zur Kriegsmarine melden solle, was im September 1939 auch geschah. «Vielleicht konnte eine Meldung aus der Zelle in diesem Moment», so gab der Freund und Biograph die damalige Situation wieder, «das unter Heydrich neugeschaffene Reichssicherheitshauptamt (RSHA) veranlassen, alte Entscheidungen zu überprüfen. Bonhoeffer schien das jedenfalls ein brauchbares Mittel, die Rettung wichtiger Leute zu betreiben; ausserdem spielte für ihn schon damals die Erwägung eine Rolle, dass zuverlässige Männer in Kommandostellen und an die Schalthebel der Kriegsmaschinerie gehörten, wenn man schon an Umsturz dachte. Das war natürlich im Ausland kaum zu verstehen... Es wäre Bonhoeffer gar nicht in den Sinn gekommen, dass er mit diesem Ratschlag den Widerstand gegen Hitler etwa verraten haben könnte und dass er und Niemöller zur anderen Seite übergelaufen wären, wie es mancher nach 1945 interpretiert hat. Es war 1939 sowieso an der Tagesordnung, dass sich treue Bekenntnispfarrer, die Reserveoffiziere waren, freiwillig meldeten – für Bonhoeffers Geschmack mancher zu schnell!! –, um einen Ausweg aus gefährlicher Situation zu finden.»[4]

Bonhoeffer hegte eine starke Antipathie gegen das Kirchliche Aussenamt der Evangelischen Kirche, seinen Leiter Bischof Theodor

Dietrich Bonhoeffer

Heckel und seinen Mitarbeiter Eugen Gerstenmaier wegen deren Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt. Dieses Misstrauen war begründet: Als der in der Schweiz lebende Theologieprofessor Friedrich Wilhelm Siegmund-Schultze, Schriftführer des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, im Frühjahr 1940 zu Vorlesungen nach Schweden eingeladen war, denunzierte ihn Gerstenmaier und forderte das Auswärtige Amt auf, «von Seiten des Reiches das zu veranlassen, was geschehen kann, um Prof. S. Schultze die Einreise in Schweden, ohne dass es auffällt, unmöglich zu machen...»[5]

Da Bonhoeffer als kompromissloser Nazigegner galt und über zahlreiche internationale Beziehungen verfügte, trat er auf Vorschlag seines Schwagers Dohnanyi in den Dienst des Amtes Ausland/Abwehr. Im November 1940 wurde er von der Münchener Dienststelle der Abwehr übernommen, die auch seine Freistellung vom Militärdienst erwirkte. Damit war er «V-Mann» des militärischen Geheimdienstes, eine Rolle, über deren Bedeutung und Widersprüchlichkeit er sich völlig klar war. «Die Auftraggeber», so erinnert Bethge, «wollten Bonhoeffer und seine aussergewöhnlichen Auslandsbeziehungen ihren politischen Zielsetzungen für Deutschland dienstbar machen. Und er wollte sich denen, die diese Ziele mit persönlichem Einsatz anstrebten, nicht länger mehr entziehen. Ihn band nicht mehr das Seminar und auch keine Gemeinde. Die Mittel zum Zweck waren nun auf ihre grösstmögliche Eignung

hin zu prüfen, wenn es jetzt nur noch den Weg der Verschwörung geben konnte.

Bonhoeffer hat sich seinerseits nicht über die merkwürdige doppeldeutige Lage getäuscht, in die er geraten musste, wenn er seine ökumenischen Beziehungen nun der Widerstandsgruppe in der Abwehr, auf den ersten Blick aber doch dem deutschen militärischen Geheimdienst zur Verfügung stellte.»[6] Als Mitarbeiter der Abwehr war Bonhoeffer auch an der Schleusung einiger Juden ins neutrale Ausland beteiligt.

Der erste Reiseauftrag der Abwehr im Februar 1941 führte in die Schweiz, wo er über kirchliche Stellen die Verbindungen zu gesprächsbereiten Vertretern der Westmächte vorsichtig neu knüpfen, Zeichen der Aktivität des deutschen Widerstandes geben und Vorstellungen über die Friedensziele der anderen Seite erkunden sollte.

Bonhoeffer besuchte Barth, dem er sich anvertraute, und traf auch seinen Mentor Siegmund-Schultze, der mit Gordeler zusammenarbeitete und Verbindungen nach England hatte. Ein Besuch in Genf galt dem Weltkirchenrat, wo er mit Willem Adolph Visser't Hooft, dem Generalsekretär des ökumenischen Rates der Kirchen, zusammentraf. Was seine Informationen über die politische Opposition in Deutschland anbetraf, begegneten ihm manche Zweifel. Der zweite Besuch bei Visser't Hooft fand im September 1941 statt. Bonhoeffer liess sich durch die nationalistische und antikommunistische Propagandaflut seit Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion Standpunkt und Blick nicht trüben, wie Visser't Hooft berichtet: «In diesen ersten Wochen nach dem Einmarsch in Russland hatte man allgemein den Eindruck, dass die deutsche Armee auf wenig wirksamen Widerstand treffe, und wir glaubten, im Osten werde Hitler derselbe Erfolg beschieden sein wie im Westen. Umso verblüffter war ich, als Bonhoeffer das Gespräch mit den Worten eröffnete: ‚Und das ist nun der Anfang vom Ende.» Er sah mein erstauntes Gesicht und setzte hinzu: ‚Da kommt der Adolf nie mehr heraus. '«[7]

Im Herbst 1941 war Dietrich Bonhoeffer häufiger mit seinem Bruder Klaus zusammen, der mit seinem Mitarbeiter Otto John und in Übereinstimmung mit Dohnanyi eigene Kontakte pflegte, u.a. zu dem Rechtsanwalt Josef Wirmer, zu dem Funktionär der früheren christlichen Gewerkschaften Jakob Kaiser, zu dem ehemaligen Vorstandsmitglied des ADGB Wilhelm Leuschner, zu dem sozialdemokratischen Jugendpolitiker Hermann Maass, zu dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten a. D. Ernst von Harnack, zu Louis Ferdinand Prinz von Preussen.

In den Zeiten zwischen den Reisen und der kirchlichen Tätigkeit zog sich Bonhoeffer mehrmals zu Studienzwecken in das Kloster Ettal zurück, zu dem er durch Vermittlung des katholischen Juristen Dr. Josef Müller, der ebenfalls im Dienste der Abwehr stand, Zutritt hatte.

Als es im April 1942 in Norwegen Konflikte zwischen dem von den Deutschen eingesetzten faschistischen Ministerpräsidenten Vidkun Quisling und der norwegischen Kirche unter Führung von Bischof Eivind Berggrav gab, schickte die Abwehr zwei «Beauftragte» nach Norwegen, um zu überprüfen, ob der Kirchenkampf das deutsche Besatzungsregime gefährde. Die beiden Beauftragten waren Helmuth James Graf von Moltke und Bonhoeffer. Sie nahmen mit Mitarbeitern Berggravs Verbindung auf und bestärkten die norwegischen Geistlichen in ihrer Haltung gegenüber den deutschen und norwegischen Faschisten. Besonders konsequent war Bonhoeffer. Er bestand, wie Berggrav nach dem Krieg berichtete, «auf bitterlichen Widerstand – bis ins Martyrium hinein».[8]

Bethge, Bonhoeffers Freund und Biograph, schrieb über die Beziehungen zwischen Moltke und Bonhoeffer: «Wir waren damals noch nicht auf die besondere Potenz dieser Gruppe [Kreisauer Kreis] aufmerksam geworden ... Ich erinnere mich jedoch an die Bemerkung Bonhoeffers, wie anregend das gemeinsame Reisen sei, «aber wir sind nicht einer Meinung». Natürlich waren Moltke und Bonhoeffer eins in der Tiefe ihrer christlichen Überzeugungen, sie waren ebenso eins in der Beurteilung des verzweifelten Zustandes der deutschen Angelegenheiten, und sie waren sicher auch eins in der gemeinsamen Hoffnung auf eine Gestalt wie Ludwig Beck. Aber Moltke hat eben damals noch «für seine Person die gewaltsame Beseitigung Hitlers ... abgelehnt». Und Bonhoeffer... plädierte bereits für die Notwendigkeit des Attentats. «[9] Bethge hält es für wahrscheinlich, dass Moltke während der Reise Bonhoeffer zu der wenige Wochen später geplanten ersten Kreisauer Tagung eingeladen hat. Bonhoeffer stand aber kurz vor einer neuen Reise in die Schweiz. Andere Vermutungen besagen, dass die Kreisauer Bonhoeffer nicht hinzuzogen, weil er bereits als den Nazibehörden verdächtig galt. In der Tat erhielten Bonhoeffer und Dohnanyi im Frühjahr 1942 erstmals eine Warnung. Rechtsanwalt Dr. Karl Langbehn, der zu SS-Dienststellen Beziehungen hatte, und Hauptmann Ludwig Gehre, Mitarbeiter Osters, informierten Dohnanyi Mitte Februar 1942, dass sein Telefon und seine Post überwacht würden.

Im Mai 1942 traf Bonhoeffer gemeinsam mit dem Pastor Hans Schönfeld in Schweden mit dem englischen Bischof George Bell von

Chichester zusammen. Dr. Schönfeld war offizieller Vertreter der Deutschen Evangelischen Kirche im Weltkirchenrat in Genf und mit Gerstenmaier befreundet. Nach dem Bericht Bells erklärte Schönfeld zwar, dass die Deutschen angesichts der nazistischen Verbrechen Wiedergutmachung leisten müssten, verlangte aber zugleich Verhandlungen mit der deutschen Opposition, da sonst Chaos und Bolschewismus hereinbrechen würden. Er drohte mit dem Gespenst des Bolschewismus, indem er erklärte, dass hohe deutsche Offiziere von der sowjetischen Elite beeindruckt seien und an die Möglichkeit einer Verständigung mit ihr glaubten.[10]

Anders verhielt es sich mit Bonhoeffer, der unabhängig von Schönfeld nach Stockholm geflogen war. Vor seiner Reise nach Stockholm beriet sich Bonhoeffer ausführlich mit seinem Freund Hans-Bernd von Haeften aus dem Auswärtigen Amt. Er informierte Bell auftragsgemäss darüber, dass in Deutschland ein Aufstand gegen Hitler vorbereitet würde und nannte dazu die Namen Beck, Hammerstein, Goerdeler, Leuschner, Kaiser und andere. Er bat darum, von der britischen Regierung zu hören, ob die Alliierten mit einer solchen neuen Regierung zu verhandeln bereit sein würden. Bell berichtete später, Bonhoeffer sei der Meinung gewesen, dass es nicht darum gehe, einen Ausweg zu suchen, sondern dass die Deutschen vor der Welt Reue und Busse demonstrieren müssten.[11] Er war von Kummer darüber erfüllt, «dass die Dinge in Deutschland so weit gekommen waren und dass ein solches Vorgehen notwendig war. Er sagte, manchmal überkomme ihn der Gedanke: ‚Wir müssen bestraft werden'.»[12]

Als Verbindungsmann zur britischen Regierung schlugen Schönfeld und Bonhoeffer den Legationsrat Adam von Trott zu Solz vor. Bell erklärte jedoch, dass er sich für eine positive Reaktion des britischen Aussenministeriums nicht verbürgen könne. Zurückgekehrt, leitete der Bischof seine Informationen an massgebliche Politiker, wie Aussenminister Anthony Eden und Stafford Cripps, weiter. Eden antwortete ihm am 4. August 1942 und gab damit gleichzeitig den Standpunkt der Regierung wieder: «In meiner Rede in Edinburgh am 8. Mai widmete ich eine lange Passage Deutschland und schloss, indem ich sagte, wenn ein Teil des deutschen Volkes wirklich eine Rückkehr zu einem auf Respekt vor dem Gesetz und den Rechten des Individuums begründeten deutschen Staat zu sehen wünsche, dann müssen die Betreffenden verstehen, dass niemand ihnen glauben werde, bis sie aktive Schritte unternommen hätten, um sich von ihrem gegenwärtigen Regime zu befreien ... Ich erkenne die Gefahren und Schwierigkeiten,

denen die Opposition in Deutschland ausgesetzt ist, aber diese Opposition hat bisher wenig Beweise für ihre Existenz gegeben, und bis sie zeigt, dass sie gewillt ist, dem Beispiel der unterdrückten Völker Europas zu folgen, indem sie Risiken eingeht und aktive Schritte unternimmt, um der Terrorherrschaft der Nazis entgegenzutreten und sie zu stürzen, sehe ich nicht, wie wir nutzbringenderweise die Erklärungen erweitern können, die bereits von Mitgliedern der Regierung mit Bezug auf Deutschland abgegeben sind.»[13]

Im Zuge der Bestrebungen der SS-Führung und des Reichssicherheitshauptamtes, die Abteilung Ausland/Abwehr einzuschränken und schliesslich zu liquidieren, um die gesamte nachrichtendienstliche Tätigkeit im RSHA zu konzentrieren, erfolgte am 5. April 1943 der erste Schlag mit der Verhaftung Dohnanyis, seiner Frau Christine, die nach einigen Monaten wieder freikam, und Bonhoeffers. Später wurden auch Klaus Bonhoeffer, Rüdiger Schleicher und Eberhard Bethge verhaftet. Es wurde offenbar, dass sich «der Gestapo schon vor dem 20. Juli 1944», wie Elisabeth Chowaniec feststellte, «ein recht komplettes Bild einer Gruppe höherer Beamter und hoher Militärs bot, die sich zumindest mit sehr weitgehenden staatlichen und militärischen Neuordnungsideen trugen, Kontakte ins Ausland unterhielten und damit in höchstem Masse verdächtig waren, den Tatbestand des Hoch- und Landesverrats zu erfüllen»[14]. Bonhoeffer befand sich zunächst im Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis Tegel, dann im Kellergefängnis in der Prinz-Albrecht-Strasse, danach in einer Bunkerzelle im KZ Buchenwald und schliesslich im KZ Flossenbürg. Der britische Captain Payne Best, der ihm in Buchenwald begegnete, urteilte: «Er schien immer eine Atmosphäre von Glück zu verbreiten, von Freude an jedem kleinsten Ereignis des Lebens und von tiefer Dankbarkeit für die Tatsache, dass er lebte... Er war einer der ganz wenigen Männer, die ich je getroffen habe, denen ihr Gott wirklich und immer nahe war.»[15]

2. Alfred Delp

Alfred Delp wurde am 15. September 1907 in Mannheim als Sohn eines Angestellten einer Ortskrankenkasse geboren und verbrachte seine Kindheit in Lampertsheim, einer kleinen Stadt nördlich von Mannheim.[16] Obgleich katholisch getauft, besuchte er eine evangelische Volksschule, konvertierte dann aber mit 14 Jahren endgültig zum

Alfred Delp vor dem «Volksgerichtshof»

katholischen Glauben. Als Gymnasiast in Dieburg betätigte er sich in dem katholischen Jugendbund «Neudeutschland». Nach dem Abitur trat er zur Überraschung seiner Angehörigen 1926 in den Jesuitenorden ein und absolvierte dessen lange Ausbildung bis 1939. Er trieb philosophische und theologische Studien, u.a. 1928 – 1931 am Berchmannskolleg in Pullach, wurde zum Dr. phil. promoviert und übte verschiedene Tätigkeiten im Auftrag der Kirche aus. Ab 1935 studierte er Theologie in Valkenburg (Niederlande); 1938 erhielt er die Priesterweihe, ab 1939 arbeitete er als Soziologe in der Redaktion der «Stimmen derzeit», dem Blatt der deutschen Jesuiten, das 1941 verboten wurde. Danach war er Kirchenrektor von St. Georg in München-Bogenhausen und nahm an zahlreichen Zusammenkünften katholischer Persönlichkeiten teil, darunter der Jesuitenpatres Lothar König und Augustin Rösch, die ebenfalls Gegner des Nazisystems waren. Er verfasste mehrere philosophisch-theologische Schriften, u.a. 1935 «Tragische Existenz. Zur Philosophie Martin Heideggers». Mehrfach klagte er die Kirche an, weil sie zu den Greueln in den Konzentrationslagern und zu der Ausrottung der Polen und Juden schweige.

Auf Wunsch des Jesuitenprovinzials Pater Rösch, seines «Oberen», der von Moltke um die Mitarbeit eines Soziologen im Kreisauer Kreis gebeten worden war, schloss sich Delp Ende 1941 diesem Kreis an, wo er sehr aktiv war: Er lieferte Entwürfe für die programmatischen Besprechungen, nahm 1942/43 an allen drei Beratungen in Kreisau

sowie an zahlreichen Gesprächen in Berlin teil und hatte wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung der Programmdokumente.

Delp bewegte sich auf der Basis der katholischen Soziallehre, wie sie in den päpstlichen Sozialenzykliken niedergelegt worden war. Die Enzyklika «Rerum novarum» [Über die neuen Dinge] des Papstes Leo XIII. vom 15. Mai 1891 ging von der Existenz des modernen Kapitalismus aus und sah in der revolutionären Arbeiterbewegung eine Gefahr für das bestehende Gesellschaftsgefüge. Die Enzyklika verkündete die Unantastbarkeit des kapitalistischen Eigentums und der Lohnarbeit, vermerkte aber gleichzeitig das Vorhandensein eines scharfen sozialen Konflikts, da die Masse der Besitzlosen ein gedrücktes und unwürdiges Dasein führe. Sie verdammte den klassenkämpferischen Sozialismus, da er die arbeitende Klasse zum unversöhnlichen Kampf aufrufe, verurteilte aber gleichzeitig die Unterdrückung und Ausbeutung Notleidender «um des eigenen Vorteils willen». Der Papst warnte die Arbeiter vor Vertragsbruch und Aufruhr und ermahnte zugleich die Unternehmer, soziale Zugeständnisse zu machen: Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe, ausreichende Löhne, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Gründung von Unterstützungsvereinen, Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder und ähnliches. In diesem Sinne appellierte das päpstliche Rundschreiben auch an die Regierungen, eine Sozialpolitik zu betreiben, die sowohl den Klassenkampf als auch seine Ursachen abzuschaffen in der Lage wäre.

Papst Pius XI. veröffentlichte am 15. Mai 1931 die Enzyklika «Quadragesmo anno» [«Im vierzigsten Jahre» – nach «Rerum novarum»]. Sie fiel in die Zeit der grossen Weltwirtschaftskrise. Die Schrift lehnte den Sozialismus als mit der katholischen Lehre unvereinbar ab und empfahl als Ausweg aus der ökonomischen, politischen und geistigen Krise des kapitalistischen Systems eine Wirtschafts- und Sozialreform mit dem Ziel einer berufsständischen Ordnung. Klassengesellschaft und Klassenkampf sollten mit Hilfe einer flexibleren Sozialpolitik und einer festeren Bindung an die Kirche ersetzt werden durch Klassenzusammenarbeit im Interesse des «Gemeinwohls».

Delp hatte mit der Abfassung einer Denkschrift begonnen, die er die «Dritte Idee» nannte. Darin konzipierte er eine «neue» Ordnung, die die von ihm gleicherweise abgelehnten Gesellschaftssysteme des Kapitalismus und des Kommunismus überwinden sollte. Nach inhaltlicher Wiedergabe durch andere Personen – Fragmente der Denkschrift selbst sind bisher nicht aufgefunden – sagte er, dass sich das Recht des einzelnen auf Leben, Freiheit und Eigentum mit einer weitgehenden

Sozialisierung des Wirtschaftskörpers verbinden müsse, aber nicht zu einem Staatskapitalismus führen dürfe. Der soziale Neubau sollte von den Beteiligten selbst durchgeführt und durch die staatliche Gesetzgebung geschützt werden. Delp verlangte eine Neuregelung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit: Beide Gruppen sollten an der Führung und am Ertrag des Unternehmens beteiligt werden.[17] So heisst es auch in einer (zeitlich nicht fixierbaren, aber im Nachlass von König gefundenen) Ausarbeitung von Delp: «Das Schicksal jeder kommenden Neuordnung ist abhängig davon, ob es endlich gelingt, den Arbeiter (nicht als Genossen und nicht als Volksgenossen) in die Gemeinschaft einzugliedern. Dies bedeutet eine wirtschaftliche, eine kulturelle und eine politische Aufgabe. ... Gegenwärtige Lage: nicht einheitlich. Die Arbeitsfront keine echte Einbeziehung der Arbeiter in die Volksgemeinschaft. In ihr und überhaupt innerhalb der deutschen Arbeiterschaft alle Schattierungen vorhanden: Von der reinen Klassenkampfideologie über den verbürgerlichten Arbeiter bis zum übermüdeten und nicht mehr reflexionsfähigen Arbeits,objekt'...

Auf keinen Fall darf sich die über das ganze Reich hin ausdehnende atomistische Sammlung der einzelnen arbeitenden Menschen (Gewerkschaften, reine Arbeiterpartei) wiederholen... Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Eingliederung des arbeitenden Menschen in die Gemeinschaft muss innerhalb und über die früher skizzierten organischen Untergliederungen des Reiches erfolgen (Landsmannschaften und ständische Körperschaften).

... Garantie des Existenzminimums. Scheidung zwischen Einkommen und Lohn. Der unverheiratete Arbeiter auf seinen Lohn beschränkt. Der verheiratete Arbeiter geniesst rechtliche Garantie eines höheren Existenzminimums, da die Familie allgemeines Anliegen... Zur Entgiftung der sozialen Atmosphäre ist unter allen Umständen für die Arbeiterfamilie die eigene oder wenigstens abgeschlossene Wohnung, auf längere Dauer gesichert, und der Eigengarten anzustreben.

Durch Stipendien, Fachschulen, ist dem befähigten Arbeiterder innerberufliche Aufstieg entsprechend seiner Begabung zu sichern. Ebenso ist der Aufstieg befähigter Arbeiterkinder in die allgemein geistigen Berufe zu fördern.»[18]

Delp beschränkte sich keineswegs auf die Ausarbeitung von Denkschriften, sondern nahm aktiv am Ausbau des konspirativen Netzes und seiner politischen Profilierung teil. So traf er im August 1942 mit Nikolaus Franz Gross, dem Redakteur der katholischen «Ketteler-

Wacht», zusammen und erklärte ihm: Bernhard Letterhaus, der ehemalige Verbandssekretär der westdeutschen katholischen Arbeitervereine, komme nach Berlin ins OKW. «Man müsse damit rechnen, dass sich dort ein gewisser Kaiser [Jakob Kaiser] um ihn bemühen werde und dass Letterhaus durch ihn mit Goerdeler und seinen Kreisen in Verbindung komme. Es handele sich dabei um wirtschaftsreaktionäre Kräfte, und Letterhaus solle sich nicht einspannen lassen. Es gebe da noch einen anderen Kreis von Adligen. Dieser sei aufgeschlossener und entspreche mehr «unserem Denken».»[19]

In den Auffassungen Delps sind unschwer die Grundzüge der katholischen Soziallehre zu entdecken; er war der Hauptvertreter dieser Lehre in Tätigkeit und Programmatik des deutschen Widerstandes. Es ist nicht zu bezweifeln, dass der Jesuitenpater, der eng mit den Bedürfnissen seiner Gemeinde, besonders mit denen der werktätigen katholischen Jugend, verbunden war, es ernst meinte mit seiner Forderung nach Gemeinwohl und nach dem Recht des Einzelmenschen. Zugleich aber folgte er der antikommunistischen Linie des Vatikans. Nicht nur, dass er in späteren Niederschriften Polen des «Grössenwahns» bezichtigte und die Slawen schlechthin als primär zerstörerisch, nicht aufbauend, bezeichnete, wollte er auch den Bolschewismus als Vorspann für den russischen Imperialismus «masslosester Art» verstanden wissen.[20]

Neben diesen nationalistischen Auffassungen standen andere Gedanken, die er auch während der Haft 1944/45 niederschrieb. So betonte er die Notwendigkeit, von der Realität des Lebens und nicht von Illusionen auszugehen: «Kein Leben ist ungeschichtlich oder jenseits der Geschichte, kein heiliges Leben und kein unheiliges Leben. Die Geschichte ist die Weise des kreatürlichen Daseins.»[21] «Jenseits der Geschichte» existiere nur der «reine Geist, der allmächtige Gott, der Herr aller Geschichte». Darum laute das Gesetz der geschichtlichen Bewährung, den Auftrag Gottes in der Geschichte zu erfüllen.

Delp fand bittere Worte der Kritik, dass die Kirche diesem Auftrag nicht gerecht geworden sei: «Wir haben durch unsere Existenz den Menschen das Vertrauen zu uns genommen... Und gerade in den letzten Zeiten hat ein müde gewordener Mensch in der Kirche auch nur den müde gewordenen Menschen gefunden, der dann noch die Unehrlichkeit beging, seine Müdigkeit hinter frommen Worten und Gebärden zu tarnen.» Die meisten Menschen erkennen, so sagte er, «die Schlamperei und Sudelei, mit denen wir in der Kirche unsere «Funktionen» im weitesten Sinne des Wortes verrichten». Er forderte,

besonders zwei negativen Erscheinungen den Kampf anzusagen: dem bürgerlichen Lebensstil und der bürokratischen Kirche. Der «Bürgersinn für die grössere Verantwortung starb und übrig blieb der bürgerliche Hunger und Durst nach Wohlfahrt, Pflege, Ruhe, Bequemlichkeit, gesichertem Besitz. Die Rente, der Coupon, die stille Teilhaberschaft, die Zinshäuser: das waren und sind die Symbole und Ideale dieser Menschen geworden...» Delp verlangte von der Kirche, sich wieder den Menschen zuzuwenden. Aus den Kirchen, so schrieb er, sollen nicht «die heilsängstlichen oder pfarrerhörigen erschreckten Karikaturen» kommen, sondern von den «göttlichen Kräften erfüllte, schöpferische Menschen».[22] Er war sich jedoch auch darüber klar, dass die Verkündung der Heilsbotschaft allein noch keine grundlegende Änderung schafft, dass dazu auch die Lösung materieller, sozialer Fragen notwendig ist: «Und solange Menschen hungern und ihnen das tägliche Brot etwas Unwahrscheinliches ist, solange wird man diesen Menschen sowohl das Reich Gottes als auch das irdische Reich vergebens predigen. So war und ist ja das Brot immer wieder eines der grossen Mittel der Verführung. Und es ist sehr wichtig, dass es den richtigen Leuten gelingt, die Brotfrage an sich zu nehmen.»[23] Es ging ihm also auch darum, durch Taten, nicht durch hohle Worte, den Führungsanspruch der katholischen Kirche aufrechtzuerhalten.

Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 lebte Delp nahezu isoliert. Anfang Juni suchte er Stauffenberg in Bamberg auf, um sich Rat zu holen. Er kannte den Namen Stauffenberg als den eines Mitverschworenen, wusste aber nicht die Einzelheiten von dessen Tätigkeit als Organisator des geplanten Attentats. Stauffenberg sagte ihm aus Sicherheitsgründen nicht viel, beschwerte sich danach aber bei Yorck über Delps Unvorsichtigkeit.

Delp wurde am 28. Juli 1944 verhaftet, nachdem die Gestapo Verbindungen zwischen dem schon verhafteten Gerstenmaier und ihm aufgedeckt hatte.[24]

3. Harald Poelchau

Harald Poelchau wurde am 5. Oktober 1903 als Sohn eines Pastors in Potsdam geboren, verlebte aber seine Kindheit und Jugend im schlesischen Brauchitschdorf (Chröstnik) und in Liegnitz (Legnica), wo er die «Ritterakademie» besuchte. Er betätigte sich in der freideutschen

Jugendbewegung und studierte in Bethel (bei Bielefeld) Theologie, wo er auch die ersten Erfahrungen in praktischer Nächstenliebe sammelte. «Der Leiter, Samuel Jäger,» so berichtete Poelchau in seinen autobiographischen Aufzeichnungen, «war einer der damals seltenen Theologen, die als politische Publizisten sich um die Verbindung von christlicher Lehre und gesellschaftlichem Geschehen mühten. Zugleich war er Herausgeber einer politischen Wochenschrift. Die andre Eigenschaft Bethels war von grosser Wirkung auf mich: die praktische Hilfe der ganzen grossen Siedlung für eine Menschengruppe lebensunwerten Lebens, wie man sie später nannte, die Möglichkeit, all diesen Epileptikern ein menschliches Dasein zu retten. Leid, wirkliches Leid ist das Gegenteil von Depression. Hatte ich bisher das Christentum nur als depressive Reflexion erfahren, hier begegnete es mir als tägliche Hilfe im Leid.»[25] Hier sammelte er auch seine ersten politischen Erfahrungen: «Die Studentenschaft dieser Nachkriegsjahre war sehr ungleichmässig zusammengesetzt; neben uns jungen Dachsen aus der Jugendbewegung in Kittel und Schillerkragen studierte eine ganze Reihe ehemaliger Soldaten und Offiziere mit solchem Ernst und solcher Leidenschaft, dass uns der Ansatz intellektueller Spielerei, wie er den eben von der Schule Kommenden eigen ist, verging. Ich erinnere mich an den Tag der Ermordung Rathenaus [24. Juni 1922]. Beim Mittagessen am grossen gemeinsamen Tisch wurde die Tatsache berichtet. Einer der Kommilitonen reagierte: ‚Ein Glück, dass das Schwein tot ist.» Darauf erhob sich der Älteste von uns, ein früherer Offizier, erklärte, mit Leuten von solcher Gesinnung könne er nicht essen und verliess den Raum. Dieses Zeichen von Mut, Härte und Menschlichkeit blieb uns unvergesslich.»[26]

Er setzte sein Studium in Tübingen fort, wo er wieder in der Jugendbewegung tätig war. Reisen nach Lettland, wo er Verwandte hatte, und nach Italien weiteten seinen Blick, auch Arbeit als Werkstudent bei Bosch in Stuttgart fielen in diese Zeit.

Entscheidend wurde für ihn die Begegnung mit Professor Paul Tillich in Marburg. «Er nahm die ganze Breite philosophie- und theologiegeschichtlicher Erfahrung auf und stellte sie so dar, dass sie für mich, den nach dem Sinn des Seienden für meine Gesellschaft Fragenden, unmittelbar wichtig wurde. Ich sage bewusst: für meine Gesellschaft; denn bei Tillich ging es um mehr als um Gott und die Seele... Bei Tillich wachte ich auf, verschlang nun, nicht mehr nur mit gelangweiltem, erkenntnistheoretischem Pflichtbewusstsein Kants Kritiken, sondern mit lebendigen Fragen Fichte, Hegel, die Geschichtsphilosophie des

Harald Poelchau

späten Schelling und die evangelische Theologie von Schleiermacher über den Erlanger Hofmann und Ritschi bis Kaehler. Bei Tillich spürte ich eine mehr als wissenschaftliche Beteiligung und den Versuch einer konkreten Antwort auf die Sinnfrage in der gesellschaftlichen Ordnung. Tillich war religiöser Sozialist, er gehört also zu jener Gruppe, die die Unbedingtheitsforderung für den Menschen auch in seiner Ordnung der modernen Industriegesellschaft zur Erfüllung bringen wollte.»[27] Tillich ging bei seiner Charakterisierung des religiösen Sozialismus von dem «immer wiederkehrendefn] Wechsel von Hoffnung und Enttäuschung, von Utopie und erzwungenem Kompromiss, der die Geschichte des Sozialismus erfüllt», aus und stellte fest: «Es ist verständlich, dass Führer und Theoretiker des Sozialismus diesem Zwiespalt durch Anleihen bei dem bürgerlichen Fortschrittsglauben zu entgehen suchen. Sie geraten dadurch in jenen Reformismus, der die sozialistische Voraussetzung der Disharmonie preisgibt und die proletarische Bewegung zu einer rein innerbürgerlichen Angelegenheit macht...

Wenn der Kommunismus in dieser Spaltung die revolutionäre Seite vertritt, so hat er das Zerbrechen des bürgerlichen Harmonieprinzips schärfer erfasst als die Sozialdemokratie. Er glaubt in keiner Form an Fortschritt auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft. Er glaubt an den Sprung, an das schlechthin Neue, das nur durch eine vollkomme-

ne Umwälzung der Gesellschaft möglich ist. Aber er glaubt daran auf dem Boden radikaler Diesseitigkeit; und in diesem Widerspruch verzehrt er sich und führt das Proletariat von einer Enttäuschung zur anderen. (...) Der Widerstreit des sozialistischen Glaubens verteilt sich in gleicher Weise auf Sozialdemokratie und Kommunismus, obgleich nicht bestritten werden kann, dass die Kraft des Glaubens im kommunistischen Lager grösser ist.

Es war das Ziel des religiösen Sozialismus, in seiner grundsätzlichen Arbeit den Widerstreit des sozialistischen Glaubens aufzuzeigen und aufzulösen. Er bemühte sich in gleichzeitigem Anschluss an Marx und die prophetisch-urchristliche Enderwartung, den sozialistischen Glauben aus seiner Verdeckung zu befreien und zur Ausdrücklichkeit zu erheben. Nur von hier aus ist der religiöse Sozialismus zu verstehen. Wohl gibt es eine innerkirchliche, sozialistische Bewegung, deren Ziel es ist, dem sozialistischen Arbeiter einen Zugang zur Kirche zu öffnen und umgekehrt.[28] Diese Aufgabe ist praktisch notwendig und von erheblicher Wichtigkeit. Grundsätzlich entscheidend ist sie nicht. Religiöser Sozialismus ist der Versuch, den im Sozialismus wirkenden Glauben bewusstzumachen, seinen inneren Widerstreit aufzudecken und zu einer symbolkräftigen Lösung zu führen.»[29]

Tillich sah im «industriellen Proletariat» den «erstberufenen Träger des Sozialismus», bestritt aber, «dass der Sieg des Sozialismus allein vom Proletariat erkämpft werden könne. Sicherlich nicht ohne das Proletariat. Es ist die Bedingung, ohne die kein Sozialismus möglich ist. Aber es ist – wenigsten zurzeit – nicht die zureichende Bedingung. Denn das Proletariat erfährt durch eben die Situation, durch die es auf den Sozialismus geworfen ist, auch die Grenzen der Kraft, ihn allein zu tragen. Er ist durch die gegenwärtige Lage angewiesen auf die ursprungsnahen Kräfte. Ohne sie kann der Sozialismus zurzeit nicht siegen. Von dieser Verbindung hängt darum die Zukunft des Sozialismus und damit das Schicksal Deutschlands und der europäischen Menschheit ab.» Da das menschliche Handeln «jede eindeutige Berechnung» ausschliesst, so Tillich, «kann in der Zukunft des Abendlandes ebenso der Sozialismus wie die Barbarei stehen.»[30] Zu den religiösen Sozialisten um Tillich, die die Zeitschrift «Neue Blätter für den Sozialismus» herausgaben, gehörten auch Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein und Theodor Haubach.

In dieser Geisteswelt lebte und wirkte Poelchau. Er wandte sich nicht unmittelbar dem Dienst in der Kirche zu, sondern der sozialen Fürsorge im christlichen Geiste. Nach dem ersten theologischen Examen

1927 in Breslau, wo der spätere protestantische Dichter Jochen Klepper zu seinen engsten Studienfreunden gehörte, besuchte er eine Wohlfahrtsschule, legte er das Examen am Sozialpolitischen Seminar der Hochschule für Politik in Berlin ab und war zunächst Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen, ehe er Assistent bei Tillich in Frankfurt am Main wurde und 1932 dort mit einer Arbeit über «Die sozialphilosophischen Grundlagen der deutschen Wohlfahrtsgesetzgebung» promovieren konnte.[31] Er wollte Gefängnisfürsorger werden, bekam aber die Stelle in Untermassfeld (Thüringen) nicht.

Nachdem er 1932 in Berlin das zweite theologische Examen abgelegt hatte, wurde er am 1. April 1933 Gefängnispfarrer in Tegel. «Ich war kein Kirchen-, sondern Justizbeamter. Das erklärt wohl das Wunder, dass ich bis zuletzt, trotz allen Kampfes des NS gegen die Kirche Dienst tun durfte. Die Kollegen und der Superintendent bedauerten meinen Weg, meinten, ein so vielversprechender Theologe ‚sei zu schade' für die Verbrecher. Weder sie noch ich ahnten, welche Aufgabe mir zufallen würde.»[32]

Hatte Poelchau es zunächst mit kriminellen Häftlingen zu tun, so betreute er ab Sommer 1933 vorwiegend politische Gefangene, in der Mehrzahl SPD- und KPD-Funktionäre. Da die meisten aus der Kirche ausgetreten waren, erfand er einen «Religionsunterricht nur für Dissidenten». «Wir diskutierten bei diesem Unterricht über soziologische und allgemein menschliche Fragen und berührten auch religiöse Probleme ... Zu meinen Gottesdiensten kamen fast alle Gefangenen, auch die politischen, die wussten, dass da keine Hitlerverehrung betrieben wurde ... An den Wochentagen versuchte ich mit den einzelnen Zelleninsassen in menschliche Beziehungen zu treten. Es gab oft lange und wertvolle Aussprachen. Ich konnte auch regelmässige Sprechstunden abhalten. Häufig kamen die Gefangenen mit den persönlichsten Anliegen zu mir... Später kam die Seelsorge für die zum Tode Verurteilten hinzu. Sie wurde meine Hauptaufgabe.»[33] Poelchau begegnete einer grossen Zahl von Widerstandskämpfern, von denen er vielen in den letzten Stunden ihres Lebens Beistand leistete; er wurde bis Kriegsende Zeuge von etwa tausend Hinrichtungen. In seinen nach dem Kriege niedergeschriebenen Erinnerungen äussert er sich mit grosser Sympathie über die Antifaschisten, denen er begegnet war. So schreibt er über Walter Husemann, der zur Schulze-Boysen/Harnack-Organisation gehörte: «Er war für mich der Prototyp des politischen Kämpfers, ein Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft... Husemann zeigte eine

ungebrochene Haltung, wenn ihm auch das Sterben schwerfiel. Ich hatte den Eindruck, als ob er geradezu verbittert war, dass man ihn, der so viel noch hätte tun können, nun plötzlich gewaltsam abholte. Er ging gleichsam mit geballten Fäusten in den Tod.»[34]

In den Briefen an seine Frau erwähnte Moltke am 24. September 1941 zum erstenmal eine Begegnung mit Poelchau: «P. hat mir sehr gut gefallen: jung, aufgeschlossen und einsatzfähig. Wie ein Mann, der Woche um Woche vielen Hinrichtungen beiwohnt, seine seelische Eindrucksfähigkeit und seine Nerven behalten kann und dann noch gut gelaunt sein kann, ist mir ein Rätsel. – Er berichtete recht aufschlussreich, und für mich auch neu, über die Stimmung in der Arbeiterschaft, mit der er offenbar einen engen Konnex hält.»[35]

Seitdem hielt er engen Kontakt mit Moltke und nahm an der ersten grossen Beratung in Kreisau Pfingsten 1942 sowie an zahlreichen kleineren Treffen in Berlin teil. Er berichtete später, dass er, wie auch manche anderen Angehörigen des Kreisauer Kreises, «nicht aus politischen Gründen zu diesem Kreis gestossen [ist]. Wir waren von kulturellen oder religiösen Anliegen bewegt und entwickelten uns zur Politik. Wir waren überzeugt, dass die Männer des «Kreisauer Kreises», verschiedenartige Männer, Vertreter einer Generation der aufstrebenden Kräfte, Deutschland erneuern würden.»[36] Sein Arbeitsgebiet im Kreis war in erster Linie die Kulturpolitik, zu der er Gedanken und Entwürfe lieferte.[37]

Vor allem aber muss man Poelchaus grossen persönlichen Einsatz bei der Hilfe für die Eingekerkerten und bei der Unterstützung Verfolgter und Bedrohter hervorheben. Am 25 Mai 1943 schrieb Moltke seiner Frau: «Er, R, ist riesig beschäftigt mit seinen Hilfsaktionen und hat auch neu um Unterstützung für seine Pfleglinge gebeten. Ich habe ihm gesagt, wir würden ihm sicherlich einen grösseren Posten Erbsen schicken. Willst Du das, bitte, feststellen und ihm, wenn es geht, einen Ctr. schicken? Seine Adresse ist: Pfarrer Poelchau, Berlin N. 65, Afrikanischestr. 140 B. Dass er den Sack sofort zurückschicken muss, weiss er. Ausserdem habe ich seine Frau und ihn verabredungsgemäss zu einem Sommeraufenthalt nach Kreisau eingeladen. Er wird wohl nicht richtig kommen, sondern vielleicht ein Mal über ein verlängertes Wochenende.»[38] Was es mit diesen genannten «Pfleglingen» Poelchaus auf sich hatte, schilderte anschaulich Ruth Friedrich aus dem Steglitzer Kreis Anfang Oktober 1943: «Er begrüsst uns, als wären wir alte Bekannte. «Drei Milchkarten können wir in diesem Monat abgeben, Marken für fünf Brote und – vielleicht etwas Fett. Wissen Sie eine Stellung für ein jüdisches Waisenmädchen? Sie hat Laborantin gelernt,

versteht sich aber auf den Haushalt. Auch ein geflüchteter Schlosser ist unterzubringen/ Nach zehn Minuten des Zusammenseins sind wir mitten in der Arbeit. Marken austauschen, Ausweise entwerfen, Wohnmöglichkeiten prüfen, Stellen besetzen... Doktor Tegel [Poelchau] gehört zu uns. Und es wird uns eine Ehre sein, wenn wir uns rühmen dürfen, zu ihm zu gehören.»[39] Dazu kam die Arbeit im Gefängnis, die Herstellung von Verbindungen und die Übermittlung von Informationen und Lebensmitteln an die Gefangenen.

Diese gefahrvolle Tätigkeit vollbrachte er, da er der Verhaftung entgehen konnte, bis zur Befreiung 1945.

Anmerkungen

1 Eberhard Bethge: Dietrich Bonhoeffer. Theologe. Christ. Zeitgenosse, München 1986, 6. Aufl. (I.Auflage 1967); Hans-Walter Schleicher: Dietrich Bonhoeffer, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 87 f.; Renate Bethge: Bonhoeffers Familie und ihre Bedeutung für seine Theologie, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1987.
2 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 443.
3 Schleicher: Bonhoeffer, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 94.
4 Bethge: Bonhoeffer, S. 746.
5 Bericht des Beauftragten des Kirchlichen Aussenamtes der DEK, Dr. Gerstenmaier, an die Kulturpolitische und Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes über die Reise vom 27.9. bis 2.10.1939, in: Bethge: Bonhoeffer, S. 753.
6 Bethge: Bonhoeffer, S. 786.
7 Willem A. Visser't Hooft: Die Welt war meine Gemeinde. Autobiographie, München 1972, S. 185.
8 Berggrav an Steltzer, Brief vom 29.1. 1957, zit. in: Bethge: Bonhoeffer, S. 846.
9 Ebenda, S. 847.
10 George K. A. Bell: Die Ökumene und die innerdeutsche Opposition, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1957, Heft 5, S. 851 f.
11 Hans Rothfels: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neue, erweiterte Ausgabe, Hrsg, von Hermann Graml, Frankfurt am Main 1977, S. 164.
12 Heinrich Fraenkel/Roger Manvell: Der 20. Juli, Berlin/Frankfurt am Main/Wien 1964, S. 25 f.
13 Ebenda, S. 28 f.
14 Elisabeth Chowaniec: Der «Fall Dohnanyi» 1943 – 1945. Widerstand, Militärjustiz, SS-Willkür, in: Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Band 62, München 1991, S. 117.
15 Schleicher: Bonhoeffer, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 98.
16 Roman Bleistein: Alfred Delp, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 99 f.
17 Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 178.
18 Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Aus dem Nachlass von Lothar König S. J. Hrsg, und kommentiert von Roman Bleistein, Frankfurt am Main 1987, S. 119-121.

19 Opposition gegen Hitler, Bd. 1, S. 393.
20 Alfred Delp: Im Angesicht des Todes. Geschrieben zwischen Verhaftung und Hinrichtung 1944-1945, Frankfurt am Main 1958, 6. Aufl., S. 18 f.
21 Ebenda, S. 68.
22 Ebenda, S. 139 ff.
23 Ebenda, S.160.
24 Opposition gegen Hitler, Bd. 1, S. 101.
25 Harald Poelchau: Die Ordnung der Bedrängten. Autobiographisches und Zeitgeschichtliches seit den zwanziger Jahren, München und Hamburg 1965, S. 17.
26 Ebenda, S. 17/18.
27 Ebenda, S. 24/25.
28 Gemeint ist hier der «Bund religiöser Sozialisten», dem sozialdemokratische Pfarrer und Laien angehörten. Sein Vorsitzender Eckert trat 1931 in die KPD ein.
29 Paul Tillich: Die sozialistische Entscheidung, Potsdam 1933, S. 92-94.
30 Ebenda, S. 199/200.
31 Als Buch erschienen unter dem Titel «Das Menschenbild des Fürsorgerechts. Eine ethisch-soziologische Untersuchung», Potsdam 1932.
32 Poelchau: Ordnung der Bedrängten, S. 32.
33 Harald Poelchau: Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnispfarrers, aufgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor, Berlin 1987, 3. Aufl., S. 11 f.
34 Ebenda, S. 74 f.
35 Helmuth James von Moltke: Briefe an Freya 1939-1945. Hrsg, von Beate Ruhm von Oppen, München 1988, S. 291.
36 Poelchau: Die letzten Stunden, S. 119.
37 Siehe dazu den Abschnitt über Helmuth James Graf von Moltke.
38 Moltke: Briefe an Freya, S. 483.
39 Ruth Andreas-Friedrich: Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945. Mit einem Nachwort von Klaus Drobisch, Berlin 1971, S. 111.

V. Für einen demokratischen Sozialismus

1. Julius Leber

Hieronymus Julius Leber wurde am 16. November 1891 in Biesheim (Oberelsass) als Sohn der ledigen Katharina Schubetzer geboren.[1] Der Tagelöhner Jean Baptiste Leber heiratete die Mutter und erkannte das Kind als sein eigenes an. Trotz finanzieller Schwierigkeiten in der proletarisch-kleinbäuerlichen Familie konnte er die Mittelschule und – mit Unterbrechung durch eine zweijährige kaufmännische Lehre – die Oberrealschule besuchen. Nach eigener Angabe trat er schon als Schüler der SPD bei. Von 1912 bis 1914 studierte er in Freiburg und Strassburg Volkswirtschaft und Geschichte. Der vom Parteivorstand verkündeten Losung von der «Vaterlandsverteidigung» folgend, meldete er sich 1914 freiwillig, wurde 1915 Leutnant und erhielt mehrere Auszeichnungen.

Zunächst blieb er Offizier, wandte sich während des Kapp-Putsches im März 1920 mit seiner Einheit gegen reaktionäre Freikorps, schied aber danach aus der Reichswehr aus. Ende 1920 promovierte er in Freiburg mit einer Arbeit über die ökonomische Funktion des Geldes zum Dr. rer. pol. und siedelte 1921 nach Lübeck über, wo er Chefredakteur des sozialdemokratischen «Lübecker Volksboten» und Abgeordneter der Bürgerschaft wurde. Seit 1924 war er Mitglied des Reichstages und gehörte dem Haushalts- und dem Wehrausschuss an; in der SPD galt er als Spezialist für Militärfragen. Er bekämpfte militaristisch-faschistische Umtriebe, setzte sich für die Interessen der Werktätigen ein, lehnte aber eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab, weil diese die Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Muster anstrebten. Er meinte, die Republik, die Vorstufe des «sozialen Arbeitsstaates des 20. Jahrhunderts»,[2] gegen Deutschnationale und Faschisten, aber auch gegen Kommunisten schützen zu müssen.

Julius Leber

Im November 1927 heiratete er Annedore Rosenthal, die Tochter eines Lübecker Oberstudiendirektors, die aus ihrer bisherigen bürgerlichen Welt heraus auch in politischer Hinsicht den Weg zu ihm fand.

Sein rednerisches Talent und sein Auftreten gegen faschistische Provokationen sicherten ihm einen starken Einfluss in Lübeck. Als Journalist und Gegenreferent in Veranstaltungen der Nazis zog er sich deren Hass zu. Nach einem Zusammenstoss in der Nacht zum 31. Januar 1933, bei dem Leber verletzt und ein SA-Mann getötet wurde, erfolgte seine Festnahme, worauf die Lübecker Arbeiter am 3. Februar mit einem Proteststreik reagierten. Am 23. März 1933, am Tage der Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch die bürgerlich-faschistische Reichstagsmehrheit, wurde er verhaftet und danach vor Gericht gestellt.

Während der Untersuchungshaft verfasste er die Schrift «Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie», in der er sowohl eine in vielen Punkten treffende Analyse der Entwicklung und historischen Versäumnisse der SPD-Führung als auch eine deutliche Abgrenzung vom marxistischen Sozialismus-Begriff vornahm. So erschienen ihm Urkraft, Träume und die «triebhaften Leidenschaften in der unendlichen Tiefe von Millionen», von denen sich die Partei abgekehrt habe, wichtiger als die Debatten über die «verschlungenen Pfade des wissenschaftlichen Sozialismus und des historischen Materialismus ,..»[3] In Einzelfragen kam er zu bedeutsamen Einsichten. So schrieb er: «Wenn die Staatsgründung vom 9. November 1918 und vom 11. August 1919 überhaupt Aussicht auf Lebensfähigkeit und Bestand haben sollte, so mussten die zwei wichtigsten Fundamente jeder Ordnung mit rücksichtsloser Energie gebaut und stabilisiert werden: eine zuverlässige und sich mit der jungen Republik identisch fühlende Wehrmacht und eine ebensolche Rechtsprechung, wenigstens für staatliche und politische Angelegenheiten. Beides geschah nicht... Die legitimen Kinder der Revolution sassen in ihren Ämtern. Sie schlossen Frieden mit manchem «Klassenfeind» von ehedem. Und sie wollten jetzt vor allem ihre Ruhe haben. Die Partei gab deshalb die Parole aus, es käme nun nur noch darauf an, die Republik zu schützen. Und jahrelang genügte diese Parole auch, bis mit der gewaltigen Wirtschaftskrise die grosse Prüfung für Republik und Volk heraufzog.»[4] Er gelangte zu der Schlussfolgerung, dass sich das kapitalistische System und die auf ihm beruhende geistige Verfassung der Völker in Krämpfen winden, die nicht lange zu ertragen seien, dass darum das Ziel nur sein könne: die «Überwindung der kapitalistischen Epoche mit ihrem egoistisch-ökonomischen Liberalismus und die Proklamierung der menschlichen Arbeit als Fundament

sozialer Geltung»[5]. Offenbar hatte er 1933 noch Illusionen hinsichtlich einer möglichen sozialistischen Evolution des Nationalsozialismus, denn es hiess bei ihm weiter: «Erreicht der Nationalsozialismus dieses Ziel nicht, so ist auch er nicht das letzte Wort im brausenden Strom unserer Zeit. Dann gehen die Geburtswehen sozialer Umgestaltung weiter und die Idee des Klassensozialismus steht wiederauf, und keine Macht der Erde kann sie an neuer Wirkung hindern.»[6] Er musste sich bald davon überzeugen, dass der Nazismus nichts mit Sozialismus zu tun hatte.

Nach Verbüssung einer zwanzigmonatigen Gefängnisstrafe hielt man ihn anschliessend bis Mai 1937 in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen gefangen, wo er mehrfach misshandelt wurde. Während seiner Haft in Sachsenhausen fand sich Leber oft zu kameradschaftlichen Diskussionen mit dem KPD-Funktionär Franz Jacob zusammen. Wie der damalige Lagerälteste Harry Naujoks berichtete, vertrat Leber dabei die – wie wir heute wissen, richtige – Forderung, dass eine neue Arbeiterpartei aus der SPD und der KPD entstehen müsse, dass aber auch die KPD jede «Abhängigkeit von Moskau» aufgeben müsse. Leber meinte, dass die Vereinigung des aktivistischen Elements der Kommunisten mit den kommunalpolitischen Erfahrungen der Sozialdemokraten für die Arbeiterschaft die Gewähr biete, die Staatsmacht erobern und behaupten zu können.[7] Nach seiner Entlassung aus dem KZ trat er als Teilhaber in eine Berliner Kohlenhandlung ein. Er nahm Kontakt zu Haubach, Mierendorff, Leuschner, Maass und anderen sozialdemokratischen Funktionären auf. Über Mierendorff und Haubach gewann er Verbindung zum Kreisauer Kreis, in dem er bald grosses Ansehen genoss. Einen Einblick in die Alltagswelt Lebers vermittelte der 1899 geborene Wilhelm Meissner, vor 1933 Gewerkschaftsfunktionär und SPD-Stadtrat in Königsberg (Ostpreussen), jetzt Grundstücksverwalter, der in Verbindung mit Otto Hörsing, Hermann Schlimme, Walter Maschke und anderen Sozialdemokraten stand. Der ehemalige Reichsbannerführer Hörsing hatte im Freundeskreis die Frage aufgeworfen, ob man Leber nicht durch Kohlebestellungen unterstützen könne. «Hörsing wusste, dass unsere Grundstücksverwaltung eine ganze Reihe von Mietshäusern zu betreuen hatte, die eine Zentralheizungsanlage besassen und ständig mit Koks beliefert werden mussten. Es kam sofort zu einer Verständigung, dass wir künftig alle Kokslieferungen der Kohlehandlung Dr. Leber übertragen werden. Das war nicht nur eine materielle Hilfe, sondern vor allem eine Verbesserung seiner Tarnung als Geschäftsmann... Wir

kaschierten die Treffen mit Dr. Leber als Geschäftsbesuche.»[8] Auch solche Vorgänge gehören zur Geschichte des Widerstandes, denn ohne Sicherung der materiellen Existenz war keine politische Arbeit möglich.

Meissner eröffnete auch einen Blick auf die politischen Vorstellungen Lebers im zeitlichen Vorfeld des 20. Juli 1944: «Oft klagte Dr. Leber darüber, dass die an der Verschwörung beteiligten Zivilisten mit Recht verärgert seien, weil die Generale davor zurückschreckten, eine schnelle Entscheidung herbeizuführen. Dr. Leber blieb dennoch Optimist, er war überzeugt, dass die wachsende prekäre Lage Nazi-Deutschlands und die völlig aussichtslose militärische Lage die Generale antreiben würde, mit Hitler Schluss zu machen. Für ihn war das wichtigste, dass mit der Beseitigung Hitlers der Naziherrschaft und damit dem Terror ein Ende bereitet werden würde.» In General Beck und seinen mitverschworenen Generälen und Offizieren sah er eine «ausreichende Garantie» für die Beseitigung der Hitlerherrschaft. «Er war überzeugt davon, dass die Arbeiterbewegung ohne den Naziterror sich schnell wieder entfalten und die Lehren der Naziherrschaft beherzigen würde. Leber gab sich keinen Illusionen darüber hin, dass es nach der Überwindung des Naziterrors mit vielen der Mitverschworenen, vor allem mit Dr. Gördeler, harte Auseinandersetzungen geben würde. Aber er vertraute auf die Wiederentfaltung der Kraft der Arbeiterklasse... Leber kannte den militärischen Geheimplan «Walküre», der als «Geheime Verschlusssache» bei allen Wehrmachtsdienstellen deponiert war, und er vertraute auf die oft gepriesene preussische militärische Diziplin.»[9] Auch Leber wollte, so berichtete Meissner weiter, «den Kreis der Mitverschworenen vor allem aus den Reihen zuverlässiger Antifaschisten erweitern. Er brauchte sie, um nach der Ausschaltung Hitlers die sofortige Übernahme der wichtigsten staatlichen Funktionen zu sichern.»[10] Leber wollte den militärischen Befehlshabern «Zivilkommissare» beigeben – gemeint sind sicherlich die «Politischen Beauftragten» , «um die Verwaltung fortzuführen und sie von den Nazis zu säubern.»« Meissner sollte diese Aufgabe in dem ihm bekannten Königsberg übernehmen.[11]

Schulenburg vermittelte den Kontakt Lebers zu Stauffenberg, mit dem ihn 1944 feste Freundschaft verband, die Nina von Stauffenberg so charakterisierte: «In Julius Leber verehrte er den Menschen, Mann und Patrioten... Er sah in ihm weniger den «Sozialdemokraten» als den sozialen Demokraten. Die persönliche Ehrlichkeit und Integrität waren ihm massgebend.»[12]. In ähnlicher Weise bestätigte dies Annedore Leber.[13] Enge Beziehungen bestanden auch zu Trott von Solz. Leber

und Stauffenberg traten oft gemeinsam auf und widersetzten sich der Konzeption der Goerdeler-Gruppe. Nach den überlieferten Aussagen Haubachs bei den Vernehmungen, habe Leber betont, dass er «nicht zulassen werde, auf Kosten der gewünschten Einigkeit wichtige Grundsätze der alten Sozialdemokratie einfach über Bord gehenzulassen». Als ein christlicher Vertreter (vermutlich Jakob Kaiser) eine Formulierung vorlegte, in der *«von der göttlichen Mission der christlichen Kirche im weltlichen Staat»* die Rede gewesen sei, habe Leber solche Aussage mit starken Worten verworfen.[14]

Leber gehörte zu den Kräften der Verschwörung, die die Zusammenarbeit mit der illegal kämpfenden KPD suchten, was bei Leuschner, Haubach und anderen Widerstand fand. Seine Haltung wurde von Annedore Leber wie folgt geschildert: «Da aber nach seiner Ansicht nur eine breite Volksbewegung stark genug sein konnte, sich auf eine Auseinandersetzung mit Hitler einzulassen, versuchte er Leuschner auch davon zu überzeugen, dass ohne ein Abstimmen mit den Kommunisten jeder Versuch einer Gegenbewegung gegen das nationalsozialistische Regime schwersten Gefahren und Folgen ausgesetzt sei.»[15] Schon früher hatte er von einer Art «neuer Volksfront» auf der Grundlage aller überlebenden und lebensfähigen sozialen und demokratischen Kräfte gesprochen.[16] Das schliesst natürlich auch die Möglichkeit einer Ausdeutung ein, wie sie Willy Brandt in seinen Erinnerungen vorgenommen hat: «Er wollte eine soziale Erneuerung, die vor dem grossen Grund- und Kapitalbesitz nicht haltmache. Auch über ein Zweiparteiensystem, mit Mehrheitswahlrecht, machte er sich Gedanken. Die eine der grossen Parteien würde sich auf das Potential der SPD und der Gewerkschaften zu stützen haben. Aus dieser Sicht musste es erwünscht sein, dass sich nicht wieder eine kommunistische Partei mit Massenanhang bildete.»[17]

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Verschwörung trat Reichwein am entschiedensten für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein. Über kommunistische Freunde aus Jena knüpfte er im Frühjahr 1944 direkte Verbindungen zur KPD-Organisation in Thüringen. Rosemarie Reichwein äusserte dazu, dass er «gute Kontakte seit seiner Jenenser Volksschularbeit mit den Kommunisten der Zeiss-Werke hatte und über diese dann auch die Verbindung zum Berliner kommunistischen Z. K. bekam»[18]. Weiter schilderte R. Reichwein die folgenden Ereignisse: «Eigentlich war es Julius Leber, ein überzeugter Sozialdemokrat, der es übernommen hatte, mit den Kommunisten zu reden; mein Mann machte lediglich die Vermittlung, über Fritz Bernt,

einen alten Freund aus Jena, der führende Leute der Kommunistischen Partei kannte. Das Ganze ging um viele Ecken, und in der Wohnung eines befreundeten Arztes wurde dann ein erstes Treffen mit Saefkow und Jacob vereinbart...»[19] Die Kontaktaufnahme wurde auch von Trott, Yorck, Husen, Stauffenberg und offenbar auch Schulenburg gebilligt. Nachdem die Kommunisten Fritz Bernt, ehemaliger Volkshochschulkollege von Reichwein aus Jena, und Ferdinand Thomas, ehemaliger Student der Wirtschaftswissenschaften, Anfang 1944 mit Reichwein in Verbindung getreten waren, kam es am 22. Juni 1944 in der Wohnung des Berliner Arztes Dr. Rudolf Schmid in der Neanderstrasse, der Reichwein behandelte, zu dem von beiden Seiten vereinbarten Gespräch zwischen Franz Jacob und Anton Saefkow und den Sozialdemokraten Leber und Reichwein. Die Verhandlungen betrafen das politische System im künftigen Deutschland, die Gewerkschaftsfrage, die Bodenfrage, die Frage der Nationalisierungen in der Industrie und verliefen zur beiderseitigen Zufriedenheit. Doch zu dem für den 4. Juli vereinbarten zweiten Treffen kam es nicht mehr, da vorher alle Beteiligten infolge Verrats durch den Spitzel Hermann Rambow verhaftet wurden.[20]

2. Wilhelm Leuschner

Wilhelm Leuschner[21] wurde am 15. Juni 1890 als Sohn eines Ofensetzers in Bayreuth geboren und besass starke künstlerische Neigungen. Nach der Lehrzeit bei einem Holzbildhauer besuchte er 1909/1910 die Akademie der bildenden Künste in Nürnberg und arbeitete als Holzbildhauer in einer Möbelfabrik in Darmstadt. Er trat der Gewerkschaft und der SPD bei und wirkte seit 1909 als Bezirksleiter des Zentralvereins der Bildhauer in Darmstadt. Nach dem Militärdienst von 1916 bis 1918 wurde er 1919 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells für Darmstadt und Umgebung, später Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Hessen und Hessen-Nassau. Ausserdem war er Stadtverordneter der SPD in Darmstadt von 1919 bis 1928, wurde 1924 in den hessischen Landtag gewählt und 1928 zum Innenminister in Hessen berufen. Als Anfang Mai 1929 der sozialdemokratische Reichsinnenminister Carl Severing von allen deutschen Landesregierungen die sofortige Durchführung des von ihm angeordneten Verbotes des Roten Frontkämpferbundes verlangte, was faktisch die

Freigabe der Strasse für die faschistischen Terrorverbände bedeutete, erklärte Leuschner auf einer Innenministertagung der Länder am 10. Mai 1929, dass in Hessen nicht der RFB, sondern die Nationalsozialisten es seien, die sich immer wieder Gesetzwidrigkeiten zuschulden kommen liessen.[22]

Doch auch Leuschner vertrat als führender Funktionär der SPD die Politik des Parteivorstandes, der die Koalition auch mit den Parteien der Grossbourgeoisie anstrebte und deren folgenschweren Notverordnungskurs tolerierte. Er nahm entschieden gegen die NSDAP Stellung, lehnte aber die antifaschistische Aktionseinheit und jede Verständigung mit den Kommunisten ab. Inwieweit das damalige – nicht nur von Leuschner vorgetragene – Hauptargument gegen die Einheitsfront, der Vorwurf der «Moskauhörigkeit» und der «Revolutionsspielerei» der KPD, echter Sorge entsprang oder nur als Vorwand diente, entzieht sich wohl einer pauschalen Beantwortung.

Zusammen mit seinem Pressereferenten Mierendorff übergab er 1931 die «Boxheimer Dokumente» der Öffentlichkeit. Durch diese Enthüllung lenkte auch er den besonderen Hass der Faschisten auf sich und erhielt wiederholt Morddrohungen. Im Januar 1933 wurde er in den Bundesvorstand des ADGB gewählt und vertrat die deutschen Gewerkschaften im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Der Bundesvorstand des ADGB bot am 21. März 1933 der Naziführung seine Mitarbeit im faschistischen Staat an und rief am 19. April 1933 die deutschen Arbeiter auf, an den Feierlichkeiten zum 1. Mai, den die Nationalsozialisten vom internationalen Kampftag der Arbeiterklasse demagogisch zum «Tag der nationalen Arbeit» umfunktioniert hatten, teilzunehmen. Dessenungeachtet wurden am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftsverbände zerschlagen, ihre Häuser von SA- und SS-Banden besetzt und viele ihrer Funktionäre in «Schutzhaft» genommen. Im Juni 1933 verlangten die Faschisten von dem auch international bekannten und geachteten Gewerkschaftsfunktionär, zusammen mit dem Naziführer Robert Ley zur 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz nach Genf zu fahren und dort die Anerkennung der faschistischen Deutschen Arbeitsfront als Gewerkschaft durch das Internationale Arbeitsamt zu erreichen. Doch Leuschner schwieg in den Plenarsitzungen. In den Kommissionsberatungen aber informierte er die ausländischen Gewerkschaftsführer über den Terror gegen die deutsche Arbeiterbewegung. Er wurde deshalb auf der Rückreise nach dem Grenzübertritt am 23. Juni 1933 verhaftet und ein

Wilhelm Leuschner mit seiner Enkelin um 1940

Jahr lang im Zuchthaus Rockenburg (Hessen) sowie in den Konzentrationslagern Börgermoor und Lichtenburg gefangengehalten. Unter den sozialdemokratischen und kommunistischen Häftlingen erwarb er sich durch seine aufrechte und solidarische Haltung Achtung und Vertrauen. Über die Zeit der Gespräche im KZ Börgermoor schrieb Wolfgang Langhoff: «Ich erinnere mich heute gut an diese ersten, zögernden Versuche einer Verständigung, die von seiner Seite versöhnlich und mit freundlicher Ruhe beantwortet wurden, während ich damals anklagend, leidenschaftlich und fordernd meinen Standpunkt vertrat. Ja, so fing damals 1933 im Konzentrationslager die Einheit an.»[23]

Seit Juni 1934 lebte Leuschner wieder in Berlin. Es gelang ihm, eine kleine Fabrik zu gründen, die Aluminiumartikel herstellte. Sie wurde zu einem Treffpunkt sozialdemokratischer Hitlergegner. Während des Krieges produzierte die Fabrik unter anderem Teile für U-Boot-Schnorchel und wurde den militärischen Geheimhaltungsvorschriften unterworfen. Das erleichterte die Begegnungen der sozialdemokratischen Nazigegner. Leuschner nutzte auch seine Geschäftsreisen, um alte Verbindungen neu zu knüpfen. Während des Krieges bahnte er auch Beziehungen zu Hitlergegnern aus bürgerlichen und militärischen Kreisen an. Er kannte Generaloberst a. D. Freiherr von Hammerstein und nahm in den Jahren 1940 bis 1942 auch mit Goerdeler, Jakob Kaiser, Canaris, Oster, Olbricht und Beck Kontakt auf. Im Frühjahr 1944 traf er mit Stauffenberg zusammen.

1942/43 hatte er mehrere Zusammenkünfte mit Moltke und anderen Kreisauern. Die Gespräche waren nicht immer einfach. Leuschner trat für die Schaffung einer einheitlichen, starken Gewerkschaftsorganisation ein und hielt die Kreisauer für «zu intellektuell».[24] Am 15. Juli 1942 schrieb Moltke seiner Frau: «Der Abend mit dem Onkel [Deckname für Leuschner – K. F.j dauerte wieder bis 12 Uhr nachts, brachte aber ganz erhebliche Fortschritte. Wir sind also soweit gekommen, wie wir kommen wollten, nämlich dass der Onkel uns einen Mann für Oktober [für eine geplante Beratung über Wirtschaftsfragen – K. F.j delegieren wird. Über manches sind wir noch hinweggeglitten, aber eine breite Grundlage für die weitere Arbeit ist doch gewonnen. So, damit ist ein ganz wichtiger Schritt vorwärts getan.»[25]

Diese Partnerschaft blieb jedoch keineswegs ohne Probleme. Leuschner, Hermann Maass und andere waren nicht bereit, ohne weiteres anzuerkennen, dass in der von den Kreisauer Intellektuellen konzipierten neuen Gemeinschaft die Integration der Arbeiterschaft nur mit Hilfe von Erziehung, Religion und «geistiger Erneuerung» erfolgen soll-

te. Leuschner war vielmehr der festen Überzeugung, dass die Arbeiter eine eigene und einheitliche Organisation brauchen, um ihre Rechte durchzusetzen. Darum betrieb er mit grossem Eifer die Schaffung der Einheitsgewerkschaft für die Zeit nach dem Sturz des Naziregimes. Das aber bedeutete im Prinzip die Anerkennung des Klassenkampfgedankens. Moltke sah deshalb in Leuschner zuweilen einen Vertreter des alten Klassen- und Parteienstaates, den man schon geistig überwunden zu haben glaubte, und Steltzer war darum noch in seinen 1966 erschienenen Memoiren der Meinung, dass Leuschner mehr für die Gedanken Goerdelers als für die der Kreisauer eingenommen gewesen sei,[26]zumal es Leuschner und Jakob Kaiser gelang, Goerdeler zur Anerkennung einer selbständigen Gewerkschaftsorganisation zu bewegen. Im Juli/August 1943 kam es zu ernsthaften Differenzen, über die Moltke seiner Frau am 4. August berichtete: «Auf dem mich hauptsächlich interessierenden Gebiet ist eine grosse Panne eingetreten, indem der Onkel [Leuschner] unter ziemlich üblen Begleiterscheinungen zu dem Exzellenzen-Club getreten ist, womit die Reaktion soviel Auftrieb erhalten hat, dass wir wohl in die Kerenski-Lösung hineinschlittern werden. Damit können wir für unsere Lebenszeit die Hoffnung auf eine gesunde organische Lösung begraben, und das bedeutet leider sehr viel. Aber noch ist es ja nicht geschehen, und vielleicht lässt es sich verhindern. Am Sonnabend kommt Friedrich [Mierendorff], und da wird sich entscheiden, ob noch etwas Entscheidendes dagegen geschehen kann.»[27]

Leuschner, Maass, Leber und sicher auch noch andere empfanden die Kreisauer Festlegungen über die Stellung der Gewerkschaften und die Rolle der Arbeiterschaft im künftigen Deutschland als unzureichend und sahen in einer starken, zentralisierten Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Garantie für eine demokratische Entwicklung. Der ehemalige Leiter des Jugendsekretariats im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Walter Maschke – mit Leuschner und Maass persönlich bekannt – berichtete, dass Leuschner und Maass die Herstellung eines solchen Gewerkschaftsbundes bereits in der Illegalität betrieben: «Der beabsichtigte Umsturz hätte sich zunächst als eine rein militärische Angelegenheit abgespielt. Sofort nach vollzogenem Umsturz sollte aber eine Massenorganisation als politisches Instrument der neuen Staatsführung durch die Wiedererrichtung deutscher Gewerkschaften geschaffen werden. In allen Bezirken Deutschlands waren Beauftragte eingesetzt, die den sofortigen Aufbau der Gewerkschaften nach dem geglückten Umsturz in die Wege leiten sollten. Die Zusammenar-

beit von Vertretern der früheren verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen war dabei vorgesehen. In der Reichsführung der Gewerkschaften sollten neben Wilhelm Leuschner [ADGB] u.a. Jakob Kaiser [Christi. Gewerkschaften], Hermann Schlimme [ADGB], Walter Maschke, Bernhard Göring [Allgemeiner freier Angestellten-Bund] und andere ehemalige Gewerkschafter eine Rolle spielen. Der politischen Aufgabe der Gewerkschaften wegen, die sofortige Aktionsfähigkeit verlangte, war ein stark zentralistischer Aufbau der Organisation vorgesehen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund sollte als eine über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende Organisation aufgebaut werden, die als Untergliederungen für die verschiedenen Industriezweige besondere Industrieverbände errichten sollte. Vorgesehen war, dass die neue Gewerkschaftsführung durch Rundfunkaufruf die Arbeiter aller Rüstungsbetriebe zur Arbeitsniederlegung und alle deutschen Arbeiter zur Beseitigung der Nazi-Betriebsobleute und sonstigen Amtswalter auffordern sollte. Die neue Reichsregierung sollte als erste Handlung, der Forderung der Alliierten entsprechend, die bedingungslose Kapitulation anbieten.»[28] Nach Leuschners Meinung sollten die Gewerkschaften wichtige Aufgabengebiete wie Sozialpolitik, Sozialversicherung, Arbeitsschutz, Arbeitsrecht, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge übernehmen.

Die Berichte Maschkes deckten sich weitgehend mit den Untersuchungsergebnissen der Gestapo, in denen es hiess: «Leuschner verfolgte damals [1939] bereits den Plan, alle früheren Gewerkschaftsrichtungen zu einer Einheitsgewerkschaft zusammenzuschliessen. Er war dazu in Verbindung getreten mit Kaiser, Berlin, von den Christlichen Gewerkschaften, und Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband.[29]

Ende 1939/40 zog Leuschner bei der Aufstellung des Programms der *Einheitsgewerkschaft* Mierendorff heran, der Mitarbeiter Leuschners während seiner Darmstädter Ministerzeit gewesen war...

Ende 1942 waren die *organisatorischen* Pläne für die «Deutsche Gewerkschaft im Wesentlichen abgeschlossen. An ihrer Spitze sollte die *Reichsleitung* stehen.

Vorsitzender Leuschner,

stellvertretende Vorsitzende: Kaiser und Habermann.

Unter der Reichsleitung *Reichsverbände* nach Berufsgruppen gegliedert, etwa 25, darunter *Bezirksverbände* der einzelnen Reichsverbände, darunter *Ortsgruppen.* Der vertikale Aufbau sollte durch einen horizontalen Aufbau durch die Bildung von *Gauleitungen* als

Zusammenfassung der Leitungen der Bezirksverbände ergänzt werden.

Nach den bisherigen Feststellungen hat die Organisation praktisch bis zu den Gauen gestanden...

Umgeklärt blieb die Frage, ob neben der Gewerkschaft noch eine *besondere politische Organisation* gebildet werden sollte. Eine gewisse Einigkeit wurde nur insofern erzielt, als das frühere Viel-Parteien – System nicht wiederhergestellt werden sollte, sondern allenfalls *eine Partei* als enge Auslese der bewusst politischen Elemente gebildet werden sollte.»[30]

Da programmatische Ausarbeitungen von Leuschner nicht überliefert sind, muss man auf die SD-Berichte zurückgreifen, die in diesem Falle einen recht hohen Aussagewert besitzen, weil sie direkte Auszüge aus Verhörprotokollen enthalten. Danach erklärte Leuschner: «In der Produktionspolitik sollte der Arbeiter Möglichkeiten der Selbstverwaltung finden, durch die Sozialisierung bestimmter Grund- und Schlüsselindustrien und der Einrichtung von Produktivgenossenschaften.»

«Die Sozialisierung sollte sich auf die Grund- und Schlüsselindustrien beschränken... Die Gewerkschaften hatten dabei die Aufgabe, als Produzent wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft zu nehmen, da die Sozialisierung nicht nur eine Angelegenheit der Besitzveränderung sein dürfe. Staatssozialismus wäre abzulehnen. Dabei könnten die Gewerkschaften zugleich auch die Verbraucherinteressen vertreten und so die Konkurrenz der einzelnen Betriebe untereinander, auch der sozialisierten Betriebe sicherstellen.»[31]

Es ist bemerkenswert, dass sich Goerdeler 1944 dieser Position schon um einiges angenähert hatte, was in folgenden überlieferten Aussagen deutlich wird: «Man wurde sich schliesslich darüber einig, dass für eine Sozialisierung nur die Bodenschätze, die Elektrizitätserzeugung und vielleicht noch gewisse Schlüsselindustrien in Betracht kämen. Auch hier aber sollte sichergestellt werden, dass nicht grosse staatliche Wirtschaftsgebilde entstünden, sondern lokal begrenzte Unternehmungen, die sich untereinander Wettbewerb machen müssten.»[32]

Leuschner äusserte auch Gedanken zur Überwindung der Klassengegensätze, wie er sie im sozialreformistischem Sinne verstand: «Ich sah beispielsweise den Klassenunterschied nicht so sehr von der Besitz- und Kapitalseite her gegeben, sondern fand die weit auseinanderklaffenden Bildungsunterschiede als einen Hauptgegenstand des Sichzurückgesetztfühlens der grossen Arbeitermassen. Deshalb

grundlegende Änderung des Bildungs- und Schulwesens in der Form der neunjährigen Pflichtschule für jeden und eine entsprechende Verkürzung der Lehrzeit, so dass im Endeffekt eine längere Ausbildung nicht zustande kommt.» «Es wäre deshalb anzustreben, einen Ausgleich, der allerdings im Laufe von Generationen durchgesetzt werden könnte, dadurch herbeizuführen, dass die Schulzeit 9 Jahre beträgt und in diesen 9 Jahren etwa die mittlere Reife angestrebt werden sollte. Von da aus gliedert sich das weitere Leben des jungen Menschen entweder sofort über die Lehre in den Beruf oder aber durch den Besuch der höheren Schule in den Beruf oder zur Hochschule. Wesentlicher Wert ist auf eine gute Ausbildung im Deutschunterricht zu legen, damit jeder Deutsche gewandt im mündlichen und schriftlichen Ausdruck wird und so Minderwertigkeitskomplexe verschwinden, die im Wesentlichen ihre Ursache in der sichtbaren Überlegenheit bestimmter besser geschulter Kreise haben.»[33]

Leuschner und seine Gewerkschaftskollegen hielten Goerdeler zunächst «wirtschafts- und sozialpolitisch für liberal-reaktionär». Ein wesentlicher Gesichtspunkt war jedoch der, dass Goerdeler die Verbindungen zu den Militärs, vor allem zu Beck, besass. Auch Leuschner hegte die Hoffnung, dass von den Generälen der Umsturz ausgehen würde, was zunächst unvermeidlich zu einer militärisch dominierten Regierung mit Goerdeler als Reichskanzler führen musste. «Leuschner hielt jedoch daran fest, das *‚Kabinett Goerdeler als ein Mittel zum Zweck zu benutzen,* unter diesem Übergangskabinett die Einheitsgewerkschaft voll zu organisieren und dann die *reaktionären Kräfte, die zunächst durch die Militärs an die Macht gelangen würden, auszuschalten.* Die einzigen Bedenken Leuschners bezogen sich darauf, *ob die Militärs auch wirklich Ernst machen würden.* «^

In den Auseinandersetzungen im Sommer 1944 nahm Leuschner jedoch Goerdeler gegenüber den Kritikern in Schutz und erklärte, dass Goerdeler ein «ganz vernünftiger Mann» sei, mit dem man auch «Arbeiterforderungen» gut durchsprechen könne. «Selbst gegen die von der Gewerkschaftsgruppe geforderte Verstaatlichung der Schlüsselindustrien habe er nichts einzuwenden», hiess es im Kaltenbrunner-Bericht an Bormann, «wenn ihm auch das Wort *‚Sozialisierung' für empfindliche bürgerliche Ohren' als zu hart erscheine.* «[35]

Leuschner war bereit, die Aufgabe des Vizekanzlers zu übernehmen, wenngleich seine Hauptaufmerksamkeit der Gewerkschaftsfrage galt. Er sah eine wichtige Aufgabe durchaus auch in der Schaffung der Grundlagen für einen neuen Staatsapparat und andere Institutionen.

Maschke berichtete, dass er Anfang 1944 ihm gegenüber konkretere Vorstellungen entwickelte. «Er legte jetzt mehr Gewicht auf die Nennung bestimmter Personen für die Besetzung der Ämter in der Gewerkschaftsführung und in der öffentlichen Verwaltung... Ich sollte zu seiner besonderen Verfügung stehen und mich der Angelegenheiten der in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeiter annehmen.»[36]

Aus Potsdam berichtete Fritz Krüger, ehemals Gewerkschaftsangestellter und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, der seit 1933 als Maurer arbeitete: «Ich gehörte einer illegalen Gruppe an, die aus drei Genossen bestand. Unser Verbindungsmann war der Genosse Spiegel[37], der vor 1933 der Lokalredakteur unserer Parteizeitung gewesen war. Mir ist bekannt, dass Georg Spiegel mit Hermann Maass und Wilhelm Leuschner in Verbindung stand. Genosse Spiegel war während des Krieges Zivilangestellter bei der Wehrmacht. Einige Wochen vor dem 20. Juli 1944 sagte mir Georg Spiegel, dass in Deutschland bald ein Umsturz erfolgen und dass ich mich dafür bereithalten solle. Ich sei dafür vorgesehen, die Funktion des Oberbürgermeisters von Potsdam oder eine zentrale Funktion in Berlin zu übernehmen.»[38]

Ähnlich erinnerte sich Dr. Hans Grünberg, vor 1933 Journalist und SPD-Mitglied, der 1944 als Elektromechaniker in Rostock arbeitete: «Im Mai 1944 traf ich den ehemaligen zweiten Bezirkssekretär der SPD Willy Jesse... Er sagte mir, dass in der nächsten Zeit «etwas passieren» würde und dass ich mich «nach den ersten Anzeichen sofort bei ihm melden» sollte, um in der Redaktion der dann herauszugebenden Zeitung eingesetzt zu werden. Nach Kriegsende kehrte er aus Schweden zurück (wohin ihm die Flucht nach dem 20. Juli 1944 gelungen war) und teilte mir mit, dass er seit 1942 mit der sozialdemokratischen Gruppe Leuschner-Leber-Mierendorff-Haubach in Berlin in Verbindung stand, über den geplanten Putschversuch informiert wurde und den Auftrag hatte, den Umsturz in Mecklenburg vorzubereiten.»[39]

August Frölich, ehemaliger Minister in Thüringen, 1923 Ministerpräsident der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens, 1924-1933 SPD-Reichstagsabgeordneter, berichtete, dass ein Beauftragter Leuschners ihn zweimal aufsuchte und sein «Einverständnis erbat, den Ministerpräsidentenposten für Thüringen beim Gelingen des Vorhabens zu übernehmen». Frölich lehnte ab, da er «mit Offizieren nichts gemein haben wollte». Kapp-Putsch und Einfall der Reichswehr 1923 in Thüringen hätten ihn zu dieser Haltung bestimmt.[40]

Zu Leuschners Vertrauensleuten gehörte auch Robert Timm, 1930

bis 1933 Geschäftsführer der ADGB-Bundesschule in Bernau, der offen vor der Gestapo erklärte: «Ich bin kein Nationalsozialist... Ich habe mich als alter Gewerkschaftler und Sozialdemokrat von den marxistischen Gedankengängen nicht lösen können. Dieses Bekenntnis muss ich hiermit ablegen.»[41]

Auch Reichwein unterstützte das Anliegen, weitere Mitkämpfer zu gewinnen, um das Unternehmen auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Walter Schmidt, der Reichwein aus der gemeinsamen Arbeit in Jena kannte und ihn in Berlin zuweilen besuchte, berichete über ein letztes Gespräch mit Reichwein im Sommer 1944, kurz vor dessen Verhaftung. Erwirkte abgespannt und sagte zu Schmidt: «Ihr werdet über Rundfunk erfahren, wann es soweit ist. Eure Aufgabe ist es, sofort alle Kräfte zu mobilisieren und Gestapo, Sicherheitsdienst, SS und Polizei zu zerschlagen. Dazu werdet ihr gesonderte Weisungen auch über militärische Hilfskräfte erhalten. Nach diesen Weisungen ist zu handeln unter Berücksichtigung der gegebenen örtlichen Bedingungen, aber keinesfalls Eingriff und Störung der Wirtschaft und besonders der Betriebe.»[42]

Emil Henk, sozialdemokratisches Mitglied des Kreisauer Kreises, übertrieb zwar, als er in einer Veröffentlichung 1946 davon sprach, dass im Main-Neckargebiet mit Frankfurt als Zentrale «tausend zuverlässige Männer» als Vertrauens- und Verbindungsleute mit 10 -15'000 aktiven Mitkämpfern bereitstanden und auf das Attentat als Signal zum Losschlagen warteten.[43] Dass es aber auch hier handlungsbereite Gruppen gegeben hat, ist nicht zu bezweifeln.

In den Widerstandsgruppen wie auch in der späteren Literatur ist darüber gestritten worden, ob die Anhängerschaft Leuschners tatsächlich so gross war, wie Leuschner zuweilen vernehmen liess. Tatsache ist wohl, dass es selbstverständlich keine organisierte Massenbewegung gab, dass es aber doch bedeutend mehr waren als «ein halbes Bäckerdutzend alter Gröbels», wie der oft zum Sarkasmus neigende Mierendorff sich einmal ausgedrückt haben soll.[44] Leuschner rechnete, wie Leber ausführte, «mit der alten Anhänglichkeit breiterer Arbeiterkreise an den Gewerkschaftsgedanken».[45] Das bestätigten nicht nur Maschke, Henk und Meissner, auch Elfriede Nebgen, die an vielen wichtigen Treffen ihres Lebensgefährten und Ehemannes, des christlichen Gewerkschaftsführers Jakob Kaiser, teilgenommen hat, schrieb: «Was Wilhelm Leuschner angeht, so ist es wohl richtig, dass er hier und da auch einmal in unserem Kreis grosse Worte gebrauchte. Es gehörte für ihn zur politischen Taktik und wurde entsprechend gewer-

tet. Aber sein Vertrauen auf einen Erfolg seines und seiner Freunde Anruf an die Arbeiterschaft am Tage nach der Beseitigung des Hitlersystems bestand nach der gemeinsamen gründlichen Vorbereitung durchaus zu Recht. Es ist unbestreitbar, dass die Gewerkschaftsführer auf ziviler Seite überhaupt die solideste Grundlage für den revolutionären Übergang zu bieten hatten.»[46]

Die Berichte zeigen, dass unter massgeblicher Initiative und Führung Leuschners ein relativ weitverzweigtes, tief nach unten reichendes Netz von Vertrauensleuten geschaffen wurde, das ein wichtiger Faktor für die Entfaltung einer revolutionär-demokratischen Bewegung hätte werden können.

Im Mai und Juni 1944 kam es zu Besprechungen, an denen auch Leber, Goerdeler, Kaiser, Wirmer, Letterhaus und andere teilnahmen. Im ersten Gespräch sagte Leuschner, laut SD-Bericht: «Er lasse sich nicht länger von den Militärs an der Nase herumführen. Sie wollten sich durch die Verbindung zu den Gewerkschaften nur ein politisches Alibi für die Zeit des Zusammenbruchs schaffen. Eines Tages würden sie die Nichteinhaltung des Versprechens, aktiv zu handeln, damit entschuldigen, dass die hindernden Umstände grösser gewesen seien als ihre Macht... Er werde sich deshalb daran nicht mehr beteiligen und ziehe auch die unter anderen Voraussetzungen gegebene Zustimmung zu einem Regime unter Beck zurück.»[47] Auch Maass war offenkundig gleicher Ansicht. Leuschner wurde am 16. August 1944 verhaftet.

3. Hermann Maass

Hermann Maass[48] wurde am 23. Oktober 1897 in Bromberg (Bydgoszc) als Sohn eines Eisenbahnbeamten geboren und besuchte die Oberrealschule. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg, wo er 1918 eine Gasvergiftung erlitt, studierte er an der Berliner Universität Philosophie, Psychologie und Soziologie und legte seine Lehramtsprüfung ab. Seit 1920 gehörte er der SPD an.[49] An der Berliner Hochschule für Politik befasste er sich mit Jugendproblemen und bereitete sich auf das Wohlfahrtpflegerexamen vor, brach aber auf Anraten von Gertrud Bäumer, einer führenden Vertreterin der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung, seine Studien ab[50] und wurde 1924 Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände und Chefredakteur der Zeitschrift «Das junge Deutschland».

Hermann Maaß

Aus dieser Tätigkeit kannte er auch Führer der bürgerlichen Jugendbewegung und eine Reihe von Offizieren.[51]

Im April 1933, nach seiner zwangsweisen Entlassung, schrieb er: «Man hat mir durch Mittelsmänner nahegelegt, überzutreten oder freiwillig zu kapitulieren. Ich habe beides abgelehnt. Mein Denken ist ebenso politisch wie soldatisch. Ich habe erklärt, dass ich im Felde nicht kapituliert hätte und dass ich es auch vor inneren politischen Gegnern nicht zu tun gedächte. Auch ein deutscher Sozialist hat eine Ehre zu bewahren, gerade heute, wo man in eigenen Reihen verständliche Angst und unentschuldbare Feigheit, Zusammenbruch banaler Ideale und unsozialistische Sicherheitsspekulationen erlebt – wie andererseits aber auch in der neueren politischen Geschichte bisher unerhörtes Heldentum und Standhaftigkeit.»[52] Maass blieb in Deutschland, obwohl ihm die Harvard-Universität in den USA eine Professur angeboten hatte.

Nähere Bekanntschaft verband ihn mit Walter Maschke, dem ehemaligen Jugendsekretär im ADGB, der auch mit britischen und niederländischen Gewerkschaftsführern Beziehungen hatte. Maschke brachte ihn 1939 mit Leuschner zusammen, in dessen Fabrik er als Prokurist Anstellung fand und mit dem gemeinsam er fortan den Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung betrieb. Im Juli 1942 hatte Maass auch eine Begegnung mit Moltke. Dieser berichtete am 31. Juli

seiner Frau darüber: «Gestern war also die grosse Aussprache mit Maass und mir bei Friedrich [Mierendorff]. Peter konnte leider nicht mitkommen. Das Ergebnis war befriedigend. Maass ist pedantisch, etwas lehrerhaft, ein schwieriger Gesprächspartner, auf seinem Spezialgebiet hervorragend beschlagen, mit grossem Verantwortungsgefühl und Ernst, gut vorbereitet. In der allgemeinen politischen Linie passt er gut, in Kreisau wird er der ideale Repräsentant des Onkels [Leuschners] sein.»[53] Maass nahm an zahlreichen grösseren und kleineren Beratungen sowohl des Kreisauer Kreises als auch der Gruppen um Goerdeler und Stauffenberg teil und setzte sich – in Übereinstimmung mit Leuschner und Leber – für die Errichtung eines demokratischen Staates ein, in dem die Arbeiterbewegung freie Entfaltungsmöglichkeiten haben sollte. Er war ein gläubiger Mensch, bestand jedoch auf der Trennung von Kirche und Staat. Mehrere Berichte deuten darauf hin, dass Maass sich von einem gewissen Misstrauen gegen die «Grafengruppe» nur schwer befreien konnte, weil er befürchtete, dass es sich bei den Bestrebungen der Adligen und hohen Militärs vor allem um die Wiederherstellung bzw. Sicherung alter Privilegien handeln könne. Im Winter 1943/1944 traf er mit Stauffenberg zusammen und hatte mit ihm in seiner Wohnung in Potsdam-Babelsberg, Heimdalstrasse 37 (heute Hermann-Maass-Strasse), mehrere Unterredungen, an denen zuweilen auch Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld und Legationsrat a. D. Eduard Brücklmeier teilnahmen. Bei der ersten Besprechung habe Stauffenberg zwar auch eine gewisse gesellschaftliche Neuordnung für notwendig gehalten, «doch habe er gewünscht, dass die überkommenen Güter nicht einfach über Bord geworfen würden und dass man die geschichtlichen Leistungen des Adels berücksichtigen sollte. Maass und Leuschner haben sich dann anschliessend geeinigt, dass Stauffenberg doch recht reaktionär sei», so der Kaltenbrunner-Bericht[54]. Bei einer nächsten Besprechung erhielt er von Stauffenberg ein Exposé über die künftige soziale Ordnung nach dem Umsturz. «Maass beurteilt es als einen Versuch, die Interessen des Adels auch bei einem Regime der Gewerkschaften wahrzunehmen,» hiess es dazu in dem SD-Bericht.[55] Maass richtete an Schwerin die Forderung, seinen Einfluss auf Stauffenberg geltend zu machen, «damit die Generale nichts Politisches unternehmen»[56].

Maass war von einem tiefen, jedoch nicht an Konfession und Dogma gebundenen Gottesglauben erfüllt, der ihm Kraft gab, wie er in einem der letzten Briefe an seine Frau vom 12. August 1944 betonte, in dem er zugleich Züge seines philosophisch-politischen Welt- und Men-

schenbildes darlegte. Er war der Meinung, «dass das Christentum keine allgemein gültige und wirkende geistige und seelische Macht mehr ist. Seine Ethik gilt nur noch subjektiv, wahlweise. Der ‚Christenmensch' als Sein oder Ziel gilt nicht mehr allgemein. Das neue Ethos muss wohl Elemente der alten christlichen Kultur übernehmen, wie stets eine neue Kultur auf eine vorhergehende aufbaut; aber die neuen Elemente dieser entstehenden Kultur geben ihr die entscheidende Wendung zum Sozialismus. Das ist meine feste Überzeugung. An die Stelle des Individuums (auch des Individuums von Personengruppen oder Gesellschaftsschicht) muss als vorherrschende Kraft der Sozialismus treten, der das – von der alten Kultur übernommene – Recht der Person belässt, aber – als Wesen der neuen Kultur – der Person zugleich Recht und Pflicht überträgt, bewusst eine Funktion für die Gesamtheit zu erfüllen. Das bedeutet in der geschichtlichen Folge:

1. In der neuen sozialistischen Epoche wird die verlorengegangene Personenwertgleichheit als gesellschaftliches Grundrecht wiederhergestellt. Nicht Herkunft, Besitz oder Rang sind für den Wert einer Person massgebend, sondern die persönliche Leistung, die immerzugleich eine Wertfunktion für die Gesamtheit bedeutet.

2. Person, Staat, Volk – eines Tages vielleicht auch Staats- und Völkergemeinschaften – werden von dem gleichen Geist beseelt.

3. Der arbeitende Mensch – nicht der privilegierte oder von seinem Besitz lebende – wird der Träger der neuen Kultur sein, und er wird es bewusst sein.

4. Die Klassengesellschaft wird überwunden durch eine klassenlose, in der die natürlichen Gesellschaftsschichten gleichen Wert besitzen, da die Gesamtheit ohne die Funktion jeder einzelnen Schicht nicht denkbar ist.

5. Der Sozialismus als neue Ordnung, neues Ethos, neuer Gesellschaftslebenssinn geht alle Völker an, früher oder später. Er wird nach meiner Überzeugung am frühesten und wahrscheinlich auch am reifsten in Deutschland ausgebildet werden... An diesem Punkt muss ich als kritische Bemerkung zwischenfügen, dass mit Recht allein nichts getan ist, dass die geistige Kraft hinzukommen muss.»

Einen Tag später, am 13. August, setzte er seinen Brief fort und sprach sich für einen «aktiven Sozialismus» als sozusagen erster Stufe aus, den er wie folgt erläuterte: «Diesen aktiven Sozialismus, der gar nichts mit der grossen Politik unmittelbar zu tun hat, jedoch als Potenz des Volkes von grösster unmittelbarer Bedeutung ist, kann jeder und muss jeder leisten und erfüllen, und zwar zunächst in den einfacheren,

nicht immer leichten Graden, als da sind: rechte und gute Arbeit zu leisten, für die Familie treu zu sorgen, den Kindern ein guter Vater, der Frau ein tüchtiger Mann, der Nachbarschaft eine verlässliche Hilfe zu sein u. s. f. Die Verantwortung in den höheren Graden ist, wie bei den niederen, einem nicht übertragbaren Gewissen unterworfen. Aber während es meist doch einfach zu beurteilen ist, ob jemand eine gute oder schlechte Arbeit leistet, als guter oder schlechter Vater wirkt, ist es schon viel schwieriger, zu entscheiden, ob eine höhere geistige Leistung, sei es auf dem Gebiete des Denkens, Erfindens, künstlerischen Schaffens oder des Politischen jener Forderung des aktiven Sozialismus entspricht oder nicht. Hier sind subjektive Irrtümer ebenso leicht möglich wie objektive Irrtümer der Zeitgenossen. Hier erst beginnt das Leben des Menschen, wie jetzt meines, tragisch zu werden.»[57]

Abschliessend liess sich Maass über sein kritisches Verhältnis zur Goerdeler-Gruppe und zu den Militärs aus: Der Nationalsozialismus könne nur durch eine «höhere Idee» überwunden werden, «jegliche Reaktion, von wo sie auch kommen möge, wie jeglichen Versuch einer Restauration, die nicht eine geschichtlich «höhere Idee» verkörpern und keine höheren Zustände für das gesamte Volk zu bewirken vermögen, müssen abgelehnt und bekämpft werden. Als ich im Laufe derZeit bemerkte, dass die Ideologie des Goerdeler-Kreises eben keine «höhere Idee» darstellte, dass sie dem von mir gewollten Sozialismus widerstrebte, tat ich alles nur Mögliche, um die Verbindung mit der Gruppe Goerdeler bis zur Inaktivität zu neutralisieren. Ich zog aber aus jenem Satz noch eine weitere Konsequenz, die der Nichtanwendung von Gewalt. Ich verwarf, um es ganz deutlich zu sagen, aus jenen Gründen der «höheren Idee» jegliches Attentat. Es ist wahr, dass ich diese Auffassung jedem gegenüber vertrat, unbeirrt... Wir waren von den «Militärs» als ihnen sehr unpassende «Linke» längst abgehangen worden, und ich hatte keine Verbindung mehr zu ihren Mittelsleuten gepflogen, sobald ich argwöhnte, dass es ihnen nicht um das Schicksal des deutschen Volkes, zumal um das der Arbeiterschaft, ginge, sondern um eigenste gesellschaftspolitische Ziele.»[58]

Waren diese Gedanken auch zuweilen abstrakt und realitätsfern und zeigten sie nicht den Weg zur Realisierung seiner «höheren Idee», seines Sozialismus, so sprach aus ihnen doch ein tiefer Humanismus, dessen Kern in der Befreiung des werktätigen Volkes und in der Erkämpfung «höherer Zustände», wie er seinen Sozialismus auch nannte, bestand.

Bei einer Begegnung mit Kaiser sprach er von der «Partei der Ausle-

se», ähnlich wie Leuschner, die nach Beseitigung des Naziregimes zu schaffen wäre.[59] Maass wurde am 8. August 1944 verhaftet.

4. Carlo Mierendorff

Carl Ernst Alfred Mierendorff wurde am 24. März 1897 als Sohn eines Textilvertreters im sächsischen Grossenhain geboren, lebte aber bald mit der Familie in Darmstadt, wo er zusammen mit seinem späteren sozialdemokratischen Kampfgefährten Theodor Haubach das Gymnasium besuchte.[60] Er nahm als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil, erhielt Auszeichnungen, wurde verwundet und kehrte als Offizier zurück. Nach dem Kriege studierte er Volkswirtschaft in Frankfurt am Main, Heidelberg, München und Freiburg und promovierte 1922 in Heidelberg mit einer Arbeit über die «Wirtschaftspolitik der KPD».

Die Kriegserlebnisse hatten bei ihm antimilitaristisch-demokratische Überzeugungen reifen lassen. Schon als Student nahm er leidenschaftlich und mit grosser Beredsamkeit an politischen Auseinandersetzungen teil. Seine Freunde nannten ihn «Herr Vielgeschrey». Von seinem Wirken hat der Schriftsteller Carl Zuckmayer folgendes Bild entworfen: «Herr Vielgeschrey wurde der südwestdeutsche Bürgerschreck in sensationellen Massenversammlungen, in denen für Menschenrechte und europäische Versöhnung gekämpft wurde, er wurde der Kampfhahn gegen reaktionäre Verbindungsstudenten, Antisemiten, Chauvinisten, Nazivorläufer ... Herr Vielgeschrey lernte, schrieb, arbeitete, lachte, schuftete, schlug, trank und liebte sich durch viele Landschaften, Orte und Städte...»[61]

Mierendorff und Haubach traten in die SPD ein, weil sie meinten, dass die Partei und die Gewerkschaften von innen heraus erneuert und verjüngt werden müssten[62], weil nur SPD und Gewerkschaften zur Erhaltung und zur Entwicklung der Demokratie fähig seien. «Carlo», schreibt Zuckmayer, «war niemals gegen Sowjetrussland, dessen Leistungen auf dem Gebiet seiner Nationalpolitik er sehr früh erkannte und immer respektierte... Niemals machte er die philiströse Bolschewistenverteufelung gewisser sozialdemokratischer Parteiautoritäten mit. Aber er und seine Freunde waren damals der Überzeugung, die jungen, radikalen, lebendigen, produktiven Sozialisten sollten in die alte SPD – nicht um dort wie junger Wein in alten Schläuchen, sondern wie ein neuer Blutstrom in einem noch lebensfähigen, nur geschwächten Kör-

Carlo Mierendorff

per zu wirken.»[63] Diese «Erneuerung» stellte er sich aber nicht im Geiste des Marxismus vor; es ging ihm, ähnlich wie bei Julius Leber, als Vertreter der «Neuen Rechten»[64] weniger um theoretische Prinzipien als um praktische Methoden, um mehr «Dynamik».

Mierendorff schloss sich den religiösen Sozialisten an und gehörte zusammen mit Adolf Reichwein und Theodor Haubach zum Beirat der Zeitschrift «Neue Blätter für den Sozialismus». Im September 1931 setzte er sich mit dem Referat Erich Ollenhauers auf dem Leipziger SPDParteitag auseinander und stellte fest, dass der «demokratische Sozialismus marxistischer Herkunft» heute zu einem «Requisit der Versammlungsphraseologie erstarrt» ist. «Wir Jungen, die das erkannt haben, müssen alle Kraft ansetzen, um diesen gefährlichen Zustand zu überwinden. Es ist tödlich für eine Bewegung, und die mangelnde Anziehungskraft auf die Jugend hat hier ihren Kern und ihre letzte Ursache. Deshalb muss unsere Forderung als Jugend an die Partei bzw. an ihre geistige Führung lauten, weiter vorzustossen und aus dem abstrakten Begriff Sozialismus eine lebenswirkliche und lebensnahe, weithin sichtbare und dem einfachen Menschen fassbare, in allen Fasern durchblutete sozialistische Zielvorstellung zu machen... Sozialist sein heisst «Kämpfer sein für eine neue Gesellschaftsordnung* genügt heute nicht mehr als Deklaration. Die Zeit erfordert, dass wir sagen, wie wir uns

diese neue Gesellschaftsordnung (wenigstens teilweise und im grossen Umriss) denken. Das Schicksal des Sozialismus hängt davon ab, dass wir den Massen dieses unser Ziel in seiner ganzen gigantischen Grösse und hinreissenden Majestät plastisch vor Augen stellen.»[65] Seine Kritik an der Parteibürokratie und dem abstrakten Sozialismusbegriff der Sozialdemokratie war zweifellos berechtigt, doch was er dagegenzusetzen hatte, war im Grunde noch verschwommener, noch weniger fassbar.

Auf dem Gebiet der praktischen Politik führte Mierendorff seinen Kampf gegen Militarismus und Chauvinismus weiter. Er kritisierte die Wiederaufrüstung und forderte eine ehrliche deutsche Verständigungspolitik sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber Polen und der Sowjetunion.

Von 1922 bis 1924 war Mierendorff wissenschaftlicher Sekretär im Deutschen Transportarbeiterverband, 1925 Redakteur des «Hessischen Volksfreundes» in Darmstadt, 1926 bis 1928 Sekretär der SPD-Reichstagsfraktion und ab 1929 Pressereferent des hessischen Innenministers Leuschner. Warnend schrieb er im sozialdemokratischen «Hamburger Echo» am 29. August 1930: «Hunderttausende, ja Millionen halb- und ganzproletarischer Existenzen sind von der entsetzlichsten aller Wirtschaftskrisen entwurzelt worden und politisch ins Treiben geraten. Es gilt zu verhindern, dass sie im Hitlerhafen landen... Ein Volk, das die Hetzreden der Hitler mit Beifall begleitet, streckt seine Hände bereits den Fesseln der Knechtschaft entgegen.»

Im September 1930 wurde er in den Reichstag gewählt. Ein Jahr später brachte er zusammen mit Leuschner die «Boxheimer Dokumente» an die Öffentlichkeit. Das waren geheime Nazipläne für die Errichtung eines blutigen Terrorregimes, was ihm den besonderen Hass der Faschisten zuzog.

Mierendorff nahm aktiv am Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr teil, folgte jedoch der politischen Linie des Parteivorstandes, der, unter Berufung auf die prosowjetische Revolutionsstrategie der KPD, die Aktionseinheit mit ihr ablehnte. Er kritisierte aber die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu der aussenpolitischen Resolution der Hitlerregierung vom 17. Mai 1933: «Diesem Regime gegenüber hat die Sozialdemokratie eine revolutionäre Verpflichtung, sie hat das Recht, die Freiheit und *den Frieden* zu verteidigen! Das ist kein Widerspruch zu ihrer nationalen Verpflichtung. Da der Faschismus das Volk mit dem Untergang bedroht, ist der Kampf gegen ihn höchste nationale Pflicht. Demonstration des unbedingten Friedenswillens,

Gleichberechtigung Deutschlands, Allgemeine Abrüstung – jawohl – aber *nur im unversöhnlichen Kampf* gegen die Despotie Hitlers kann dies vertreten werden!»[66]

Als Mierendorff nach der Machteinsetzung Hitlers am 30. Januar 1933 von Freunden nahegelegt wurde, in die Emigration zu gehen, wies er dies mit den Worten zurück: «Was sollen denn unsere Arbeiter denken, wenn wir sie da allein lassen? Sie können doch nicht alle an die Riviera ziehen.»[67] Er wurde am 13. Juni 1933 verhaftet, geschlagen und von der SA durch die Strassen Darmstadts geschleift. Bis 1938 hielten ihn die Faschisten in den Konzentrationslagern Osthofen, Börgermoor, Buchenwald und Lichtenburg fest.

Die Lehren aus dem Untergang der von ihm verteidigten Weimarer Republik und die Schicksalsgemeinschaft mit Kommunisten in der KZ-Haft begannen bei ihm einen Prozess des Umdenkens einzuleiten. Im KZ Lichtenburg entwickelte sich zwischen ihm und den KPD-Funktionären und Reichstagsabgeordneten Albert Kuntz, Ottomar Geschke, Ernst Grube und Max Herrn ein kameradschaftliches, zum Teil sogar freundschaftliches Verhältnis. Mierendorff war bereit, gemeinsam mit den Kommunisten politische Zukunftsvorstellungen zu erörtern, ohne sich indes schon festzulegen.[68] Er wurde 1938 entlassen und arbeitete danach bei der Braunkohlen- und Benzin-AG in Berlin. Obwohl er unter polizeilicher Aufsicht stand, konnte er die Verbindung mit Haubach, Reichwein und anderen Sozialdemokraten wieder aufnehmen und wurde auch mit Moltke bekannt. Im Kreisauer Kreis bearbeitete er Fragen der Wirtschafts- und Kulturpolitik und trat zusammen mit Moltke, Reichwein, Yorck und anderen gegen die konservative Konzeption der Goerdeler-Beck-Gruppe auf.

Mierendorff setzte sich 1943 für die Einheit aller Nazigegner ein. Im Juni 1943 verfasste er einen Aufruf zur «Sozialistischen Aktion», der von Moltke bei den Kreisauer Grundtexten aufbewahrt, also als bedeutsames Dokument des Kreises akzeptiert wurde. Darin hiess es: «Die Sozialistische Aktion ist eine überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands. Sie kämpft für die Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlerdiktatur, für die Wiederherstellung seiner durch die Verbrechen des Nazismus niedergetretenen Ehre und für seine Freiheit in der sozialistischen Ordnung. Den Aktionsausschuss bilden Vertreter der christlichen Kräfte, der sozialistischen Bewegung, der kommunistischen Bewegung und der liberalen Kräfte als Ausdruck der Geschlossenheit und Einheit.»[69]

Mierendorff entwickelte ein Programm für die «Rettung des gemein-

samen Vaterlandes vor politischem, moralischem und wirtschaftlichem Verfall»:

«**1.** Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit.

2. Beseitigung des Gewissenszwanges und unbedingte Toleranz in Glaubens, Rassen- und Nationalitätenfragen.

3. Achtung vor den Grundlagen unserer Kultur, die ohne das Christentum nicht denkbar ist.

4. Sozialistische Ordnung der Wirtschaft, um Menschenwürde und politische Freiheit zu verwirklichen und die Existenzsicherheit der Angestellten und Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft sowie des Bauern auf seiner Scholle zu schaffen, die die Voraussetzung von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist.

5. Enteignung der Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie zu Gunsten des deutschen Volkes als Grundlage der sozialistischen Ordnung der Wirtschaft, um mit dem verderblichen Missbrauch der politischen Macht des Grosskapitals Schluss zu machen.

6. Selbstverwaltung der Wirtschaft unter gleichberechtigter Mitwirkung des arbeitenden Volkes als Grundelement der sozialistischen Ordnung.

7. Sicherung der Landwirtschaft vor der Gefahr, zum Spielball kapitalistischer Interessen zu werden.

8. Abbau des bürokratischen Zentralismus und organischer Aufbau des Reiches aus den Ländern.

9. Aufrichtige Zusammenarbeit mit allen Völkern, insbesondere in Europa mit Grossbritannien und Sowjetrussland.»

Gegen Ende des Aufrufes hiess es: «Nie wieder soll das deutsche Volk sich im Parteienstreit verirren! Nie wieder darf die Arbeiterschaft sich im Bruderkampf zerfleischen! Nie wieder Diktatur und Sklaverei!

Ein neues Deutschland muss entstehen, worin sich das schaffende Volk sein Leben im Geiste wahrer Freiheit selbst ordnet.»

Auch Mierendorff verlangte: «Der Nationalsozialismus und seine Lügen müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit wir die Achtung vor uns selbst zurückgewinnen und der deutsche Name wieder ehrlich wird in der Welt.»[70]

Man darf in den Aufruf natürlich nicht «marxistisch-leninistische» Klassenkampf-, Revolutions- und «Volksfront»-Vorstellungen hineinprojizieren. Wahrscheinlicher ist, dass er, ähnlich dem «Herman-Dossier», die Bildung einer Koalition unter Einschluss der Kommunisten forderte, um die Kommunisten an Koalitionsabmachungen zu binden und damit ihren Spielraum zu begrenzen. Immerhin aber zeugt die Tatsa-

che, dass Mierendorff – ganz im Gegensatz zu Popitz und Goerdeler – in diesem Aufruf die Kommunisten als Partner akzeptierte, von beträchtlichen Veränderungen in der Erkenntnis eines Mannes, der noch einige Jahre zuvor auf ausgeprägt antikommunistischen Positionen stand.

Vom Herbst 1943 ist folgender Satz von ihm überliefert: «Von jetzt an geht es nur noch aufwärts; entweder an die Macht oder an den Galgen!»[71]

Mierendorff erlebte das Schicksal seiner Gefährten jedoch nicht mehr; er starb am 4. Dezember 1943 als Opfer eines britischen Luftangriffs auf Leipzig.

Anmerkungen

1 Dorothea Beck: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand. Einleitung Willy Brandt.Vorwort von Hans Mommsen, Berlin 1983; Julius Leber: Schriften, Reden, Briefe. Hrsg, von Dorothea Beck und Wilfried F. Schoeller. Mit einem Vorwort von Willy Brandt und einer Gedenkrede von Golo Mann, München 1976; Dorothea Beck: Julius Leber, in: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter: 20. Juli. Portraits des Widerstandes, Düsseldorf/Wien 1984, S. 147 f.
2 Beck: Leber, S. 58.
3 Julius Leber: Schriften, Reden, Briefe, S. 182.
4 Ebenda, S. 199.
5 Ebenda, S. 245 f.
6 Ebenda.
7 Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt am Main 1969, S. 367.
8 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, (SAPMO BArch), A 1918, Meissner Wilhelm, S. 121. Niedergeschrieben Mai 1979. Meissner war später Mitarbeiter im Aussenministerium der DDR und von 1961 bis 1967 Botschafter in Ungarn.
9 Ebenda, S. 121/122.
10 Ebenda, S. 123.
11 Ebenda, S. 123.
12 Persönliche Mitteilung von Nina Gräfin von Stauffenberg.
13 Annedore Leber: Dr. Leber und Stauffenberg, in: «Telegraf» vom 16. Juni 1946.
14 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 234/235.
15 Annedore Leber: Dr. Leber und Stauffenberg, in: «Telegraf» v. 16. 6. 1946.
16 Julius Leber: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe, hrsg. von seinen Freunden, Berlin – Frankfurt am Main 1956, S. 283.
17 Willy Brandt: Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S. 374.
18 Mitteilung von Rosemarie Reichwein an den Verfasser.
19 D. v. Meding: Mut des Herzens, S. 151.
20 Dirk Gentsch: Adolf Reichwein (1898-1944) – Pädagoge und antifaschistischer Widerstandskämpfer. Eine politische Biographie, Phil. Diss. , Potsdam 1985, S. 117/118; vgl. auch die unveröffentlichte Studie von Gentsch: Zur Rolle des sozialdemokratischen

Widerstandskämpfers Prof. Dr. Adolf Reichwein bei der Verbindungsaufnahme des «Kreisauer Kreises» zur KPD im Jahre 1944.

21 Gerhard Baier: Wilhelm Leuschner, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 159 f.; Biographischer Abriss in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, S. 284 f. Vgl. auch Deutsche Widerstandskämpfer, Bd. 1, S. 589 f.

22 BA, Potsdamer Abteilungen, Reichsministerium des Innern, Nr. 25 668/15, BI. 120.

23 Wolfgang Langhoff: Ein guter Kamerad, in: «Neues Deutschland» vom 29. 9. 1946.

24 Mitteilung von Theodor Steltzer an den Verfasser.

25 Moltke: Briefe an Freya, S. 394.

26 Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgenosse, S. 155.

27 Moltke: Briefe an Freya, S. 515.

28 Aus den 1945/46 niedergeschriebenen persönlichen Erinnerungen Walter Maschkes, die er mir zum Kopieren überliess. Dieser Nachlass des 1980 Verstorbenen befand sich 1988 im damaligen Zentralen Parteiarchiv der SED Berlin. Maschke kehrte nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Bayreuth 1945 nach Berlin zurück, gehörte der SED an und war u.a. Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und Stellv. Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst.

29 Max Habermann, ein Freund Brünings und konservativer Gegner des Nationalsozialismus, war im April 1933 aus dem Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ausgeschieden, als dieser die Eingliederung in das faschistische Regime betrieb. Der DNHV schloss sich freiwillig der Deutschen Arbeitsfront an, besass darin noch einen gewissen Sonderstatus, wurde aber am 20. Februar 1934 ebenfalls aufgelöst. Habermann trat 1935 in Verbindung zu Jakob Kaiser und kam auf diese Weise in den Kreis um Goerdeler und Leuschner.

30 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 204/205.

31 Ebenda, S. 316/317.

32 Ebenda, S. 317.

33 Ebenda, S. 317.

34 Ebenda, S. 206.

35 Ebenda, S. 324.

36 Ebenda.

37 Spiegel wurde 1946 Mitglied des Kreisvorstandes Potsdam der SED, ferner Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, SED-Landtagsabgeordneter, Leiter der Presseabteilung im Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR.

38 Persönliche Mitteilung von Fritz Krüger an den Verfasser vom 22.3.1966. Krüger wurde 1946 Mitglied der SED und nahm in verschiedenen Funktionen am Neuaufbau teil.

39 Persönliche Mitteilung von Dr. Hans Grünberg an den Verfasser. Grünberg wurde 1946 Mitglied der SED und Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie der DDR.

40 SAPMO BArch, EA 0246 (August Frölich), BI. 10. Frölich war von 1946 bis 1952 Mitglied der Landesleitung Thüringen, danach der Bezirksleitung Erfurt der SED, ferner Präsident des thüringischen Landtages und Vizepräsident der Länderkammer der DDR. Im «Biographischen Lexikon» der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1970) wird seine Verhaftung 1944 mit seiner Zugehörigkeit zur Widerstandsorganisation Neubauer-Poser begründet. In seinen Erinnerungen finden sich dazu aber keine Hinweise. Nach seinen Angaben wurde er wegen seiner Verbindungen zu Leuschner und Goerdeler, den man bei ihm suchte, am 23. 7.1944 verhaftet und in der Nacht vom 16. zum 17. 8.1944, mit Theodor Neubauer zusammengefesselt, nach Berlin gebracht.

41 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 414.

42 Persönliche Aussage Walter Schmidts in: Dokumentarfilm «Adolf Reichwein – Pädagoge und Widerstandskämpfer» von Hans Bentzin und Erich Thiede, Fernsehen der DDR, Berlin 1988.

43 Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte, Heidelberg 1946, S. 51.

44 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 497.

45 Ebenda.

46 Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 129.
47 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 211/212.
48 Nach Mitteilung von Michael Maass (f) an den Verfasser ist auch die Schreibweise Maass gebräuchlich und zulässig.
49 A. Leber: Gewissen entscheidet, S. 64; Hiltrud Bradter; Opfer des faschistischen Terrors 1944. Hermann Maass, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1993, H. 1, S. 91 f. (Biographische Skizze).
50 Mitteilung von Michael Maass an den Verfasser.
51 Mitteilung von Walter Maschke an den Verfasser.
52 Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933-1945 in Lebensbildern, Hrsg, von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, Berlin – Frankfurt am Main 1963, S. 66.
53 Moltke: Briefe an Freya, S. 396.
54 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 205.
55 Ebenda, S. 465.
56 Ebenda, S. 206.
57 SAPMO BArch, NL 152/3.
58 Ebenda.
59 Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer.
60 Richard Albrecht: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biografie, Bertin-Bonn 1987.
61 Carl Zuckmayer: Carlo Mierendorff. Porträt eines deutschen Sozialisten, Berlin 1947, S. 22.
62 Vgl. auch Dorothea Beck: Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher. Zum Selbstverständnis der «militanten Sozialisten» in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXVI, Bonn-Bad Godesberg 1986, S. 87 f.
63 Zuckmayer: Mierendorff, S. 27 f.
64 Vgl. Peter Grassmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945, München-Wien 1976, S. 88; Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1970, S. 172.
65 Carl Mierendorff: Konkretisierung unserer Zielvorstellung! Ein Nachwort zu Ollenhauers Referat in Leipzig, in: Neue Blätter für den Sozialismus, September 1931, H.9, S. 466/467.
66 Zit. in: Albrecht: Mierendorff, S. 138/139.
67 Zuckmayer: Mierendorff, S. 33.
68 Persönliche Mitteilung von Max Herrn.
69 Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 589/590. Auch die folgenden Zitate sind diesem Band entnommen.
70 Roon: Neuordnung, S. 589.
71 Henk: Tragödie des 20. Juli, S. 46.

VI. Zusammenfassung: Motivation und Zukunftsvorstellungen

1. Motive und Anstösse für den Weg in den Widerstand

Im Widerstandskampf gegen das faschistische Regime in Deutschland wirkten Persönlichkeiten, die ihren Weg dahin auf recht unterschiedliche Weise fanden. Im Blick auf die Vorgeschichte des 20. Juli 1944 lassen sich folgende Gruppen feststellen, wobei die Grenzen nicht in jedem Falle scharf gezogen werden können:

1. Menschen, die von Anfang an aus ihrer politischen oder religiös-ethischen Anschauung heraus das Regime bekämpften. Das betraf in erster Linie die Vertreter der Arbeiterbewegung, aber auch Persönlichkeiten wie Bonhoeffer.

2. Offiziere, Beamte, Intellektuelle, Geistliche und andere, die von Anfang an Abneigung gegen Nazibewegung und -System hegten, aber zunächst noch nicht aktiv dagegen ankämpften, sich aber bald und dann zumeist sehr aktiv an diesem Kampf beteiligten. Hier wären als charakteristische Vertreter Olbricht, Wirmer, Moltke, Delp, Poelchau und Trott zu nennen.

3. Offiziere, Beamte und Politiker, die wichtige Positionen im NS-System innehatten und glaubten, dieses System zu einem konservativen Rechtsstaat entwickeln und Deutschlands internationale Grossmachtstellung mit friedlichen Mitteln erreichen zu können. Sie sahen sich nicht nur in ihren Hoffnungen getäuscht, sie mussten auch erkennen, dass die Politik der Staatsführung in die nationale Katastrophe steuerte. Aus ihren zum Teil noch vorhandenen Positionen im System heraus arbeiteten sie am Sturz des Regimes. Das traf vor allem zu auf Beck, Goerdeler, Oster, Witzleben, Hassell und Popitz.

4. Eine Gruppe von jüngeren Offizieren und Beamten, die zunächst im Nationalsozialismus nationale Befreiung und soziale Gerechtigkeit

zu sehen glaubte, nach einigen Jahren aber erkennen musste, dass das NS-Regime das Gegenteil ihrer Ideale bedeutete. Sie stellten ebenfalls besonders aktive Mitglieder des Widerstandes dar, wie es sich bei Tresckow, Stauffenberg und Schulenburg zeigte.

5. Umstritten ist ferner eine Gruppe – in unserer Darstellung biographisch nicht hervorgehoben –, die tief in das Naziregime, teilweise auch in seine Verbrechen, verstrickt war, die durch Übergang in den Widerstand eine Art individuellen Ausweg suchte. Repräsentativ dafür wären Wolf Heinrich Graf von Helldorf, Polizeipräsident von Berlin, hoher SA-Führer und Arthur Nebe, SS-Gruppenführer, Chef des Reichskriminalpolizeiamtes und zeitweilig SS-Einsatzgruppenleiter in Minsk.

6. Anstösse für die Entscheidung des Einzelnen gaben sowohl bestimmte Ereignisse als auch längerwirkende Entwicklungstendenzen, die zu Erkenntnissen, Überzeugungen und schliesslich zum Handeln führten.

Nimmt man zunächst einmal die Ereignisse, so fielen folgende für Motivations- und Erkenntnisbildung ins Gewicht:

Die Ermordung der Generäle von Schleicher und von Bredow sowie einiger bürgerlicher Politiker am 30. Juni und 1. Juli 1934 rief Betroffenheit in Teilen des Offizierskorps hervor, die sich allerdings im Allgemeinen bald legte, nachdem die Morde mit «staatsgefährlichen Verbindungen» gerechtfertigt und als «Staatsnotwehr rechtens» erklärt wurden. Ausserdem war mit dieser Aktion auch die unliebsame Konkurrenz der SA-Führer um Ernst Röhm beseitigt. Bei einigen Offizieren jedoch blieb angesichts des offenkundig kriminellen Vorgehens ein Misstrauen.

Die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes am 7. März 1936 wurde zwar allgemein als Akt der Wiederherstellung nationaler Souveränität begrüsst, löste aber bei manchen Weiterdenkenden Sorgen aus, wie es Hammerstein seinem Sohn Ludwig gegenüber zum Ausdruck brachte: «Wenn Frankreich und England jetzt nicht eingreifen, dann ist der Hitler nicht mehr zu stoppen.»[1]

Die in der Literatur oft als «Fritschkrise» bezeichnete Absetzung des Oberbefehlshabers des Heeres Freiherr von Fritsch am 4. Februar 1938 durch Hitler, deren Begründung sich in einem Prozess des Reichskriegsgerichts im März 1938 als falsch herausgestellt hatte, fand grosse Resonanz, da Fritsch zwar juristisch rehabilitiert, jedoch nicht wieder in seine Stellung eingesetzt wurde. Eine grössere Zahl von Offizieren sah in diesen Vorgängen – abgesehen von der Empörung über die unehrenhafte Behandlung eines Kameraden – die wachsende Gefahr eines

Übergewichts von NSDAP, SS und Gestapo gegenüber der Wehrmacht. Nach späteren Äusserungen Schulenburgs begann hier die Spaltung des deutschen Offizierskorps. Seitdem existierte in der Wehrmacht eine oppositionelle Gruppierung, allerdings noch ohne feste Konturen.

Die in der Literatur zuweilen als «Sudetenkrise» bezeichnete Vorbereitung des deutschen Überfalls auf die Tschechoslowakei mit der Gefahr eines Mehrfrontenkrieges im Sommer und Herbst 1938 erregte in grösseren Kreisen Empörung und Sorge, die erstmalig in Staatsstreichvorbereitungen zur Absetzung Hitlers gipfelten. Die Opposition profilierte sich, es gab seitdem engere Kontakte zwischen den militärischen und zivilen Kräften.

Die Judenpogrome am 9. und 10. November 1938 und die verschärften Repressalien gegen die Juden in Deutschland stiessen auch bei den meisten Konservativen auf Ablehnung und verstärkten die Zweifel an der Legitimität der Staatsführung.

Das Münchener Abkommen vom 30. September 1938 brachte eine grosse Enttäuschung angesichts der Haltung Grossbritanniens und Frankreichs und festigte die Oppositionellen in der Erkenntnis, dass das Hitlerregime nicht durch Denkschriften und diplomatische Mittel, sondern nur durch Gewaltanwendung von innen gestürzt werden kann.

Der Bruch des Münchener Abkommens durch den Einmarsch in die Tschechoslowakei und die Errichtung des «Protektorats Böhmen und Mähren» am 15./16. März 1939, von Hassell als «Hybris, das Überschreiten aller Grenzen» bezeichnet, brachte das Ende der britischen Appeasement-Politik und damit für die Oppositionellen die Tatsache, dass jeder weitere Schritt einen Weltkrieg bringen musste, dem Deutschland nicht gewachsen sein konnte.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 und die Wirtschaftsverträge fanden eine zwiespältige Reaktion. (Die geheimen Zusatzverträge waren noch nicht bekannt). Grosse Teile des Volkes begrüssten die Verträge, weil sie scheinbar Frieden im Osten und Abkürzung des Krieges bedeuteten. Ein Teil der konservativen Opposition sah in ihnen eine Verstärkung der Tendenz zur «Bolschewisierung», zur Annäherung des NS- an das Sowjetsystem, während andere durch die Stärkung der deutschen Positionen eine Verlängerung des Krieges fürchteten.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen und der Kriegserklärung Grossbritanniens, Frankreichs und anderer Länder im September 1939

sahen sich die Oppositionellen in ihren Befürchtungen bestätigt, wie es Hammerstein schon am 24. August ausgedrückt hatte: «Die Westmächte greifen ein in diese Auseinandersetzung, damit ist der Krieg verloren.»[2] Neue Umsturzpläne wurden erörtert, kamen aber über vorbereitende Gespräche nicht hinaus, zumal viele die Widerstandskraft Frankreichs überschätzt hatten und von seinem schnellen Zusammenbruch überrascht waren.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, die Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 und die Niederlage vor Moskau im Winter 1941/42 festigten die Erkenntnis, dass der Krieg nicht zu gewinnen war. Die militärische und zivile Opposition konsolidierte sich. Die Befehlshaber der Heeresgruppen verweigerten jedoch ein Vorgehen gegen Hitler.

Die Stalingrader Schlacht im Winter 1942/43, die Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Tunesien am 13. Mai 1943 und die deutsche Niederlage im Kursker Bogen im Juli 1943 verbreiterten die Widerstandsfront. Die ersten Attentatsversuche wurden unternommen.

Die Gründung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» am 12./13. Juli und des Bundes Deutscher Offiziere am 11/12. September 1943 sowie das Anwachsen des antifaschistischen Widerstandskampfes der KPD in Deutschland verstärkte in der nationalkonservativen Opposition die Einsicht, «dass es notwendig war, den Umsturz durch eine breitere Verankerung in der Bevölkerung abzusichern und dessen Legitimitätsgrundlagen zu verbreitern»[3].

Die allgemeine Erkenntnis, dass die Hitlerpolitik in die nationale Katastrophe führt, wuchs nicht nur durch die Anstösse, die die grossen, spektakulären Ereignisse gaben, sie wurde auch durch die sich in vielen kleineren Vorgängen äussernden Entwicklungstendenzen und politischen Linien stimuliert. Dabei vollzog sich dieser Lernprozess sowohl bei dem Einzelnen als auch in seiner Gesamtheit nicht gradlinig und gleichmässig, sondern in Sprüngen, unterbrochen durch Zeiten der Passivität, auch der Rückschläge. In Bezug auf Schulenburg fand Heinemann hierzu das treffende und anschauliche Bild der Echternacher Springprozession. Auch die Gewichtung der einzelnen Ereignisse und Erscheinungen war für den Erkenntnisprozess bei den einzelnen Personen unterschiedlich.

Im Folgenden soll eine zusammenfassende Übersicht dieser Antriebe für den Weg in den Widerstand gegeben werden, wobei die Vertreter der Arbeiterbewegung aus den bekannten Gründen ihrer grund-

sätzlichen Feindschaft gegen das Regime von der Betrachtung ausgenommen werden können.

a. Alle in unserer Abhandlung genannten führenden Persönlichkeiten der Opposition hatten ihre berufliche – militärische oder zivile – Karriere in der Zeit der Weimarer Republik begonnen. Wenn auch von vielen ungeliebt, hatte diese doch das Bild eines bürgerlichen Rechtsstaates geboten. Mit Beginn der NS-Herrschaft wurde dieser bürgerliche Rechtsstaat zunehmend ausgehöhlt und schiesslich mehr und mehr zerbrochen. Willkür, Unterdrückung und Rechtsunsicherheit betrafen zuerst die Arbeiterbewegung, richteten sich aber auch gegen andere Schichten, Gruppen und Personen.

b. Der Kampf in der evangelischen Kirche gegen den «Arierparagraphen» und gegen andere Formen staatlicher Reglementierungsversuche wie auch die zunehmende Verletzung des Konkordats zwischen Reich und katholischer Kirche durch die Nazibehörden sowie der ideologische Kampf gegen den christlichen Glauben erzeugten auch ausserhalb der Kirchen Erregung und förderten eine Widerstandshaltung.

c. In den bürgerlich-konservativen Kreisen wie auch in grossen Teilen des deutschen Kleinbürgertums waren antisemitische Einstellungen seit jeher verbreitet, hatten doch selbst die «Grundsätze» der Deutschnationalen Volkspartei von 1920 sich «nachdrücklich gegen die seit der Revolution [1918] immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit» gewandt.[4] Viele Konservative begrüssten anfangs die Zurückdrängung der Juden aus Staat, Wirtschaft und Kultur, wandten sich aber erschreckt ab, als diese Verdrängung in Verfolgung und physische Ausrottung umschlug, was auch Deutschlands Ansehen im Ausland schwer schädigte.

d. Auf Ressentiment und Abwehrposition stiess bei manchen die immer mehr der Kriegsvorbereitung untergeordnete faschistische Wirtschaftspolitik mit ihren staatsmonopolistischen Zwangsregulierungen, der wachsenden Verschuldung und den Autarkiebestrebungen.

e. Von wesentlicher Bedeutung war die immer deutlicher zutage tretende Vorbereitung eines Aggressions-, Eroberungs- und Ausrottungskrieges. Die anfängliche Befriedigung über die Beseitigung des Versailler «Diktats» wich bald einer tiefen Besorgnis über die von der Hitlerregierung heraufbeschworene Gefahr eines Mehrfrontenkrieges, der für Deutschland mit einer katastrophalen Niederlage enden musste.

f. Nicht wenige Konservative fürchteten die «Bolschewisierung»

Deutschlands, sahen in Hitler nicht den Verteidiger gegen den, sondern den Wegbereiter des «Bolschewismus». Diese Sichtweise hatte mehrere Seiten. Einmal fürchtete man eine wachsende Annäherung des nationalsozialistischen an das sowjetische System, wofür sich mancher Anlass bot: Zurückdrängung (in der Sowjetunion Liquidierung) der traditionellen konservativen «Eliten», Einparteiendiktatur (gegen die man grundsätzlich nichts hatte, wenn sie den eigenen Interessen entsprach, was aber in Deutschland nicht immer der Fall war), zunehmende staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben, Existenz einer umfassenden politischen Geheimpolizei und grosse politische Prozesse gegen Regimegegner, Streben nach einheitlicher, nichtchristlicher weltanschaulicher Ausrichtung. Zum zweiten sah man nach den deutsch-sowjetischen Verträgen vom Herbst 1939 die Gefahr auch einer staatlichen Annäherung beider Systeme, die die unter dem ersten Aspekt genannten Bedrohungen noch verstärken musste. Drittens schliesslich fürchtete man mit der Zuspitzung der inneren Krise während des Krieges die Möglichkeit einer «kommunistischen Revolution» in Deutschland. Der nationalkonservative Widerstand hatte also auch unübersehbar einen antikommunistischen Aspekt, worin er sich im Übrigen durchaus mit führenden sozialdemokratischen Nazigegnern traf.

g. Aus christlichem Glauben hervorgegangener Humanismus war für viele Konservative, nicht nur für die beteiligten Geistlichen, die weltanschauliche Grundlage ihrer politischen Entscheidung gegen den Faschismus. Dass Religiosität allein aber nicht genügte, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Faktoren Voraussetzung für diese Entscheidung bilden konnte, zeigte die Tatsache, dass für nicht wenige Deutsche der christliche Glaube kein Hindernis war, Verbrechen zu verdrängen und dem «Führer» bis zu seinem Untergang zu folgen.

h. Ein Teil der nationalkonservativen Oppositionellen, besonders jüngere Offiziere und Beamte, sahen zunächst im Nationalsozialismus bestimmte nationale und soziale Ideale. Zu der Enttäuschung über den «Verrat» ihrer Ideale kam oft genug die Erfahrung der Primitivität, moralischen Verkommenheit und «Verbonzung» der neuen Führerschaft.

i. Während des Krieges wurde wichtigste Triebkraft des Widerstandes die Kenntnis über die bis dahin unvorstellbaren Verbrechen, die jetzt an der Bevölkerung in den eroberten Gebieten von Deutschen verübt wurden, einschliesslich des Massensterbens sowjetischer Kriegsgefangener und der Grausamkeiten in den KZ in Deutschland. Wenn an diesen Verbrechen auch zumeist SS, Gestapo und die Einsatz-

gruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes beteiligt waren, so wurden sie doch von der Wehrmacht gedeckt, und es nahmen auch Wehrmachtseinheiten daran teil. Es wurde vielen klar, dass es sich dabei nicht um Willkürakte einzelner Subalterner handelte, sondern um einen Wesenzug des Regimes, das die Ausbeutung und Ausraubung ganzer Völker sowie die Entvölkerung ganzer Landstriche zu einem Grundziel bestimmt hatte. Angesichts der militärischen Niederlagen wurde klar, welche Folgen dies für Deutschland haben musste, wenn nicht aus eigener Kraft eine Wende herbeigeführt und Bestrafung der Verbrecher erfolgen würden.

j. Bei den Offizieren, Beamten, Intellektuellen und anderen Angehörigen der nationalkonservativen Opposition hatte sich ein nationales Ehrgefühl erhalten, eine besondere, humanistische Art des Elitedenkens. In Fragen der nationalen Ehre gab es für ihn keinen Kompromiss mit dem Bösen, wurde über Oster gesagt und damit auch die Haltung der anderen charakterisiert. Die von Deutschen und im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen verletzten tief dieses Ehrgefühl.

Diese hier gekennzeichneten Ereignisse und Faktoren wirkten auf alle konservativen Politiker, Offiziere, Beamte, Intellektuelle, Wirtschaftsführer, Geistliche. Aber nur bei einem winzigen Bruchteil zeigten sie Wirkung, beeinflussten sie entscheidend das politische und moralische Handeln. Das aber hebt diese Minderheit auch heraus aus den deutschen «Eliten», ohne deren bereitwillige Mitarbeit der Faschismus sein Todeswerk nicht hätte vollbringen können.

2. Zukunftsvorstellungen

Auch hier muss beachtet werden, dass die Zukunftsvorstellungen einem Erkenntnisprozess unterlagen, dass man darum z.B. Aussagen von 1941 oder 1942 nicht schematisch als auch für 1943 oder 1944 geltend beurteilen darf. Ferner wäre ihre Realisierung von den objektiven Bedingungen bestimmt worden, die nach der Beseitigung Hitlers und nach dem Ende des Krieges geherrscht hätten, zum geringeren Teil von dem Wollen der Akteure.

a. Nahezu alle Verschwörer waren sich einig, dass der Umsturz angesichts des Kräfteverhältnisses zwar mit einer Militäraktion begonnen werden musste, um SS und andere hitlertreue Kräfte auszuschalten, dass er aber bald in eine organisierte und gesteuerte Volksbewegung

übergeleitet werden sollte. Selbst der konservative Troupier Witzleben forderte nach der militärischen Machtübernahme in der Reichshauptstadt einen sofortigen Rundfunkaufruf an das Volk. Über Charakter und Form dieser Volksbewegung gab es allerdings beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Nahezu einig war man sich nur in der Ablehnung des Weimarer Parteienstaates. Es gab stattdessen Ideen

von einer breiten, lose organisierten und nicht parteimässig strukturierten Volksbewegung,

von einer Einheitspartei von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen,

von einer föderativ aufgebauten Volksbewegung mit den vier Hauptgliedern Liberale, Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten,

von einer Partei der Auslese, also der zur Führung befähigten Eliten ohne soziale oder politische Eingrenzung.

Es gab die Vorstellung von zwei oder drei grossen Volksparteien, möglichst ohne selbständige kommunistische Partei.

Im Kreisauer Kreis war man der Meinung, dass die Kirchen und die einheitliche Deutsche Gewerkschaft organisatorisch-politische Grundlagen der neuen Gesellschaft bilden sollten.

Eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung befürworteten nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch Stauffenberg, Goerdeler, Moltke, Schulenburg, Wirmer und sicherlich auch noch andere. Als ausgewiesener Gegner präsentierte sich eigentlich nur Popitz, der deshalb nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von dem Kreis Wirmer-Jakob Kaiser abgelehnt wurde.

b. Im Sommer 1944 hatte sich unter dem Eindruck der militärischen Ereignisse die allgemeine Auffassung durchgesetzt, dass nach erfolgreichem Umsturz der Krieg sofort und an allen Fronten beendet werden müsse. Während einige bereit waren, der alliierten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation nachzukommen (Leber, Leuschner), hofften andere noch (Hassell, Goerdeler, zeitweilig auch Stauffenberg), einen Waffenstillstand abschliessen und Verhandlungen über einen günstigen Frieden, über dessen Bedingungen man sich zuweilen noch Illusionen machte, führen zu können. Es existierte auch die Ansicht, mit den Westmächten Waffenstillstand schliessen und die Front gegen die Sowjetunion halten zu können, jedoch unmittelbar vor dem 20. Juli 1944 war sie als Illusion verflogen.

c. Bei Goerdeler, Popitz und Hassell herrschten Illusionen hinsichtlich der deutschen Grossmachtstellung und seiner Staatsgrenzen, man spekulierte immer noch mit den Grenzen von 1914 oder wenigstens

1938. Einem Teil der Oppositionellen, vor allem den Sozialdemokraten, aber auch Moltke und Trott, wurde klar, dass Österreich wieder unabhängig und das Sudetenland wieder Bestandteil der Tschechoslowakei werden würde, dass aber auch Ostpreussen und Schlesien verloren waren.

d. Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, dass Göring, Himmler und die anderen Naziführer bis hinunter zu den Kreisen und Gemeinden von der Machtausübung zu entfernen und nach den Ausmassen ihrer Verbrechen zu bestrafen waren. Bestrafung der Naziverbrecher verlangten nicht nur Moltke, Oster und Wirmer, sondern auch Goerdeler, ja sogar Popitz. Die Bestrafung sollte aber – wegen der erzieherischen Wirkung auf das deutsche Volk – durch deutsche Gerichte oder bei Teilnahme von Deutschen erfolgen, nicht allein durch einen Gerichtshof der Sieger.

e. Grundsätzlich forderten alle darüber hinaus die Beseitigung des gesamten faschistischen Herrschaftssystems, vor allem der Terrorgane wie SS, Gestapo, Sicherheitsdienst, Konzentrationslager mit den dazugehörigen Gesetzen und Verordnungen. Über Ausmass und Gründlichkeit dieser Beseitigung gab es allerdings unterschiedliche Vorstellungen. Von Leber, Leuschner, Bonhoeffer, Moltke, Trott, Wirmer waren sicher radikale Umgestaltungen zu erwarten, schon etwas weniger von Goerdeler und Stauffenberg, wahrscheinlich nur kosmetische Operationen von Hassell und Popitz.

f. Recht breit gefächert waren die Vorstellungen über den Staatsaufbau und die innere Ausgestaltung des Staates. Erkennbar war die allgemeine Grundauffassung, dass der militärische Ausnahmezustand möglichst bald einem zivilen Übergangsstatus weichen sollte, in der die im Zuge des Umsturzes geschaffenen neuen Staatsorgane (Regierung, Politische Beauftragte, Landesverweser, Landräte, Bürgermeister und andere Organe der Selbstverwaltung) die Umgestaltungen fortzuführen hatten. Am Ende dieses Prozesses sollte das Volk in freier Abstimmung über eine neue Verfassung befinden. Beseitigung der faschistischen Terrorbestimmungen, Wiederherstellung der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie der Rechtssicherheit waren – bei Einzelnen mit gewissen Einschränkungen – allgemeiner Konsens. Da wiederholt von *Wiederherstellung* die Rede war, galt im Prinzip als Massstab dafür die Weimarer Republik, wenngleich nach wie vor deren Parteienparlamentarismus abgelehnt wurde. Im Allgemeinen bestand die Absichtserklärung, das Volk – die «Schaffenden», die «Werktätigen»

– an der Staatsmacht wirkungsvoll zu beteiligen. Konkrete Ideen zur Verwirklichung dieser Mitbestimmung gab es allerdings wenig. Wahlen und gewählte Volksvertretungen waren zwar von den meisten vorgesehen, doch die Vorstellungen darüber reichten von direkten Volkswahlen über indirekte Wahlen bis hin zu aus Berufsverbänden zu bildenden Ständeparlamenten. Die Inspiration der parlamentarischen Monarchie wurde aktiv nur von Goerdeler, Hassell und Popitz vertreten und hätte wohl kaum eine Mehrheit gefunden, aber die Idee von einem demokratisch aufgefrischten, rechtsstaatlich verfassten, aber im Grunde konservativ-elitären Staatsaufbau hatte ihre Anhänger, zu denen sicher auch Stauffenberg, Tresckow, Witzleben und Schulenburg gehört hätten.

Zweifellos wäre um die innere Ausgestaltung des Staates, um die Verteilung der Macht, ein Kampf entbrannt. Leber, Leuschner, Mierendorff, Maass rechneten mit der Kraft der wiedererwachenden Arbeiterbewegung; auch die Kommunisten wären dabei nicht untätig geblieben, zumal sie im Widerstand über einen aktiven Anhang verfügten; Moltke und die Geistlichen glaubten an die demokratischen Potenzen in den Kirchengemeinden. Es wäre Spekulation, über den Ausgang dieser Auseinandersetzung konkret etwas sagen zu wollen, doch bleibt festzustellen, dass es unter den Bedingungen des Umsturzes und der Beendigung des Krieges ein beträchtliches demokratisches Potential gegeben hätte.

g. Auffallend übereinstimmend fand sich die Meinung, dass das künftige Staatswesen eine Gemeinschaft des sozialen Ausgleichs, der sozialen Annäherung der Klassen und Schichten werden müsste. Lehren aus den Klassenkämpfen der Weimarer Republik, nicht zuletzt aber auch die Tatsache, dass die Massenverelendung während der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 wesentlich zum Erfolg der Nazipropaganda beigetragen hatte, liessen die Einsicht reifen, dass die Wirtschaft nicht dem freien Spiel des kapitalistischen Marktes überlassen werden dürfe. Effektive Sozialpolitik sollte auch den Einfluss der Kommunisten paralysieren. In allen Konzeptionen, nicht nur bei den Sozialdemokraten, auch bei Moltke, Poelchau, Schulenburg, Stauffenberg, Delp, Goerdeler, ja sogar bei Popitz, hatte der Staat eine soziale Funktion, hatte er die Pflicht – wenn auch in den Einzelnen Konzeptionen unterschiedlich ausgeprägt –, für einen sozialen Grundkonsens zu sorgen, das Existenzminimum zu sichern. Die Proklamierung des Rechtes auf Arbeit, Wohnung und Bildung erfolgte nicht nur seitens der Sozialdemokraten, sondern auch des Kreisauer Kreises und der Jesui-

ten. Staatliche Sozialpolitik, staatliche Eingriffe gegenüber Konzernen und anderen wirtschaftlichen Machtzusammenballungen, ja sogar die Vergesellschaftung wichtiger Wirtschaftszweige – bei Aufrechterhaltung des Wettbewerbs als wichtigster ökonomischer Triebkraft – sowie die Existenz einer starken und einheitlichen Gewerkschaftsbewegung sollten die Erfüllung dieser Verpflichtungen gewährleisten. Überliefert sind sogar Ideen einer sozialen Umverteilung durch freiwilligen Verzicht der Grossbesitzer auf einen Teil ihres Besitzes.

h. Das Reichsgebiet sollte neu gegliedert werden. Überschaubare Länder sollten an die Stelle der historisch, aber nicht immer organisch gewordenen, zum Teil antiquierten und nicht den modernen Erfordernissen entsprechenden Staatsgebilde treten, was vor allem als gravierendste Konsequenz die Auflösung der grossen Länder Preussen und Bayern zur Folge haben sollte. Gerade die «Urpreussen» Goerdeler, Schulenburg und Moltke traten dafür ein. Grosse Bedeutung mass man - mehrheitlich – der Stärkung der Selbstverwaltung zu. Für diesen Bereich, in den Gemeinden und Kreisen, waren auch die Vorstellungen von demokratischer Mitbestimmung und Mitgestaltung am ausgeprägtesten, während auf den höheren staatlichen Ebenen bis zur Staatsführung das elitäre Ausleseprinzip mehr in den Vordergrund trat.

i. Die künftige deutsche Aussenpolitik sollte durch das Bestreben nach friedlichen Beziehungen zu allen Völkern gekennzeichnet sein. Dem politischen Charakter der nationalkonservativen Opposition und der sozialdemokratischen Führer entsprechend galten die besonderen Sympathien den Westmächten, insbesondere England und den USA, doch es hatte sich allgemein die Einsicht durchgesetzt, dass auch mit Polen und der Sowjetunion ein gutnachbarliches Verhältnis bestehen sollte.

j. Aussenpolitisches Fernziel eines Teiles der Opposition war die Schaffung eines vereinigten Europa, einer europäischen Föderation mit einem ausgewogenen und produktiven Verhältnis von Zentralismus und Autonomie, wie es besonders bei Moltke und im Kreisauer Kreis zum Ausdruck kam. Spielten anfangs in dieser Frage bei Goerdeler noch Bestrebungen nach Sicherung einer deutschen Vormachtstellung eine Rolle, so verloren sich diese im Ergebnis der militärischen Ereignisse.

Diese Zukunftsvorstellungen fanden teilweise ihren Niederschlag in einer Reihe von vorbereiteten Aufrufen und Rundfunkansprachen, deren Autorenschaft aber nicht immer genau festzustellen ist. Sie und die am 20. Juli 1944 erlassenen Befehle müssen in die Analyse

einbezogen werden, um die Frage zu beantworten, welcher Art die gesellschaftliche Ordnung nach einem gelungenen Umsturz sein sollte.

Anmerkungen

1 Ludwig von Hammerstein: Rundfunkinterview mit dem Norddeutschen Rundfunk am 24. Juni 1984, nach der Aufzeichnung.
2 Ebenda.
3 Hans Mommsen: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbeck bei Hamburg 1991, S. 353.
4 Die deutschen Parteiprogramme 1918-1930, hrsg. von Wilhelm Mommsen und Günther Franz, Leipzig und Berlin 1931, S. 86.

VII. Der 20. Juli 1944

1. Pläne und Versuche 1942-1944

Im Dezember 1942 trafen sich Goerdeler, Tresckow und Olbricht in Berlin und einigten sich auf Massnahmen, um nach einem gelungenen Attentat auf Hitler die Übernahme der Macht durch Heeresformationen zu gewährleisten. Die Katastrophe von Stalingrad gab neuen Anstoss, die Vorbereitungen zu beschleunigen.

Tresckow bereitete Anfang 1943 im Stab der Heeresgruppe Mitte einen Anschlag auf Hitler vor. Sein Plan bestand darin, Hitler zu einem Besuch der Heeresgruppe zu bewegen und dabei ein Attentat auszuführen. Währenddessen arbeiteten Oster und Olbricht den Plan zur Machtergreifung in Berlin, Köln, München und Wien durch Einheiten des Ersatzheeres aus. Ende Februar 1943 meldete Olbricht an Tresckow, dass die Vorbereitungen abgeschlossen seien. Hitlers Besuch sollte am 13. März 1943 stattfinden.

Mehrere Offiziere des «Reiterverbandes Boeselager»[1] unter Führung von Oberstleutnant Georg Freiherr von Boeselager wollten Hitler und Himmler durch ein Pistolenattentat töten. Ausserdem stand eine Schwadron unter einem zuverlässigen Offizier zur militärischen Absicherung der Vorgänge bereit. Doch als Generalfeldmarschall von Kluge erfuhr, dass Himmler nicht anwesend sein würde, untersagte er das Attentat, weil er einen Kampf zwischen Wehrmachts- und SS-Einheiten fürchtete.[2] Tresckow entschloss sich zu einem Sprengstoffanschlag. Nachdem Hitler seine Besprechungen mit den Armeeführern der Heeresgruppe Mitte abgeschlossen hatte, flog er in sein Hauptquartier zurück. Tresckow bat Oberst Heinz Brandt aus Hitlers Begleitung, ein Paket mit zwei Kognakflaschen für Oberst Stieff ins OKW mitzunehmen. In diesem Paket befand sich eine Zeitzünderbombe, die während

Lagebesprechung im «Führerhauptquartier».
V. I. n. r. Walther von Brauchitsch, Hitler, Franz Halder

des Fluges explodieren sollte. Gleichzeitig wurde Olbricht in Berlin informiert, die Aktion anlaufen zu lassen. Aber man wartete vergeblich auf die Nachricht vom Absturz des Flugzeuges, es landete wohlbehalten in Rastenburg. Tresckows Adjutant Schlabrendorff musste das Paket zurückholen, was auch gelang. Es zeigte sich, dass die Zündung versagt hatte.

Ein neuer Versuch sollte am 21. März 1943 unternommen werden. Während der sogenannten Heldengedenkfeier im Berliner Zeughaus war Oberst von Gersdorff bereit, mit zwei Haftminen in den Manteltaschen sich und Hitler in die Luft zu sprengen. Vor dem Abflug nach Berlin trafen sich Tresckow und Gersdorff auf den Dnjepr-Wiesen bei Smolensk, um die letzten Einzelheiten zu besprechen. Dabei sagte Tresckow: «Ist es nicht etwas Ungeheuerliches, dass hier zwei deutsche Generalstabsoffiziere zusammen überlegen, wie sie am sichersten ihren obersten Befehlshaber umbringen können? Aber es muss getan werden. Es ist jetzt die einzige Möglichkeit, Deutschland vor dem Untergang zu retten. Die Welt muss von dem grössten Verbrecher aller Zeiten befreit werden.

Man muss ihn totschlagen wie einen tollwütigen Hund, der die Menschheit gefährdet!»[3]

Nach der Feier im Zeughaus besichtigte Hitler eine Ausstellung erbeuteter sowjetischer Waffen, wobei Gersdorff die Erläuterungen geben sollte. Er berichtete: «Es dauerte noch eine ganze Weile, bis Hitler erschien. Neben ihm ging Göring, der in seiner weissen, mit Orden und Schmuck überladenen Uniform und in roten Saffianstiefeln den Eindruck eines Operettenfürsten machte; zudem war er auf grotesk auffallende Weise geschminkt.»[4]

Gersdorff betätigte den Zünder und drängte sich an Hitlers linke Seite. «Als ich Erklärungen zu verschiedenen Ausstellungsstücken geben wollte, hörte Hitler offensichtlich gar nicht zu. Auch als ich ihn auf einen napoleonischen Adler aufmerksam machte, den deutsche Pioniere beim Brückenbau über die Beresina im Flussbett gefunden hatten, erhielt ich keine Antwort. Stattdessen ging – oder besser gesagt, lief – Hitler auf kürzestem Weg in die Richtung des seitlichen Ausgangs. .. Während ich im nächstgelegenen WC meinen Zünder loswurde, kletterte Hitler draussen auf einen der sowjetischen Beutepanzer, die zwischen Zeughaus und Ehrenmal aufgestellt worden waren. Sie schienen das einzige zu sein, was ihn interessierte.»[5]

Tresckow liess sich auch durch diesen Fehlschlag nicht entmutigen. Nach wie vor versuchte er, auch die Feldmarschälle von Kluge und von Manstein (Heeresgruppe Süd) für den Umsturz zu gewinnen. Kluge schwankte nach wie vor. Er hatte zwar im Herbst 1942 Goerdeler seine Zusage gegeben, hatte aber gleichzeitig im Oktober 1942 zu seinem 60. Geburtstag von Hitler ein Geldgeschenk von 250'000 RM angenommen. Ein Gespräch mit Manstein gab Gersdorff wie folgt wieder:

«Ich: «Vielleicht sollten alle Feldmarschälle gemeinsam zum Führer gehen und ihm die Pistole auf die Brust setzen.»

Manstein: «Preussische Feldmarschälle meutern nicht!»

Ich: «In der preussischen Geschichte gibt es genügend Beispiele dafür, dass hohe Generale gegen den Willen und Befehl ihres Königs gehandelt haben. Ich erinnere nur an Seydlitz und Yorck. Im Übrigen sind preussische Feldmarschälle noch niemals in einer Lage gewesen, die sich mit der heutigen vergleichen liesse. Eine so einmalige Situation erfordert die Anwendung noch nie dagewesener Mittel. Aber wir glauben auch nicht mehr daran, dass eine gemeinsame Aktion der Feldmarschälle Erfolgsaussichten haben würde. Bei der Heeresgruppe Mitte sind wir seit langem der Überzeugung, dass jetzt jedes Mittel ergriffen werden muss, Deutschland vor einer Katastrophe zu retten.»

Manstein: «Ihr wollt ihn wohl totschlagen?»
Ich: «Ja, Herr Feldmarschall, und zwar wie einen tollen Hund»«[6]
Manstein verriet Gersdorff und Tresckow nicht, aber verweigerte sich.[7]

Ein neuer Plan sah vor, Hitler noch einmal zum Besuch der Heeresgruppe Mitte einzuladen und ein Pistolenattentat auszuführen. Aber er kam nicht mehr, er verliess immer seltener sein Hauptquartier. In dieser Zeit entstand der Gedanke, das Attentat im Führerhauptquartier selbst durchzuführen. Das setzte jedoch einen Offizier voraus, der entschlossen war und Zugang zu Hitler hatte. Tresckow wurde nur gelegentlich von Kluge zu Lagebesprechungen ins OKW mitgenommen. Sein Einsatz war vom Zufall abhängig.

Im April 1943 geriet die Verschwörung in ernste Gefahr. Himmler und RSHA-Chef Ernst Kaltenbrunner, die der Abwehr seit langem misstrauten, nahmen das Devisenvergehen eines V-Mannes des Geheimdienstes zum Anlass für Ermittlungen, bei denen ein Teil der Auslandsverbindungen aufgedeckt und als Hoch- und Landesverrat beurteilt wurde[8]. Dohnanyi, Bonhoeffer, Josef Müller und andere Mitarbeiterder Abwehr wurden verhaftet, Oster verhört und zum 1. April beurlaubt. Da er nach Schnaditz bei Leipzig zog und überwacht wurde, fiel er für die Arbeit in Berlin aus. Hinzu kam, dass Beck sich im März 1943 einer schwierigen Magenoperation hatte unterziehen müssen. Im Februar 1944 wurde auch Canaris gestürzt und die Abwehr zum grössten Teil in das RSHA eingegliedert.[9] Doch zunächst mussten die Planungen für den Umsturz vervollkommnet werden, da die Aktion im März 1943 gezeigt hatte, dass sie noch unzureichend waren. Olbricht machte sich erneut an die Arbeit, war aber durch den Ausfall Osters stark behindert. Darum beantragte Tresckow für August 1943 einen längeren Erholungsurlaub, der ihm auch gewährt wurde. Er fuhr aber nicht zur Kur, sondern wohnte mit seiner Frau zehn Wochen bei seiner Schwester im Arminschen Haus in Potsdam-Babelsberg (heute Karl-Marx-Strasse 25) und arbeitete zusammen mit Olbricht an den Staatsstreichplänen. Olbricht schlug vor, den Oberstleutnant Stauffenberg, über den er sich erkundigt hatte und der auch Tresckow nicht unbekannt war, nach Berlin zu holen und in die Planungen einzubeziehen. Stauffenberg kam am 10. August 1943 nach Berlin, mit seinem Dienstantritt im September begann eine Etappe neuer Aktivität.

Die militärischen Vorbereitungen zur Beseitigung der Hitlerherrschaft gründeten sich auf einen Plan unter dem Decknamen «Walküre», der Massnahmen für den Fall innerer Unruhen oder feindlicher Luftlandun-

gen vorsah. Bereits im Winter 1941/42 hatte Olbricht einen solchen Plan vorgeschlagen. Hitler hatte dem Vorschlag angesichts der grossen Zahl ausländischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter in Deutschland und der Gefahr feindlicher Luftlandungen zugestimmt. In den Jahren 1942/43 war der Plan ausgearbeitet und mehrfach ergänzt worden. In der Endfassung sah er vor, im Falle innerer Bedrohung die Einheiten des Ersatzheeres zu alarmieren und zu einsatzfähigen Kampfgruppen zusammenzustellen. Diese Einheiten sollten unter dem Befehl der Wehrkreiskommandeure wichtige Objekte, militärische und wirtschaftliche Anlagen, Nachrichtenzentren und -Verbindungen, Transportanlagen usw. sichern und dann auf Grund weiterer Anweisungen den auftretenden Gegner bekämpfen. Alle Wehrkreiskommandos waren im Besitz des Planes, der auf das Stichwort «Walküre» in Kraft treten sollte. Zur Auslösung von «Walküre» war im Auftrage Hitlers nur der Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fritz Fromm, berechtigt. Die Verschwörer waren sich einig, dass im Falle der Weigerung des als unsicher bekannten Fromm Olbricht das Stichwort «Walküre» an die Wehrkreise geben würde, was technisch durchaus möglich war, denn bei Fernschreiben oder Funksprüchen war nicht sogleich festzustellen, wer wirklich den Befehl unterzeichnet hatte. Der von Hitler bestätigte Alarm- und Einsatzplan stellte also sowohl die Tarnung als auch zugleich den befehlsmässigen Auftakt für den beabsichtigten Staatsstreich dar. Olbricht und bis Oktober 1943 Tresckow, ab Oktober Stauffenberg arbeiteten dazu gemeinsam eine Reihe von Zusatzbefehlen aus, um den Walküre-Alarm in einen Militäraufstand umwandeln zu können.

Nach dem Attentat und der Alarmierung der Truppen in Berlin und Umgebung sollte ein erster Grundbefehl an die Wehrkreiskommandeure herausgehen, der mit den Worten begann: «Der Führer Adolf Hitler ist tot. Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer hat es unter Ausnutzung dieser Lage versucht, der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reissen.»[10] Die Verschwörer hielten diese Erklärung für notwendig in der berechtigten Meinung, dass die Autorität Hitlers in der Wehrmacht noch so gross sei, dass man nicht gleich die volle Wahrheit sagen könne. Man glaubte, dies erst tun zu können, nachdem die Gewalt vollständig in den Händen der von zuverlässigen Offizieren geführten Truppenteile war und damit die Möglichkeit einer schonungslosen Aufklärung des Volkes über Hitler und seine Verbrechen bestand. Weiter wurde in dem Grundbefehl dem Feldmarschall, der ihn unterzeichnet hatte (1943

Witzleben), der Oberbefehl über die Wehrmacht und damit zugleich die vollziehende Gewalt übertragen. Der Oberbefehlshaber delegierte die vollziehende Gewalt für das Heimatkriegsgebiet an den Befehlshaber des Ersatzheeres, für die besetzten Gebiete an die Oberbefehlshaber West, Südwest, Südost, Heeresgruppe Südukraine, Nordukraine, Mitte, Nord, an die Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Dänemark und Norwegen. Diesen Befehlshabern wurden unterstellt: sämtliche Einheiten und Dienststellen der Wehrmacht, der Waffen-SS, des Reichsarbeitsdienstes (RAD), der Organisation Todt (OT), alle öffentlichen Behörden, die gesamte Ordnungs-, Sicherheits- und Verwaltungspolizei, die gesamte NSDAP und die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe. Die Waffen-SS sollte sofort ihre Sonderstellung verlieren und in das Heer eingegliedert werden. Die Inhaber der vollziehenden Gewalt sollten die Ordnung und Sicherheit gewährleisten, die Nachrichtenanlagen schützen und den Sicherheitsdienst der SS (SD) ausschalten. Der Befehl schloss mit den Worten; «Der deutsche Soldat steht vor einer geschichtlichen Aufgabe. Von seiner Tatkraft und Haltung wird es abhängen, ob Deutschland gerettet wird.»[11]

Im zweiten Grundbefehl übertrug der Befehlshaber im Heimatkriegsgebiet die vollziehende Gewalt an die stellvertretenden Kommandierenden Generale und Wehrkreisbefehlshaber. Es waren folgende Sofortmassnahmen durchzuführen: Besetzung und Sicherung der Nachrichtenanlagen der Post und der Wehrmacht; Amtsenthebung und Verhaftung sämtlicher NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter, Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, höherer SS- und Polizeiführer, Leiter der Gestapo, Leiter der SS-Dienststellen, Leiter der NSDAP-Propagandaämter und NSDAP-Kreisleiter; Besetzung der Konzentrationslager, Verhaftung ihrer Kommandanten, Entwaffnung und Kasernierung der Wachmannschaften; Verhaftung der sich widersetzenden oder ungeeigneten Führer des Waffen-SS, Entwaffnung der Widerstand leistenden Verbände («Energisches Zugreifen mit überlegenen Kräften, damit stärkeres Blutvergiessen vermieden wird»)[12]; Besetzung der SD- und Gestapo-Dienststellen; Herstellung der Verbindung zur Marine und Luftwaffe und gemeinsames Handeln.

Für jeden Wehrkreis sollte ein Politischer Beauftragter als vorläufiger Verwaltungschef und Berater des Wehrkreisbefehlshabers ernannt werden. Ferner sollte der Oberbefehlshaber des Heimatkriegsgebietes zu den Einzelnen Wehrkreisen Verbindungsoffiziere einsetzen. Der zweite Grundbefehl schloss mit den schon deutlicheren Worten: «Bei Ausübung der vollziehenden Gewalt dürfen keine Willkür- oder Rache-

akte geduldet werden. Die Bevölkerung muss sich des Abstandes zu den willkürlichen Methoden der bisherigen Machthaber bewusst werden.»[13] Generaloberst Erich Hoepner sollte Befehlshaber des Ersatzheeres und damit des Heimatkriegsgebietes werden. Schwerpunkt für den Einsatz der Truppen war zunächst die Reichshauptstadt, in der folgende Truppenteile zur Verfügung standen: Wachbataillon, Feuerwerker- und Waffenmeisterschule, Panzertruppenschulen Krampnitz und Gross-Glienicke, Infanterieschule Döberitz, Fahnenjunkerschule Potsdam, Unteroffiziersschule Potsdam und als zweite Welle die Panzertruppenschule Wünsdorf und die Artillerieschule Jüterbog. Diese Einheiten sollten das Regierungsviertel absperren, Goebbels und andere hohe Naziführer festnehmen, das Reichssicherheitshauptamt und die Dienststelle des Reichsführers SS (Prinz-Albrecht-Strasse 8-9), das Propagandaministerium und alle anderen in besonderen Befehlen genannten wichtigen Objekte besetzen. Einige Einheiten sollten die Rundfunksender Königs Wusterhausen, Zeesen und Tegel sowie das Funkhaus in der Masurenallee in Besitz nehmen, denn es war vorgesehen, Rundfunkaufrufe an das Volk und die Wehrmacht zu richten.

Die Bestimmungen des militärischen Ausnahmezustandes wurden durch «Standrechtsverordnungen» präzisiert: Waffentragend waren nur Wehrmacht, Polizei und beauftragte Wachformationen, alle anderen Personen mussten den Waffenbesitz anzeigen; Verbot von Aufmärschen, Kundgebungen, Versammlungen in geschlossenen Räumen, Flugblattherstellung; Weiterführung von Wirtschaft und Verkehr; Weiterarbeit von Reichsnährstand, gewerblichen Organisationen, OT, RAD, NS-Volkswohlfahrt und Deutscher Arbeitsfront unter neuer Leitung bzw. unter neuer Aufsicht; Weiterarbeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern, Urlaubssperre; vorläufige Beschlagnahme des Vermögens der NSDAP und ihrer Verbände (ausser RAD und OT); Strafverfolgung für Beseitigung oder Änderung von Urkunden, Akten, Registern; Verbot einer Betätigung von Amtsträgern der NSDAP.

Weitere Anordnungen betrafen: Beschlagnahme des Vermögens der NSDAP-Führer; sofortige Schliessung und Verwahrung der Dienststellen und Räume der NSDAP und ihrer Gliederungen, soweit sie nicht unter kommissarischer Leitung weiterzuarbeiten hatten; Aufhebung der uk.-Stellung von NS-Führern, Einziehung zur Wehrmacht; Verbot des privaten Reiseverkehrs für drei Tage; Sperrung des gesamten Telegramm- und Fernsprechverkehrs ausser Ortsgesprächen und Verkehr zwischen Staats- und Wehrmachtsstellen. General Fellgiebel, der Chef

des Nachrichtenwesens im OKH und aller Wehrmachtsnachrichtenverbindungen, war zusammen mit seinen Mitarbeitern General Fritz Thiele und Oberst Kurt Hahn bereit, nach dem Attentat alle Nachrichtenverbindungen vom Führerhauptquartier zu sperren.

Die von Olbricht, Tresckow und Stauffenberg unter strenger Geheimhaltung vorgenommenen Planungsarbeiten waren sehr gründlich. Stauffenbergs Arbeit erfreute sich grosser Wertschätzung. Georgi sah ihn so: «Mit dem Dienstantritt Stauffenbergs im Allgemeinen Heeresamt wurden wieder neue und effektive Aktivitäten möglich. Stauffenberg wurde zu einem der energischsten und kompromisslosesten Mitkämpfer des militärischen Widerstandes. Die sachliche und menschliche Zusammenarbeit zwischen Olbricht und Stauffenberg entwickelte sich hervorragend. Sie bildeten ein ideales Gespann, das sich nun auch in die Planung des Attentats einschaltete.»[14]

Bei aller Würdigung von Stauffenbergs und Olbrichts sorgfältiger Planungsarbeit muss man natürlich auch feststellen, dass sie sich vor allem auf die Vorbereitung eines militärischen Staatsstreichs bezog. Der erste Schlag sollte ausschliesslich von Militärs geführt werden, was angesichts des Kräfteverhältnisses realistisch war. Zwar hatte man Aufrufe an die Bevölkerung und an die Wehrmacht vorgesehen, aber offensichtlich mass man in der Praxis – wie sich zeigen sollte – dieser Frage nicht so grosse Bedeutung bei.

Trotz der selbstlosen Einsatzbereitschaft vieler Beteiligter und der technischen Gründlichkeit der Planung hatten die Vorbereitungen einen weiteren grossen Mangel, der sich zwangsläufig aus der Sachlage ergeben musste: Von dem Personenkreis, dessen Handeln erforderlich war, gehörte nur ein kleiner Teil etwa 150 Personen – zu den Eingeweihten und überzeugt Tatbereiten. Der weitaus grössere Teil konnte vorher nicht für die Mitwirkung gewonnen werden, wurde darum von den ersten Befehlen überrascht und war unschlüssig oder orientierte sich in der allgemeinen Unsicherheit sogar am Verhalten der örtlichen Parteiführer. Die Verschwörer verfügten über keine illegale Organisation; es gab nur kleine konspirative Gruppen, die sich aus Freundes- oder Verwandschaftskreisen gebildet hatten, die zumeist nicht einmal miteinander Verbindung hatten. Darum mussten sie die Aktion ausschliesslich auf die Grundlage des militärischen Befehlssystems stellen und rechneten dabei mit dem Gehorsam der angesprochenen Offiziere und mit der korrekten Durchführung der Befehle. Der Kreis der «Wissenden» war klein, es gab keine politisch zuverlässigen zivilen oder militärischen Kampfgruppen zur Durchführung der ersten Massnah-

men. Die Offiziere, die ihren Soldaten bisher befohlen hatten, für den «Führer» zu marschieren, sollten jetzt befehlen, gegen ihn zu marschieren. Es sollte sich zeigen, dass diese für das Gelingen notwendige Voraussetzung nicht gegeben war. Dabei ist natürlich der gravierende Umstand in Rechnung zu stellen, dass Stauffenberg und seine Freunde nur konspirativ wirken konnten, dass sie ausserordentlich vorsichtig operieren mussten, da die kleinste Unachtsamkeit das Scheitern des ganzen Unternehmens bedeuten konnte und auch Verrat nicht auszuschliessen war.

Stauffenberg, Olbricht, Tresckow, Mertz, Schulenburg, Leber und andere hielten das Attentat auf Hitler für den einzig möglichen Auftakt zu einer Umwälzung. Sie waren der Überzeugung, dass die Tötung Hitlers noch nicht die Entscheidung bedeutete, aber der unerlässliche erste Akt war. Sie wussten, dass viele Offiziere sich an den Eid gebunden glaubten, dass andere die Eidbindung nur vorschützten, um einer persönlichen Entscheidung ausweichen zu können. Ausserdem übten Person und Name des «Führers» und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht und insbesondere des Heeres immer noch eine suggestive Kraft auf grosse Teile des Volkes, der Soldaten und Offiziere aus. Und schliesslich hatte bei dem Kult, der mehr als ein Jahrzehnt lang um Hitler getrieben worden war und gerade jetzt in der Krisensituation verstärkt getrieben wurde, seine Person wesentliche Bedeutung für den inneren Zusammenhalt und die Festigkeit des gesamten Nazisystems mit Partei, angeschlossenen Verbänden, SS, Gestapo, Staatsapparat. Mit Sicherheit wären viele bis dahin unbeteiligte Offiziere und Soldaten den neuen Befehlshabern gefolgt, aber erst nach dem Tode Hitlers.[15] Ein neuer Attentatsversuch sollte Anfang November 1943 unternommen werden. Man hatte sich darauf geeinigt, dass Stieff, der an den Lagebesprechungen im Führerhauptquartier teilnahm, den Anschlag während einer «Führerlage», wie die Besprechungen mit Hitler genannt wurden, ausführen sollte. Tresckow hatte neuen englischen Sprengstoff besorgt, den er im Oktober an Stauffenberg weitergab. Von diesem erhielt ihn Stieff, der jedoch nach einiger Zeit erklärte, keine Möglichkeit zu haben, den Sprengstoff unbemerkt in das Beratungszimmer zu bringen. Er und auch andere, die Zutritt zu Hitler hatten, brachten nicht die psychische Kraft auf, den Anschlag auszuführen.

Mehrere Offiziere hatten sich auch weiterhin bereit erklärt, ein Pistolenattentat auf Hitler durchzuführen. Man musste jedoch diesen Gedanken verwerfen, weil der Unsicherheitsfaktor zu gross war. Auch der Vorschlag des Luftwaffenmajors Georgi, das Attentat «durch eine Gruppe

absolut zuverlässiger Fallschirmjäger ausführen zu lassen», wurde von Stauffenberg abgelehnt.[16] Daraufhin unterbreitete Tresckow einen anderen Vorschlag. Im November sollten Hitler neue Uniformen vorgeführt werden, damit er sie genehmigen konnte. Es galt, einen Offizier zu finden, der bereit war, mit einer in der Uniform versteckten Sprengladung sich Hitler zu nähern und ihn und damit auch sich selbst in die Luft zu sprengen. Im Oktober 1943 vermittelte Schulenburg ein Treffen zwischen Stauffenberg und dem Hauptmann Axel Freiherr von dem Bussche, der Bataillonskommandeur im Grenadier-Regiment 9 war und gerade eine Verwundung ausheilte, in Düppel bei Potsdam. Auf die Frage Stauffenbergs erklärte Bussche sich zum Attentat bereit. Bussche war in Polen und der Ukraine Zeuge grauenhafter Verbrechen der SS und der Gestapo an der Zivilbevölkerung gewesen. Im Herbst 1942 hatte er auf dem Flugplatz Dubno zusehen müssen, wie über tausend Juden von SS-Leuten erschossen wurden. Stauffenberg schlug vor, zur Uniformvorführung eine Aktentasche mit der Sprengladung mitzunehmen und diese dann Hitler vor die Füsse zu werfen. Bussche lehnte ab: «Nein – das Zeug muss man sich schon um den Bauch binden.»[17] Er wollte auch keinen Zeitzünder benutzen, sondern einen deutschen Handgranatenzünder mit 4½ Sekunden Zündzeit, den er als Frontsoldat genau kannte. Bussche fuhr ins Führerhauptquartier, empfing Sprengmaterial im Oberkommando des Heeres und fuhr damit zum Ersatzbataillon nach Potsdam. Bataillonsadjutant Oberleutnant Helmut von Gottberg beschaffte mit Hilfe des Oberfeldwebels Knödel zwei Stielhandgranaten, aus denen sich Bussche den Zündmechanismus bastelte. Die Handgranaten warf Gottberg später von der Glienicker Brücke in die Havel. Während Bussche auf den Termin für die Uniformvorführung wartete, kam die Nachricht, dass der Eisenbahnwagen mit den Uniformen bei einem Luftangriff auf Berlin vernichtet worden war. Er aber musste an die Front zurück und wurde kurze Zeit später schwer verwundet. Danach stellte sich der Leutnant Ewald Heinrich von Kleist vom I. R. 9 für ein Attentat mit gleicher Selbstaufopferung zur Verfügung, nachdem er sich mit seinem Vater beraten hatte. Doch es kam vorerst zu keiner Uniformvorführung.

Zu den Vorbereitungen für den Umsturz gehörte auch die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten. Für die Bildung der neuen Regierung waren vorgesehen:

Vorläufiges Staatsoberhaupt: Ludwig Beck; später evtl. Wilhelm Leuschner.

Staatssekretär: Ulrich Graf Schwerin von Schwanenfeld.

Reichskanzler: Carl Goerdeler; später Julius Leber oder Wilhelm Leuschner.

Pressereferent: Carlo Mierendorff, danach Otto Kiep (Gesandter), auch Theodor Haubach genannt.

Vizekanzler: Wilhelm Leuschner oder Jakob Kaiser. *Staatssekretär:* Peter Graf Yorck von Wartenburg.

Inneres: Julius Leber, auch Günther Gereke genannt. *Staatssekretär:* Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg.

Äusseres: Ulrich von Hassell oder Werner Graf von der Schulenburg, auch Adam von Trott zu Solz genannt.

Finanzen: Ewald Loeser (Direktor bei Krupp, früher Stadtkämmerer von Leipzig) oder Johannes Popitz.

Wirtschaft: Paul Lejeune-Jung (tätig in leitender Stellung in der Zellstoffindustrie, DNVP) oder Wilhelm Leuschner.

Kultur: Eugen Bolz (Staatspräsident von Württemberg a. D., Zentrum), genannt auch Kurt Edler von Schuschnigg (österr. Bundeskanzler a.D.) und Adolf Reichwein. Staatssekretär: Hermann Kaiser.

Justiz: Josef Wirmer, auch Carl Langbehn genannt.

Landwirtschaft: Andreas Hermes (Minister a. D., Zentrum), auch Hermann Freiherr von Lüninck und Hans Schlange-Schöningen (Osthilfekommissar 1931/32, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) genannt.

Kriegswesen: Erich Hoepner oder Friedrich Olbricht. *Unterstaatssekretär:* Claus Graf von Stauffenberg oder Friedrich Olbricht.

Wiederaufbau: Bernhard Letterhaus.

Verkehr: Wilhelm zur Nieden (Stadtbaurat a. D., Mitarbeiter Goerdelers in Leipzig) oder Matthäus Herrmann (Gewerkschafter).

Post: Erich Fellgiebel. *Unterstaatssekretär:* Fritz Thiele.

Chef der Polizei: Wolf Graf von Helldorf; später Henning von Tresckow.

Ferner sollte noch ein Österreicher als «Sprechminister» in das Kabinett aufgenommen werden.

Als Polizeipräsident von Berlin war Carl-Hans Graf von Hardenberg vorgesehen. Die Liste der Verbindungsoffiziere und Politischen Beauftragten bzw. Unterbeauftragten [UB], die nach dem 20. Juli 1944 der Gestapo in die Hände fiel, sah wie folgt aus[18]:

Wehrkreis	Polit.Beauftragter bzw.UB.	Verbindungsoff. zum OKH
Königsberg	Heinrich Graf zu Dohna-Tolksdorf (Gutsbesitzer)	Oberstlt. Heinrich Graf von Lehndorf (Gutsbesitzer)
II Stettin	Oberlandforstmeister Achim Frhr. v. Willisen, Schwerin UB.: Ewald Heinrich von Kleist – Schmenzin (Gutsbesitzer)	Major Hans-Jürgen Graf von Blumenthal, Berlin. OKH
III Berlin	keine Angaben	keine Angaben
IV Dresden	Kaufmann. Direktor Walter Cramer, Leipzig (DNVP)	Generalmajor Hans Oster
V Stuttgart	Baurat Albrecht Fischer UB.: Rechtsanwalt Dr. Reinhold Frank	nicht genannt
VI Münster	Hauptmann Bernhard Letterhaus (Z); UB.: Landrat Felix Sümmermann	nicht genannt
VII München	Reichswehrminister a. D. Otto Gessler (Demokr. Partei)	Major Freiherr von Leonrod, Krampnitz
VIII Breslau	Rechtsanw. Dr.Hans Lukaschek, UB.: Polizeipräsident a.D. Fritz Voigt(SPD) und Rechtsanwalt Adolf Kaschny, Ratibor(Z)	Rittm. d. R. Friedrich Scholz Babisch, Breslau
IX Kassel	Gustav Noske (SPD), Frankfurt/M.; UB.: August Frölich, Weimar (SPD)	Oberstlt. Ulrich Freiherr von Sell, Berlin
X Hamburg	Gustav Dahrendorf (SPD);UB.: Theodor Tantzen (Demokr. Partei)	nicht genannt
XI Hannover	Obm. a. D. Dr. Arthur Menge (Dtsch.-Hann. Partei); U.B.: Min.präs. a. D. Hermann Lüdemann (SPD)	Oberst Siegfried Wagner (ehemal. Stahlhelmführer)
XII Wiesbaden	Rechtsanw. Ludwig Schwamb (SPD); UB.: Min. a. D. Batholomäus Kossmann (Z)	Studienrat Hptm. d. R. Hermann Kaiser
XIII Nürnberg	Georg Böhme, Nürnberg (ehern. Gewerkschaftssekretär) Bgm. a. D. Karl Seitz; UB.:	nicht genannt
XVII		Oberst Rudolf Graf von Wien

Wien	Josef Reuther (österr. Bauernführer)	Marogna-Redwitz, Wien
XVIII Salzburg	Franz Rehrl (ehern.Landeshauptm. von Salzburg) UB.:Anton von Mörl-Pfalzen (ehemal.Sicherheitsdirektor von Tirol)	Oberst Otto Armster, Wien
XX Danzig	Oberpräs. a. D. Ferdinand Freiherr von Lüninck (Gutsbesitzer, Major d. R.)	Oberstlt.i.G. Hasso von Böhmer, Danzig
XXI Posen	Min. dir. Oberst Ernst Vollert, Prag	Major Georg Kissling, Trebnitz
Böhmen-Mähren	nicht genannt	Oberstlt. Nikolaus Graf von Uexküll

Im Unterschied zur Zusammensetzung der vorgesehenen Regierung besassen hier, in der Liste der Politischen Beauftragten und Verbindungsoffiziere, Gutsbesitzer, Unternehmer, ehemalige oder noch aktive Staatsbeamte, vielfach Mitglieder konservativer Parteien, eindeutig das Übergewicht.

Es existierten mehrere Entwürfe für Rundfunkansprachen und Aufrufe an Volk und Wehrmacht, in denen Staatsoberhaupt und neue Regierung die Lage und ihre Ziele erläutern wollten. In dem Entwurf des Aufrufs des neuen Staatsoberhaupts, an dem auch Stauffenberg mitgearbeitet hat, wurde die Lage recht deutlich gekennzeichnet: «Hitlers Gewaltherrschaft ist gebrochen!

Ungeheuerliches hat sich in den letzten Jahren vor unseren Augen abgespielt. Nicht vom deutschen Volke gerufen, sondern durch Intrigen schlimmster Art an die Spitze der Regierung gekommen, hat Hitler durch dämonische Künste und Lügen, durch ungeheuerliche Verschwendung, die allen Vorteile zu bringen schien, in Wahrheit uns aber in Schulden und Mangel stürzte, in unserem Volke Geister und Seelen verwirrt, ja selbst ausserhalb Deutschlands verhängnisvolle Täuschungen erzeugt. Um sich an der Macht zu halten, hat er eine Schreckensherrschaft errichtet... Zahllose Deutsche, aber auch Angehörige anderer Völker, schmachten seit Jahren in Konzentrationslagern, den grössten Qualen ausgesetzt und häufig schrecklichen Foltern unterworfen. Viele von ihnen sind zugrunde gegangen. Durch grausame Massenmorde ist unser guter Name besudelt... Wir werden die Beweise für den ungeheuerlichen Verrat am deutschen Volke und an seiner Seele, für

die totale Beugung des Rechts, für die Verhöhnung der edlen Forderung, dass Gemeinnutz vor Eigennutz zu gehen habe, für schamlose Korruption offen darlegen.»

Der Aufruf verkündete die Bildung einer neuen Regierung und einer neuen Wehrmachtführung. Über den neuen Staat und seine Ziele hiess es: «Die Grundsätze und Ziele werden bekanntgegeben werden. Sie sind bindend, bis die Möglichkeit gegeben ist, das deutsche Volk darüber entscheiden zu lassen. Unser Ziel ist die wahre, auf Achtung, Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit gegründete Gemeinschaft des Volkes. Wir wollen Gottesfurcht anstelle von Selbstvergottung, Recht und Freiheit anstelle von Gewalt und Terror, Wahrheit und Sauberkeit anstelle von Lüge und Eigennutz. Wir wollen unsere Ehre und damit unser Ansehen in der Gemeinschaft der Völker wiederherstellen. Wir wollen mit besten Kräften dazu beitragen, die Wunden zu heilen, die dieser Krieg allen Völkern geschlagen hat, und das Vertrauen zwischen ihnen wieder neu beleben. Die Schuldigen, die den Ruf unseres Volkes geschändet und viel Unglück über uns und andere Völker gebracht haben, werden bestraft werden. Wir wollen der Hoffnungslosigkeit, dass dieser Krieg noch unendlich weitergehen müsse, ein Ende machen. Wir erstreben einen gerechten Frieden, der an die Stelle der Selbstzerfleischung und Vernichtung der Völker friedliche Zusammenarbeit setzt.»

Der Aufruf schloss mit den Worten: «Wir werden in harter Arbeit ringen müssen, um wieder vorwärts und aufwärts zu kommen. Aber wir werden diesen Weg als freie Menschen in Anstand gehen und wieder die Ruhe des Gewissens finden.

Erfülle jeder seine Pflicht! Helfe jeder mit, das Vaterland zu retten!»[19] Natürlich waren diese hier verkündeten Grundpositionen nur allgemein gefasst und darum nach verschiedenen Seiten hin interpretier- und variierbar. Das wäre mit Sicherheit im Verlauf der Entwicklung nach einem erfolgreichen Umsturz auch geschehen. Man muss sie auch in Beziehung setzen mit dem, was über die persönlichen Auffassungen der Hauptbeteiligten bekannt ist und dargelegt wurde. Gleiches gilt für den Entwurf einer Regierungserklärung, dessen Grundsätze auszugsweise wörtlich wiedergegeben werden:

«**1.** Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen *Majestät des Rechts.* Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. Während des Krieges kann diese Kontrolle nur vorläufig geordnet werden. Einstweilen werden *lautere, sachkundige Männer aus allen Ständen* berufen werden; ihnen werden wir

Rede und Antwort stehen, ihren Rat wollen wir einholen... Keine menschliche Gemeinschaft kann ohne Recht bestehen... Dazu ist es notwendig, *Unabhängigkeit, Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit der Richter* wiederherzustellen. Wir wissen wohl, dass viele von ihnen nur unter dem Druck des äussersten Terrors gehandelt haben; aber es wird mit unbeugsamer Strenge nachgeprüft werden, ob darüber hinaus Richter das Verbrechen begangen haben, gegen Gesetz und Gewissen Recht zu sprechen. Sie werden entfernt werden... Das *Recht* wird *jedem gegenüber,* der es verletzt hat, durchgesetzt. *Alle* Rechtsbrecher werden der verdienten Strafe zugeführt.

Die *Sicherheit der Person und des Eigentums* werden wieder *gegen Willkür geschützt* sein...

Die *Konzentrationslager* werden *aufgelöst,* die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt werden.

Aber ebenso erwarten wir, dass *niemand Lynchjustiz* vollzieht...

2. Wir wollen die Moral wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens.

Die Korruption ist in unserem früher so reinen Volk von *hohen und höchsten Würdenträgern* in einem bisher in der Welt nicht dagewesenen Umfang grossgezogen... Alle Übeltäter werden mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen, *unredlich erworbenes Gut wird eingezogen* und den Geschädigten wiedergegeben werden...

Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die *anständige Behandlung aller Menschen.* Die *Judenverfolgung,* die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort *eingestellt.* Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, dass es eine *Schande* für jeden Deutschen ist, nach einem unredlichen Besitz zu streben...

Wir empfinden es als eine *tiefe Entehrung des deutschen Namens,* dass in *den besetzten Gebieten* hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz missbrauchend, *Verbrechen aller Art* begangen sind. Die *Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt.*

Wer die Kriegszeit dort draussen benutzt hat, um sich die Taschen zu füllen oder sonst irgendwie von der Linie der Ehre abgewichen ist, wird *zur Rechenschaft gezogen* werden...

Wir wollen keine Spaltung unseres Volkes... Wir hoffen, dass wir uns alle darüber einig sind, dass die *einzige Scheidung,* die zu vollziehen ist,

die *zwischen Verbrechen* und *Gewissenlosigkeit* auf der einen, zwischen *Anstand und Sauberkeit* auf der anderen Seite ist. Auf dieser Grundlage wollen wir die *innere Aussöhnung* des Volkes mit allen unseren Kräften betreiben.

3. Der *Lüge* sagen wir *Kampf* an, die Sonne der Wahrheit soll ihre dicken Nebel auflösen. Unser Volk ist in der schamlosesten Weise... belogen. Die wahren Tatsachen werden festgestellt und bekanntgegeben werden, so dass sie jeder Einzelne nachprüfen kann...

4. Die zerbrochene *Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens* und der *Meinung* wird wiederhergestellt.

Die Kirchen erhalten wieder das Recht, frei für ihr Bekenntnis zu wirken. Sie werden in Zukunft vom Staate getrennt leben, weil sie nur in Selbständigkeit und unter Fernhaltung von aller aktiven politischen Betätigung ihrer Aufgabe gerecht werden können. Das Wirken des Staates wird von christlicher Gesinnung in Wort und Tat erfüllt sein... Aber echtes Christentum verlangt auch Duldsamkeit gegenüber den Andersgläubigen, ja gegenüber jedem Freidenker. Der Staat wird der Kirche wieder Gelegenheit geben, zudem sich im Sinne wahren Christentums lebendig zu betätigen, insonderheit auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege und der Erziehung.

Die Presse soll wieder frei sein. Im Krieg muss sie sich den Beschränkungen unterwerfen, die in jedem Kriege für ein Land unerlässlich sind. Jeder, der eine Zeitung liest, soll erfahren, wer hinter dieser Zeitung steht. Der Presse wird es nicht wieder gestattet, *bewusst oder fahrlässig die Unwahrheit zu sagen.*

5. Es ist vor allem die deutsche *Jugend,* die nach der Wahrhaftigkeit ruft... Die *Bildung* muss wieder eine möglichst *allgemeine, Herz und Verstand* erfassende sein. Die vorzeitige Spezialisierung der Bildung, die an so vielem schuld ist, wird beseitigt werden. Sie ist unverantwortlich, da niemand voraussehen kann, wohin sich die besten Fähigkeiten des heran wachsenden Kindes entwickeln werden.

Die Erziehung muss wieder bewusst auf die *christlich-religiöse Grundlage* gestellt werden, ohne dass die christlichen Gesetze der äussersten Duldsamkeit *gegenüber Andersgläubigen* verletzt werden sollen...

6. Die *Verwaltung* muss *neu geordnet* werden...

Der *Beamte* muss wieder in seiner ganzen Amts- und Lebensführung ein *Beispiel* werden... Mit dem Parteibuchbeamten wird Schluss gemacht. Der Beamte soll wieder allein dem Gesetz und seinem Gewissen folgen...

Um den Beamten wieder dies einwandfreie Wirken zu ermöglichen

und dem Volk eine Ausübung der öffentlichen Hoheitsgewalt durch Unwürdige zu ersparen, sind alle seit dem 1 .1.1933 vollzogenen Ernennungen und Beförderungen für vorläufig erklärt. Jeder einzelne Beamte wird daraufhin durchgeprüft werden, ob er gegen Gesetz, gegen Disziplinarrecht oder gegen den von jedem Beamten geforderten Anstand verstossen hat. Wird dies festgestellt, so werden die entsprechenden Folgerungen durch Bestrafung, Entlassung, Versetzung usw. vollzogen...

7. ... Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. Denn die Frontsoldaten haben einen Anspruch darauf, hierbei mit besonderem Gewicht mitzuwirken. So müssen wir uns vorläufig mit einer einstweiligen Verfassung begnügen, die gleichzeitig *verkündet* wird. An sie sind auch wir gebunden.

Preussen geht im Reich auf. Die preussischen Provinzen werden ebenso wie die übrigen deutschen Länder, teilweise zusammengefasst, Reichsgaue. Der Selbstverwaltung dieser Reichsgaue, der Kreise und der Gemeinden wird an öffentlichen Aufgaben übertragen, was irgendwie mit Reichseinheit und zielbewusster Führung des Reiches vereinbar ist. *Echte Selbstverwaltung* wird, sobald irgendwelche Wahlen möglich sind, wieder in Verbundenheit mit dem Volk hergestellt... *In allen Reichsgauen wird die Aufsicht namens des Reichs durch Reichsstatthalter* ausgeübt werden, deren Ernennung unmittelbar bevorsteht. Sie werden sich gegenüber den Organen der Selbstverwaltung soweit wie irgend möglich zurückhalten, aber ebenso tatkräftig für die Reichseinheit sorgen.

8. Die *Wirtschaft* kann im Kriege nur in der bisherigen Verfassung der Zwangswirtschaft und der überwachten Kreise fortgeführt werden... Ist dies während des Krieges, wie übrigens in allen anderen kriegführenden Staaten, unvermeidbar, so verfolgen wir doch ebenso klar *das Ziel der Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Freiheit* und den Weg zu den Gütern der Welt. Dieser darf *nicht durch staatliche Eingriffe gestört* werden, die Schöpfungsfreude und Schöpfungsmöglichkeit ersticken, sondern die wirtschaftliche Freiheit soll nur *gebändigt werden durch das Recht, durch die Sicherung der Lauterkeit des Wettbewerbs* und durch *anständige Gesinnung...*

Es ist das Ziel der gerechten Wirtschaftsordnung, dass jedem *der seiner Leistung entsprechende Anteil an den Wirtschaftsgütern zuteil* wird. Es handelt sich nicht nur darum, die freie Initiative des Kapitalbesitzes herzustellen und ihn zum Leistungskampf im Wettbewerb zu

zwingen. Nein, *auch der deutsche Arbeiter muss und wird Gelegenheit erhalten, an der Verantwortung schöpferisch teilzunehmen.* Nur können auch wir ihn nicht von der Wirkung der in der Wirtschaft herrschenden natürlichen Gesetze entbinden.

Das *Eigentum ist Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts;* oder es sinkt der Mensch allmählich zum Tier herab. Es wird daher *geschützt,* nicht nur in der Hand des grossen, sondern auch in der Hand des *kleinsten Eigentümers,* der nur Hausrat sein eigen nennt. Der Missbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die entbehrliche und die Unselbständigkeit des Menschen nur vermehrende Zusammenballung des Kapitals.

Die Ordnung des Wirtschaftens wird auf Selbstverwaltung aufgebaut werden... es gilt das Vertrauen aller, auch der Arbeiter, in die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Ordnung in weitestem Umfange wiederherzustellen. Auch hier müssen *Ehrengerichte* den Anstand sichern.

9. Daraus ergibt sich der Inhalt der *auf Ausgleich* gerichteten Staatspolitik, Sozialpolitik. Sie soll unverschuldete Schwäche schützen und die Möglichkeit geben, sich solidarisch gegen die Widrigkeiten dieses Lebens zu sichern...

So weit zu solchen Ausgleichen Kraft und Verantwortung der einzelnen Berufs- und Wirtschaftszweige nicht ausreichen, müssen alle wirtschaftenden Bürger eintreten und äusserstenfalls muss ein gerechter Ausgleich auf den Schultern des ganzen Volkes durch den Staat gesichert werden. Soweit soziale Einrichtungen den Arbeiter betreffen, erhalten sie das Recht voller Selbstverwaltung. Aber wir alle müssen wissen, dass der Staat keine *unerschöpflichen Mittel* hat... Billige Verheissungen, der Staat könne alles, sind gewissenlose Demagogie. *Der Staat seid Ihr mit Euren Kräften.* Wir und die Organe des Staates sind nur Eure Treuhänder. *Jeder muss seine Kräfte regen...* Aber wir sind überzeugt, dass wir alle dazu fähig sind, wenn wir nur wieder in *Recht, Anstand und Freiheit* schaffen können.

10. Grundvoraussetzung der Wirtschaft ist die *Ordnung der öffentlichen Haushalte.* Die Ausgaben müssen sich im Rahmen der echten Einnahmen halten...

Die Steuern werden erhebliche sein; aber umso unbeugsamer werden wir für ihre sparsame Verwendung Sorge tragen...

Die Grundlage geordneter Staatshaushalte ist seit 1933 durch unablässige und gewissenlose Vergeudung der Mittel durch Schuldenvermehrung verlassen. Es war bequem, dem Volke vorzugaukeln, dass es

gelungen sei, den allgemeinen Wohlstand durch Verschwendung zu heben. In Wahrheit war dies Mittel erbärmlich, denn es bestand in hemmungslosem Schuldenmachen...

Wir hoffen, für die Schuldentilgung Lösungen finden zu können, wenn es gelingt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker wiederherzustellen.

11. Aber noch ist Krieg. In ihm *gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland verteidigen...* Mit ihnen stehen wir in Reih und Glied, aber nunmehr alle wissen, dass nur die zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Wohle des Volkes notwendigen, nicht aber die der Eroberungssucht und dem Prestigebedürfnis eines Wahnsinnigen dienenden Opfer verlangt und dass wir diesen Krieg fernerhin *mit reinen Händen, in Anstand, mit der Ehrenhaftigkeit,* die jeden braven Soldaten auszeichnet, führen werden...

12. *Wir haben vor diesem Kriege gewarnt, der so viel Leid über die ganze Menschheit gebracht hat, und können daher in Freimut sprechen.*

... Wir wissen, dass *wir nicht allein Herren über Krieg und Frieden* sind; wir sind auf die anderen angewiesen... Aber wir wollen nun endlich die Stimme des wahren Deutschland erheben. Der Reichskanzler wird über den Rundfunk unsere Gedanken über den Frieden bekanntgeben...

Vertrauen lässt sich nicht erzwingen und erreden. Aber was auch immer die Zukunft bringen möge: wir hassen die feige Beschimpfung des Gegners und sind davon überzeugt, dass *alle Staatsführer* nicht nur das *Beste* ihrer Völker, sondern ein *fruchtbares* Ende dieses Ringens wollen und mit uns bereit sind, alsbald die unmenschlichen und schliesslich auf alle Völker zurückwirkenden Härten des leichtsinnig entfesselten totalen Krieges zu mildern. (Hier folgt eine aus der Lage sich ergebende Einschaltung).

In diesem Bewusstsein und im Vertrauen auf die innere Kraft unseres Volkes werden wir unbeirrt die Schritte tun, die wir ohne Schädigung unseres Volkes dem Frieden entgegenmachen können. Wir wissen, dass das deutsche Volk es will. *Gehen wir wieder den Weg des Rechts, des Anstands und der gegenseitigen Achtung!...*»[20]

Diese Erklärung, die die Handschrift Goerdelers verrät, sollte nach dem militärischen Umsturz, nach der Ausführung der Walküre-Befehle, also der erfolgten Entmachtung der Naziführerschaft, verkündet werden, um die Grundlinie der Innen- und Aussenpolitik öffentlich zu machen. Sie trug innenpolitisch den Realitäten weitgehend Rechnung,

doch in der Friedensfrage gab es noch Hoffnungen, die bedingungslose Kapitulation vermeiden oder zumindest mildern zu können. Hier muss man allerdings Gerhard Ritter zustimmen: «Keiner der Verschwörer ahnte, wie tief er mit alledem bereits in Illusionen steckte.»[21] Aber von einer Weiterführung des Krieges gegen die Sowjetunion, im Bündnis mit den Westmächten, war keine Rede mehr.

Es wurde schon an anderer Stelle erwähnt, dass im engeren Kreise der Verschwörer auch die Frage nach der Stellung zur illegalen KPD und zum Nationalkomitee «Freies Deutschland» eine Rolle spielte. Bekanntlich nahmen Leber und Reichwein im Juni 1944 mit Zustimmung Stauffenbergs, Yorcks und anderer zur Leitung der KPD in Berlin Kontakt auf,[22] Trott brachte in Stockholm sein Interesse für die Bewegung «Freies Deutschland» zum Ausdruck.[23]

Über das Nationalkomitee soll Stauffenberg jedoch geäussert haben, dass er von «Proklamationen hinter Stacheldraht» nichts halte[24]. Das ist wohl möglich, jedoch war die Wirkung des Nationalkomitees auf andere konservative Hitlergegner durchaus nicht gering. Als Job von Witzleben im Herbst 1943 Generalfeldmarschall von Witzleben in Berlin-Grunewald besuchte, fragte dieser ihn, was er von dem «Seydlitz-Komitee» wisse und davon halte. Job von Witzleben berichtete später: «Ich kannte von meiner Tätigkeit im Stab der 10. Panzerdivision eine ganze Reihe von Materialien des in der Sowjetunion gegründeten Nationalkomitees «Freies Deutschland» und des etwas später geschaffenen «Bundes Deutscher Offiziere». Sie waren meist über die Front geworfen worden. Eigentlich fand ich damals die An- und Absichten dieser Männer nicht nur aufschlussreich, sondern trotz mancher Vorbehalte in vielem recht vernünftig. Dies berichtete ich auch meinem Verwandten. Seine Antwort mündete damals etwa in Folgendem: Er kenne z.B. die Generale Seydlitz und Lattmann recht gut; beide seien Männer mit Zivilcourage und einer tadellosen Ehrauffassung. Er selbst wolle im Prinzip das gleiche wie Seydlitz. Hitler und seine Bande müssten verschwinden, und zwar bald und mit Gewalt. Alles aber hänge von der Haltung der Wehrmacht und vor allem der deutschen Generalität ab. Werde dieser Gedanke im Offizierskorps und in der Truppe schneller erkannt, so könne er die Tätigkeit des – wie er sagte – «Seydlitz-Komitees» nur begrüssen.»[25]

Auch Beck und Goerdeler interessierten sich für das NKFD. «Ich hatte Beck», berichtete Kunrat von Hammerstein, ,« schon zwischen Weihnachten und Neujahr [1943/44] nach dem Nationalkomitee «Frei-

es Deutschland» und dem seit Stalingrad in Russland gefangenen Walther von Seydlitz gefragt: Beck war mit Seydlitz nicht einverstanden, denn es bestehe die Gefahr, dass er Deutschland zu sehr auf die russische Linie festlege... – Als ich Goerdeler fragte, sagte er: «Seydlitz legt uns nicht fest, jedenfalls wird man es immer korrigieren können, und dass er offen gegen Hitler auftritt, ist nur zu begrüssen.»[26]

Der pommersche Gutsbesitzer Hans-Jürgen von Kleist-Retzow äusserte über sich und seinen Verwandten Ewald von Kleist-Schmenzin, dass sie die Initiative des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere begrüsst haben. «Ich war in Übereinstimmung mit meinem Freunde Ewald von Kleist-Schmenzin damals längst zu der Erkenntnis gekommen, dass allein durch einen Verlust des Krieges Deutschland von Hitler und dem Nationalsozialismus befreit werden könnte, falls der innere Umsturz nicht gelänge. Aus diesem Grunde schien mir alles, was dieses Ende beschleunigen konnte, bejahenswert...

Wir waren weiter der Überzeugung, dass die aussenpolitische Lage Deutschlands umso günstigere Aussichten bot, je früher der Sturz des Nationalsozialismus durchgeführt würde; dass der auf die Dauer doch unvermeidliche Zusammenbruch Deutschlands umso furchtbarere Ausmasse annehmen musste, je länger er hinausgezögert würde. Somit war die antinazistische Bewegung in Russland als Hilfsmittel zur Beschleunigung entweder des Umsturzes oder aber im äussersten Falle des militärischen Zusammenbruchs immer begrüssenswert.

Es schien uns dazuzukommen, dass sich hier eine gewisse Chance des Ausspielens der Ostmacht gegen die Westmächte bot. Als allmählich klar wurde, dass das *unconditional surrender* [bedingungslose Kapitulation] auch nach einem Umsturz für eine deutsche Nachfolgeregierung gelten sollte, wurden solche Erwägungen unserer Ansicht nach noch bedeutungsvoller. In dieser Situation hat Ewald Kleist, der bis dahin der Westlösung anhing, auch, wie mir bekannt ist, die Frage eines Anschlusses an den Osten als vorziehbar ernstlich erwogen. Dabei bedeutete selbstverständlich die Existenz einer nazifeindlichen deutschen Organisation eine wichtige Erwägungsgrundlage... So haben wir also in dem engeren Schmenziner Kreis die Bewegung in Moskau durchaus positiv beurteilt.»[27] Ähnliche Überlegungen Hassells wurden schon erwähnt.[28]

Nach den Aussagen des SS-Obersturmbannführers Kiesel hatte General Lindemann den Auftrag, eine Verbindung zum Nationalkomitee herzustellen, konnte seine Absicht aber nicht verwirklichen.[29] Ober-

fähnrich zur See Georg Lindemann, Sohn des Generals, sagte am 30. August vor der Gestapo laut Protokoll aus: «Ich gebe zu:

1. dass ich im März 1944 zum erstenmal von meinem Vater Andeutungen darüber erhalten habe, dass der Krieg verloren sei und dass er mir auf meine Frage, ob man alles so laufen lassen könne, die Möglichkeit eines Kompromissfriedens mittels des Nationalkomitees Seydlitz geschildert hat und ausserdem darauf hinwies, dass sich in Berlin im OKW bereits Männer zusammengefunden hätten, die an die Stelle des Führers treten würden, um mit dem Gegner über einen Frieden zu verhandeln.

2. dass mir mein Vater am 30. Juni erklärt hat

a) der Krieg wäre verloren...

d) er würde sich den Männern zur Verfügung stellen, die sich in Berlin bereits zu einer Verhandlung mit dem Gegner bereitgefunden haben.»[30]

Von Gudrun Kodes, der Ehefrau des Generals Otto Kodes und Schwester des Obersten Mertz von Quirnheim, liegt folgender Bericht vor: «Es war der Sonntagvormittag des 25. Juni 1944, als wir beide, mein Bruder Albrecht und ich, zusammen ins Reichsarchiv Potsdam gingen. Dort zeigte uns unser gemeinsamer Freund Karl Ruppert, derzeitiger Chef des Heeresarchivs, Flugblätter, Zeitungsausschnitte und Bilder meines Mannes, der im Nationalkomitee «Freies Deutschland» von der Sowjetunion aus gegen den Hitlerfaschismus kämpfte. Ich erinnere mich unter anderem an ein Bild meines Mannes mit Erich Weinert, ein anderes zusammen mit Wilhelm Pieck. – Auf dem Rückweg vom Reichsarchiv zur Wohnung meiner Schwester Erika Dieckmann, deren Mann, Dr. Wilhelm Dieckmann, nach dem 20. Juli ebenfalls verhaftet und am 17. September umgebracht wurde, schilderte mir mein Bruder mit tiefem Ernst und grosser Besorgnis die hoffnungslose militärische und politische Lage: Hitler ist ein Verbrecher oder Wahnsinniger, wahrscheinlich beides. Er muss beseitigt werden, um den Krieg zu beenden! Er teilte mir in diesem Gespräch auch Näheres über die Tätigkeit des NKFD mit. Er war sehr gut darüber unterrichtet und verbarg seine Sympathie mit den Bestrebungen des Nationalkomitees nicht. Er sagte zu mir: «Wenn auch jetzt dein Mann als Vaterlandsverräter und Kriegsverbrecher diffamiert wird, so wird die spätere Geschichte ihm und allen Mitgliedern des NKFD recht geben. Wir versuchen seit langer Zeit, Verbindung mit dem Nationalkomitee aufzunehmen, haben aber bisher noch keinen zuverlässigen und vertrau-

enswürdigen Piloten gefunden, der es riskiert, über die Kampflinie zu fliegen und hinter der Front in der Sowjetunion zu landen. Wir müssen zu Frieden und Verhandlungen kommen, um Deutschland vor dem Untergang zu retten.»[31]

In Frankreich nahm Otto Niebergall mit Stauffenbergs Vetter Caesar von Hofacker unmittelbar Verbindung auf und traf sich mit ihm im Januar und im Mai 1944. Niebergall war Leiter der illegalen KPD-Organisation im besetzten Frankreich und Präsident des Komitees «Freies Deutschland» für den Westen, das seit September 1943 existierte. In seinen Erinnerungen hiess es dazu: «Meine erste Begegnung mit Caesar von Hofacker fand in einer Villa in Passy statt und war von unseren Leuten gut abgesichert... Nach dem ersten Abtasten verlief die Unterhaltung recht offen. Von Hofacker war bestens über die Lage informiert und wusste über das Nationalkomitee «Freies Deutschland» in der Sowjetunion Bescheid. Er machte Hitler und die Reichsregierung für den Verlauf des Krieges und für die Verbrechen an den Völkern, auch am deutschen Volk, verantwortlich. Dabei deutete er an, dass dies nicht mehr lange so weitergehe, ohne sich aber hierüber klarer auszudrücken...

In dieser ersten Unterhaltung, die bis spät in die Nacht dauerte, war allerdings die Version, ich sei Lothringer, nicht aufrechtzuerhalten. Aber von Hofacker war darüber gar nicht erstaunt. Paul Gräfe [Hofackers Fahrer, Sozialdemokrat, der die Begegnung mit vermittelt hatte] hatte bereits vorgebaut, dass wir zur französischen Widerstandsbewegung gehörten und auf nationaler und antifaschistischer Basis handelten.

Bei meiner letzten Zusammenkunft mit Caesar von Hofacker erklärte er sein Einverständnis mit den Ideen des Nationalkomitees «Freies Deutschland» in der Sowjetunion und seine Bereitschaft, dem Komitee «Freies Deutschland» für den Westen beizutreten.»[32]

Diese Berichte besagen, dass in der nationalkonservativen Widerstandsbewegung nicht nur Sympathien für die Bewegung «Freies Deutschland» bestanden, sondern auch die Absicht gehegt wurde, mit ihr bei der Neugestaltung der innen- und aussenpolitischen Verhältnisse zusammenzuarbeiten. Dies erklärte sich daraus, dass beide Bewegungen in vielen Fragen übereinstimmten. Leutnant a.D. und Mitbegründer des NKFD Heinrich Graf von Einsiedel äusserte zu der Frage nach den Unterschieden in den Ansichten des NKFD und der Verschwörer des 20. Juli in einer Fernsehsendung am 29. März 1988 folgendes: «Im Grunde genommen unterschieden die sich überhaupt nicht. Die Texte des Nationalkomitees sind teilweise nahezu wörtlich identisch mit den Denkschriften und den Aufrufen, die die Verschwö-

rer des 20. Juli vorbereitet hatten und mit denen sie ihre Verschwörung und ihre Aktionen gegen Hitler begründet haben. Der einzige Unterschied bestand vielleicht darin, dass wir, dank der Tatsache, dass wir also ausserhalb Deutschlands sassen und vielleicht einen besseren Informationsstand hatten, die Lage Deutschlands illusionsloser und klarer gesehen haben als die Verschwörer vom 20. Juli, die sich teilweise immer noch Hoffnungen machten, dass sie Teile der Hitlerschen Erwerbungen noch über die Runden retten könnten, auch nach dem Sturz Hitlers.»[33]

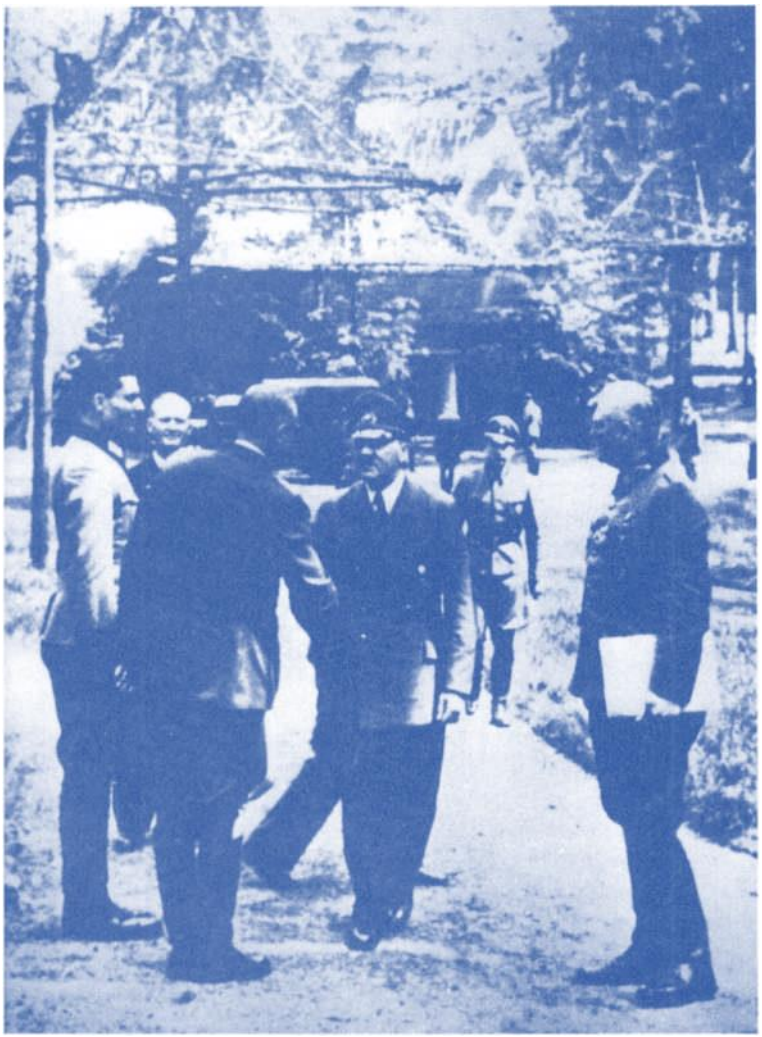
Inzwischen verschlechterte sich die militärische Lage Deutschlands in schnellem Tempo weiter. Am 6. Juni 1944 landeten anglo-amerikanische Truppen erfolgreich in der Normandie und eröffneten damit die zweite Front. Am 23. und 24. Juni begann die Rote Armee die Bjelorussische Operation, die zur Zerschlagung der deutschen Heeresgruppe Mitte führte.

Als Stauffenberg nach der erfolgreichen Landung der Alliierten durch Lehndorff an Tresckow die Frage richtete, ob ein Umsturz überhaupt noch Sinn habe, antwortete dieser: «Das Attentat auf Hitler muss erfolgen, coûte que coûte [um jeden Preis]. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.»[34]

Inzwischen ergab sich für die Verschwörer eine neue Situation. Die Berufung Claus von Stauffenbergs zum Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres Ende Juni brachte für ihn die Möglichkeit, an den Lagebesprechungen im Führerhauptquartier teilnehmen zu können. Obwohl Bedenken gegen seine nunmehrige Doppelrolle als Attentäter und Organisator der Erhebung bestanden, traten die Verschwörer in eine Periode erhöhter Aktivität.

Olbricht und Stauffenberg hatten den in und um Berlin stationierten Truppen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet; mehrfach fanden Übungsalarme und Besichtigungen statt. Eine Schwierigkeit ergab sich mit dem Wachbataillon «Grossdeutschland», einem Verband in Regimentsstärke, der im Mai 1944 mit Major Ernst Remer einen neuen Kommandeur erhalten hatte. Remer war Träger des «Eichenlaubs» und hitlertreu. Aber man glaubte, dass er nach Hitlers Tod den Befehlen der neuen militärischen Vorgesetzten gehorchen würde.

Nachdem Trott im Juni in Stockholm – ergebnislos – versucht hatte,



Letzte Aufnahme von Stauffenberg (links).
Begrüssung auf dem Vorplatz der Lagebaracke in der Wolfsschanze
am 15. Juli 1944

Verbindungen zur sowjetischen Botschaft herzustellen, reiste Anfang Juli der Syndikus der Lufthansa, Dr. Otto John, mit dem Auftrag Stauffenbergs und des Canaris-Nachfolgers Oberst Georg Hansen nach Madrid, um möglichst Kontakt mit dem Obersten Hauptquartier der alliierten Expeditionsstreitkräfte aufzunehmen und die Nachricht vom bevorstehenden Staatsstreich zu übermitteln.

Am 11. Juli musste Stauffenberg zu einer Besprechung auf den Obersalzberg bei Berchtesgaden, wo Hitler sowohl privat als auch dienstlich oft weilte. Er zündete die mitgeführte Bombe aber nicht, weil Himmler nicht an der Besprechung teilnahm. Die Ausschaltung Himmlers und Görings zusammen mit Hitler erschien ihm, Olbricht und anderen Offizieren unbedingt notwendig.

Am Abend des 11. Juli traf Stauffenberg seinen aus Paris angekommenen Vetter Oberstleutnant d.R. Caesar von Hofacker, der ihm berichtete, dass auch Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der einstige Führer des «Afrika-Korps», zum Handeln gegen Hitler entschlossen sei, wenn von Berlin der Anstoss käme. Hofacker meinte weiter, dass nach dem Tod Hitlers auch der unentschlossene Kluge, der inzwischen zum Oberbefehlshaber West ernannt worden war, mitmachen würde. Aus Madrid kam von John die Mitteilung, dass General Dwight Eisenhower zu Kontakten bereit sei, aber bedingungslose Kapitulation – auch im Osten – fordere. Mitte Juli 1944 kursierte in Potsdam das Gerücht, dass noch in dieser Woche das Führerhauptquartier in die Luft gesprengt werden würde.[35] Es war wahrscheinlich auf eine Indiskretion Werner von Haeftens zurückzuführen, der im Hause der Frau Hannah von Bredow, einer Schwester des ebenfalls zur Verschwörung gehörenden Potsdamer Regierungspräsidenten Gottfried von Bismarck, verkehrte. Zu den Gästen dieses Hauses gehörte auch der Fregattenkapitän Dr. Sydney Jessen aus der Nachrichtenabteilung der Seekriegsleitung, der mit Marineoberstabsrichter Berthold Graf von Stauffenberg in Verbindung stand.[36]

Nunmehr wurde die Auslösung von «Walküre» für den 15. Juli festgelegt, da Stauffenberg an diesem Tage zusammen mit Fromm wieder zur Besprechung bei Hitler – diesmal in der «Wolfsschanze» bei Rastenburg (Ketrzyn) – musste. Die Anhänger und Vertrauensleute erhielten Vorwarnungen. Um 9.15 Uhr landeten Fromm und Stauffenberg in Rastenburg. Um 11.00 Uhr gab Olbricht in Berlin das Stichwort «Walküre» aus. In der «Wolfschanze» begann um 13.10 Uhr die Lagebesprechung, die jedoch nur kurz war, so dass Stauffenberg die Bombe nicht zünden konnte. Anschliessend musste er zu einer Sonderbespre-

chung, bei der Hitler nicht anwesend war. Nach 13.30 Uhr meldete Stauffenberg nach Berlin, dass die Aktion misslungen sei. Der Alarm wurde abgebrochen und als Übung ausgegeben.

Am Abend des 16. Juli, einem Sonntag, trafen sich in Stauffenbergs Wohnung Claus und Berthold, Trott, Hofacker, Mertz, Schulenburg und Hansen. Über den Inhalt dieses Gesprächs existiert nur der zusammenfassende Kaltenbrunner-Bericht, der Folgendes aussagt: «Von Trott vertrat den Standpunkt, dass man auf der Feindseite verhandlungsbereit sei, sobald dafür die Voraussetzung, ein völliger Wechsel des Regimes, geschaffen werde. In der anschliessenden Diskussion wurde die Meinung vertreten, dass die Verhandlungen von Militär zu Militär geführt werden sollten, und zwar nicht nur mit den Feinden im Westen, sondern auch mit den Sowjets, wobei der alte Schulenburg [Botschafter] und der ehemalige Militärattaché in Moskau [Köstring] als Sachkenner in die Verhandlungen eingeschaltet werden sollten. Nach der englisch-amerikanischen Seite hin wollte von Trott dabei sein.»[37]

Am 17. Juli wurde Rommel im Westen schwer verwundet und fiel für die weitere Mitwirkung aus.

Am 18. Juli erhielt Stauffenberg den Befehl, am 20. Juli im Führerhauptquartier in der Wolfsschanze einen Bericht über die Neuaufstellung von sogenannten Volksgrenadierdivisionen zur Stabilisierung der katastrophalen Lage im Osten zu erstatten. Freunde und Kampfgefährten wussten, dass jetzt die Würfel gefallen waren, denn es war beschlossen, die Sprengladung auf jeden Fall zu zünden. Am gleichen Tage, dem 18. Juli, wurden sechs Schwadronen des Reiterverbandes Boeselager der – noch nicht zerschlagenen – 2. Armee der Heeresgruppe Mitte in Richtung Brest-Litowsk in Marsch gesetzt. Sie sollten später mit LKW zum nächsten Flugplatz gebracht und nach Berlin geflogen werden, um dort den militärischen Aufstand zu unterstützen. In einem Gewaltritt von 200 km in 36 Stunden erreichten sie am Morgen des 20. Juli den Ort Lachowka, erfuhren am Nachmittag vom Misslingen des Attentats und mussten sofort Richtung Osten zurück.[38]

Am 19. Juli holte der Fahrer Stauffenbergs, der Gefreite Karl Schweitzer, den Sprengstoff aus dem Hause von der Lanckens in Potsdam, wo er die letzten Tage gelagert war, und brachte ihn in die Stauffenbergsche Wohnung. Zugleich gingen in aller Eile vertrauliche Benachrichtigungen an die Vertrauensleute hinaus. Olbricht, Mertz, Schulenburg, Yorck, Schwerin, Haeften, Witzleben, Hoepner und andere Stauffenberg nahestehende Mitverschworene waren an diesem Tage darüber informiert, dass am nächsten Tag die Entscheidung fallen musste. Man-

che nahmen Abschied von ihren Familien, ohne dass die Angehörigen ahnten, dass es ein Abschied für immer sein könnte.

2. Operation «Walküre»

Am Donnerstag, dem 20. Juli 1944, kurz nach 6 Uhr morgens – ein heisser Sommertag stand bevor –, verliess Stauffenberg in Begleitung seines Bruders die Wohnung in der Tristan-Strasse in Berlin-Wannsee. Der Fahrer brachte beide ins Zentrum, wo Werner von Haeften zustieg, und dann weiter zum Flugplatz Rangsdorf, wo bereits Stieff wartete. Der Start der Kuriermaschine erfolgte gegen 7 Uhr. In den mitgeführten Aktentaschen befanden sich zwei Sprengladungen, die mit lautlos arbeitenden chemischen Zündern versehen waren. Während Stauffenberg ein Sprengstoffpaket in seiner Aktentasche unterbrachte, nahm Haeften das andere an sich. Berthold von Stauffenberg fuhr unterdessen zum Gebäude des OKH in der Bendlerstrasse.

Gegen 10.15 Uhr landete die Maschine in Rastenburg. Ein Dienstwagen brachte Stauffenberg und seine Begleiter ins Hauptquartier, wo er sich beim Kommandanten meldete. Nach einem Frühstück mit dessen Adjutanten Rittmeister Leonhard von Möllendorf begab sich Stauffenberg zu General Erich Fellgiebel, dem Chef des Wehrmachtnachrichtendienstes, der nach dem Attentat die Nachrichtenverbindungen des Hauptquartiers blockieren sollte. Gegen 11.00 Uhr ging er in die Baracke des Wehrmachtführungsstabes zu General Walter Buhle, dem Vertreter des Heeres beim OKW. Nach der Unterredung mit Buhle gingen alle gemeinsam gegen 11.30 Uhr zu Keitel, um den Vortrag noch einmal zu besprechen. Keitel teilte mit, dass die ursprünglich für 13.00 Uhr angesetzte «Führerlage» wegen des Besuches Mussolinis auf 12.30 Uhr vorverlegt sei.

Haeften wartete währenddessen in einem Aufenthaltsraum im gleichen Gebäude. Kurz vor 12.30 Uhr schickte sich Keitel an, mit seinem Adjutanten, Major i. G. Ernst John von Freyend, mit Buhle und Stauffenberg von seinem Büro aus zu der etwa drei Minuten entfernten Lagebaracke zu gehen. Stauffenberg jedoch wandte ein, dass er sich noch etwas frisch machen und das Hemd wechseln müsse. Er traf im Flur auf Haeften, und John zeigte beiden sein Schlafzimmer. Haeften ging mit Stauffenberg hinein, da er dem Einarmigen helfen musste. Diese kurze Zeit des Alleinseins war notwendig, um mit einer Zange die

Zünder der Bomben einzudrücken; fünfzehn Minuten danach musste die Explosion erfolgen. Keitel war schon ein Stück vorausgegangen. Während sich Stauffenberg und Haeften im Zimmer Johns befanden, rief Fellgiebel an und liess Stauffenberg ausrichten, er möge ihn noch einmal anrufen. John schickte den Oberfeldwebel Werner Vogel mit dieser Nachricht in das Zimmer. Vogel berichtete später, er habe gesehen, wie der Oberst und der Oberleutnant etwas in eine Aktentasche taten. Auf dem Bett lagen eine Menge Papiere. Offenkundig waren sie dabei gestört worden, beide Pakete in der einen Tasche zu verstauen, denn Stauffenberg hatte die Absicht, beide Ladungen zur Explosion zu bringen. Haeften aber packte nunmehr das zweite Paket in seine Tasche und verliess Stauffenberg, um sich um das Auto zu kümmern. Offenbar fürchteten beide, dass Vogel Verdacht geschöpft haben könnte, was aber nicht der Fall war. Später urteilten Sachverständige, dass bei der Verwendung beider Ladungen keiner der Anwesenden am Leben geblieben wäre.

Zusammen mit dem schon ungeduldig gewordenen Keitel betrat Stauffenberg kurz nach 12.30 Uhr den Lageraum, nachdem er vor seinem Eintritt einem Feldwebel des Fernsprechdienstes zugerufen hatte - laut, dass Keitel es hören musste, dass er ein dringendes Gespräch aus Berlin erwarte. Beim Eintreten sprach gerade Heusinger über die Lage an der Ostfront. Keitel liess kurz unterbrechen, um Stauffenberg Hitler vorzustellen, der ihn mit Handschlag begrüsste.

Der Konferenzraum befand sich am Ende der Baracke und war etwa 5 mal 10 m gross. Er wurde fast von dem riesigen Kartentisch ausgefüllt, der aus einer schweren, auf zwei massiven Holzsockeln ruhenden Eichenholzplatte bestand. Der Tür gegenüber befanden sich fünf Fenster, die wegen der Hitze geöffnet waren. Hitler stand an der Mitte des Tisches, mit dem Gesicht zu den Fenstern und dem Rücken zur Tür. Rechts neben ihm agierte Heusinger, und wiederum rechts neben diesem standen Konteradmiral Hans Erich Voss und Heusingers Gehilfe Oberst i.G. Heinz Brandt. Stauffenbergs Wunsch nachkommend, bat John den Konteradmiral, für den Kriegsversehrten etwas Platz zu machen, worauf dieser bereitwillig an die andere Seite des Tisches ging. Stauffenberg drängte sich an den Tisch, aber es gelang ihm nicht, die Tasche links vom Tischsockel abzustellen, so dass er sie, etwas vorstehend, an die rechte, von Hitler abgewandte Seite des Sockels stellen musste.,Kurz danach teilte er Keitel mit, dass er noch telefonieren müsse, und verliess den Raum. Er begab sich zu Fellgiebel, wo bereits Haeften mit dem Auto auf ihn wartete.

Inzwischen setzte Heusinger seinen Vortrag fort. Brandt wurde vermutlich beim näheren Herantreten an die Karte durch Stauffenbergs Tasche gestört und schob sie noch weiter hinter den Sockel. Da Stauffenberg als nächster sprechen sollte, aber noch nicht zurück war, verliess Buhle den Raum, um den Obersten zu holen. Der Telefonist erklärte jedoch, dass dieser weggegangen sei. Um 12.42 Uhr – Heusinger wollte gerade die letzten Sätze sprechen – explodierte die Bombe. Stauffenberg, Haeften und Fellgiebel sahen die Detonation und waren der festen Überzeugung, dass Hitler tot sein müsse.

Stauffenberg und Haeften sprangen in den Wagen, der nach etwa zwei Minuten an der Offizierswache hielt, die sich zunächst weigerte, die beiden fremden Offiziere durchzulassen. Stauffenberg zeigte seinen Sonderausweis und erklärte mit Entschiedenheit, dass er Erlaubnis zum Passieren habe, worauf die Wache die Ausfahrt freigab. An der Aussenwache Süd wurde wiederum die Ausfahrt verweigert; inzwischen war auch Alarm ausgelöst worden. Stauffenberg liess sich jedoch nicht verwirren und rief den Rittmeister von Möllendorf an, der dem diensthabenden SS-Scharführer die Ausfahrtserlaubnis bestätigte. Kurz nach 13.00 Uhr erreichte der Wagen den Flugplatz, nachdem Haeften unterwegs den zweiten Sprengsatz weggeworfen hatte, der später gefunden wurde. Um 13.15 startete das Flugzeug, die He 111 des Generalquartiermeisters, zum Rückflug nach Berlin. Die Explosion hatte im Konferenzraum schwere Verwüstungen angerichtet: Der Tisch war zerfetzt, die Decke teilweise herabgestürzt, die Fenster zersplittert und zum Teil herausgerissen. Jedoch musste Fellgiebel, der telefonisch die Nachricht vom erfolgreichen Attentat zur Bendlerstrasse durchgeben sollte, zu seinem Entsetzen sehen, dass Hitler, rauchgeschwärzt zwar und mit versengter und zerrissener Uniform, aber lebend, von Keitel gestützt, aus der qualmenden Baracke wankte. Keitel brachte Hitler in seine Unterkunft und veranlasste sofortige ärztliche Behandlung. Hitler hatte Brandwunden am rechten Bein, seine Hosen waren zerrissen und hingen in langen Streifen herunter, sein Haar war versengt, seine Trommelfelle geplatzt, sein rechter Arm teilweise gelähmt – insgesamt erwiesen sich die Verletzungen aber als leicht. Von den Teilnehmern der Lagebesprechung waren der Stenograph Berger sofort tot, Brandt, General Günther Korten, Chef des Luftwaffenführungsstabes, und Generalleutnant Rudolf Schmundt, Chefadjutant bei Hitler und Chef des Heerespersonalamtes, erlagen einige Zeit später ihren Verletzungen. General Karl-Heinrich Bodenschatz, Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe im Führerhauptquartier, und

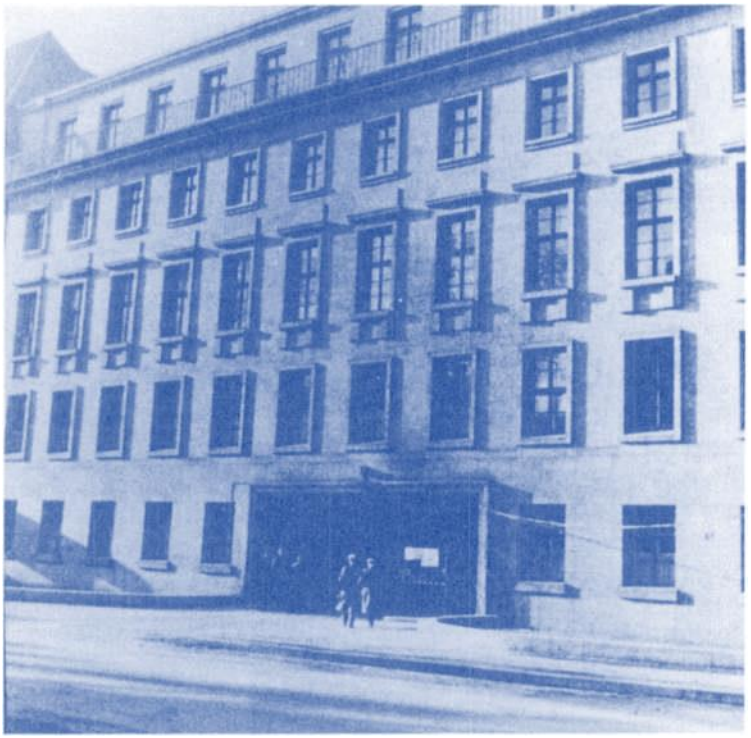
Oberst Martin Borgmann, Adjutant Hitlers, wurden schwer verletzt. Alle anderen erlitten leichte Verletzungen oder blieben unverletzt. Die Toten und Schwerverletzten waren ausnahmslos unter jenen zu finden, die rechts von dem Sockel des Tisches standen. Offenkundig hat der Umstand, dass die Aktentasche mit nur der Hälfte des vorgesehenen Sprengstoffs auf der rechten Seite des Sockels stand, die Richtung der Detonationswirkung wesentlich beeinflusst. So ist es zu erklären, dass der kurzsichtige Hitler, der zurzeit der Explosion weit vornübergebeugt fast auf dem Kartentisch lag, mit dem Leben davonkam.

Nachdem von der Nachrichtenzentrale des Hauptquartiers Göring, Himmler und Goebbels informiert waren, wurden alle Nachrichtenverbindungen zwischen Rastenburg und der Aussenwelt für zwei Stunden unterbrochen. Das kam den Verschwörern sogar entgegen, denn Fellgiebel hatte ohnehin den Auftrag, nach erfolgtem Attentat alle Nachrichtenverbindungen zu unterbrechen. Fellgiebel, der Hitler lebend gesehen hatte, informierte den Generalleutnant Fritz Thiele in Berlin, dass das Attentat missglückt war. Thiele gab die Meldung an Olbricht weiter, beide beschlossen, genauere Informationen abzuwarten.[39]

Eine Stunde nach dem Attentat traf Himmler, der sich in seinem Hauptquartier am Mauersee, unweit von Rastenburg, befand, am Ort des Geschehens ein, begann sofort mit der Untersuchung und forderte vom Reichssicherheitshauptamt Kriminalbeamte an. Der Verdacht konzentrierte sich bald auf Stauffenberg, dessen Verhalten, vor allem sein plötzliches Verschwinden, jetzt auch Keitel verdächtig vorkam. Noch aber ahnte niemand aus Hitlers Umgebung, dass es sich nicht um das Attentat eines Einzelnen, sondern um den Auftakt zu einem Aufstandsversuch in grösserem Stil handelte.

Als zwischen 13.00 und 13.30 Uhr die Nachricht über das Attentat bei Thiele und dann auch bei Olbricht ankam, hätte unverzüglich das Stichwort «Walküre» ausgegeben werden müssen. Aber eingedenk der Erfahrungen des 15. Juli zögerte man. Die Möglichkeit eines zwar ausgeführten, aber erfolglosen Anschlages war in den taktischen Planungen nicht vorgesehen. Olbricht und andere wollten Klarheit über die Vorgänge gewinnen und bis dahin nichts unternehmen.

Dagegen entwickelte Mertz selbständig Initiative, um das Unternehmen ins Rollen zu bringen. Bereits kurz nach 14 Uhr hatte er erste Alarmbefehle herausgegeben. In seinem Auftrag alarmierte Major Hans-Ulrich von Oertzen die Panzertruppenschule in Krampnitz. Fortwährend versuchte Mertz, Olbricht zum Handeln zu bewegen. Er setzte sich über seinen Vorgesetzten hinweg und unterzeichnete selbst die



Die Zentrale des Umsturzversuches.
Der «Bendlerblock», Berlin, Bendlerstrasse 11-13
(heute Stauffenbergstrasse)

ersten Befehle. Olbricht sagte abends zu Gisevius: «Der Mertz hat mich überspielt».[40] Zunächst erhielt der Wehrmachtkommandant von Berlin, General Joachim von Kortzfleisch, durch einen Offizier den Befehl, zur Entgegennahme von Anweisungen in die Bendlerstrasse zu kommen. Der dem Wehrmachtkommandanten unterstehende Berliner Standortkommandant General Paul von Hase, ein Mitverschworener, wurde von Olbricht telefonisch verständigt, sich zum Einsatz bereitzuhalten. Gegen 15.30 Uhr landeten Stauffenberg und Haeften in Rangsdorf in der Annahme, dass die militärischen Aktionen in vollem Gange seien. Haeften musste aber erst einen Wagen beschaffen. Zugleich bestätigte er telefonisch den – nach seiner Meinung sicheren – Tod Hitlers. Nunmehr forcierten Mertz und jetzt auch Olbricht die Herausgabe

weiterer Walküre-Befehle. Die dem General von Hase unterstehenden Truppen in Berlin wurden alarmiert: das Wachbataillon, die Truppen der Garnison Spandau, die Heeresfeuerwerkerschule und die Heereswaffenmeisterschule. Die Kommandeure dieser Einheiten wurden in die Stadtkommandantur Unter den Linden 1 befohlen und erhielten dort ihre Einsatzbefehle zur Besetzung bestimmter Gebäude, Ministerien, SS-Kasernen und Verkehrszentren. Das Wachbataillon sollte das Regierungsviertel absperren.

Nach 16 Uhr begann Oberstleutnant Bernardis, die Truppenteile ausserhalb Berlins zu alarmieren: die Panzertruppenschulen, die Infanterieschule Döberitz, die Fahnenjunkerschule und die Unteroffiziersschule Potsdam. Die auswärtigen Truppen sollten teils die Berliner Verbände unterstützen, teils die Rundfunksender besetzen, die Ausfallstrassen sperren und gegen SS-Einheiten vorgehen.

Nachdem die ersten Befehle hinausgegangen waren, begab sich Olbricht zu Fromm, um ihn zu informieren und nach Möglichkeit für die Aktion zu gewinnen. Fromm war misstrauisch und rief das Führerhauptquartier an. Da die angeordnete Nachrichtensperre inzwischen aufgehoben war, meldete sich Keitel sofort und teilte mit, es habe zwar ein Attentat stattgefunden, der «Führer» sei aber nur leicht verletzt. Dabei fragte Keitel, ob der Oberst Stauffenberg schon zurückgekehrt sei. Nach diesem Bescheid weigerte sich Fromm, Walküre auszulösen. Etwa um 16.30 Uhr brachte Hauptmann Klausing das Ferschreiben mit dem ersten Grundbefehl in die Nachrichtenzentrale des Hauses und forderte sofortiges Absetzen, womit unverzüglich begonnen wurde. Der Grundbefehl trug die Unterschrift Witzlebens und übertrug die vollziehende Gewalt an die militärischen Befehlshaber, die damit gleichzeitig ihre ersten Anweisungen erhielten.

Gegen 16.30 Uhr traf Stauffenberg zusammen mit Haeften in der Bendlerstrasse ein und begab sich sofort zu Olbricht, um Bericht zu erstatten. Dessen Hinweis auf die Mitteilung Keitels trat er entgegen, dies sei nur ein Manöver Keitels, um Zeit zu gewinnen. Er forderte entschlossenes Handeln.

Um die gleiche Zeit trafen auch Beck und andere Mitverschworene in der Bendlerstrasse ein. Beck hielt es für erforderlich, auf die widersprechenden Nachrichten aus dem Hauptquartier hinzuweisen. Er verlangte einen klaren Standpunkt für den Fall, wenn die Nachricht verbreitet würde, dass Hitler noch lebe: «Für mich ist dieser Mann tot. Davon lasse ich mein weiteres Handeln bestimmen. Von dieser Linie dürfen wir nicht abweichen, sonst bringen wir unsere eigenen Reihen

in Verwirrung. Ein unwiderleglicher Beweis, dass Hitler – und nicht sein Doppelgänger – lebt, kann vom Hauptquartier frühestens nach Stunden geführt werden. Bis dahin muss die Berliner Aktion abgeschlossen sein.»[41]

Um 17.00 Uhr betrat Olbricht noch einmal, diesmal in Begleitung Stauffenbergs, das Arbeitszimmer Fromms. Er teilte Fromm mit, dass Hitler tot sei und dass Stauffenberg dies bezeugen könne. Die darauffolgende Auseinandersetzung zwischen Fromm, Olbricht und Stauffenberg ist wie folgt überliefert:

«Fromm: ‚Das ist doch unmöglich, Keitel hat mir das Gegenteil versichert.»

Stauffenberg: ‚Der Feldmarschall lügt wie immer. Ich habe selbst gesehen, wie man Hitler tot hinausgetragen hat.»

Olbricht: «Angesichts dieser Lage haben wir das Stichwort für innere Unruhen an die stellvertretenden Generalkommandos gegeben.»

Fromm, aufspringend und mit der Faust auf den Tisch schlagend: «Das ist glatter Ungehorsam! Was heisst «wir»? Wer hat den Befehl gegeben?»

Olbricht: «Mein Chef des Stabes, Oberst Mertz von Quirnheim.»

Fromm: «Holen Sie mir sofort den Obersten Mertz hierher!»

Mertz von Quirnheim erscheint. Auf Befragen gibt er zu, ohne Fromms Einwilligung das Stichwort für Innere Unruhen an die stellvertretenden Generalkommandos gegeben zu haben.

Fromm: «Sie sind verhaftet. Das Weitere wird sich finden.» In diesem Augenblick steht Oberst Graf Stauffenberg auf und erklärt eiskalt: «Herr Generaloberst, ich habe die Bombe selbst während der Besprechung bei Hitler gezündet. Es hat eine Explosion gegeben, als ob eine 15-cm-Granate eingeschlagen wäre. Niemand in jenem Raum kann mehr leben.»

Fromm: «Graf Stauffenberg, das Attentat ist missglückt. Sie müssen sich sofort erschiessen.»

Stauffenberg: «Nein, das werde ich keinesfalls tun.»

Olbricht: «Herr Generaloberst, der Augenblick zum Handeln ist gekommen. Wenn wir jetzt nicht losschlagen, wird unser Vaterland für immer zu Grunde gehen.»

Fromm: «Dann sind auch Sie, Olbricht, an diesem Staatsstreich beteiligt?»

Olbricht: «Jawohl. Aber ich stehe nur am Rande des Kreises, der die Regierung in Deutschland übernehmen wird.»

Fromm: «Ich erkläre Sie hiermit alle drei für verhaftet.»

Olbricht: ‚Sie können uns nicht verhaften, Sie täuschen sich über die wahren Machtverhältnisse. Wir verhaften Sie.'«[42]

Nach kurzem Handgemenge wurde Fromm unter Androhung von Waffengewalt im Zimmer seines Adjutanten festgesetzt. Als neuer Befehlshaber des Ersatzheeres war Generaloberst Hoepner vorgesehen, der allerdings wenig aktiv und konsequent in Erscheinung trat. Er sorgte sich dafür um das Wohlergehen Fromms, dem er später Wein und belegte Brote bringen liess und am liebsten entlassen wollte. Letzteres verhinderten Beck und Stauffenberg. Dann informierte er die Offiziere der Abteilung vom «Tode» Hitlers und von den ergriffenen Massnahmen. Dem Drängen Stauffenbergs, den Wehrkreisbefehlshabern kräftig «einzuheizen», kam Hoepner nicht nach. Er telefonierte mit Wiesbaden, Stettin und Stuttgart, gab aber keine energischen Direktiven. Als die ersten Gegenbefehle aus dem Hauptquartier eintrafen, wirkte er hilflos.

Vom I. R. 9 aus Potsdam waren – wie schon am 15. Juli – vier jüngere Offiziere angefordert worden, die im Restaurant «Esplanade» auf den Befehl gewartet hatten und jetzt im Bendlerblock eingesetzt wurden: Hauptmann Fritzsche, die Oberleutnants von Hammerstein und von Kleist sowie der Leutnant von Oppen, die als Ordonnanzoffiziere zur Verfügung standen.

Eine andere Gruppe von Offizieren hielt sich jedoch zurück, ohne allerdings sofort zu Gegenmassnahmen zu schreiten.

Nach 17 Uhr erschien der SS-Oberführer Dr. Humbert Achamer-Pifrader in der Bendlerstrasse und verlangte Stauffenberg zu sprechen. In Wirklichkeit hatte er vom Reichssicherheitshauptamt den Auftrag, Stauffenberg, der von Himmler als der mutmassliche Attentäter gemeldet worden war, unauffällig festzunehmen. Aber Stauffenberg liess Pifrader samt Begleitung einsperren. Das gleiche widerfuhr dem General von Kortzfleisch, der sich weigerte, die Aktion zu unterstützen. Als sein Nachfolger wurde General Karl Freiherr von Thüngen eingesetzt. Kortzfleisch machte einen Fluchtversuch, wurde aber wieder ergriffen. Das Erscheinen Pifraders in Begleitung von zwei Kriminalkommissaren zeigte, dass man im Reichssicherheitshauptamt zu dieser Zeit – gegen 17 Uhr – immer noch annahm, es handele sich um eine Einzelaktion Stauffenbergs.

Um 17.30 Uhr hatten alle aufgerufenen Truppenteile in Berlin und der Umgebung Berlins ihre Einsatzbefehle und befanden sich zum Teil auf dem Marsch. Jedoch verzögerte sich der Anmarsch, so dass etwa fünf Stunden nach dem Attentat die befohlenen Positionen noch nicht

eingenommen waren. Die Generäle Karl Wilhem Specht, Wilhelm Strecker und Walter Kuntze waren noch von Fromm zu einer dienstlichen Beratung bestellt worden. Als sie sich gegen die Aktion stellten, wurden sie ebenfalls festgesetzt, konnten aber gegen 20.20 Uhr entweichen.

Nach 18 Uhr gingen der zweite Grundbefehl und weitere Zusatzbefehle an die Wehrkreisbefehlshaber: Besetzung von Ämtern und Verkehrszentren, Verhaftung von Naziführern, Besetzung der Konzentrationslager. Die Befehle trafen zumeist auf Überraschung, Unentschlossenheit, Zögern. Da nur wenige der Wehrkreisbefehlshaber eingeweiht waren, war die Durchführung in den meisten Fällen in Frage gestellt, zumal im Laufe des Abends auch im Führerhauptquartier klar wurde, dass es sich um einen Aufstand handelte und darum die ersten Gegenbefehle erlassen wurden.

Um 18.30 Uhr traf in der Bendlerstrasse endlich die Meldung ein, dass das Regierungsviertel von drei Kompanien des Wachbataillons abgeriegelt sei. Bis 19 Uhr erreichten die Einheiten der Feuerwerkerschule und der Waffenmeisterschule ihre Stützpunkte im Zeughaus und im Schloss. Noch war aber das Gros der Truppen nicht angelangt, die ersten Panzer trafen erst gegen 19.30 Uhr in der Innenstadt ein. Es gab am Abend immer noch keine Meldungen über die Besetzung der Reichskanzlei, des Propagandaministeriums, des RSHA und vor allem des Rundfunks. Entgegen dem ständigen Drängen Becks behandelten die Verschwörer die Besetzung der Rundfunkanlagen so wie jede andere Frage, anstatt diese Aufgabe besonders energisch und zielstrebig zu lösen. So kam es, dass das Rundfunkhaus in der Berliner Masurenallee, die Sendeanlagen in Königs Wusterhausen und der Deutschlandsender in Herzberg zwar militärisch besetzt, aber nicht in den Dienst des Aufstandes gestellt wurden. Offensichtlich hat auch Stauffenberg diese Frage unterschätzt, weil er vor allem die militärische, und weniger die politische Seite im Auge hatte, ganz davon abgesehen, dass er in diesen Stunden in aussergewöhnlichem Masse beansprucht war. Aber damit ist bereits eine Frage berührt, die auf die Ursachen für das Scheitern des Unternehmens hinweist. Im Führerhauptquartier war unterdes um 16.00 Uhr der Sonderzug mit Mussolini eingetroffen. An der Begegnung mit dem italienischen Faschistenchef nahmen Göring, Ribbentrop, Admiral Karl Dönitz und andere Naziführer teil. Während Hitler sich als von der «Vorsehung» gerettet und damit für noch zu lösende grosse Aufgaben aufgespart pries, überboten sich die Anwesenden gegenseitig in Ergebenheitskundgebungen. Gegen 18.00 Uhr geleitete Hitler seinen Gast wieder zum Bahnhof.

Nach der Aufhebung der Nachrichtensperre und nach Durchgabe der ersten Walküre-Befehle war es mehrfach zu telefonischen Rückfragen verschiedener Kommandeure im Führerhauptquartier gekommen. Allmählich entstand hier Gewissheit, dass eine grössere Aktion im Gange sei, als man zuerst vermutet hatte. Gegen 17 Uhr ernannte Hitler den Reichsführer SS Himmler an Stelle Fromms zum Befehlshaber des Ersatzheeres und befahl ihm, sofort nach Berlin zu fliegen. Zwischen 18.28 Uhr und 19.01 Uhr verbreitete der Rundfunk mehrmals eine Sondermeldung von dem fehlgeschlagenen Attentat.

Die Mitteilung, dass Hitler nur leicht verletzt sei und dass er bald zu Volk und Wehrmacht sprechen werde, verstärkte die Unschlüssigkeit unter den Kommandeuren und verzögerte die Durchführung der befohlenen Massnahmen noch mehr. Es häuften sich Anfragen bei Stauffenberg, worauf er antwortete, die Mitteilung des Rundfunks sei irreführend, das Heer habe die Macht übernommen und die Walküre-Befehle seien durchzuführen. Da inzwischen Keitel auf Anfragen einzelner Kommandeure die Boykottierung der Berliner Befehle angewiesen hatte, veranlasste Stauffenberg gegen 19.15 Uhr die Durchgabe eines dringlichen Fernschreibens an alle Wehrkreise und Befehlshaber, in dem die Aussagen Keitels dementiert und die Kommandeure zum tatkräftigen Handeln aufgefordert wurden. Doch auch in der Bendlerstrasse griff offensichtlich die Überzeugung um sich, dass Hitler noch lebe. Dennoch war Stauffenberg – unterstützt von seinen Freunden Mertz, Haeften, Olbricht und anderen – auch in diesen Stunden der Motor der Aktion, der unermüdlich tätig war, um den Umsturzversuch doch noch zum Erfolg zu führen.

Gegen 20.00 Uhr traf Witzleben im Bendlerblock ein. Er suchte sofort Beck auf und hatte mit ihm eine persönliche Unterredung, etwas später wurden noch Stauffenberg und Schwerin hinzugezogen. Witzleben kritisierte scharf die Unzulänglichkeiten der bisher getroffenen Massnahmen, vor allem, dass kein energischer Einsatz der Truppen erfolgte – «Schöne Schweinerei, das!» –, und verliess gegen 20.45 Uhr die Bendlerstrasse. Er sah die Aktion als gescheitert an und fuhr zurück zu Friedrich-Wilhelm Graf zu Lynar auf Gut Seese, Kreis Calau, wo er später verhaftet wurde.

In Berlin und Umgebung hatten die Truppen das Regierungsviertel abgesperrt und das OKH-Gebäude in der Bendlerstrasse gesichert. Andere Verbände hatten Positionen in der Innenstadt – im Zeughaus, am Schloss, an der Siegessäule – eingenommen und warteten auf weitere Einsatzbefehle. Ein dritter Teil befand sich noch auf dem Marsch.

Jedoch waren die Erstziele nicht erreicht: Ministerien, Reichskanzlei und Gestapohauptquartier waren nicht besetzt, die in Berlin befindlichen Naziführer nicht verhaftet, der Rundfunk nicht stillgelegt bzw. in den Dienst des Aufstandes gestellt, die SS nicht entwaffnet. Kostbare Zeit war verstrichen, die der zunächst ahnungslosen Gegenseite zustatten kam. Stauffenberg und Olbricht waren in ihren Plänen davon ausgegangen, dass die aufgerufenen Truppen schnell und exakt handeln würden, was wiederum hauptsächlich von der Haltung ihrer Offiziere abhing. Aber hier lag der schwächste Punkt der militärischen Planung. Gegen 20.15 Uhr meldete Major Egbert Hayessen, dass die Aktion in Berlin nicht vorankomme. Das Wachbataillon zögere, und sein Kommandeur Remer befinde sich bei Goebbels. Oberst Fritz Jäger, der beauftragt sei, Goebbels auszuheben, habe keine Soldaten für den Stosstrupp zur Verfügung. Damit deutete sich bereits die Wende an.

In den Wehrkreisen herrschten Unsicherheit und Zögern, man wartete ab, verstärkte höchstens die Hauswachen, in einigen wenigen Fällen wurden auch Truppen in Alarmbereitschaft versetzt. Einige Wehrkreiskommandeure berieten sogar mit ihren NSDAP-Gauleitern, was zu tun sei.

Ansätze zu ernsthaftem Handeln gab es in Wien und Paris. Beim Wehrkreiskommando XVII Wien waren der Oberst Rudolf Graf von Marogna-Redwitz und der Hauptmann Karl Szokoll in die Verschwörung eingeweiht. Der Chef des Stabes, Oberst i. G. Heinrich Kodré, veranlasste die Auslösung der Walküre-Alarme und benachrichtigte den abwesenden Kommandierenden General, Hans-Karl Freiherr von Esebeck. Esebeck gehörte nicht zu den Aufständischen, aber als er nach Rückfrage in Berlin hörte, dass Stauffenberg, den er von der 1. Leichten Division her kannte, einer der Führer sei, war er zum Handeln bereit. Alle SS-, NSDAP- und Polizeiführer wurden zu einer dringenden Besprechung in das Wehrkreiskommando eingeladen, dort festgesetzt und von Soldaten des Heeres bewacht. Als Hitlers Überleben bekannt und in weiteren Fernschreiben die Einsetzung der Politischen Beauftragten angeordnet wurde und dabei die Namen früherer österreichischer Politiker auftauchten, breitete sich Unsicherheit aus. Als Keitel telefonisch anwies, alle eingeleiteten Massnahmen rückgängig zu machen, folgte Esebeck diesem Befehl. Er entschuldigte sich bei den Festgenommenen und liess sie frei.

In Paris hatte Hofacker gegen 16.30 Uhr einen Anruf Stauffenbergs erhalten. Generalleutnant Carl-Heinrich von Stülpnagel und er erteilten ohne Wissen des Oberbefehlshabers Kluge noch vor 18.00 Uhr die vor-

bereiteten Befehle: Alarmierung von Truppen, Besetzung wichtiger Gebäude, Festnahme der SS- und SD-Führer. Gegen 18.15 Uhr versuchte Beck in einem Telefongespräch vergeblich, Kluge zum Mitgehen zu gewinnen. Auch in der folgenden Offiziersbesprechung verweigerte er sich. Als Stülpnagel und Hofacker noch einmal in ihn drangen, bemerkte er nur: «Ja, wenn das Schwein tot wäre». Gegen 22.30 Uhr begann – ohne Wissen Kluges – die Verhaftung der Naziführer. Im schnellen Zugriff wurden etwa 1'200 SS-, SD- und Gestapoführer festgenommen. Widerstand gab es nicht, nur wenige konnten fliehen. Obwohl die meisten der beteiligten Heeresoffiziere nicht in die Verschwörung eingeweiht waren, führten sie die Befehle konsequent aus, als sie begriffen, dass es gegen SS und Gestapo ging.

Doch die Wende vollzog sich in Berlin. Gegen 22.45 Uhr erhielt Oberst Hans-Otfried von Linstow, Chef des Stabes bei Stülpnagel, von Stauffenberg die telefonische Mitteilung, dass alles verloren sei.

Während der befohlenen Bewegungen des Wachbataillons in Berlin war der Leutnant Hans Hagen, ein Mitarbeiter des Propagandaministeriums, der vor den Unterführern der Einheit einen Vortrag gehalten hatte, gegen 17.30 Uhr zu Goebbels gefahren, um ihn von den Vorgängen zu informieren. Goebbels wusste zwar von dem Attentat, aber noch nichts von den militärischen Aktionen im Reich und in den besetzten Gebieten. Er befahl sofort Remer zu sich und veranlasste die Alarmierung der SS-Leibstandarte «Adolf Hitler» in Berlin-Lichterfelde. Ohne Wissen seines Vorgesetzten von Hase fuhr Remer um 19.00 Uhr zu Goebbels, dem er versicherte, treu zum «Führer» zu stehen. Goebbels stellte eine direkte Telefonverbindung zu Hitler her, der Remer befahl, den Putsch niederzuschlagen, ihn mit allen Vollmachten ausstattete und zum Oberst beförderte. Auf Befehl Remers versammelte sich ein Teil des Wachbataillons im Garten des Goebbelsschen Hauses, Hermann-Göring-Str. 20, wo der Minister eine «aufrüttelnde» Ansprache hielt und die «Verräter» beschimpfte. Remer schickte Melder zu den Truppenteilen in der Stadt und auf den Anmarschstrassen mit dem Befehl zur Rückkehr in ihre Standorte. Um 21.30 Uhr verliessen die letzten Panzer die Innenstadt.

Gegen 22.00 Uhr – als in Paris erfolgreich die Verhaftungen begannen – musste Olbricht im Bendlerblock die Offiziere auffordern, den Schutz des Hauses selbst zu übernehmen, da die Wachmannschaft auf Befehl Remers abgezogen war. Gegen 22.40 Uhr traf eine Kompanie der Heereswaffenmeisterschule zur Sicherung des Gebäudes ein. Doch kurz danach rückten Teile des inzwischen «umgedrehten» Wach-

bataillons an, die die Soldaten der Waffenmeisterschule zunächst entwaffneten und die Ausgänge des Gebäudekomplexes besetzten.

Olbricht hatte ein letztes Gespräch mit seinem Schwiegersohn Georgi, bevor dieser noch das Gebäude verlassen konnte: «Sollen wir jetzt bekennen, dass wir gesündigt haben? Nein – *wir haben das Letzte gewagt für Deutschland!* Ich weiss nicht, wie eine spätere Nachwelt mal einst über unsere Tat und über mich urteilen wird, ich weiss aber mit Sicherheit, dass wir alle frei von irgendwelchen persönlichen Motiven gehandelt haben und nur in einer schon verzweifelten Situation das Letzte gewagt haben, um Deutschland vor dem völligen Untergang zu bewahren. Ich bin überzeugt, dass unsere Nachwelt das einst erkennen und begreifen wird.»[43]

Diese Wendung war für jene Gruppe von Offizieren, die sich bisher passiv verhalten hatte, das Zeichen, nunmehr ihrerseits zu handeln, um nicht als Teilnehmer des jetzt offenkundig gescheiterten Unternehmens zur Verantwortung gezogen zu werden. Um 22.50 Uhr drang eine Gruppe von Offizieren und Unteroffizieren, an der Spitze die Oberstleutnants Franz Herber, Bolko von der Heyde, Karl Pridun und der Major Herbert Fliessbach, die sich von auswärts Maschinenpistolen, Handgranaten und Pistolen beschafft hatten, in Olbrichts Zimmer ein, wo sich Olbricht, Yorck, Berthold von Stauffenberg, Eugen Gerstenmaier und andere befanden. Auf Claus von Stauffenberg und Haeften wurde im Flur geschossen, wobei Claus Verletzungen erlitt. Es folgten einige Minuten lang Geschrei, Schiesserei und Handgemenge auf dem Flur und in den angrenzenden Räumen. Beck, Hoepner, die Brüder Stauffenberg, Olbricht, Mertz, Haeften, Yorck, Gerstenmaier, Schulenburg und die anderen Verschwörer wurden von Schwerbewaffneten in einen Raum gedrängt. Gegen 23.15 erschien Fromm, erklärte die Festgenommenen für verhaftet und forderte sie auf, ihre Waffen abzugeben. Beck richtete seine Pistole auf die eigene Schläfe, aber der Schuss war nicht tödlich. Auch ein zweiter Schuss brachte ihm nicht den Tod, so dass ein Feldwebel ihm den «Gnadenschuss» geben musste. Fromm verliess das Zimmer, kehrte aber nach kurzer Zeit zurück, um zu verkünden, dass ein von ihm berufenes Standgericht vier Offiziere zum Tode verurteilt habe: Oberst Mertz, General Olbricht, Oberst Stauffenberg und Oberleutnant Haeften, wobei er sich weigerte, die Namen Stauffenberg und Haeften auszusprechen. Fromm wollte damit die Mitwisser seiner eigenen schwankenden Haltung beseitigen, was ihn nicht davor bewahrte, einige Monate später selbst wegen «Feigheit» erschossen zu werden. Stauffenberg erklärte, dass er allein die Verantwortung trage,

dass die anderen nur als Soldaten ihre Pflicht erfüllt hätten. Die vier Gefangenen wurden in den Innenhof geführt und dort von einem Kommando einzeln vor einem Sandhaufen erschossen.

Auch unter den Eingeweihten in Potsdam hatte fieberhafte Spannung geherrscht, Gerüchte über das Scheitern des Unternehmens liefen um. «Die Offiziersschulen in den Aussenbezirken von Berlin hätten jedoch zu den Waffen gegriffen,» berichtete Marie Wassiltschikow, russische Emigrantin, Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt und Freundin der Familie von Bismarck in ihrem Tagebuch, «und befänden sich nun im Anmarsch auf Berlin. In der Tat hörten wir eine Stunde später die Panzer der Truppenschule Krampnitz auf ihrem Wege in die Hauptstadt durch Potsdam rollen. Wir lehnten uns aus den Fenstern, sahen ihnen nach und beteten. Auf den Strassen, die praktisch ausgestorben waren, schien niemand zu wissen, was vor sich ging. Gottfried [von Bismarck] erklärte immer wieder, er könne nicht glauben, dass Hitler unverletzt sei, sicherlich verberge man irgendetwas. ,..»[44]

Gegen ein Uhr nachts wurde die Rede Hitlers im Rundfunk übertragen. Im Tagebuch der Wassiltschikow hiess es dazu: «Um zwei Uhr früh steckte Gottfried den Kopf durch die Tür und sagte mit tonloser Stimme: «Kein Zweifel, er waresh Im Morgengrauen hörten wir abermals die Panzer aus Krampnitz vorbeirollen; sie kehrten in ihre Kasernen zurück, ohne etwas ausgerichtet zu haben.»[45]

3. Verfolgung und Terror

Die Leichen Becks, Stauffenbergs und der anderen drei Erschossenen wurden sofort auf den Friedhof der Matthäikirche in Schöneberg gebracht und dort in ihren Uniformen und mit allen Ehrenzeichen begraben, am nächsten Tag jedoch wieder hervorgeholt und verbrannt. Himmler erklärte später in einer Rede: «Ich habe dann den Befehl gegeben, dass die Leichen verbrannt wurden und die Asche in die Felder gestreut wurde. Wir wollen von diesen Leuten, auch von denen, die jetzt hingerichtet werden, nicht die geringste Erinnerung in irgendeinem Grabe oder an einer sonstigen Stätte haben.»[46]

Gegen ein Uhr übertrug der Rundfunk die Rede Hitlers, die schon vier Stunden lang angekündigt worden war: «Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und

zugleich mit mir den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten. Die Bombe, die von dem Oberst Graf von Stauffenberg gelegt wurde, krepierte zwei Meter an meiner rechten Seite... ich selbst bin völlig unverletzt bis auf ganz kleine Hautabschürfungen, Prellungen oder Verbrennungen. Ich fasse das als eine Bestätigung des Auftrages der Vorsehung auf, mein Lebensziel weiter zu verfolgen...» Beschimpfungen wechselten mit der Drohung: «Es ist ein ganz kleiner Klüngel verbrecherischer Elemente, die jetzt unbarmherzig ausgerottet werden.»[47]

Zur Untersuchung der Vorgänge und zu weiteren Ermittlungen bildete Himmler bei der Gestapo sofort eine «Sonderkommission 20. Juli», der 400 Beamte in elf Abteilungen angehörten und die bis zum Tode Hitlers arbeitete. Die Untersuchungsergebnisse wurden ständig von Kaltenbrunner an Martin Bormann, Chef der Parteikanzlei, weitergereicht und von ihm Hitler und anderen Naziführern vorgelegt. Von den Prozessen und den Hinrichtungen durch Erhängen machte man auf Befehl Hitlers Filmaufnahmen, die zu einem Propagandafilm zusammengestellt wurden, der aber nie zur öffentlichen Aufführung gelangte, weil Goebbels doch davon eine negative Wirkung befürchtete.

Einige der Verschwörer konnten zunächst untertauchen. Nach ihnen wurde gefahndet, so nach Goerdeler (1 Million Mark Belohnung), Lindemann (500'000 Mark Belohnung), Lehndorff (5'000 Mark Belohnung), Hauptmann Ludwig Gehre (von der Abwehr), Hanna Gehre, Leuschner, Ludwig und Kunrat von Hammerstein. Der Major Joachim Kuhn lief zur Roten Armee über. Viele Angehörige von Verschwörern wie auch von Mitgliedern der Bewegung «Freies Deutschland» kamen in Sippenhaft. So wurde am 3. August Ingeborg von Seydlitz, die Ehefrau des Generals, verhaftet, am 5. August ihre beiden ältesten Töchter. Um die gleiche Zeit wurde auch Gudrun Kortes, die Ehefrau des Generals, in Haft genommen.

Nach dem Scheitern entzogen sich einige Beteiligte durch Selbstmord den zu erwartenden Folterungen. General Henning von Tresckow begab sich am Morgen des 21. Juli zwischen die deutsch-sowjetischen Linien, täuschte durch Schüsse und eine Handgranatendetonation Gefechtslärm vor und nahm sich dabei das Leben. General Heinrich von Stülpnagel sollte sich in Berlin melden. Auf der Fahrt schoss er sich am 22. Juli eine Kugel in den Kopf, die ihn nicht tötete, aber den Sehnerv zerstörte. Er wurde am 30. August hingerichtet. Feldmarschall Günther von Kluge schrieb noch einen Brief an Hitler, in dem er dessen «Grösse» bewunderte, und nahm am 19. August Gift. Weiter nahmen

sich das Leben: Generalquartiermeister Eduard Wagner am 23. Juli, Major Ulrich von Oertzen am 21. Juli, Oberstleutnant Alexander von Voss am 8. November, Kurt Freiherr von Plettenberg am 10. März 1945. Dem Feldmarschall Erwin Rommel wurde am 14. Oktober auf Befehl Hitlers anheimgestellt, Selbstmord zu verüben oder vor Gericht zu erscheinen. Rommel verabschiedete sich von seiner Frau und seinem Sohn und nahm das Gift, das die Abgesandten Hitlers bereits mitgebracht hatten. Ein Staatsbegräbnis für den offiziell an einer «Embolie» Verstorbenen wurde inszeniert, auf dem Feldmarschall von Rundstedt – der die Hintergründe des makabren Schauspiels kannte – die Trauerrede hielt.

Als Oberstleutnant d. R. Carl-Hans Graf von Hardenberg am 24. Juli auf Schloss Neuhardenberg verhaftet werden sollte, schoss er sich zweimal in die Brust. Da die Schüsse ihn nicht töteten, wurde er in das Lazarett des KZ Sachsenhausen gebracht und verhört. Später berichtete er über die Solidarität seiner kommunistischen Mitgefangenen: «Meine kommunistischen Bettnachbarn instruierten mich: Reg dich gar nicht auf, Hans, sondern nur die anderen. Rede so wenig wie möglich bei heiklen Fragen, umso länger bei harmlosen. Verdächtige keinen Freund. Bekenne alles, worauf nicht Todesstrafe steht. Es ist egal, ob du lebenslanges Zuchthaus oder ein halbes Jahr Gefängnis erhältst. Beides dauert genauso lange wie das Dritte Reich. Nach zwölf bis fünfzehn Minuten zeige Atembeschwerden, antworte immer langsamer und schliesse die Augen.»[48] Er überlebte und wurde von der Roten Armee in Sachsenhausen befreit.

Als General Fellgiebel am Abend des 20. Juli von Keitel zum Rapport befohlen wurde, fragte ihn sein Ordonannzoffizier, Oberleutnant Hellmuth Arntz, ob er eine Pistole habe. Seine Antwort: «Man steht, man tut das nicht.»[49] Während seines Prozesses rief er dem Blutrichter Freisler zu, er möge sich mit dem Aufhängen beeilen, sonst werde er eher hängen als die Angeklagten.

Manche Verhafteten waren brutalen Folterungen ausgesetzt. Mit schmerzhaften Fesselungen, Schlägen, durch Hineintreiben von Nägeln in Fingerspitzen und Beine und andere Torturen wollten die Gestapobeamten Aussagen erzwingen. Später hat Fabian von Schlabrendorff eindringlich geschildert, wie solch eine Folterung in der Gestapozentrale vor sich ging.[50]

Schlabrendorff berichtete auch Folgendes über seine Haft: «Die Kalfaktoren, die kommunistisch eingestellt waren, bemühten sich mit viel Eifer, uns das Leben erträglich zu machen.»[51]

Um die Offiziere nicht vor ein Kriegsgericht stellen zu müssen, son-

dern sie vor dem «Volksgerichtshof» unter Vorsitz des berüchtigten Roland Freisler verurteilen lassen zu können, berief Hitler einen «Ehrenhof des Heeres», der die beteiligten Offiziere aus dem Heere ausstiess. Ihm gehörten an: Vorsitzender – Feldmarschall von Rundstedt; Beisitzer – Feldmarschall Keitel, Generaloberst Guderian, die Generale Schroth, Specht, Kriebel, Burgdorf und Maisel.

Der erste Prozess, über den in der Presse berichtet wurde, fand am 7. und 8. August 1944 statt. Die Angeklagten – von Witzleben, Hoepner, Stieff, von Hase, Bernardis, Klausing, von Hagen, Yorck von Wartenburg – wurden zum Tode durch den Strang verurteilt und am 8. August hingerichtet. Über Witzlebens mutiges Verhalten vor Freisler wurde schon berichtet.

Schutenburg stand am 10. August vor Gericht und trat dem Blutrichter ebenfalls mutig entgegen. Nachdem Freisler ihn während der Verhandlung ständig als «Verbrecher» und «Schurke» beschimpft hatte, sagte er einmal versehentlich «Graf Schutenburg». Sarkastisch verbesserte ihn dieser: «Schurke Schutenburg, bitte!» In seinem Schlusswort erklärte er ungebrochen: «Wir haben diese Tat auf uns genommen, um Deutschland vor einem namenlosen Elend zu bewahren. Ich bin mir klar, dass ich daraufhin gehängt werde, bereue meine Tat aber nicht und hoffe, dass sie ein anderer, in einem glücklicheren Augenblick, durchführen wird.»[52] Er starb am gleichen Tage zusammen mit Berthold von Stauffenberg.

Trott wurde am 25. Juli verhaftet und stand am 15. August zusammen mit Werner von der Schutenburg und Hans-Bernd von Haeften, dessen Bruder bereits in der Nacht des 20. Juli erschossen worden war, vor dem «Volksgerichtshof». Sie verteidigten dem tobenden Freister gegenüber mutig ihre Überzeugung. Als Haeften gefragt wurde, warum er dem Führer die «Treue» gebrochen habe, antwortete er, weil er ihn für den Vollstrecker des Bösen in der Geschichte halte.[53] Alte drei wurden zum Tode verurteilt; Haeften starb noch am gleichen Tage am Strang, Trott am 26. August, Schutenburg am 10. November. Die Frauen Barbara von Haeften und Clarita von Trott wie auch die Frauen der anderen Inhaftierten wurden ebenfalls verhaftet und von ihren Kindern getrennt.

Der zweite Prozess, über den in der Presse berichtet wurde, fand am 7. und 8. September statt und endete ebenfalls für alte Angeklagten mit dem Todesurteil: Goerdeler, der nach mehrwöchiger Flucht am 12. August auf Grund einer Denunziation einer Stabshelferin in Westpreussen in die Hände der Gestapo gefallen war, starb am 2. Februar

1945, nachdem die Nazibehörden ihm noch seine Gedanken für eine Nachkriegsordnung abverlangt hatten.

Leuschner wurde am 29. September hingerichtet, Hassell, Wirmer und Lejeune-Jung am 8. September. Maass und Reichwein fielen am 20. Oktober dem Blutterror zum Opfer. Noch am 5. Oktober hatte Reichwein seine Frau um ein anderes Hemd gebeten, da das gebrauchte «Blutspuren von Misshandlungen» aufwies.[54] Leber, von Freisler während des Prozesses der «Lenin der deutschen Arbeiterbewegung» genannt,[55] hatte seinen Prozess ebenfalls am 20. Oktober, wurde aber erst am 5. Januar 1945 gehenkt. Auch er trug Spuren von schweren Misshandlungen.

Hofacker erklärte vor dem «Volksgerichtshof»: «Ich bedaure, nicht an der Stelle meines Vetters Stauffenberg gewesen zu sein, der durch eine schwere Kriegsverletzung verhindert war, die Tat zu vollenden.»[56] Als Freisler ihm das Schlusswort abschneiden wollte, betonte er: «Sie sollten jetzt schweigen, Herr Präsident, denn jetzt geht es um meinen Kopf, in einem Jahr um den Ihren.»[57] Er wurde am 20. Dezember hingerichtet.

Der Prozess gegen Moltke, Delp, Gerstenmaier, Sperr, Reisert und Fugger fand vom 9. bis 11. Januar statt. Moltke und Sperr wurden am 23. Januar hingerichtet, Delp am 2. Februar, die anderen erhielten Freiheitsstrafen.

Zu den letzten Opfern gehörten Popitz am 2. Februar, Fritz Goerdeler, Bruder von Carl, am 1. März, Oster, Canaris, Gehre, Sack und Dietrich Bonhoeffer am 9. April, Kleist-Schmenzin am 16. April, Klaus Bonhoeffer am 22. April. Jakob Kaiser konnte sich in Potsdam-Babelsberg verborgen halten und überlebte. Poelchau entging ebenfalls der Verhaftung, weil seine Beteiligung am Kreisauer Kreis von niemandem preisgegeben wurde. Er schrieb über sich selbst, dass er zwanzig Angehörige des 20. Juli «ungehindert bis zu ihrer Hinrichtung besuchen [konnte], weil alle Beteiligten – wie auf Abmachung – der Gestapo gegenüber von meiner Arbeit schwiegen. Das gilt auch für meine Beteiligung am «Kreisauer Kreis». Ich bin der einzige, der nicht in der Anklageschrift des «Kreisauer Kreises» genannt worden ist. Eine Reihe von Mitgliedern wurde genannt; sie sind aber nicht verhaftet worden. Ich aber stand nicht in der Liste, wahrscheinlich weil – wie Helmuth von Moltke in seiner humorvollen Art zu sagen pflegte – sich alle durch meine Erhaltung eine Rückversicherung für ihren Gefängnisaufenthalt schaffen wollten.»[58] Als Gefängnispfarrer schuf er Kontakte zwischen den Eingekerkerten, übermittelte Nachrichten und schleuste Briefe und Lebensmittel heraus und hinein.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem 20. Juli fielen etwa 160 bis 180 Menschen dem faschistischen Terror zum Opfer, von denen 110 hingerichtet und 15 zum Selbstmord getrieben wurden. Darüber hinaus nahm die Naziführung den 20. Juli zum Anlass für eine umfassende Verhaftungs- und Ausrottungsaktion – genannt «Gitter» – gegen alle, die für eine Volkserhebung oder für eine künftige demokratische Neugestaltung Deutschlands in Frage kamen. Diese Terrorwelle erfasste auch Menschen, die nichts mit dem 20. Juli zu tun hatten.

4. Widerhall

Am 23. Juli 1944 übermittelte das Reichspropagandaministerium ein streng vertrauliches Fernschreiben an alle Gauleiter und Gaupropagandaleiter der NSDAP, in dem angewiesen wurde: «Als spontane Willensäusserung unseres Volkes auf das ruchlose Attentat gegen den Führer ist in den nächsten Tagen in allen Gauen und Kreisen des Reiches eine Welle von Treuekundgebungen für den Führer durchzuführen.»[59] Die Richtung dafür gab Goebbels selbst, als er in einer Rede kurz nach dem Attentat nicht nur die Aufständischen als Verbrecher beschimpfte, sondern zugleich die «Errettung des Führers» mystisch verklärte: «Im ganzen Raum gab es nur eine einzige Stelle innerhalb der enormen Detonationswelle, die davon verhältnismässig unberührt blieb, und das war die, an der der Führer am Kartentisch sass. Teilnehmer der Besprechung sind durch die Kraft der Explosion viele Meter weit aus dem Fenster herausgeschleudert worden. Ich kann nur sagen, dass, wenn die Errettung des Führers aus höchster Lebensgefahr kein Wunder war, es überhaupt keine Wunder mehr gibt.»[60]

Zu dieser «Welle von Treuekundgebungen» kam es tatsächlich, und es bedurfte zu ihrer Realisierung keiner besonderen Pressionen. Dem vom 24. Juli datierten Bericht des Sicherheitsdienstes an Bormann über die «stimmungsmässigen Auswirkungen des Anschlages auf den Führer» kommt trotz mancher Übertreibungen und Verzerrungen ein Wahrheitsgehalt zu, wenn darin von einer «schockartigefn] Aufregung der Bevölkerung» über das Attentat gesprochen und weiter festgestellt wird: «Die Volksgenossen sind glücklich, dass sich aus dem Anschlag keine schlimmeren Folgen ergeben haben, vor allem darüber, dass keine Auswirkungen auf die Fronten entstanden sind.

Die weiter aus allen Reichsteilen vorliegenden Meldungen lassen

durchweg erkennen, dass sich die Bevölkerung in der *Verurteilung des Verbrechens, in der Freude über die Fettung des Führers und in der Hoffnung auf durchgreifende Massnahmen so einig ist, wie dies kaum bei irgendeinem Ereignis des Krieges der Fall gewesen ist...*

Die auch im Rundfunk und in den Zeitungen besonders herausgestellte Tatsache, dass der Führer wie durch ein Wunder gerettet worden sei, hat vorwiegend bei den Frauen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Die Volksgenossen glauben jetzt mehr noch als früher an die grosse Sendung des Führers und seinen ihm vom Schicksal gestellten Auftrag (z.B. Strassburg, Hamburg u.a.)

Nur in ausgesprochenen Einzelfällen wird der Anschlag nicht scharf verurteilt...

Ermittlungen aus etwa 200 Berliner Betrieben ergaben ein geschlossenes Treuebekenntnis zum Führer...

Aus der Rede von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley haben allgemein die Ausführungen interessiert, die die näheren Umstände des Attentats (z.B. engl. Ursprung der Bombe) und die Persönlichkeit des Attentäters (Mutter: russische Bolschewistin, Frau: Polin) schilderten. Der übrige Inhalt der Rede sei nicht einheitlich aufgenommen worden...

Unter den Volksgenossen machen sich teilweise klassenkämpferische Tendenzen bemerkbar, die teilweise auch die Rede Dr. Leys in diesem Sinne ausdeuten. Die Bevölkerung der verschiedensten Gaue äussert sich in scharfen Worten gegen die ‚Hohen', ‚Grosskopfeten' und ‚Monokelfritzen' (z.B. Berlin, Kiel, Stettin, Wien u.a.). ‚Das ist der Dank dafür, dass diese Herren durch den Führer überhaupt wieder eine Rolle spielen konnten*...

Oft werden Vergleiche angestellt mit den Massnahmen Stalins, der alle unzuverlässigen Offiziere und Gegner der Intelligenz kurzerhand beseitigt habe. Diese Methode sei jedenfalls sicherer gewesen, wie die von unserer Führung geübte Nachsicht...»[61]

Hier haben wir es also sogar mit einer Stärkung der Idee des «nationalen Sozialismus» gegen die «Reaktion» zu tun! Zweifellos muss die Stellung zum 20. Juli im Zusammenhang mit der Depression gesehen werden, die weite Kreise des Volkes im Sommer 1944 angesichts der düsteren Kriegslage und der sich spürbar verschlechternden Lebensverhältnisse erfasst hatte. Dazu kam die zunehmende Furcht vor der Rache und Vergeltung der Sieger für die Schandtaten des Naziregimes. Man wusste genug davon, um sich ausrechnen zu können, was mit den Deutschen geschehen würde, wenn die Sieger nach dem Wort «Auge um Auge, Zahn um Zahn» verführen. Grosse Teile des Volkes schenkten

den Goebbelsschen Angstparolen auch dann noch Glauben, als man die verlogene Nazipropaganda im Grossen und Ganzen längst durchschaut hatte. Viele meinten, im Scheitern des Attentats das Anzeichen einer schicksalhaften «Wende» erblicken zu können, da der «Führer-Mythos noch immer wirkte. Nicht wenige meinten zugleich, die militärischen Niederlagen der Jahre 1943/44 seien bereits das Werk der «Verräter» gewesen, die nun endlich ausgemerzt würden.[62] Jedenfalls war das Attentat bei der Mehrheit der Bevölkerung und der Wehrmachtsangehörigen «nicht populär», wie eine nach dem Krieg vorgenommene Analyse interner Stimmungsberichte verschiedener Nazidienststellen ergeben hat.[63] Andererseits wurden alle Äusserungen des Bedauerns über das Misslingen des Attentats mit dem Tode bestraft; das «Mordregister» des Reichsjustizministeriums gibt darüber Auskunft.[64]

Wie reagierte man im Ausland auf die deutschen Ereignisse?

In der Sowjetunion wurden die Meldungen über das Attentat auf Hitler von Rundfunk und Presse zunächst sachlich-zurückhaltend verkündet, lösten aber in der Bevölkerung ziemliche Erregung aus, da sie Hoffnungen auf ein schnelleres Kriegsende nährten.[65] Der Historiker Daniil Melnikow, damals im sowjetischen Informationswesen tätig, sagte in einem Fernsehinterview: «Die erste Reaktion aus Moskau war positiv für die Attentäter. Denn ich dachte sofort darüber nach, dass so eine Tat wie die Beseitigung Hitlers den Krieg verkürzen könnte...In dieser Hinsicht war der Kommentar des Moskauer Rundfunks, kann man sagen, etwas Neues aus dem Hitler-Reich, etwas Ermutigendes.»[66] Nachdem der Moskauer Rundfunk am Abend des 20. Juli über das Attentat informiert hatte, veröffentlichte die «Prawda», das Organ des Zentralkomitees der KPdSU, am 21. Juli auf ihrer letzten Seite die TASS-Meldung «Attentat auf Hitler», in der mitgeteilt wurde, dass am 20. Juli 1944 ein Sprengstoffattentat auf Hitler verübt worden sei, dass dieser Verletzungen erlitten, aber überlebt habe. Am nächsten Tag erschien ein ausführlicherer Bericht «Die Ereignisse in Deutschland», in dem u.a. die Reden bzw. Erklärungen von Hitler, Göring und Dönitz kommentiert wurden: «Leitmotiv aller dieser Reden war die Forderung nach vollständiger Unterordnung sowohl der deutschen Armee als auch des gesamten Hinterlandes unter die Hitlerregierung.»[67] Der Bericht sprach von einem «Aufstand» und nahm eine Wertung vor, die auch in der Folgezeit für die Einschätzung bestimmend blieb: «Der Verlauf der Ereignisse zeigt, unabhängig davon, ob es gelungen ist, den Aufstand niederzuschlagen oder nicht, dass sich in Deutschland ein tiefer Riss im Hit-

lerschen Gebäude herausgebildet hat, der die Faktoren seines Zusammenbruchs fördert.»[68] Am 23. Juli berichtete die Zeitung erneut über den «innerpolitischen Kampf in Deutschland». Da man auch Ansichten und Vermutungen ausländischer Korrespondenten zitierte, blieb bei vielen Menschen immer noch die Hoffnung, dass ein Umsturz in Deutschland das baldige Ende des Krieges bringen würde.[69] Wenn der «Prawda»-Bericht noch am 24. Juli unter der Überschrift stand «Der Kampf in Deutschland geht weiter», dann drückte sich auch darin diese Erwartung aus. Es wurde auf Anzeichen verwiesen, dass die Bewegung nicht völlig niedergeschlagen und ein neuer Aufschwung möglich sei.[70] Ähnlich lauteten auch die Rundfunkberichte und -kommentare. So sprach der Sender Moskau davon, dass «die Ereignisse in Deutschland eine sehr ernste Wendung angenommen haben. Es ist augenscheinlich, dass Deutschland heutzutage unter dem Zeichen einer politischen Krisis lebt. Unter dem Eindruck der erlittenen Niederlage artete diese Krisis in die offene Auflehnung eines Teiles der deutschen Generalität aus.»[71]

In der sowjetischen Öffentlichkeit war man davon überzeugt, dass es sich bei der Aktion nicht um eine «ganz kleine Clique ehrgeiziger, verbrecherischer, Offiziere» handelte, wie Hitler in seiner Rede behauptet hatte, sondern um den Aufstand einer grösseren Gruppe einflussreicher und verantwortungsbewusster Persönlichkeiten der Führungsschicht als Ausdruck der inneren Krise des Regimes. Die Aufnahme der Meldungen über die Vorgänge in Deutschland waren aber auch stark von der Frage bestimmt, ob es sich um wirkliche Widerstandsaktionen gegen das Hitlerregime handelte. Man darf nicht vergessen, dass – angesichts der Erfahrungen mit den Deutschen – zu dieser Zeit nicht nur die Führung, sondern auch der übergrosse Teil der Bevölkerung den Sieg über Nazideutschland als erste Voraussetzung für den Frieden ansah. Für viele waren die Deutschen Faschisten und Mörder, so D. Melnikow über die damalige Stimmung. «Und deshalb war es natürlich schwerverständlich, dass das geschehen konnte in Deutschland»[72]. Während die «Prawda» mit Sympathie und Hoffnung über den 20. Juli berichtete, gab es andererseits kaum eine Nummer der Zeitung, die nicht auch die Losungen enthielt: «Tod den deutschen Eroberern!», «Tod den deutschen Okkupanten!» In der Armeezeitung «Krasnaja zvezda» [Roter Stern] äusserte sich der Schriftsteller Ilja Ehrenburg abfällig über die Verschwörung der deutschen Generale, betonte, dass die Entscheidung nur auf dem Schlachtfeld fallen könne und begrüsste die «Errettung» Hitlers, damit dieser «selbst noch Zeuge des endgültigen Zusammenbruchs des Dritten Reiches» werden könne.[73]

In den zuständigen sowjetischen Führungsstellen wusste man, dass in Deutschland ausser der illegal wirkenden KPD auch eine Anti-Hitler-Opposition existierte, der auch höhere Offiziere angehörten und die einen Staatsstreich plante. Exakte Details jedoch waren nicht bekannt, eine Verbindung zu ihr gab es nicht.[74] Bald jedoch kamen die Meldungen von dem Scheitern der Erhebung, und die sowjetischen Medien erwähnten die Ereignisse immer seltener.[75]

Im Nationalkomitee «Freies Deutschland» wurde die Aktion mit grossen Erwartungen begrüsst. General Martin Lattmann, der wenige Stunden nach der Meldung vom Attentat im Sender «Freies Deutschland» sprach, schätzte 1964 seine und seiner Kameraden Auffassung so ein: «Wir waren vollauf im Recht, den Attentatsversuch als eine echte patriotische Tat, als einen schweren Schlag gegen den Hitlerismus, gegen den Krieg zu werten... Stauffenberg und seine mitverschworenen Offiziere gehörten damit zu uns.»[76] Ernst Kehler, Frontbevollmächtigter an der Leningrader Front, berichtete in seinen Erinnerungen: «Die Nachricht... erreichte mich in einer Stellung in einem sumpfigen Wald. Immerhin war das ein Zeichen, dass der Widerstand gegen Hitler auch in militärischen Kreisen in Deutschland spürbar wurde... Einzelheiten darüber erfuhren wir zunächst nicht im gewünschten Umfang... Aber vom ersten Augenblick an war für uns klar: Es war eine mutige antifaschistische Tat, die wir hoch anerkannten und achteten. Sie weckte bei uns neue Hoffnungen auf weiteren verstärkten Widerstand... .»^

Es war in der KPD-Führung in Moskau vor allem Rudolf Herrnstadt, der in der Aktion vom 20. Juli nur ein reaktionäres Komplott erblickte, aber die grosse Mehrheit der Mitglieder des ZK der KPD sowie des NKFD und des BDO hoffte, dass nun auch der offene Kampf in Deutschland selbst begonnen habe. Wolfgang Leonhard schrieb in seinen Erinnerungen: «Endlich! dachte ich. Nun ist in Deutschland selbst der Kampf gegen Hitler ausgebrochen. Der Krieg wird beendet werden, und Deutschland bleibt von der Besetzung verschont. Die Zielsetzung des Nationalkomitees war also doch richtig, und Unrecht hatten diejenigen, die ä la Ehrenburg die Nazis mit den Deutschen gleichsetzten.»[78] Bereits am 21. Juli forderte Ackermann im Sender «Freies Deutschland» die Generäle auf, der Gefahr eines neuen 30. Juni 1934 entgegenzutreten: «Jetzt untätig dem Wüten der Hitlerbanden zuzusehen, das würde bedeuten, sich selbst aufzuopfern und das Vaterland ins Verderben stürzen zu lassen... Sie, Generale der Wehrmacht, Sie wissen: Die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht sind die entscheidende Kraft. Sie sind die Waffenträger. Gegen ihren entschlossenen Willen

kann sich das Hitlerregime keinen Tag länger an der Macht halten.»[79] Walter Ulbricht erläuterte in dem Leitartikel «Alle Waffen gegen Hitler» die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns aller Hitlergegner und betonte in diesem Zusammenhang: «Es wäre unverzeihlich, wenn ein Antifaschist aus Misstrauen gegen Generäle passiv beiseite stände... Beurteilen wir die Menschen nach ihren heutigen Taten gegen Hitler. Solidarität aller Hitlergegner ist das oberste Gesetz des Handelns. «®°

Das NKFD veröffentlichte am 23. Juli einen Aufruf an das deutsche Volk und an die Wehrmacht, in dem auf die Haltung der Generale, die an der Ostfront sich der Bewegung «Freies Deutschland» angeschlossen hatten, verwiesen und die Verbindung zum 20. Juli gezogen wurde: «Nun sind auch in Deutschland verantwortungsbewusste Generale zum Sturm gegen Hitler angetreten... Jetzt muss der Sturm im ganzen Volk entfacht werden. Alle Waffen der Wehrmacht, alle Kraft im Lande zum Einsatz gegen Hitler und seine Mitverschworenen für die Rettung der Nation!»[81]

General Otto Kortes, dessen Schwager Oberst Mertz von Quirnheim zusammen mit Stauffenberg und anderen noch in der Nacht vom 20. zum 21. Juli erschossen worden war, wandte sich am 28. Juli über den Sender «Freies Deutschland» an das deutsche Offizierskorps: «Der Kampf gegen Hitler und sein todbringendes System muss mit den Waffen in der Hand aufgenommen werden. Dass es verantwortungsbewusste Generale und Offiziere gibt, dass es todesmutige deutsche Männer gibt, die das Gebot der Stunde erkannt haben und zum Handeln bereit sind, haben die Ereignisse des 20. Juli gezeigt.»[82]

Der 20. Juli und die Hinrichtung Witzlebens und anderer Offiziere gaben dem Feldmarschall Friedrich Paulus den endgültigen Anstoss, sich dem NKFD anzuschliessen.

Auch in anderen Ländern begrüssten deutsche Antifaschisten die Aktion. Die von deutschen Kommunisten und linken Sozialdemokraten sowie schwedischen Nazigegnern in Stockholm herausgegebene Zeitschrift «Politische Information» analysierte Bedeutung und Hintergründe und kam dabei zu bemerkenswerten Ergebnissen.[83] Sie setzte sich u.a. mit der nach dem 20. Juli erneut aufgezogenen sozialen Demagogie auseinander: «Feige und verbrecherisch morden sie unbequeme Offiziere und lassen täglich Dutzende Werktätige erschiessen und hinrichten, die für den Frieden sind; gleichzeitig machen sie die Gemordeten für Hitlers Niederlagenstrategie verantwortlich. Das ist ihre Methode, der politischen Krise des Regimes zu begegnen. Das Entsetzen vor der mordenden Clique der Machthaber soll die Opposition

lähmen. Die schwankenden Schichten sollen durch die «wunderbare Rettung» Hitlers dazu verleitet werden, zu glauben, es sei unmöglich, diesem Manne beizukommen... Die gemordeten Offiziere werden als Repräsentanten der bürgerlichen Reaktion hingestellt. Ley kramt eine alte Leier aus der Mottenkiste und sagt: «Das deutsche Volk verlangt heute, dass die Revolution alles nachholt, was sie versäumt hat».»[84]

In ihrer nächsten Nummer nahm die Zeitschrift grundsätzlich zur Frage des Bündnisses Stellung: «Die antinazistische Opposition hat die zum Handeln entschlossenen Offiziere als Bundesgenossen im Kampfe zum Sturz des Regimes begrüsst. In dieser Zeit der grössten Not unseres Volkes soll man nicht nach trennenden Faktoren suchen. Unser Land, unser Volk benötigt heute jeden, der in der Lage und gewillt ist zu handeln. Nicht Vergangenheit, Kastenzugehörigkeit oder politische Farbe sind jetzt massgebend für Sympathie und Antipathie, sondern allein der Einsatz im Kampf für die Rettung unseres Volkes. Nur ein Kampfbündnis der Hitlergegner aus allen Lagern schafft unter den obwaltenden Machtverhältnissen die Möglichkeit einer erfolgreichen Erhebung gegen das Kriegsregime. Verbinden sich Teile der Armee mit der kämpfenden Opposition in der Heimat, dann sind die Voraussetzungen des Sieges über die Verderber Deutschlands gegeben.»[85]

Die Zeitschrift griff auch die Frage der Ost- oder Westorientierung der bürgerlich-konservativen Opposition auf und betonte auch hier das Hauptziel: «Vom innerdeutschen Standpunkt aus steht zurZeit nicht die Frage, welche Front geöffnet werden soll, sondern es steht ausschliesslich die Frage des sofortigen Friedens. Das Regime stürzen, um für Deutschland zu retten, was noch gerettet werden kann, dieses und kein anderes ist das Leitmotiv aller revoltierenden Kreise. Alle anderen Fragen innen- und aussenpolitischer Art sind dieser einen untergeordnet.

Wohl werden auch in dieser Stunde noch gewisse Elemente nach Notausgängen suchen. Die reichen Eroberer mit und ohne Nazirang werden bis zum letzten Kriegstag versuchen, einen Friedensschluss mit einem Teil der gegnerischen Koalition herbeizuführen. Wahrscheinlich gibt es über diese Fragen auch heftige Kämpfe in der Nazispitze und unter den Monopolherren. Aber die gegen das Regime kämpfenden Deutschen können nur an das Gesamtinteresse des Volkes denken.»[86]

Anders war die Reaktion auf die Ereignisse in Grossbritannien und den USA, wo Zeitungen und führende Politiker die deutschen Hitlergegner mit Schmähungen bedachten.[87] Winston Churchill begnügte sich im britischen Unterhaus mit der Feststellung, dass sich im «Deut-

schen Reich die höchsten Persönlichkeiten gegenseitig umbringen oder umzubringen trachten, während der zum Untergang verdammte, immer mehr schrumpfende Kreis ihrer Macht von den rächenden Armeen der Alliierten enger und enger umfasst wird»[88]. Die «New York Times» bezeichnete am 9. August nicht das Nazisystem, sondern die Verschwörung als «Atmosphäre einer grausigen Gangsterunterwelt»[89]. Und die «New York Harald Tribune» schrieb am gleichen Tag: «Amerikaner werden im Allgemeinen nicht bedauern, dass die Bombe Hitler verschont hat, auf dass er seine Generale liquidiere... Lasst die Generale die Gefreiten umbringen, oder umgekehrt, am besten beides»[90].

Anmerkungen

1 Philipp Freiherr von Boeselager: Der Widerstand in der Heeresgruppe Mitte, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 1990,1. Aufl., S. 16 f.- Mit persönlichen Ergänzungen und Korrekturen unter der Überschrift «Mein Weg zum 20. Juli»vom 5. 9. 1993.
2 Ebenda, S. 18.
3 Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff: Soldat im Untergang, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977, S. 129.
4 Ebenda, S. 131.
5 Ebenda, S. 132.
6 Ebenda, S. 135.
7 Zur Haltung Mansteins vgl. auch Alexander Stahlberg: Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Frankfurt am Main/Berlin 1990.
8 Elisabeth Chowaniec: Der «Fall Dohnanyi» 1943-1945. Widerstand, Militärjustiz, SS-Willkür, München 1991.
9 Heinz Höhne: Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976; Thomas Weidlich: Admiral Wilhelm Canaris – Eine biographische Skizze, Diplomarbeit, Potsdam 1987.
10 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 24/25. Auch veröffentlicht von Julius Mader in: «Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Berlin, Nr. 11 und 12/ 1968, 1 und 2/1969.
11 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 25.
12 In einem Zusatzbefehl wurde angeordnet, an den Zufahrtsstrassen zu SS-Unterkünften schwere Waffen in Stellung zu bringen, den dienstältesten SS-Offizier zur sofortigen Übergabe aufzufordern, ihn im Widerstands- oder Weigerungsfälle zu erschiessen und die Wachen zu entwaffnen. (Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 41).
13 Ebenda, S. 26.
14 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S. 75.
15 In Briefen und Gesprächen bestätigten dies die ehemaligen Offiziere Philipp Freiherr von Boeselager, Hans Fritzsche, Friedrich Georgi, Ludwig Freiherr von Hammerstein, Job von Witzleben.
16 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S. 69.
17 Ebenda, S. 78.
18 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 26-28.
19 Bundesarchiv/Potsdamer Abteilungen, Film 1128. Vgl. auch Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 140-142.

20 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 147-156.
21 Ritter: Goerdeler, S. 389.
22 Vgl. S. 199, 200.
23 Vgl. S. 165.
24 Oppostion gegen Hitler, Band 1, S. 174.
25 Job von Witzleben: Am Rande der Verschwörung gegen Hitler. Erinnerungen eines Zeitgenossen, unveröffentlichtes Manuskript (MS), S. 2.
26 Kunrat Freiherr von Hammerstein: Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 229.
27 Bodo Scheurig: Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee «Freies Deutschland» und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1965, S. 237/238.
28 Vgl. S. 117.
29 «Das Attentat vom 20. Juli 1944 und seine Hintergründe. (Ergebnisse der Vernehmung von Dr. Georg Kiesel), Kopie aus dem Nachlass von Anton Ackermann, S. 16.
30 SAPMO BArch, NJ-1614. Vgl. auch «Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Heft 7/1959, S. 7.
31 Sigrid Wegner-Kodes: Der 20. Juli 1944 und das Nationalkomitee «Freies Deutschland». Aus persönlichen Unterlagen der Familie von Oberst Ritter Albrecht Mertz v. Quirnheim, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 11/1979, S. 541/542. Ferner «Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere», Heft 7/1959, S. 7. Die inzwischen verstorbene Frau Kodes hatte mir 1966 in einem persönlichen Gespräch diese Angaben noch einmal bestätigt. Sie erinnede sich genau, dass ihr Bruder stets von «Wir» sprach, womit er nur sich und seine engsten Freunde gemeint haben konnte. Während meiner Arbeit an der vorliegenden Veröffentlichung erschien Sigrid Wegner-Kodes: Weimar-Stalingrad-Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Kodes. Biografie, Berlin 1994.
32 Dora Schaul: Nächtlicher Treff mit dem Vetter Stauffenbergs, in: «Neues Deutschland» vom 15.Juli 1972. Vgl auch Karlheinz Pech: An der Seite der Resistance. Zum Kampf der Bewegung «Freies Deutschland» für den Westen in Frankreich (1943-1945), Berlin 1974, S. 145-151.
33 «Widerstand im Widerstreit». Fersehdokumentadilm vom 29.März 1988.
34 Aretin: Tresckow, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 319.
35 Hoffmann: Widerstand.Staatsstreich.Attentat, S. 482.
36 Reich/Finker: Potsdam und der 20. Juli, in: Brandenburg in der NS-Zeit, S. 343 f.
37 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 101/102.
38 Philipp Freiherr von Boeselager: Der Widerstand in der Heeresgruppe Mitte, S. 21 -23.
39 Hoffmann: Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 427.
40 Ebenda, S. 428.
41 Hans-Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende, Band 2, Hamburg 1947, S. 317.
42 Ebenda, S. 322/323.
43 Georgi: Wir haben das Letzte gewagt, S. 109.
44 Die Berliner Tagebücher der «Missie» Wassiltschikow 1940-1945, Berlin 1989, 2. Aufl., S. 237.
45 Ebenda, S. 238.
46 Zeller: Geist der Freiheit, S. 352, Anm. 31.
47 Kunrat von Hammerstein: Flucht. Aufzeichnungen nach dem 20 Juli, Olten und Freiburg im Breisgau 1966, S. 13/14.
48 Hammerstein: Flucht, S. 44.
49 Hoffmann: Widerstand.Staatsstreich.Attentat, S. 632.
50 Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, S. 138.
51 Ebenda, S. 133.
52 Krebs: Schulenburg, S. 304.
53 Zeller: Geist der Freiheit, S. 463. Nach den erhalten gebliebenen Dokumentaraufnahmen von den Prozessen.
54 Adolf Reichwein: Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgewählt von Rose-

marie Reichwein unter Mitwirkung von Hans Bohnenkamp, hrsg. und kommentiert von Ursula Schulz, München 1975, S. 243.

55 Beck: Leber, S. 205.

56 Das Gewissen entscheidet, S. 262.

57 Ebenda.

58 Poelchau: Letzte Stunden, S. 119/120.

59 Bundesarchiv/Potsdamer Abteilungen, Film 14712.

60 «Stauffenberg – ein deutscher Patriot». Dokumentar-Videofilm der Chronos-Film GmbH Berlin.

61 Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 8-11.

62 Ich selbst habe die Ereignisse als sechzehnjähriger Schüler einer Lehrerbildungsanstalt in Orlau (Orlovaj/Oberschlesien verfolgt und kann auch aus meiner Erinnerung die hier getroffenen Feststellungen voll bestätigen. In unserer Schule fand am 21. Juli ein Treue-Fahnenappell statt, der mit dem Absingen des Liedes «Nichts kann uns rauben/ Liebe und Glauben/zu unserem Land» schloss.

63 Marlies G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im zweiten Weltkrieg, Düsseldorf und Wien 1970, S. 478.

64 Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1989, 7. Aufl., S. 294 f.; ders.: Attentat auf Hitler. 20. Juli 1944, illustrierte historische hefte, Nr. 56, Berlin 1990.

65 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955, S. 279 f: vgl. auch Kurt Finker: Die Stellung der Sowjetunion und der sowjetischen Geschichtsschreibung zum 20. Juli 1944 in Deutschland, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994.

66 Stauffenberg – ein deutscher Patriot. Dokumentarfilm, Chronos-Film GmbH Berlin, 1988 (Erstfassung, Video).

67 «Prawda», 22. Juli 1944.

68 Ebenda.

69 Leonhard, Revolution, S. 279 f.

70 «Prawda», 24. Juli 1944.

71 Der 20. Juli in der Agitation der Presse und des Rundfunks im neutralen und feindlichen Ausland. In: Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Band 1, S. 142.

72 Stauffenberg, Dokumentarfilm, 1988.

73 Walter Hofer: Das Attentat der Offiziere und das Ausland, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 57.

74 Persönliche Mitteilung von Professor Daniil Mel'nikov an den Verfasser während des Kolloquiums «Deutscher Widerstand» in Moskau am 12. März 1991.

75 In der Sowjetunion änderte sich auch bald die Beurteilung des 20. Juli. Oberst a. D. Job von Witzleben teilte mir mit, dass er während seiner Haft in Moskau 1945 von NKWD-Leuten vorgehalten bekam, dass der 20. Juli ein von der deutschen Abwehr organisierter Anti-Hitler-Putsch gewesen sei, um den Krieg im Bündnis mit den Westmächten gegen die UdSSR fortsetzen zu können. Während der erste Jahrestag des Umsturzversuches 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone gewürdigt wurde, auch im Zentralorgan der KPD «Deutsche Volkszeitung», brandmarkte die «Tägliche Rundschau», das Organ der Sowjetischen Militäradministration, die Aktion als eine imperialistische, antisowjetische Verschwörung. (Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, S. 7 f.).

76 Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 1964, H. 8, S. 12.

77 Ernst Kehler: Einblicke und Einsichten. Erinnerungen. Berlin 1989, S. 192/193.

78 Leonhard: Revolution, S. 279.

79 SAPMO BArch, 238.

80 «Freies Deutschland», 2. Jgg., Nr. 30, 23. Juli 1944.

81 Ebenda.

82 Sigrid Wegner-Korfes: Der 20. Juli 1944 und das Nationalkomitee «Freies Deutschland», in: «Zeitschrift für Geschichtswissenschaft», 27. Jg. (1979), H. 6, S. 542; dies.:

Weimar-Stalingrad-Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Kortes, Berlin 1994.

83 Zu den Autoren des Organs gehörten der Jurist Dr. Fritz Bauer, Kurt Vieweg, Herbert Warnke, A. Cohen, General Dr. Otto Kortes, Erich Glückauf.

84 «Politische Information», Stockholm, ll.Jg., Nr. 15,1.August 1944.

85 Ebenda, Nr. 16,15. August 1944.

86 Ebenda.

87 Walter Hofer: Das Attentat der Offiziere und das Ausland, in: Lill/Oberreuter: 20. Juli, S. 48 f.

88 John W. Wheeler-Bennett: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945, Düsseldorf 1954, S. 710.

89 John J. McCloy II: Die Verschwörung gegen Hitler, Stuttgart 1963, S. 57.

90 Ebenda.

Schlussbetrachtung: Militärputsch oder Revolution?

Bevor man es unternimmt, eine Antwort auf diese Frage zu finden, muss man zuerst einmal feststellen, dass die Aktion des 20. Juli *in ihrem Ergebnis weder das eine noch das andere war,* weil sie bereits im Ansatz scheiterte. Es kann sich also nur darum handeln, die dargestellten Bedingungen, Programme, Auffassungen, Personen und Handlungen zusammenfassend unter dem Aspekt zu prüfen, was aus ihnen in ihrer Gesamtheit im Sinne der obigen Fragestellung hätte werden können und werden sollen, welche Entwicklungslinie die besten Aussichten für ihre Realisierung gehabt hätte. Es geht also um die Untersuchung der der Erscheinung innewohnenden *gesellschaftlichen Möglichkeiten,* eine Untersuchung, die natürlich nur theoretischer Natur bleiben kann und die sich davor hüten muss, in das Reich der Spekulation abzugleiten.

Noch eine Vorbemerkung zur Begriffsklärung ist für die Antwort auf die selbstgestellte Frage notwendig:

Unter *Militärputsch* verstehe ich eine begrenzte militärische Aktion, durch die eine Führungsperson oder eine kleine Führungsgruppe von der Macht entfernt und durch eine andere Person oder Gruppe ersetzt wird. Diese personellen Auswechslungen verändern nicht wesentlich das herrschende System und seine innen- und aussenpolitischen Grundorientierungen.

Unter *Flevolution,* die durchaus aus einer militärischen Aktion hervorgehen kann, aber nicht daran gebunden ist, verstehe ich eine grundlegende qualitative Umgestaltung der Gesellschaft als Ganzes oder wichtiger gesellschaftlicher Teilbereiche, als eine wichtige Form und Phase der gesellschaftlichen Höherentwicklung,[1] etwa im Bereich

der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse, der Staatsform, der Grundprinzipien der Innen- und Aussenpolitik. Ich folge dabei nicht der vereinfachten Definition, die unter Revolution eine «grundlegende Umwälzung im Leben der Gesellschaft, die im Allgemeinen durch die Beseitigung einer überlebten und die Errichtung einer höheren sozialökonomischen Gesellschaftsformation und damit verbunden durch den Übergang der politischen Macht aus den Händen einer reaktionären in die einer progressiven Klasse charakterisiert ist», versteht.[2] Ich bin der Meinung, dass eine Revolution zwar stets historischen Fortschritt bedeutet, aber nicht immer mit Übergang in eine neue Gesellschaftsformation identisch ist. Es gibt auch Revolutionen innerhalb einer Gesellschaftsformation, die die Beseitigung reaktionärer Überreste oder extremistischer Überspitzungen wie auch wesentliche Verschiebungen der Machtverhältnisse zum Inhalt haben und der weiteren Befreiung der menschlichen Persönlichkeit von gesellschaftlichen Zwängen auf der Grundlage einer harmonischen Entwicklung der Produktivkräfte und der Entfaltung der Demokratie dienen. Erlebte doch zum Beispiel das kapitalistische Frankreich nach der Revolution von 1789 noch drei weitere Revolutionen, bis die bürgerliche Gesellschaft voll ausgeprägt vorhanden war.[3] Im Sinne der Dialektik handelt es sich bei einer Revolution um die Schaffung qualitativ neuer, fortschrittlicher Verhältnisse in bedeutsamen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Nachdem in der DDR-Geschichtsschreibung der 20. Juli lange Zeit als reaktionärer Putsch abgetan wurde, der nur Hitler und einige Personen seiner Umgebung durch weniger kompromittierte Führer auswechseln sollte, nannte Heinz Kühnrich 1975 erstmalig die Tat Stauffenbergs und der anderen patriotischen Offiziere einen «Versuch, Hitler zu beseitigen und einen Aufstand der Armee auszulösen», und zählte sie «zu den bewaffneten Aktionen gegen den Hitlerfaschismus»[4]. Seit Ende der siebziger Jahre kennzeichnete man die Aktion häufiger als «Umsturzversuch»,[5] was nicht ausschloss, dass zuweilen auch weiterhin nur von «Putsch» oder «Staatsstreich» die Rede war.[6]

Hinter dem Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 standen weder eine einheitliche Organisation noch Reste der bürgerlichen Parteien aus der Weimarer Republik. Er wurde von mehreren militärischen und zivilen Gruppen getragen, die keineswegs spezifischen Organisationscharakter hatten, sondern auf der Basis freundschaftlicher oder verwandschaftlicher Beziehungen oder gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen entstanden waren, wirkten und ihre Anschauungen

entwickelten. Letzteres traf nur für die Vertreter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu. Innerhalb dieser Gruppen gab es wiederum zum Teil beträchtliche Unterschiede in Bezug auf die programmatischen Vorstellungen. Die Realisierung dieser Vorstellungen wäre sicher vor allem von den äusseren Bedingungen, aber auch vom Durchsetzungsvermögen der hinter ihnen stehenden Kräfte bestimmt worden.

In der Bewegung existierten zunächst zwei Grundströmungen: die bürgerlich-konservative Opposition und die Gruppe der Sozialdemokraten und ehemaligen Gewerkschaftsführer. Was Grenzen und Wirksamkeit der einzelnen Gruppen anbetrifft, so waren sie im Laufe der Entwicklung unterschiedlich.

In der bürgerlich-konservativen Opposition artikulierten sich mit eigenen Ansichten die extrem-konservative Gruppe Hassell-Popitz, die Gruppe um Goerdeler-Beck, der Kreisauer Kreis und die Gruppe der Militärs Tresckow-Witzleben-Oster-Olbricht-Stauffenberg.

Unter den Vertretern der Arbeiterbewegung hatten besonders Leuschner und Maass ihr eigenes Profil, sich in manchem Goerdelers .Liberalismus» nähernd, während Leber, Mierendorff und Poelchau sich mehr den Radikalreformern im Kreisauer Kreis verbunden fühlten.

Unternehmen wir den Versuch einer Zusammenfassung jener Forderungen und Neuordnungsvorstellungen, über die mehrheitlich Übereinstimmung bestand, ergeben sich folgende programmatischen Aussagen:

1. Beseitigung der Naziregierung und Liquidierung des faschistischen Macht- und Terrorapparates.

Es ist bemerkenswert, dass bereits in der ersten Phase der militärischen Aktion entschiedenes Vorgehen in dieser Richtung angewiesen war: Amtsenthebung und Verhaftung der höheren und teilweise auch mittleren Naziführer im Staatsapparat, insbesondere Gestapo und Sicherheitsdienst, sowie in der NSDAP und ihren Gliederungen; Beschlagnahme des Vermögens der NSDAP und der höheren Führer; Entmachtung der SS; Aufhebung der Terrormassnahmen, insbesondere Beendigung der Judenvernichtung und Beseitigung des KZ-Regimes.

Zugleich sollten die Volksmassen durch den Rundfunk über die Vorgänge informiert und zur weiteren Mitgestaltung – entsprechend den Weisungen der neuen Behörden – aufgerufen werden.

2. Sofortiges Waffenstillstandsangebot an die Kriegsgegner in West und Ost. Die Vorstellungen über diesen Waffenstillstand reichten allerdings von der verlangten bedingungslosen Kapitulation bis zu der Hoff-

nung, noch ein Abkommen über den Waffenstillstand aushandeln zu können. Diese Meinungsverschiedenheiten wären mit Sicherheit nicht gravierend geworden, da der sofortige Frieden für die neue Regierung unabdingbar war und man sich dem militärischen Druck der Alliierten fügen musste.

3. Sofortige Besetzung der Ministerien und anderer wichtiger Dienststellen mit überzeugten und zum grössten Teil auch im Widerstand bewährten Nazigegnern. Die Liste der für den neuen Staatsapparat vorgesehenen Personen umfasste Sozialdemokraten, liberale Demokraten, Christen und Konservative, die sich in der Frage der Liquidierung der nationalsozialistischen Herrschaft und der sofortigen Herbeiführung des Friedens einig waren, die natürlich – darüber hinausgehend – unterschiedliche Auffassungen von der künftigen gesellschaftlichen Gestaltung im Lande besassen.

4. Bestrafung der faschistischen Verbrecher.

Über Begründung und Ausmass der Bestrafung hätte es sicher gewisse Meinungsverschiedenheiten gegeben, aber über die Notwendigkeit, auch im Interesse der moralischen «Reinigung», bestand allgemeine Übereinstimmung. Im Gegensatz zu den späteren Festlegungen der Siegermächte war man der Ansicht, dass diese Bestrafung durch deutsche Gerichte erfolgen sollte, was zwar nicht den realen Machtverhältnissen nach Kriegsende entsprach, in der Perspektive aber mit Sicherheit wirkungsvoller gewesen wäre.

5. Nach Beendigung des militärischen Ausnahmezustandes Wiederherstellung des Rechtsstaates und der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, grundsätzliche Anerkennung des demokratischen Prinzips, Ausarbeitung einer Verfassung und demokratische Beschlussfassung darüberzu einem späteren Zeitpunkt. Bei grundsätzlicher Anerkennung, auch durch Konservative, hätte es sicher über konkrete Bestimmungen des Inhalts, der Formen und des Umfangs der Demokratie, der demokratischen Bürgerrechte und damit über den Verfassungsinhalt Auseinandersetzungen gegeben. Der Gedanke an Wiederrichtung der Monarchie existierte auch, hatte aber wohl keine Chance.

Über die Art und Form der politischen Willensbildung gab es allerdings nur allgemeine Aussagen. Festzustellen war die allgemein zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, dass sowohl die endgültige Beseitigung des Faschismus in allen Bereichen als auch der Neuaufbau nur auf der Grundlage einer breiten Volksbewegung möglich sind. Über die Organisation dieser Volksbewegung und die Art und Weise ihres Funk-

tionierens existierten allerdings unterschiedliche, zumeist wenig konkrete Vorstellungen. Hans Mommsen bemerkte zu recht: ‚Die «Revolution von oben» war den Verschwörern durch die Bedingungen des totalen Staates vorgeschrieben; an der Frage, inwieweit ihr eine «Revolution von unten» an die Seite treten und sie zu legitimieren haben würde, schieden sich 1944 die Geister.»[7]

6. Bekämpfung der nationalsozialistischen Ideologie.

Bereits in der ersten Phase des Umsturzes war NS-Propaganda zu verbieten, dafür sollte die Enthüllung der Wahrheit über die Verbrechen erfolgen, um die Notwendigkeit des Umsturzes vor dem Volk zu begründen und einer neuen Dolchstosslegende vorzubeugen.

In der Perspektive waren Bildung und Erziehung auf humanistische Grundlagen zu stellen. Meinungsverschiedenheiten wären wahrscheinlich über Art und Umfang des kirchlichen Einflusses auf Bildung und Erziehung entstanden.

7. Umfassende staatliche Sozialpolitik mit dem Ziel eines Sozialkonsens, eines ständig wirkenden sozialen Ausgleichs.

Die Forderung nach effizienter Sozialpolitik entsprach dem humanistischen Menschenbild vieler Vertreter des sozialdemokratischen und bürgerlichen Widerstandes. Sie entsprang aber auch dem politischen Kalkül, Sozialpolitik zur Stabilisierung des bürgerlichen Systems, als Prophylaxe gegen das Aufkommen neuer sozialer Konflikte, Verwerfungen und revolutionärer Situationen einzusetzen. Insofern haben wir es hier also auch mit einer Art Fernwirkung des bisherigen revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung zu tun.

8. Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise mit Markt und Wettbewerb, aber staatliche Regulierung durch Aufsicht über die Einhaltung der Rechtsnormen, durch Schlichtungswesen in Konfliktfällen, Sozialpolitik und Verhinderung von Kapital- und Machtzusammenballungen.

Damit ist der allgemeine Grundkonsens gekennzeichnet, der in Richtung ««sozialer Marktwirtschaft» tendierte, wobei der Begriff noch nicht existierte. Innerhalb dieses Rahmens gab es allerdings unterschiedliche Interpretationen, die von der Forderung nach Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheitspflege über die Forderung nach staatlicher Wirtschaftslenkung bis hin zu der lapidaren Festellung reichten, dass der Arbeiter «nicht von der Wirkung der in der Wirtschaft herrschenden natürlichen Gesetze»[8] – also Krisenauswirkungen, Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit u.a. – entbunden werden kann. Auch die Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindu-

strien und nach Bodenreform zur Sicherung des sozialen Auftrags und zur Verhinderung von Machtkonzentration fanden sich hier, ihre Verwirklichung wäre von den konkreten Bedingungen abhängig gewesen.

Der soziale Status der Arbeiter und Angestellten im neuen Staat wäre zweifellos wesentlich durch die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiterbewegung bestimmt worden.

9. Anerkennung einer einheitlichen und starken Gewerkschaftsbewegung mit umfangreichen Rechten auf Mitbestimmung und Mitgestaltung.

Diese Forderung wurde von den Vertretern der Arbeiterbewegung innerhalb der hier genannten Widerstandskräfte vertreten und allmählich auch bei nahezu allen führenden bürgerlichen Persönlichkeiten zur Anerkennung gebracht. Inhalt und Ausmass wären auch hier erst Ergebnis konkreter Auseinandersetzungen gewesen. Die Skala reichte von der Forderung nach echter Mitbestimmung bis hin zu Bestrebungen nach Entlastung des Staates von solch komplizierten Aufgaben wie Arbeitsvermittlung und Sozialversicherung durch die Gewerkschaften.

10. Zusammenarbeit mit der KPD und der Bewegung «Freies Deutschland».

Diese Forderung wurde von einem Teil der Oppositionellen erhoben und im Ansatz realisiert, von einem anderen Teil zurückgewiesen. Inhalt und Ausmass ihrer Verwirklichung hätten sich ebenfalls erst in den Auseinandersetzungen nach dem Siege herausgestellt, wären aber für die Gesamtentwicklung bedeutungsvoll gewesen. Sowohl die Führung der KPD als auch die Vertreter der Bewegung «Freies Deutschland» waren zu einer solchen Zusammenarbeit bereit und verbanden den Aufstandsversuch mit grossen Hoffnungen.

11. Neuordnung des Staats- und Verwaltungsaufbaus durch Beseitigung des Zentralismus, Neugliederung des Reichsgebietes und Stärkung der Selbstverwaltung.

Die grossen Länder sollten aufgelöst, kleine wenn notwendig zusammengefasst und das Reichsgebiet in neue, überschaubare Länder oder Reichsgaue[9] gegliedert werden. Die Selbstverwaltung in den Gemeinden, Kreisen und den neuen Ländern war – bei Erhaltung der Reichseinheit – zu stärken, etwa nach dem Prinzip: Soviel Selbstverwaltung wie möglich, soviel Zentralismus wie nötig.

12. Auf aussenpolitischem Gebiet Herstellung friedlicher Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zu den Grossmächten USA, Grossbritannien und UdSSR sowie zu den Nachbarn Deutschlands; internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die anfangs recht stark ausgeprägten Vorstellungen von einer Vormacht- oder Grossmachtstellung Deutschlands in Europa gingen in den militärischen Ereignissen des Sommers 1944 unter, ihre Wiederbelebung zu späterer Zeit war allerdings nicht auszuschliessen. Lange Zeit hielt sich – auch in der deutschen Arbeiterbewegung – die Meinung, dass der Anschluss Österreichs bestehen bliebe. Es war vor allem der Druck des österreichischen Widerstandes selbst, der diese Illusionen sterben liess.[10] Nur schwach angedeutet blieb die Frage einer Wiedergutmachung der durch deutsche Schuld entstandenen Verluste und Zerstörungen.

Bei einzelnen Persönlichkeiten und Gruppen lebte bereits recht ausgeformt die Idee einer künftigen europäischen Föderation zur dauerhaften Bewahrung des Friedens, zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.

Der 20. Juli 1944 war in seiner Erscheinungsform und in seinem realen Ergebnis der Versuch eines militärischen Aufstandes gegen das nationalsozialistische Terror- und Kriegsregime. Es ging nicht nur um die Beseitigung Hitlers, es ging um die Vernichtung des Systems und die sofortige Beendigung des Krieges. Man darf bei einer abschliessenden Wertung nicht vergessen, dass im Frühjahr und Sommer 1944 die Führung der Umsturzbewegung nicht mehr bei Goerdeler oder Beck lag – lange Zeit die grössten Autoritäten-, sondern bei Stauffenberg, Leber, Trott, Olbricht, Yorck und Schulenburg.

Nach Prüfung der vorhandenen programmatischen Vorstellungen und der Ansätze ihrer Realisierung in den wenigen Nachmittags- und Abendstunden des 20. Juli, nach der Analyse der hinter den Programmaussagen stehenden politischen und sozialen Kräfte muss man zu dem Schluss kommen, *dass der Aufstandsversuch sowohl vom Wollen der Handelnden als auch von dem Vorhandensein entsprechender Potenzen her die Möglichkeit fortschrittlicher Veränderungen bot. Er war der Versuch seiner führenden Gruppe, den Krieg zu beenden, eine revolutionär-demokratische Volksbewegung auszulösen, die «Revolution von oben» mit der Revolution von unten zu verbinden und in Deutschland grundlegende progressive Umgestaltungen durchzuführen.*

Mit Sicherheit hätte es im Falle des Gelingens noch heftige politische und vielleicht auch militärische Auseinandersetzungen gegeben, von deren Ergebnis Inhalt und Umfang der Umgestaltungen bestimmt worden wären.

Anmerkungen

1 Georg Klaus/Manfred Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch, 10. Auflage, Leipzig 1974, Band 2, S. 1060.
2 Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin 1970, S. 382.
3 Vgl. auch Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1988, S. 58.
4 Heinz Kühnrich: Zur Erforschung und Darstellung der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkrieges. Ergebnisse und Aufgaben. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 17. Jg., 1975, H. 2, S. 277.
5 Kurt Finker: Probleme des militärischen Widerstandes und des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 in Deutschland, in: Christoph Klessmann/Falk Pingel (Hrsg.): Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wahrheit, Frankfurt/New York 1980, S. 153 f.
6 Joachim Piskol: Zum Verhältnis von Finanzkapital und faschistischem Machtapparat in der Endphase des zweiten Weltkrieges (Juli 1944-Mai 1945), in: Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg», Nr. 1/2, 1978, S. 43; Dieter Lange: Die Bewegung «Freies Deutschland» in der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung, in: Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg» Nr. 1-2,1983, S. 19.
7 Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Hans Mommsen: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbeck bei Hamburg 1991, S. 239; ferner in: Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, hrsg. von Hermann Graml, Frankfurt am Main 1984, S. 19.
8 Regierungserklärung, in: Opposition gegen Hitler, Band 1, S. 153.
9 Der Begriff ‚Gau- ist keine Anleihe aus der NS-Terminologie. So waren z.B. auch Organisationen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert in Gaue gegliedert.
10 Vgl. dazu Hans Mommsen: Widerstandsforschung und politische Kultur in Deutschland und Österreich, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 35. Jg., Heft 4/1993, S. 3 f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalische Quellen

Bundesarchiv/Potsdamer Abteilungen
NJ-17/548/1; NJ-17/548/2; NJ-17 147; NL-152/1; NL-152/2; NL-152/3
Filme 1128 P, 521 P, 1635 P
Präsidialkanzlei: General Erich Ludendorff 39/3
Reichsministerium des Innern: 25 668/15; 25 673/4
Reichskirchenministerium: 21827

Brandenburgisches Landeshauptarchiv
Rep 2, Nr. 368
Rep 2 A: Nr.627/2; I Pol Nr. 1162; I Pol Nr. 1173;

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
im Bundesarchiv
NJ-12285; NJ-17548/1; NJ-1614; EA 1918 (Meissner, Wilhelm); EA 0246 (Frölich, August); NL 152/3; 238

Institut für Zeitgeschichte, Archiv, München
Bestand ZS/A-18, Band 1-12

Literaturauswahl

Albrecht, Richard: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biografie, Berlin/Bonn 1987

Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Im Auftrag des Bundesministeriums der

Verteidigung zur Wanderausstellung herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford und Bonn 1984
Beck, Dorothea: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand. Einleitung von Willy Brandt. Vorwort von Hans Mommsen, Berlin 1983
Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer. Theologe. Christ. Zeitgenosse, 3. Auflage, München 1970
Bücheier, Heinrich: Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat-Philosoph-Verschwörer. Biographie, Berlin/Frankfurt am Main 1989
Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann Graml, Hans Mommsen, Hans Joachim Reichhardt und Ernst Wolf, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln/Berlin 1966
Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, Band 1 1984, Band 21986
Der Platz des 20. Juli 1944 in der Geschichte des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes. Materialien des Kolloquiums vom 18. Juli 1984, veranstaltet von der Historiker-Gesellschaft der DDR und dem Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR anlässlich des 40. Jahrestages des 20. Juli 1944, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR 1985/1-II
Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg, von Jürgen Schmädeke und Peter Steinbach, mit einem Vorwort von Wolfgang Treue, im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, München/Zürich 1985 Deutscher Widerstand. Demokratie heute. Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, hrsg. von Huberta Engel, Bonn-Berlin 1992
Deutsche Widerstandskämpfer 1933 – 1945. Biographien und Briefe, 2 Bände, Berlin 1970
Deutschland im zweiten Weltkrieg, 6 Bände, Berlin 1974-1985
Die Hassell-Tagebücher 1938-1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, 3. Aufl., Berlin 1989
Dulles, Allen Welsh: Verschwörung in Deutschland, Kassel 1948
Dwischenije Soprotiwlenija b Zapadnoi Ewrope 1939-1945. Oschtschije problemy (Die Widerstandsbewegung in Westeuropa 1939-1945. Allgemeine Probleme), Moskva 1990. (Autorenkollektiv, verantwortl. Redakteurin N. R Komolova)

Finker, Kurt: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1993
Finker, Kurt: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, 7. Auflage, Berlin 1989
Fleischhauer, Ingeborg: Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941-1945, Berlin 1986
Fritzsche, Hans Karl: Ein Leben im Schatten des Verrates. Erinnerungen eines Überlebenden an den 20. Juli 1944, Freiburg i. Br. 1984
Georgi, Friedrich: «Wir haben das Letzte gewagt...» General Olbricht und die Verschwörung gegen Hitler, Freiburg i. Br. 1990
Gersdorff, Rudolph-Christoph Frhr.v.: Soldat im Untergang, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977
Hammerstein, Kunrat von: Spähtrupp, Stuttgart 1953
Hammerstein, Kunrat von: Flucht. Aufzeichnungen nach dem 20. Juli, Olten und Freiburg i. Br. 1966
Heideking, Jürgen/Mauch, Christoph: Das Herman-Dossier. Helmuth James Graf von Moltke, die deutsche Emigration in Istanbul und der amerikanische Geheimdienst Office of Strategie Services (OSS), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1992, H. 4
Heinemann, Ulrich: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990
Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte, Heidelberg 1946
Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder Stuttgart, 2. Auflage, 1992
Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat: Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München/Zürich, 4. Auflage, 1985
Klemperer, Clemens von: German Resistance against Hitler. The Search for Allies Abroad, 1938-1945. Oxford 1992
Kramarz, Joachim: Claus Graf Stauffenberg. 15. November 1907-20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt am Main 1965
Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): 20. Juli. Portraits des Widerstands, Düsseldorf/Wien 1984
Löwenthal, Richard/Mühlen, Patrik von zur (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin/Bonn 1982
Malone, Henry O.: Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909-1938, Berlin 1986
Meding, Dorothee von: Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli, Berlin 1992
Melnikow, Daniil: 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit (aus dem Russischen) Berlin, 2. Auflage, 1966
Meyer-Krähmer, Marianne: Carl Goerdeler und sein Weg in den

Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters, Freiburg i.Br. 1989
Moltke, Freya von/Balfour, Michael/Frisby, Julian: Helmuth James von Moltke 1907-1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975
Moltke, Helmuth James Graf von: Völkerrecht im Dienste der Menschen. Dokumente. Hrsg, und eingel. von Ger van Roon, Berlin 1986
Moltke, Helmuth James von: Briefe an Freya 1939-1945. Hrsg, von Beate Ruhm von Oppen, München 1988
Müller, Christian: Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie. Düsseldorf 1970
Müller, Klaus-Jürgen: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard am Rhein 1980
Nebgen, Elfriede: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart 1967
Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, 2 Bände, Stuttgart 1989 (Kaltenbrunner-Berichte)
Page, Helena R: General Friedrich Olbricht. Ein Mann des 20. Juli, Bonn/Berlin 1992
Poelchau, Harald: Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnispfarrers, aufgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor, 3. Auflage, Berlin 1987
Poelchau, Harald: Die Ordnung der Bedrängten. Autobiographisches und Zeitgeschichtliches seit den zwanziger Jahren, München/Hamburg 1965
Reich, Ines: Georg Sigismund von Oppen und der 20. Juli 1944. Eine biographische Skizze zum Widerstand traditioneller Eliten gegen das NS-Regime, Potsdam 1993, Sonderdruck
Reich, Ines/Finker, Kurt: Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente. Hrsg, von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel, Berlin 1993
Reichwein, Adolf. Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgew. von Rosemarie Reichwein unter Mitwirkung von Hans Bohnenkamp, hrsg. und kommentiert von Ursula Schulz, München 1975 Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 4. Aufl., Stuttgart 1984

Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967

Roon, Ger van: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, 4. Auflage, München 1987

Rothfels, Hans: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neue, erweiterte Ausgabe, hrsg. von Hermann Graml, Frankfurt am Main 1977

Scheurig, Bodo: Henning von Tresckow. Eine Biographie, 3. Auflage, Oldenburg und Hamburg 1979

Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchgesehene und erweiterte Ausgabe von Walter Bussmann. Nach einer Edition von Gero v. Gaevernitz, Berlin 1984

Schöllgen, Gregor: Ulrich von Hassell 1881-1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990

Schwerin, Detlef Graf von: «Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt». Die junge Generation im deutschen Widerstand, München/Zürich 1991

Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966

Sykes, Christopher: Adam von Trott. Eine deutsche Tragödie, Düsseldorf/Köln 1969

Thun-Hohenstein, Romedio Galeazzo Graf von: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. Einleitung Golo Mann, Berlin 1982

Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994

Welkerling, Wolfgang: Ein Wehrmachtsgeneral auf dem Weg zum Antifaschisten. Zur Biographie des Generals der Artillerie Fritz Lindemann (1894-1944), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9/1989

Wegner-Korfes, Sigrid: Der 20. Juli 1944 und das Nationalkomitee «Freies Deutschland», in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6/1979

Yorck von Wartenburg, Marion: Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand, München 1987

Young, A. R: Die ‚X'-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939. Hrsg, von Sidney Aster. Betreuung der deutschen Ausgabe und Nachwort Helmut Krausnick. Aus dem Englischen von Dieter Vogel, Zürich/München 1984

Zeller, Eberhard: Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, München 1965

Personenverzeichnis

Acharner-Pifrader, Humbert, SS-Oberführer 269
Ackermann, Anton (Hanisch, Eugen) (1905-1973), KPD- und SED-Politiker 284
Adenauer, Konrad (1876-1967), 1917-1933 Oberbürgermeister von Köln, 1949-1963 Bundeskanzler 10, 19
Andreas-Friedrich, Ruth (geb. 1901), Journalistin 191
Armster, Otto (geb. 1891), Oberst 247
Arnim-Boitzenburg, Dietlof Graf von (1867-1933), Grossgrundbesitzer 17
Arntz, Hellmuth, Oberleutnant 277
Astor, David (geb. 1912), Herausgeber des «Observer» 159

Barth, Karl (1886-1968), Theologe 27,178
Bäumer, Gertrud (1873-1954), Schriftstellerin, Frauenpolitikerin 210
Bechler, Bernhard (geb. 1911), Generalmajor a. D. 57
Beck, Ludwig (1880-1944), Generaloberst, Generalstabschef 8,15,21,36, 42, 48-53, 54, 56, 57, 61, 81, 83, 86, 93, 96, 97, 104, 111, 114,130, 143,179, 180, 198, 203, 210, 218, 223, 238, 244, 254, 255, 267, 269-271, 273-275, 293, 297
Bell, George Kennedy Allan (1883-1958), Bischof von Chichester 179, 180
Berger, Heinrich (gest. 1944), Stenograph im Führerhauptquartier 267
Berggrav, Eivind (1884-1959), norwegischer Bischof 179
Bernardis, Robert (1908-1944), Oberstleutnant 71, 267, 278
Bernstorff, Abrecht Graf von (1890-1945), Botschaftsrat und Bankier 159
Bernt, Fritz (1902-1963), Mitarbeiter Adolf Reichweins 199
Best, Payne, britischer Offizier 181
Bethge, Eberhard (geb. 1909), Theologe, Historiker 176, 177, 179,181
Bethge, Renate, geb. Schleicher, Ehefrau von Eberhard B. 176
Bethmann Hollweg, Theobald von (1856-1921), Reichskanzler 162
Bismarck-Schönhausen, Otto Fürst von (1815-1898), Reichskanzler 19, 79,99,117
Bismarck-Schönhausen, Gottfried Graf von (1901-1949), Regierungspräsident in Potsdam 36, 260, 275
Blomberg, Werner von (1878-1946), Generalfeldmarschall, NS-Kriegsminister 22, 40, 49, 59, 79, 83,

Blumenthal, Hans-Jürgen Graf von (1907-1944), Major 246
Bock, Fedor von (1880-1945), Generalfeldmarschall 80, 81,
Bodenschatz, Karl-Heinrich, General 264
Boehmer, Hasso von (1904-1945), Oberstleutnant i. G. 247
Boeselager, Georg Freiherr von (1915-1944), Oberst 235, 261
Boeselager, Philipp Freiherr von (geb. 1917), Major 261
Böhme, Georg, Gewerkschaftssekretär 246
Bolz, Eugen (1881-1945), württembergischer Zentrumspolitiker 168, 245
Bonhoeffer, Dietrich (1906-1945), Theologe 26, 27, 29, 61, 175-181, 223, 231, 238, 279
Bonhoeffer, Klaus (1901-1945), Chefsyndikus der Lufthansa 175, 178, 181, 279
Borgmann, Heinrich, (gest. 1944), Oberstleutnant, Adjutant bei Hitler 265
Bormann, Martin (1900-1945), Leiter der NSDAP-Parteikanzlei 76, 143, 152, 207, 276
Borsig, Arnold von, Unternehmer 123
Bosch, Robert (1861-1942), Industrieller 24, 25, 93, 106
Brandt, Heinz, (1907-1944) Oberst i. G. 235, 263, 264
Brandt, Willy (1913-1992), SPD-Vorsitzender, 1969-1974 Bundeskanzler 165,169
Brauchitsch, Walther von (1881-1948), Generalfeldmarschall 40,50, 56,59, 71, 85, 96, 97, 116, 129, 236
Brecht, Bertolt (1898-1956) 120
Bredow, Hannah von, geb. Gräfin von Bismarck-Schönhausen (1893-1971), Schwester von Gottfried Graf von B. 260
Bredow, Ferdinand Eduard von (1884-1934), Generalmajor 37, 60, 83, 224
Bredow, Wilhelm von, Gutsbesitzer 20
Bredow, Wolf von, Gutsbesitzer 20
Brockdorff-Ahlefeldt, Walter Graf von (1887-1943), General 42, 83, 84
Broszat, Martin (1926-1989), Historiker 10
Brücklmeier, Eduard (1903-1944), Legationsrat 36, 72, 74, 75, 212
Brüning, Heinrich (1885-1970), Zentrumspolitiker, Reichskanzler 162
Bryans, Lonsdale, britischer Diplomat 112
Buhle, Walter, General 262, 264
Burckhardt, Carl Jacob (1891-1974), Völkerbundskommissar für Danzig, Präsident des Internationalen Roten Kreuzes 112
Burgdorf, Wilhelm, Generalleutnant 278
Bürker, Ulrich, Oberst i. G. 73
Busch, Ernst (1885-1945), Generalfeldmarschall 34
Bussche-Streithorst, Axel Freiherr von dem (1919-1993), Hauptmann 72, 244

Canaris, Wilhelm (1887-1945), Admiral 8, 21, 42, 51, 53, 59, 60, 126, 128, 129, 203, 238, 260, 279
Chowaniec, Elisabeth, Rechtshistorikerin 181
Christiansen-Weniger, Fritz, Agrarwissenschaftler 120
Churchill, Sir Winston (1874-1965), britischer Premierminister 286
Cramer, Walter (1886-1944), Industrieller 246
Craushaar, Harry, Stellvertreter von General von Falkenhausen 129
Cripps, Sir Stafford (1889-1952), britischer Botschafter in Moskau, Minister 159, 180
Curtis, Lionel (1872-1955), britischer Politiker 122, 123, 130, 139

Dahrendorf, Gustav (1901-1954), sozialdemokratischer Politiker 126, 246
Deichmann, Carl Theodor, Bankier 121
Delbrück, Hans (1848-1929), Militärhistoriker und Politiker 61
Delbrück, Justus (erm. 1945), Kaufmann, Mitarbeiter im Amt Ausland/Abwehr 61
Delp, Alfred SJ (1907-1945), Jesuitenpater 126, 128, 132, 181-186, 223, 232, 279
Dieckmann, Wilhelm (1893-1944), Oberregierungsrat 256
Dieckmann, Erika, geb. Mertz v. Quirnheim (1900-1986), Ehefrau von Wilhelm D. 256
Dietz, Johannes-Baptista (1879-1959), Bischof von Fulda 131
Dohna-Tolksdorf (Schlobitten), Heinrich Graf von (1882-1944), Gutsbesitzer, Generalmajor a. D. 246
Dohnanyi, Hans von (1902-1945), Reichsgerichtsrat, Mitarbeiter im Amt Ausland/ Abwehr 42, 61, 176-179, 181, 238
Dohnanyi, Christine von, geb. Bonhoeffer, Ehefrau von Hans v. D. 176, 181
Dönhoff, Marion Gräfin (geb. 1909), Gutsbesitzerin und -Verwalterin 152
Dönitz, Karl (1891-1980), Grossadmiral 270
Donovan, William, Leiter des USA-Geheimdienstes (OSS) 165
Dostojewski, Fjodor (1821-1881), russischer Schriftsteller 157
Drechsel-Deuffenstetten, Max Ulrich Graf von, Hauptmann 39
Dulles, Allen Welsh (1893-1969), USA-Spionagechef für Europa, CIA-Chef 57

Ebert, Friedrich (1871-1925), 1919-1925 Reichspräsident 34
Eden, Sir Anthony (1897-1977), britischer Aussenminister 180
Ehrenburg, Ilja Grigorjewitsch (geb. 1891), sowjetischer Schriftsteller 283, 284
Einsiedel, Horst von (1905-1948?), Volkswirtschaftler 120,123,125,128
Einsiedel, Heinrich Graf von (geb. 1921), Leutnant, Mitbegründer des NKFD 257
Eisenhower, Dwight D. (1890-1969), General, 1943-1945 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa 261
Eltz-Rübenach, Paul Freiherr von (1875-1943), NS-Reichsverkehrsminister 22
Engels, Friedrich (1820-1895), 160
Esebeck, Hans-Karl Freiherr von (1892-1955), General 272

Fahrner, Rudolf, Germanistikprofessor, Freund Stauffenbergs 69
Falkenhausen, Alexander Freiherr von (1878-1966), General, Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich 86, 142, 165
Faulhaber, Michael von (1869-1952), Erzbischof von München, Kardinal 31,131
Fellgiebel, Erich (1886-1944), General der Nachrichtentruppen 241, 245, 262-265, 277
Fichte, Johann Gottlieb (1762-1814) 187
Finckh, Eberhard (1899-1944), Oberst i. G. 65
Fischer, Albrecht (geb. 1877), Ingenieur 107, 246
Fliessbach, Herbert, Major 274
Fontane, Theodor (1819-1898) 35
Frank, Reinhold (1896-1945), Jurist 245
Freisler, Roland (1892-1945), Präsident des «Volksgerichtshofes» 87,122, 169, 277-279
Friedrich, Ruth, siehe Andreas-Friedrich
Friedrich II., König von Preussen (1712-1786), 19, 27

Friedrich Wilhelm I., König von Preussen (1688-1740), 19, 27
Friedrichs, Hans (1875-1962), Generalmajors. D., NS-Oberbürgermeistervon Potsdam 20
Fritsch, Werner Freiherr von (1880-1939), Generaloberst 25, 32,34, 37, 40,42, 49, 51, 57, 59, 61, 79, 83, 85, 93, 151, 153, 167, 244
Fritzsche, Hans (geb. 1914), Hauptmann 38, 80, 153, 154, 269
Frölich, August (1877-1966), 1923 sozialdemokratischer thüringischer Ministerpräsident, nach 1945 Landtagspräsident in Thüringen 208, 246
Fromm, Fritz (1888-1945), Generaloberst 15, 77, 239, 260, 267-271, 274
Fugger von Glött, Josef Ernst Fürst (geb. 1895) 132

Gablentz, Otto Heinrich von der (1898-1972), Staatsrechtler, Volkswirt 123
Galen, Clemens August Graf von (1878-1946), Bischof von Münster 32, 128
Gehre, Ludwig (erm. 1945), Hauptmann im Amt Ausland/Abwehr 61, 179, 276, 279
Gehre, Hanna 276
George, Stefan (1868-1933), Dichter 62, 70, 76
Georgi, Friedrich (geb. 1917), Major, Schwiegersohn von Friedrich Olbricht 55, 56, 58, 242, 243, 273
Georgi, Rosemarie, geb. Olbricht (1919-1988), Tochter von Friedrich O. 55, 57
Gereke, Günther (1893-1970), Reichsminister a. D. 142, 245
Gersdorff, Rudolf-Christoph Freiherr von (1905-1980), Oberstleutnant 80, 236-238
Gerstenmaier, Eugen (1906-1985), Konsistorialrat 104, 126,128, 177,180, 186, 279
Geschke, Ottomar (1882-1957), KPD-Politiker, Reichstagsabgeordneter 218
Gessler, Otto (1875-1955), Reichswehrminister a. D. 246
Ginzberg, L. I., Lew Israilewitsch, sowjetischer Historiker 11
Gisevius, Hans-Bernd (1905-1974), Regierungsrat 42, 57, 59, 83, 84, 266
Gneisenau, Neidhardt von (1760-1831), Feldmarschall, Heeresreformer 62
Goebbels, Joseph (1897-1945), NS-Propagandaminister 12, 18, 19, 27, 241, 265, 272, 273, 276, 280
Goerdeler, Anneliese, geb. Ulrich (geb. 1888), Ehefrau von Carl G. 92
Goerdeler, Carl (1884-1945), Oberbürgermeister von Leipzig 8, 9, 42, 50-54, 56, 72-74, 76, 81, 85, 86, 92-108, 111, 114, 117, 130, 132, 142, 143-145, 165, 169, 178, 180, 185, 198, 199, 203, 204, 207, 210, 212, 214, 218, 220, 223, 230-233, 235, 237, 245, 253-255, 276, 278, 293, 297
Goerdeler, Fritz (erm. 1945), Bruder von Carl G. 279
Gollwitzer, Helmut (geb. 1908), Theologe 29
Göring, Bernhard (1897-1949), Sekretär des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, seit 1946 2. Vorsitzender des FDGB 205
Göring, Hermann (1893-1946), Reichsmarschall, NS-Reichsminister 20, 49, 56, 81, 96, 97, 231, 237, 260, 265, 270
Goroschkowa, G. N., sowjetische Historikerin 9
Gossweiler, Kurt, Historiker 10
Gottberg, Helmut von (geb. 1914), Oberleutnant d. R. 244
Gräfe, Paul, Sozialdemokrat, Kraftfahrer von C. v. Hofacker 257
Grant Duff, Shiela, britische Journalistin 159, 160, 161
Groscurth, Helmuth (1898-1943), Oberst i. G. 83

Gross, Nikolaus Franz (1898-1945), Redakteur 184
Grotewohl, Otto (1894-1964), sozialdemokratischer Politiker, 1949-1960 Ministerpräsident der DDR 7
Grube, Ernst (1890-1945), KPD-Politiker, Reichstagabgeordneter 218
Grüber, Heinrich (1891-1975), Theologe 30
Grünberg, Hans, 208
Guderian, Heinz (1888-1954), Generaloberst 278
Gürtner, Franz (1881-1941), NS-Reichsjustizminister 61
Guttenberg, Karl Ludwig Freiherr von und zu (1902-1945), Mitarbeiter im Amt Ausland/Abwehr 61

Habermann, Max (1885-1944), Leiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes 103, 167-168, 205
Haeften, Hans-Bernd von (1905-1944), Diplomat 116, 126,163,180
Haeften, Werner von (1908-1944), Syndikus, Oberleutnant d.R. 15, 71, 72,126, 260-264, 266, 267, 271, 274, 278
Haeften, Barbara von (geb. 1908), geb. Curtius, Ehefrau v. Hans-Bernd v. H. 278
Hagen, Albrecht von (1904-1944), Oberleutnant 278
Hagen, Hans, Leutnant 273
Hahn, Kurt (1901-1944), Oberst 242
Halder, Franz (1884-1972), Generaloberst, Generalstabschef 42,51,59,83,85, 93, 96, 97, 236
Halifax, Lord Edward (1881-1959), britischer Aussenminister 112
Hammerstein, Ludwig Freiherr von (geb. 1919), Oberleutnant 36-39, 72, 153, 224, 269, 276
Hammerstein, Kunrat Freiherr von (geb. 1918), Oberleutnant 37, 72, 107, 108, 254, 276
Hammerstein-Equord, Kurt Freiherr von (1878-1943), Generaloberst 32, 33, 36, 51, 73, 97, 167, 180, 203, 224, 226
Hansen, Georg Alexander (1904-1944), Oberst 260, 261
Hardenberg, Carl-Hans Graf von (1891-1958), Gutsbesitzer, Oberstleutnant d. R. 72, 80. 245, 277
Harnack, Arvid (1901-1942), Oberregierungsrat 190
Harnack, Ernst von (1888-1945) Regierungspräsident a. D. 103, 178
Harster, Wilhelm (geb. 1904), Generalleutnant der Polizei 129
Hase, Paul von (1885-1944), Generalleutnant, Standortkommandant von Berlin 83, 266, 267, 273, 278
Hassell, Ulrich von (1881-1944), Botschafter a. D. 42,50,51,52,54,72,85,86, 96,104,109-118,126,130,142,143,144,145,223,225,230,231,245, 255, 279, 293
Hassell, Ilse von, geb. v. Tirpitz (1885-1982), Ehefrau von Ulrich v. H. 109
Haubach, Theodor (1896-1945), sozialdemokratischer Politiker und Journalist 103, 123, 126, 189, 197, 199, 208, 215, 216, 218, 245
Haushofer, Albrecht (1903-1945), Professor für politische Geographie 142
Hayessen, Egbert (1913-1944), Major 272
Heckel, Theodor (1894-1967), Bischof, Leiter des Kirchlichen Aussenamtes 177
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770-1831) 157, 159, 187
Heidegger, Martin (1889-1976), Philosoph 182

Heinemann, Ulrich (geb. 1950), Historiker 151
Heinz, Friedrich Wilhelm (geb. 1899), Stahlhelmführer, Oberstleutnant im Amt Ausland/Abwehr 84
Heisenberg, Werner (1901-1976), Physiker 52
Helldorf, Wolf-Heinrich Graf von (1896-1944), SA-Führer, Polizeipräsident in Potsdam und Berlin 20, 57, 224, 245
Henderson, Sir Nevile (1882-1942), britischer Botschafter in Berlin 112
Henk, Emil, sozialdemokratischer Politiker 103, 209
Herber, Franz, Oberstleutnant 274
Herbst, Ludolf, Historiker 22
Herrn, Max (1899-1982), Arbeiter, KPD-Reichstagsabgeordneter 218
Hermes, Andreas (1878-1964), Zentrums- und CDU-Politiker 345
Herrmann, Matthäus (geb. 1879), Gewerkschafter 245
Herrnstadt, Rudolf (1903-1966), Mitglied des ZK der KPD 284
Herwarth von Bittenfeld, Hans Heinrich (geb. 1904), Diplomat, Oberleutnant 67
Hesse, Kurt (1894-1976), Militärhistoriker 77
Heusinger, Adolf (1897-1982), Generalleutnant 263, 264
Heyde, Bolko von der, Oberstleutnant 274
Heydrich, Reinhard (1904-1942), Chef des Reichssicherheitshauptamtes 60, 176
Hielscher, Friedrich, Schriftsteller 154
Hilferding, Rudolf (1877-1941), Reichsfinanzminister, SPD-Politiker 141
Himmler, Heinrich (1900-1945), Reichsführer SS, NS-Reichsinnenminister 15, 29, 53, 58, 60, 81, 86,145, 231, 235, 238, 241, 260, 265, 269, 271, 275, 276
Hindenburg, Oskar von Beneckendorff und von, Sohn von Paul von H. 18
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847-1934), 1925-1934 Reichspräsident 18-21, 36, 59, 79, 92
Hitler, Adolf (1889-1945) 7, 8, 12, 13, 17, 18, 20-22, 24-27, 29, 31, 32, 34, 36, 40, 42, 48-51, 56-58, 61, 62, 68, 69, 73, 74, 79-81, 83-87, 93-97, 104, 107, 109, 115, 117, 141, 144, 160, 162, 175, 178, 179, 198, 199, 217, 218, 224, 228, 229, 235-239, 244, 247, 254-258, 260, 261, 263-273, 276-278, 284-287, 292
Hoepner, Erich (1886-1944), Generaloberst 57, 65,84, 241, 245,261, 269,274, 278
Hofacker, Caesar von (1896-1944), Prokurist, Oberstleutnant d. R. 71,153,257, 260, 261, 272, 273, 279
Hofmann (Erlangen), Lehrer Poelchaus 188
Hölderlin, Johann Christian Friedrich (1770-1843) 157
Hörsing, Friedrich Otto (1874-1937), ehemaliger Reichsbannerführer 197
Hösslin, Roland-Richard von (1915-1944), Major 39
Huber, Kurt (1892-1943), Universitätsprofessor in München 21
Hugenberg, Alfred (1865-1951), Konzernherr, NS-Reichswirtschaftsminister 22, 26, 32, 93, 141
Husemann, Walter (1909-1943), Arbeiter, KPD-Politiker 190
Husen, Paulus van (1891-1971), Jurist, Rittmeister d. R. beim OKW 128, 200

Jacob, Franz (1906-1944), Arbeiter, KPD-Politiker 197, 200
Jäger, Friedrich (1895-1944), Oberst 272
Jaenicke, Günther, Mitarbeiter Helmuth von Moltkes 129

Jäger, Samuel, Theologe, Lehrer Poelchaus 187
Jesse, Willy, sozialdemokratischer Politiker 208
Jessen, Sydney, Fregattenkapitän im Oberkommando der Kriegsmarine 260
Jessen, Jens Peter (1895-1944), Wirtschaftswissenschaftler, Hauptmann d, R. 51, 52, 72, 104, 118, 143, 144
John von Freyend, Ernst, Major i. G. 262, 263
John, Otto, Syndikus bei der Lufthansa 178, 260
Jünger, Ernst (geb. 1895), präfaschistischer deutscher Schriftsteller 157

Kaehler, Lehrer Poelchaus 188
Kaiser, Hermann (1885-1945), Studienrat, Hauptmann d. R. 56, 245, 246
Kaiser, Jakob (1888-1961), Zentrums- und CDU-Politiker, 51, 103, 108, 144, 167-169, 178, 180, 185, 199, 203, 205, 209, 210, 214, 230, 245, 279
Kaltenbrunner, Ernst (1903-1946), Chef des Reichssicherheitshauptamtes 152, 207, 212, 238, 261, 276
Kameke, Karl Otto von (1889-1959), Jurist 111
Kant, Immanuel (1724-1804) 187
Kaschny, Adolf, Rechtsanwalt, Bürgermeister von Ratibor 246
Kehler, Ernst (geb. 1913), Leutnant, Frontbevollmächtigter des NKFD 284
Keitel, Wilhelm (1882-1946), Generalfeldmarschall, Chef des OKW 42, 129, 262-265, 267, 268, 271, 272, 277, 278
Kerenski, Alexander F. (1881-1970), 1917 russischer Ministerpräsident 130,131, 204
Kessel, Albrecht von (1902-1976), Diplomat 157
Kiep, Otto Karl (1886-1944), Major d. R., Gesandter a. D. 141, 245
Kiesel, Georg, SS-Obersturmbannführer, Sonderkommission «20.Juli» 76,255
Kirk, Alexander (1880-1979), US-amerikanischer Diplomat 112, 133
Kissling, Georg Konrad (1892-1944), Grossgrundbesitzer, Major d. R. 247
Klamroth, Bernhard (1910-1944), Oberstleutnant 71
Klausa, Ekkehard (geb. 1941), Historiker 34
Klausing, Friedrich Karl (1920-1944), Hauptmann 267, 278
Kleist, Berndt von (geb. 1896), Oberst 80
Kleist, Ewald Heinrich von (geb. 1922), Leutnant 36, 244, 269
Kleist, Ewald von (1881-1954), Generalfeldmarschall 34
Kleist-Retzow, Hans-Jürgen von, pommerscher Gutsbesitzer 255
Kleist-Schmenzin, Ewald von (1890-1945), pommerscher Gutsbesitzer 21, 36, 244, 246, 255, 279
Klepper, Jochen (1903-1942), Schriftsteller 190
Kluge, Hans Günther von (1882-1944), Generalfeldmarschall 81,235,238,260, 272, 273, 276
Knödel, Feldwebel im I. R. 9 in Potsdam 244
Koch, Erich (1896-1986), NSDAP-Politiker 149
Kodré, Heinrich (1899-1977), Oberst 272
Kollontai, Alexandra Michailowna (1872-1952), von 1930 bis 1945 sowjetische Botschafterin in Schweden 165
König, Lothar SJ (1906-1946), Jesuitenpater 126, 182, 184
Kordt, Erich (1903-1970), Diplomat 42, 61
Kordt, Theodor (1893-1962), Diplomat 42
Kodes, Otto (1889-1964), General 33, 71, 256, 285

Kortes, Gudrun, geb. Mertz v. Quirnheim (1907-1979), Ehefrau von Otto K. 256, 276
Korten, Günther (1898-1944), General 264
Kortzfleisch, Joachim von (1890-1945), General, Wehrmachtkommandant von Berlin 266, 269
Kossmann, Bartholomäus (geb. 1883), Rechtsanwalt, Zentrumspolitiker 246
Köstring, Ernst August, General, deutscher Militârattaché in Moskau 68, 164, 261
Kriebel, Karl, General 278
Krüger, Fritz (1888-1969), SPD- und SED-Kommunalpolitiker in Potsdam 208
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav (1870-1950), Grossindustrieller 23, 93
Kuhn, Joachim, Major 276
Külz, Wilhelm (1875-1948), Reichsinr.enminister, Mitbegründer und Vorsitzender der LDPD in der SBZ 19
Kuntz, Albert (1896-1945), KPD-Politiker 218
Kuntze, Walter, General 270

Lancken, Fritz von der (1890-1944), Oberstleutnant d. R. 72, 261
Landauer, Gustav (1870-1919), anarchistischer Politiker und Schriftsteller 159
Langbehn, Carl (1901-1944), Rechtsanwalt 117, 142, 145, 179, 245
Langhoff, Wolfgang (1901-1966), Schauspieler 203
Lattmann, Martin (geb. 1886), Generalmajor 254, 284
Leber, Julius (1891-1945), SPD-Politiker, Reichstagsabgeordneter 51, 57 70, 73, 74, 76, 103, 126, 131, 153, 163-165, 168, 194-200, 204, 208-210, 212, 216, 230-232, 243, 245, 254, 279, 293, 297
Leber, Annedore, geb. Rosenthal, Ehefrau von Julius L. 196, 198, 199
Leber, Jean Baptiste (geb. 1865), Stiefvater von Julius L. 194
Leeb, Wilhelm Ritter von (1876-1956), Generalfeldmarschall 83
Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf von (1909-1944), Gutsbesitzer, Oberleutnant d. R. 80, 246, 258, 276
Lehr, Robert (1883-1956), bis 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf 19
Leibholz, Gerhard, Jurist, Schwager von Bonhoeffer 176
Leibholz, Sabine, geb. Bonhoeffer, Ehefrau von Gerhard L. 176
Lejeune-Jung, Paul Adam Franz (1882-1944), Syndikus 245, 278
Lenin, Wladimir lljitsch (1871-1924) 157, 161, 279
Leo XIII. (1810-1903), Papst ab 1878 183
Leonhard, Wolfgang (geb. 1921), Mitarbeiter des NKFD, Historiker 284
Leonrod, Ludwig Freiherr von (1906-1944), Major 39, 246
Letterhaus, Bernhard (1894-1944), Leiter katholischer Arbeitervereine, Hauptmann d. R. 185, 210, 245, 246
Leuschner, Wilhelm (1880-1944), Gewerkschaftsführer 12, 51, 72, 74,101,103, 108, 126, 131, 142, 144, 167-168, 178, 180, 197, 199, 200-210, 211, 212, 215, 217, 230-232, 245, 276, 279, 293
Lewinski, Karl von, Rechtsanwalt 123
Ley, Robert (1890-1945), Führerder « Deutschen Arbeitsfront» 114,201,281,286
Lichtenberg, Bernhard (1875-1943), Dompropst 32
Lill, Rudolf (geb. 1934), Historiker 166
Lindemann, Fritz (1894-1944), General 71, 255, 256, 276
Lindemann, Georg, Oberfähnrich zur See, Sohn von Fritz L 256

Linstow, Hans-Otfried von, Oberst 273
Loeser, Ewald (1888-1970), Bürgermeister in Leipzig 245
Lüdemann, Hermann (geb. 1880), sozialdemokratischer Politiker 246
Ludendorff, Erich (1865-1935), General 20
Lukaschek, Hans (1885-1960), Rechtsanwalt, Oberpräsident a. D. 127, 246
Lüninck, Hermann Freiherr von (1893-1975), Oberpräsident a. D. 245
Lüninck, Ferdinand Freiherr von (1888-1944), Oberpräsident a. D., Major d. R. 154
Lynar, Friedrich Wilhelm Graf zu (1899-1944), Gutsbesitzer, Major d. R. 86, 271

Maass, Hermann (1897-1944), sozialdemokratischer Politiker 72, 74, 126, 128, 131, 178, 197, 203, 204, 208, 210, 210-215, 232, 279, 293
Mackensen, August von (1849-1945), Generalfeldmarschall 33
Maisel, Ernst, Generalmajor 278
Manstein, Erich von (1887-1973), Generalfeldmarschall 82, 237, 238
Marogna-Redwitz, Rudolf Graf von (1886-1944), Oberst 246, 272
Marx, Karl (1818-1883) 157, 161, 189
Maschke, Walter (1891-1980), Jugendsekretär des ADGB, nach 1945 Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes 74, 197, 204, 205, 209, 211
Mehnert, Frank 69
Meinecke, Friedrich (1862-1954), Historiker 53
Meinicke-Kleint, Heinz, Major 75
Meissner, Wilhelm (geb. 1899), Mitkämpfer Lebers, nach 1949 DDR-Botschafter in Ungarn 197,198, 209
Melnikow, Daniil (gest. 1993), sowjetischer Historiker 282
Menge, Arthur (geb. 1894) Oberbürgermeister von Hannover a. D. 246
Mertz von Quirnheim, Albrecht Ritter (1905-1944), Oberst 15, 33, 58, 63, 65, 70, 77, 243, 256, 261, 265, 266, 268, 271, 274, 285
Mertz von Quirnheim, Hermann Ritter (1866-1947), Generaloberst, Vater von Albrecht Mertz v. Qu. 33, 71
Michaelis, Karin, dänische Schriftstellerin 121
Mierendorff, Carlo (1897-1943), sozialdemokratischer Politiker und Journalist 123, 126, 189, 197, 201, 204, 205, 208, 209, 212, 215-220, 232, 245, 293
Moeller van den Bruck, Arthur (1876-1925), präfaschistischer Schriftsteller 35
Möllendorf, Leonhard, Rittmeister 262, 264
Moltke, Davida (Davy) Gräfin von, geb. Yorck von Wartenburg, Schwester von Peter Yorck 124
Moltke, Graf Helmuth Carl Bernhard von (1800-1891), Generalfeldmarschall 118
Moltke, Hans Adolf von (1884-1943), Botschafter 124
Moltke, Freya Gräfin von, geb. Deichmann (geb. 1911), Ehefrau von Helmuth James v. M. 121, 127,128, 134, 140, 191, 212
Moltke, Helmuth James Graf von (1907-1945), Gutsbesitzer, Jurist 8,51, 71, 72, 76, 104, 118-141, 152, 161, 163, 179, 182, 186, 191, 203, 204, 211, 218, 223, 230, 231-233, 279
Mommsen, Hans (geb. 1930), Historiker 21, 295
Mörl-Pfalzen, Anton von (1883-1953), ehemaliger Sicherheitsdirektor von Tirol 247
Müller, Klaus Jürgen (geb. 1930), Historiker 16, 48
Müller, Ludwig (1883-1945), NS-Reichsbischof 27, 28

Müller, Josef (1898-1979), Jurist, Mitarbeiter im Amt Ausland/Abwehr, nach 1945 Ministerpräsident von Bayern 61, 179, 238
Müller, Vincenz (1894-1961), Generalleutnant, 1956-58 Stellvertreter des Ministers für nationale Verteidigung in der DDR 85, 87
Mussolini, Benito (1883-1945) 95, 109, 262, 270

Napoleon I. Bonaparte (1769-1821) 111, 237
Naujoks, Harry, Lagerältester im KZ Sachsenhausen 197
Nebe, Arthur (1894-1945), SS-Gruppenführer, Chef des Reichskriminalpolizeiamtes 224
Nebgen, Elfriede, Mitarbeiterin und Ehefrau von Jakob Kaiser 144,167,168,209
Neurath, Konstantin Freiherr von (1873-1956), NS-Reichsaussenminister22,42,49
Niebergall, Otto (geb. 1904), Kommunist, Präsident des Komitees «Freies Deutschland» für den Westen 257
Niebuhr, Reinhold, Theologe 162
Nieden, Wilhelm zur (1878-1945), Stadtbaurat 245
Niekisch, Ernst (1889-1967), Historiker 54
Niemöller Martin (1892-1984), Theologe 27-29, 163, 176
Nietzsche, Friedrich (1844-1900) 157
Norden, Günther van (geb. 1928), Historiker 26
Norden, Albert (1904-1982), Mitglied des Politbüros der KPD und der SED 7
Noske, Gustav (1868-1946) 246

Oertzen, Hans-Ulrich von (1915-1944), Major 72, 265, 277
Olbricht, Eva, geb. Koeppel (geb. 1895), Ehefrau von Friedrich O. 53
Olbricht, Klaus (1921-1941), Sohn von Friedrich O. 57
Olbricht, Friedrich (1888-1944), General 15, 51, 52, 53-58, 59, 62, 70, 73, 77, 81, 142, 203, 223, 235, 236, 238, 239, 242, 243, 245, 258, 260, 261, 265-269, 271-274, 293, 297
Ollenhauer, Erich (1901-1963), sozialdemokratischer Politiker 216
Oppen, Hans Werner von (1902-1983), Kulturpolitiker 164
Oppen, Georg Sigismund von (geb. 1923), Leutnant 36, 37, 269
Oppen-Tornow, Wilhelm von (1882-1938), Grossgrundbesitzer 17
Oster, Hans (1888-1945), Generalmajor im Amt Ausland/Abwehr 42, 51, 54, 58-62,81,83,85,86,114,176,179,203,223,229,231,235,238,246,279,293
Oster, Gertrud, geb. Knoop, Ehefrau von Hans O. 58

Papen, Franz von (1879-1969), 1932 Reichskanzler 21, 22, 24, 26, 32, 141
Paulus, Friedrich (1890-1957), Generalfeldmarschall 116, 117, 285
Peters, Hans Carl Maria Alfons (1896-1966), Staats- und Verwaltungsrechtler 120, 126, 127, 132
Pieck, Wilhelm (1876-1960) 256
Pirzio Biroli, Detalmo (geb. 1915), Schwiegersohn von Ulrich v. Hassell 112
Pirzioli Biroli, Fey, geb. Hassell (geb. 1918), Tochter von Ulrich von H. 112
Pius XI. (1857-1937), Papst ab 1922 31, 183
Pius XII. (1876-1958), Papst ab 1939 61
Planck, Erwin (1893-1945), Staatssekretär a. D. 57, 142
Plettenberg, Kurt Freiherr von (1891-1945), Generalbevollmächtigter des Preussischen Königshauses, Major d.R. 154, 277

Poelchau, Harald (1903-1972), evangelischer Gefängnispfarrer in Berlin 124, 126, 127, 128, 186-192, 223, 232, 279, 293
Popitz, Johannes (1884-1945), preussischer Finanzminister 51, 52, 54, 57, 86, 104, 111, 114, 118, 141-147, 164, 168, 220, 223, 230-232, 245, 279
Preussen, Wilhelm Kronprinz von (1882-1951) 116, 144
Preussen, Louis Ferdinand Prinz von (geb. 1907) 116, 178
Preysing-Lichtenegg-Moos, Konrad Graf von (1880-1950), Bischof von Berlin 32, 131
Pridun, Karl, Oberstleutnant 274

Quisling, Vidkuhn (1887-1945), faschistischer norwegischer Politiker 179

Raabe, Cuno (1888-1971), Zentrum, Oberbürgermeister von Hagen 20
Raeder, Erich (1876-1960), Grossadmiral 49
Rambow, Hermann, Gestapospitzel 200
Rathenau, Walther (1867-1922), Industrieller, Reichsaussenminister 187
Rauscher, Arno (1874-1950), Oberbürgermeister von Potsdam 20
Rehrl, Franz (1890-1947), österreichischer Landeshauptmann a. D. 247
Reichenau, Walter von (1884-1942), Generalfeldmarschall 32, 59
Reichwein, Adolf (1898-1944), Pädagoge 120, 123, 125, 128, 189, 199, 200, 216, 218, 245, 254, 279
Reichwein, Rosemarie, geb. Pallat, (geb. 1904), Ehefrau von Adolf R. 199, 279
Reisert, Franz (geb. 1889), Rechtsanwalt 132, 279
Remer, Otto Ernst (geb. 1912), Generalmajor 258, 272, 273
Reusch, Paul (1868-1956), Grossindustrieller 24, 93
Reuter, Ernst (1889-1953), Regierender Bürgermeister von Westberlin 8, 9
Reuther, Josef, österreichischer Bauernführer 246
Ribbeck, Hans Georg Carl von (1880-1945), Gutsbesitzer, Rittmeister a. D. 20
Ribbentrop, Joachim von (1895-1946), NS-Aussenminister 42, 270
Riezler, Kurt (1882-1955) 162
Ritschi, Albrecht (1822-1889), evangelischer Theologe 188
Ritter, Gerhard (1888-1967), Historiker 8, 254
Röhm, Ernst (1887-1934), Hauptmann a. D., Stabschef der SA 20, 37, 224
Rojen, J. H. van, niederländischer Widerstandskämpfer, Aussenminister 134
Rommel, Erwin (1891-1944), Generalfeldmarschall 11, 260, 261, 277
Rommel, Manfred (geb. 1928), seit 1974 Oberbürgermeister von Stuttgart 11
Roosevelt, Franklin Delano (1882-1945), Präsident der USA 134, 162,165
Rösch, Augustin SJ (1893-1961), Provinzial der Oberdeutschen Provinz 126, 127, 131,182
Rosenstock-Huessy, Eugen (1888-1973), Rechtshistoriker, Soziologe 120
Rossaint, Josef (1902-1991), Kaplan 31
Rost, Hans-Günther von (1894-1944), Generalmajor 38, 39
Rudolph, Landgerichtspräsident in Dessau 141
Rundstedt, Gerd von (1875-1953), Generalfeldmarschall 83, 277, 278
Ruppert, Karl, Hauptmann a. D., seit 1942 Leiter des Heeresarchivs Potsdam 256
Rüstow, Alexander, Professor 133

Sack, Karl (1896-1945), Generalstabsrichter 57, 61, 279

Saefkow, Anton (1903-1944), Arbeiter, KPD-Politiker 200
Sas, Gijsbertus Jacobus, Major, niederländischer Militärattaché in Berlin 61, 62
Sauerbruch, Ferdinand (1875-1951), Chirurg 39, 52
Sauerbruch, Peter (geb. 1913), Oberst, Sohn von Ferdinand S. 39, 40
Schacht, Hjalmar (1877-1970), NS-Reichswirtschaftsminister8,22,83,84,93, 107
Scheffer, Paul, Journalist 162
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph (1775-1854), Philosoph 188
Scheurig, Bodo (geb. 1928), Historiker 78
Schlabrendorff, Fabian von (1907-1980), Jurist, Oberleutnant d. R. 79-81, 115, 236, 277
Schlange-Schöningen, Hans (188&-1960), ehemaliger Osthilfekommissar 245
Schleicher, Kurt von (1882-1934), General, Reichskanzler 32, 37, 54, 60, 83, 142, 224
Schleicher, Ursula, geb. Bonhoeffer, Ehefrau von Rüdiger Schl. 175
Schleicher, Rüdiger (1895-1945), Jurist, Ministerialrat 175, 181
Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst (1768-1834), Theologe, Philosoph 188
Schlenke, Manfred, Historiker 19
Schlimme, Hermann (1882-1955), Sekretär im Bundesvorstand des ADGB, nach 1946 Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB 197, 205
Schmid, Rudolf, Arzt in Berlin 200
Schmidt, Walter, Bekannter von A. Reichwein in Jena 209
Schmundt, Rudolf (1896-1944), Generalleutnant, Chef des Heerespersonalamtes 80, 264
Scholz-Babisch, Friedrich (1890-1944), Rittmeister d. R. 246
Schönfeld, Hans (1900-1954), Pfarrer im Kirchlichen Aussenamt 179, 180
Schroetter, Hans von, Leutnant 39
Schroth, Walther, General 278
Schubetzer, Katharina, verh. Leber (geb. 1868), Mutter von Julius L. 194
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der, «Fritzi» (1902-1944), Oberleutnant d. R., Regierungspräsident 33, 37, 38, 66, 67, 70, 72-74, 83, 104, 123, 124, 148-157, 198, 200, 224, 225, 230, 232, 233, 243-245, 261, 274, 278, 297
Schulenburg, Werner Graf von der (1875-1944), deutscher Botschafter in Moskau 118, 148, 164, 245, 261, 278
Schulenburg, Elisabeth Gräfin von der, «Tisa» Schwester von Fritz-Dietlof von der Sch. 151
Schulenburg, Charlotte Gräfin von der, geb. Koteimann (1909-1991), Ehefrau von Fritz-D. v. d. Sch. 148
Schulze-Boysen, Harro (1909-1942), Oberleutnant 190
Schuschnigg, Kurt Edler von (1897-1977), österreichischer Bundeskanzler 245
Schwamb, Ludwig (1890-1945), Jurist, sozialdemokratischer Politiker 246
Schweitzer, Karl, Gefreiter, Kraftfahrer von Stauffenberg 261
Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich-Wilhelm Graf (1902-1944), Gutsbesitzer, Hauptmann d. R. 70, 72, 86, 153, 212, 244, 261, 271
Schwerin von Krosigk, Ludwig Johann Graf (1887-1977), NS-Finanzminister 22
Scott, John, amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter und Journalist 165
Seeckt, Hans von (1866-1936), Generaloberst 33, 54
Seitz, Karl (1869-1950), Bürgermeister von Wien a. D. 246
Seldte, Franz (1882-1947), Stahlhelmführer, NS-Reichsarbeitsminister 22, 32

Sell, Ulrich Freiherr von (1884-1945), Oberstleutnant 246
Severing, Carl (1875-1952), preussischer Minister und Reichsinnenminister 200
Seydlitz, Ingeborg von, Ehefrau von Walther v. S. 276
Seydlitz-Kurzbach, Walther von (1888-1976), General, Vorsitzender des Bundes Deutscher Offiziere 254, 255
Siebert, Hans, kommunistischer Student, nach 1945 Pädagoge in der DDR 160, 161
Siegmund-Schultze, Friedrich Wilhelm (1885-1959), Theologe 177, 178
Sommer, Margarethe, Mitarbeiterin von Bischof Preysing in Berlin 32
Sörensen, Henrik, norwegischer Maler 134
Specht, Karl Wilhelm, General 270, 278
Speer, Albert (1905-1981), NS-Rüstungsminister 22
Speidel, Hans (1897-1984), General 17
Spengler, Oswald (1880-1936), Geschichtsphilosoph 35, 149, 156
Sperr, Franz (1878-1945), bayerischer Politiker 75, 132, 279
Spiegel, Georg (1895-1960), sozialdemokratischer Redakteur in Potsdam, nach 1946 SED-Politiker 208
Spranger, Eduard (1882-1963), Pädagoge und Philosoph 52
Stalin, Jossif Wissarionowitsch (1879-1953) 117, 118, 281
Stallforth, Frederico, amerikanischer Geschäftsmann 112
Stauffenberg, Alfred Schenk Graf von, Vater von CI. v. St. 62
Stauffenberg, Berthold Schenk Graf von (1905-1944), Bruder von Claus v. St. 62, 64-66, 69-71, 260-262, 274, 278
Stauffenberg, Franz Ludwig Graf von (geb. 1938), Sohn von Claus v. St. 10
Stauffenberg, Alexander Schenk Graf von (geb. 1905), Bruder von Claus v. St. 62, 64, 69
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von (1907-1944), Oberst 10, 15, 33, 39, 40, 51, 53, 57, 58,62-77, 81,118,153,154,157,163,164,168,186,198-200, 212, 224, 230-232, 238, 239, 242-245, 247, 254, 257-276, 279, 284, 292, 293, 297
Stauffenberg, Nina Schenk Gräfin von, geb. von Lerchenfeld, Ehefrau von Claus von St. 64, 66, 67, 198
Stein, Freiherr Karl von und zum (1757-1831), preussischer Reformer 157
Steinbach, Peter (geb. 1948), Historiker 12
Steltzer, Theodor (1885-1967), Oberstleutnant d. R., nach 1945 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein 11, 120,126-128, 134, 204
Stern, Wolf, Oberst 8
Stieff, Helmuth (1901-1944), Generalmajor 38, 235, 243, 262, 278
Strasser, Gregor (1892-1934), oppositioneller NSDAP-Politiker 148
Strecker, Wilhelm, General 270
Stresemann, Gustav (1878-1929), Reichsaussenminister 120
Stülpnagel, Carl-Heinrich von, (1886-1944), General 54, 272, 273, 276
Sümmermann, Felix (geb. 1889), Landrat 246
Szokoll, Carl (geb. 1915), Major 274

Talleyrand, Charles Maurice de (1754-1838), 1797-1807 Aussenminister der französischen Republik und Napoleons 111
Tantzen, Theodor, Ministerpräsident von Oldenburg a. D 246
Thiele, Fritz (1894-1944), Generalleutnant 242, 245, 265

Thierack, Otto (1889-1946), NS-Justizminister 76
Thomas, Ferdinand (1913-1944), kommunistischer Student 200
Thomas, Georg (1890-1946), General 57, 59, 93, 128
Thun-Hohenstein, Romedio Galeazzo Graf von (geb. 1952), Historiker 60, 61
Thüngen, Karl Freiherr von (1893-1944), General 269
Thyssen, Fritz (1873-1951), Grossindustrieller 25
Tiefenbacher, Max, Rechtsanwalt 163
Tillich, Paul (1886-1965), Theologe und Philosoph 187-190
Timm, Richard (geb. 1892), Geschäftsführer der ADGB-Bundesschule Bernau 208
Tirpitz, Alfred von (1849-1930), Grossadmiral, deutschnationaler Politiker 109
Tresckow, Henning von (1901-1944), Generalmajor 34,51,57,61,72,73,77-82, 115, 224, 232, 235-239, 242, 244, 245, 258, 276, 293
Tresckow, Erika von, geb. Falkenhayn (1904-1974), Ehefrau von Henning v. T. 79, 238
Trotha, Carl Dietrich von (1907-1952), Volkswirtschaftler 120, 125
Trott zu Solz, Werner von (1902-1965), Bruder von Adam v. T. z. S. 157
Trott zu Solz, Adam von (1909-1944), Diplomat 76, 104, 117, 126-128, 134, 157-166, 180, 198, 200, 223, 231, 245, 258, 261, 278, 297
Trott zu Solz, Clarita von, geb. Tiefenbacher (geb. 1917), Ehefrau von Adam v. T. z. S. 158, 163, 278

Ulbricht, Walter (1893-1973) 8, 285
Uexküll-Gyllenband, Caroline Gräfin von, verh. Stauffenberg, Mutter von Claus v. St. 62
Uexküll-Gyllenband, Nikolaus Graf von (1877-1944), Oberst, Bruder von Caroline Gräfin von Ü., verh. Stauffenberg 67, 153, 247

Vetter, Heinz Oskar, DGB-Vorsitzender 12
Visser't Hooft, Willem Adolph (1900-1984), Sekretär des Weltrates der Kirchen 157, 162, 178
Vogel, Werner, Oberfeldwebel im Führerhauptquartier 263
Voigt, Friedrich (1882-1945), Gewerkschaftssekretär, Polizeipräsident a. D. 246
Vollert, Ernst, Ministerialdirektor, Oberst d. R. 247
Voss, Hans-Alexander von (1907-1944), Oberstleutnant 80, 277
Voss, Hans Erich, Konteradmiral 263

Waetjen, Eduard, Rechtsanwalt 123
Wagner, Siegfried (1881-1944), Oberst, ehemaliger Stahlhelmführer 246
Wagner, Eduard (1894-1944), General, Generalquartiermeister 277
Walz, Hans, Wehrwirtschaftsführer, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH 107
Wassiltschikow, Marie (1917-1978), Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt 275
Watzdorf, Bernhard, Oberst 54
Weigel, Helene (1900-1971), Schauspielerin 120, 121
Weinert, Erich (1890-1953) 256
Wentzel-Teutschenthal, Carl (1876-1944), Grossgrundbesitzer 93
Wiedemann, Fritz (1891-1970), Hauptmann, persönlicher Adjutant Hitlers 93
Wilbrandt, Hans, Professor, Wirtschaftswissenschaftler 133

Willisen, Achim Freiherr von (1900-1983), Oberlandforstmeister 246
Winnig, August (1878-1956), ehemaliger SPD-Politiker 154
Wirmer, Joseph (1901-1944), Rechtsanwalt 74, 166-169, 178, 210, 223, 230, 231, 245, 279
Witzleben, Erwin von (1881-1944), Generalfeldmarschall 42, 52,54, 59, 79,81, 82-87, 97, 223, 230, 232, 240, 254, 261, 267, 271, 278, 285, 293
Witzleben, Job von (geb. 1916), Major i. G., nach 1945 Oberst der NVA der DDR 87, 254
Wurm, Theophil (1868-1953), Landesbischof von Württemberg 28, 131

Yorck von Wartenburg, Peter Graf (1904-1944), Gutsbesitzer, Oberregierungsrat, Oberleutnant d.R. 51, 70, 72,104,120,124-128,130,132,136,152,164, 168, 200, 212, 218, 245, 254, 261, 274, 278, 297
Yorck von Wartenburg, Irene Gräfin (1913-1961), Schwester von Peter v. W. 128
Young, Arthur Primrose, britischer Industrie-Manager 24, 93

Zeitzler, Kurt (1895-1963), Generaloberst, General Stabschef 34
Zitzewitz, Henry von, Polizeipräsident von Potsdam 20
Zuckmayer, Carl (1896-1977), Schriftsteller 215

Kurt Finker

Graf Moltke und der Kreisauer Kreis

336 Seiten • mit 40 Abbildungen • Leinen • 38,- DM
ISBN 3-320-01816-7

Unter der geistigen Führung des schlesischen Gutsbesitzers und Rechtsanwaltes Helmuth James Graf von Moltke sammelte sich in den Jahren 1940 bis 1944 ein Kreis von bürgerlichen und sozialdemokratischen Hitlergegnern-vor allem Intellektuelle, Beamte, Offiziere und Geistliche beider christlichen Konfessionen – der Pläne für die wirtschaftliche, politische und geistige Neugestaltung Deutschlands nach dem Sturz des Hitlerregimes ausarbeitete. Das Buch zeichnet ein lebendiges Bild Moltkes und der anderen bedeutenden Persönlichkeiten dieses Kreises und untersucht ihr Wirken und ihre gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen.

Dietz Verlag Berlin
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin